C 21734 D



Gewalt gegen Kinder Seite 24

Arbeiterkampf

Jg. 6/80 14.5.76
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–



CDU für Freiheit? SPD für Sozialismus?

Parteien eröffnen Bundestagswahlkampf

Wer miterlebte, wie in der zweiten Mai-Woche die Vertreter von Regierung und Opposition im Bundestag auf niedrigstem Niveau eine Polemik rung und Opposition im Bundestag auf niedrigstem Niveau eine Polemik über nahezu sämtliche Themen der Innen- und Außenpolitik führten, mag sich gefragt haben, welches Thema da überhaupt auf der Tagesordnung stand. Es war die H a u s h a l t s d e b a t t e , oder sollte es zumindest sein. Davon war jedoch so gut wie nichts zu spüren, da die Redner von CDU/CSU, SPD und FDP die Gelegenheit nutzten, mit einem Rundumschlag den Bundestagswahlkampf zu eröffnen.

„Freiheit oder Sozialismus", unter dieser Devise schickte die CDU/CSU ihre rechte Garde mit Carstens, Strauß und Dregger ins Feld. Bei den Bundestagswahlen im Herbst, so tönten die Redner der CDU/CSU, werde darüber entschieden, ob die Bundesrepublik „frei bleibt", oder „sozialistisch wird". Die CDU/CSU folgte damit dem von Strauß in seiner berüchtigten Sonthofener Hetzrede angekündigten Rezept, die SPD *„immer zu identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentiert"*.

Mit welchen Mitteln dabei gearbeitet wurde, zeigen zwei Beispiele:

– CDU-Chef Carstens machte der SPD den Vorwurf, sie sei nicht für das Berufsverbot gegen Kommunisten und DKP-Mitglieder im Öffentlichen Dienst.

Tatsache ist, daß es von der SPD regierte Bundesländer wie Hamburg waren, die eine V o r r e i t e r -Rolle für die Berufsverbote gespielt haben, und daß insgesamt in von der SPD regierten Bundesländern nicht weniger Berufsverbote gegen Kommunisten und DKP-Mitglieder verhängt wurden als in den von der CDU/CSU regierten Bundesländern.

– Carstens, Strauß und Dregger machten ein großes Geschrei über angebliche „marxistische" Kräfte in der SPD; die Regierung stehe „unter Druck von linksaußen" usw. der SPD, die Regierung stehe „unter Druck von linksaußen" usw.

Tatsache ist, daß die SPD-Fürsten derzeit überall dabei sind, mit allen Mitteln jede nur halbwegs „linke" Strömung in der SPD mundtot zu machen.

Die CDU/CSU verfolgt mit ihren Angriffen ein doppeltes Ziel: Zum einen geht es darum, Teile der Bevölkerung mit dem Gespenst des „Sozialismus" zu erschrecken und damit für die CDU/CSU zu gewinnen. Zum anderen geht es aber auch darum, die SPD in den Augen derjenigen Menschen wieder aufzuwerten, die mit dem herrschenden kapitalistischen System unzufrieden sind. Ihnen soll weisgemacht werden, daß die SPD eigentlich doch eine ganz fortschrittliche Kraft sei, daß sie es ja mit der CDU/CSU auch recht schwer hat und nicht so kann wie sie gern möchte, usw. Direkte Bündnispartner der CDU/CSU sind dabei Figuren wie die Juso-Funktionärin Heidemarie Wieszorek-Zeul, die mit einer großen Plakette am Pullover *„Ich bin eine Radikale"* politisch Hochstapelei betreibt, während sie in Wirklichkeit nur eine regierungsfromme Opportunistin ist.

Die Antwort der SPD auf die Angriffe der CDU/CSU im Bundestag sah dementsprechend aus: Zum einen kokettierten die SPD-Redner wie Schmidt und Wehner ein klein wenig mit dem Vorwurf „sozialistischer" Politik: Ja, die SPD sei für „Sozialismus", aber nicht so wie in der DDR – wobei vor allem Kanzler Schmidt verdeutlichte, daß die SPD mit „Sozialismus" höchstens „soziale" Reformen im Rahmen des Kapitalismus im Auge hat.

Ansonsten entlarvten die SPD-Sprecher nicht etwa die von der CDU/CSU aufgestellte Alternative „Freiheit oder Sozialismus" als ungeheuerliche Demagogie, sondern lamentierten lediglich, die CDU/CSU geheuerliche Demagogie, sondern lamentierten lediglich, die CDU/CSU habe auf „freiheitliche" Politik kein „M o n o p o l".

Die SPD ist ebensowenig für den Sozialismus, wie die CDU/CSU für Freiheit ist. Beide Parteien betreiben mit diesen Parolen versuchten Betrug am Volk. Die Sympathie der „Freiheits"-Apostel Strauß, Dregger & Co. gilt faschistischen Diktatoren und Rassisten-Regimes wie [illegible]afrika. Wenn sie „Freiheit" sagen, dann meinen sie: reaktionäres Presse-Monopol der Springer-Presse, [illegible]standsgesetze, Berufsverbote, Kommunisten-Jagd, Kapitalisten-Willkür usw..

Und die SPD? Sie ist weder „sozialistisch" noch auch nur „sozial". Denn im Namen ihrer „Sparpolitik" hat sie massiv den Raubbau an allen sozialen Einrichtungen und Leistungen betrieben und den Kapitalisten Milliarden in die Taschen gewirtschaftet. Die von der CDU/CSU geforderte Rechtsentwicklung hat die SPD bereits eingeleitet – Berufsverbote, forcierter Ausbau des Polizei-Apparats, Gewerkschaftsausschlüsse gegen Kommunisten, sind der Beitrag der SPD.

Weder CDU/CSU noch SPD/FDP-Regierung vertreten die Interessen des Volkes. Hierauf muß auch in der Wahlkampagne eine Antwort gegeben werden. Der KOMMUNISTISCHE BUND spricht sich dafür aus, die Frage des politischen Eingreifens der Linken in die Wahlkampagne breit und öffentlich zu diskutieren, mit dem Ziel, eine größtmögliche Einheit und Wirksamkeit des Vorgehens zu erreichen. Mit dem kommenden AK beginnend, werden wir diese Diskussion in unserer Zeitung aufnehmen.

Ulrike Meinhof tot

Am 9. Mai wurde Ulrike Meinhof in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden. Die Justizbehörden behaupteten alsbald, daß Ulrike sich selbst umgebracht (erhängt) hätte. Vertrauensanwälte, die in Stuttgart mitinhaftierten der „RAF" sowie die Schwester von Ulrike Meinhof haben diese Version angezweifelt und eine Nachobduktion beantragt.

Nach der Bekanntgabe von Ulrikes Tod begaben sich sofort die Vertrauensanwälte nach Stuttgart-Stammheim. Noch bevor der erste Anwalt eintraf, schafften die Vollzugsbeamten Ulrikes Leiche beiseite, auch die anderen Gefangenen konnten sie nicht mehr sehen. Den ganzen Sonntag über versuchten die Vertrauensanwälte und Ulrikes Schwester, die Leiche durch einen Vertrauensarzt obduzieren zu lassen, wogegen sich Staatsanwaltschaft, Justizministerium und Bundeskriminalamt sperrten. Erst am 10. Mai wurde eine Nach-Obduktion genehmigt.

Warum?

Ungereimtheiten über die Todesursache enthielten schon die ersten Presseerklärungen: Ulrike soll sich mit einem Handtuch am Fensterkreuz der Zelle erhängt haben, behaupteten die Staatsschützer.

Nun war das Zellenfenster nur normal vergittert und hatte gar kein Kreuz und außerdem gab es in der Zelle keine Handtücher.

Die Anwälte von Ulrike Meinhof, die diese Angaben auf einer Pressekonferenz machten, traten auch Gerüchten entgegen, wonach es zwischen den Gefangenen Meinhof, Baader, Enslin und Raspe „Spannungen" gegeben habe, die mit Ulrikes Tod zusammenhängen und womöglich dessen Ursache seien.

Festzuhalten bleibt: Die offizielle Darstellung von Ulrike Meinhofs Tod ist in sich widersprüchlich und die Eile, mit der die Staatsschutzbehörden ihren Leichnam fortgeschafft und ohne Beisein von Vertrauensanwälten und neutralen Ärzten haben obduzieren lassen, läßt die Vermutung zu, daß sie nicht durch Freitod sondern durch Mord oder Totschlag umgekommen ist.

Ulrike Meinhof – Kämpferin gegen die Faschisierung und Militarisierung in der BRD

Zynische „Nachrufe" in Rundfunk und Fernsehen haben versucht, den Tod von Ulrike Meinhof als „logische Konsequenz" ihres jahrelangen politischen Engagements darzustellen. Sie habe – zusammen mit ihren Genossen von der „Roten Armee Fraktion" – durch ihr Handeln in der BRD erst die Aufrüstung von Polizei, die Verschärfung der Strafrechtsbestimmungen, Berufsverbote etc. möglich gemacht.

Aber das genaue Gegenteil ist der Fall:

Ulrike begann ihr politisches Engagement im Kampf gegen die Atomaufrüstung der Bundesrepublik Ende der 50er Jahre. Sie war bei den Ostermärschen gegen Atomwaffen und Krieg genauso dabei, wie bei den Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg. In der Zeitschrift "Konkret" schrieb sie sehr engagierte Kolumnen gegen die Notstandsgesetze, gegen Franz Josef Strauß und vertrat von dort auch eine der Hauptparolen der Studentenbewegung: „Enteignet Springer!"

Auch nachdem sie bei „Konkret" ausgestiegen war, nahm sie aktiv am Kampf gegen die miserablen sozialen Bedingungen der Werktätigen teil (u.a. drehte sie den Film „Bambule" über die Situation weiblicher Fürsorgezöglinge) und kämpfte weiter gegen die immer mehr voranschreitende Rechtsentwicklung in der BRD

Zu dieser Zeit – Ende der 60er Anfang der 70er Jahre – gab es zwar noch keine „RAF", aber die Notstandsgesetze, der ermordete Benno Ohnesorg aus Westberlin und die Unterstützung der Bundesregierung für den mörderischen Angriffskrieg der USA in Indochina waren ebenso Realität wie eine hochgerüstete Bundeswehr und ein nicht minder gerüsteter Polizeiapparat.

Um gegen diese Realität zu rebellieren faßte eine Gruppe von Linken den- unseres Erachtens falschen - Entschluß, eine „Stadtguerilla" (RAF) zu bilden und „bewaffnete Aktionen" durchzuführen. Die „Baader-Meinhof-Gruppe" wurde fortan bis zu ihrer Zerschlagung als „Staatsfeind Nr. 1" durch das ganze Land gehetzt. Bei den – an Bürgerkrieg erinnernden Fahndungsaktionen des Polizeiapparats wurden zahlreiche Menschen, nicht nur „RAF-Mitglieder erschossen (Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker ...)

Die schließlich wegen ihrer angeblichen Zugehörigkeit zur „RAF" inhaftierten Gruppenmitglieder wurden als gewöhnliche Kriminelle angeklagt, aber wegen ihrer politischen Handlungsmotive besonders scharfen Haftbedingungen unterworfen. So wurden alle zur „RAF" gezählten Gefangenen von den anderen Gefängnisinsassen isoliert – und zum Teil in sogenannten „Toten Trakts" von der Außenwelt abgesondert.

Diese, geltendem Menschenrecht hohnsprechenden, Zustände haben die politischen Gefangenen mehrmals zu der Verzweiflungsaktion Hungerstreik greifen lassen (wobei Holger Meins sein Leben verlor). Andere politische Häftlinge erlitten dauerhafte physische und psychische Gebrechen (an deren Folgen z.B. Katharina Hammerschmidt starb).

Der Tod von Ulrike Meinhof muß in diesem Zusammenhang gesehen werden: So oder so - der Staatsapparat, der Woche für Woche verurteilte KZ-Schergen und andere faschistische Massenmörder des '3. Reiches' wegen „Haftunfähigkeit" frei herumlaufen läßt oder äußerst milde bestraft, arbeitet auf die Zerstörung seiner linken Opponenten – zu denen Ulrike Meinhof gehörte – hin.

DRUCKER-STREIK

EIN GROSSER KAMPF – EIN MIESER ABSCHLUSS!

Um erbärmliche sechs Prozent sollen die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Druck- und Verlagsgewerbe ab Juni '76 angehoben werden. Für die Monate Mai und April dieses Jahres soll es eine „Pauschale" von 275 DM geben.

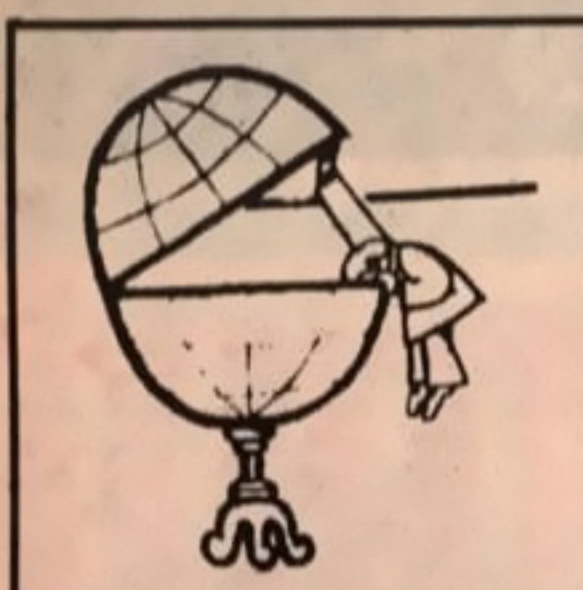
Auf diesen „Kompromiß" haben sich die Führer der IG Druck und Papier (DruPa) nach 20-stündigen (!) Verhandlungen mit den Vertretern der Druckerei- und Verlagskapitalisten am 13. Mai eingelassen. Im übrigen mußten die Gewerkschaftsführer ihren Verhandlungspartnern versprechen *„daß der Streik sofort abgebrochen wird"* (so der DruPa-Vorsitzende Mahlein in der ZDF-Sendung ‚heute', am 13. Mai). Die 80.000 Gewerkschaftsmitglieder werden erst – nach einer „Abkühlungspause" – am 18. Mai in einer zweiten Urabstimmung nach ihrer Meinung zu diesem Abschluß befragt.

Mit 88,2 % hatten sich die Drucker am 27. April in einer gewerkschaftlichen Urabstimmung für einen Streik entschieden – für die Forderung nach 9 % mehr Lohn, mindestens 140 Mark.

Während die IG Druck-Führer nur einen punktuellen Streik gegen einige Druck-Monopole führen wollte, zwangen diese den anderen Betrieben am 29. April die vollständige Aussperrung auf, die erste in diesem Bereich seit 1945. Die großen Druck-Monopole zwangen damit die Masse der Klein- und Mittelbetriebe vor ihren Karren, während sie zugleich scheinheilig darüber jammerten, daß diese durch den Streik besonders gefährdet seien.

Nachdem die Druck-Kapitalisten am 2. Mai die Aussperrung aufhoben, bliesen die IG Druck-Führer ihrerseits alle Streikmaßnahmen ab. Es gab nochmals Verhandlungen, die aber an der provokatorischen Haltung des Kapitalistenverbandes Druck scheiterten. Daraufhin begann der Vollstreik der Drucker.

Fortsetzung auf Seite 25



Blick in die Welt

Westberlin:
Fröhliche Ostern

Eine ganz besondere Überraschung erlebten Bewohner Westberliner Obdachlosenheime zu Ostern: Eine (verständlicherweise) nicht näher bekannte Gruppe schickte ihnen rechtzeitig zum Osterfest „Einkaufsgutscheine" für Lebensmittel im Wert von 100,- DM zu, *„damit sich die Leute im Obdachlosenheim einmal ein schönes Osterfest machen können"*. Die „Gutscheine" waren mit einem Stempel des Senators für „Arbeit und Soziales" versehen und wurden zusammen mit einem Begleitschreiben zur Handhabung zugesandt.

Noch am Ostersamstag konnten erfolgreich 40 „Gutscheine" von den Obdachlosen bei Kaufmannsläden eingelöst werden, bis einige Ladeninhaber die Fälschung bemerkten und die Bullen benachrichtigten.

In einem Schreiben der Westberliner Gruppe heißt es zu dieser Aktion:

„... Wir sind der Meinung, daß wir durch diese Aktion den Obdachlosen das gegeben haben, was ihnen sowieso zusteht ... Immer mehr Erwachsene und Jugendliche werden arbeitslos. Viele müssen von Sozialhilfe leben. Sozialhilfeempfänger bekommen im Monat soviel Geld, wie ein Herr Schütz, Schmidt, Strauß, Quandt, Flick, Springer & Co. an einem Abend versaufen. Viele Familien haben auch dann, wenn sie noch Arbeit haben, nicht mehr Geld als Sozialhilfeempfänger. Wir haben die Scheine gerade in Obdachlosenheimen verteilt, weil wir wissen, daß die Familien dort nicht nur wenig Geld haben, sondern auch noch unter Bedingungen leben, die die Kinder auf Sonderschulen, die Jugendlichen in die Kriminalität und Erwachsene in den Alkoholismus treiben" (zitiert vom „Informations Dienst", (ID), 24.4.76).

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Polizei inzwischen „Ermittlungen" aufgenommen; der Chef des Westberliner Staatsschutzes, Kittlaus, spricht bereits von einer *„terroristischen Aktion"* und hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die „Täter" aufzuspüren. Hoffen wir, daß er und seine Häscher nur Windeier finden. ●

Libanon
Diese „Wahl" ist eine offene Herausforderung

Am 9. Mai hat das libanesische Parlament den Präsidenten der libanesischen Nationalbank, Elias Zarkis, zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Dies ist eine Kampfansage an die fortschrittlichen Kräfte. Erstens weil die Person von Zarkis keine Verbesserung in Hinblick auf die Forderungen der Massen gegenüber dem vorherigen Staatspräsidenten und Faschisten Frandschiah bedeutet. Zweitens weil die Ereignisse vor der Wahl und die Wahl selbst ein einziger Hohn auf die demokratischen Kampfziele der fortschrittlichen Kräfte sind.

Formal besteht im Libanon zur Zeit ein Waffenstillstand. Die fortschrittlichen Kräfte hatten vor dem Waffenstillstand erhebliche Siege gegenüber den Faschisten erfochten. Nur die syrischen Interventionstruppen, die sich als Truppen der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) oder Saika (syrienfreundliche Widerstandsorganisation) tarnen, hatten eine weitere Niederlage der Faschisten verhindert. Sie sperrten die für den Waffennachschub wichtigen Straßen und legten sich in den Rükken der vorrückenden Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte.

Es waren die fortschrittlichen Kräfte, die die Bedingungen des Waffenstillstands bestimmen konnten. Ihre Forderungen waren maßvoll und standen auf dem Boden bürgerlicher Demokratie: Wahl eines neuen Staatspräsidenten und Beginn der Verwirklichung eines Reformprogramms.

Auch der von den fortschrittlichen Kräften unterstützte Kandidat, Raimond Edde, war an sich schon ein Kompromißangebot. Edde ist nämlich Vorsitzender der Partei „Nationaler Block", die zusammen mit zwei weiteren Parteien 13 Parlamentssitze umfaßt und im Laufe des letzten Jahres eine Linie der konservativen Neutralität verfolgt hat. Zur gleichen politischen Richtung gehören der derzeitige Ministerpräsident Karame und der frühere Ministerpräsident Salam. Man kann diese Leute getrost zu den Rechten zählen. Eine Wahl von Edde konnte deshalb nicht mehr als ein Zeichen sein, daß gewisse Veränderungen stattfinden.

Demgegenüber ist die Wahl von Zarkis ein Sinnbild dafür, wie die Rechten und Faschisten die demokratischen Bestrebungen der Massen mit Füßen treten! Dies sollte den reformistischen Vertretern unter den fortschrittlichen Kräften erneut klar machen, daß die Rechten einem Kompromißangebot keine Zugeständnisse, sondern immer nur erneute Angriffe folgen lassen. So können die im bewaffneten Kampf errungenen Siege nur verspielt werden!

Syrische Einmischung

Nur durch ein Ultimatum konnte überhaupt erreicht werden, daß die notwendige Verfassungsänderung beschlossen und der Wahltermin auf den 1. Mai festgesetzt wurde. Der derzeitige Führer der fortschrittlichen Kräfte, Kamal Dschumblatt, drohte mit der Bildung einer eigenen Regierung. In der Zwischenzeit begannen jedoch die Syrer, politischen und militärischen Druck gegen eine Wahl von Edde auszuüben. Sie handelten dabei gemeinsam mit den Faschisten und den Zionisten und Imperialisten. Diese sind im Libanon durch ca. 400 CIA-Agenten und Sonderbotschafter Brown vertreten und arbeiten hinter den Kulissen fieberhaft an einer Wende der politischen Entwicklung.

Das libanesische Parlament besteht aus 99 Abgeordneten, wobei die Christen die Mehrheit haben. Die Faschisten haben 23 Abgeordnete, die fortschrittlichen Kräfte nur ca. 15. Der größte Teil des Restes besteht aus Reaktionären der verschiedensten Art. Eine Wahl von Edde hätte deshalb den Charakter eines Zugeständnisses zugunsten der Linken gehabt.

Ende April wurde die Wahl „wegen der anhaltenden Kämpfe" um eine Woche verschoben. Syrische Truppen sollten den „Schutz" des Parlaments übernehmen. Es zeichnete sich ab, daß unter der Einmischung und den Versprechungen der imperialistischen Kräfte eine Wahl von Zarkis stattfinden würde. Die fortschrittlichen Kräfte weigerten sich daraufhin, an einer solchen Wahl teilzunehmen und sie dadurch zu legalisieren. Sie forderten eine Verschiebung der Wahl und eine Beendigung der ausländischen Einmischung: Sie würden nur einen Präsidenten akzeptieren, der den Willen des Volkes repräsentiert.

So wurde die Wahl zu einer Farce und einer Schau fürs Weltpublikum: Zunächst wurden alle verfügbaren ausländischen Journalisten angekarrt. Dann bot man ihnen unter Gewehrgeknatter und Rauchschwaden das Bild der todesmutigen und ach so demokratischen Abgeordneten, die trotz der Versuche der Linken, die Wahl zu verhindern, zum Parlament eilten. Sogar im BRD-Fernsehen waren die Heerscharen von Leibwächtern unübersehbar. Nachdem die nötige 2/3-Mehrheit von 66 Faschisten und Reaktionären versammelt war, wurde die Wahl von Zarkis bekanntgegeben. Sogar die Parteigänger von Edde hatten für ihn gestimmt.

Die Antwort der fortschrittlichen Kräfte ist ein Angriff auf die Stellungen der Reaktionäre und auf das Haus des neuen Präsidenten. Es ist zu hoffen, daß sie den Herrschenden soviel Dampf machen, daß es gar nicht mehr zu einer Vereidigung von Zarkis kommt. Der Zwang zum Handeln liegt jetzt bei der Linken. Sie sollte sich nicht davor fürchten. ●

Nahost-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Polen-Aussiedler: Tausende wollen zurück!

Vor dem Hintergrund, daß die westdeutsche Bourgeoisie noch ca. 125.000 Aussiedler aus Polen erwartet, veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" v. 30.3.76 folgende Meldung: *„...mindestens so viele Aussiedler, wie 1975 gekommen (sind) (7.050), wollen zurückkehren. Die Anträge, von denen nach Angaben eines Botschaftssprechers (Polens) täglich acht bis zehn eingingen, betreffen zumeist mehrere Personen."* Z. Zt. liegen der polnischen Botschaft in Köln 3.500 Anträge auf Rücksiedlung vor.

Diese Zahlen passen so gar nicht in das vom westdeutschen Imperialismus gezeichnete Bild. Damit den sog. „Volksdeutschen" in Polen eben dieses „richtige Bild" über die BRD vermittelt wird, findet eine gezielte Propaganda, insbesondere durch die „Deutsche Welle" und den „Deutschlandfunk" statt. Dort ist *„Bundesdeutschland eine paradiesische Fata Morgana"* („stern", 18.12.75).

Großkotzig stellte das „Hamburger Abendblatt" vom 15.11.75 fest: *„Die Deutschen aus Polen kommen in eine für sie fremde Staats- und Wirtschaftsordnung. Bei uns denkt nicht der Staat für den Bürger – hier ist jeder selbst für sich verantwortlich. Das begreift man nicht von heute auf morgen."* Dieses Zitat spiegelt den Zynismus der Bourgeoisie wider: wer nicht schnell genug „begreift", d. h. sich den Verhältnissen in der BRD nicht bedingungslos unterwirft, hat selbst Schuld, wenn er nicht zurecht kommt.

Wie diese Verhältnisse konkret für den größten Teil der Aussiedler, nicht nur die polnischen, aussieht, bekommen diese Menschen sehr schnell zu spüren.

Während die bürgerlichen Politiker vorgeben, sich um das Schicksal der in Polen lebenden „Deutschen" zu sorgen, sind die Aussiedler in der BRD weitgehend auf sich allein gestellt. Es beginnt mit dem Durchlaufen verschiedener Lager. Obwohl die Durchlaufzeiten geringer wurden („Spiegel" 42/75), sieht die „FR" vom 4.2.76 Probleme: *„... denn hier seien in einigen Fällen die Wohnmöglichkeiten unzureichend ausgestattet und lägen in Bereichen, die ohnehin soziale Schwierigkeiten hätten. Es sei deshalb eine Ghettoisierung der Aussiedler und ein sozialer Abstieg nicht auszuschließen."* Schon die unvermeidlichen Sprachschwierigkeiten bei Eltern und Kindern führen zur Diskriminierung und zu beruflicher oder schulischer Benachteiligung. Dazu kommt, daß in Polen erworbene Qualifikationen in der BRD häufig nicht anerkannt werden.

Daß es mit den groß propagierten Förderungsmaßnahmen in der BRD nicht weit her ist, zeigt das folgende „Spiegel-Zitat" (Nr. 42/75): Danach waren unter den rund 50.000 *„arbeitswilligen"* Aussiedlern aller *„Ostblockstaaten"* der Jahre 1971 bis Ende Mai 1975 *„... fast zwölf (!) Prozent arbeitslos (Bundesdurchschnitt damals 4,4 Prozent)"*.

Mit diesen Zuständen konfrontiert und darüber enttäuscht, faßten zwischen 1971 und 1974 über 2.000 Menschen den Entschluß, nach Polen zurückzukehren (aus „Spiegel", 42/75). Lt. „Welt" vom 30.3.76 rechnet die polnische Botschaft in Bonn sogar damit, daß ca. 8 % der Aussiedler, die seit zwei bis drei Jahren in der BRD leben, Anträge auf Rücksiedlung stellen.

Die Aussiedlung aus Polen bedeutete für die meisten dieser Menschen schon einen tiefen Einschnitt in ihrem bisherigen Leben, und sicherlich haben viele mit erheblichen Schwierigkeiten in der BRD gerechnet. Wie groß muß die Enttäuschung über den menschenverachtenden BRD-Imperialismus sein, wenn sich dennoch Tausende entschließen, wiederum nach Polen zurückzukehren. Es bleibt zu hoffen, daß der Entschluß dieser Menschen, zurückzugehen, in der BRD und vor allem in Polen zur Desillusionierung über den sog. „freien und wohlhabenden Westen" beiträgt. ●

RGW-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Polen-Aussiedler in Friedland

Der Tod von Jürgen Bartsch
Fahrlässige Tötung oder Mord?

1967 machte Jürgen Bartsch Schlagzeilen in der Presse: 1962, gerade 16jährig, hatte Bartsch erstmals ein Kind grausam sexuell mißhandelt, zu Tode gequält und zerstückelt. Insgesamt vier derartige Morde beging er, bevor er 1966 gefaßt wurde.

Der „Fall Bartsch" wurde von der bürgerlichen Presse benutzt, um sadistische Gelüste bei den Lesern selbst hervorzulocken und unter der Hand wieder mal den Ruf nach der Todesstrafe erschallen zu lassen.

Grauenvolle Leserbriefe wurden in großer Zahl veröffentlicht, in denen sich nun ihrerseits „gutbürgerliche" Leute mit perverser Wollust ausmalten, wie man „das Monstrum" Bartsch „bestrafen" müßte.

Jetzt, neun Jahre später, wurde Jürgen Bartsch noch einmal durch die Schlagzeilen gezogen: Er starb am 28. April, als er auf seinen Antrag hin kastriert werden sollte. Schlagzeilen wie *„Bartsch ermordet?"* („Bild") oder *„Kindesmörder Bartsch wurde vergiftet!"* („Hamburger Morgenpost") sollten wohl eher die Auflage heben, als der Wahrheit näher zu kommen.

Der Obduktionsbefund ist: Jürgen Bartsch starb an einer Überdosis des Narkosemittels, die zu einem tödlichen Herzversagen (Herzmuskel- und Atemlähmung) führte. Mord ist ebensowenig auszuschließen wie fahrlässige Tötung: Das Narkose-Gerät wurde nicht von einem ausgebildeten Narkose-Arzt, sondern nur von einem Krankenpfleger bedient. Laut „stern" besteht der Verdacht, daß eine Woche vor dem Tod von Bartsch durch den gleichen Bedienungsfehler eine Patientin starb.

Im Prozeß gegen Jürgen Bartsch 1967 war deutlich geworden, daß seine Taten vor allem als Produkt der „Erziehung" zu sehen sind, die Bartsch als Adoptivkind einer Schlachter-Familie „genossen" hatte. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Jugendstrafe und Unterbringung in eine „Heil- und Pflegeanstalt".

Mit Bartsch wurde in den folgenden Jahren wiederholt herumgepfuscht und herumexperimentiert. Für eine wirkungsvolle psychoanalytische und -therapeutische Behandlung war angeblich kein Geld da.

So wurde Bartsch stattdessen immer wieder das für den bürgerlichen Staat billigste „Rezept" aufgedrängt: Er sollte sich kastrieren lassen! Bei dieser Operation werden die Hoden entfernt, wodurch jeder sexuelle Trieb und Lust endgültig unmöglich wird. Jedes Jahr werden in der BRD einige Dutzend „Triebtäter" auf diese Weise „behandelt".

„Selbstverständlich" ist die Kastration „freiwillig". Und zwar so, daß die Gefangenen immer wieder belatschert werden; daß man ihnen vorhält, sie würden sonst nie wieder aus dem Knast oder der geschlossenen Anstalt herauskommen, während ihnen für den Fall einer Kastration eine baldige Freilassung in Aussicht gestellt wird.

Schon 1973 hatten sie Jürgen Bartsch soweit, einen Antrag auf Kastration zu stellen. Diesen zog er jedoch wieder zurück. Im Herbst 75 stellte er dann den Antrag erneut. Sein Rechtsanwalt Bossi hat jetzt die Anklage erhoben, Jürgen Bartsch habe den Antrag nur unter größtem Druck gestellt, er habe vor der Kastration „eine panische Angst" gehabt und habe sich zum Zeitpunkt der Operation „in einem seelischen Ausnahmezustand" befunden, der den Tod durch Herzversagen begünstig haben könnte.

Wäre die Operation „erfolgreich" verlaufen, so hätte sie höchstwahrscheinlich Jürgen Bartsch auch nicht helfen können, da kaum anzunehmen ist, daß seine psychischen Probleme durch das „Abstellen" seiner Sexualität zu lösen gewesen wären. Aber für den bürgerlichen Staat hätte die Sache ja kaum etwas gekostet, und wenn die Operation nichts genützt hätte, so wäre es halt „Pech" gewesen, und man hätte weiter irgendwie an Bartsch herumgepfuscht. Daß er irgendeine Chance gehabt hätte, in ein paar Jahren wieder frei zu sein, wie ihm als Köder versprochen wurde, ist unwahrscheinlich. Die bürgerliche Gesellschaft bringt Taten wie die von Jürgen Bartsch hervor. Von diesem Staat auch zu erwarten, daß er die Täter „heilt", hieße wohl, den Bock zum Gärtner zu machen! ●

Italien vor den Wahlen

Wie erwartet, ist am 30. April die Regierung Moro zurückgetreten. Die damit um ein Jahr vorgezogenen Neuwahlen werden am 20./21. Juni stattfinden.

Zu den Neuwahlen sind 41 Millionen Wähler aufgewufen, darunter erstmals die 18jährigen.

Auf den Tag der Parlamentswahlen sind auch die Regionalwahlen in Sizilien und die Kommunalwahlen in den großen Städten Rom, Genua und Bari gelegt worden.

Während in Italien die Bourgeoisie mit ihren faschistischen Helfern darangeht, durch ihren Terror ein Klima der Angst zu schaffen, haben sich auch die Imperialisten voll in die Wahlkampagne eingeschaltet.

Der frühere amerikanische Finanzminister Conally, der im Fall einer Wahl Fords als möglicher Vizepräsident im Gespräch ist, hat die Gründung einer *„Bürgerallianz für die Freiheit im Mittelmeerraum"* bekanntgegeben. Die Allianz, so Conally, *„will den Amerikanern die Augen über die Gefahren öffnen, die eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien oder in einem anderen westeuropäischen Land für die Nato und die Anliegerstaaten des Mittelmeers bedeuten würde."* („Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 5. 5. 76).

Dem Vorstand der Allianz gehört neben anderen der ehemalige Nato-Chef General Goodpaster an.

Offensichtlich soll mit dieser Wahlpropaganda die amerikanische Bevölkerung auf mögliche direkte Interventionen der Nato und des US-Imperialismus in den sogenannten „Krisenherden" Europas vorbereitet werden.

Die Nato führt mit ihren Luft- und Landestreitkräften vom 10. bis 14. Mai ein großes Nato-Manöver in Nord-Italien durch. Ein allzu deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl!

Die revisionistische PCI reagierte auf dies massiven Drohungen des US-Imperialismus mit einer neuerlichen Anbiederung: In der Parlamentsdebatte zum Rücktritt Moros betonte der PCI-Sprecher Pajetta ausdrücklich, daß Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI nicht aus der Nato austreten werde.

„Italien habe Amerika nötig, aber Amerika auch Italien," sagte Pajetta und das angesichts über Jahre hinweg immer wieder enthüllter Putschpläne, bei denen auch der CIA und hohe Nato-Offiziere eifrig mitmischten. ●

Revolutionäre Linke

Massendebatte über die Wahlbeteiligung

In dutzenden von Massenversammlungen, Diskussionsrunden auf Betriebsebene usw. diskutieren die Organisationen der nicht-revisionistischen Linken derzeit ihre Wahlbeteiligung.

Zu den Regionalwahlen im Juni 1975 hatte Lotta Continua dazu aufgerufen, der revisionistischen PCI die Stimme zu geben, um „die PCI an die Regierung zu zwingen".

Die beiden anderen wesentlichen Organisationen der nicht-revisionistischen Linken, die PdUP („il manifesto") und Avanguardia Operaia, hatten in mehreren Regionen auf einer gemeinsamen Liste, Proletarische Demokratie (DP) kandidiert, in anderen Regionen getrennt. AO hatte mancherorts auch dazu aufgerufen, die PCI zu wählen.





Wahlen sofort! Weg mit der DC!

DP bzw. PdUP und AO kamen bei den Regionalwahlen auf 418.000 Stimmen, das sind 1,4 %. Sie kandidierten allerdings nur in 10 von 15 Regionen; auf diese 10 Regionen berechnet, ergab sich ein Ergebnis von 1,84 %. Bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen kam die DP beispielsweise in Mailand auf 3,1 %, was ihr drei Sitze im Stadtrat brachte. Die DP gewann insgesamt acht Sitze in den Regionalverwaltungen und eine größere Zahl von Sitzen in Stadt- und Kommunalräten (Mailand, Turin, Venedig, Verona, Florenz, Neapel u. a.).

Bei den jetzt anstehenden Neuwahlen wollen PdUP und AO landesweit auf der gemeinsamen Liste DP kandidieren. Zur Liste DP gehört inzwischen auch das MLS, das dem „Beratenden Büro der Marxisten-Leninisten" (ein Kartell von gemäßigten ML-Gruppen) angehört.

Lotta Continua hat schon vor längerer Zeit insbesondere an PdUP und AO die Aufforderung gerichtet, zur Vermeidung mehrerer konkurrierender Listen im Falle von Neuwahlen über ein nationales Wahlabkommen zu beraten.

Dies wurde zunächst vor allem von der PdUP, aber im Prinzip auch von der AO entschieden abgelehnt, da „keine Bedingungen für ein Wahlabkommen mit LC" gegeben seien. Lediglich in dem einen oder anderen Wahlkreis, wo es schon eine engere Zusammenarbeit gebe, könnte LC vielleicht mit auf der Liste DP kandidieren. LC lehnt dies aber ab – sie stellt als (einzige) Bedingungen für ein Abkommen, in allen Wahlkreisen auf der gemeinsamen Liste mitzukandidieren.

Inzwischen hat eine Flut von Diskussionsveranstaltungen begonnen, die oft von mehreren Organisationen zusammen getragen werden, auch unter Beteiligung von PdUP und AO, wo die Wahlbeteiligung der nicht-revisionistischen Linken auf breiter Basis beraten wird. LC berichtet als einzige der drei bedeutendsten linken Organisationen regelmäßig über diese Diskussionen in ihrer Tageszeitung. Täglich veröffentlicht LC auch Stellungnahmen aus dem ganzen Land für eine gemeinsame Liste zu den Wahlen. Diese Stellungnahmen kommen von den verschiedensten Basis-Organen, von anderen linken Organisationen und Guppen, aber auch von zahlreichen Zellen und Genossen der AO und der PdUP. In den Tageszeitungen der PdUP und der AO werden diese Dinge weitgehend totgeschwiegen (AO berichtet immerhin gelegentlich das eine oder andere).

Von den anderen Organisationen unterstützt vor allem die ‚IV. Internationale' (Trotzkisten) den Vorschlag von LC. Ähnlich äußert sich auch die Gruppe „Praxis" – eine Abspaltung der PdUP in Palermo (Sizilien), Rom u. a. Das „Beratende Büro der Marxisten-Leninisten" (MLS, Lega dei Comunisti, OCml, Avanguardia Comunista) scheint vorerst eine zentristische Position einzunehmen, indem es einerseits die Haltung von PdUP und AO gegenüber dem Vorschlag von LC kritisiert, andererseits aber auch LC davor „warnt", notfalls eine Gegenliste aufzustellen.

In die Diskussion mischt sich auch die revisionistische PCI kräftig ein. Sie versucht seit einiger Zeit, die PdUP (eine Abspaltung der PCI) wieder enger an sich zu binden, indem sie punktuell mit ihr zusammenarbeitet. Nunmehr wird mit „Konsequenzen" gedroht für den Fall, daß sich die PdUP doch für ein Wahlbündnis mit LC entscheiden würde. Im Studenten- und Schülerbereich existiert außerdem eine Art „Kartell" der revisionistischen Jugendorganisation FGCI mit PdUP und AO. Auch dieses ‚Kartell' setzt die PCI jetzt ganz offen als Druckmittel gegen PdUP und AO ein. Den Revisionisten geht es darum, LC innerhalb der Linken so weit wie möglich zu isolieren, die PdUP zu sich herüberzuziehen und AO aufzureiben (zu keinem anderen Zweck waren die Revisionisten auch zu dem Studenten-‚Kartell' bereit!). Als zusätzliches Droh- und Lockmittel hält die PCI auch noch Regierungs- und Verwaltungsposten bereit: DP ist jetzt schon an manchen Orten in die kommunalen Regierungskoalitionen einbezogen. Käme es nun bei den Neuwahlen zu einer linken Mehrheit oder zum „historischen Kompromiß" – so locken die Revisionisten – könnte DP vielleicht das eine oder andere Pöstchen abkriegen, aber halt nur, wenn LC aus der Liste ausgeschlossen bleibt!...

Die Genossen von LC sagen zu Recht, daß es in den jetzigen Diskussionen um die Wahlbeteiligung

aus der Liste ausgeschlossen bleibt!...

Die Genossen von LC sagen zu Recht, daß es in den jetzigen Diskussionen um die Wahlbeteiligung

der nicht-revisionistischen Linken auch darum geht, diese Taktik der Revisionisten zu durchkreuzen. Dies selbstverständlich nicht nur im Interesse von LC, denn die gesamte nicht-revisionistische Linke würde entscheidend geschwächt, wenn den Revisionisten dieses Manöver gelänge.

Die Massendiskussion auch in ihre eigenen Organisationen hinein hat die Führungen von PdUP und AO zu gewissen ‚Zugeständnissen' veranlaßt. So hat sich AO inzwischen dafür ausgesprochen, LC „in einer bedeutenden Reihe wichtiger Wahlbezirke" auf der Liste DP kandidieren zu lassen; ansonsten könnte es, so erklärte AO, in den übrigen Bezirken auch gewisse Absprachen geben.

Die Leitung der PdUP hat beschlossen, die Frage noch einmal in der gesamten Organisation zu diskutieren. Hierzu liegen zwei Alternativ-Vorschläge vor: Die Mehrheit der Leitung der PdUP tritt dafür ein, an der strikten Ablehnung eines Wahlabkommens mit LC festzuhalten; eine Minderheit tritt für eine ‚Lockerung' dieser Haltung ein.

Italien bietet ein gutes Beispiel, wie die Frage der Wahlbeteiligung auch in unserem Land diskutiert werden sollte – nicht mit „einsamen Beschlüssen" einzelner Führungen, ihre Listen zu präsentieren, sondern mit der Auslösung einer breiten Debatte innerhalb und zwischen den Organisationen, unter voller Einbeziehung des weiteren „Umfelds" dieser Organisationen.

Wir werden mit dem Ziel, zur Auslösung einer solchen breiten öffentlichen Diskussion beizutragen, vom nächsten AK an eine Auseinandersetzung über die Haltung der nicht-revisionistischen Linken unseres Landes zu den Bundestagswahlen eröffnen. ●

Kampf dem Faschismus!

In Italien haben die Faschisten während der Regierungskrise und vor allem nach der Ansetzung von Neuwahlen ihren Terror gesteigert, um ein Klima der Angst zu schaffen, um Vorwände für die Polizei-Repression und für die „Ruhe-und-Ordnung-Propaganda der bürgerlichen Parteien zu liefern.

•••

Der 29. April, Todestag eines faschistischen Studenten, war von den Faschisten für eine „Kraftprobe" vorgesehen. Zu diesem Zweck waren die schlimmsten faschistischen Schläger und Mörder aus ganz Italien in Mailand zusammengeströmt.

Schon einige Tage vorher begannen die bereits eingetroffenen Banditen mit ihren Provokationen: So bedrohte ein berüchtigtes Mitglied der Jugendorganisation der neo-faschistischen MSI Studenten vor der Universität mit einer Pistole. Er wurde beherzt gegriffen und entwaffnet, konnte aber unter dem Schutz des Uni-Personals flüchten.

Wenig später ging bei einem Gymnasium eine telefonische Bombendrohung der Faschisten ein. Mehr als 1.000 Schüler reagierten prompt mit einer Protestdemonstration.

In der Nacht vom 27. auf den 28. April zogen dann 10 oder mehr Faschisten los, um „es den Roten zu zeigen". Sie erwischten drei Genossen eines antifaschistischen Komitees, die gerade ihre Plakate klebten. Die Genossen wurden zuerst brutal zusammengeschlagen, anschließend stachen die Faschisten mit Messern auf sie ein. Alle drei Genossen wurden schwer verletzt. Einer von ihnen, Genosse Gaetano Amoroso, 21 Jahre, starb am 30. April.

Zehn Faschisten wurden wegen der Mordtat festgenommen. Unter ihnen sind mehrere berüchtigte Banditen, die schon bei zahlreichen Überfällen auf Kommunisten und Demokraten aufgefallen sind, aber von der Polizei jedesmal wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Alle Mordbanditen sind Mitglieder der MSI-Jugendorganisation. Unter den Festgenommenen ist Ugo Bersani, 37, Kandidat der MSI zu den letzten Kommunalwahlen.

Die faschistische Bluttat hat Proteste in ganz Italien hervorgerufen. Auch die Gewerkschaftszentralen und der ‚sozialistische' Bürgermeister Mailands drückten ihren Protest aus.Tausende beteiligten sich am Begräbnis des Genossen.

•••

Am Morgen des 29. April wurde in Mailand der Faschist Enrico Pedenovi erschossen, Provinzialrat und Mitglied des ZK der MSI. Die Täter sind drei Männer, die mit einem gestohlenen Auto gekommen waren.

Nichts spricht dafür, die Täter

sind drei Männer, die mit einem gestohlenen Auto gekommen waren.

Nichts spricht dafür, die Täter

auch nur im weitesten Sinne auf der Linken zu vermuten, zumal keine Gruppe sich für die Erschießung verantwortlich erklärte. Alles spricht vielmehr dafür, daß Pedenovi das Opfer einer innerfaschistischen Fehde wurde, und daß sein Tod zugleich herhalten soll, um vor den Wahlen wieder die „Strategie der Spannung" anzuheizen.

Dies hinderte die Faschisten nicht, mit neuen Terrorakten zu „reagieren". So überfielen in Neapel Faschisten mit Schlagketten und Stahlruten mehrere Jugendliche, wobei zwei Genossen der PdUP am Kopf verletzt wurden. In Rom überfielen Faschisten ein Büro der PCI. Schläger, die aus einem Sitz der MSI gekommen waren, schlugen einen Jugendlichen nieder.

In Mantova wurde ein Brandanschlag auf den Sitz des fortschrittlichen ‚Circolo Ottobre' (linke Kulturgruppe) verübt. Die Faschisten versuchten außerdem, die unmittelbare Gegend um die Todesstelle von Pedenovi zu „besetzen" und von dort aus durch die Straßen zu randalieren, Parolen zu schmieren usw. Sie wurden von großen Mengen kommunistischer und anderer antifaschistischer Genossen eingekreist und immer mehr zusammengedrängt, so daß sie schließlich nur unter Polizeischutz überhaupt ein wenig perversen Mummenschanz um die unmittelbare Todesstelle herum aufführen konnten. Alle faschist'schen Parolen waren im Handumdrehen wieder entfernt ...

•••

In Caltagirone drang am 1. Mai ein faschistischer Stoßtrupp in das Büro der PdUP ein und richtete beträchtliche Zerstörungen an. Einige Tage vorher war dort der Sitz von Avanguardia Operaia in Brand gesteckt worden.

•••

In Padova soll am 17. Mai ein Prozeß gegen 35 MSI-Faschisten beginnen, die wegen der Durchführung von Anschlägen und Überfällen sowie wegen Wiederaufbau der verbotenen faschistischen Partei angeklagt sind.

Nachdem sich die Faschisten Ende April mit einer Brandstiftung gegen den Sitz der PdUP bemerkbar machten, beschmierten sie Anfang Mai die Büros der linken Parteien am Ort und die Wohnhäuser zahlreicher Genossen mit Hakenkreuzen. Viele Genossen bekamen anonyme Briefe mit Morddrohungen. Die MSI hat zum Prozeßbeginn eine ‚nationale Demonstration' in Padova angekündigt; Schläger und Gangster aus ganz Italien sollen dann nach Padova kommen. Die Absicht der Faschisten ist, die Linken zu militanten Abwehrmaßnahmen zu zwingen, um dann zu lamentieren, daß der Prozeß „wegen Befangenheit" in Padova nicht stattfinden könne, um somit also eine Verschiebung zu erreichen.

•••

‚Lotta Continua' hat enthüllt, daß innerhalb der Polizei von Florenz eine geheime faschistische Zelle arbeitet. Sie hat sich den Namen „Schwarzer Drache" gegeben.

Mehrere dieser Gangster in Uniform sind heute im Knast, nachdem sie bei einigen „gewöhnlichen"

Mehrere dieser Gangster in Uniform sind heute im Knast, nachdem sie bei einigen „gewöhnlichen"

Verbrechen (wie Raubüberfall auf einen Zug) erwischt wurden. LC weist nach, daß auf das Konto dieser Bande aber auch politische Verbrechen kommen. Dazu soll vor allem der mörderische Bombenanschlag auf den D-Zug ‚Italicus' im August 1974 gehören (12 Tote) !! Darüberhinaus soll die Bande Kontakte zu den Mördern von Brescia (Bombenanschlag auf eine Gewerkschaftskundgebung, mehrere Tote), zu ‚Ordine Nero' (faschistische Terrorbande) usw. unterhalten haben. ●

PdUP lenkt ein!

Wie nebenstehend berichtet, sah sich die PdUP-Führung durch die in Gang gekommene öffentliche Debatte über die Wahlbeteiligung der nicht-revisionistischen Linken dazu gezwungen, ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Wahlbündnis mit Lotta Continua nochmals zu „überdenken" und in der gesamten Organisation zur Diskussion zu stellen.

Ergebnis: *„Das ZK der PdUP billigt eine Erweiterung der Liste ‚Democrazia Proletaria'* (von PdUP und Avanguardia Operaia gebildet - Anm.AK) *auf Kandidaten von Lotta Continua. Es geht davon aus, daß diese Entscheidung einem weit verbreiteten Bedürfnis vieler politischer und gesellschaftlicher Sektoren der Neuen Linken entspricht, die wegen einer Aufsplitterung der Stimmen besorgt sind und die von dem ehrlichen Willen beseelt sind, die Spaltungen zu überwinden"* („il manifesto", 9.5.76).

Der tiefere Grund wird in folgendem Eingeständnis deutlich: *„Das ZK hat, nach wiederholten Zusammentreffen mit Vertretern von Avanguardia Operaia festgestellt, daß bereits – aus Verantwortlichkeiten, die hier nicht analysiert werden sollen – die Existenz der Democrazia Proletaria auf dem Spiel stand – und damit für die PdUP die Möglichkeit, sich an einem derart wichtigen Wahlkampf zu beteiligen – und daß sogar die Einheit der Partei auf dem Spiel stand"* (s.o.).

Hieraus geht hervor, daß – nach der Bereitschaft von Avanguardia Operaia zum Eingehen auf den Vorschlag von LC – ein Beharren der PdUP auf ihrer früheren Haltung zum Bruch des Wahlbündnisses zwischen PdUP und AO und damit faktisch zu einer Isolierung der PdUP geführt hätte.

Mit dem Einlenken der PdUP-Führung hat zugleich die Strategie der PCI einen schweren Schlag erlitten, die nicht-revisionistische Linke zu spalten und LC zu isolieren.

Der Beschluß des ZK der PdUP sieht vor, daß LC generell auf der Liste Democrazia Proletaria kandidieren kann, aber beide Seiten ihren Wahlkampf eigenständig, auf der Grundlage ihrer jeweiligen Programmatik, führen, *„jedoch unter größtem Bemühen, polemische Streitereien und Sektentum zu vermeiden."*

In einer ersten Stellungnahme bezeichnet LC die Entscheidung der PdUP als *„ein Sieg der Vernunft und des Willens der Massenbewegung. Für dieses Ergebnis haben wir gekämpft. Dies Ergebnis ist vor allem der Lohn für die Beharrlichkeit, für das Vertrauen und für das selbständige Urteilsvermögen der zahllosen Genossinnen und Genossen, die an ihrer eigenen konkreten Erfahrung die Möglichkeit und Notwendigkeit der Einheit gemessen haben"* („Lotta Continua", 9./10.5.76). Dies hat eine Bedeutung für den Zusammenschluß der italienischen Arbeiterlinken, weit über die Wahlen hinaus.

Italien-Kommission

Zwei Jahre nach dem Sturz des Faschismus

Wahlen in Portugal



Die Wahldistrikte Portugals

Am 25. April, zwei Jahre nach dem Sturz der faschistischen Diktatur, fanden in Portugal Parlamentswahlen statt. Während der Wahlkampagne verstärkte die Reaktion ihren Terror, um ein Klima der Angst zu schaffen. Vor allem in Nordportugal mußte die Linke praktisch wieder unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten. Ein Bombenanschlag der Faschisten, bei dem ein Kandidat der linken Partei UDP und eine Symphatisantin der UDP ermordet wurden, bildeten den tragischen Höhepunkt der Terrorwelle.

In diesem Klima hatten sich die Rechten einen großen Wahlerfolg versprochen. Allerlei fragwürdige „Umfragen" wurden veröffentlicht, wonach die revisionistische Partei, die PCP, weniger als zehn Prozent der Stimmen bekommen würde, während der rechtsradikalen christdemokratischen Partei CDS mehr als 20% versprochen wurden. Die PPD hatte angeblich ein „Umfrageergebnis", wonach sie um zehn Prozent vor der

angeblich ein „Umfrageergebnis", wonach sie um zehn Prozent vor der

PS liegen würde!

PS-Chef Soares, Zögling der SPD, zog seinerseits vor den Wahlen eine „Umfrage" aus der Tasche, wonach seine Partei die absolute Mehrheit bekommen würde.

Tatsächlich ergab sich folgendes Ergebnis:

– PS 34,97% (1o6 Abgeordnete);
– PPD 24,03% (71 Abgeordnete);
– CDS 15,91% (41 Abgeordnete);
– PCP 14,56% (40 Abgeordnete);
– UDP 1,69% (1Abgeordneter).

Von den übrigen Parteien bekam keine einen Abgeordneten, keine bekam mehr als ein Prozent der Stimmen.

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vor einem Jahr, am 25. April 1975, hatten folgendes Ergebnis gebracht:

– PS 37,87%
– PPD 26,38%
– PCP 12,53%
– CDS 7,65%
– UDP 0,79%

Danach haben die PS und die rechtsbürgerliche PPD jeweils leicht verloren; die CDS hatte ihre Stimmen verdoppeln können. Die PCP hat auf den ersten Blick gewonnen; allerdings bekam damals die PCP-nahe MDP noch 4,12%, während sie diesmal zur Wahl der PCP aufrief. Die PCP hat also gegenüber dem damaligen Stimmenanteil von PCP und MDP leicht verloren.

Aus dem Wahlergebnis läßt sich schlußfolgern, daß PCP (+MDP), PS und PPD jeweils zwei bis drei Prozent nach rechts verloren haben.

Die Parlamentswahlen haben das außerordentlich starke politische Gefälle zwischen dem Süden und dem Norden Portugals bestätigt. Hier zum Vergleich zwei typische Distrikte – Guarda im Norden und Setubal im Süden (in Klammern Veränderungen zu den Wahlen 1975):

Guarda:
– CDS 32,09% (+12,6%);
– PPD 25,66% (–7,68%);
– PS 25,13% (–3,03%);
– PCP 2,91% (–0,02%).

Setubal:
– PCP 44,34% (+7,52%);
– PS 32,15% (– 6,0%);
– PPD 8,40% (+2,66%);
– CDS 4,39% (+2,84%).

Die Ergebnisse von PCP und CDS sind zwischen Nord und Süd sehr stark unterschiedlich: die PCP bewegt sich zwischen 2,28% im allerschwärzesten Norden (Viseu) und 44,34% im „roten Alentejo" (Setubal); die CDS schwankt zwischen 4,16% (Beja) und 32,o9% (Guarda). Etwas ausgeglichener sind die Ergebnisse der PPD, zwischen 8,24% (Beja) und 35,04% (Aveiro). Relativ stabil ist die PS, die in keinem Distrikt weniger als 20% der Stimmen bekam.

In den Distrikten Beja, Evora und Setubal (Alentejo) wurde die PCP stärkste Partei. PCP und nicht revisionistische Linken zusammen kamen in Beja auf 49,05%, in Setubal auf 49,08% und in Evora immerhin noch auf 47,81%.

Die PPD, die insgesamt an Stimmen verlor, konnte im Süden dazugewinnen; diese Stimmen wurden offenbar der PS abgenommen, die hier überdurchschnittlich stark verlor. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich in Lissabon, wo die PS mit – 7,78% überdurchschnittlich stark verlor (aber mit 38,27% klar stärkste Partei blieb), während PPD (+ 3,38%) und CDS (+ 8,36%) kräftig dazugewannen. Dieses Ergebnis dürfte in erster Linie der Tatsache zuzuschreiben sein, daß in Lissabon seit dem letzten Jahr zigtausende „Retornados", Angola-Rückkehrer, zusammengeströmt sind, die meist im Schlepptau der Reaktion segeln.

In Nordportugal verlor die PPD überdurchschnittlich stark an die rechtsradikale CDS.

Die Ergebnisse widerspiegeln die unterschiedliche Klassenstruktur der Bevölkerung: die revolutionären Landarbeiter des Alentejo, im Distrikt Setubal auch eine Konzentration des Industrie-Proletariats. Im Norden dagegen vorwiegend Kleinbauern, die vom Klerus und der Reaktion manipuliert werden. Ferner Lissabon, auch mit einem starken Arbeiteranteil (PCP: 21,84%; nicht-revisionistische Linke: 4,34%), aber auch mit einem großen Anteil von PS-wählenden Angestellten und Massen reaktionärer „Retornados". Im Süden Portugals fällt das Fremdenver-

reaktionärer „Retornados". Im Süden Portugals fällt das Fremdenver-

kehrsgebiet der Algarve (Distrikt Faro) aus dem Rahmen: Hier ist die PS mit 44,71% stärkste Partei (der höchste Anteil, den die PS überhaupt in einem Distrikt erhielt), während die PCP nur auf 14,8 % kam. Im Norden bildet der Distrikt Porto eine Ausnahme, wie das folgende, für den übrigen Norden recht untypische Ergebnis zeigt:

– PS 40,73%;
– PPD 26,97%;
– CDS 15,70%;
– PCP 8,3%.

Eine Besonderheit bilden noch die Inseln Madeira und Azoren. Hier gewann die PPD acht von zwölf Sitzen. Auf Madeira und in zwei von drei Wahldistrikten der Azoren erreichte die PPD die absolute Mehrheit. Sie verlor allerdings gegenüber 1975 rund zehn Prozent, die vor allem der CDS, teilweise aber offenbar auch der PS zugute kamen (30 - 35% auf den Azoren, 25% auf Madeira).

Der ohnehin magere Anteil der PCP bröckelte gegenüber 1975 noch weiter ab, auf etwa 1,5%. Auf den Inseln gibt es auch kaum noch legale Arbeitsmöglichkeiten für die Linke.

Die Azoren und Madeira sollen demnächst eine „Autonomie" erhalten. Der US-Imperialismus und von ihm ausgehaltene Politiker und Banditen streben die Loslösung Madeiras und der Azoren von Portugal an, um die Inseln zu einer riesigen und sicheren Aufmarschbasis des Imperialismus für Aggressionen im Mittelmeer-Raum und im Nahen Osten zu machen.

Jetzt PS-Alleingang?

Alle Parteien bestanden darauf, das Wahlergebnis als Erfolg zu verbuchen:

– Die PS hob die Tatsache hervor, daß sie wieder stärkste Partei geworden ist, dabei „vergaß" sie, daß sie nicht nur ihr erklärtes Ziel der absoluten Mehrheit weit verfehlt, sondern sogar Stimmen verloren hat.

– Die CDS hob die Verdoppelung ihrer Stimmen hervor. Allerdings hatte sie vorher von mehr als 20% geträumt, und angesichts der massiven Hetze und Terror, die in den letzten Monaten von der Reaktion entfaltet wurden, sowie angesichts des Zustroms einiger Hunderttausend „Retornados" ist das Ergebnis für die CDS eher enttäuschend.

– Die PCP feierte ihre Zugewinne und interpretiert das Ergebnis als *„Votum für eine linke Mehrheit"*. „Vergessen" wurde, daß es der PCP nicht gelungen ist, die im letzten Jahr auf die MDP entfallenen Stimmen voll für sich zu gewinnen, so daß sich genau genommen ein Minus von 2,09% ergibt.

Immerhin ist es tatsächlich als Erfolg zu werten, daß die PCP trotz einer mörderischen Hetze von Reaktion und Sozialdemokratie ihr Ergebnis nahezu stabil halten konnte.

PS-Chef Soares hatte vor der Wahl eine Erklärung abgegeben, daß die PS keine Koalition eingehen würde;



In Beja (Alentejo) fand am 10. April unter dem Schutz berittener Polizei (PSP), Bürgerkriegstruppe (GNR) und Soldaten eine provokatorische Kundgebung der PPD statt. Den ca. 200 PPD-lern standen mehr als 1.000 Antifaschisten gegenüber. Es bildete sich spontan ein Demonstrationszug, der sich das PPD-Büro vornahm und dabei entdeckte, daß dort gleichzeitg die rechtsradikale CDS einen geheimen Unterschlupf unterhält.
Einige Tage später wurden mehrere Menschen festgenommen – unter dem Vorwurf, an den antifaschistischen Manifestationen beteiligt gewesen zu sein. Es gab eine Protestdemonstration für die Freilassung der Festgenommenen zum Gefängnis, wobei die GNR in die Menge schoß. Der 38-jährige Manuel Palminha, Vater von sieben Kindern, wurde erschossen. Sein Begräbis (siehe Foto) wurde zu einer machtvollen antifaschistischen Manifestation.



Die kubanische Botschaft nach dem Bombenanschlag

entweder werde sie allein regieren

entweder werde sie allein regieren

oder sie werde in die Opposition gehen. Die PCP hingegen hatte sich für eine „linke Mehrheit" ausgesprochen, das heißt für eine Regierungskoalition von PS und PCP. Dies wäre jetzt rechnerisch möglich (beide Parteien haben zusammen 146 von 259 Sitzen), wird aber von der PS eindeutig abgelehnt, die unter starkem Druck ihrer Geldgeber von der SPD steht.

Die PPD hat ihre Bereitschaft zu einer Koalition mit der PS erklärt. Außerdem hat sie jedoch gleich nach der Wahl versucht, Schwierigkeiten zu machen, indem sie forderte, die PCP jetzt völlig aus der Regierung zu drängen (gegenwärtig regiert noch eine Koalition von PS, PPD und PCP), und stattdessen die CDS zu beteiligen.

Die PPD hat allerdings kurz darauf einen Rückzieher gemacht und hat erkennen lassen, daß sie bereit wäre, eine Allein-Minderheitsregierung der PS zu tolerieren.

Gegenwärtig hat es unter diesen Umständen einige Wahrscheinlichkeit, daß die neue Regierung eine PS-Alleinregierung sein wird, die sich für ihre Entscheidungen jeweils wechselnde Mehrheiten, entweder mit Hilfe der PPD oder mit Hilfe der PCP, suchen wird.

Präsidentenwahlen

In Zusammenhang mit dem Poker um die Regierungsbildung steht das Hin- und Her um die demnächst anstehenden Präsidentenwahlen. Keine der Parteien hat sich bisher eindeutig auf einen Kandidaten festgelegt.

So ist beispielsweise der jetzige Staatspräsident Costa Gomes im Gespräch. Ihn könnten PS und PCP unterstützen, falls nicht die PS-Führung es vorzieht, auch nur den Anschein eines Zusammengehens mit der PCP zu vermeiden.

Als weiterer Kandidat ist General Ramalho Eanes im Gespräch, Chef des Generalstabes des Heeres, einer der Rechtsputschisten vom 25. November, Erzreaktionär. Ihn scheint vor allem die PPD zu bevorzugen.

Aber auch Teilen der CDS wäre er

Aber auch Teilen der CDS wäre er

recht. Selbst die PS scheint nicht abgeneigt, ihn gegebenenfalls zu unterstützen – und einiges spricht für die makabre Annahme, daß in diesem Fall auch die PCP sich nicht lumpen lassen würde, mitzuziehen. Das jedoch würde wahrscheinlich wiederum der PPD und CDS die Laune verderben.

Die PCP, die 1974 sogar einen Spinola unterstützte, scheint grundsätzlich bereit, j e d e n Kandidaten zu unterstützen, den die PS unterstützt. Beispielsweise käme auch Regierungschef Azevedo dafür eventuell in Frage. Die PS wiederum scheint keinen Kandidaten zu wollen, der n u r von ihr und der PCP unterstützt wird.

PPD und CDS würden auf jeden Fall einen ganz rechten Kandidaten bevorzugen, wie etwa den auch im Gespräch befindlichen Chef der Militärregion Nord, Pires Veloso. Teile der CDS möchten den faschistischen General Calvao de Melo als Kandidaten aufstellen, der bis zum Kragen verstrickt ist in den faschistischen Putschversuch Spinolas vom 11. März 1975.

Die nicht-revisionistische Linke möchte einen eigenen Kandidaten aufstellen, einen populären linken Militär. Am liebsten wäre ihr ganz sicher Otelo de Carvalho, Ex-Chef des COPCON. UDP/PCP (R), MES und PRP haben schon erkennen lassen, daß sie eine Kandidatur Otelos begrüßen würden. Otelo selbst will offenbar auf keinen Fall gegen Costa Gomes oder einen anderen halbwegs noch demokratischen Militär kandidieren, sondern nur, falls ein weit rechts stehender Mann als Kandidat aufgestellt wird.

In der Diskussion ist auch Vasco Goncalves, Chef der V.Regierung, einst als PC-nahe geltend, heute weitgehend aus dem politischen Leben zurückgezogen und mit einer offenen Einstellung auch zur nicht-revisionistischen Linken. Goncalves tritt für eine Kandidatur von Costa Gomes ein und möchte nicht als Kandidat aufgestellt werden – außer, wenn der Kandidat von PS und PCP a l l z u rechts sein sollte.

Das Ergebnis der Linken

Die nicht-revisionistische Linke kam diesmal insgesamt auf 3,45%. 1975 waren es 3,97% gewesen. Ihre besten Ergebnisse erzielte die nicht-revisionistische Linke in Faro/Algarve (5,71%) und Beja/Alentejo (5,66%). Auch die Ergebnisse im Norden fallen nicht allzu stark dagegen ab, beispielsweise 3,88% in Guarda, dem schwärzesten Distrikt, oder 2,51% in Viseu.

Im Einzelnen ergaben sich folgende Ergebnisse:

– UDP 1,69%. 1975 hatte die UDP nur 0,79% bekommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß sie damals in einer Reihe von Distrikten nicht kandidierte. Zu berücksichtigen ist ferner, daß 1975 zwei andere „ML"-Gruppen, die FEC (ml) und die PUP, zusammen 0,8% der Stimmen bekommen hatten. Die PUP wurde inzwischen von der UDP integriert, die FEC (ml) hat kürzlich ebenfalls ihren Anschluß an die UDP bekanntgegeben und hatte aufgerufen, diese zu wählen. Vor allem die Ergebnisse im Norden, wo 1975 PUP und FEC (ml) relativ stark waren, zeigen, daß es der UDP nicht voll gelungen ist, diese Stimmen diesmal auf sich zu ziehen. Ein Teil dieser Stimmen dürfte diesmal sicher den pseudo-„linken" Gruppen „PCP/ML", AOC und MRPP zugefallen sein. Andererseits hat die UDP vor allem in Lissabon (2,63%) und Setubal (2,81%) deutlich dazugewonnen, was offensichtlich auf die Gewinnung neuer Wähler außerhalb des „ML"-Umkreises zurückzuführen ist.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1975 hatte die UDP in Lissabon (1,67% (= 21.126 Stimmen) erhalten, was ihr einen Abgeordneten einbrachte. Diesmal waren es 2,63% (= 31.645 Stimmen). Das gab wieder einen Abgeordneten; nur rund 1.800 Stimmen fehlten zu einem zweiten Abgeordneten.

– Zweitstärkste Organisation der nicht-revisionistischen Linken wurde die FSP mit 0,78%. 1975 hatte sie 1,17% erhalten.

– Der MES bekam 0,58%. 1975 waren es noch 1,02% gewesen. Überdurchschnittlich starke Verluste mußte der MES insbesondere in Porto (von 0,99 auf 0,27%) und in Coimbra (von 1,67 auf 0,45%) hinnehmen, wo der MES in den letzten Monaten durch größere Austrittsbewegungen betroffen war. Sein bestes Ergebnis erzielte der MES im Distrikt Beja/Alentejo mit 1,74%.

– Die Trotzkisten erhielten zusammen 0,4%, und zwar die LCI 0,3% und die PRT 0,1%. Die LCI hatte 1975 nur 0,19% gehabt, die PRT hatte nicht kandidiert.

Stärkste Richtung wurde somit die gemäßigt „marxistisch-leninistische" UDP. Mit 1,69% liegt sie allerdings nur knapp vor den ehemaligen FUR-Organisationen (MES, FSP, LCI) mit zusammen 1,66%. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die PRP, die gleichfalls der Einheitsfront FUR angehört hatte, zu den Wahlen nicht kandidiert, sondern zum Boykott aufgerufen hatte. Die ehemalige FUR ist unter den nicht-

Ergebnis der MRPP in den Distrikten Lissabon (1,20%) und Setubal (0,89%) gewertet werden.

Von diesen pseudo-„linken" Organisationen ist die PCP/ML-AOC ganz offen konterrevolutionär. Sie propagiert unverhohlen das Bündnis mit der Reaktion (namentlich der PPD) und mit den westeuropäischen Imperialisten; sie fordert eine verschärfte Verfolgung und Unterdrückung der „sozialfaschistischen" PCP und ihrer „Agenten", wozu sie ohne weiteres sogar die UDP rechnet.

Die MRPP verfolgt im Prinzip dieselbe Linie, schlägt aber „radikalere" Töne auch gegenüber der portugiesischen Bourgeoisie und dem US-Imperialismus an.

Zusammen haben diese Gruppierungen 1,25% der Stimmen erhalten, wovon jedoch zumindest ein Teil der Stimmen der MRPP sicher nicht als Stimmen für die Konterrevolution gemeint waren, sondern der „radikalen" Demagogie der MRPP zu verdanken sind.



PRP steckt in einer tiefen Krise, die möglicherweise schon ihr Ende signalisiert.

Die FSP hatte wohl nie eine größere praktische Bedeutung, und dies gilt heute sicher mehr denn je. Die trotzkistische LCI hat sich durch eine waghalsige „Selbstkritik" etwas aus der Gefahrenzone katapultiert.

Der MES war innerhalb der FUR die treibende Kraft. Das Scheitern dieses Experiments ebenso wie der Rechtsputsch vom 25. November hat für den MES stark negativ zu Buch geschlagen. Auch die erwähnten größeren Austritte aus dem MES waren eine Reaktion darauf.

Unserer Einschätzung nach war die FUR insgesamt ein positiver Schritt und eine wertvolle Erfahrung. In einer Situation, die auf der einen Seite vom „schleichenden Putsch" der Reaktion und auf der anderen Seite von einem enormen Aufschwung der Massenbewegung bestimmt war, hat die FUR weit über den Rahmen der beteiligten Organisationen hinaus sich zeitweise an die Spitze des revolutionären Prozesses stellen können. Die revolutionäre Linke stand damals objektiv – unabhängig von subjektiven Irrtümern – vor der Situation, daß die Reaktion planmäßig auf den Putsch zuging und nur eine ziemlich geringe Chance bestand, diesen vielleicht noch abzuwenden. In dieser Situation hat sich der MES, und das sehen wir als bleibendes Verdienst an, der historischen Verantwortung gestellt, was ihm nach der Niederlage unvermeidlich einen Rückschlag eingebracht hat.

Der MES hat allerdings unserer Meinung nach zwei wesentliche Fehler gemacht: Zum einen hat er keine öffentliche Debatte um die Linie der FUR und um den Weg des revolutionären Prozesses geführt. Zum anderen hat sich der MES, möglicherweise in Überschätzung des Aufschwungs der Massenbewegung, dazu verleiten lassen, vor dem 25. November an der Seite der PRP abenteuerlichen Illusionen über die „Machtfrage" nachzujagen, wodurch er n a c h dem 25. November – zu Unrecht wie wir meinen – als einer der Verantwortlichen für die Niederlage in vielen Augen erschien.

Die UDP hat vor dem 25.November im Gegensatz zum MES weitgehend die Politik des „sich Heraushaltens" verfolgt. Ihre allgemeinen Parolen wie etwa "Nein zum Bürgerkrieg" boten keine Handlungsanweisung, zumal sie in gleicher Weise die Reaktion u n d die Revisionisten für das Bürgerkriegsklima verantwortlich zu machen versuchte, also nicht gegen den H a u p t f e i n d und gegen die reale Putschgefahr seitens der Reaktion orientierte. Die UDP hat sich nicht an der FUR beteiligt, sie hat auch nur wenige Aktionen der FUR direkt unterstützt; andererseits hat die UDP aber auch keine gründliche Kritik an der FUR geübt.

Dieses Verhalten, das v o r dem 25. November zu einem Verlust an politischem Einfluß für die UDP führte, half ihr n a c h dem Rechtsputsch, ihren Einfluß zumindest zu stabilisieren, wenn nicht wieder auszuweiten. Stand sie doch nun als die e i n z i g e Organisation der nicht-revisionistischen Linken da, die sich nicht an dem mißglückten FUR-Experiment und an den abenteuerlichen Überlegungen über die „Machtfrage" beteiligt hatte.

4. Der MES hat es unserer Meinung nach versäumt, eine umfassende, öffentliche politisch-ideologische Auseinandersetzung insbesondere mit der UDP und der in dieser führenden PCP (R) zu führen. (Ebensowenig hat der MES allerdings einen umfassenden politisch-ideologischen Kampf gegen den Revisionismus geführt). Beispielsweise hat es der MES der PCP (R) praktisch total geschenkt, sie jemals in ihrer skandalösen Haltung zu Angola zu kritisieren (These von den „drei Befreiungsbewegungen" etc.) – eine Frage, die gerade in Portugal naturgemäß eine große Rolle spielt. Überhaupt hat der MES darauf verzichtet, den „marxistisch-leninistischen" Kern der UDP, vertreten durch die führende Rolle der PCP (R), einer Kritik zu unterziehen – abgesehen von einem schüchternen Ansatz, den es nach dem II. Kongreß des MES (Februar dieses Jahres) gab.

Der MES wird unter diesen Bedingungen der politisch-ideologischen „Windstille" unvermeidlich Schritt um Schritt von der UDP/PCP (R) aufgesogen werden, solange er deren schädliche Politik nicht öffentlich entlarvt und es folglich den Sympathisanten des MES immer schwerer fallen muß, überhaupt noch die Differenzen zur UDP/PCP (R) zu sehen. Die Zusammenarbeit zwischen MES und UDP in der Aktion, an der die UDP (ebenso wie der MES selbst) auch weiterhin starkes Interesse bekundet, wirkt sich unter d i e s e n Bedingungen negativ für den weiteren Bestand des MES als selbständige politische Kraft aus.

Die UDP/PCP (R) hat es im letzten Jahr geschafft, ohne allzu gründliche Auseinandersetzungen einen großen Teil der übrigen „marxistisch-leninistischen" Gruppierungen aufzusaugen. Mit der OCMLP (FECml) integriert die UDP/PCP (R) derzeit die letzte größere dieser Gruppierungen.

Die PCP (R) bezeichnet sich selbst als „Bruderpartei" von Sekten wie der „KPD/ML" in der BRD, der „PCd'I/ml" in Italien etc. Die Politik, die sie vermittels der UDP betreibt, ist jedoch weit erfolgreicher als die irgendeiner anderen "ML"-Partei in Europa. Dies liegt daran, daß die UDP in der konkreten Praxis und Agitation sehr stark auf den Kampf gegen den Faschismus, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen den US-Imperialismus, für die Demokratie orientierte, während sie mit den üblichen „ML"-Schnacks höchst zurückhaltend ist. Im Vergleich zur Wahlkampagne 1975, die UDP stark polemisch gegen die PCP gerichtet hatte, hat sie diesmal klar Reaktion, Faschismus und Imperialismus als Hauptfeinde bekämpft. Die PCP hatte es unter diesen Umständen sehr schwer, die UDP mit „PCP/ML"-AOC und MRPP einfach in einen Topf zu werfen, wie sie es zweifellos am liebsten getan hätte. Die UDP hat mit ihrem e i n e n Kandidaten in der Verfassungsgebenden Versammlung eine recht „konstruktive" Arbeit geleistet. Agitatorisch überzeugend war in der Wahlkampagne mit Sicherheit eine Aufstellung der UDP über zahlreiche fortschrittliche Anträge, die ihr Abgeordneter gestellt hatte, und auf die die PCP entweder mit Ablehnung oder Stimmenthaltung reagiert hatte. Der UDP ist es auch gelungen, über die eigenen Reihen hinaus populäre unabhängige Kandidaten aufzustellen. Ihre Propaganda konzentrierte sich auf wenige Schlagworte, wie: „Brot", „Boden", „Freiheit", „Nationale Unabhängigkeit", „Volksdemokratie".

Die PCP (R), führende Kraft in der UDP, ist erkennbar gemäßigter und besonnener als etwa ihre „Bruderpartei" in der BRD, die „KPD/ML". Als ein Ausdruck davon bekämpft die PCP (R) schärfstens die „PCP/ML" als konterrevolutionäre Gruppe (und wird umgekehrt von dieser als „Agentur des Sozialimperialismus" angegiftet), während die „KPD/ML" heftig mit der „Bruderpartei" der „PCP/ML", der „KPD", herumflirtet. Trotzdem ist unverkennbar, daß die PCP (R) eine „ML"-Organisation mit typischen Kennzeichen ist. Dazu gehört beispielsweise die außerordentlich platte und primitive Art, in der sie den politisch-ideologischen Kampf führt. Das Gegenstück zu dieser inhaltsarmen Phrasendrescherei ist oft ein opportunistisches Verschweigen der Widersprüche zu Gruppierungen, die die PCP (R) zu integrieren trachtet. Zur chinesischen Außen- und Innenpolitik nimmt die PCP (R) die „ML"-übliche total blinde und prinzipienlose Haltung ein.

Die PCP (R) ist letztlich keineswegs in der Lage, die Rolle einer kommunistischen Avantgarde-Partei für Portugal zu spielen. Vielmehr kann der Aufbau einer solchen Partei nur im umfassenden und unversöhnlichen politisch-ideologischen Kampf g e g e n die PCP (R) erfolgen. Unserer Einschätzung nach wird der MES, wenn er diesen Kampf nicht bald aufnimmt, auf längere Sicht keine selbständige politische Rolle in der portugiesischen Arbeiterbewegung mehr spielen können, trotz der nicht auszulöschenden vorwärtstreibenden Rolle, die er vor allem 1975 im portugiesischen revolutionären Prozeß gespielt hat. ●

revisionistischen Linken der eindeu- MES und UDP

revisionistischen Linken der eindeutige Verlierer der Wahl, was eine Widerspiegelung ihres Sympathie-Verlustes seit dem 25. November ist. Sicher nicht zufällig konnte die trotzkistische LCI, die sich inzwischen mit einer ziemlich demagogischen und streckenweise geradezu schwachsinnigen „Selbstkritik" von den Erfahrungen der FUR abgesetzt hat, ihren Stimmenanteil stärken.

Das Stimmenergebnis für die nicht-revisionistische Linke ist insgesamt, gemessen an allen anderen europäischen Ländern, immer noch sehr beachtlich. Man bedenke vergleichsweise nur, daß allein die portugiesischen Trotzkisten einen höheren Prozentsatz bekamen als die DKP bei den letzten Bundestagswahlen in der BRD.

Bei der Bewertung des Ergebnisses ist außer der allgemeinen reaktionären Hetze auch die massive Propaganda der PCP zu berücksichtigen, die besonders in den allerletzten Tagen der Wahlkampagne schwerstes Geschütz gegen die „Splittergruppen" auffuhr und die mit der Parole des „voto util" (nützliche Stimme) dagegen polemisierte, Stimmen an eine der nicht-revisionistischen Organisationen zu „verschenken", da diese gar keine Chance hätten, Kandidaten durchzubringen. MES und UDP schätzen übereinstimmend ein, daß dies einen beträchtlichen Teil ihrer potentiellen Wähler schließlich doch bewogen hat, der PCP die Stimme zu geben.

Nicht der Linken zuzurechnen sind die „PCP/ML" („Bruderpartei" der westdeutschen „KPD") und deren „Massenorganisation" AOC sowie die MRPP. Diese Gruppen waren 1975 von der Wahl ausgeschlossen worden. Dieses Jahr erhielten sie:

– PCP/ML 0,29%
– AOC 0,29% zusammen 0,58% (ebensoviel wie der MES!);
– MRPP 0,67%

Als besonders beachtlich muß das

MES und UDP

MES und UDP sind heute als wichtigste Organisationen der nicht-revisionistischen Linken anzusehen (die FSP ist zwar auf der Wahlebene stärker als der MES, spielt aber in der Praxis kaum noch eine Rolle).

Der MES hat gegenüber 1975 fast die Hälfte seiner Stimmen verloren. Hierfür sind unserer Einschätzung nach unter anderem folgende Gründe ausschlaggebend gewesen:

1. Der MES ist durch größere Austrittsbewegungen im letzten Jahr geschwächt worden. Allein in den Distrikten Porto und Coimbra, wo dies besonders der Fall war, hat der MES zusammen rund 10.400 Stimmen verloren, also etwa ein Drittel seiner insgesamt verlorenen Stimmen. Die Austritte erfolgten im Wesentlichen im kleinbürgerlich-intellektuellen Bereich und hängen in erster Linie zusammen mit der Entwicklung des MES von einem undefinierbaren linken Sammelbecken, das er bei seiner Gründung war, in Richtung auf eine kommunistische Organisation.

2. Die revisionistische Propaganda des „voto util" hat zweifellos zumindest in Lissabon der UDP genutzt (die dort 1975 schon einen Kandidaten durchgekriegt hatte und von der dies eher auch diesmal erwartet werden konnte), und dem MES Stimmen gekostet. In Lissabon verlor der MES rund 5.800 Stimmen, nicht zuletzt wohl auch an die UDP, die dort rund 4.900 Stimmen dazu gewann (verglichen mit dem Gesamtergebnis von UDP + FEC (ml) 1975).

3. Der MES wurde das Hauptopfer des Rechtsputsches vom 25. November und des gescheiterten Experiments der linken Einheitsfront FUR. Von den ehemaligen FUR-Organisationen hat sich die LUAR praktisch aufgelöst. Ihr früherer Führer Palma Inacio (persönlicher Freund von PS-Führer Soares) kandidierte jetzt als unabhängiger Kandidat der UDP. Die spontaneistische

Faschistische Strafrechts„reform" in den USA

Die Repression in den USA – die ohnehin in vielen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft längst faschistischen Charakter angenommen hat – wird von der Regierung auch juristisch zunehmend perfektioniert. Unter dem Deckmantel eine „Reform" des ungerechten und rassistischen Strafrechts durchführen zu wollen, lag dem Kongreß ein Gesetzentwurf aus dem Senat (senat bill) vor, der tatsächlich jede demokratische Opposition zu einem kriminellen Delikt machen würde.

Aufgrund einer starken Opposition der fortschrittlichen amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gegen dieses faschistische Gesetz wurden insgesamt zwanzig Bestimmungen aus dem Entwurf herausgenommen, die nunmehr später in einem anderen Entwurf (Official Secrets Act) dem Kongreß vorlegt und verabschiedet werden sollen. U.a. sollte auch die durch ein Gerichtsurteil des Obersten Bundesgerichts für „verfassungswidrig" erklärte Todesstrafe wiedereingeführt werden; auch sie soll jetzt durch ein eigens dafür entworfenes Gesetz wieder legalisiert werden (in den amerikanischen Gefängnissen sitzen hunderte zum Tode verurteilten Menschen). Das „Official Secrets Act" beinhaltet folgendes:

Die Veröffentlichung aller Regierungsinformationen, die nicht für die Presse bestimmt sind (z.B. Enthüllungen über die CIA und die Veröffentlichung der sog. „Pentagon-Papiere") werden zu Verbrechen (!) erklärt;

▶ Journalisten sollen zukünftig verpflichtet werden, alle Informationen den Gerichten zugänglich zu



Von Nationalgardisten ermordeter Student

machen (Aufhebung des Rechts auf Zeugnisverweigerung);

▶ den Behörden soll es zukünftig erlaubt sein, nach Lust und Laune beliebig Telefone abzuhören, „Wanzen" zu installieren usw.;

▶ alles als „obszön" eingestufte Material soll verboten werden, seine Veröffentlichung unter Strafe stehen;

▶ der Straftatbestand für Spionage soll erheblich erweitert werden. (u.a. fällt bereits die Namensnennung von CIA-Agenten darunter);

▶ das Recht der Polizei, amerikanische Bürger festzunehmen, soll erheblich erleichtert werden.

▶ Aber auch das, was von der Strafrechts„reform" noch übrig geblieben ist, hat es in sich:

▶ Danach sollen alle Personen, die andere zu „gesetzwidrigem Verhalten" anregen, wobei der Sturz einer Staats- oder Nationalregierung (der US-Bundesstaaten) erleichtert werden können (!), mit 15 Jahren (!) Freiheitsstrafe und/oder einhunderttausend Dollar Geldstrafe bedacht werden.

▶ Wenn sich mindestens zehn (!) Personen so verhalten, daß eine große Gefahr für das private Eigentum entstehen könnte (!), fällt das unter den Strafbestand „Krawalle anführen": Drei Jahre Gefängnis und/oder einhunderttausend Dollar Geldstrafe.

▶ Wer Einrichtungen, die für die „nationale Sicherheit der USA" notwendig sind, beschädigt oder sich daran zu schaffen macht, wird wegen Sabotage in manchen Fällen zum Tode, sonst zu lebenslänglich verurteilt oder 20 bis 30 Jahre eingekerkert.

▶ Das Recht auf Demonstrationen soll erheblich eingeschränkt werden; u.a. sieht es vor, daß nicht mehr an Orten demonstriert werden darf, wo sich der Präsident der USA aufhalten könnte (!).

Mit diesen Gesetzentwürfen ziehen die amerikanischen Imperialisten ihre Konsequenzen aus der starken Bewegung der Afro-Amerikaner in den Großstädten, der starken Bürgerrechtsbewegung, der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg, der Veröffentlichung der Pentagon-Papiere und Enthüllungen über Watergate und CIA. ●

CIA-„Untersuchungen“ jetzt endgültig abgeschlossen:

Nicht nur eine Schmierenkomödie!

Mit einem abschließenden 641 Seiten langen Bericht der Kommission des Senatshauses unter Führung des Abgeordneten Church ist Ende April endgültig eine Serie von „Untersuchungen“ über die illegalen und verbrecherischen Praktiken des amerikanischen Geheimdienstes CIA zu Ende gegangen. Man kann getrost behaupten, daß sich an der bisherigen CIA-Politik trotz Enthüllungen absolut nichts ändern wird. Was jedoch zunächst nur als eine großangelegte Schmierenkomödie zur Täuschung der Öffentlichkeit anmutet, ist in Wirklichkeit mehr: Wie jetzt immer deutlicher wird, ging es auch darum, die Arbeit der US-Geheimdienste zu straffen und für die Zukunft wirkungsvoller zu machen. Insofern geht die US-Geheimdienstmafia selbst keineswegs geschwächt aus dem CIA-Fiasko hervor, sondern, ausgerüstet mit neuen Kontroll- und Entscheidungsstrukturen, eher gestärkt.

Insgesamt hatten sich drei Kommissionen damit beschäftigt, die Arbeit der CIA im In- und Ausland „unter die Lupe“ zu nehmen und darauf aufbauend dem Präsidenten „Reform“vorschläge zu unterbreiten.

Notwendig wurden diese „Untersuchungen“ nachdem es der Kissinger-Ford-CIA-Administration nicht länger möglich war,

- die Bespitzelung und Erpressung hunderttaussender amerikanischer Bürger,
- die Organisierung blutiger Staatsstreiche,
- die Planung und Ausführung von Attentaten auf ausländische Politiker,
- die Existenz bestialischer Mordwaffen (u.a. Giftpistolen),
- die Bestechung und Unterwanderung aus- und inländischer Politiker, Professoren, Jounalisten, Parteien, usw.usf. zu verheimlichen.

Kissinger und Ford lassen „untersuchen“

Kissinger und Ford lassen „untersuchen“

In dieser Situation, in der zeitweise fast täglich neue geplante und durchgeführte CIA-Verbrechen ans Tageslicht kamen und insbesondere auch in der amerikanischen Bevölkerung immer stärker eine Offenlegung a l l e r geheimen CIA-Aktivitäten verlangt wurde, trat die US-Regierung die „Flucht nach vorn“ an: Ausgerechnet Kissinger, als Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrates“ zugleich Boß der gesamten US-Geheimdienstmafia, ordnete eine „Untersuchung“ an und setzte eine Kommission ein.

Ford erklärte sich mit *„Reformmaßnahmen durchaus einverstanden“* („FAZ“, 20.9.75), wenn sie weiterhin erlaubten, *„daß der Geheimdienst seine für die nationale Sicherheit wichtige Aufgabe in Zukunft voll erfüllen kann“* („FAZ“,11.6.75).

Das Ziel war also von vornherein festgeschrieben: An der Funktion der CIA für den US-Imperialismus, mit ihm als Instrument überall dort in der Welt mit allen Mitteln intervenieren zu können, wo die US-Interessen (die sogenannte „nationale Sicherheit“) gefährdet erscheinen, sollte absolut nichts geändert werden.

Entsprechende Figuren saßen in der von Kissinger und der CIA einberufenen Kommission:

- Ronald Reagan, faschistoider Gouverneur von Kalifornien und jetziger Präsidentschaftskandidat;
- Lyman Lemnitzer, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber und US-generalstabschef, mitbeteiligt an der vom CIA organisierten „Schweinebucht-Invasion“ gegen Kuba 1961;
- Dillan, ehemaliger Finanzminister und Bankier;
- Connar, Handelsminister der USA;
- Lane Kirkland, Schatzminister der sozialfaschistischen Führung des US-Gewerksschaftsdachverbandes AFL-CIO, der maßgeblichen Anteil an der Durchdringung in- und ausländischer Gewerkschaften mit CIA-Geldern und Agenten hat.

Vorsitzender dieser illustren CIA-Kommission wurde – wen wundert's noch – der US-Vizepräsident und Geheimdienstberater Fords, Rockefeller, zugehörig zum Rockefeller-Clan, einer der größten finanzkapitalistischen Organisationen des Imperialismus.

Schon nach auffallend kurzer „Untersuchungs“dauer stellte diese Kommission in einem Bericht – von dem allerdings 80 Seiten durch ein Verbot Fords nicht veröffentlicht werden durften – fest, daß die CIA stets den Spuren des Gesetzes gefolgt sei. Dort, wo nicht mehr zu leugnende gesetzeswidrige Aktivitäten vorlagen, schlug die Kommission kurzerhand vor, diese Aktivitäten durch Gesetzesänderungen zu legalisieren. Allzu offensichtlich war jedoch in diesem Fall, daß es lediglich um eine Legitimierung der bekanntgewordenen CIA-Verbrechen ging.



Die Kongressausschüsse

Ebenfalls im vergangenen Jahr wurden vom Repräsentanten- und Senatorenhaus des US-Kongresses unter der Führung der Abgeordneten Pike und Church Kommissionen gebildet, die eine unbestechliche und restlose Offenlegung aller CIA-Verbrechen versprachen.

Tatsächlich wurden durch die Hearings dieser Ausschüsse, die allerdings zu einem Teil unter strengster Geheimhaltung verliefen, weitere Einzelheiten über verbrecherische CIA-Aktivitäten bekannt (so u.a.

dings zu einem Teil unter strengster Geheimhaltung verliefen, weitere Einzelheiten über verbrecherische CIA-Aktivitäten bekannt (so u.a.

über Ermordungen ausländischer Politiker, Mordwaffen etc.). Auf den ersten Blick kurios erscheinend ist die Tatsache, daß diese Enthüllungen zumeist von CIA-Agenten selbst (u.a. dem damaligen Chef Colby) gemacht wurden. In Wirklichkeit entsprach dies einer von der US-Regierung und der CIA verfolgten Taktik „einiges zu sagen, um wesentliches auch weiterhin zu verheimlichen.“

Colby sagte dazu: *„Generell besteht* (in der Regierung - d.Red.) *Einigkeit darüber, daß die wesentlichen* (!) *Geheimnisse der CIA bewahrt werden müssen. Manchmal sickern sie durch, aber ich glaube, wir waren in der Lage, die meisten dieser Geheimnisse zu wahren“* („SZ“, 8.10.75).

Doch nicht einmal die wenigen vom CIA gegenüber den Ausschüssen zugegebenen Geheimnisse wurden vollständig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht: Bis auf den heutigen Tag sind aus dem Bericht des Repräsentantenhauses, der Ende Januar erschien, auf „Wunsch der US-Regierung“ nur „Einzelheiten“ bekannt gemacht worden.

Welchen Einfluß diese „Untersucungen“ auf die weltweiten subversiven Aktionen der CIA nun tatsächlich haben, soll hier nur an zwei Beispielen gezeigt werden:

- Noch w ä h r e n d beide Ausschüsse die illegale Unterstützung und Unterwanderung ausländischer Parteien und Organisationen untersuchten, veröffentlichte die „New York Times“ Berichte, aus denen hervorging, daß die CIA allein seit Dezember 1975 (!) über sechs Millionen Dollar an anti-kommunistische Parteien in Italien vergab („FAZ“, 8.1.76).
- Obwohl gerade die Inlandstätigkeit der CIA ursprünglich das auslösende Moment für die Untersuchungen war, stellt der jetzt erschienene Senatsbericht fest, daß der Geheimdienst unbeschadet *„nach wie vor auch in den USA aktiv“* ist. Er unterhält *„weiterhin geheime Verbindungen zu mehreren amerikanischen Jounalisten und finanziert u.a. ein inländisches Publikations- und Presseinstitut mit einem weltweiten Netz von Korrespondenten und freien Mitarbeitern, sowie einen im Ausland ansässigen Artikeldienst und ein ausländisches Forschungs- und*

Netz von Korrespondenten und freien Mitarbeitern, sowie einen im Ausland ansässigen Artikeldienst und ein ausländisches Forschungs- und

Publikationsinstitut. Hunderte von Dozenten an mehr als 100 amerikanischen Universitäten liefern der CIA Hinweise, stellen Kontakte für Spionagezwecke her und schreiben Propagandabücher, die für das Ausland bestimmt sind“ („SZ“,28.4.76).

Das macht besser als alles andere deutlich, um was es wirklich bei den „Untersuchungen“ geht: Für die breite Öffentlichkeit werden einige (wenn auch „haarsträubede“) Geheimnisse enthüllt, um das g e s a m t e Ausmaß der weltweiten verbrecherischen Aktivitäten auch in Zukunft weiterhin zu verhüllen.

Die Ausschußvorsitzenden beider Kommissionen erklärten in diesem Sinne übereinstimmend vor Aufnahme der „Untersuchungen“, *„ihre Arbeit habe nicht das Ziel, den Geheimdienst zu zerstören. Vielmehr solle die CIA in der Legalität nach amerikanischen Grundsätzen* (daran hat's die CIA nie fehlen lassen! – d. Red.) *arbeiten“* („FAZ“, 20. 9. 75).

Der Church-Ausschuß bezeichnete in seinem abschließenden Bericht *„einen starken und wirkungsvollen Geheimdienst als ‚lebenswichtig' für die USA“* („SZ“, 28. 4. 76).

Das macht auf einen anderen Aspekt der „Untersuchungen“ der verschiedenen Ausschüsse aufmerksam: Es ging nicht nur um eine Schmierenkomödie für die breite Öffentlichkeit, sondern zugleich darum, durch eine „Reform“ des Geheimdienstes seine Wirksamkeit zu steigern und zukünftig derartige „Pannen“ zu verhindern.

Die Konsequenz ist daher keine grundlegende Änderung der bisherigen Politik der US-Geheimdienste – etwa eine Beschränkung auf das „reine Nachrichtensammeln“ bei gleichzeitiger Aufgabe aller subversiven Interventionen in anderen Ländern.

Die Konsequenzen spiegeln sich allein in einer Veränderung der Führungsstrukturen im Sinne einer stärkeren und unmittelbareren Unterordnung unter die politische Führung des US-Imperialismus, der Regierung, wider. Hier sollen, stärker noch als in der Vergangenheit, alle Entscheidungsbefugnisse über geheime Operationen konzentriert werden.

Zudem besteht eine weitere Konsequenz darin, die Arbeit der verschiedenen US-Geheimdienste (insgesamt gibt es zehn!) besser zu koordinieren, um die z. T. vorhandene „Bürokratie“ und das unter den verschiedenen Geheimdiensten vorhandene „Konkurrenzdenken“ abzubauen und einen effektiveren Einsatz zu erzielen.

So wurde in einem Bericht zwar hervorgehoben, daß die CIA vielfach eine *„hervorragende Arbeit(!) geleistet“* habe, auf anderen Gebieten aber *„weit davon entfernt* (sei) *, zufriedenstellend zu sein“.* Innerhalb der verschiedenen Geheimdienste herrsche danach oftmals *„Doppelarbeit, Verschwendung, Untätigkeit und Unwirksamkeit“.* In vielen Fällen produzierte *„die aufgeblähte Bürokratie der Geheimdienste tonnenweise Material, das überflüssig sei“.* („SZ“, „FAZ“, 28. 4. 76).

Untersucht wurden auch die verschiedenen paramilitärischen Ak-

rial, das überflüssig sei“. („SZ“, „FAZ“, 28. 4. 76). Untersucht wurden auch die verschiedenen paramilitärischen Ak-

tionen der CIA zur Einsetzung bzw. zum Sturz von Regierungen. Hier wurde nicht etwa die Berechtigung solcher Interventionen in Frage gestellt (sie werden offenbar von allen Seiten für „legitim“ gehalten), sondern ihr zumeist für den US-Imperialismus negativer Ausgang kritisiert (in Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola usw.gescheitert). Vorgeschlagen wurde daher von den Ausschüssen eine verbesserte Koordinierung der zehn US-Geheimdienste unter einer stärkeren politischen Führung und eine größere Überwachung der verschiedenen Operationen durch „Experten“. Die großbürgerliche „FAZ“, die selbst angesichts der widerwärtigsten Verbrechen immer eine Lanze für die CIA brach, schrieb denn auch aufatmend zum Abschluß der CIA-„Untersuchungen“ in einem Kommentar: *„Manche (?) Praktiken ... werden dann freilich in anderer Form* (gemeint ist wohl noch geheimer – d. Red.) *und unter verbesserten (!) Entscheidungs- und Kontrollbefugnissen wiederauftauchen“* (28. 4. 76). – Daran braucht man gewiß nicht zu zweifeln ...

Die ersten Konsequenzen

Als erste Reaktion hat Präsident Ford *„eine umfassende Neuorganisierung des gesamten amerikanischen Nachrichtenwesens angeordnet“.* Die Tätigkeit der CIA wie auch die der übrigen Dienste soll danach direkter Überwachung durch den Präsidenten selbst und der Exekutive unterstellt werden. Ford kündigte die Schaffung einer neuen einheitlichen „Kommando-

der Exekutive unterstellt werden. Ford kündigte die Schaffung einer neuen einheitlichen „Kommando-

Struktur“ für alle US-Geheimdienste an, der sämtliche Geheimaktivitäten unterstehen. Alle Tätigkeiten sollen zukünftig von einer „unabhängigen Aufsichtsgruppe angesehener Bürger“ überwacht werden. Ihr gehören als Leiter dieser Gruppe der frühere Berater General Eisenhowers im 2. Weltkrieg, der stellvertretende Außenminister Robert Murhy, ferner der frühere Mitarbeiter des pazifischen Oberbefehlshabers und Anwalt Leo Cherne, sowie der Heeresminister unter Johnson, Stephen Alles an; wie man sieht, alles äußerst „unabhängige“ Figuren. Alle Gremien sollen letzlich und allein dem US-Präsidenten verantwortlich sein, das gilt ebenso für die „Überwachungsorgane“ (nach „FAZ“, 19. 2. 76).

Wie schrieb doch die „FAZ“ am 28. 4. 76 sehr zutreffend: *„Bisher hat die Exekutive ihre Ansichten meistens durchgesetzt“.* ●



Anti-CIA Demonstranten (mit Kissinger-Maske): „Geh zur CIA, reise in exotische Länder, triff interessante Leute und töte sie!“

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld:
Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Braunschweig:
3300 Braunschweig
Postlagerkarte 081378 A

Bremen:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr
freitags 16-19 Uhr
sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H.Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022854

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht:
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
vor Hertie

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen:
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt
über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 16

Hannover:
Arbeiterbuch z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D.Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut:
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
83 Landshut
Postlagerkarte A 041181

Lüneburg:
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
M. Below
Postfach 1111
2410 Mölln

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 66

Oldenburg:
AK-Vertriebsbüro
29 Oldenburg
Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg:
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022926

Reinbek:
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Stade:
Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr
am Pferdemarkt

Westberlin:
A.Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Lockheed – „made in Germany"

Nach der Aufdeckung des Lockheed-„Skandals" in den USA erbosten sich die amerikanischen Kapitalisten darüber, daß ausgerechnet sie angegriffen würden. Schließlich seien – so ein Lockheed-Vertreter – *„ihre Zahlungen nötig gewesen, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Die Konkurrenz hat es schließlich auch nicht anders getrieben"* (FAZ, 13.2.76). In der Tat ist Lockheed keineswegs ein Einzelfall, was nicht zuletzt die inzwischen gegen rund 85 US-Großkonzerne eingeleiteten Ermittlungen beweisen.

Auch die westdeutschen Konzerne halten sich an diese kapitalistischen Geschäftsgepflogenheiten – und werden dabei noch durch steuerliche Vorteile vom BRD-Staat finanziell unterstützt. Die Exporterfolge der Konzerne (im vergangenen Jahr wurden Waren im Wert von 220 Mrd. DM exportiert) werden auch von den BRD-Kapitalisten durch „Präsente", „Nebenausgaben" u.ä. „geschmiert".

Vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Steuerbeamten, Fredersdorf, wird die jährlich für Schmiergelder ausgegebene Summe mit rund 2,2 Milliarden DM veranschlagt (nach „Spiegel", 3.5.76).

Hier einige Beispiele:

– Als der Transportminister von Zaire im Rahmen einer polizeilichen Untersuchung festgenommen wurde, fand man in seinem Schlafzimmer einen Koffer mit 25 Millionen Dollar in bar. Nach Ermittlungen hatte zu dieser Traumsumme auch der Bremer Vulkan zumindest beigetragen, der kurz zuvor vom Transportministerium einen Auftrag zum Bau von sechs Frachtschiffen zugesprochen bekommen hatte.

– Mitte der sechziger Jahre verkaufte die Bremer Kriegswerft Lürssen Schnellboote im Wert von 30 Mio. DM an Saudi-Arabien. Der Vertragsabschluß wurde führenden Generälen und Scheichen mit insgesamt 1.778.000 Mark belohnt, fast sechs Prozent der Verkaufssumme.

– Obwohl ein westdeutscher Konzern bei der Ausrüstung eines Stahlwerkes in Südostasien erheblich über dem Preis der Konkurrenz lag, erhielt er den Auftrag zugesprochen: Rund ein Drittel der Auftragssumme, *„so schätzen Insider, wandten die cleveren Deutschen für Bestechungsgelder auf"* („Spiegel"). Laut „Spiegel" – der noch eine Reihe derartiger krimineller Praktiken genauestens beschreibt (ohne die betreffenden Firmen allerdings beim Namen zu nennen!) – kalkulieren die *„westdeutschen Firmen gleich fünf bis sechs Prozent des Verkaufspreises als Goodwill-Kosten ein."*



SPD-Staatssekretär Offergeld: „Wir halten keine moralischen Maßstäbe ein ..."

Dabei bedienen sich die Konzerne allerdings nicht nur der Methode, an hohe Staatsbeamte, Politiker usw. Schmiergelder auf Schweizer Nummernkonten (in zunehmendem Maße sind es auch westdeutsche Konten) zu überweisen, sondern wenden auch andere Tricks an. *„Wachsender Beliebtheit"* („Spiegel") erfreut sich unter den BRD-Konzernen die sog. „Überfakturierung": Die Firmen stellen bewußt überhöhte Rechnungen aus und überweisen dann die Differenz zwischen dem tatsächlichen Preis und dem (überhöhten) gezahlten Geld auf ein Konto in der BRD oder der Schweiz. Daneben ist es üblich geworden, gutbezahlte Direktorenposten der örtlichen Niederlassungen mit Spitzenpolitikern dieser Länder oder ihren Verwandten zu besetzen. Diese einflußreichen Leute (im Jargon „Frühstücksdirektoren" genannt) sorgen dann im rechten Augenblick immer für die „richtigen Entscheidungen". Die Motoryacht, die große Limousine, die Schmalfilmkamera, Villen und sogar Frauen gehören bereits zu den kleineren „Präsenten".



Und die Regierung schmiert kräftig mit

„Nur mit einiger Verwunderung" wurde von Kennern des westdeutschen Steuerrechts die Welle der Empörung über den Lockheed-„Skandal" aufgenommen.

„Sie wissen nämlich, daß Steuergesetzgeber, Finanzverwaltung und Finanzgerichte die Zahlung und Annahme von ‚Schmiergeldern' schon immer als so selbstverständlich (!) empfunden haben, daß sie schon längst in Paragraphen, Verwaltungsanweisungen und Urteilen die steuerliche Behandlung solcher Zahlungen geregelt haben." (Handelsblatt, 17.3.76)

Während es Millionen Bundesbürgern nicht einmal möglich ist, auch nur ein Familienessen im Restaurant steuerlich abzusetzen, können dies die Konzerne mit Millionen Schmiergeldern nach § 205a der sog. „Abgabenordnung". Diese Regelung gilt generell für Geschäfte im In- und Ausland.

„Ob die Firma dem Bestochenen ein Häuschen baut, ihm Brillanten schenkt oder eine Frau ins Bett legt, ist (dabei) völlig uninteressant"; von der Steuer absetzbar und damit staatlich gefördert sind alle Arten von Bestechungen – so ein Finanzbeamter gegenüber dem „Spiegel".

Selbst bei der in der „Abgabenordnung" festgelegten Bestimmung, daß bei der Steuererklärung der Betriebe zumindest der Name des Bestochenen genannt werden muß (damit das Finanzamt, wenn es sich um einen BRD-Bürger handelt, dieses „Einkommen" besteuern kann), wird bei Auslandsgeschäften äußerst weit gefaßt. *„In Einzelfällen – so heißt es in einem Vermerk des Bundesfinanzministeriums an die Finanzämter – kann es gerechtfertigt sein, nicht den Namen des Empfängers zu verlangen, wenn feststeht, daß die Schmiergelder tatsächlich gezahlt und betrieblich veranlaßt sind..."* (zitiert nach „Spiegel").

Auch darüberhinaus unterstützt das Bundesfinanzministerium die Schmiergeldzahlungen der westdeutschen Konzerne in jeder erdenklichen Art und Weise. Das geht soweit, daß das Ministerium Rundschreiben an die Spitzenverbände der Kapitalisten schickt, die Empfehlungen für *„Nebenabgaben zur Erlangung von Aufträgen"* (so die Überschrift in einem solchen Schreiben) in einzelnen Ländern enthalten.

Beispielsweise werden in einem dieser Rundschreiben zu Vertragsabschlüssen mit Libyen den Vertretern westdeutscher Konzerne „Pauschalsummen" zur freien Verfügung empfohlen. *„Bei besonders schwierig gelagerten Fällen"* müsse diese Summe bis zu zwanzig Prozent des Auftragswerts betragen. Wenn mit Lybien in der BRD verhandelt wird, gilt als selbstverständlich: *„Übernahme aller Kosten, Geschenke und schließlich Verfügungstellung eines Kraftwagens, der sodann mitgenommen werden kann."* Wer sich diesen Gegebenheiten nicht anpasse, hätte bei *„der Vergabe von Aufträgen das Nachsehen"* (alles nach „Spiegel").

Es ist schon bemerkenswert: Während in den USA selbst der Präsident über die Schmiergeldpraktiken der Konzerne den Empörten mimt und sogar einen „Ehrenkodex" der Vereinten Nationen gegen die internationale Korruption vorschlägt, werden eben diese Praktiken in der BRD noch staatlich unterstützt und verteidigt – insbesondere auch von den Sozialdemokraten in der Bundesregierung: *„Wenn Zahlungen nachweisbar notwendig sind – von der Provision und allen möglichen anderen Kosten bis hin zu einem Schmiergeld, dann muß dies auch steuerlich berücksichtigt werden. ... Wir halten da im Steuerrecht keine moralischen Maßstäbe ein..."* (SPD-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Rainer Offergeld, in einem Fernsehinterview am 30.6.75, zitiert nach dem Manuskript). ●

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Verfassungsgericht ausländerfreundlich?

Bekanntlich wird von allen ausländischen Arbeitern und Studenten erwartet, daß sie sich mit allen amtlichen Papieren und offiziellen Mitteilungen (z.B. im Betrieb) gefälligst in deutscher Sprache zu befassen haben. Wenn sie nichts verstehen, sind sie eben selber schuld. Wie oft und wie selbstverständlich werden die Ausländer auf diesem Wege um ihre ohnehin minimalen Rechte betrogen.

Nun gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das in bestimmten Fällen zunächst einen gewissen Schutz für Ausländer darstellen kann. Es lautet in etwa so: *„Wenn ein Ausländer den Einspruch gegen einen Strafbefehl oder einen Bußgeldbescheid versäumt, weil er wegen mangelnder Deutschkenntnisse die Rechtsmittelbelehrung nicht versteht, muß er so behandelt werden, als ob eine Rechtsmittelbelehrung gänzlich unterblieben wäre: Sein verspäteter Einspruch gilt als unverschuldet (Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand)"* („FAZ", 28.4.76).

Ende April 76 wurde dieses Urteil bestätigt, allerdings ein ganz erheblicher Pferdefuß hängt nun an diesem Urteil: Der Ausländer kann sich sein „Recht auf Wiedereinsetzung" verspielen, *„wenn er sich nicht ausreichend um seine eigenen Interessen gekümmert hat, obwohl er dies hätte tun müssen"* („FAZ", 28.4.).

Ein italienischer Arbeiter, der das positive Urteil vom Verfassungsgericht erwirkte, muß sich nun einer erneuten Prüfung durch das zuständige Amtsgericht unterziehen, *„ob der Ausländer sich allzu gleichgültig verhalten hat, bevor er seinen Wiedereinsetzungsantrag stellte"*. In diesem Fall muß dem Kollegen nicht irgendeine Schuld nachgewiesen werden, sondern er muß seine „Unschuld" beweisen, was bekanntlich immer schwieriger ist. Und welches „deutsche" Amtsgericht wird bei einer solchen Prüfung die besondere Lage der Ausländer in der BRD berücksichtigen?! ●

Emigrantenzelle

Türkische Demokraten in Essen zusammengeschlagen

Am 24. April verteilten zwei türkische Studenten Flugblätter gegen die Ermordung linker türkischer Studenten durch faschistische Terror-Organisationen in der Türkei. Sie hatten etwa zehn Minuten in großer Nähe des türkischen Generalkonsulats verteilt, als sich sechs oder sieben Mann aus dem Konsulatsbebäude auf sie stürzten und sie mit Gewalt ins Innere des Gebäudes schleppten. Dort wurden die beiden türkischen Genossen von offenbar geübten Schlägern zusammengedroschen, sie erhielten erhebliche Verletzungen! Einem wurde sogar der Führerschein abgenommen. Daß ihre Namen nun an die türkische Polizei weitergegeben wurden und sie in der Türkei mit Verhaftung und Gefängnis zu rechnen haben, versteht sich angesichts der innenpolitischen Zustände in der Türkei von selbst.

Dieser Vorfall ist nur wieder ein weiterer Beweis für das völlig „legale" Auftreten türkischer Schlägerbanden und faschistischer Terrorkommandos in der BRD.

Daß die westdeutschen Behörden gegenüber diesen Vorfällen sich blind und taub stellen, bewies gerade wieder das nordrhein-westfälische Innenministerium, das erklärte, in allen seit Anfang 1975 bekannt gewordenen 156 Fällen von Gewalttätigkeit oder Gewaltandrohung durch Türken gegenüber anderen Türken sei *„ein politischer Hintergrund nicht erkennbar"* („FR", 6.5.76).

Der DGB hat angekündigt, noch in diesem Monat eine Dokumentation zu den Umtrieben der für diese Aktionen verantwortlichen „Nationalistischen Bewegung" (MHP) und deren Schlägerkommandos „Graue Wölfe" vorzulegen.

Diese Initiative ist sehr begrüßenswert und dürfte einer der wenigen Beiträge sein, die der DGB auf der Seite der ausländischen Arbeiter in der BRD verbuchen kann. ●

Emigrantenzelle

Erfolgreiches Maifest türkischer Kollegen

Am Abend des 1. Mai fand in Bremen ein Maifest des „Türkischen Arbeiter- und Solidaritätsvereins" statt. Zu dieser ersten Veranstaltung des erst drei Monate alten Vereins kamen über 500 türkische Kolleginnen und Kollegen! Unter der Losung: „Wir sind Arbeiter – wir sind stark" boten die Kollegen ein unterhaltsames, aber auch kämpferisches Programm. Eröffnet wurde die Veranstaltung nach dem Auftritt einer türkischen Musikgruppe mit einer Ansprache des Vereinsvorsitzenden, der auf die Rolle des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse verwies. Dies ist gerade für die türkischen Kollegen eine neue Sache, **da dieses Jahr in der Türkei trotz Faschismus erstmals** der 1. Mai als Kampftag der Arbeiter, und nicht wie bisher als Frühlingsfest begangen wird. Dies ist sicher ein Erfolg der zunehmenden Kampfstärke der türkischen Arbeiter und Studenten.

Im Anschluß daran traten verschiedene Sänger und Gesangsgruppen mit revolutionären und antifaschistischen Liedern auf.

In einem Stück, was Arbeiter selbst geschrieben hatten, wurde die Verbrüderung eines Landarbeiters mit einem Intellektuellen dargestellt, die mit dem Tod des Großgrundbesitzers ein glückliches Ende findet. Großen Beifall erhielt auch ein Kollege, der die Verlängerung der Stützpunktverträge mit den USA als einen Verkauf der Türkei an den Imperialismus anprangerte.

Wohl der Höhepunkt des Abends war der Auftritt einer Volkstanzgruppe von kurdischen und türkischen Kolleginnen und Kollegen, die den ganzen Saal in Stimmung brachte.

Mit Musikbeiträgen, Redebeiträgen, türkischen Spezialitäten und vielen anderen Sachen wurde diese Veranstaltung zu einem vollen Erfolg des neuen Vereins. Zum Schluß sagten die Kollegen, wohl selbst ein bißchen von ihrem großartigen Erfolg überrascht, das nächste Mal wollen sie die Stadthalle mieten! ●

KB/ Gruppe Bremen

Einkommenslage der Bauern rosig?

„Die Bauern leben nicht im Armenhaus" – zu diesem Ergebnis kommt die „FAZ" in einem Artikel über die Einkommenslage der westdeutschen Bauern. Dieser Behauptung werden Zahlen aus dem jüngsten Agrarbericht der Bundesregierung für 1976 zugrunde gelegt, nach dem der Durchschnittsverdienst der westdeutschen Landwirte 1974/75 über 21.000 DM betrug und 1975/76 sogar auf über 25.000 DM ansteigen soll. Die „FAZ" gerät darob sogar noch ins Schwärmen und addiert zu diesen Einkommen noch hinzu, *„was sich in Geldwerten so gut wie nicht ausrechnen läßt: die Selbständigkeit... die freie Einteilung des Arbeitstages (!), die fließenden Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit (?)..."* (22.4.76).

Tatsächlich sieht die Realität für die meisten Bauern doch etwas anders aus als es Bundesregierung und bürgerliche Presse in ihren Statistiken vermuten lassen: Zwar mag durchaus das Durchschnittseinkommen aller Landwirte die genannte Summe erreichen, damit ist aber noch längst nichts über das Einkommen der breiten Masse der Kleinbauern ausgesagt, die heute tatsächlich ein elendes Dasein fristen. Denn es sind vor allem die hohen Einkommen der relativ wenigen Agrargroßbetriebe, die in der Landwirtschaft nach kapitalistischen Prinzipien arbeiten, die statistisch das Durchschnittseinkommen aller Landwirte derart hoch erscheinen lassen.



Bauernprotest in der Bundesrepublik. Unser Archiv-Bild zeigt eine Bauern demonstration in Stuttgart.



Versteigerung eines Bauernhofs. Hunderttausende bäuerlicher Existenzen wurden in der Bundesrepublik bereits vernichtet. Und es werden täglich mehr.

So hat nach dem Agrarbericht der Regierung ein Viertel aller Landwirtschaftsbetriebe im Jahresdurchschnitt nicht mehr als nur 7.000 DM verdient. Hinzu kommt, daß ein Großteil der Betriebe aufgrund der schlechten materiellen Lage der Landwirte überhaupt keine Haupterwerbsbetriebe mehr sind, sondern nur noch „nebenbei" betrieben werden: Diese Bauern müssen zusätzlich noch in der Industrie Geld verdienen, um ihre Familien überhaupt ernähren zu können. Diese Betriebe wurden allerdings gar nicht erst in die Statistik mit aufgenommen, da sie sonst den „Durchschnitt" zu sehr senken würden.

Legt man selbst bei dem offiziellen Durchschnittseinkommen noch die überaus teuren Investitionen zugrunde, die jährlich getätigt werden müssen, um die Betriebe überhaupt erhalten zu können (Maschinen, Kunstdünger usw.), so kann man sich vorstellen, was tatsächlich noch „zum Leben" für die breite Masse der Kleinbauern übrig bleibt.

Geradezu zynisch wird es, wenn die „FAZ" dann noch von der „freien Einteilung des Arbeitstages, der fließenden Grenze zwischen Arbeits- und Freizeit" usw. schwärmt: **Die Masse der Bauern arbeitet täglich 12 bis 14 Stunden, kennt keinen Urlaub usw.**

Neben den großen Bauern sind die Hauptnutznießer des bestehenden Agrarsystems der Agrarhandel und die Nahrungsmittelindustrie. Der Erzeugeranteil bei den Ladenpreisen liegt heute im Schnitt unter 50% (bei Rindfleisch z.B. nur bei 25%). Bei Kartoffeln sank z.B. der Anteil der Bauern an den Ladenpreisen von 69,7% im Jahre 1960/61 auf 58,1% im Jahre 1968/69. Sinkende Erzeugerpreise werden so gut wie gar nicht an den Konsumenten weitergegeben. So sanken z.B. im Juni 1974 die von den Bauern erzielten Preise für Schweine um 22%, die für Eier um 17%, die für Kartoffeln um 50% – die Ladenpreise stiegen trotzdem. Der „Spiegel" vom 15.3. 1976 berichtete, daß die überwiegende Mehrheit der Bauern von den z.Zt. horrenden Kartoffelpreisen keinen Nutzen hat, da sie ihre Kartoffeln schon an den Handel verkauft hatten, als die Preise noch kaum gestiegen waren.

Unilever, Nestle, Oetker, Coop, Edeka u.a. drücken die Preise der Bauern relativ immer mehr und treiben die Konsumentenpreise in die Höhe. Und so schreibt denn auch die „FR" vom 9.9.74: *„... die Kritik der Erzeuger an den Händlern hält sich in Grenzen, Angst spielt mit, den Partner durch Beschimpfungen über Gebühr zu verärgern."*

Eine Konsequenz aus dem bestehenden Agrarsystem ist der ständige Ruin von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben: Die Zahl der Arbeitskräfte sank in den letzten zehn Jahren im Jahresdurchschnitt um 4,5%. Zehntausende von Bauern mußten ihre Betriebe aufgeben. So hat sich auf dem Lande bereits eine Reservearmee von Arbeitslosen gebildet, über deren Größe allerdings keine Zahlenangaben vorliegen. Diejenigen, die eine Beschäftigung in der Industrie finden, werden zumeist zu leicht verschiebbaren, schlecht bezahlten Hilfsarbeitern degradiert. **Eine Untersuchung in Bayern ergab, daß 95% aller Landwirte, die ihren Betrieb aufgeben mußten, Hilfsarbeiter wurden.**

Den Kapitalisten sind allerdings gerade diese Arbeitskräfte besonders willkommen: *„Dort (in der Industrie – die Red.) wird der Zulauf (?) der Landwirte gerne gesehen: Personalchef Klaus Wilke von der Dannenberger Kunststoffabrik erklärte: 'Die Bauern sind das Malochen gewöhnt und sie sind froh, hier Arbeit zu bekommen.' Mehr als die Hälfte der Kunststoffwerker in Dannenberg sind Bauern"* („Stern", 39/71).

Für die Masse der Landwirte ist die BRD – trotz schönfärberischer Statistiken – in der Tat ein Armenhaus! ●

Wirtschaftskommission KB / Gruppe Hamburg

Überall Preissteigerungen:

Der Lohnraub geht in die 2. Runde

Rechtzeitig, nachdem die Kapitalisten mit Hilfe der Gewerkschaftsführer in den meisten Branchen ihre Lohnraubabschlüsse durchgesetzt hatten, gaben verschiedene Branchen erhebliche Preissteigerungen bekannt. Inzwischen kann von einer regelrechten Teuerungswelle gesprochen werden, die allerdings erst angefangen hat. Schon heute erweist sich damit das Gerede der Gewerkschaftsführer von einem „verantwortungsbewußten Konjunkturbeitrag der Arbeitnehmer im Vertrauen auf die Preisdisziplin der Unternehmer" als ein einziger Betrug! Bei einer derartigen Politik sind die Arbeiter verraten und verkauft!

Reichten schon die 5,4 % Lohnraubabschlüsse nicht aus, um zumindest den im vergangenen Jahr entstandenen „Nachholbedarf" der Arbeiter und Angestellten zu decken, so geht mit der jetzt eingeleiteten kapitalistischen Teuerungswelle der Lohnraub in die 2. Runde.

Angefangen hat es mit umfangreichen Preissteigerungen in der Automobilindustrie (s. letzten AK).

Inzwischen wurden von der im Bundesbesitz befindlichen größten Kraftstoff-Vertriebsorganisation Aral die Literpreise für Super-Benzin auf über eine Mark erhöht. Daß es sich hier, wie auch in der Automobilindustrie und anderen Branchen, um eine vorher abgesprochene Aktion der Konzerne handelt, ist sonnenklar: *„Dieser Preispolitik dürften die internationalen Mineralölkonzerne, die offenbar auf eine Initiative von Aral gewartet haben (!), binnen kurzem folgen"*. Aber auch hiermit ist erst der Anfang gemacht: Es werden *„noch stärker steigende Benzinpreise bei einer Verknappung vorausgesagt, die in den Urlaubsmonaten 'brenzlig' werden könne ..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5.5.76). Für die Kapitalisten hat sich die Konjunktur deutlich „erholt". Die Auftragseingänge in der Industrie liegen zumeist zwischen 20 bis 30 Prozent über denen des Vorjahres. In fast allen Branchen wurden Lohnraubabschlüsse abgeschlossen, die mindestens bis Ende '76 laufen. *„Kein Zweifel, für die Unternehmer ist die Überwindung der Wirtschaftskrise inzwischen Realität"* („Vorwärts", 6.5.76). Geradezu selbstverständlich erscheint es den Kapitalisten in dieser Situation, die günstige Auftragslage *„natürlich auch zu Preiserhöhungen"* zu nutzen (ein Stahlkapitalist auf der Hannover-Messe). Inzwischen haben auf dieser Messe Vertreter fast aller Branchen umfangreiche Preiserhöhungen angekündigt.

Geradezu irre wird es, wenn ausgerechnet der Lohnraubkanzler, Klasen (Bundesbankpräsident) oder Gscheidle (Verkehrsminister) diese Preispolitik der Konzerne öffentlich „tadeln". Denn sowohl Aral als auch Salzgitter (Stahl), die zu den wesentlichen Preistreibern ihrer Branche gehören, befinden sich in Bundesbesitz.

Den Arbeitern und Angestellten jedoch bleibt angesichts dieser auf sie zukommenden Entwicklung keine Wahl: Nur die Organisierung selbständiger Kampfaktionen in den Betrieben kann die Lohnraubpläne der Kapitalisten durch die Teuerungswelle wirksam durchkreuzen. Hoffentlich nicht zu Unrecht fürchten bereits verschiedene bürgerliche Kommentatoren einen „heißen" Herbst ●

Kapitalisten begrüßen SPD-Rechtsentwicklung

Gespräche zwischen Kapitalisten und SPD-Politikern (in deren Eigenschaft als Parteivertreter) sind keine Seltenheit. Stets enden sie im „herzlichen Einvernehmen" über die „Nützlichkeit solcher Dialoge" etc.

So auch ein vor kurzem veranstaltetes Treffen zwischen 40 sozialdemokratischen „Wirtschaftspolitikern" aus Nordrhein-Westfalen und Vertretern des „Bundesverbandes junger Unternehmer". Ausdrücklich begrüßten die Nachwuchs-Kapitalisten die *„Distanzierung von radikalen Parolen"* der Jungsozialisten durch die SPD-Führer ...

Allerdings verlangten die Junior-Kapitalisten noch, *„Kritik an der Investitions- und Steuerpolitik der Unternehmer müsse künftig unterbleiben"* („Sozialistische Korrespondenz", 1.Mai-Ausgabe, 1976). Ansonsten herrschte auf diesem Treffen eitel Einigkeit zwischen SPD'lern und Kapitalisten. ●

SPD-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Opfer der Profitgier

Bei der Erdölsuche in der Nordsee sind bisher 25 Taucher ums Leben gekommen. Zynisch berichtet der Informationsdienst „Ozean und Technik", daß die Zahl der Todesfälle rückläufig sei, da 1975 trotz erheblich mehr Einsätzen nur neun, 1974 dagegen zehn Taucher starben. Dies Jahr sind bereits zwei Kollegen Opfer der Profitgier geworden. Einer der beiden Unfälle fand in 155 Meter Tiefe statt. Die Zahl der Schwerverletzten und anderer Unfälle ist nicht bekannt. Warum wohl?

Behinderte in der BRD: Steigende Arbeitslosigkeit

Seit dem 1. Mai 1974 ist ein neues Schwerbehindertengesetz in Kraft, das Kapitalisten und staatliche Betriebe verpflichtet (bei mehr als 15 Arbeitsplätzen) sechs Prozent Behinderte zu beschäftigen. Daneben steht diesen Kolleginnen und Kollegen ein besonderer Kündigungsschutz zu, sowie sechs Tage mehr Urlaub im Jahr.

Wie so oft, klafft jedoch zwischen Gesetzgebung und kapitalistischer Wirklichkeit ein tiefer Abgrund.

Denn tatsächlich sind es auch die Behinderten (trotz verstärktem Kündigungs„schutz"), die mit als erste Opfer der kapitalistischen Krisen- und Rationalisierungspolitik in den Betrieben werden.

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten stieg in der Wirtschaftskrise unaufhörlich:

Januar 1974:	10.090
Dezember 1975:	31.938
Februar 1976:	35.560

(nach „Reichsbund" und „Bundesanstalt für Arbeit").

„Unbekannt" ist laut Bundesanstalt für Arbeit die Zahl der arbeitslosen behinderten Jugendlichen, da es dafür keine Meldepflicht gibt. Nach Schätzungen des „Reichsbundes" fehlen allein für Jufendliche rund 1.500 Lehrstellen; die tatsächliche Zahl dürfte wohl noch um einiges höher liegen.

Bei ihrer Rationalisierungspolitik gegen die Behinderten kommt den Kapitalisten noch eine Klausel im Gesetz zugute, die einmal mehr den „sozialen Charakter" der SPD/FDP-„Reformen" unterstreicht: Den Kapitalisten wird nämlich das Recht eingeräumt, sich von der Einstellung Behinderter (6 %) „freizukaufen". *„Ist der Arbeitgeber nicht bereit oder nicht in der Lage, die Verpflichtung zu erfüllen, muß er eine Ausgleichsabgabe zahlen. Pro Schwerbehinderten-Arbeitsplatz 100 DM monatlich"* (Bundesminister f. Arbeit und Soziales, in: Das neue Behindertenrecht).

Für die Kapitalisten ist das natürlich weniger als ein Klacks. Der Gipfel ist allerdings, daß die Bundesregierung diese den Kapitalisten ständig offenstehende Hintertür auch noch als soziale Leistung verkaufen will: *„Dieser Ausgleich (?!) wird sinnvoll verwendet zur intensiven Förderung der beruflichen Rehabilitation der behinderten Mitbürger"* (ebenda).

Die wachsende Zahl behinderter Arbeitsloser beweist, was Kapitalisten und Regierung unter „beruflicher Rehabilitation" tatsächlich verstehen.

Arbeitsgruppe „Lage der Behinderten"

Auf dem Weg zu einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung"? Teil IV

Seerechtskonferenz in New York

Seit dem 15. März tagt in New York die vierte Sitzung der dritten UN-Seerechtskonferenz. Vertreter von 156 Staaten (einige Zeitungen sprechen von über 5 000 Delegierten) verhandeln hier bis zum 7. Mai (also acht Wochen lang) über die Gestaltung eines neuen Seerechts, das das bisher geltende, von einigen Staaten nur mit Vorbehalt anerkannte Recht, ersetzen soll.

Betroffen sind von diesen Verhandlungen Fragen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur, die für alle beteiligten Staaten von grundlegender Bedeutung sind.

Im folgenden Artikel wollen wir diese Fragen umreißen und die Interessenlage der verschiedenen Staaten und Staatengruppen darstellen.

„Wer die Meere besitzt, ist morgen reich"

Rund zwei Drittel (genau 71%) der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt. Die darin enthaltenen riesigen Naturreichtümer sind bis auf den heutigen Tag nur in einem sehr beschränktem Maße erschlossen worden, was vor allem auf den in der Vergangenheit sehr niedrigen Stand der Meerestechnik zurückzuführen ist.

Abgesehen vom Fischfang und einer noch relativ geringen, zumeist nur in Küstengewässern betriebenen Erdöl- und Erdgasförderung (ca. 15 bis 18% der Weltförderung) wurden kaum andere Naturressourcen der Weltmeere in nennenswertem Maße erschlossen und abgebaut.

Um welch riesige Reichtümer es sich dabei handelt, mögen folgende Zahlen zeigen: Vorsichtige Schätzungen der Vereinten Nationen besagen, daß nachweisbar 170 Mrd. Barrel Öl und vermutlich weitere 2,3 Billionen Barrel unter dem Meeresboden lagern. Darüberhinaus gibt es nachweisbar mindestens 30 andere wichtige Mineralien in der See, die z.T. in einigen Jahrzehnten in den bekannten Schürfstätten auf den Kontinenten erschöpft sein werden.

Jahrzehnten in den bekannten Schürfstätten auf den Kontinenten erschöpft sein werden.

Vor allem handelt es sich hier um jenseits der Festlandsockel, in Tiefen ab 3 500 m auf dem Meeresboden lagernden sog. Manganknollen. Diese Knollen, kleinen Erzklumpen gleich, enthalten verschiedene wichtige Metalle, u.a. Mangan, Nickel, Kobalt, Kupfer usw. Um allein nur den gegenwärtigen Weltbedarf an Mangan und Kobalt zu decken, mußte weniger als 0,001% des gesamten Meeresboden erschlossen werden, womit – nach einer UN-Studie – bereits 1976 begonnen werden könnte.

Diese Knollen sind heute die bekanntesten Erzvorkommen der Meere, aber es gibt auch noch andere. Schlick und Seewasser im Roten Meer beisspielsweise, enthalten starke Konzentrate von Schwermetallen wie Eisen, Zink, Kupfer, Blei, Silber und Gold, deren Gesamtwert allein im Roten Meer auf zwei bis fünf Milliarden Dollar geschätzt wird und deren Förderung durchaus in den Bereich des technisch Möglichen gerückt ist (obige Angaben vor allem aus: „Finanzierung und Entwicklung", 1/75).

Für die imperialistischen Monopole, die ständig auf der Suche nach neuen profitabwerfenden Kapitalanlagen sind, sind eben diese noch weitgehend verschlossenen Reichtümer der Weltmeere von äußerstem Interesse. Lenin hat den dem Monopolkapital innewohnenden Drang nach ständiger Ausweitung seiner Anlagemöglichkeiten bereits 1916 beschrieben: *„Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden ... und größere Kapitalien aufgewandt werden ... Daher das unvermeidliche Streben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsgebiets, ja des Gebiets schlechthin."* Das Finanzkapital ist ständig darauf bedacht, *„möglichst viele Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, immer auf mögliche Rohstoffquellen bedacht und von Angst erfüllt, in dem tollen Kampf um die letzten Stücke der unverteilten Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen"* („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus").

Dieser Drang nach Expansion hat die Monopole dazu getrieben, die Technologie zur Erschließung dieser Reichtümer auf und unter dem Meeresboden zu entwickeln, so daß heute ihre Förderung technisch möglich ist. *„Tiefsee-Erdölsuche* (und die Förderung von anderen wichtigen Mineralien, muß man heute hinzufügen – die Red.) *ist heute längst kein futurologisches Wunschbild mehr, sondern eine klar erkennbare Entwicklungslinie, die p o l i t i s c h v o r z u b e r e i t e n jetzt schon lohnt"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.11.74).

Eben darum geht es vor allem in den Auseinandersetzungen um ein neues Seerecht. Die Imperialisten – die allein über die notwendige, kapitalintensive Technologie verfügen – wollen sich das „Recht" auf die Ausbeutung der auf und unter dem Meeresboden liegenden Reichtümer, die auf der 25. UN-Generalversammlung *„zum gemeinsamen Erbe der gesamten Menschheit"* erklärt wurden, sichern. *„Die Seerechtskonferenz stellt in wirtschaftlicher Hinsicht eine großangelegte weltweite Auseinandersetzung über die Aufteilung des Reichtums des Meeres, seiner Rohstoffe und Mineralien ... dar"* (Hermes, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt im „Wirtschaftsdienst" 10/74).

Worum es im Einzelnen geht

Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen:

- Ausdehnung der Hoheitsgewässer der Küstenstaaten über die heute zumeist noch vorherrschende Dreimeilen-Zone;
- Einrichtung einer sog. „Wirtschaftszone", die über die Hoheitsgewässer weit hinausreicht und den Küstenstaaten exclusive Rechte auf die Ausbeutung der innerhalb dieser Zone vorhandenen Meeresressourcen einräumt;
- Schaffung eines Rechts, das die Ausbeutung der Ressourcen auf „Hoher See"(d.h. in den internationalen Gewässern) regelt.

Erhebliche Widersprüche unter den Staaten

Erhebliche Widersprüche unter den Staaten

Wie auf den vorher in den letzten sieben Jahren stattgefundenen Konferenzen auch, ist von der New Yorker Konferenz auf keinen Fall eine abschließende Klärung dieser Fragen zu erwarten. Dazu sind die Widersprüche unter den teilnehmenden Staaten zu groß.

Eine relativ schnelle Einigung dürfte bei der Ausdehnung der Hoheitsgewässer, in denen nationales Recht der jeweiligen Küstenstaaten gilt, auf zwölf Seemeilen zu erwarten sein. De facto bedeutet dies, daß sich die Imperialisten vor allem gegen eine Reihe lateinamerikanischer Staaten haben durchsetzen können, die ihre Hoheitsgewässer zum Schutz ihrer maritimen Ressourcen vor der weit überlegenen Technik der imperialistischen Monopole (Fischfang, Ölbohrungen) auf bis zu 200 sm ausdehnten.

Allerdings ist auch die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf zwölf sm mit einer Reihe, vor allem militär-strategischer Fragen für die Imperialisten verbunden. Durch die Zwölf-Seemeilen-Zone werden 116 heute noch „internationale" Wasserstraßen von heute auf morgen zu nationalen Verkehrswegen, die von den Anliegerstaaten kontrolliert würden. So könnte beispielsweise die Durchfahrt von Kriegsflotten verboten werden, U-Booten die Auflage erteilt werden, sie nur im aufgetauchten Zustand zu passieren (was aus Geheimhaltungsgründen nicht üblich ist) oder atomgetriebenen Kriegsschiffen könnte aus Umweltschutzgründen die Durchfahrt verboten werden usw. Verständlich, daß sich die Imperialisten dagegen mit Händen und Füßen wehren und innerhalb dieser Hoheitsgewässer das Recht der unbeschränkten, unkontrollierten auch „nichtfriedlichen" (d.h. von Kriegsschiffen) Durchfahrt verlangen. Bemerkenswert, daß sich bei der Bekämpfung dieser von vielen Staaten der „Dritten Welt" erhobenen Forderung die Sowjetrevisionisten an der Seite der Imperialisten eingefunden haben, um mit ihnen zusammen heuchlerisch die „Freiheit der Meere und Durchfahrt" durchzusetzeh.

nisten an der Seite der Imperiali-



Die wichtigsten von über 100 Meeresengen, die nationalisiert würden

Auch bei der Einrichtung einer „Wirtschaftszone" gibt es weiterhin erhebliche Widersprüche, wenn auch über die Einführung einer (zumindest) 200-sm umfassenden Zone weitgehend Einigung besteht (die USA, Kanada, UdSSR u.a. „Langküstenstaaten" verlangen allerdings hier auch darüberhinausgehend exclusive Rechte für die Ausbeutung der Meeresressourcen auf dem sog. Festlandssockel, der z.T. über 600 sm ins Meer reicht). Strittig ist hier vor allem auch die Frage des Zugangs anderer Staaten zu diesen Wirtschaftszonen, der u.a. vom BRD-Imperialismus gefordert wird.

Am schärfsten prallen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und den Ländern der „Dritten Welt" bei der Frage, wer die Reichtümer der offenen See ausbeuten darf, aufeinander. Um diese Frage zu lösen, besteht Einigkeit darüber, daß von allen Staaten eine „Internationale Meeresbodenbehörde" geschaffen wird. Die Imperialisten fordern hier eine rein auf die Koordinierung beschränkte Behörde, bei der Meeresbodenerforschungen und der Abbau von Bodenschätzen lediglich „angemeldet" werden muß (Lizenzsystem), ohne daß die Behörde selbst weitere Einspruchs- oder Eingreifmöglichkeiten hätte. *„Im Prinzip läuft es auf ein Vorrecht des Erstkommers hinaus"*, heißt es dazu in einem Memorandum dreier westdeutscher Kapitalistenverbände von 1972. In der Tat würde dies bedeuten, daß die Staaten der „Dritten Welt" von vornherein von der Teilhabe der Meeresschätze („des gemeinsamen Erbes der gesamten Menschheit") ausgeschlossen wären, da sie in keiner Weise überhaupt über die dazu notwendige Technologie verfügen.

ner Weise überhaupt über die dazu

Vor allem würde sich darüberhinaus die Position der „Dritten Welt" gegenüber den Imperialisten weiter verschlechtern, da die Imperialisten durch die Meeresförderung noch unabhängiger von Rohstoffen aus den „Entwicklungsländern" (die rund 75% ihrer Einnahmen ausmachen) werden; zudem wäre ein starker Preisverfall bei allen Rohstoffen die Folge und würde die Situation der „Dritten Welt" zusätzlich verschlechtern.

Aus diesen Gründen heraus hat die „Gruppe der 77", die heute aus weit über 100 „Entwicklungsländern" besteht, entscheidende Befugnisse (in der Vergabe der Ausbeutungslizenzen, in der Drosselung der Produktion, um die eigene Rohstoffproduktion zu schützen usw.) für die Behörde gefordert und einen wesentlichen Einfluß auf die Politik dieser Behörde beansprucht.

Allerdings wurde in dieser sehr wichtigen Frage bereits ein Zugeständnis an den Imperialismus gemacht: während anfangs noch gefordert wurde, alle Entscheidungen der Behörde auf einer Generalversammlung aller Staaten zu beschließen (hier hätte die „Dritte Welt" eine eindeutige Mehrheit gehabt), haben sie nunmehr zugestimmt, sämtliche Entscheidungsbefugnisse in die Hände eines „Rats" zu legen, in dem sie in der Minderheit sind. Damit hat sich, unabhängig vom konkreten Ausgang der Auseinandersetzungen um die „Meeresbodenbehörde", der Imperialismus bereits in einer entscheidenden Frage durchsetzen können.

Mit den Imperialisten kann man nicht „gleichberechtigt" verhandeln!

Derartige Abstriche der „Dritten Welt" an ihren Forderungen und ihre immer weitergehenden Zugeständnisse an den Imperialismus, werfen ein Schlaglicht auf das tatsächliche Kräfteverhältnis. Die USA haben bereits im letzten Jahr kurzerhand erklärt, daß *„wenn die ... UN-Seerechtskonferenz kein klares und auch die Industrienationen* (d.h. Imperialisten – d. Red.) *zufriedenstellendes ‚ozeanisches Schürfrecht' schafft, sie sich gezwungen sehen eigenmächtig zu handeln, um die Meeresmineralien für sich auszubeuten"* („Welt", 1.3.75). Inzwischen haben die US-Imperialisten eine Behörde geschaffen, die tatsächlich eigenmächtig Lizenzen an US-Konzerne zur Ausbeutung von Bodenschätzen auf der Hohen See vergibt. Die Imperialisten setzen sich damit über die laufenden Verhandlungen einfach hinweg und schaffen durch T a t s a c h e n ihr eigenes „Recht". Aufgrund ihrer technologischen, finanziellen usw. Überlegenheit können sie es sich dabei „ruhigen Herzens" erlauben, allgemeinen Floskeln („Erbe der gesamten Menschheit") zuzustimmen. Angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse sind dies Phrasen, deren einzige Aufgabe

zuzustimmen. Angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse sind dies Phrasen, deren einzige Aufgabe

darin besteht, die „Dritte Welt" zu täuschen und Papier zu schwärzen.

Deshalb können es sich die Imperialisten auch durchaus leisten, den „Entwicklungsländern" eine 200 sm Wirtschaftszone zuzugestehen, ohne Gefahr laufen zu müssen, dadurch die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse zu lockern oder gar zu beseitigen, denn die Staaten der „Dritten Welt" verfügen nicht über das Kapital und die Technologie, sie auch tatsächlich zu erschließen.

Der in Zukunft stark anwachsende Meeresbergbau wird in der Konsequenz die Bedeutung von Rohstoffen für die imperialistischen Staaten aus den „Entwicklungsländern" weiter schmälern, die finanzielle Situation dieser Länder weiter verschlechtern und damit ihre weitere Verarmung vorantreiben; damit aber wächst zugleich die Abhängigkeit dieser Staaten vom imperialistischen System. Dem auf Konferenzen mit Appellen an die „Vernunft" und „Einsicht" der Imperialisten begegnen zu wollen, heißt den Charakter des Imperialismus völlig zu verkennen. Es ist nicht seine Politik, bestehende Ungleichheiten und Abhängigkeiten (zu seinen Gunsten) abzubauen, sondern sie zu schaffen, zu erhalten und weiter auszubauen, um zu h e r r s c h e n.

Ein Erfolg der Staaten der „Dritten Welt" auch in diesen Fragen, wird sich erst dann einstellen, wenn sich das weltweite Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Völker verschiebt. Im Rahmen einer unversöhnlichen, konsequent antiimperialistischen Politik der „Entwicklungsländer" könnten auch die Rohstoffe zu einer tatsächlichen „Waffe" werden, die eine große Rolle im Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus spielen könnten. Das aber erfordert vor allem, daß das Volk selbst in diesen Staaten die Macht erkämpft und die halbherzige, zu Kompromissen neigende, oftmals durch tausend Fäden eng mit dem Imperialismus verschwägerte herrschende Klasse verjagt.

Allein auf der Grundlage einer solchen M a c h t position, kann mit dem Imperialismus erfolgreich und gleichberechtigt verhandelt werden. ●

Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg

Streit um Rockall

Wenn es um die Einverleibung neuer, potentieller Rohstoffquellen geht, dann suchen die Imperialisten zu jedem Mittel Zuflucht, um gerade ihren Anspruch auf diese Gebiete zu rechtfertigen. Ein solches, teilweise schon absurdes, aber dennoch für den Sieger sehr profitträchtiges Gerangel findet derzeit zwischen Großbritannien, Irland und Dänemark um den Rockall-Felsen im Atlantischen Ozean (siehe Karte) statt.



Bis 1973 blieb dieser kahle, nur von Vögeln und einigen Meteorlogen bewohnte Felsen von 20 Meter Höhe und 30 Meter Durchmesser international völlig unbeachtet. Kein Staat erhob (wofür auch?) irgendwelche Ansprüche auf den Felsbrocken. Erst nachdem sich durch Versuchsbohrungen im Rockall-Becken reichere Erdölvorkommen vermuten ließen und sich zugleich die Einrichtung einer 200 Seemeilen betragenden Wirtschaftszone abzeichnete, rückte dieser Felsen in das Bewußtsein der umliegenden Staaten; denn wer dann diesen Felsen besitzt, kann die Erdölvorkommen allein ausbeuten.

Zunächst beanspruchte England den Felsen für sich und unterstellte ihn verwaltungsmäßig Schottland. Aufgeschreckt durch die Nachrichten über Erdölfunde im Umkreis des Felsens, wies Irland dies mit der Begründung, Rockall liege näher zu Irland als zu Schottland, zurück.

Wenig später trat Dänemark auf den Plan und behauptete kurzerhand, der Rockall-Felsen sei in Wirklichkeit Bestandteil des dänischen Faroe-Insel-Sockels. Der Streit ist bis auf den heutigen Tag nicht entschieden und dürfte erst mit der Einrichtung einer Wirtschaftszone durch die UNO richtig ausbrechen. (Nach „The Economist", 15.2.75). ●



RASSISMUS IN ENGLAND

Labour gegen Rassismus?

Am 4.3. beriet das Unterhaus in 2. Lesung einen Gesetzesentwurf des Innenministers Roy Jenkins, mit dem er angeblich die Rassendiskriminierung bekämpfen will.

Der wesentliche Punkt ist, daß sich Farbige künftig direkt an ein Gericht wenden können, wenn sie bei der Wohnungs- und Arbeitssuche oder in Schule und Ausbildung benachteiligt werden, und zwar durch Handlungen, *„die geeignet sind, Rassenhaß zu erzeugen"*. Bisher müssen sich nämlich die farbigen Einwanderer bei rassistischen Angriffen zunächst an das „Race Relations Board" (Amt für Rassenbeziehungen) wenden, das erst mal untersucht, ob überhaupt dagegen gerichtlich vorgegangen werden kann. Da nach geltendem Recht sogar die Absicht (!), Rassenhaß zu erzeugen, nachgewiesen werden muß, hat es seit November in ganz England nur 33 Verfahren gegeben, die in 23 Fällen zu einer Verurteilung führten („Guardian" – „G.", 4.3.76).

Bei dieser geringfügigen rechtlichen Verbesserung kann man nicht von einem ernsthaften Willen zur Bekämpfung des Rassismus seitens der Labour-Regierung ausgehen. Unter dem Beifall der Tories erklärte Jenkins: *„Die Zahl der Einwanderer, die dieses Land aufnehmen kann, ist klar begrenzt, und das heißt, daß im Interesse der rassischen Minderheiten (!) die strenge Einwanderungskontrolle aufrechterhalten werden muß"* („G.", 5.3.76).

Gerade die Aufrechterhaltung und Handhabung der Einwanderungsgesetze durch die Labour-Regierung sind aber Vorwand und Rechtfertigung schärfster rassistischer Diskriminierung seitens der Behörden. Diese Gesetze richten sich allein gegen Farbige aus den ehemaligen Kolonien.

▷ Unter dem „Verdacht", daß sie im Lande bleiben wollen, werden Urlaubsbesucher abgewiesen und haben mehrere tausend Kilometer umsonst zurückgelegt.

▷ Abgewiesen werden auch Familienangehörige, die keine Geburtsurkunde vorlegen können (die es in ihrem Heimatland oft gar nicht gibt).

▷ Besonderen Schikanen sind Kinder ausgesetzt, die von ihren Eltern nachgeholt werden. Sie müssen sich oft röntgen lassen, um nachzuweisen, daß sie noch nicht 16 Jahre alt sind, oder es werden junge Mädchen zur Feststellung ihrer Jungfäulichkeit ärztlich untersucht, da nur unverheiratete Töchter zu ihren Eltern dürfen (Angaben nach Robert Moore, „Racism and Black Resistance in Britain").

Wer die Einwanderungskontrollen umgeht, ist ohne Arbeitsgenehmigung besonderer Ausbeutung durch die Kapitalisten ausgeliefert. Eine Untersuchung des Londoner Hotel- und Gaststättengewerbes ergab, daß 84 % der Ausländer ohne Arbeitsgenehmigung arbeiten und für rund 150 DM pro Woche durchschnittlich 80 – 100 Stunden arbeiten müssen („G.", 9.1.76).

Bezeichnenderweise soll das neue Gesetz die ca. 22.000 indischen und pakistanischen Seeleute auf britischen Schiffen von der Gleichbehandlung ausschließen, die z. B. für die gleiche Arbeit etwa 20 % weniger Lohn als ihre weißen Kollegen erhalten. Die Seemannsgewerkschaft hat dagegen protestiert („G", 27.2. 1976).

Trotz seiner Lächerlichkeit ist der Gesetzentwurf natürlich auf Ablehnung bei allen offenen Rassisten gestoßen. Als Jenkins seine Rede im Unterhaus begann, schrien Faschisten der National Front „Jenkins-Verräter" und warfen rassistische Hetzblätter von der Zuschauertribüne. In der Debatte bezogen auch mehrere Tories gegen das Gesetz Stellung. Der Oberrassist Enoch Powell behauptete sogar frech, das Gesetz gäbe den Farbigen alle möglichen Rechte und Vorteile, die den Weißen verweigert würden. ●

Enland-Kommission

Callaghan entläßt fortschrittlichen Staatsminister

Die Regierungsumbildung durch den neuen Premierminister Callaghan brachte insgesamt einen Ruck nach rechts im Kabinett und in den Ministerien mit sich. Entlassen wurde Alex Lyon, Staatsminister im Innenministerium, zuständig für „Rassenbeziehungen" und Einwanderung.

Der Grund lag offensichtlich in Differenzen zwischen Lyon und Labour-Rechtsaußen Callaghan und Jenkins (Innenminister), denen Lyons Haltung zu ausländerfreundlich war.

Die „League of Oberseas Pakistanis" (Liga der eingewanderten Pakistaner) schickte ein Protestschreiben gegen die Entlassung Lyons an Callaghan. In ihm wird davon gesprochen, daß die *„Entlassung Angst unter den Einwanderern hervorgerufen hat."*

Der „Guardian" gibt zu, daß die Entlassung *„ohne Zweifel ein sonderbares Gefühl unter den Farbigen und Eingewanderten"* hervorgerufen habe. *„Den Eingewanderten waren die guten Vorsätze der Regierung zweifelhaft, solange die Einwanderungsgenehmigungen für Familienangehörige bis zu 2 Jahre hinausgezögert wurden, – für Angehörige, die eigentlich das Recht haben, zu ihren bereits in diesem Land ansässigen Familien zu ziehen. Mr. Lyon hatte eine Menge dazu getan, diese Verzögerungen abzukürzen."* ●

England-Kommission

Sie marschieren „Für England"

„Marsch für England", *„Kein schwarzes England"* und *„Einwanderer raus aus Emgland"* waren die Parolen, unter denen die rechtsradikalen Gruppen „National Party of the UK" die „Vereinigung für Einwanderungskontrolle" und die „Englische Kampagne gegen Einwanderung" am Samstag, den 24.4.76, in London marschierten.

Zum ersten Mal seit 1962 wurde den Faschisten wieder der Trafalgar Square für die Abschlußkundgebung zur Verfügung gestellt, der übrigens für alle Veranstaltungen, die die Irland-Frage betreffen, gesperrt ist. Vor 14 Jahren konnte die Faschistenkundgebung, die von Oswald Mosley und dem englischen Nazi-Führer Colin Jordan angeführt wurde, von Gegendemonstranten nach heftigen Kämpfen vom Platz gefegt werden. Diesmal konnten die Faschisten, geschützt durch ein 600 bis 700 Mann starkes Polizeiaufgebot, nach anfänglich starken Störungen ihre rassistische Hetze verbreiten. Der Polizei war es nämlich gelungen, die etwa 1.500 Antifaschisten vom Trafalgar Square zu treiben, wobei 25 Demonstranten verhaftet wurden und einige ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Selbst außerhalb des Platzes wurde ein Redner der International Socialists verhaftet, der gerade angesetzt hatte, die faschistische Provokation zu verurteilen und zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber dem Anwachsen rechtsradikaler Tendenzen aufrief.

Am gleichen Tag fand in Bradford, inmitten des englischen "Ruhrgebiets", eine weitere rassistische Demonstration der „National Front" statt. Ungefähr 1.000 Mitglieder der „Front" marschierten durch den Stadtteil Bradfords, der den höchsten Prozentsatz asiatischer Arbeiter aufweist. Dort forderten sie in einer Schule die Ausweisung aller Einwanderer und gaben den (farbigen) Einwanderern alle Schuld für Arbeitslosigkeit, Inflation und steigende Kriminalität. Trotz scharfer Proteste der dort vorwiegend lebenden pakistanischen Bevölkerung wurde diese ungeheure Provokation nicht verboten. Aus Protest gegen diese faschistische Provokation demonstrierten parallel in einem anderen Stadtteil Bradfords 4.000 Menschen *„unter Führung des Labour-Abgeordneten Edward Lyons"* („Neue Zürcher Zeitung", 26.4.76).

Nach regelrechten Straßenkämpfen mit der Polizei und der „National Front" wurden wiederum 30 Antifaschisten verhaftet.

Trotz des teilweise brutalen Vorgehens der Polizei konnte den Faschisten sowohl in London als auch in Bradford die Lektion erteilt werden, daß jede ihrer Aktionen beobachtet und jedem ihrer öffentlichen Auftritte erbitterter Widerstand geleistet wird. Die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes ist stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden. ●

Bericht eines Genossen aus England

England wird Erdöl-Exporteur

Ende April wurde die erste Lieferung englisches Nordseeöl Richtung BRD verschifft. Zwar stehen diesen ersten 55.000 to wesentlich größere Importmengen gegenüber, aber dieses Ereignis gibt die Entwicklungsrichtung für die nächsten Jahre an: 1975 produzierte England etwa 1,2 % seines eigenen Bedarfs, für 1976 wird diese Zahl auf 15 – 20 % geschätzt, für 1978 auf 55 – 70 %. 1980 soll die englische Ölproduktion den Eigenbedarf des Landes decken: rund 100 Millionen Tonnen im Jahr.

Nach den amtlichen Schätzungen des Energieministeriums betragen die nachgewiesenen Erdölreserven in der englischen Nordsee 1.350 Mio. Tonnen. Zusammen mit geschätzten Vorkommnissen nichterschlossener Felder betragen die Reserven rund 4.500 Mio. Tonnen. Am derzeitigen jährlichen Verbrauch gemessen ist das ein Vorrat für ungefähr 45 Jahre.

Zwar wird England vermutlich auch 1980 noch Erdöl importieren müssen, da es sich beim Nordseeöl um ein leichtes, schwefelarmes Öl handelt. Der Bedarf an Schweröl muß weiterhin durch Importe aus Nahost gedeckt werden. Allerdings werden die für diese Einfuhren benötigten Devisen durch Nordsee-Ölexporte 1980 voll ausgeglichen werden können („Süddeutsche Zeitung", 5.11.75).

Auf dem Erdgassektor versorgt sich England bereits jetzt fast zu 100% selbst.

Diese neuere Entwicklung trägt dazu bei, die Widersprüche zwischen dem britischen Imperialismus und seinen europäischen Konkurrenten zu verschärfen: Als ölproduzierendes Land hat England ein Interesse an einem guten Ölpreis auf dem Weltmarkt, während den anderen europäischen Staaten daran gelegen ist, für ihre notwendigen Öl-Importe möglichst wenig zu zahlen. Die englische Labour-Regierung hat auch bereits angekündigt, England werde die Aufnahme in die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) beantragen. Das ist natürlich vor allem deshalb makaber, weil die OPEC als Rohstoffkartell vor allem die kleineren, industriell wenig entwickelten und fast ausschließlich vom Erdöl-Export lebenden Länder schützen sollte, nicht aber ausgewachsene imperialistische Staaten.

England ist z. Zt. nicht in der Lage, im Alleingang sein Öl auszubeuten und daher auf die Finanzkraft der anderen Imperialisten angewiesen. Bereits jetzt beträgt die Verschuldung des englischen Staates rund 10 Mrd. Dollar. Allein hierfür fallen jährlich enorm hohe Zinsen an („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.11.75). Außerdem hat die Labour-Regierung angekündigt, einen Kredit über mindestens 1 Mrd. Dollar bei der EG zu beantragen.

Innenpolitisch versucht die Labour-Regierung in zweierlei Hinsicht aus dem Öl Kapital zu schlagen. Zum ersten versucht sie, mit nationalistischer Demagogie an Boden zu gewinnen. So begründete sie z. B. die Tatsache, daß sich England bei den Gesprächen mit der OPEC nicht durch die EG vertreten lassen wollte, damit, daß das Öl *„in englischer Hand bleiben"* müsse!

Welche Demagogie dahinter steckt, wird klar, wenn man weiß, daß die englische Regierung sowieso zwei Drittel der Bohrlizenzen an ausländische Kapitalgesellschaften (vor allem US-amerikanische) vergibt! („Handelsblatt", 1.10.75)

Zum zweiten ist das Thema „Verstaatlichung der Erdölvorkommen" ein Lieblingsthema des linken Labourflügels, der damit immer wieder gern die Ernsthaftigkeit betont, mit der Labour auf den Sozialismus zusteuert. So sind tatsächlich Ende Februar die ersten „participation deals" abgeschlossen worden, Verträge über staatliche Beteiligung. Anlaß für englische wie auch westdeutsche Reaktionäre, Zeter und Mordio über den Vormarsch „doktrinärer" und „planwirtschaftlicher" Praktiken anzustimmen. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings klar, daß die abgeschlossenen Vereinbarungen nicht das geringste mit einer „Absicherung des englischen Öls" vor imperialistischem Zugriff, geschweige denn mit Sozialismus zu tun haben: Sie sehen keinerlei Mitspracherecht der englischen Regierung bei Planung, Investition und Förderung vor und räumen ihr lediglich ein Vorkaufsrecht auf 51 % des produzierten Öls ein. Und dies nicht etwa zum Vorzugspreis, sondern hübsch zu Weltmarktpreisen ... ! *„... mit anderen Worten, ihnen (den Gesellschaften) gehört auch weiterhin das Öl."* („Guardian", 27.2.76). ●

England-Kommission

1. Mai in England

Die diesjährigen Veranstaltungen und Demonstrationen zum 1. Mai in England wurden unter der zentralen Forderung *„Für Sozialismus und Vollbeschäftigung"* durchgeführt. Obwohl der 1. Mai erst 1978 nationaler Feiertag wird, haben in allen größeren Städten Englands Vertreter der Labour Party gemeinsam mit den Gewerkschaften 1. Mai-Feiern veranstaltet. Nach groben Schätzungen haben sich in Großbritannien etwa 20.000 bis 25.000 Menschen an den verschiedenen Veranstaltungen beteiligt. Zum ersten Mal seit 20 Jahren fanden z. B. in den nordirischen Städten Belfast, Derry und Newry Mai-Demonstrationen mit jeweils 1.000 Teilnehmern statt.

Diese Zahlen sind sehr niedrig, vergleicht man sie z. B. mit den Zahlen aus Westdeutschland, wo die Arbeiterbewegung wesentlich weniger entwickelt ist. Allerdings war die Teilnahme an Mai-Demonstrationen in England nie besonders hoch, was sicherlich in erster Linie an der starken betrieblichen Ausrichtung der englischen Arbeiterbewegung liegt. Unter anderem aber auch daran, daß der 1. Mai in England traditionell der Tag des Fußball-Pokalendspiels ist.

In London fand die größte Demonstration mit 7.000 bis 8.000 Menschen statt. Auffallend war ihr internationaler Charakter. Starke Kontingente zypriotischer, türkischer, spanischer und iranischer Arbeiter und Studenten bestimmten nicht nur stark das äußere Erscheinungsbild, sondern machten sich auch lautstark durch Parolen wie *„Freiheit für politische Gefangene"* und *„Arbeiter aller Länder, vereinigt euch"* bemerkbar, während keine einzige Parole auf dem einstündigen Marsch aus den Reihen des Gewerkschafts- und Labour-Party-Blocks zu hören war.

Die Abschlußkundgebung stand eindeutig im Zeichen der neuen Burgfriedenspolitik zwischen Labour-Party und Gewerkschaften. Als Hauptredner der Labour Party philosophierte der Londoner Methodistenchef (!) Lord (!) Soper, ein überzeugter Pazifist, über das Verhältnis von Kirche und Staat und daß die kapitalistische Ethik keine Zukunft habe. Mit keinem Wort ging er auf die aktuellen Diskussionen über Schatzkanzler Healeys Haushaltsplan ein, der den Gewerkschaften eine 3%ige Lohnsteigerung, gekoppelt mit geringfügigen Steuererleichterungen, in Aussicht stellt, bei gleichzeitiger 15%iger Inflationsrate. Genausowenig ging er natürlich auf die politischen Ziele der Arbeiterbewegung, geschwiege denn auf internationalistische Solidarität ein. Er endete seine Rede mit den Worten *„Gott segne euch"*.

Der Führer der ehemals militanten Eisenbahnergewerkschaft NUR, Sid Weighell, verteidigte mit starken Worten die Idee des „Sozialvertrags" zwischen Staat und Gewerkschaft: *„Die Lösung der enormen wirtschaftlichen Probleme kann nur von der Labour Regierung zusammen mit den Gewerkschaften erreicht werden."*

Die Weichen für diese „Lösung" sind bereits gestellt. Am 5. Mai 76 entschied der Gewerkschaftsdachverband TUC über einen Vorschlag seiner Wirtschaftsberater zuzustimmen, Lohnerhöhungen zukünftig auf maximal 4,5 % zu begrenzen.

Welch gewaltigen Lohnraub das für die englische Arbeiterklasse bedeutet, kann man sich angesichts der Inflationsrate von 15% vorstellen. Allerdings wurde von einigen Einzelgewerkschaften bereits Protest gegen diese Provokation laut. Auf einer Delegiertenversammlung der Gewerkschaften im Juni soll darüber nochmal abgestimmt werden.

Vor diesem Hintergrund muß man die Reden der Londoner 1. Mai-Kundgebung und die Idee des Sozialvertrages als Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse bezeichnen.

Bedauerlich war wieder einmal, daß keine Gruppe der revolutionären Linken, trotz Beteiligung an der Demonstration, eine Gegenkundgebung veranstaltete noch den geringsten Versuch unternahm, die Demagogie und den Verrat der Gewerkschaftsführung zu brandmarken.

Obwohl die Londoner 1. Mai-Feier insgesamt als repräsentativ für ganz England bezeichnet werden kann, gab es daneben aber auch kämpferische Veranstaltungen. In Glasgow verabschiedeten 4.000 Demonstranten eine Resolution, die die faschistische Diktatur in Chile verurteilt und den Kampf für ein freies Rhodesien und Süd-Afrika unterstützt. In Paisley bei Glasgow verurteilte der schottische TUC-Vorsitzende Hugh D'Arcy das 3%ige Lohnangebot der Regierung als Betrug und unannehmbar für die Arbeiterklasse. Allerdings war auch hier der grundsätzliche Wille zur Zusammenarbeit mit der Labour Regierung vorhanden, *„wenn das Labour Regierungsprogramm voll in die Tat umgesetzt wird"*. ●

Bericht eines Genossen aus England

Gemeinsame Übungen zwischen Reservisten und Faschisten

Im April berichtete die englische Presse über gemeinsame militärische Übungen zwischen einer Einheit der „Territorial Army" (TA – eine Art Reservistenverband) in Wiltshire und der Faschistenbande „Column 88". „Column 88" bedeutet soviel wie „Kolonne Heil Hitler", die 88 steht für HH, 2 mal den 8. Buchstaben des Alphabets. Im Zusammenhang mit dieser Enthüllung wurde auch bekannt, daß die Faschisten über mindestens 2 Trainingscamps verfügen: In Epping Forrest (Essex) und Severnake Forrest' (Wiltshire).

Die TA untersteht der Armee,und die Tatsache, daß der verantwortliche Offizier eine derartige „Übung" angesetzt hat und sie der Mannschaft gegenüber als Trainingsgefecht gegen eine andere TA-Einheit ausgegeben hat, läßt darauf schließen, daß er mit seiner Sympathie für die Faschisten im Offizierscorps nicht allein dasteht.

Das Verteidigungsministerium hat inzwischen zugegeben, daß dieser Offizier an die Faschisten offensichtlich *„seine Männer ausgeliehen habe"*. Allerdings: *„Man nimmt an, daß er weiter in der Armee seinen Dienst tut"* ... („Guardian", 20.4.76). ●

England-Kommission

Londoner Faschistentreffen an Hitlers Geburtstag

Nicht zufällig am 20. April (Geburtstag Hitlers) veranstaltete die Nationale Front (NF) eine öffentliche Versammlung zur Unterstützung der rhodesischen Faschistenbande, die 100 – 150 Anhänger besuchten.

Insbesondere die „International Socialists" hatten kurzfristig 100 Leute zu einer Protestkundgebung mobilisiert, die den Faschisten mit kämpferischen Sprechchören zeigen wollten, daß sie das Rassisten-Treffen nicht ungehindert zulassen wollten:

„Schwarz und Weiß – kämpft gemeinsam! Rhodesien nein – Zimbabwe ja! Sieg den Freiheitskämpfern! Zerschlagt die Nationale Front!"

Ein starkes Bullenaufgebot schützte die Faschisten und lauerte darauf, daß sich die Antifaschisten durch Hitlergruß usw. provozieren ließen.

Eine Provokation war allein schon die Tatsache, daß die Faschisten erneut die „Conway Hall" benutzen durften. Vor etwa zwei Jahren hatten mehrere fortschrittliche Organisationen zu einer Gegendemonstration aufgerufen, als die Faschisten dort eine Großkundgebung abhalten wollten. Bei einem brutalen Bullenüberfall auf die Antifaschisten wurde damals der Student Kevin Gateley von der Polizei erschlagen. ●

England-Kommission

meinsam! Rhodesien nein – Zimbabwe ja! Sieg den Freiheitskämpfern! Zerschlagt die Nationale Front!"

von der Polizei erschlagen. ●

England-Kommission



600 – 700 Bullen schützten die Faschisten massiv



Faschistendemonstration am 24.4. in London

Zwei Großveranstaltungen gegen Arbeitslosigkeit

Am 20.3. ging in London der vor allem von den „International Socialists" organisierte *„Marsch für das Recht auf Arbeit"* mit einer Demonstration und Großkundgebung in der Albert Hall mit 5.500 Teilnehmern zu Ende.

Der Sekretär der Kampagne, John Desson, hob in seiner Rede besonders die Notwendigkeit *„selbständiger Aktionen der Arbeiter"* hervor, unabhängig von der Gewerkschaftsführung, die wegen *„völligen Mangels an Courage"* (?!) die Regierung unbehindert ihre arbeiterfeindliche Politik betreiben lasse.

Zur Durchsetzung der Hauptforderungen der Kampagne (s. Kasten) wurde die verstärkte Gründung von örtlichen Aktionskomitees und deren Koordination durch den Aufbau eines „Nationalrats für das Recht auf Arbeit" propagiert. Außer diesen organisatorischen Vorschlägen können wir der ausführlichen Berichterstattung im „Sozialist Worker" vom 27.3.76 keine längerfristige politische Orientierung des Kampfes entnehmen.

Konferenz gegen Arbeitslosigkeit

Eine Woche später beteiligten sich etwa 3.000 Gewerkschaftsdelegierte an einer Konferenz zur Arbeitslosigkeit in London. Hierzu hatte das Politische Komitee der Londoner Genossenschaften und ein Distrikt der Londoner Werftarbeitergewerkschaft CSEU, beide unter Einfluß der revisionistischen KP, aufgerufen, nachdem die International Socialists (IS) und die gewerkschaftsoppositionelle „Rank & File"-Bewegung die „Kampagne für das Recht auf Arbeit" gestartet hatten.

Diese Konferenz wurde hauptsächlich von linken Labour-Abgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären, die der KP nahestehen, getragen. Propagiert wurden Aktionen, die *„einen radikalen Wechsel der Regierungspolitik sichern"*. Dazu diente auch die Forderung nach Sonderkongressen des Gewerkschaftsdachverbands TUC und der Labourpartei. Beide (!) sollen verpflichtet werden, die gegenwärtige Regierungspolitik nicht weiter zu unterstützen. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft forderte Importkontrollen. Als das von einigen Sprechern als „nationalistisch " kritisiert wurde, wurden sie im Konferenzbericht des „Morning Star" als *„Ultralinke"* beschimpft („MS" – Zeitung der KP, 29.3.76).

Für den 26. Mai beschloß die Konferenz einen nationalen Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit. Abgelehnt wurde die Forderung von Vertretern der „Kampagne für das Recht auf Arbeit", am 21. Mai einen Generalstreik zu organisieren, da an diesem Tag der Prozeß gegen die 44 Kollegen beginnt, die bei einem Polizeiüberfall auf den Arbeitslosenmarsch festgenommen wurden.

Kommentar des „MS" am 29.3.: *„Eine Annahme dieses IS-Vorschlages hätte die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Arbeitslosigkeit abgelenkt (!?) auf die Frage polizeilicher Bedrohung ..."*

Unabhängig davon organisiert die „Kampagne" eine große Protestdemonstration vor dem Gericht am 21. Mai. ●

Englandkommission

> Kern des Marsches bildeten ca. 80 arbeitslose Kollegen, die die ganze Strecke von Birmingham nach London zu Fuß zurücklegten. Unterwegs wurden täglich mehrere Kundgebungen und Treffen auch vor Betrieben abgehalten. Dabei wurde ein 10-Punkte-Programm propagiert. Es enthält u. a.:
> - Forderungen nach Gleichbehandlung für Frauen und ausländische Kollegen;
> - Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Überstundenboykott;
> - Bruch des 6-Pfd.-Lohndiktats;
> - Volle gewerkschaftliche Rechte für Arbeitslose;
> - Gewerkschaftliche Kontrolle über die Arbeitsplätze;
> - Besetzungen und entschädigungslose Verstaatlichung von Betrieben, die das Recht auf Arbeit nicht gewährleisten.

Dänemark:

Dänemark:

Erfolgreicher Streik der Studenten gegen politische Disziplinierungen

Ende April traten fast alle dänischen Studenten in den Vorlesungsboykott. Sie protestierten damit gegen den Rausschmiß von 203 Studenten der „Experimentieruniversität" RUC (Roskilde Universitetscenter). Die Studenten sollten von allen Hochschulen des Landes verwiesen werden weil sie sich angeblich nicht rechtzeitig zur Prüfung gemeldet hatten. 10.000 bis 15.000 Studenten solidarisierten sich mit den 203 Kommilitonen in einem landesweiten Examensboykott.

Am 4.5. wurden die relegierten Studenten bedingungslos wieder aufgenommen und allen Teilnehmern des Examensboykotts wurde „Amnestie" gewährt.

Die Ursache des RUC-Konflikts

RUC wurde 1972 als eine Art Reformuniversität gegründet. Dort wurden die traditionellen Studiengänge zugunsten der Arbeit in Projekten abgeschafft. Gruppen von 2 - 10 Studenten arbeiten dort in der 2-jährigen Grundausbildung und dem 3-jährigen Aufbaustudium an selbstgewählten Projekten, wobei sie sich kollektiv die wissenschaftlichen Kenntnisse erwerben. Die Verwaltung des RUC war autonom und die Studenten stellten 50% in dem höchsten beschlußfähigen Gremium.

Das RUC wurde schon kurz nach seiner Gründung ein Anziehungspunkt für fortschrittliche Dozenten und Studenten. Die Projekte, die bearbeitet wurden, orientierten sich an den Problemen der arbeitenden Bevölkerung: Umweltprobleme, Arbeitsmilieu, Zusammenhang zwischen produktionsfördernden Lohnsystemen und der Häufigkeit von Arbeitsunfällen und verschiedenes mehr. Zu diesen Arbeiten war es nötig, daß die Studenten Kontakt zu Bevölkerungsgruppen außerhalb der Hochschule hatten. Auch konkrete Erfolge sind zu verzeichnen: Z.B. ist es der Arbeit von RUC-Studenten zu verdanken, daß für die Schweißer der Werft in Helsingor eine bessere Belüftungsanlage installiert werden mußte.

In dieser Lage blieben Angriffe reaktionärer Kräfte nicht aus. Eine Hetzkampagne wurde gestartet, in der sich außer der Fortschrittspartei des Faschisten Glistrup auch die konservative Partei und rechte Sozialdemokraten besonders hervortaten. Pläne der Behörden zur „Reorganisierung", ja sogar zur völligen Stillegung des RUC wurden ausgearbeitet.

Am 6.11.75 trat ein Gesetz in Kraft, wonach RUC dem Unterrichtsministerium administrativ unterstellt wurde. Drei „externe Rektoren" („Junta") wurden dem gewählten Rektor beigeordnet. Die Vertretung der Studenten im Studienrat wurde vermindert, deren Stimmrecht abgeschafft. Daraufhin verließen die Studentenvertreter den Studienrat. Eine Mobilisierung der Studenten blieb jedoch aus. Die „Junta" wurde nun machtausübendes Organ und erarbeitete einen Plan zur schrittweisen Disziplinierung: Einführung „niederer" Studienabschlüsse, Numerus Clausus, indirekte Studienbegrenzung durch Einschränkung der Lehrerstellen, direkte Eingriffe in den Lehrinhalt, neue Studienpläne mit kurzen, obligatorischen Kursen.

Der konkrete Inhalt der neuen Studienordnung wurde den Studenten erst im Januar dieses Jahres mitgeteilt. Die Tatsache, daß man nicht einmal die „alten Semester" ihre Studien nach der bisherigen Ordnung zuende führen lassen wollte, daß man rechtswidrige kollektive Strafmaßnahmen ohne Anhören der Betroffenen vorsah, zeigt, welche Gefahr man einer wissenschaftlichen Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse beimißt.

Protestaktionen gegen die Relegierung der 203 Studenten

Der Stein kam ins Rollen, als die dänischen Behörden 203 RUC-Studenten im 4. Semester von allen Hochschulen des Landes verwies, weil sie sich – entgegen der neuen Prüfungsordnung – nicht zur Prüfung gemeldet hatten.

Diese Prüfung sollte nach einer neuen Studienordnung erfolgen, die es erst seit Januar 1976 gibt. Dabei wurde keine Rücksicht darauf genommen, daß die Studenten vier Semester lang unter völlig anderen Bedingungen völlig andere Kennntnisse erworben haben. Außerdem muß die Prüfung nach der alten Studienordnung erst nach 5 Semestern abgelegt werden.

Am 27.4. wurde den Studenten über den Rundfunk um 11 Uhr bekanntgegeben, daß sie sich bis spätestens 14 Uhr zur Prüfung anzumelden hätten, anderenfallss würden sie relegiert. Daraufhin zogen hunderte von Studenten des zweiten Semesters ihre bereits abgegebene Prüfungsanmeldung zurück. Damit boykottiert die Hälfte der 1200 RUC-Studenten die Examen. Auch an anderen dänischen Universitäten wurden Examina boykottiert. Dabei kam es nicht nur zu Solidariätsaktionen von Studenten der „traditionell politischen" Fachgebiete, sondern auch von den sonst politisch eher passiven Studenten des mathematisch - naturwissenschaftlichen Bereichs und der Medizin. 40.000 von 70.000 dänischen Studenten traten in den Unterrichtsstreik. RUC-Lehrer und technisch-administratives Personal traten in einen Sympathiestreik und beschlossen, einen Tagesverdienst für die ausgeschlossenen Studenten zur Verfügung zu stellen, denen die Studiengelder vorenthalten wurden. Am 29.4. streikten schon 80 - 90% aller dänischen Studenten. Überall kam es zu Demonstrationen, es waren die größten Studentendemonstrationen seit 1968.

In Århus ging die Polizei mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Zum ersten Mal in Skandinavien kam es zu umfassenden Solidaritätsbekundungen der Arbeiter. Allein am 30.4. erhielten die RUC-Studenten etwa 30 Solidaritätserklärungen von größeren Arbeitsplätzen und Gewerkschaften, darunter die Werft in Helsingør, die Glashütte in Kastrup sowie die Brauereien Tuborg und Carlsberg.

Die breiten Solidaritätsbekundungen der Arbeiter sind sicher auch auf die praxisnahen und arbeiterfreundlichen Projekte der RUC-Studenten und Lehrer zurückzuführen.

Erfolge im Kampf

Vor der Entscheidung über die weitere Existenz des RUC im dänischen Folketing organisierten die RUC-Studenten am 2.Mai einen „Tag der offenen Tür", zu dem 20.000 Menschen kamen. Außerdem entsandten sie Vertreter an alle wichtigen Ausbildungsstätten, um über ihre Lage zu informieren.

Am 4.5. entschied das dänische Unterrichtsministerium, daß die relegierten Studenten wieder aufgenommen werden, daß Prüfungen kollektiv abgehalten werden müssen und sich die Prüfungsfragen nur auf die Projektarbeit beziehen dürfen.

Am 4. Mai stand auch im dänischen Folketing die Weiterexistenz des RUC zur Abstimmung. Gleichzeitig mit der Parlamentsdebatte demonstrierten 10.000 Studenten und Arbeiter in Kopenhagen. Auf der Kundgebung sprachen mehrere Arbeiter zu den Studenten.

Das Abstimmungsergebnis im Folketing lautete 89 : 87 gegen eine Auflösung des RUC. Damit haben die reaktionären Kräfte Dänemarks eine Niederlage erlitten. Der zweitgrößte Demagoge Dänemarks, der Vorsitzende der Zentrumsdemokraten, Erhard Jakobsen, gab gleich nach der Abstimmung bekannt, dies sei nicht die letzte Entscheidung gewesen, das Folketing werde sich auch künftig mit RUC befassen müssen.

Die weitere Existenz des RUC ist somit vorerst gesichert, die „Junta" ist allerdings nicht abgeschafft.

Der Kampf der dänischen Studenten ist aber ein gutes Zeichen, daß eine reaktionäre Ausrichtung der Universitäten nicht so einfach gelingen wird. ●

Bericht eines Genossen aus Dänemark

Schweden
Neuaufnahme des Wenner-Gren-Prozesses

In Schweden wird der Prozeß über die Machenschaften des Wenner-Gren-Konzerns neu aufgerollt. Hauptangeklagter ist Birger Strid, der nach dem Tode des Multimillionärs im Jahre 1961 die Leitung des Konzerns übernahm. Schon im letzten Jahr wurde Strid wegen grober Veruntreuung, grober Betrügerei und groben Bruchs der Valuta-Bestimmungen zu 2 Jahren Haft und einer Schadensersatzleistung von 21 Mio. sKr verurteilt. Nach dem Tod des „Staubsaugerkönigs“ Wenner-Gren „verschwanden“ nach 1962 ca. 190 Mio. sKr. aus dem weitverzweigten Spekulationsbesitz Wenner-Grens. Hauptverantwortlicher war Nachfolger Strid.

Jetzt wird der Prozeß neu aufgerollt, weil Strid meint, er könne die verschwundenen Millionen als normales kapitalistisches Geschäftsrisiko deklarieren, was nach schwedischer Gesetzgebung nicht strafbar wäre.

Engste Zusammenarbeit mit deutschen Faschisten

Wenner-Gren begann seine Laufbahn zu Anfang dieses Jahrhunderts als Vertreter in Berlin. Durch Kriegsgeschäfte und durch den Kauf großer Aktienposten des schwedischen Staubsaugerkonzerns Elektrolux schaffte er sich ein Vermögen. Nach dem Tod des „Streichholzkönigs“ Ivor Kreuger 1932 erwarb Wenner-Gren einen Zellulosekonzern, die Sv. Cellulosa-AG.

Außerdem war er in den 30iger Jahren Mitbegründer des bekannten Flugzeug- und Fahrzeugkonzerns Saab. Vor kurzem enthüllten die schwedischen Autoren Ragnar Boman und Ingrid Dahlberg weitere Geschäftsverbindungen dieses Kapitalisten.

Als nach dem Versailler Vertrag 1919 die deutsche Firma Krupp ihre gesamte Entwicklung der Rüstungsproduktion in den schwedischen Bofors-Konzern verlagerte und dieses der schwedischen Regierung zu heiß wurde, übernahm eine Gruppe unter Leitung Wenner-Grens die Kruppschen Bofors-Aktien, so daß der Verbrecher Krupp nach Machtantritt der Faschisten seine Rüstungsproduktion zur Vorbereitung des zweiten imperialistischen Weltkrieges ohne Verluste fortsetzen konnte.

Außer den guten Geschäftsverbindungen zu Kriegsverbrecher Krupp pflegte Wenner-Gren freundschaftliche Beziehungen zu Massenmörder und Nazi-Führer Göring. So fungierte er 1939 als Kontaktmann der faschistischen Führung zu dem britischen Premier Chamberlain. 1940 bespitzelte Wenner-Gren im Auftrag Görings den stellvertretenden US-Aussenminister Welles während einer Europa-Reise.

Vieles läßt darauf schließen, daß Wenner-Gren das Blutvermögen Görings in Südamerika unterbrachte.

Aus seiner engen Kollaboration mit den Hitlerfaschisten erklärten die Allierten den Multimillionär Wenner-Gren zu einer *„Person, die der Zusammenarbeit mit dem Feind verdächtig ist!“* Das war jedoch alles, was man gegen diesen Faschisten unternahm.

So ergab sich, daß Wenner-Gren nach 45 seine alten Verbindungen zu Kriegsverbrecher Krupp erneut aufnahm und das Potsdamer Abkommen unterlief. Dieses sah unter anderem die Entflechtung des Krupp-Konzerns vor. Wenner-Gren übernahm, wie schon 1919, als Strohmann etliche Krupp-Betriebe, die dieser in der Zeit des Kalten Krieges zurückerhielt.

Anschließend übte sich Wenner-Gren als Spekulant von Grundstükken, Rechenmaschinen, Eisenbahnschienen etc.. Dieser Faschist wurde nie für seine Taten zur Rechenschaft gezogen. Der jetzt wieder aufgenommene Prozeß gegen den engsten Vertrauten Wenner-Grens, Birger Strid, zeigt, daß auch diesem eine gerechte Strafe erspart bleiben soll. Es soll jetzt geprüft werden, ob die verschwundenen Millionen als normales Geschäftsrisiko Strids angesehen werden können, was für diesen Verbrecher Freispruch bedeuten würde. ●

Skandinavien-Kommission

Hafenkapitalisten schlagen zu

Die Hafenarbeiter Göteborgs, über die schon seit Jahren eine enorme Rationalisierungswelle hinweggerollt ist, sind jetzt von neuen Massenentlassungen betroffen. Nachdem der schwedische „Werftrat“ im März dieses Jahres eine Reduzierung der Arbeitsplätze um 30 % (!) für ganz Schweden beschloß, sollen auf den Werften in Göteborg etwa 4000 (!) Arbeitsplätze verschwinden. Dazu kommen noch einmal so viele Stellen in der Zulieferungsindustrie („Neues Deutschland“ („ND“), 9.3.76). U.a. die Göteborger Metallgewerkschaft unterstütze den von der „Linkspartei-Kommunisten Schwedens“(VPK) in den Reichstag eingebrachten Antrag zur Verstaatlichung aller schwedischen Werften („ND“, 9.3.76).

Ob damit den betroffenen Kollegen geholfen ist?

Ein wirkliche konsequenter Kampf, wie ihn die Werftarbeiter Göteborgs z.B. in den spontanen („wilden“) Streiks von 1951, 54, 1963 und 69 oft mit Erfolg geführt haben, tut diesmal erst recht not! ●

Skandinavien-Kommission

Scharfe Kritik an Berufsverboten und § 88a in Schweden

Seit der Anprangerung der Berufsverbote in Westdeutschland in den schwedischen Massenmedien wird jetzt auch Kritik am neuen Maulkorbparagraphen § 88 a laut. So schrieb die schwedische Schriftstellervereinigung in einem Brief an den „Verband deutscher Schriftsteller“: *„Die neuen westdeutschen Gesetze, die die Meinungsfreiheit und Äußerungsfreiheit berühren, führen schließlich dazu, daß die Menschen in der Bundesrepublik für unmündig erklärt werden. Die Schriftsteller können im Grunde dagegen nur auf zweierlei Art reagieren, entweder durch eine Art Selbstzensur oder eine Untergrundliteratur.“*

„Noch ist die Katastrophe nicht über uns, aber die ernsten Zeichen mehren sich“, so Siegfried Lenz gegenüber der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter“. Auch Heinrich Böll wird zitiert: Man sei auf einem Weg, wo *„in einem langsamen, schleichenden, oft unbegreiflichen* (?) *Prozeß ... Freiheit und Demokratie langsam im Namen von Freiheit und Demokratie erstickt werden.“*

Die Zeitung „Sydsvenska Dagbladet“ stellt die Fassade der westdeutschen Gesellschaft schon heute durch ein Reihenhaus dar, das die Form eines Hakenkreuzes hat!

Die Studenten der Schule für angehende Lehrer und Kindergärtner in Kristianstad verabschiedeten am 28. April 76 eine Resolution gegen die Berufsverbote und den § 88 a, in der es u.a. heißt: *„Als Protest gegen die besorgniserregende Entwicklung in der BRD verabschieden wir eine Resolution, die wir an die Lehrergewerkschaft und die schwedischen Zeitungen schicken und fordern, daß diesen wichtigen Fragen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. ... Wir meinen, daß diese Paragraphen unabsehbare Folgen in der Zukunft haben können.“*

Wir hoffen, daß die schwedische Bevölkerung gewarnt durch das „Vorbild“ der westdeutschen Sozialdemokratie, Herrn Palme gehörig auf die Finger klopft, sollte er, was absehbar ist, die Gangart der Rechtsentwicklung in Schweden verschärfen. ●

Skandinavien-Kommission

mokratie erstickt werden.
Skandinavien-Kommission
Dicke Gewinne für

Dicke Gewinne für Schwedens Kapitalisten

Im „Handelsblatt“ vom 22.4. dieses Jahres wird an zwei Notizen deutlich, wie „schwer“ die schwedischen Kapitalisten von der „Krise“ betroffen waren. So heißt es im Jahresbericht des Metallkonzerns Sandvik, daß *„der Konzern 1975 die Konjunkturflaute in Form rückläufiger Nachfrage spürte, aber zeitliche Verschiebungen bewirkten, daß Beschäftigung, Umsatz und Ertrag auf einem zufriedenstellendem Niveau gehalten werden konnten.“* („Handelsblatt“, 22.4.) Tatsächlich hatte Sandvik einen Umsatz von 3.667 Mio sKr. gegenüber 2.146 Mio sKr. im Vorjahr. Das entspricht einer Steigerungsrate von 8 %! Der Profit betrug 495 Mio. sKr. gegenüber 476 Mio. 1974.

Ein anderes Beispiel ist der Alfa-Laval-Konzern. Hier stieg der Umsatz allein um 12 % auf 3.541 Mio. sKr. (2.073 Mio DM). Auf dem Rükken der Arbeiter konnten die Kapitalisten ihren Profit um 7 % auf 273 Mio. sKr. steigern (160 Mio. DM). Im Jahresbericht des Alfa-Laval-Konzerns wird deutlich, daß dieses Ergebnis den Kapitalisten noch nicht ausreicht. Verzicht auf Lohnforderungen und laut Geschäftsbericht *„eine intensive Rationalisierung“* sollen das weitere zur Erreichung noch fetterer Profite tun. Die mangelnde Binnennachfrage gleichen die Alfa-Kapitalisten durch verstärkten Export in Länder wie Iran, Irak und Libyen aus. So errechneten sie vorausblickend für das Jahr 76, daß bei genügend Rationalisierungen *„kein Gewinnrückgang“* auftritt.

Hieran zeigt sich wieder einmal, wozu „Krisen“geschrei und Maßhalteappelle der Kapitalisten dienen sollen: Erhöhung der Profite auf den Knochen der Werktätigen. ●

Skandinavienkommission

Sozialdemokratie gegen Arbeitslosigkeit?

Im letzten Wahlkampf kamen Schwedens Sozialdemokraten auf eine „saubere“ Idee zur „Bekämpfung“ der Arbeitslosigkeit im Norden Schwedens. Man versprach der dortigen Bevölkerung die Beschaffung von 2.300 neuen Arbeitsplätzen. Der staatliche Betrieb Norbottens Järnwerk (NJA) im nordschwedischen Lulea sollte um das sogenannte „Stahlwerk 80“ erweitert werden. Obwohl noch kein Beschluß hierüber vorlag, wurde dieses Projekt rechtzeitig zur Wahl an die Öffentlichkeit gebracht. Erst im Mai '74 wurde der Bau im Reichstag mit großer Mehrheit verabschiedet. Als sich die Wahlversprechungen ausgezahlt hatten, kam man auf eine andere „Idee“: Man beschloß, zusammen mit Krupp in Lulea ein Walzwerk zu bauen, während man gleichzeitig ein ähnliches Vorhaben mit der Stora Kopparberg in Gävle plante. Dann hörte man eine ganze Weile nichts mehr über dieses geplante Großobjekt. Erst im Februar dieses Jahres, es ist wieder Wahljahr, wurden die alten Projekte verworfen und gleichzeitig dem Parlament ein neuer Plan vorgelegt. Im geplanten „Stahlwerk 80“ sollen nur noch 2,5 Mio. to Stahl anstatt ursprünglich 4 Mio. to. Stahl jährlich für den Binnenmarkt produziert werden. Hieran wird deutlich, wie Schwedens Sozialdemokraten mit großen Sprüchen Wahlpolitik betreiben, ohne tatsächlich einen einzigen Handschlag zur Beschaffung der versprochenen Arbeitsplätze zu tun. ●

Skandinavienkommission

Nato-Truppen in Norwegen

Nachdem Norwegens Regierung zum ersten Mal seit 1945 einer Teilnahme von Soldaten aus der BRD an einem Nato-Manöver („Atlas-Expreß“) in Norwegen zustimmte, wird jetzt ein weiterer Schritt der noch stärkeren Einbeziehung Norwegens in die Nato durchgeführt.

Bisher waren keine ausländischen Nato-Truppen ständig in Norwegen stationiert. Damit soll jetzt Schluß sein. Als erstes wird die feste Stationierung von 5.000 britischen Elite-Soldaten „Royal Marines“ geplant, die bereits in den letzten Jahren regelmäßig in Norwegen Wintermanöver durchführten. Diese Einheit ist nach Ausbildung und Ausrüstung speziell für den Einsatz in Nordnorwegen vorgesehen.

Dies ist nur der erste Schritt zum Aufbau eines Stützpunkt-Netzes ausländischer Nato-Truppen in Norwegen. Das wird deutlich an den Verlautbarungen des norwegischen Außenministers: *„Gegenüber den gewaltigen atomaren und konventionellen Kräften jenseits der Grenze (Sowjetunion) erscheint die Anwesenheit dieser englischen Einheit wie ein Tropfen im Eismeer.“* („Frankfurter Allgemeine“, 26.3.76). Die konkreten Pläne fallen natürlich unter die militärische Geheimhaltung.

Begründet wird die damit verbundene stärkere Militarisierung in Norwegen mit der bei diesen Herren so beliebten „Roten Gefahr“. So sprach der schon oben genannte norwegische Außenminister Frydenlund vom *„militärischen Übergewicht der Sowjetunion, das sie schon zu Erpressungsversuchen benutzt. Raketen schlugen in ein von Norwegen beanspruchtes Meeresgebiet, Sowjetbomber drangen in den Luftraum Norwegens ein.“* usw. usf. Mit dieser Hetze soll jedem Norweger klargemacht werden, daß ein Widerspruch gegen die Stationierung ausländischer Nato-Truppen ein „lebensgefährlicher Luxus“ ist. ●

Skandinavien-Kommission

Spanien: Wieder ein Schlag ins Wasser

Wieder einmal, wie schon mehrmals seit Francos Tod, erwies sich die durch die spanische Presse, Rundfunk und Fernsehen hochgezüchtete Spannung auf eine „umwerfende“ Rede irgendeines Regierungsmitgliedes als großer Reinfall.

Die Rede von Ministerpräsident Arias am 28. April – als Provokation für den 1. Mai gedacht – war ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die immer noch von der derzeitigen spanischen Regierung irgendwelche „demokratischen Reformen“ erwarten.

Außenminister Areilza war seit Monaten bei allen europäischen Regierungen mit Versprechungen auf ein „Referendum“ und „allgemeine Wahlen“ noch in diesem Jahr vorstellig geworden.

Nun, Arias verschob das für Juni geplante „Referendum“ auf den Oktober und die sog. „allgemeinen Wahlen“ auf Anfang nächsten Jahres.

Worum geht es jedoch bei diesen schönklingenden Worten?

In dem „Referendum“ (Volksbefragung) geht es um drei Fragen, die mit ja oder nein angekreuzt werden sollen:

- Das vor einigen Monaten von den Cortes verabschiedete Thronfolgegesetz, nach dem der liberale und „europäisch“ denkende Vater des derzeitigen Königs (Juan) von der Thronfolge ausgeschlossen wird, soll abgestimmt werden;
- zweitens soll die Zustimmung zur sog. „Reform der Cortes“(Ständeparlament) erreicht werden. Bei dieser sagenhaften „Reform“ geht es um die Umwandlung der Cortes in ein Zwei-Kammer-System, einen 280-köpfigen Senat (Oberhaus) und einen 300-köpfigen Kongreß (Unterhaus). Während das Oberhaus praktisch identisch mit den heutigen Cortes sein soll (mit 40 noch von Franco auf Lebenszeit ernannten National-räten, mit 40 vom König zu ernennenden Faschisten und dem Rest Delegierten von faschistischen Gremien, auf Gemeinde-Provinz- und Syndikatsebene), soll das Unterhaus aufgrund „allgemeiner Wahlen“ zustande kommen. An diesen Wahlen werden sich jedoch die politischen Parteien der Opposition nicht beteiligen dürfen. Im besten Falle wird sich an solchen „allgemeinen Wahlen“ die im Aufbau befindliche „Massenpartei der Rechten“, für die einige antifaschistische Aushängeschilder der christdemokratischen Oppositionsgruppen herhalten, beteiligen.

  Beide Kammern sollen bei Gesetzen, etc. „gleichberechtigt“ entscheiden...
- Als dritten Punkt soll das spanische Volk entscheiden dürfen, ob die spanische Regierung Änderungen an den faschistischen Grundgesetzen vornehmen soll – oder nicht.

Dies „Referendum“ eignet sich wirklich so miserabel zu irgendwelcher demokratischen Auslegung, daß sogar die stets kollaborationsbereiten spanischen Sozialdemokraten (PSOE) bereits zur Nichtbeteiligung an dieser Farce aufgerufen haben.

Angesichts der in Spanien nicht stattfindenden „Demokratisierung“ hat sogar der Präsident der „Sozialistischen“ Fraktion des Europa-Parlaments, Ludwig Fellermeier, von Madrid aus eine parlamentarische Anfrage seiner Fraktion im Europa-Parlament eingereicht, *„ob die EG-Kommission in den anhaltenden politischen Verhaftungen und Mißhandlungen durch die Polizei in Spanien nicht einen Hinderungsgrund für die geplante Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Madrid über die Erweiterung des Präferenz-Vertrages Spanien-EG sehe“* („SZ“, 6.5.76).

Die Amtskollegen des Herrn Fellermeier in der SPD werden kaum Skrupel haben... ●

Spanien-Kommission

1. Mai in Spanien



Garcia Salve, bekanntes Mitglied der „Comisiones Obreras“ bei der Mai-Kundgebung im Madrider Stadtwald

Die spanische Regierung verbot auch an diesem 1. Mai – wie in den Jahrzehnten der Franco-Herrschaft – alle Kundgebungen und Demontrationen zum 1. Mai.

Schon in der Woche vor dem 1. Mai wurden „vorbeugende“ Verhaftungen im Massenstil vorgenommen:

- 100 angebliche Mitglieder illegaler Organisationen wurden am 29.4. bei Pamplona verhaftet, als sie gerade eine Versammlung abhalten wollten.
- In Granada wurden 54 Menschen verhaftet, die „Propaganda marxistischer Gruppen für den 1. Mai“ getrieben haben sollen. Sie werden alle vor Gericht gestellt werden.
- Wieder wurden 36 angebliche Mitglieder der baskischen ETA verhaftet. Damit erhöhte sich die Zahl der allein in den beiden letzten April-Wochen als ETA-Mitglieder und -Sympathisanten Verhafteten auf 200!
- In Jerez de la Frontera wurden 19 Menschen mit jeweils 100.000 Peseten (etwa 6.000 Mark) Strafe belegt, weil sie als Verantwortliche für 1. Mai-Aufrufe identifiziert worden waren!

Die reformistischen Kräfte innerhalb der spanischen Opposition (einschließlich der revisionistischen PC) hatten auf die Organisierung umfangreicher Massenkundgebungen verzichtet, sondern lediglich zu Streiks vor dem 1. Mai und zu kleinen Kundgebungen in den Arbeitervierteln der Großstädte aufgerufen. Einige tausend Madrider Arbeiter folgten dem Aufruf der PC und der Arbeiterkommissionen zu einer Versammlung im Madrider Stadtwald, wo der bekannte Arbeiterpriester Garcia Salve eine Rede hielt. Diese Versammlung war offenbar als einzige genehmigt worden.

Allerdings kam es im Zentrum von Madrid am 1. Mai dennoch zu Demonstrationsversuchen, zu denen (nach vorliegenden Informationen) offenbar nur die revolutionäre Organisation ORT („Revolutionäre Organisation der Arbeiter“) aufgerufen hatte. Starke Polizeikräfte lösten die Demonstrationen immer wieder auf. Im Madrider Vorort Vallecas schossen Bullen gar auf flüchtende Demonstranten und verletzten drei von ihnen.

Die Bereitschaftspolizei knüppelte im Madrider Stadtwald einige hundert Gäste eines Cafes auseinander, weil sich unter ihnen viele Angehörige der spanischen Opposition befanden.

In Tolosa im Baskenland wurde die junge Vizepräsidentin der Druckergewerkschaft, Amparo Arangoa, von der Guardia Civil so brutal mißhandelt, daß sie mit Nieren- und Darmversagen in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Bilanz auch dieses 1. Mai in Spanien waren hunderte von Verhaftungen, überfüllte Gefängnisse und brutale staatliche Gewalt gegen Menschen, die für ihre elementarsten demokratischen Rechte eintreten. ●

Spanien-Kommission

1. Mai in Barcelona

(Augenzeugenbericht eines Genossen der italienischen Organisation „Lotta Continua")

„Wir waren in Barcelona am vergangenen Sonnabend etwa 20.000 bis 30.000; aber es ist möglich, daß wir auch das Doppelte oder die Hälfte waren. Im Gegensatz zum 1. und 8. Februar ist es uns nicht gelungen, uns zu einer Demonstration zu formieren. Auch die Polizei hatte viel aus jenen Tagen gelernt, und es gelang ihr diesmal zu verhindern, daß die Dutzende und Dutzende mutiger Demonstranten sich vereinigen konnten. (. . .) Nur der Versammlung der Bewohnerkommissionen, die mehr als 2.000 Menschen umfaßte, gelang es, mehr als eine halbe Stunde durch die eng verschlungenen Straßen der Altstadt der Menschenjagd der Polizei zu entfliehen (. . .).

Von zehn Uhr morgens bis drei Uhr und danach auch am Abend fuhren unzählige Polizeifahrzeuge mit wahnsinniger Geschwindigkeit durch die ganze Stadt und verschossen Tränengas und Gummikugeln, ohne überhaupt anzuhalten, gegen jeden, der irgendwie „links" aussah, sogar gegen Leute, die an den Bushaltestellen warteten. Ständig schrillten die Sirenen. Gruppen von Faschisten und der Bürgerwehr haben mehr als einmal geschossen. Es gab viele Beispiele von unmenschlicher Brutalität. In Cornellá überfiel die Polizei einen Jugendclub, 12 Kinder mußten ins Hospital eingeliefert werden, von denen einige anormal waren und die gerade einen therapeutischen Kurs dort mitmachten.

Wegen einer beleidigenden Geste wurde der Pater Xirinachs, Kandidat für den Friedensnobelpreis, vollkommen ausgezogen und geschlagen, sogar noch im Wagen, der ihn zum Polizei-Kommissariat fuhr. Ein Genosse von 28 Jahren wurde getötet. Die offizielle Version, die der ganzen Presse diktiert wurde, spricht von Selbstmord: Er sei plötzlich verrückt geworden und habe sich aus einem Fenster geworfen und sei zufällig auf einen Polizei-Jeep gefallen. Aber die Beweise für einen Mord sind zahlreich . . ." •

(aus der Zeitung „Lotta Continua", 4.5.76)



Griechenland aktuell



Heißer Mai in Griechenland:

Hunderttausende demonstrierten



„Mit Kämpfen ehren wir unsere Toten!" (Parole)

Am 1., 3., 4. und 5. Mai fanden in zahlreichen griechischen Städten Demonstrationen zum 1. Mai, sowie zum Tode von Panaghoulis statt.

Allein in Athen gingen am 1. Mai ca. 30.000 bis 40.000 Menschen zur Kundgebung der Oppositionsparteien, ca. 7.000 demonstrierten mit der revolutionären Linken, hingegen kamen lediglich 800 Teilnehmer zur Kundgebung des rechten Gewerkschaftsvorstandes.

Am 3. Mai fand eine illegale, kämpferische Demonstration anläßlich der Ermordung eines linken Plakatklebers am 1. Mai, statt, an der sich ca. 40.000 bis 50.000 Menschen beteiligten.

Am 4. Mai demonstrierte die revolutionäre Linke aus demselben Grund mit ca. 10.000 Teilnehmern.

Am 5. Mai wurde Panaghoulis beerdigt. Dem Demonstrationszug sollen 1 bis 1,5 Millionen Menschen gefolgt sein.

Zum 1. Mai

Der 1. Mai ist für die neuere griechische Arbeiterbewegung kein so traditionsreicher Kampftag, im Gegensatz zu der Zeit vor der faschistischen Junta. Die oppostionellen Gewerkschaftsfraktionen ESAK (KKE/„Ausland" – die Revisionisten), PASKE (PASOK – Papandreou-Partei) und AEM (KKE/„Inland" – rechts entartete Revisionisten) forderten Demonstrationen mit vereinheitlichten und unzensierten Parolen zum ökonomischen und politischen Kampf. Der reaktionäre Vorstand des Arbeiterzentrums Athen (EKA, siehe dazu auch AK 73), d. h. die regierungstreue Fraktion ASDIS, bezweckte die völlige Entpolitisierung des 1. Mai: Es sollten nur die sowieso schon breit verankerten ökonomischen und sozialen Forderungen zugelassen werden.

„Im Sinne einer einheitlichen 1. Mai-Manifestation" verzichtete die Opposition schließlich auf die Forderung nach Freiheit der politischen Parolen, und die reaktionäre EKA-Führung schwenkte auch scheinbar ein. Als die Regierung ihre Drohung, die geplante Kundgebung auf dem Kotziá-Platz vor dem Athener Rathaus zu verbieten, wahrmachte, und zudem noch **jede Demonstration für den 1. Mai untersagte**, kündigten die Reaktionäre eine eigene Spalterkundgebung am 1. Mai an.

Eigentlich stand nun dem ursprünglichen Plan der Oppositionsparteien nichts mehr entgegen. Dieser hatte den Marsch zum Athener Arbeiterzentrum unter klassenkämpferischen Parolen als Protest gegen den „1. Mai-Tanz" vorgesehen. Eine Delegation sollte am Polytechnikum Kränze niederlegen und eine weitere Delegation in den „roten" Athener Stadtteil Kjesariani marschieren, zu dem Ort, wo 1943 die Nazi-Truppen 300 Antifaschisten der Nationalen Befreiungsfront EAM ermordet hatten.

Doch die massiven Drohungen der Regierung hatten bei den Oppositionsparteien ihre Wirkung nicht verfehlt: Über Nacht wurde sowohl die geplante Kundgebung auf dem Rathausplatz, als auch jeder Demonstrationszug abgesagt. Stattdessen beschränkte man sich auf eine Massenkundgebung, an der zwischen 30.000 und 55.000 Menschen teilnahmen.

Die reaktionäre Gewerkschaftsführung erhielt ihre Quittung: Auf das abgezäunte „Sporting-Gelände", das 3.500 (!) Personen faßt, kamen ganze 800!

Die verschiedenen Gruppen der revolutionären Linken versammelten sich vor dem Polytechnikum, so wie es auch von den anderen linken Jugendorganisationen ursprünglich geplant war. Ca. 6.000 bis 7.000 Menschen formierten sich dann gegen das Demonstrationsverbot und marschierten zum Rathausplatz, an dessen Betreten sie von rund 2.000 Bullen – schwerbewaffnet und mit gepanzerten Tränengasfahrzeugen („ávres") und Wasserwerfern im Hinterhalt – gehindert wurden. In einer insgesamt dreistündigen Demonstration zogen sie durch das Athener Stadtzentrum und hielten schließlich eine Abschlußkundgebung auf dem Vorplatz der Universität ab.

Schwerpunkt der Parolen waren die Angriffe auf das Karamanlis-Regime: „Nieder mit der neuen Terrorherrschaft!" – „Das Polytechnikum war der Anfang, jetzt schlägt die Stunde für Karamanlis!" („To politechnío ítan i archí – írthe i óra tou Karamanlí!") usw.

Die politischen Forderungen bei der Großkundgebung der Oppositionsparteien waren:

- „Weg mit dem Antistreikgesetz!"
- „Raus aus der NATO und der EG!"
- „Nieder mit Karamanlis!"
- „Freiheit für alle politischen Gefanenen in Chile!"
- „Amis raus aus Griechenland!"
- „Raus mit den Todes-Stützpunkten!"
- „Vorwärts für eine neue GSEE!" (griechischer Gewerkschaftsbund)
- „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!"
- „Verteidigung der Rechte der Emigrantenarbeiter!"

Weitere Punkte waren:

- „Gegen die Expansionsbestrebungen der türkischen Chauvinisten!"
- „Gegen den griechisch-amerikanischen Vertrag!"
- „Für eine Lösung des Zypern-Problems auf Grundlage der UNO-Beschlüsse!"



Massendemonstrationen gegen Polizeiterror

Innerhalb von zwölf Stunden mußten die griechischen Antifaschisten zwei Opfer beklagen: Panaghoulis (s. Artikel in diesem AK) und Isidhoropoulos. Der 17-jährige Isidhoropoulos, Mitglied der kommunistischen Organisation „O Majchitis" („Der Kämpfer") wurde beim Plakatkleben von Bullen derart gejagt, daß er von einem Auto überfahren wurde. Der Fahrer des Wagens erlitt einen Nervenzusammenbruch, die Bullen sprachen zynisch von einem „Verkehrsunfall" („Eleftherotipía", 4.5.76).

40.000 bis 50.000 Antifaschisten demonstrierten am 3. Mai, 10.000 versammelten sich am 4. Mai, um gegen den Polizeiterror, der den Genossen das Leben gekostet hat, zu protestieren.

Die Demonstration war verboten worden. Hundertschaften der Polizei und viele Tränengaspanzerfahrzeuge versperrten den Demonstranten den Weg. Unter dem Druck der losstürmenden Demonstranten zogen sich die Bullen ein Stück zurück, um den nächsten großen Platz dichtzumachen.

Die Entschlossenheit der Massen war so groß, daß sie die Bullen ein zweites Mal zum Rückzug zwangen und schließlich geschah das ganze noch einmal.

So eroberten sie gegen die Polizeigewalt Platz für Platz und erreichten schließlich ihr Ziel. Die zentralen Organisatoren der Demonstration waren die revolutionären Organisationen „K.O. Majchitís", EEAM, OKDE, ELEK, KEM, OSE und OPA („Gruppe für eine proletarische Linke"), sowie Mitglieder der Organisationen EKKE und PPSP (studentische Fraktion der „ML" (OMLE). („Eleftherotipía", 5.5.76). •

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Folterknechte der Junta begnadigt

Folterknechte der Junta begnadigt

Das Athener Revisionsgericht hat am 22.4.76 Strafen gegen faschistische Offiziere, Unteroffiziere und Folterknechte der Junta, die im September letzten Jahres gefällt worden waren, aufgehoben und z.T. drastisch reduziert.

Ex-General Ioannidis, der mit 25 Jahren schon gut davongekommen war, braucht jetzt nur noch 17 Jahre zu sitzen. Die Folterknechte Theódoros Theophiloyannákos, der den Prozeß gegen Panaghoulis geführt hatte, erhielt statt 27 21 Jahre, Nicolaos statt 30 nur noch 22 Jahre.

18 Faschisten wurden auf freien Fuß gesetzt, ihre Strafen wurden zur „Bewährung" ausgesetzt. Sie dürfen sich wieder in alter Weise betätigen, auch die restlichen Strafen werden wohl kaum abgesessen werden, erklärte doch Verteidigungsminister Averoff, daß diese Prozesse eine Gefahr darstellten, da in den Streitkräften langsam die „besten Kräfte" austrocknen würden. •

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Athen: Haus der Blinden besetzt

Am 2.5. besetzten die Blinden Athens das „Haus der Blinden". Der Anlaß war der Rausschmiß von blinden Jugendlichen aus dem Heim, das dem Erzbischof untersteht. Die Zahl der Besetzer erhöhte sich sehr schnell auf 150 Personen. Als die Polizei das Gebäude umstellt hatte. war die Antwort der Besetzer: „Nur über unsere Leichen werden Sie das Haus betreten, meine Herren!". („Athinaikí", 3.5., „Eleftherotipía", 4.5.76). •

Griechenland-Kommission

Prozeß gegen Linken

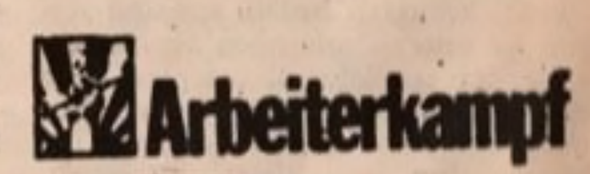
Am 3.5. wurde ein Mitglied der OPA (Gruppe für eine proletarische Linke) in zweiter Instanz zu dreieinhalb Monaten Gefängnis verurteilt, in erster Instanz hatte er sogar 16 Monate bekommen.

Er hatte mit anderen zusammen gegen die Verhaftung von Plakatklebern anderer linker Organisationen protestiert und hatte die Strafe wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Amtsbeleidigung" reingehängt bekommen.

Er konnte sich für 30.000 Drachmen (ca. 2.500 DM) freikaufen. Noch am Tag des Prozesses wurden 55.000 Drachmen gesammelt. •

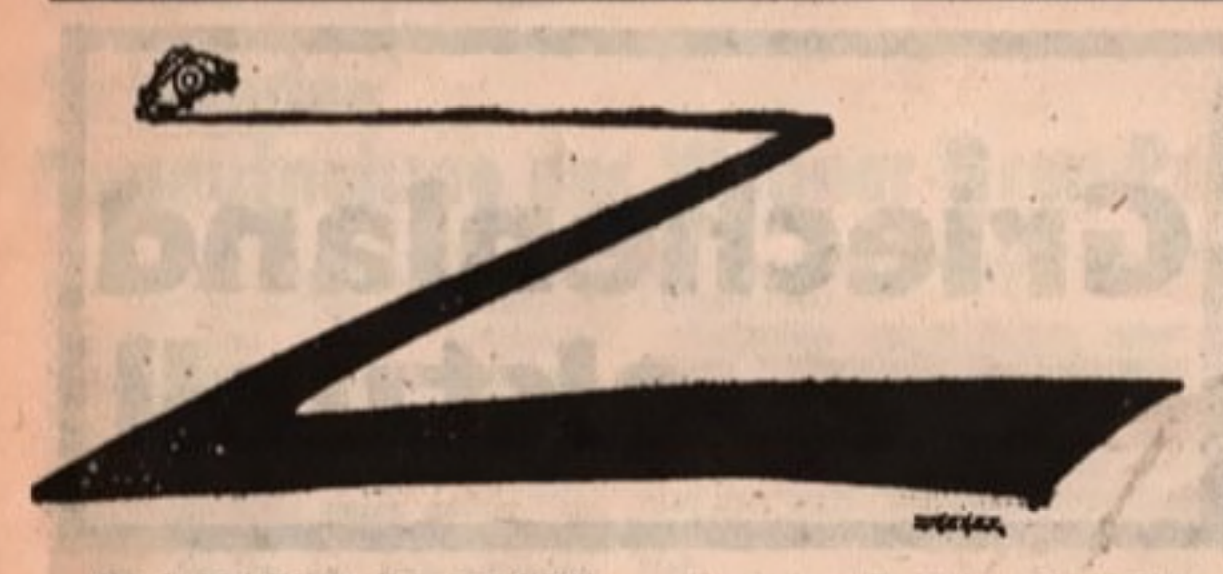
Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 461 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist Beilage vom Verlag Arbeiterkamp- halten.



Am 1. Mai 76 um kurz vor 2 Uhr morgens kam der antifaschistische Abgeordnete Alexandros Panaghoulis bei einem Autounfall in Athen ums Leben. Die mysteriösen Umstände und die Reaktion der offiziellen Stellen erinnern die Griechen nur allzusehr an den Mord an Ghrighoris Lambrakis am 22. Mai 1963, über den der weltberühmte, später auch verfilmte, Roman „Z" geschrieben wurde. In beiden Fällen sprachen Polizei, Regierung und Staatsanwaltschaft sofort von einem „tragischen Verkehrsunfall", obwohl bekannt war, daß es mehrere Morddrohungen gegeben hatte!

Panaghoulis wollte auf der Parlamentssitzung am 3.5. eine Reihe hochbrisanter Enthüllungen machen, die die enge Verquickung der „Neuen Demokratie" (Karamanlis-Partei) mit den faschistischen „Krebsgeschwüren" und die Mitverantwortung hoher „Persönlichkeiten" an dem Juntaputsch auf Zypern, ans Tageslicht gefördert hätten.

Dabei ging es auch um die im Mai anstehende Beförderung von 9 Brigadegenerälen durch Karamanlis, denen Panaghoulis die Beteiligung am Zypernputsch nachweisen wollte.

- Er war im Besitz des Inhaltes eines Teils der „verschwundenen" Akten aus den Archiven der berüchtigten Militärpolizei ESA. (Weil diese angeblich verbrannt worden waren, „mußte" man im Prozeß gegen die Oberfolterer der ESA diese von einigen Anklagepunkten „mangels Beweises" entlasten!)

Die Archive der ESA enthielten Angaben über fast jeden Griechen, auch die Verbrechen der Faschisten waren darin dokumentiert.

- Die Veröffentlichung dieser Dokumente in der Presse war verboten worden.

Wegen seiner umfangreichen und sehr viel Mut erfordernden Untersuchungen war Panaghoulis bald mit Drohungen jedes Kalibers eindeckt:

- Die „Nationalsozialistische Organisation 4. August" (s. AK 79) gab am Dienstag vor Panaghoulis' Tod eine schwarze Liste in Umlauf. Platz Nr. 1: Alexandros Panaghoulis! Nr. 2: Der Rechtsanwalt Lykourezos. (lt. „Athinaikji, 3.5.76) (Mitglieder des „4. August" hatten auch beim Gemetzel des Polytechnikums eifrig „mitgewirkt".)

- Auch „ausländische Persönlichkeiten" sollen daran „interessiert" gewesen sein, daß er keine Enthüllungen über den Zypernputsch und die Hintermänner macht. („Athinaikji", 3.5.76)

Am 30.4. führte Panaghoulis ein sehr erregtes Telefongespräch mit Verteidigungsminister Averoff, der offensichtlich versuchte, ihn einzuschüchtern! Trotz massiven Drucks, blieb Panaghoulis dabei, daß er „*am Montag den Feldzug gegen Averoff beginnen würde*". Und, „*ich habe genug*" (Belastungsmaterial, die Red.) worauf Averoff Panaghoulis drohte, „*er werde ihn zerschmettern*"!

Dies fand 5 Stunden vor seinem Tod statt!

Panaghoulis war der Ansicht, wenn Averoff nicht abgesägt werde, sei er spätestens im Herbst Ministerpräsident. Averoff gilt als „Kronprinz" und Rechtsaußen der Regierung!

Averoff hat das Gespräch - logischerweise - inzwischen dementiert. („Le Monde", 5.5.76)

Offizielle Vertuschungskampagne

Das Amt für Fernmeldewesen Griechenlands gab am frühen Morgen nur den lakonischen Satz heraus, daß Panaghoulis bei einem Verkehrsunfall ermordet worden sei. Dies wurde wenig später durch die offizielle Version: „Ein klassischer Verkehrsunfall" ersetzt.

Im Fernsehen durften nur offizielle Erklärungen gebracht werden, alle anderen Informationen wurden rausgesiebt. Der offizielle Regierungssprecher beschimpfte die Presse wegen ihrer „verantwortungslosen Gerüchtepolitik". Die demokratische Presse hatte sofort auf die widersprüchlichen Darstellungen über Panaghoulis' Tod hingewiesen und die scharfen Erklärungen der Familie und eine Stellungnahme von Papandreou veröffentlicht:

„*Das ist ein zweiter Fall Lambrakis*" und „*Panaghoulis ist möglicherweise erstes Opfer einer Serie von Unfällen.*"

Mysteriöser Unfallhergang...

- 3 offizielle Augenzeugen berichten, ein roter Jaguar (der eine) oder ein roter Alfa Romeo (zwei andere) habe den Wagen von Panaghoulis normal überholt, wobei dieser ganz plötzlich ins Schleudern gekommen sei. Die Fahrzeuge hätten alle eine sehr hohe Geschwindigkeit - 120 km im Stadtgebiet - gehabt! Der rote Wagen sei dann verkehrswidrig auf die gegenüberliegende Fahrbahn gejagt, und in entgegengesetzter Richtung abgerauscht.

In der Presse wurde allerdings gleich eine zweite Version erwähnt: Der Wagen von Panaghoulis sei von zwei Fahrzeugen verfolgt worden.

Die große Wendung ...

Freiwillig meldete sich ganz plötzlich der „Verursacher" des Unfalls, Stefas, der „zugibt" mit einem Peugeot 504 dem Fahrzeug von Panaghoulis mit hoher Geschwindigkeit einen derartigen Stoß versetzt zu haben, daß dieser mit voller Wucht gegen einen Hochspannungsmast knallte.

Die tatsächlichen Unfallursachen wurden von der Polizei von Anfang an systematisch vertuscht:

Als ein roter Jaguar entdeckt wurde, der gestohlen war und grüne Farbe am hinteren Kotflügel hatte (der Wagen von P. war grün) hatte dieser nach Aussagen der Polizei plötzlich nichts mehr mit dem Unfall zutun.

Stefas wurde am Unfallort von der Menge als „großer Schauspieler" empfangen, was wohl auf den wahren Sachverhalt hinweist:

Bei dreimaligem Nachspiel des Manövers fuhr Stefas nur wie ein Anfänger. Wie im Lambrakis-Fall mischte sich die Polizei massiv ein. Der Chef der Sicherheitspolizei, der wegen seiner Brutalität gegenüber Demonstranten bekannt ist, wollte Stefas sofort unter seine Fittiche bringen, was ihm aufgrund seiner Befugnisse gar nicht zusteht.

Massenproteste

Nach dem Tod von Panaghoulis trugen viele Mauern Athens die Parolen „Z" oder „Zei" („Er lebt"), womit auch die Erinnerung an Lambrakis wachgerufen wurde.

Beim Begräbnis von Panaghoulis fand eine riesige Demonstration mit über 100.000 Menschen statt.

Nach der Beerdigung versammelten sich die meisten Demonstrationsteilnehmer auf dem Sindaghma-Platz unter den Parolen:

- Panaghoulis lebt!
- Nieder mit der neuen Terrorherrschaft!
- Für einen Ermordeten - Tausend in den Kampf!
- Nieder mit Averoff!
- Das Volk vergißt nicht - Es organisiert sich - und siegt!

(Quellen: „Le Monde", 4.5./5.5.76; „FAZ", 4.5.76, „Makedonia", 4.5.76; verschiedene Athener Tageszeitungen vom 4.5.76)

Griechenland-Kommission

Alecos Panaghoulis — Sohn einer Widerstandsfamilie

A.P. wurde Symbol des Widerstandes gegen das faschistische Regime, sowohl durch seinen mutigen Versuch, den Faschisten Papandopoulos am 13. August 1968 zu erledigen, als auch durch sein Verhalten während des folgenden Prozesses gegenüber seinen „Richtern" und Folterern.

Während der 82 Tage des Prozesses lebte er in den unmenschlichen Käfigen der Sicherheitspolizei in der Bouboulinas — dem berüchtigten Folterzentrum in Athen. Er war ständig angekettet und mußte schreckliche Folterungen ertragen.

Alle scheußlichen Mittel wurden an ihm versucht:

— Fußsohlenschläge, Verbrühungen an den Sexualorganen, Herausreißen der Nägel usw.

Bei seinem Prozeß, der am 4. November 1968 begann, trat er dennoch entschieden der „Lügenanklage" entgegen und forderte die Hauptstrafe. Während der 13 Prozeßtage schrieb er das berühmte Lied „Die ersten Toten":

Anfang des Ringens, neue Kämpfe
Führer der Hoffnung, die ersten Toten!
Keine Träne mehr, die Gräber sind geschlossen
Dünger der Freiheit, die ersten Toten!
Aus den Gräbern blüht eine Feuerblume
die ersten Toten rufen Euch auf!
Damit sie ruhen können — die ersten Toten
Wird unsere Antwort sein: EINHEIT UND KAMPF!



Panaghoulis mit seiner Mutter bei der Entlassung aus den Folterkammern der Junta.

Am 17. November wurde er wegen Fahnenflucht und Widerstand gegen das Regime zum Tode verurteilt. Später wurde er auf eine Insel abtransportiert. Der Essensentzug zwang ihn, von seinen Exkrementen zu leben!

Nur durch den mutigen Widerstand seiner Mutter wurde er schließlich Ende August 1973 freigelassen. Seine Mutter Athina rannte täglich zur ESA (der griechischen GESTAPO), in die Höhle des Löwen, an den Posten vorüber, ließ sich durch nichts einschüchtern, um einen ihrer letzten Söhne der faschistischen Junta zu entreißen, machte den Fall immer wieder vor ausländischen Journalisten publik. Sie hatte bereits ihren Mann und zwei ihrer Söhne verloren. Der Älteste, hoher Offizier, mußte ins Ausland flüchten wegen seiner antifaschistischen Gesinnung. Unklar ist, ob er den Faschisten ausgeliefert wurde oder die Spürhunde der Junta ihn fanden. Auf dem Transport nach Griechenland verschwand er auf mysteriöse Weise. Ihr zweitjüngster Sohn erlitt schwere Folterungen und wurde nach Jarros verbannt.

Ihr Mann konnte all dies nicht mehr ertragen und starb aus Kummer an dem faschistischen Terror gegen seine Kinder und seine ganze Familie.

Für den Mord an A. Panagoulis, ihren vorletzten Sohn, machte Athina den Verteidigungsminister Averoff verantwortlich! A. Panagoulis kämpfte nach der Restauration der „Karamanlis-Demokratie" weiter, um alle Spuren des faschistischen Regimes aufzudecken und anzuklagen.

A. Panagoulis starb, ohne sein Ziel erreicht zu haben, 10 Tage nachdem seine Folterer, u.a. der berüchtigte Colonel Theophilyonakes, Straffreiheit erhielt! So sieht Karamanlis' „Neue Demokratie" aus!

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Klassenjustiz

„Blatt" beschlagnahmt

Eine Ausgabe der linken Münchner Stadtzeitung „Blatt" wurde am 15. April von der Staatsanwaltschaft München I beschlagnahmt. Unmittelbarer Anlaß war die nebenstehende Zeichnung, die der französischen Tageszeitung „libération" entnommen worden war. Wegen der beiden Worte „right on" (nur zu) soll die Zeichnung eine „Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen" darstellen.



Die Fahndung nach den Zeitungen war auf ganz München ausgedehnt. In allen Kneipen und Kiosken, wo der Verkauf des „Blatt" vermutet wurde, kreuzten Bullen auf und verlangten unter Drohungen die Herausgabe der restlichen Exemplare. Die Beschlagnahme ist im Zusammenhang mit der Prozeßwelle gegen die Herausgeber des „Blatts" zu sehen, die zu Geldstrafen von bisher insgesamt 5.700 DM geführt hat. Am 26. April ist wieder ein Prozeß wegen „Beleidigung" gegen zwei „Blatt"-Redakteure angelaufen. Die Staatsanwaltschaft hat 5.100 DM oder 100 Tage Haft gefordert. Die Münchner Klassenjustiz ist offensichtlich bestrebt, die Vorreiterrolle im Kampf gegen linke Zeitungen und Pressefreiheit insgesamt zu übernehmen.

München

Weil in seiner Wohnung ein Sprengkörper explodierte, wurde der 21-jährige D. Kett zu einer 4 1/2-jährigen Jugendstrafe (!) verurteilt.

Stuttgart

Der Rechtsanwalt Klaus Croissant hat im Namen von Jörg Lang, ebenfalls Anwalt, Stafanzeige gegen die „Quick"-Journalisten Axel Thorer und Armin Zipzer wegen Verleumdung und übler Nachrede erstattet.

In einem üblen Hetzartikel hatte „Quick" (Nr. 16/76,8.4.76) u.a. die wahnwitzigen Behauptungen aufgestellt, Jörg Lang sei „*Deutschlands neuer Terroristenchef*", wolle „*die Baader-Meinhof-Bande befreien*", habe „*Kontakt mit Carlos aufgenommen*" und plane, einen„*prominenten Politiker*" zu entführen.

Croissant meinte in einer Presseerklärung, daß diese Diffamierungen Langs das politische Ziel verfolgen, „*die laufenden Gesetzesvorhaben zur weiteren Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern* (Überwachung des schriftlichen und mündlichen Verkehrs der Verteidiger mit inhaftierten Angeklagten, Verschärfung des Haftrechts, Schaffung eines verschärften Straftatbestandes der sogenannten terroristischen Vereinigung u.a.) *durch Erzeugung eines öffentlichen Hetzklimas voranzutreiben*" („Informationsdienst" 122, 24.4.76).

Croissant deckte darüber hinaus auf, daß der Gewährsmann „Conny Konieczny", auf den sich die „Quick-Schreiberlinge" mit ihrer Horror-Story berufen, ein seit Jahren öffentlich enttarnter Agent der politischen Polizei ist. Bereits seit 1972 spielt er für die westdeutschen Staatsschutzbehörden den Kronzeugen.

Freiburg

Im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung und einer anschliessenden Demonstration wurden B.T. und J.G. verhaftet und befinden sich seitdem in U-Haft. Ihnen wird „schwerer Raub", „gefärliche Körperverletzung", „schwerer Landfriedensbruch" und „Sachbeschädigung" vorgeworfen (Mindeststrafe 5Jahre!).

Einige Genossen hatten während der Demonstration einem Polizeispitzel die Kamera abgenommen und ihn mit Farbe besprüht. Nach Zeugenaussagen haben die beiden willkürlich Verhafteten hier überhaupt nichts zu tun gehabt. Mit der gegnüber Linken üblichen Begründung (Verdunklungs-, Flucht- und Wiederholungsgefahr) müssen die Genossen weiterhin im Knast bleiben, obwohl beide einen festen Wohnsitz haben (nach Informationsdienst 122).

Düsseldorf

Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) und die Angehörigen von G. Routhier forderten die restlose Aufklärung der Todesursache des Genossen Routhier. Die Witwe Routhiers erstattete erneut Anzeige gegen die damals freigesprochenen, am Bulleneinsatz beteiligten Polizisten. Der Berliner Gerichtsmediziner Prof. Krauland hatte im Dezember '75 ein neues Gutachten erstellt, aus dem klar hervorgeht, daß Routhier an den Folgen eines brutalen Knüppeleinsatzes der Duisburger Polizei gestorben sein mußte. Auch nach diesem Gutachten wurden in mehreren Prozessen diejenigen mit hohen Geldstrafen belegt, die diesen Zusammenhang aufgezeigt hatten (s. AK 76).

Die Forderung der ESG nach restloser Aufklärung ist bisher von 300 teils prominenten Personen unterschrieben worden (u.a. E. Bloch, Dorothee Sölle, H. Ostermeyer).

Stuttgart

Der wegen angeblicher „Störung" der Verhandlung entpflichtete Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz hat auch das Wahlmandat für Jan-Carl Raspe niedergelegt. Raspe verfügt jetzt nur noch über zwei gerichtlich bestellte Pflichtverteidiger.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Prozeß gegen „Roter Morgen"

Am 4. Mai begann in Dortmund ein größerer „Verunglimpfungs"prozeß gegen Karin Wagner, Redakteurin, und Gernot Schubert, Verleger des „Roten Morgen" der „KPD/ML". In der Anklageschrift sind 35 Artikel aus 21 Ausgaben aufgeführt, die nach Meinung der Staatsanwaltschaft das „erlaubte Maß anKritik" überschritten haben sollen. Der § 90 a (Verunglimpfung der BRD) soll erfüllt sein u.a. wegen des Gebrauchs von Begriffen wie „*Kapitalistenklasse*", „*angebliche Demokratie*", „*Diktatur der Bourgeoisie*" und z.B. wegen der Festellung, „*daß die Kapitalisten und der Staatsapparat ... mit allen Mitteln der Demagogie, des Betruges, der Drohungen und Erpressungen die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durchsetzen wollen*" („Roter Morgen", 1.5.76). Dies sind Äußerungen, die sich in ähnlicher Form in allen linken Zeitungen finden lassen. Der „Verunglimpfungs"paragraph ist so dehnbar, daß damit - nach Bedarf - die ganze fortschrittliche Presse kriminalisiert werden kann. Die Vaterlandsverteidiger scheinen das geeignete Versuchskaninchen für die schärfere Handhabung des § 90 a und der anderen Staatschutzparagraphen zu sein. Die Klassenjustiz hat mit der „KPD/ML" ein Opfer gefunden, das sich durch seine vaterländische Politik zunehmend isoliert hat, so daß mit größeren Protesten bei einer Verurteilung nicht gerechnet wird.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Flensburg:
Erneut Urteil wegen „Wehrkraftzersetzung"

Am 23. April verurteilte die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg den ehemaligen Soldaten Ansgar Knolle zu 1.500,– DM Geldstrafe wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr" (vor ca. 2 Monaten erging bereits ein ähnliches Urteil von derselben Strafkammer gegen den Presseverantwortlichen der „KPD/ML". Ein weiteres Verfahren gegen den Presseverantwortlichen des KB steht noch an).

Knolle wurde vorgeworfen, eine Zeitung des „Arbeitskreises Demokratischer Soldaten" (DKP nahe) an Stubenkameraden weitergegeben zu haben. Das Gericht interessierte es dabei einen Dreck, daß jene Stubenkameraden übereinstimmend aussagten, sie selbst hätten K. gebeten, ihnen sein persönliches Exemplar der Zeitung „Rührt Euch" zu leihen.

Vielmehr interessierte sich das Gericht dafür, die demokratische Gesinnung dieses Soldaten zu verurteilen. Die Zeitung veröffentlichte nämlich Namen von Bundeswehroffizieren und ihre Taten während der Nazi-Zeit. Zudem wurde deren Sympathie der faschistischen Junta in Chile gegenüber angeprangert.

Diese Enthüllungen hielt das Gericht für geeignet, „die verfassungsmäßige Ordnung zu zersetzen" – – – typisch. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel



Berufsverbote — **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür**

Hamburg:
Gericht weitet Radikalenerlaß auf RBJ/BDJ aus

1974 hatte die Stadt Hamburg auf Betreiben der CDU dem „Ring bündischer Jugend" im „Bund demokratischer Jugend" die „Förderungswürdigkeit" abgesprochen. Das bedeutete: keinerlei finanzielle Unterstützung mehr durch die Jugendbehörde. Gegen diesen Bescheid hatte der RBJ/BDJ geklagt. Am 14. April hat das Hamburger Verwaltungsgericht die Klage abgewiesen.

In der Begründung für dieses Urteil unterstützt das Gericht voll die Argumentation der Behörde. Diese hatte dem RBJ/BDJ vorgeworfen, er diffamiere die „freiheitlich demokratische Grundordnung". Gefördert werden könnte aber nur ein Verband, der *„nach seinem gesamten Verhalten keinen Anlaß (!) gibt, an seiner verfassungsfreundlichen (!) Einstellung zu zweifeln"* (alle Zitate aus der Urteilsbegründung).

Das Gericht führt dann aus, was unter dem Begriff „Verfassungsfreundlichkeit" zu verstehen ist, und erweitert gleichzeitig das Gebot der „Verfassungsfreundlichkeit" auf alle Menschen in der BRD! *„Die freiheitliche Demokratie gebietet jedermann(!), sich im politischen und sozialen Leben von dem Bild leiten zu lassen, das dem Verfassungsgeber bei der Normierung des Grundgesetzes als Ziel vorgeschwebt hat, und darauf sein tatsächliches Verhalten abzustellen. Das bedeutet, daß die Träger der freien Jugendhilfe ihre Arbeit so ausrichten müssen, daß die Aufmerksamkeit der Jugendlichen auf die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelenkt wird."*

Nicht einmal mehr die gedruckte Verfassung ist also Maßstab für die „Verfassungstreue", sondern das, was der Bourgeoisie als Z i e l ihrer Politik vorschwebt. Totaler kann die Unterdrückung jeglicher „abweichender" Meinung gar nicht gefordert und „begründet" werden! Das Gericht geht denn auch soweit, dem RBJ/BDJ das Recht auf freie Meinungsäußerung abzusprechen, auf das sich der RBJ/BDJ in seiner Klage berufen hatte.

„Wer sich auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung beruft, darf sich aber nicht solcher Mittel bedienen, die den Angesprochenen die Möglichkeit nehmen, ihre Entscheidung in voller innerer Freiheit zu treffen ... Der RBJ hat den vorgenannten Rahmen des Art. 5 GG daher überschritten. Bei der Frage, ob ein Träger der freien Jugendhilfe sich für seine Veröffentlichungen auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen kann, darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß Jugendliche in besonderem Maße gefühlsbetont reagieren. Sie sind in der Bildung ihrer Meinung leicht zu beeinflussen. Wie oben ausgeführt, sind die Veröffentlichungen des RBJ geeignet, beim Leser heftige Abneigung gegen die bestehende staatliche Ordnung hervorzurufen ... Sie sind daher durch Art. 5 GG nicht gedeckt."

Dieses eindeutig mit brauner Handschrift verfasste Urteil läßt einiges für die Zukunft erwarten. So kann jede Kritik an diesem Staat als Verstoß gegen die „freie" Meinungsäußerung bestraft werden, da sie den Angesprochenen „emotionalisiert" und ihm daher seine „innere Freiheit" raubt. ●

Schluß mit der Quälerei! Freiheit für K.H. Roth!

Am 29.4. fand im spanischen Kulturzentrum in Essen eine Solidaritätsveranstaltung für K.H.Roth statt. Vor ca. 90 Zuhörern berichtete der Anwalt von K.H.Roth über die Versuche der Klassenjustiz, den schwerkranken Genossen durch ständige Transporte zwischen verschiedenen Haftanstalten physich zu erledigen. Die Verlegungen von Köln nach Düsseldorf, von Bochum nach Köln zurück dienen nach Behauptungen der Justizbehörden "notwendigen" medizinischen Untersuchungen. Wie der Anwalt weiter berichtete, haben alle Anträge auf Haftverschonung keinen Erfolg gehabt mit der Begründung durch die Justiz, K.H. habe seinen Zustand „selbst verschuldet". In der anschließenden Diskussion wurde berichtet, wie der Chefarzt der Bochumer Justizvollzugsanstalts(JVA)-klinik Patienten ohne Bestimmung der Blutgruppe zu Notoperationen in andere Bochumer Krankenhäuser einweisen läßt. In der JVA-Klinik ist es Regel, daß Frischoperierte noch unter dem Einfluß der Narkose von den Bullen in ein Verhör verwickelt werden. In solchen Fällen haben Ärzte, Schwestern und Pfleger das Recht, die Bullen rauszuschmeissen. Auch in dem Bochumer Krankenhaus Bergmannsheil entsicherten Bullen immer wieder am Bett von K.H. Roth mit deutlichen Geräuschen ihre Maschinenpistolen, liefen ständig im Zimmer umher und unterhielten sich laut. Mit diesen Methoden sollte seine Gesundung verhindert und eine Provokation gestartet werden.

Vom 22.3. bis 21.4. wurde er in der JVA Bochum untersucht und behandelt. Um sein Untergewicht kurzfristig zu beheben, wurde ihm eine Mastkost verabreicht, die allerdings seinen Darm extrem belastete und ihre Wirkung verfehlte. In den vier Wochen in Bochum konnte sein schlechter Stuhlgang nicht gebessert werden. Ihm wurden extrem schmerzhafte Einläufe verpaßt, die jedesmal voraussehbare, schwere Koliken nach sich zogen. Mehrere Male bestand eine akute Darmverschlußgefahr, was in seiner Situation lebensgefährlich ist. Sein Kreislauf ist so schwach, daß er dreimal zusammenbrach und danach jedesmal tagelang desorientiert war und unter schweren Denk- und Konzentrationsschwierigkeiten litt.

Diesen Versuchen der Justiz und der Polizei, einen Menschen zu erledigen, muß mit weiteren Enthüllungen und Solidarität geantwortet werden.

Ein Beitrag hierzu waren auch die DM 600,–, die auf der Veranstaltung gespendet wurden.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON K.H.ROTH!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! ●

Ein KB-Genosse aus Bochum

Jusos spalten Kampf gegen Berufsverbote

Daß Berufsverbote gegen Mitglieder der SPD (wie erst jüngst im Falle des Politologieprofessors Wolf-Dieter Narr, FU-Berlin, aufrechtes SPD-Mitglied) und Jusos keine Ausnahmen mehr sind, ist auch ein konkreter Gradmesser für das Voranschreiten der Faschisierung in der BRD.

Mit einer Initiative gegen „politische Disziplinierung und Gesinnungsschnüffelei" in Nordrhein-Westfalen empfehlen die Jusos, wie sie in Zukunft dieser „besorgniserregenden Entwicklung" entgegenzutreten gedenken. Bislang sind im Laufe dieser vom SPD-Landesvorstand abgesegneten *„ersten rein sozialdemokratischen Aktion gegen den Extremistenerlaß"* (Zitate aus „FR", 6.5.76) 6.000 Unterschriften beim Juso-Landesverband eingegangen. Bei ihrer „offenen Unterschriftenaktion" dürfen sich n u r beteiligen: *„SPD-Mitglieder oder Bürger, die sich ausdrücklich zu den Grundsätzen und Zielen der Sozialdemokratie bekennen. Damit soll die Beteiligung der DKP ausgeschlossen werden"!*

Einmal fällt auf, daß von den Jusos hier das Wort „Berufsverbot" nicht verwendet wird. Offenbar hat es sich inzwischen auch bei ihnen herumgesprochen, daß der Begriff „Berufsverbot" unsachlich ist; da es ja angeblich keine Berufsverbote gibt (so W. Brandt). Daß gerade in den letzten Monaten versucht wird, diesen inzwischen in den internationalen Wortschatz eingegangenen Begriff „Berufsverbot" auszumerzen, um somit von der ungeheuerlichen Praxis abzulenken und ihre Existenz sogar zu leugnen, stört die Jusos dabei herzlich wenig.

Weiter zeigen die Jusos in Nordrhein-Westfalen recht anschaulich, daß lediglich der „Schutz" der e i g e n e n Mitglieder vor der Ausweitung der Berufsverbotepraxis Anlaß ihrer Aktivitäten ist. Damit werden Berufsverbote gegen links von Partei„genossen" stehende Menschen prinzipiell für rechtmäßig erklärt – eine Solidarität mit ihnen gibt es nicht! Die Jusos sind darüber hinaus bereits schon soweit auf den Hund gekommen, daß sie durch ihre neue „Kampfform" („rein sozialdemokratische Aktion") einen Weg angeben, der eine Solidarisierung auch im Fall eigener (!!) Betroffenheit über Parteigrenzen hinweg von vornherein verhindern soll! Wie klangen in diesem Zusammenhang noch die Worte ihres großen Vorsitzenden Brandt in der Pressemitteilung vom 11.6.75?

„Das Präsidium der SPD wiederholt aus gegebenem Anlaß die dringliche Empfehlung an alle Parteimitglieder, sich nicht an der durchsichtigen Kampagne gegen angebliche Berufsverbote zu beteiligen und Veranstaltungen fernzubleiben, bei denen der dringende Verdacht besteht, daß sie von der DKP gesteuert oder maßgeblich beeinflußt sind"!

Nun – die Jusos in NRW haben es gelernt, „Empfehlungen" in die Praxis umzusetzen. Sie haben ihre Konsequenzen gezogen: Daß in der Vergangenheit „vor allem Sozialdemokraten des gemäßigten Flügels von einer Kritik am (Extremisten-) Erlaß abgehalten (wurden)" ist für sie nicht Ausdruck der rasanten Rechtsentwicklung der Partei – „die Beteiligung der DKP" an früheren Aktionen sei die Ursache!!

Ihre konsequente Anwendung der SPD-Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die DKP vertraten die Jusos auch auf einer Beratung mit dem SHB in NRW, dessen Forderung nach „Aktionseinheit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte", sie aus diesem Grund ablehnten („ED", 4.5.76).

Die Jusos bestehen nun nicht einmal mehr verbal auf ihrem Anspruch, den Einfluß der SPD-„Linken" durch den Druck auf den rechten Flügel auszubauen. Ihre fehlende Basis in der Partei wollen sie nun zurückgewinnen durch eine Anbiederung an den rechten Flügel, koste was es wolle. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschistisches SPD-Mitglied als Richterin „nicht geeignet"

Der kürzlich veröffentlichte Ablehnungsbescheid des bayerischen Justizministeriums vom 17.9.75 gegen das VDJ-Mitglied (Vereinigung demokratischer Juristen) C. Nieß kennzeichnet unübertrefflich wie die Berufsverbotepraxis gegen alle Antifaschisten ausgeweitet wird. („Frankfurter Rundschau", 28.4.76).

Zur Vorgeschichte: C. Nieß war für den 16.5.75 die Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Richter angekündigt worden. Zwei Tage vor diesem Termin wurde sie, unter Hinweis auf noch fehlende Verfassungsschutz-Unterlagen, aufgefordert, zu ihrer Tätigkeit im VDJ Stellung zu nehmen. C. Nieß erklärte daraufhin in einem Brief, die Tätigkeit und Zusammensetzung der VDJ gebe keinen Anlaß zu verfassungsrechtlichen Bedenken, die VDJ sei eine kritische, überparteiliche Juristenorganisation und sie distanziere sich entschieden von einer parteipolitischen Einflußnahme. Darüberhinaus wollte C. Nieß jederzeit für die fdGO („freiheitlich-demokratische Grundordnung") eintreten.

Im Ablehnungsbescheid wird die Besetzung des Bundesvorstands der VDJ (23 Vorstandsmitglieder) durch eine Reihe von DKP- und SPD-Mitgliedern geprüft. Der Kern des Ablehnungsbescheides ist folgender Passus: *„Schließlich unterstützt die VDJ einseitig die kommunistisch initiierten und gesteuerten Kampagnen gegen die sog. ‚Berufsverbote', gegen die Ausländergesetzgebung und für ‚Solidarität mit Chile'. Die VDJ wendet sich dagegen nicht gegen totalitäre Regime kommunistischer Staaten und gegen die Verletzung der Menschenrechte im dortigen Bereich. Auch von Frau Nieß sind entsprechende Stellungnahmen nicht bekannt geworden."*

Die Reaktion der SPD auf dieses faschistoide Urteil war äußerst lau: Der Fall dürfe kein Präzedenzfall dafür werden, *„daß ohne Einzelfallprüfung Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bei der Übernahme in den öffentlichen Dienst benachteiligt werden, nur weil sie in überparteilichen Gremien oder in Bürgerinitiativen, in denen auch Mitglieder der DKP mitarbeiten, tätig sind und dort die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik vertreten."* (Aus dem Brief des SPD-Bezirksvorstands Südbayern an den bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel.)

Die SPD war es, die in Hamburg mit der Berufsverbotepraxis begonnen hat, die ihre Entsprechung in Europa nur im faschistischen Spanien hat. Die SPD ist es, die ihre antikommunistische Rolle in der Arbeiterbewegung teuer bezahlen muß – weil sie die offenen Reaktionäre und Faschisten nie übertreffen kann, ohne ihre Funktion für die Erhaltung der bürgerlichen Diktatur zu verlieren.

Es braucht keiner großen Analysen, um zu erkennen, daß die Erklärung des bayerischen Justizministeriums, der Kampf gegen faschistische Tendenzen sei gegen die fdGO gerichtet, ein eindeutiger Beweis für den Faschismus im bürgerlichen Staatsapparat ist. Es ist das Verdienst des bayerischen Justizministeriums, den politischen Kern der Berufsverbotpraxis offengelegt zu haben. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Butzbach: Am 3.5. sind fünf Gefangene in Hungerstreik getreten. In ihrer Erklärung dazu begründeten sie den Hungerstreik mit versprochenen, aber nicht eingehaltenen Verbesserungen in der Anstalt.
Ihr Protest richtet sich vor allem gegen den berüchtigten Knast„arzt" Maykemper und den Anstaltsleiter Künkeler.

Westberlin: Der 3. Strafsenat in Karlsruhe hat Mitte April die Urteile gegen B. Asdonk, M.Berberich, I.Schubert, E.Grusdat, I.Goergens und H.-J. Bäcker für rechtskräftig erklärt.
Die Beschwerden der Verteidiger wurden als „offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen. Zu diesem Urteil brauchten die Herrschaften ein Jahr. Für Jürgen Bäcker bedeutete das, daß er fünf Jahre in U-Haft sitzen mußte, was in seinem Fall strenge Einzelhaft bedeutet hat. ●
IKAH („Arbeiterhilfe")

Lübeck
Anfang Mai sind fünf Untersuchungsgefangene der Frauenhaftanstalt Lübeck für vier Tage in den Hungerstreik getreten. Der Anlaß war die Reaktion der Anstaltsleitung auf eine Beschwerde der fünf Frauen über den täglichen Hofgang, der schon seit Monaten morgens um sieben Uhr durchgeführt wird.

Die Beschwerde der Gefangenen wurde nicht angehört, stattdessen wurden die Frauen von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Als Begründung für diese Maßnahmen erklärte der stellvertretende Anstaltsleiter Schmelzer: *„Wir können nicht dulden, daß Gefangene ihre Forderung gemeinsam stellen. Wir müssen den Anfängen wehren."* Sie traten daraufhin für vier Tage in den Hungerstreik, u.a. mit folgenden Forderungen: *„Gegen die Gemeinschaftssperre, gegen die menschenunwürdige Behandlung, gegen die menschenunwürdigen Zustände in der Justizvollzugsanstalt"*.

Die Sperre für die Gemeinschaftsveranstaltungen ist bis heute nicht aufgehoben, die Gefangenen müssen sogar befürchten, daß sie nachträglich für ihre berechtigten Forderungen noch mit Bunker bestraft werden. ●
IKAH (Arbeiterhilfe)

Roeder und Co. gehören hinter Gitter

Am 30. April sollte nach fast einjähriger Verzögerung der „Reichstag-Prozeß“ gegen Roeder und Christophersen in Flensburg beginnen. Aber es kam anders!

Zur Erinnerung: Am 23. Mai 1975 wollten 150 Alt- und Neo-Nazis ein Spektakel unter dem Namen „Reichstag“ durchführen, wo dem Nazi-„Reich“ und dem „Führer“ nachgetrauert werden sollte. Nur dem Auftreten von 500 Antifaschisten war es zu verdanken, daß die Polizei nach langem Zögern (die Nazis durften erst noch eine Rede halten und Nazi-Lieder anstimmen) gegen die braune Brut vorging. Ohne die Bullen wäre es schneller gegangen . . .!

Gegen die Organisatoren des Nazi-Spektakels, Roeder und Christophersen, war Klage erhoben worden. Die Staatsschutzkammer wollte allerdings den Prozeß gegen die beiden ein halbes Jahr später einstellen; ebenso wies sie Zusatzklagen gegen andere Nazis ab! Erst auf Einspruch des Oberlandesgerichtes Schleswig sollte nun der Prozeß am 30.April stattfinden.

Christophersen/Roeder und Co. wollten zum Prozeß Krawall machen, wie sie vorher in einem Flugblatt ankündigten. Daraufhin wurde von verschiedenen antifaschistischen Kräften (z.B. von „Flensborg Avis“, Zeitung der dänischen Minderheit, und vom KB) Antrag auf Verbot der Nazi-Demonstration gestellt, dem vom Ordnungsamt stattgegeben wurde. Kaum hatten Vertreter der Staatsschutzkammer Flensburg von dem Protest gegen die Nazi-Zusammenrottung gehört, war urplötzlich einen Tag vor Prozeßbeginn die Staatsschutzkammer „völlig überlastet“ (laut „Flensburger Tageblatt“, 29.4.76), sodaß er auf einen unbekannten Zeitpunkt verschoben wurde.

Trotz Verbot erschienen Roeder/Christophersen und Co. Von der Polizei ungestört konnte Christophersen das Verbot der Kundgebung vorlesen, Transparente aufstellen und Flugblätter verteilen. Erst als die Nazis losziehen wollten, griff die Polizei ein.

Es waren unter den 20 Faschisten so bekannte Nazis wie:

- Finanzrichter a.D. Stäglich aus Hamburg, der in Auschwitz nie Vergasungsanlagen gesehen haben will ..
- Uwe Rohwer, Besitzer des „Wikinghofes“ in Dörpstedt, auf dem Kinder zwischen sechs und sechzehn Jahren militärisch gedrillt und faschistisch erzogen werden.
- Bauer Werner Carstens, Kragstedt, auf dessen Hof die Nazis am 23. Mai letzten Jahres den „Reichstag zu Flensburg“ feierten. Carstens ist auf Platz 11 der NPD-Landesliste nominiert.
- Gunnar Pahl (alias Paula), führendes Kieler Mitglied des „Bund volkstreuer Jugend“.

Nach einem „Beschwerdegang“ zum Rathaus trafen die Nazis sich alle bei dem braunen Gastwirt Detlefs in Högel (Nordfriesland). ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Flensburg

Faschistenterror in Göttingen

Am 14.März ging im Göttinger DKP-Buchladen „Wissen und Fortschritt“ ein Drohschreiben einer „Gruppe 23.Februar“ ein.

Am 20.April folgte eine weitere Drohung an den Buchladen „Rote Straße“.

Eine Anzeige und Presseerklärung des Ladenkollektivs wurde von der Göttinger Presse unterschlagen.

In der Nacht vom 23. auf den 24. April klirrten dann tatsächlich die Scheiben im DKP-Büro Bertheaustraße. Am 24.April vormittags stürmte eine Gruppe von zehn Faschisten in den Buchladen „Rote Straße“. Sie riefen „Heil Hitler“, pöbelten rum und bedrohten Kunden des Ladens.

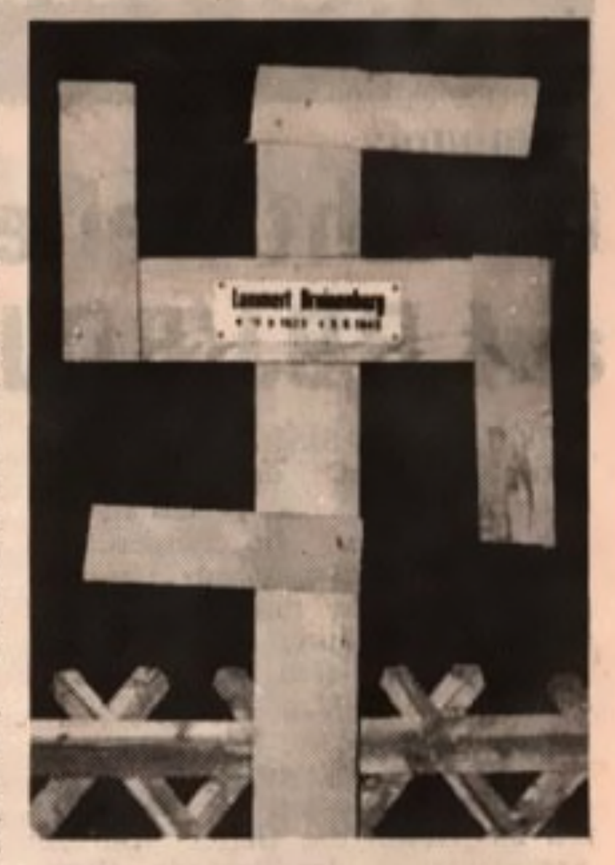
Da im Laden zuviele Menschen waren, zogen sie weiter in die Stadt, wo sie Streitereien mit Genossen begannen, die dort verkauften. Anschließend ging es weiter in Richtung DKP-Buchladen. Doch ein entschlossenes Vorgehen verschiedener Göttinger verhinderte, daß diese Leute weiter ihr Unwesen treiben konnten. Zur Rede gestellt, zog einer der Faschisten eine Pistole (eine Gaspistole, wie sich später herausstellte), wurde aber von den Antifaschisten entwaffnet. Außerdem wurde dem Faschisten abgenommen: Eine Tasche mit Nazi-Materialien, eine Gas-Sprühdose und ein Presseausweis einer „Nationalen Presseagentur“.

Die herbeigerufene Polizei versuchte, aus der ganzen Sache eine „harmlose“ Schlägerei zu machen. Dem bewaffneten Faschisten gab ein Polizist im Polizeiauto die Gaspistole zum Entladen zurück und half so, Beweismittel zu vernichten, da nun nicht mehr zu beweisen ist, daß bei der Entwaffnung des Faschisten ein Schuß abgegeben wurde.

Mittlerweile lichtet sich das Dunkel um die faschistischen Provokateure:

- **Hans-Michael Fiedler**, Mitglied des „Ostdeutschen Studentenverbandes“ (ODS), des „Studentenbundes Schlesien“, der NPD seit 1968, Herausgeber der Faschistenzeitung „Missus“, leitet „Arbeitskreise“ des faschistischen „Unabhängigen Schülerbundes“. Anschrift: Hochschulgruppe Pommern, Göttingen, Nikolausberger Weg 112 und ODS, Burgstr. 52;
- **Hertel**, führendes Mitglied des USB;
- **Michael Schärer**, Auf dem Graskamp 88, 4650 Gelsenkirchen (Ruf 0209/26222). Herausgeber der faschistischen Zeitung „Unser Ziel“. Redakteur der faschistischen Zeitung „Unabhängige Nachrichten“, in der z.B. Manfred Roeder (bekannt durch Herrunterreißen der DDR-Fahne beim Stoph-Besuch 1971 in Kassel) regelmäßig schreibt. – Bis vor einem Jahr Mitglied der Schülerunion (SU) der CDU/CSU. ●

Nach: Barrikade, Göttinger Stadtzeitung des KB





Der Faschist Schärer wird entwaffnet

22. Ostholsteintreffen der Waffen-SS in Malente

Am 2.5.76 trafen sich ehemalige Waffen-SS'ler in Malente (Schleswig-Holstein) zu einer „Feier“. Dieses Treffen findet in jedem Jahr am ersten Sonntag im Mai an dem Grab des SS-Banditen Bruinenberg in Malente statt.

Im letzten Jahr griffen Waffen-SS'ler während ihrer Kundgebung einen Antifaschisten an. Dies fand unter den Augen der Malenter Polizei statt, die untätig daneben stand. Die gegen die Faschisten erstattete Anzeige führte nach einem Jahr noch zu keinem Ergebnis. Ermittlungen führte die Polizei stattdessen gegen die antifaschistischen Zeugen.

In diesem Jahr bauten Antifaschisten das SS-Grab zu einem Hakenkreuz (siehe Bild) um. Kurz vor dem SS Treffen klebten sie an allen Ecken in Malente und Eutin Plakate, auf denen die SS-Verbrechen angeklagt werden. Außerdem wurde am „Deutschen Haus“, wo die SS'ler nach ihrem „Grabmarsch“ ihre Henkersmahlzeit einnehmen wollten, die Parolen: „Waffen-SS raus aus Malente“, „Einmal Fa-

raus aus Malente“, „Einmal Fa-schismus, das reicht“ und „Tod dem Faschismus“, angebracht.

Als am Sonntag ein SS'ler merkte, daß die Autonummern notiert wurden, schrie er gleich nervös: „Die wollt ihr wohl nach Moskau melden.“ Auf die Antwort: „Hast wohl Angst!“, zuckte er zusammen und verkrümelte sich.

Zu diesem Treffen waren wieder weit über 100 SS'ler gekommen, die z.T. direkt aus Holland, Dänemark, Norwegen und Österreich angereist waren. ●

KB/Gruppe Eutin



Verbot der Nazi-Propaganda

Gegen das „Deutsche Wehrmachtmuseum e.V.“ Harber bei Soltau wurde eine polizeiliche Ermittlung wegen „Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ eingeleitet. In diesem von Faschisten betriebenen „Museum“ wird hauptsächlich Nazi-Plunder (Waffen, Fahnen, Orden etc.) zur Schau gestellt. Einiges wurde in zwei Hausdurchsuchungen sichergestellt. Abzuwarten bleibt allerdings, ob und wie die Justiz die Sache weiter verfolgen wird ...

Die Träger dieser Nazi-„Kultstätte“ wenden sich nach wie vor durch Anzeigen in größeren Tageszeitungen, faschistischen Organen und Soldatenzeitungen an Nazis in der BRD, um ihnen entsprechenden Plunder abzukaufen.

Für die sofortige Schließung des Museums! ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel



KZ Esterwegen

„Vergangenheitsbewältigung“ besonderer Art

Als wir das ehemalige KZ Esterwegen bei Papenburg im Emsland besichtigen wollten, um der ermordeten Antifaschisten und Kommunisten zu gedenken, erlebten wir eine böse Überraschung. Wir hatten erwartet, eine antifaschistische Gedenkstätte vorzufinden, aber dieses KZ ist von den Bundeswehr-Militaristen zum Bundeswehrdepot umgebaut worden. In den ehemaligen Baracken lagern heute die Waffen einer Armee, deren Führung zum Teil schon in der Nazizeit hohe Positionen innehatte! ●

KB-Sympathisanten Emden

Leserbrief zum Artikel über die europäische „Sicherheits“-Polizei in AK 79

Liebe Genossen!

Im Arbeiterkampf Nr.79 ist Euch ein kleiner Fehler unterlaufen. Auf Seite 31 ist ein Bild der Nazi-Bestie Reinhard Heydrich abgedruckt mit der Bildunterschrift: „Reinhard Heydrich, Präsident der Interpol von 1940 bis 1945“. Das stimmt nicht.

Reinhard Heydrich, Chef des SD, der SS, der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes, wurde 1941 zum amtierenden Reichsprotektor im von den Faschisten besetzten „Böhmen und Mähren“ (Westteil der Tschechoslowakei) ernannt. Im Juni 1942 verübten beherzte tschechische Antifaschisten ein Bombenattentat auf ihn, an dessen Folgen er trotz größter ärztlicher Bemühungen am 4.Juni 1942 krepierte.

Als „Vergeltungsakt“ für die Hinrichtung Heydrichs ließ die Nazi-Führung am 10.Juni 1942 Lidice, eine tschechische Bergarbeitersiedlung, einäschern. 208 Menschen wurden ermordet, 296 ins KZ deportiert.

Trotz des Blutbades von Lidice, das in einer Reihe mit der Zerstörung Oradours und Guernicas durch Nazitruppen steht, hat die Hinrichtung Heydrichs dazu beigetragen, in der Tschechoslowakei den Mythos von der Unbesiegbarkeit und Unverwundbarkeit der Nazis zu brechen und dem Partisanenkampf einen Aufschwung gegeben.

Deshalb korrigiert bitte die Bildunterschrift. Vielleicht so: „Reinhard Heydrich, Chef der Interpol seit 1940. 1942 von Antifaschisten hingerichtet!“ ●

Ein AK-Leser

Faschistentreffen in Norden

Am 25.4. hielten in Norden (Niedersachsen) Faschisten von NPD und „Jungen Nationaldemokraten“ einen „Landesparteitag“ ab, zu dem sie 70 Delegierte geschickt hatten. Vorausgegangen war am Samstag eine Demonstration mit anschließender Kundgebung in etwa gleicher Stärke. Demonstration und Parteitag standen unter Parolen wie: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“, „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ etc. Die Lokalpresse berichtete mehr oder weniger wohlwollend über alle Einzelheiten (personelle Besetzung, Entschließungen, Parolen etc.), ohne auch nur ein einziges kritisches Wort zu finden.

Zur Kundgebung waren 30 Antifaschisten gekommen, die sich bemühten, die Redner zu übertönen. Zum Schluß wurde die „Internationale“ angestimmt. ●

KB/Sympathisantengruppe Emden

Justiz wie immer „auf dem rechten Auge blind"

NS-„Kampfgruppe" bleibt frei

Im AK 79 wurde vom Treiben der sogenannten „NS-Kampfgruppe" aus Mainz berichtet. Der Chef der Bande, Gärtnerei-Besitzer Müller, wurde jetzt wegen e i n e s Falles von Volksverhetzung verurteilt – er hatte im Februar Hakenkreuze und antisemitische Hetzparolen („Juda verrecke!") gepinselt. – „Strafe" jetzt: Sechs Monate... „mit Bewährung"!

An sich hätte der Verteidiger dieses Gesindels gleich mit auf die Anklagebank gehört! Er ließ sich mit bodenlosem Zynismus und Doppelzüngigkeit darüber aus, daß mit „Juda verrecke" kein Aufruf zum Völkermord gemeint sei; mit „Juda" sei nicht eine Bevölkerungsgruppe, sondern ein Staat gemeint. *„'Juda verrecke' müsse ferner als passive Form aufgefaßt werden... Es handele sich... lediglich um den Wunsch, dieser Staat Juda möge 'zugrunde gehen'* " (lt. „FAZ", 28.4.76). – Dieses Schwein hat offenbar „vergessen", daß „Juda verrecke" der Schlachtruf der Nazis und der SA- und SS-Horden war, und daß dies durchaus nicht als „passive Form" gemeint war, sondern daß diesem „Wunsch" dann sehr handfest nachgeholfen wurde, mit KZ's, Genickschuß, Gaskammern...

Nach der bisherigen Gerichts-Praxis stellt die Verurteilung der Faschisten „zur Bewährung" praktisch einen Freispruch und einen Freibrief für die Fortsetzung ihres verbrecherischen Treibens dar. ●

Nazis raus aus Paderborn!

Am Samstag, 10. April, wollte die NPD erstmals seit 1969 in der Paderborner Innenstadt eine Kundgebung durchführen. Diese Kundgebung wurde an den zwei vorausgegangenen Samstagen durch „Info-Stände" der NPD vorbereitet. Die Genehmigung dafür hatten die Neo-Nazis anscheinend problemlos bekommen, während dem örtlichen KBW das Aufstellen von Ständen immer häufiger verweigert wird.

Vom KBW ging auch die Initiative für ein Auftreten gegen die geplante NPD-Kundgebung aus. Trotz Schul- und Semesterferien fanden sich immerhin rund 50 Demonstranten ein. Politische Polizei und andere Bullen waren auch schon da und fotographierten eifrig die Antifaschisten.

Mit einiger Verspätung erschien dann ein Lautsprecherwagen der NPD, umringt von einem Trupp von Jungnazis in Kostümen (Bundeswehr-Tarnjacken, schwarze Hemden und Hosen, Stiefel etc.). An ihren Autos konnte man erkennen, daß die Neo-Nazis aus der ganzen näheren Umgebung (bis zu 4o km) nach Paderborn gekommen waren, um hier überhaupt mit ein paar Leuten auftreten zu können.

Die Rede der NPD wurde ständig durch Rufe und Sprechchöre übertönt, so daß sie kaum zu verstehen war. Daraufhin unterbrachen die Faschisten ihre Kundgebung gegen 11 Uhr mit dem Hinweis, sie eine Stunde später fortzusetzen. Diese „Pause" wollten die Bullen nutzen, um ein Megaphon der antifaschistischen Demonstranten zu rauben, was aber durch Bildung einer Kette verhindert werden konnte.

Gegen Mittag hatten sich dann schon etwa 80 Antifaschisten eingefunden und die NPD hatte mit ihrer „Kundgebung" noch größere Schwierigkeiten als vorher.

Gegen 13 Uhr verschwanden die Faschisten unter Polizei-Schutz, nachdem sie gedroht hatten, sie würden „wiederkommen".

Unser Vorschlag, die antifaschistische Aktion durch eine kurze Demonstration mit abschließender Kundgebung in der Innenstadt zu beenden, wurde vom KBW abgewiegelt, mit der Behauptung, „die Massen" in der Innenstadt hätten zu einer solchen Demonstration „keinen Bezugspunkt"! ●

Zwei Sympathisanten des KB aus Paderborn

Faschist Eckart „bewährt" sich weiter

Wie im AK berichtet, wurde kürzlich nach jahrelangem faschistischen Treiben, Verherrlichung der Nazi-Diktatur, Aufrufen zur Neugründung der NSDAP usw., der Hamburger Faschist W.D. Eckart zu einer geringen Strafe verurteilt und „auf Bewährung" gleich wieder freigelassen. Das ist das übliche Vorgehen der bürgerlichen Justiz, mit dem sie es duldet, daß solche Typen jahrelang ungehindert ihr Treiben fortsetzen können.

Nazi-Eckart zeigte gleich, wie er sich zu „bewähren" gedenkt: Er tat sich mit zwei ähnlichen Vögeln zusammen – einem Michael Borchardt („Faschistische Front") und einem Georg Banszerus („Demokratisch-Nationalsozialistische Gemeinschaft"). Zusammen beschmieren sie jetzt nachts die Wände von Wohnhäusern, Schulen etc. mit ihren Hetzparolen wie etwa „Deutschland braucht Faschismus".

Außerdem verschickt Nazi-Eckart weiter ungestört sein „Mitteilungsblatt der Freunde der NSDAP".

In der April-Nummer verherrlicht er aufs Neue „den Führer" (*„Adolf Hitler zeigt uns den Weg"*). Er bezeichnet die Demokratie als *„schleichendes Gift, das überall im Dunkeln wirkt"*, als *„bösartiges Geschwür"*, das man *„mit Feuer und Schwefel herausbrennen"* müsse. *Dabei spielt, 3o Jahre nach Kriegsende die Frage der Legalität nur noch eine untergeordnete Rolle... Nicht die Methode sondern der Erfolg ist entscheidend. In diesem Sinne: Weg mit der Demokratie! Schaffen wir endlich eine nationalsozialistische Regierung, die wieder deutsche Politik macht!"*

Diese Art von „Bewährung" scheint ganz im Sinne der bürgerlichen Klassenjustiz zu sein! ●

Hamburg-Steilshoop Aktion gegen „Vierte Partei"

Im Gemeindezentrum (!) von Hamburg-Steilshoop führte die „Vierte Partei" (AVP) Anfang April einen „Informations- und Werbeabend" unter dem Motto „Arbeitslosigkeit unser Schicksal? " durch.

Als Hauptreferent war bezeichnenderweise der stadtbekannte faschistische Lump Jürgen R i e g e r, führendes Mitglied in zahlreichen rechtsradikalen Grüppchen (AKON, CSU-Freundeskreis etc), Teilnehmer fast aller faschistischen Provokationen und Krawalle der letzten Jahre, eingeladen.

Persönlich aufgerufen hatte zu der Veranstaltung H.J. L ü d e r s– Elternratsmitglied an der Gesamtschule Steilshoop, aus der CDU ausgetretenes Ortsausschußmitglied – jetzt im Landesvorstand der AVP.

Schützenhilfe erhielt die AVP durch Springers „Hamburger Abendblatt" (1.4.): Dort wurde breit über den Partei-Wechsel von Lüders berichtet; er konnte seine reaktionären Parolen darlegen (*„....uns aus wachsender Unordnung, Verfall und Nutzlosigkeit wieder in eine geordnete Gesellschaft zu führen"* etc. und gleich auch noch seine Veranstaltung öffentlich ankündigen. Über diese mußte allerdings das „Hamburger Abendblatt" später mit Bedauern berichten, daß sie nur unter Polizeischutz ablaufen konnte, da *„offenbar kommunistische Gruppen zum Störtreffen aufgerufen"* hätten („HA", 15.4.).

In der Tat hatten wir mit einem Flugblatt „CDU/CSU und AVP – Vorsicht Rattenfänger!" dazu aufgerufen, sich zusammenzuschließen, um zu verhindern, daß die AVP ihre reaktionäre Politik auf der geplanten Veranstaltung vertreten konnte.

Später trafen wir uns zu einer abschließenden Protestversammlung und Diskussion.

Die dabei aufgestellten Forderungen und Aufgaben – keine Räume mehr im Gemeindezentrum für reaktionäre und faschistische Gruppen bereitzustellen; den Kampf gegen den braunen Sumpf im Stadtteil aufzunehmen, darüber reglemäßig Erfahrungen auszutauschen und mit ähnlichen Initiativen im Bezirk zusammenzuarbeiten – sind Schritte in die richtige Richtung! ●

Nach einem Bericht von Genossen aus Hamburg-Steilshoop

Zensur bei der ARD

Am Donnerstag, dem 29.April, strahlte der NDR im 1.Rundfunkprogramm den Life-Mitschnitt eines Franz-Josef Degenhardt-Konzerts aus. Als Degenhardt sein Berufsverbote-Lied singen wollte, ging er vorher auf die Tradition solcher Gesetze in deutschen Landen ein. Als er in diesem Zusammenhang auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das Berufsverbotegesetz der Nazis zu sprechen kam, wurde er im Radio von einem langen Pfeifton übertönt. Darin mischte sich die Stimme eines Rundfunksprechers, der im Namen des „Programmbeirats" des NDR bekanntgab, der Vergleich der BRD-Berufsverbote mit dem entsprechenden Nazi-Gesetz sei *„auch in einem kabarettistischen Beitrag unzulässig"*.

Diese Zensurmaßnahme im Zusammenhang mit den Berufsverboten ist mindestens die dritte innerhalb der letzten Wochen. Vor einigen Wochen war vom SWF-Intendanten die Verlesung eines Gedichts des demokratischen Schriftstellers Alfred Andersch in einem Kulturmagazin verhindert worden. Als dann über dieses Verbot mit dem Dichter und anderen Gästen in der Fernsehsendung „Mikado" diskutiert werden sollte, wurde auch diese Sendung kurzerhand abgesetzt, wegen *„fehlender Aktualität"*, wie es hieß. Diese Beispiele zeigen, daß es dem „demokratischen Rechtsstaat" darum geht, den politischen Charakter der Berufsverbote mit allen Mitteln zu verschweigen. Das wird auch deutlich an dem Verbot des NDR-Intendanten an alle Redakteure, das Wort „Berufsverbot" überhaupt zu verwenden! ●

KB/Gruppe Kiel

„Freiheit oder Sozialismus, Kameraden!" ...

...In diesem Sinne hat sich der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Dr. Helmuth Lemke (CDU) stets für die „Freiheit" entschieden: Früher mit Hakenkreuz-Binde am Arm, heute mit CDU-Plakette am Revers.

Der CDU-Landesvorsitzende Barschel bestätigte erst kürzlich, daß sich Lemke jederzeit zu seiner politischen Vergangenheit bekennen könne (nach „Kieler Nachrichten", 23.4.76). Lemkes persönliche Vergangenheit hat es allerdings in sich:

- Bereits vor 1933 war er NSDAP-Mitglied
- 1933: Bürgermeister von Eckernförde.

Als Bürgermeister ließ er u.a. folgende Sprüche vom Stapel: *„Wir alle, jeder an seiner Statt, sind dazu aufgerufen, die Hammerschläge des Dritten Reiches auszuführen."*

Lemkes ganz persönliche Hammerschläge: Verhaftungen von Gewerkschaftsfunktionären, Kommunisten und SPD-Mitgliedern. Ab 1937, als Bürgermeister von Schleswig, „Eliminierung" der jüdischen Bewohner der Stadt. – Enstprechend seinem Spruch: *„Keine Mitläufer, sondern Gefolgsmänner aus innerster Überzeugung braucht unser Drittes Reich"*, denunzierte er als Marineoffizier während des 2.Weltkrieges nicht linientreue Untergebene, so den heutigen SPD-Funktionär Jochen Steffen, als *„nicht zuverlässig im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung"* (alle Zitate nach „Rotkielchen", März 1976, Juso-Zeitung für Kiel).

Wenn sich Dr.Lemke heute noch zu seiner Vergangenheit bekennt, heißt das nichts anderes, als daß er sich offensichtlich dem nationalsozialistischem Gedankengut verpflichtet fühlt. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

„Idealbild eines Richters"

„Dr. Sander war stets ein unkomplizierter, allerdings hartnäckiger Gesprächspartner und das Idealbild eines Richters" („Kieler Nachrichten", 4.5.76)

So lobte CDU-Justizminister Schwarz den Präsidenten des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts in Schleswig anläßlich seiner Pensionierung. – Nicht zur Sprache kam allerdings Sanders Nazi-Vergangenheit als Regierungsrat beim Reichsstatthalter in Posen (Poznan) und Mitglied von NSDAP und SA.

Dieser Nazi kann jetzt ungeschoren seine Pension auskosten! ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

«"Vereinigungskirche"» immer frecher

In Frankfurt ist die „Vereinigungskirche", zu der auch die „C.A.R.P." gehört und über die im ARBEITERKAMPF schon wiederholt berichtet wurde, dazu übergegangen, „unverbindliche Umfragen für Statistiken" zu machen.

Die „Vereinigungskirche/ C.A.R.P." ist durch ihr provokatorisches, militant-faschistisches Auftreten auf breite Ablehnung gestoßen.

Besonders übel ist dabei die „Masche", die sie verfolgen:

Beispielsweise klingeln sie morgens an den Haustüren, wobei sie offensichtlich darauf spekulieren, „unwissende" Hausfrauen oder Jugendliche anzutreffen, die sie dann mit mit ihrem Faschistenkrempel belabern können.

So auch bei uns zu Hause.

Meine Mutter wollte sie erst abwimmeln, hat es dann aber doch zugelassen, daß sie unsere Wohnung betraten.

In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, daß sie über die Aktivitäten der „Vereinigungskirche/ C.A.R.P." viel zu wenig unterrichtet war.

Natürlich war sie über die Frechheit dieses Faschistengesindels empört: die hatten es an der Tür nämlich vermieden, konkret zu sagen, was sie wollten; erst als sie schon drin waren, rückten sie damit raus!

Diesem Treiben muß ein Ende bereitet werden – ein Anfang ist dazu eine stärkere Informierung der Eltern, Verwandten, Freunde usw. und in den „normalen" Bereichen. ●

Ein Genosse aus Frankfurt

Kultusminister verbietet Staeck-Plakat

Am Abend des 4. Mai 1976 wurde ein Plakat des Graphikers Klaus Staeck durch das Präsidium der Pädagogischen Hochschule Flensburg vom Anschlagbrett der GEW-Studentengruppe entfernt.

Dieses jüngste Plakat von Staeck zeigt ein Photo des jetzigen CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Helmut Lemke in SA-Uniform (s. Bild). Die Entfernung dieses Plakats erfolgte*auf eine telephonische Anordnung des Kultusministeriums in Kiel. In der Begründung des Kultusministeriums hieß es, daß dieses Plakat den Tatbestand der Beleidigung erfülle und daß es gegen das Verbot von parteipolitischer Propaganda an der Hochschule verstoße.

Mit diesem unserer Kenntnis nach bisher erstem Fall einer Zensierung des Schwarzen Brettes einer zugelassenen Hochschulgruppe hat das Kultusministerium gezeigt, daß es die 1975 verabschiedeten „Gebäude-Nutzungs-Richtlinien" jetzt mit aller Schärfe durchzuziehen gedenkt.

Die Studenten der PH haben diesen Angriff auf ihre politische Meinungsfreiheit nicht geschluckt.

Zu einer von der GEW-Studentengruppe am 5.5. spontan einberufenen Pressekonferenz erschienen ca. 150 Studenten und erklärten einhellig ihren Protest. Das Plakat wurde unter Beifall wieder aufgehängt! In einer Reihe von Seminaren wurde über diese Maulkorbaktion diskutiert, und es wurden Protestresolutionen verabschiedet. Man darf gespannt sein, wie sich das Kultusministerium weiter verhalten wird. ●

PH-Zelle KB/ Gruppe Flensburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Bundeswehr — Braunes Gesindel Allerorten

Kriegsminister Leber spendet SS-Standartenführern einen Kranz

Am 12.3.76 wurde Alfons Rebene, Waffenstandartenführer, Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und ehemaliger Regimentskommandeur in der 20. Waffen-Gren.Div. der estischen SS in Augsburg zu Grabe getragen.

Dies wurde gleichzeitig zu einer Demonstration der revanchistischen Eroberungsgelüste genutzt, der Sarg war mit der Fahne des ehemaligen „Freistaats" Estland abgedeckt, der mit Hilfe des deutschen Imperialismus entstanden war. Am Grabe trafen sich zahlreiche Estland-Deutsche, Abordnungen der Bundeswehr neben HIAG-Angehörigen (SS-Nachfolgeorganisation) und Mitglieder der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger — alles braunes Gesindel.

Als „Höhepunkt" legte ein Oberstleutnant der Bundeswehr im Auftrag von Kriegsminister Leber einen Kranz am Grab des Faschisten und Kriegsverbrechers nieder. Davon berichtet „der Freiwillige" (April/76), die Zeitung der ehemaligen SS-Mitglieder (siehe Faksimile, nach „die tat", 7.5.76).

Wenn Leber so blendende Freundschaft mit Faschisten pflegt, darf das muntere Treiben der Faschisten innerhalb der Bundeswehr und von Offizieren bei den Faschisten kaum verwundern.

Hier einige Beispiele aus diesem Jahr:

SS-Gäste in Sonthofen

Ein HIAG-Treffen führten ehemalige SS-Offiziere und aktive Bundeswehr (Bw)-Offiziere gemeinsam im Soldatenheim einer Sonthofener Kaserne durch. Die SS-Offiziere Göhler und Lombard übergaben einem ehemaligen Unterführer der SS, das schon vor '45 verliehene Ritterkreuz.

Der Standortälteste erklärte trocken, er habe das Soldatenheim zur Verfügung gestellt, da es sich bei der HIAG um einen „eingetragenen Verein" handele.

Das bayrische Innenministerium erklärte, die HIAG sei „harmlos im Sinne verfassungsfeindlicher Bestrebungen".
(nach „die tat", Nr. 18/30.4.76).

Kränze für SS

Im Auftrag des kommandierenden Generals des 3. Korps, Pöschl, legte Oberstleutnant Zapp auf einem Hunsrücktreffen der „6. Gebirgsdivision Nord", einem SS-Traditionsverband, einen Kranz für die Bundeswehr nieder.
(nach „der Freiwillige" — HIAG-Organ, Jan. 76).

* * *

Zwei Dozenten der Bw-Schule für psychologische Kriegsführung, Kurt Klein und Michael Conley, wirkten mit dem Einverständnis ihrer Vorgesetzten an einem Seminar des CDU-Wahlhelfers und NPD-Kontaktmannes Grau mit.
(nach „Vorwärts" vom 15.04.76)

* * *

Der Leutnant der Bundeswehr, Müller, beteiligte sich in voller Uniform an einem HIAG-Treffen in Stuttgart im Februar dieses Jahres.
(nach „die tat" 7.5.76).

* * *

An der Bw-Hochschule Hamburg gründete der faschistische „Nationaldemokratische Hochschulbund" eine NHB-Gruppe.
(nach „die tat" 18)

* * *

Ebenfalls an dieser Schule unterrichtet Professor Sanmann, Vorstandsmitglied des „Bund Freiheit der Wissenschaften".

* * *

DER FREIWILLIGE
FÜR EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

NACHRUF
Am Montag, dem 8. März 1976, wurde unser Kamerad und Mitglied
Alfons Rebane
Waffen-Standartenführer
Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub
HIAG Augsburg

„Der Freiwillige", braunes Drecksblatt ehemaliger SS-Verbrecher, mit Nachruf auf den Faschisten Rebene. Leber schickte dazu den Kranz .....

Mord ohne Mörder?

Bei einer Übung der US-Armee am 7.4.76 in Fulda wurde der Feldwebel Smith durch einen Bajonett-Stoß ins Herz von dem Soldaten Ward getötet. Er hat den, erst am Morgen des 7.4. gegebenen Wink des Kommandeurs David Madox, die Übungen seien „nicht aggressiv genug", scheinbar sehr ernst genommen. Die zunächst erhobene Anklage wegen Totschlags wurde schnell wieder fallengelassen. Ward s Vater ist ein hoher Offizier der US-Armee. ●
(nach „ID" Nr. 122/24.04.76)

„Wir sagen nee zur Bürgerkriegs armee!"

Unter dieser Hauptparole beteiligten sich Soldatengenossen erstmals an der Mai-Demonstration der Hamburger Aktionseinheit, nachdem sie vorher beim DGB mitmarschiert waren.

Auf einem mitgeführten Transparent wurde gegen die Unterdrückung und Disziplinierung in den Kasernen protestiert und freie politische Betätigung der Soldaten gefordert.

Im Gegensatz zu KBW-Soldatengenossen und den Soldaten im DKP/ADS-Block verzichteten wir darauf, mit Uniformen zu erscheinen, — das Uniformtragen wird immer wieder zu Disziplinierungen in der Kaserne ausgenutzt.

Am Hamburger Volksfest beteiligten wir uns mit einem Informationsstand. Das breite Informationsbedürfnis sehr vieler Jugendlicher hat uns selbst überrascht. ●

Boehn-Kaserne Hamburg: Wachdienst versaut zwei Abende

Der bisherige Wachdienst an der Boehn-Kaserne in Hamburg dauerte 24 Stunden von 12 Uhr bis zum Mittag um 12 Uhr, danach konnte man immerhin einen ganzen Abend machen, was man wollte.

Ab 1. Mai nun muß man jeweils von 16 Uhr bis 16 Uhr am nächsten Tag Wache schieben. Während am 1. Tag vormittags noch mitgerödelt werden muß, sinkt man am 2. todmüde ins Bett. So wird den Soldaten die Freizeit versaut! ●



Rüstungswahnsinn

Der US-Imperialismus rüstet seine konventionellen und nuklearen Streitkräfte in einem bisher nie gekannten Tempo auf. Erst kürzlich wurde der bisher höchste Rüstungshaushalt der USA für das Fiskaljahr 1977 in einer Gesamthöhe von 112,7 Mrd. Dollar beschlossen, mit dem vor allem neue mobile Interkontinentalraketen (Typ „MX"), neue Atom-Untersee-Boote („Trident") und der strategische Überschallbomber „B 1" gebaut werden sollen. Gleichzeitig soll mit diesem Haushalt auch die konventionelle Rüstung verstärkt werden.

Aber den US-Imperialisten — schon heute bis an die Zähne gerüstet — reicht das alles noch nicht. In der letzten Woche hob Präsident Ford einen vorübergehend verhängten Produktionsstop für die fest verbunkerten Interkontinentalraketen „Minuteman III" wieder auf und beantragte beim Kongreß zusätzliche (!) 322 Mio. Dollar für den Bau von 60 Raketen einer verbesserten Version dieses Typs.

Demagogisch wird von den US-Imperialisten behauptet, diese neuen Raketen sollten gegen die veralteten „Minuteman II"-Raketen „ausgetauscht" werden, so daß sich die Gesamtzahl der Raketen dieses Typs (1000 Stück) nicht ändere. Tatsächlich ist dies ein Täuschungsmanöver und kann kaum die hinter dem neuen Raketenprogramm stehenden Aufrüstungsbestrebungen der USA verbergen. Denn:

- Während die „Minuteman II"-Raketen nur über einen Sprengkopf verfügen, besitzt die neue Rakete davon gleich drei, die unabhängig voneinander ihre Ziele anfliegen;
- 56 Mio. Dollar sollen für die Entwicklung eines neuen Kernsprengkopfes ausgegeben werden, der dann eine Sprengkraft von 400.000 to TNT besitzt, mehr als doppelt so viel wie bisher;
- Die Reichweite der neuen Rakete ist mit mehr als 10.000 km weitaus größer als die der alten.

Tatsächlich verbirgt sich also hinter diesen neuen Plänen der US-Imperialisten die Absicht, ihr Atompotential gegen die Sowjetunion kurzfristig drastisch zu erhöhen.

In Zusammenhang mit dieser neuen Raketenrüstung gab Ford vor den erzreaktionären „Töchtern der amerikanischen Revolution" zum Besten, daß die USA „*niemals zweiter hinter irgendjemand sein werden . . . Sie sind die stärkste Einzelmacht auf Erden, im Grunde in der gesamten Geschichte, und wir werden es dabei lassen*". („FAZ", 23.4.76)

Die verstärkte Aufrüstung beweist, was die US-Imperialisten tun werden, sollte es jemand wagen, dies in Frage zu stellen. Die aggressiven und kriegslüsternen Ziele der US-Imperialisten werden an dem Einsatzzweck der neuen „Minuteman"-Raketen deutlich: Sie sollen gegen die festverbunkerten Raketensilos der UdSSR eingesetzt werden (wohl gerade aus diesem Grunde erhalten sie auch die neuen wirksameren Sprengköpfe). Das entlarvt deutlicher als alles andere das Gerede, gegen die Sowjetunion erst n a c h einem atomaren „Überraschungsangriff" strategische Atomwaffen einzusetzen. Nach einem solchen angeblichen Angriff wären diese Bunker nämlich leer. Daraus kann man nur schließen, daß die US-Imperialisten ihrerseits ihre Anstrengungen vergrößern, ihr Atompotential für einen Überraschungsangriff gegen die UdSSR zu verstärken.

Die besonders in den letzten Monaten immer wieder zu hörenden Drohungen gegen die UdSSR können dies nur bestätigen. ●

Folterübungen beim Bund!

Es gibt ... „*seit mindestens fünf Jahren eine institutionalisierte Folter-Ausbildung in der Bundeswehr. Ich habe selbst gesehen, wie südkoreanische und persische Folter-Offiziere westdeutschen Gesinnungsgenossen beibrachten, wie man das jeweilige Folter-Objekt je nach Bedarf zum Reden oder zum Schweigen bringt.*"

Es werden zu ... „*Bundeswehr-Lehrgängen neben anderen regelmäßig chilenische, südkoreanische, persische, brasilianische Offiziere ... eingeladen.*"
(Aus einem Leserbrief eines Oberleutnant der Reserve in der „Frankfurter Rundschau" vom 27.9.75) ●

Eine „normale" Nahkampfübung

Vom 16. bis zum 18.2.76 fand für die ABC-Abwehrkompanie 30 eine Nahkampfübung statt. Eine Schweinerei der Ausbilder folgte der anderen: Es wird bei totaler Dunkelheit CS-Gas geworfen (Reizt die Schleimhäute). Zwar hat alles rechtzeitig die Schutzmaske auf, dann ruft der Ausbilder ihnen zu, sie sollen die Masken wieder abnehmen. Es sei nur Nebel. Im Glauben, es sei tatsächlich Nebel, nehmen die Rekruten die Masken ab, und fangen prompt an zu würgen und zu göbeln. Die Ausbilder, die außerhalb der Gasschwaden stehen, können sich vor Lachen kaum halten.

Beim Überqueren eines Baches fällt einer der Rekruten ins eiskalte Wasser. Anstatt, daß er gleich in die Kompanie gefahren wird, muß er erst noch ein paar Stationen mit abfahren, bis er fast steifgefroren ist.

Beim Lagerfeuer gab's dann im wahrsten Sinne des Wortes den großen Knall. Irgendjemand hatte Munition ins Lagerfeuer geschmissen, die mit einem grellen Blitz explodierte. Drei Soldaten mußten mit Verbrennungen, Hautabschürfungen und Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. ●
(nach „die tat" 18, 30.04.76)

Knüppel frei

Mit Gummiknüppeln schlugen am Ostersonnabend Feldjäger der Bundeswehr auf Demonstranten ein, die in Wolfsburg gegen eine Waffenschau der Bundeswehr demonstrierten. Mehrere der 500 Demonstranten wurden verletzt. ●
(nach „die Tat" 18/30.04.76)



NATO-Panzer: Aggressive Speerspitze gegen „Warschauer Pakt"-Staaten

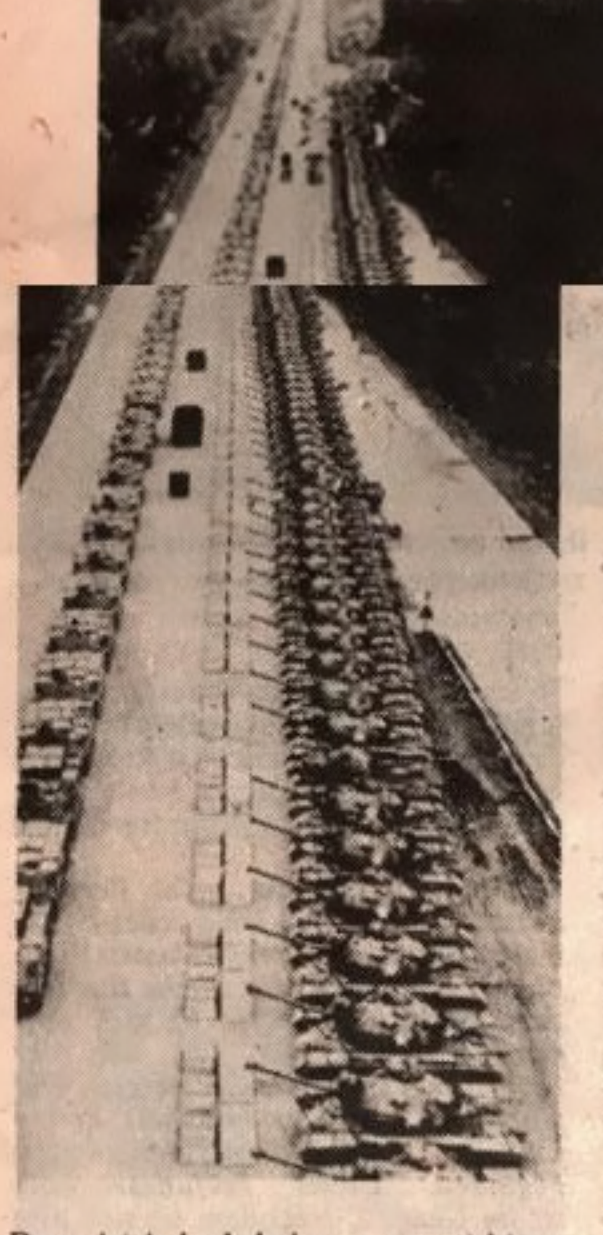
Kampfpanzer „Leopard 2"

Gerade in letzter Zeit sind von den imperialistischen Ideologen wieder beschwörende Worte über die angebliche „Überlegenheit" des Warschauer Paktes und der „Bedrohung des Westens" laut geworden. Ein belgischer Nato-General sprach sogar davon, daß sowjetische Truppen binnen 48 Stunden am Atlantik sein könnten (s. AK Nr. 78). Nato-General Hill-Norton meinte, daß die Nato an ihrer Nord- und Südflanke „fast nicht mehr" und in Mitteleuropa „nur bedingt" einsatzbereit sei.

Begleitet werden diese Unkenrufe immer mit statistischen Zahlenangaben über die quantitative „Überlegenheit" des „Warschauer Paktes": das Verhältnis der Soldaten würde 1,2:1, das der Kampfflugzeuge 2,4 zu 1, und das der Panzer gar 3:1 zugunsten des „Warschauer Paktes" betragen. 19000 sowjetischen Panzern würden nur 6100 Nato-Panzer gegenüberstehen. Der Schein trügt allerdings.

Selbst Kriegsminister Leber stellte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen" (10.4.76) fest, daß *„der zahlenmäßige Vergleich der westlichen und östlichen Stärke ... zu einer erschreckenden Vereinfachung"* führen würde. Tatsächlich gingen sämtliche Nato-Militärkonzeptionen immer von einer *„hohen Abschrekkung"* aus, die ausreiche, das *„militärische Gleichgewicht"* beizubehalten.

Die in den fünfziger Jahren vertretene „massive Vergeltung" beruhte darauf, einem konventionellen Angriff sofort atomar entgegenzutreten. Auch die modifizierte Nato-Strategie der „flexiblen Antwort" beruht im wesentlichen darauf, einem Angriff sowohl konventionell als auch atomar entgegenzutreten. Die bisherigen Militärkonzeptionen sind in der letzten Zeit noch weiter abgeändert worden und zielen insgesamt darauf ab, den Staaten des Warschauer Paktes auch k o n v e n t i o n e l l überlegen zu sein. Ihren Ausdruck findet diese Konzeption in der „Strategie der konventionellen Abschreckung".



Dazu ist jedoch keine q u a n t i t a t i v e Überlegenheit erforderlich, sondern vor allem eine qualitative. In dieser neueren Konzeption hat auch der Panzer seinen bedeutenden Platz.

Die Nato geht allgemein von folgendem Kriegsbild aus: die Staaten des „Warschauer Pakts" würden versuchen, in einem „Blitzkrieg" mit massierten Panzerverbänden in die BRD „einzufallen" und sie zu überrollen. Wesentlich wäre dabei der Überraschungseffekt. Hierin sind gleich zwei Lügen enthalten: erstens ist ein „Überraschungsangriff" heute unmöglich, weil Truppenkonzentrationen und -Bewegungen durch die modernen Aufklärungssatelliten sofort festgestellt werden können und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden; zum zweiten stellen die Imperialisten immer die revisionistischen Staaten als „Aggressor" hin, gegen den es sich zu „verteidigen" gelte. Das dient nur zur Verschleierung der eigenen Aggressivität. Sehen wir uns einmal an, wie der „Bedrohung" aus dem „Osten" begegnet werden soll:

„Das entscheidende Problem ist die Zerschlagung der taktischen Schwerpunktbildung des Gegners vor der Linie der eigenen Hauptverteidigung".

Damit wird doch schon gesagt, daß der „Angriff" auf dem Boden der Warschauer Pakt-Staaten „zerschlagen" werden soll! Weiter heißt es: *„Es käme demnach für den Verteidiger darauf an, diese Kräftemassierungen schnell zu erkennen, die Angriffskonzentration zu lähmen und mit flächendeckenden Waffen konventionellen Typs zu zerschlagen. Die neuen Waffensysteme – Panzer- und Flugabwehrwaffen aller Art, Mehrfach-Raketenwerfer des Heeres, Sperr- und Panzersprengwaffensysteme der Luftwaffe – könnten bei gut organisierter und beweglich geführter Verteidigung die Abwehr wieder zur stärkeren Form des Kriegführens werden lassen"* („Sicherheitspolitik heute", 1/75).

Damit wird praktisch ausgesagt, daß die Imperialisten einen „Angriff" bewußt provozieren wollen, um ihn dann mit ihren überlegenen Panzerabwehrwaffen, der Artillerie und der Luftwaffe zu zerschlagen. Und weiter heißt es dann bezeichnenderweise:
abwehrwaffen, der Artillerie und der Luftwaffe zu zerschlagen. Und weiter heißt es dann bezeichnenderweise:
„Ein Gegenangriff hat erst dann eine reelle Chance (!), wenn es gelingt, die angreifenden Panzerkräfte bereits frühzeitig aufzufangen und zu schwächen" („Sicherheitspolitik heute", ebenda).

Diese Militärkonzeption beruht im wesentlichen auf den Erfahrungen des „Jom-Kippur-Krieges" 1973 (im Nahen Osten). Die Lehren aus diesem Krieg für die Imperialisten sind im wesentlichen, den Gegner erst mal kommen zu lassen, was noch den politischen Vorteil hat, sich selbst als „friedlichen" Abwehrkämpfer darstellen zu können. Als die ägyptische Armee mit ihren Panzerverbänden den Suez-Kanal überquerte, wurden diese zunächst nicht mit Panzern bekämpft, sondern mit gezieltem Artilleriefeuer, mit Panzerabwehrraketen und mit Luftangriffen. Erreicht wurde dabei u.a. ein Durchschneiden der Nachschubversorgung und ein Einkesseln der Panzerverbände auf der Sinai-Halbinsel. In ähnlicher Weise wurde auch den Panzerangriffen Syriens auf den Golanhöhen begegnet. Erst nach dieser ersten Phase des Abwehrens und Vernichtens der Panzerangriffe stießen die Zionisten mit ihren Panzerverbänden vor und überquerten ihrerseits den Suezkanal in Ägypten und die Golanhöhen auf syrischem Gebiet. Entscheidend ist dabei der Aspekt, daß die modernen Panzerabwehrraketen heutzutage eine außergewöhnliche Treffsicherheit haben.

Der „Jom-Kippur-Krieg" zeigte deutlich, welche neue wesentliche Rolle der Panzer selbst einnimmt: **Erst nachdem mit Panzerminen, Artillerie und Panzerabwehrraketen die Panzer des Gegners vernichtet sind, kommen die eigenen Panzer sozusagen aus der Hinterhand und rücken nahezu ungestört vor, um neue Gebiete zu besetzen.**

Diese Militärkonzeption ist hauptsächlich von der Nato für Westeuropa übernommen worden. So schreibt Kriegsminister Leber: *„Nicht an der Anzahl der Divisionen werde ... das Gleichgewicht der Kräfte gemessen, sonder an ... der Fähigkeit, die Fortschritte in der Technologie in militärische Abwehrkraft umzusetzen. Konkret gesprochen heißt das, daß der Westen alles tun müsse, mit steigender Panzerabwehrkraft die numerische Panzerüberlegenheit des Ostens aufzuheben".* Dazu zählt Leber die „Muskeln" der Bundeswehr-Divisionen auf: 2000 Milan-Geschütze mit je 20 Panzerabwehrraketen, dann die Panzerraketen HOT und TOW usw.

„Das sind allein 50 000 hochbrisante, tödlich wirkende Abwehrwaffen. Die Treffsicherheit liegt bei 98 Prozent (!!!)". („Frankfurter Allgemeine", 10.4.76).

Das bedeutet, daß allein die Bundeswehr über Panzerabwehrwaffen verfügt, die ausreichen würden, um die gesamten geschätzten 19 000 Panzer der RGW-Staaten 2,5 mal zu vernichten!

Damit rückt die Rolle des Panzers natürlich in ein ganz anderes Licht, und deshalb ist die relativ niedrige Anzahl der Nato-Panzer erklärlich: *„Die allgemeinen Erfahrungen haben bestätigt, daß der Panzer, wenn er allein eingesetzt wird, von der Panzerabwehr ungemein verwundbar ist. Im Verbund vor allem mit der Artillerie und Infanterie spielt er indes*
zerabwehr ungemein verwundbar ist. Im Verbund vor allem mit der Artillerie und Infanterie spielt er indes
auch künftig seine bestimmende Rolle als Träger der Operation. Die Bedeutung der Panzerabwehr ist enorm gewachsen" („Welt", 31.1.76).

Damit erscheint das Geschwafel von der „Bedrohung aus dem Osten", von der hohen Panzerüberlegenheit und von „Überraschungsangriffen" in einem ganz anderen Licht: die Imperialisten planen einen „Angriff" geradezu in ihr militärisches Konzept ein, weil sie erkannt haben, daß konzentrierte Panzerverbände relativ leicht zerschlagen werden können. Insofern erhält auch der Nato-Panzer eine andere Aufgabe.

Zur neuen Rolle des Panzers

Die BRD, die mit dem „Leopard"-Panzer über „den modernsten Panzer der Welt" verfügt und insbesondere den sowjetischen Panzern weit überlegen ist, hat immer wieder dessen besondere Eigenschaften hervorgehoben.

„Nicht so sehr die Panzerung, die in jeder Dicke durchschlagen werden kann, macht ihren Schutz aus, sondern ihre Geschwindigkeit und Wendigkeit, mit der sie sich der Abwehr entziehen" ... „Tanks mit niedriger Silhouette erweisen sich als vorteilhaft ... ". Wichtig sind ferner die Verbesserung der Weißlicht- und Infrarotgeräte des Panzers, also die Entwicklung seiner Fähigkeit zu Allwetter- und Nachteinsätzen („Welt", 31.1.74).

Somit sind die Eigenschaften des „Leo" vor allem:

- **seine hohe Beweglichkeit und Schnelligkeit (65 km/h),**
- **seine geringe Höhe,**
- **seine hohe Treffsicherheit mit einer 120 mm-Kanone, die auch in unebenem Gelände ihre Geschosse automatisch ins gewünschte Ziel bringen kann**
- **und seine Einsatzfähigkeit bei „Nacht und Nebel".**

Schon aus diesen Daten wird ersichtlich, daß ein solcher Panzer nicht gerade zur V e r t e i d i g u n g dient, sondern eindeutig als A n g r i f f s w a f f e konzipiert ist. So sind denn auch die Panzer selbst nicht massiv an bestimmten Punkten konzentriert, sondern eher im rückwärtigen Raum in Stellung und auf viele Orte verteilt, um einer Zerschlagung entgehen zu können. Erst wenn die Panzerabwehrwaffen, verbunden mit Artillerie, Minen und Flächenbomben („smart bombs") die angreifenden Panzerverbände vernichtet haben, dienen die schnellen Panzer als Stoßtrupp und Speerspitze eines Angriffs „nach Osten".

So unterstrich ein US-General die *„Aktualität der Vorneverteidigung. CENTAG (Kommando Europa-Mitte) umfaßt die industrialisierten Regionen Rhein, Ruhr und Saar, deren Verlust für Europa nahezu unersetzlich wäre. Diese so wichtige Zone verfügt über keinerlei Glacis oder Vorfeld gegenüber dem Osten (!), wodurch die Doktrin von der Vorneverteidigung eine besondere Akzentuierung erfährt"* („Army", 10/75).



Panzerfahrer Leber

Anders ausgedrückt: die Nato-Konzeption geht davon aus, einen von ihr provozierten Angriff an der Grenze bzw. auf dem Gebiet der Staaten des RGW „abzufangen" – die Abwehrwaffen reichen z.T. weit in diese Gebiete hinein (!) – und dann selber mit Panzerverbänden einzumarschieren.

Damit ist klar, daß der Imperialismus militärisch für Eroberungskriege voll gerüstet und vorbereitet ist, und das auch unterhalb der Atomschwelle. Das bedeutet, daß die Imperialisten in der Lage sein werden, „begrenzte" Kriege, ohne damit einen weltweiten Atomkrieg auszulösen, führen zu können!

Es ist erwiesen, daß der BRD-Imperialismus auf dem Gebiet der Panzerrüstung eine dominierende Stellung einnimmt.

Sein erster großer Coup gelang ihm Anfang der sechziger Jahre mit dem „Leopard-I", der auch in andere Nato-Staaten geliefert wurde. Schon der BDI („Bund deutscher Industrie") stellte in seinem Jahresbericht 1967/68 fest, daß *„in zunehmendem Maße deutsche Geräte das Interesse anderer Nato-Partner und neutraler Länder"* finden würde. *„Mit dem Leopard wird zum ersten mal ein Großprojekt in erheblicher Stückzahl an andere Nato-Länder geliefert".* Neben dem „Leo" finden auch der Schützenpanzer „Marder", der Gefechtspanzer „Gepard" reissenden Absatz. Hauptverdiener an den Panzern sind die Panzerschmieden Krauss-Maffai, die Rheinstahl-AG und MaK-Atlas (Krupp-Konzern).

„Leopard-II"-Kampfpanzer der achtziger Jahre ...

Fieberhaft wird gegenwärtig an dem „Leo-II" – einer Weiterentwicklung des „Leo-I" – gearbeitet. Die BRD beabsichtigt, diesen Panzer als Nato-Panzer einzuführen, um damit die „Standardisierung" der Waffensysteme in der Nato zu erreichen. Was der BRD-Imperialismus unter „Standardisierung" versteht, ist klar: nämlich die verschiedenen Waffensysteme zugunsten eines einheitlichen Waffensystems zu ersetzen – natürlich mit westdeutschen Fabrikaten! Das würde ein einträgliches Geschäft und eine entsprechende politisch-militärische Vorherrschaft sichern.

Die wesentlichen Neuerungen des „Kampfpanzers der achtziger Jahre" sehen u.a. eine Erhöhung der Fahrzeug- und Geschoßgeschwindigkeit sowie eine neue Panzerung (Stahl- und Keramikschicht) vor. Der BRD-Imperialismus allein benötigt 1500 neue Kampfpanzer, die NATO hat einen Bedarf von 8 – 10 000 Stück („Welt", 14.2.76). Das gesamte Auftragsvolumen beziffert sich auf 20 Milliarden DM, das *„sind Dimensionen, die selbst ... Flugbeschaffungsprogramme übertreffen"* („Stern", 4.3.76).

Aber die BRD-Monopole werden dieses Geschäft nicht unter sich allein ausmachen können: die USA entwikkeln ebenfalls einen neuen Kampfpanzer mit der Bezeichnung „XM-1", der als Nato-Panzer in schärfster Konkurrenz zum BRD-Modell entwickelt wird.

Der US-Senat stockte den Etat für dieses Projekt auf 560 Mio. Dollar auf, um sich den fetten Happen nicht entgehen zu lassen. CDU-Politiker Damm machte sich für den BRD-Imperialismus zwar in den USA stark, daß auch sie den neuen „Leo" übernehmen solle, weil er „eindeutig besser" sei als der „XM-1". Aber dazu wird es nicht kommen; vielmehr werden sich die Auseinandersetzungen beim Verkauf der Panzer zwischen der BRD und den USA noch wesentlich verschärfen. ●

Antimilitarismus-Kommission, KB/Gruppe Hamburg



Frauen



Gewalt an Frauen

Wir fordern selbstverwaltete Frauenhäuser!

Bereits in AK 77 beschäftigten wir uns mit der Tatsache, daß viele Frauen unter der Gewalttätigkeit ihrer Ehemänner leiden müssen und daß dieser Zustand von den Herrschenden gesetzlich abgesichert, bzw. ignoriert wird. Dieses Schweigen haben Frauengruppen in der letzten Zeit durchbrochen, indem sie das Problem der Gewalt an Frauen öffentlich diskutierten. Ein Beitrag dazu war der Film „Schrei leise! – Brutalität in der Ehe" von Sarah Haffner und Ferdie Roth, der kürzlich, allerdings zu nachschlafener Zeit um 22.15 Uhr, im 1. Programm der ARD ausgestrahlt wurde.

Die Angaben über mißhandelte Frauen in der BRD im letzten Jahr schwanken erheblich. Jedoch dürfte die oft zitierte Zahl von ca. 4 Millionen der Realität nahekommen (siehe auch AK 77). Ein Arzt in einem Westberliner Krankenhaus berichtete, daß ca. 2 – 3 Frauen pro Woche ins Krankenhaus kommen, manchmal sind es auch bis vier Frauen an einem Tag. Die Verletzungen, die die Ehemänner ihnen zugefügt haben, erstrecken sich von Blutergüssen, Kopfplatzwunden, Knochenbrüchen, Stich- und Schußverletzungen bis hin zu schwersten innerern Verletzungen wie Milz- und Leberrissen.

Dazu Frau Focke (Bundesministerin für Familie, Jugend und Gesundheit!):„*Dieses sind natürlich außerordentlich geschätzte und gegriffene Größen. Ich würde sagen, daß mindestens ebenso sehr, wahrscheinlich noch mehr als bei der Zahl der mißhandelten Kinder, dies hier im wesentlichen eine Sache ist, die im Dunkeln bleibt und aus Dunkelziffern besteht. Warum man bisher weniger darüber weiß, ist, daß die Frauen sich bisher nicht gewehrt, gerührt, gemeldet haben*" (alle Zitate von Frau Focke, auch im folgenden, aus dem Film).

Anscheinend ist es noch nicht bis zu Frau Focke durchgedrungen, daß allein in Hamburg 1975 über 4.000 Hilferufe von Frauen bei der Polizei eingingen: das sind durchschnittlich 10 – 11 pro Tag! Wenn man sich allerdings anguckt, wie die Frauen von der Polizei abgespeist werden, ist es verständlich, daß ihnen die Lust am „sich wehren, rühren, melden" vergeht. Wenn die Polizei überhaupt erscheint, werden die Frauen mit billigen Sprüchen „beruhigt". Haben doch die Polizisten nach dem geltenden Recht auch gar keine Veranlassung, den Frauen zu helfen: Mißhandlungen zwischen Ehepartnern fallen unter das Zivilrecht! Die üble Demagogie der Focke wird hier offensichtlich!

Im Film wurde mit vielen Beispielen die verzweifelte Lage der geprügelten Frauen vor Augen geführt. Ein Beispiel, das uns besonders naheging, wurde in einer Life-Aufnahme (!) gezeigt: Eine Frau rief nachts um 3.30 Uhr die Polizei und verließ aus Angst vor ihrem tobenden Mann mit den Kindern die Wohnung. Die gerufenen Polizisten standen unten auf der Straße und hörten seelenruhig zu, wie der Mann die Wohnung zertrümmerte. Auf die Frage, warum sie den Mann nicht mitnehmen, antwortete einer: „Weil keine Veranlassung besteht". Sie versuchten die Frau samt Kindern „zu einer Freundin" zu verfrachten mit der Begründung: „Das machen wir immer so!" Diese Freundin existierte dann auch nur in der Phantasie der Polizisten. Der Mann wurde schließlich doch mitgenommen, aber 1 1/2 Stunden später noch immer betrunken wieder nach Hause geschickt. Auf die Frage der Autorin des Films, ob die Polizei der Frau jemals geholfen hat, antwortete diese: „Nein, nie!"

Kommt es überhaupt zu einer Anzeige und zum Prozeß, werden die meisten Männer mit den unmöglichsten und frauenfeindlichsten Begründungen freigesprochen. So z.B. ein Mann, der zweimal versucht hatte, seine Frau zu erwürgen. Er wurde im März 75 von einem Berliner Schwurgericht freigesprochen. Begründung: er sei nur (!) gegen seine Frau gewalttätig geworden und stand außerdem unter Alkoholeinfluß! (Man stelle sich vor, er hätte in betrunkenem Zustand versucht, Frau Focke zu erwürgen.....). Kommentar von Frau Focke zu solchen Urteilen: „*Bei uns in der BRD ist es ... vor allen Dingen ein Problem, daß die Frauen mehr Selbstbewußtsein und den Mut haben, sich zu wehren und sich an jemanden um Rat und Hilfe zu wenden. Die Einrichtungen sind da, z.B. ist die Polizei natürlich verpflichtet, wenn eine mißhandelte, geschlagene Frau sich an sie wendet, zu helfen, sie unterzubringen, auch für die Übernachtung ihr Schutz zu gewähren und dann zu vermitteln: die Hilfe von Beratungseinrichtungen der Sozialämter usw.*"

Die „Ratschläge" von Frau Focke erweisen sich als blanker Hohn, wenn man sich die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und die Zustände dort vor Augen hält. Dazu eine Fürsorgerin des Jugendamtes Kreuzberg (Westberlin): „Wir können so gut wie nichts für die Frauen tun." In besonders schweren Fällen werden die Frauen ins Obdachlosenheim geschickt. Werden Kinder geprügelt, kommen sie ins Heim. Eine gemeinsame Unterbringung ist also nicht vorgesehen. Nicht genug, daß die Kinder in der Familie Brutalität ausgesetzt sind und dadurch schwere körperliche und seelische Schäden erleiden, werden sie auch noch ins Heim gesteckt, wo sich ihre Situation nur noch mehr verschlimmert. Damit werden auch die Mütter noch zusätzlich bestraft: haben sie doch jahrelang die Schläge nur wegen ihrer Kindern ertragen, werden ihnen diese auch noch weggenommen!

DIE EINRICHTUNGEN DES STAATES SIND VÖLLIG UNZUREICHEND!

Staatlich geförderte Häuser, in denen geprügelte Ehefrauen Zuflucht finden und gemeinsam mit anderen Betroffenen Selbstvertrauen gewinnen, gibt es in der BRD so gut wie gar nicht! Ein Leiter des Kölner Frauenwohnheimes in der Odenwaldstraße sprach von einem bürokratischen Hindernislauf (die Frauen werden nur mit einer Einweisung durch die Behörde aufgenommen), der die Aufnahme erschwert. Es gibt außerdem keine Selbstverwaltung durch die Frauen.

Die wenigen Einrichtungen, die es gibt, werden systematisch verschwiegen und geraten, wie z.B. das Heim in der Uferstraße in Hamburg, nur zufällig an die Öffentlichkeit, wenn sie geschlossen werden sollen, wenn Frauengruppen massiven Protest einlegen und das Vorgehen des bürgerlichen Staates breiter bekannt machen. Folgende staatliche Heime sind uns bekannt:

Hamburg: Uferstraße 4
Köln: Odenwaldstraße 68
Boitensternstraße 2
Zechenstraße 10

Frauen, die mit ihren Kindern vor ihren gewalttätigen Männern geflohen sind: Die meisten werden nicht zurückkehren, sondern sich allein eine Zukunft aufbauen.



„Zuflucht für mißhandelte Frauen" steht an der Mauer, die zu dem Frauenhaus im Stadtteil Chriswick, London gehört.

In England ist die Situation für geprügelte Frauen inzwischen besser: Wie wir schon in AK 73 berichteten, gibt es in England jetzt 80 Frauenhäuser, davon 14 in London. Allein im seit fünf Jahren bestehenden „Womans Aid Centre" in Chiswick haben seit seiner Eröffnung 10.000 Frauen Zuflucht gesucht. Es ist das einzige Haus, in dem Frauen vorbehaltlos aufgenommen werden und wo es keine Aufnahmebeschränkungen gibt. Wegen der ständigen Überfüllung gibt es laufend Ärger mit den Behörden: Erst kürzlich wurde dem Frauenhaus in Chiswick der staatliche Zuschuß gestrichen, weil dort Frauen nicht abgewiesen werden! Erin Pizzey, die Leiterin des Hauses, charakterisiert die staatlichen Häuser so:„*Sie sind sehr sauber, ordentlich, aber sie nehmen nur wenige Frauen auf und schicken die andern wieder weg.*"

Das Haus in Chiswick wird von den Frauen in Selbstorganisation betrieben. Sie treffen alle Entscheidungen gemeinsam in Hausversammlungen: sie bewältigen selbständig den ganzen Bürokram (Telefonate, Akten über Neuankömmlinge usw.), helfen den Frauen bei juristischen Schwierigkeiten (Scheidung, Sorgerecht, finanzielle Unterstützung). Alle Frauen in Chiswick bekommen Sozialhilfe und sind somit von ihrem Mann finanziell unabhängig. Am wichtigsten ist der Erfahrungsaustausch der Frauen untereinander: Die Frauen, die jahrelang durch ihre Ehe völlig isoliert gehalten wurden, merken zum ersten Mal, daß sie mit ihren Problemen nicht allein sind und helfen sich gegenseitig:

Wichtig für den Erfolg dieses Hauses ist auch, daß die Kinder der Frauen voll in das Leben im Haus miteinbezogen werden. Sind die Frauen und Kinder soweit wiederhergestellt, daß sie selbständig leben können, bilden sie in der Regel Wohngemeinschaften. Auf diese Art und Weise sind die Kinder gut versorgt; die Frauen sind nicht isoliert, und sie brauchen keine Angst vor Überfällen ihrer Männer zu haben. Gemeinsam sind sie stark!

Auch in der BRD haben sich in Westberlin, Köln und München Initiativen nach dem englischen Vorbild gebildet. Sie tragen das Problem der Gewalt an Frauen massiv durch Flugblätter, Dokumentationen, Infotische auf Marktplätzen mit Unterschriftensammlungen u. v.m. an die Öffentlichkeit. Dabei erhalten die Frauengruppen nicht nur Unterstützung für ihre Forderungen – viele Frauen haben sich schon mit der Bitte um Hilfe an die Frauengruppen gewandt – ein weiteres Beispiel dafür, wie notwendig Häuser wie das in Chiswick auch bei uns sind!

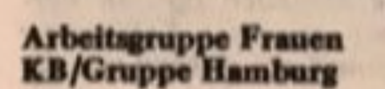
Die Frauengruppen haben schon alle behördlichen Instanzen durchlaufen, um finanzielle Unterstützung für die Frauenhäuser zu erhalten. Sie wurden allesamt damit abgespeist, daß sie Zahlen und Statistiken vorlegen sollen (die es natürlich nirgendwo gibt!), um überhaupt gehört zu werden! Die Westberliner Frauenhaus-Initiative hat im Januar 76 einen Antrag auf finanzielle Unterstützung von Frauenhäusern an Frau Focke persönlich gestellt. Bis heute ist dieser Antrag noch nicht einmal zur Kenntnis genommen worden!

Dazu Frau Focke: „*Die Berliner Frauen wissen, daß ich zunächst einmal sehr gründlich prüfen lassen muß, ob ich überhaupt eine solche Einrichtung finanzieren darf! Es gibt sehr genaue Regeln für das, was der Bund tun darf in diesem Bereich und wo die Bundeszuständigkeit enden und wo die Länderzuständigkeiten beginnen. Dieser Prüfungsvorgang ist im Gange*". Nachdem sie sich hier sehr gut um eine konkrete Antwort gedrückt hatte, antwortete sie auf die Frage, ob sie es für wahrscheinlich hält, daß in Zukunft solche Häuser, egal von wem, finanziert werden: „*Das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, wieweit es nötig sein wird, spezielle Einrichtungen zu errichten, und wieweit sich nicht doch durch die Aktivierung aller vorhandenen Möglichkeiten – die Sozialämter können Unterkünfte, dazu braucht es nicht spezieller Häuser, vermitteln und dafür etwas bezahlen – wieweit es nicht durch die Aktivierung vorhandener Möglichkeit möglich sein wird, die Lücken zu decken, die sich da eventuell auftun*". Kommentar überflüssig!

Während in England die Selbstverwaltung der Häuser durch die finanzielle Unterstützung des Staates nicht eingeschränkt wird, vertritt Frau Focke bezeichnenderweise eine ganz andere Ansicht. Für sie ist es selbstverständlich, daß der Staat auch die Kontrolle haben muß, wenn er das Geld gibt! Wo kämen wir da auch hin ...

Alle vorhandenen Frauenhäuser beweisen, daß nur in der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung den Frauen wirklich geholfen werden kann!

FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER FRAU!
WIR WOLLEN SELBSTVERWALTETE FRAUENHÄUSER!



Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt

Ein Cafe nur für Frauen

In Frankfurt Niedenau 51 ist von Frauen ein Cafe eingerichtet worden, daß nur von Frauen besucht werden darf, weil die Frauen mal „*nicht bevormundet, nicht begafft, nicht nach Busen und Beinen beurteilt*" werden wollen.

Es kommen jetzt regelmäßig um die 150 Frauen, mit und ohne Kinder zu Diskussion, Kaffee und Kuchen, Musik, Beratung usw.... Vor allem haben auch alleinerziehende Mütter hier die Gelegenheit, Kontakt zu Frauen in der gleichen Situation aufzunehmen (nach „FR", 13.4.76). Eine nachahmenswerte Sache! Für viele, viele Frauencafes in allen Städten!!

Wachsender Alkoholismus bei Frauen

Die Bundesregierung spricht von 7 Mio. „deutlich" gefährdeten und weiteren 9 Mio. „erheblich" durch Alkohol gefährdeten Menschen, sowie 900.000 Alkoholkranken. Die jährliche Zuwachsrate beträgt 43.000 (nach „Vorwärts", Bonn, 23. 1. 75). Der Trend zeigt jäh nach oben. Die BRD steht damit in der Statistik der Länder mit den meisten Alkohlkranken an zweiter Stelle hinter den USA! Offizielle Prognosen sprachen schon 1972 davon, daß *„in aller Kürze eine kritische Grenze überschritten"* sein wird, weil dann für nahezu 50 % (!!) der über 16 Jahre alten Bevölkerung mit einem Tageskonsum von mehr als 80 Gramm reinen Alkohols als Durchschnittswert gerechnet werden muß („Vorwärts"). Den größten Anteil an der jährlichen Zuwachsrate haben die Jugendlichen und die Frauen! War das Verhältnis von alkoholkranken Männern zu Frauen vor 10 Jahren noch 10 : 1, so liegt es mittlerweile bei 4 : 1 und darunter.

Untersuchungen in einigen psychosomatischen Fachkliniken zeigen, daß Frauen verstärkt Medikamente in Verbindung mit Alkohol zu sich nehmen, so daß hier schon von einer Alkohol- und Medikamenten-Sucht gesprochen werden muß (siehe „Handelsblatt", 25. 3. 76).

Alkoholkranke Frauen : Ausgestoßen

Wenn schon bei den männlichen Alkoholikern von erheblichen Dunkelziffern gesprochen werden muß, dann erst recht bei Frauen. Unter den Gruppen, die am stärksten „alkoholgefährdet" sind, stehen die Hausfrauen an dritter Stelle.

Während Männern, die trinken, noch zum großen Teil Verständnis und sogar Bewunderung entgegengebracht wird (bis sie wirklich alkoholkrank sind), stoßen trinkende und insbesondere betrunkene Frauen allgemein auf starke Ablehnung und Abscheu. Dementsprechend werden sie auch behandelt. Alkoholkranke Frauen sind Ausgestoßene, sie trinken meistens heimlich und unauffällig, was als Hausfrau ja nicht so schwierig ist, und wurden bislang sowieso völlig ignoriert.

Alkoholikerinnen müssen allein sehen, wie sie fertig werden, sie sind auf sich selbst angewiesen. Während alkoholkranke Männer bei ihrer Behandlung große Unterstützung durch ihre Frauen erfahren, ist es umgekehrt nicht der Fall. Die meisten werden von ihren Männern verlassen, wenn nicht, so ist die Konsequenz in vielen Fällen eine ungeheure Zunahme der Brutalität durch den Ehemann, dessen Prügel jetzt noch eher gesellschaftlich gerechtfertigt erscheint: „Selbst schuld, die alte Schlampe." Die Isolation und Ablehnung durch Bekannte und Nachbarn ist dann irgendwann vollständig. Ein Teufelskreis, in dem die zunehmende Diskriminierung zu verstärkter Flucht in den Alkohol führt.

„Frau-Sein" ist schwer . . .

Über die Ursachen dieser Entwicklung gibt es verschiedene Theorien, die aber gemeinsam haben, daß sie die Schuld in der mangelnden Anpassung des einzelnen an die Anforderungen der Gesellschaft sehen. Konsequenz: Nicht die Verhältnisse, sondern der einzelne soll sich ändern. Der „Vorwärts" schreibt: *„Nicht weniger drückend als die äußere Not für die Massen in der ‚guten alten Zeit' erscheint die innere Not derer, denen der Wohlstand (!!) der Industriegesellschaft zwar Kleidung, Nahrung und Wohnung gibt, kaum aber ausreichenden Sinn für ihr Leben. . . . Auch Wohlstandsalkoholismus ist zumeist Problem- und somit Elendssuff: . . . Trinken . . . weil man unglücklich ist, nicht nur trotz, sondern wegen (!) des Wohlstandes"* („Vorwärts", 23. 1. 75). Kurz, den Leuten gehts zu gut!

Ist Trinken bei Männern „Machtgefühl und Aggressivität", so versteht „man" bei den Frauen darunter (natürlich) die „falsch verstandene" Emanzipation, die Emanzipation selbst oder Probleme mit dem „Frau-Sein" (wohlgemerkt nicht Hausfrau-, Mutter- und Berufstätig-Sein), „Rollenverwirrtheit", gemischt mit etwas „maskuliner Identifikation" und „ungenügender Anpassung an die Rolle der erwachsenen Frau". Und nicht vergessen: Viele Trinkerinnen stammen aus Familien, *„in denen die Mutter dominierend und emotional distanziert, der Vater schwach (!!), passiv, psychisch auffällig (?) ist"* (aus „Psychologie heute", April 76). Das Weib sei willig, dumm und stumm, dann kommts im Alkohol nicht um, ja?

Besonders widerlich beschreibt die „Morgenpost" (Hamburg) die Zunahme insbesondere der Alkohol- und Tablettensucht der Frauen. *„Bei jedem Wehwehchen (!!) greift die Frau zur Pille . . . Viele fühlen sich überfordert durch die Doppelbelastung Beruf und Haushalt. Frauen reagieren eher depressiv, wenn sie angeblich das ‚gewünschte Lebensziel' nicht erreichen . . . Wer anderthalb Wochen lang Abend für Abend nicht einschlafen kann, der muß prüfen: Irgendetwas ist an meinem Lebensrhytmus falsch (!). Er muß sich fragen: Lebe ich ungesund? Professor Brauns Rat an die Frauen: Schwimmen, Turnen, Spazierengehen, richtige Ernährung . . ."* („Mopo", 29. 4. 75).

Berufstätige Frauen sind hoffnungslos überlastet. Kein Wunder, wenn sie nach einem 16-18-Stunden-Tag nicht schlafen können und zu Tabletten greifen, weil sie am nächsten Tag wieder fit sein müssen und sich schlaflose Nächte nicht leisten können. Diesen Frauen den Rat zu geben, sie sollten ihren „Lebensrhythmus ändern", ist blanker Zynismus!! Wenn immer mehr Hausfrauen zur Flasche und zu Tabletten greifen, so ist das alles andere als ein Zeichen für zuviel Emanzipation, wie uns die bürgerliche Presse weismachen will. Sind doch gerade diese Frauen am stärksten abhängig und an den Mann gekettet, gesellschaftlich völlig isoliert und ständig mit stupiden, abstumpfenden und entnervenden Hausarbeiten beschäftigt. Jetzt, wo überall die Frauen die ersten sind, die von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt werden, wird sich dieses Problem noch verschärfen.

Alle verdienen dran . . .

Als „sozialpolitisches Problem Nr. 1" bezeichnet die Bundesregierung den Alkoholismus. Im eigens dafür erstellten „Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs" wird die *„volle Ausschöpfung der gesetzlichen Bestimmungen über Schank- und Verkaufsverbote alkoholischer Getränke an junge Menschen . . . gefordert. Die Werbung aufgefordert, freiwillig eine Selbstbeschränkung zu üben . . . Ein Schwerpunkt des Programms soll die Aufklärung über die Gefahren des Alkohols sein. Ausgebaut werden sollen die Beratung und Behandlung alkoholabhängiger Menschen . . . "* („FAZ", 16. 5. 75). Die ganze Scheinheiligkeit des Geschreis der Bundesregierung wird allerdings deutlich, wenn man sich folgende Zahlen vor Augen hält: Von 5 Milliarden DM (!!) Alkoholsteuer, die die Bundesregierung jährlich einnimmt, stellt sie der Hauptstelle gegen Suchtgefahren zur Erforschung und Bekämpfung 300.000 DM zur Verfügung. („FR", 9. 3. 76). Das sind 0,006 %! Und wo bleibt der Rest??

„Entziehungskuren": unmenschlich

Für ca. 2 Mio. Menschen, die einer Kur oder Therapie bedürfen, stehen nur 7.000 (!!) Betten in Suchtheilanstalten, Landeskrankenhäusern (wer möchte da schon freiwillig rein?) und Fachkliniken zur Verfügung. (Im Jahresbericht der Beratungsstellen in Braunschweig, Salzgitter und Goslar wird sogar von nur 3.000 Klinikplätzen für eine fachgerechte Behandlung gesprochen). D. h. nur 0,35 % der Bedürftigen kommen in den „Genuß" der wahrhaftig nicht empfehlenswerten Krankenhauspflege. Dort werden sie erstmal am Bett festgebunden und werden mit „beruhigenden" Medikamenten vollgestopft. Haben sie sich dann einige Tage ruhig verhalten, werden sie wieder nach Hause geschickt. Noch schlimmer ist die langandauernde Behandlung der Entziehungskuren in den Heimen. Die Rückfallquote in den staatlichen Einrichtungen liegt dementsprechend zwischen 30 und 50 %.

Während Männer durchschnittlich acht Monate auf eine stationäre Behandlung warten müssen, dauert es bei Frauen sogar 19 Monate. Bedenkt man, daß Alkoholkranke die Entscheidung, sich in Behandlung zu begeben, ohnehin erst fassen, wenn die Krankheit schon sehr weit fortgeschritten und daher dringend behandlungsbedürftig ist, so bedeuten 1 1/2 Jahre Wartezeiten u. U. vollständigen und unwiderruflichen Abstieg. In Hamburg gibt es in der Gefährdetenklinik in Farmsen 180 Plätze für Frauen, im Allgemeinen Krankenhaus Ochsenzoll 20.

Daß der bürgerliche Staat zumindest auf der propagandistischen Ebene ein zunehmendes „Interesse" an der „Bekämpfung" des Alkoholismus zeigt, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß dieses vom bürgerlichen System **selbst** erzeugte Übel heute ein Ausmaß erreicht hat, das für die Krankenkassen, für die Kapitalisten etc. eine wachsende Kosten-Belastung darstellt.

Aber auch jetzt noch scheut die Bourgeoisie zum einen die Kosten, die mit einer **wirksamen** Bekämpfung des Alkoholismus verbunden wären; zum anderen ist es auch so, daß der Bourgeoisie „ ein bißchen" Alkoholismus bei den Werktätigen sogar ganz lieb ist, denn das bedeutet Ablenkung von sozialer Unzufriedenheit, Isolation, Vereinzelung, Resignation, Passivität . . . – kurz: Spaltung unserer Kräfte.

So kommen ohnehin nur ganz wenige Alkohol-Kranke in den „Genuß" einer Behandlung, und selbst diesen wird mit den jetzigen Methoden überhaupt nicht geholfen! ●



Leserbrief

Abtreibung als Spießrutenlauf

Ich möchte von einer legalen Abtreibung erzählen. Meine Erzählung beschreibt zwar speziell die Behandlung einer Minderjährigen beim Spießrutenlauf durch die Instanzen, hat jedoch trotzdem allgemein beispielhaften Wert. Es ist sicher, daß auch volljährige Frauen so unverschämt behandelt werden.

Ich möchte noch einmal erklären, welches die Wege einer Frau waren, die nach dem alten § 218 abtreiben wollte:

a) antragstellender Arzt (Gynäkologe);
b) Ärztekammer;
c) zwei Gutachter, von denen einer ein praktischer Arzt und der andere ein Nervenarzt sein mußten.

Für diejenigen, die jetzt meinen, daß dieser Spießrutenlauf durch die Verabschiedung der „Neufassung" des § 218 am 13. Februar 1976 abgeschafft sei und es sich nicht mehr lohne, darüber zu reden, möchte ich vorweg sagen, daß Rechtfertigung, Einschüchterung und Beleidigung der Frauen immer noch ermöglicht bleiben:

denn (Zitat):

„Die Schwangere muß sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff wegen der Frage des Abbruchs der Schwangerschaft

1. an einen Berater gewandt und dort über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere und Mütter und Kinder beraten worden sein, insbesondere über solche Hilfen, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern,

und

2. von einem Arzt über die ärztlich bedeutsamen Gesichtspunkte beraten worden sein!"

Außerdem muß sie einen Arzt finden, der aus einem der vier Gründe den Schwangerschaftsabbruch durchführt.

Diese Berater und Ärzte könnten ähnliche Typen sein wie die, die mir begegnet sind.

Als ich 14 war, wurde ich schwanger. Ich war gerade in der 7. Klasse der Oberschule und wollte unbedingt wenigstens die Mittlere Reife machen. Deshalb und aus vielen anderen Gründen war für mich klar, daß es nicht das richtige Alter zum Kinderkriegen war.

Ich versuchte es zunächst auf dem illegalen Wege. Von einer Bekannten hatte ich „Adressen" bekommen. Beim ersten Arzt flog ich, ehe ich ausgesprochen hatte, durch die Hintertür hinaus.

Ich mußte noch einmal durch die Vordertür hineingehen, um meine Sachen aus dem Wartezimmer zu holen.

Der zweite Arzt erzählte mir etwas ganz „Furchtbares": „Ich habe bis vor kurzem in einer Klinik gearbeitet, wo in einem Zimmer immer 13 – 15-jährige Mädchen lagen, die abgetrieben hatten. Manche wimmerten nur leise – andere schrien laut. Gemeinsam hatten sie jedoch, daß sie alle sterben mußten. Keine hatte eine Chance."

Heulend rannte ich aus der Praxis und war fest davon überzeugt, mein Leben nur retten zu können, wenn ich das Kind zur Welt brächte.

Nur langsam kamen mir Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Arztes und es verstrichen kostbare Tage. Schließlich wurde mir klar, daß ich ohne finanziell kräftig wirkende Menschen im Rücken nichts erreichen würde, andererseits aber meine Eltern für eine illegale Abtreibung sicherlich schwer zu gewinnen seien.

Deshalb war meine letzte Chance, mich meinen Eltern anzuvertrauen und es auf dem legalen Wege zu versuchen. Leicht gesagt!!!!

Schließlich sind es die Eltern, die die Sexualität ihrer Kinder am direktesten zu unterdrücken versuchen, weil sie selbst sexualfeindlich erzogen wurden und Angst vor Verkuppelungsparagraphen sowie einer Schwangerschaft haben!

Ich „beichtete" dann doch und gab meinem Vater die Adresse eines Arztes, der Anträge an die Ärztekammer ausstellt und legale Abtreibungen vornimmt.

Von diesem Augenblick an war ich kein selbständig handelnder Mensch mehr, hatte kein Recht auf Persönlichkeit, geschweige denn auf Sexualität!!!

Wir suchten den Arzt sofort auf. Er bat meinen Vater, bei meiner Untersuchung ruhig im Zimmer zu bleiben. Dieser hatte jedoch mehr Verständnis für mich als der Arzt und verließ das Zimmer.

Der Arzt stellte den Antrag an die Ärztekammer aus und sagte, daß der Eingriff sicherlich befürwortet werde, da ich ja noch so jung sei.

Nun war keine Zeit mehr zu verlieren und wir suchten so schnell wie möglich die Ärztekammer auf.

Im Wartezimmer der Ärztekammer saßen ca. 30 Frauen. Wir warteten Stunden. Schließlich kam der dicke ältere Herr mit der Zigarre im Mund wieder einmal und sagte in einem Ton, der mir heute noch in den Ohren klingt: „Karin aus dem Harnackring". In dieser Form wurden alle Frauen aufgerufen.

Als mir bewußt wurde, daß ich gemeint war, saß ich diesem „vertrauebswürdigen" Menschen auch schon gegenüber. Er quetschte mich aus wie eine Zitrone. Dann sagte er zu mir, daß ich dumm sei, weil ich ein Kind bekäme. Denn erstens sei es dumm, überhaupt mit einem Jungen zu schlafen, und schlecht obendrein, wenn man noch so jung ist, und zweitens sei des dumm, davon auch noch ein Kind zu bekommen, da es schließlich Verhütungsmittel gäbe.

Gedemütigt versuchte ich zu erklären, daß ich nichts über Verhütungsmittel wisse, worauf es für den Vertreter der Ärztekammer eindeutig feststand, daß ich nicht nur unmoralisch war, sondern obendrein noch eine Lügnerin. Er beweihräucherte „unser aufgeklärtes Zeitalter" mit Sexualkundeunterricht selbst an den Schulen. Dann sagte er noch, daß das Alter kein Grund dafür sei, einen „Mord" zu begehen und daß auch die Frage der Ausbildung kein Grund dafür sei, denn es gebe zwei Volksschulklassen und eine Realschulklasse für schwangere Mädchen und er kenne 12-jährige Mütter. Ich sei gesund und kräftig und würde sicher ebenso ein Kind zur Welt bringen.

Dennoch mußte er uns die Adressen von den Gutachtern geben.

Mit dem Gefühl, ein von Grund auf schlechter Mensch zu sein, saß ich dann im Wartezimmer des praktischen Arztes und konnte den Anblick eines Kindes, das im Wartezimmer saß, nicht ertragen.

Ich heulte von neuem los, als der Arzt bei meinem Eintritt ins Sprechzimmer rief:

„Oh Gott, das arme kleine Mädchen! Es war doch bestimmt eine Vergewaltigung, nicht wahr?"

Hätte ich da schreien können: „Nein, und ich habe sogar Liebe und Befriedigung dabei empfunden", dann hätte ich mich sicherlich wohler gefühlt, aber das wäre wohl mein Ende gewesen. So wünschte ich mir, ich wäre wirklich vergewaltigt worden, und spielte die Rolle, die man von mir verlangte, kindisch, verführt und hilflos. Ich ließ die Untersuchung über mich ergehen wie ein Lamm auf dem Opfertisch. Mir war schon alles egal.

Am nächsten Tag mußten wir zum Nervenarzt. Vor ihm hatte ich bald mehr Angst als vor der Geburt von Drillingen. Er, so dachte ich, sieht genau, daß du schwanger bist, weil du geliebt hast und Spaß an der Sexualität hattest und nicht verführt wurdest, und dann bekommst du deine „gerechte Strafe" und mußt das Kind behalten.

Auch mein Vater teilte scheinbar diese Sorge, und so mußte ich mir Kleidung anziehen, die ich mit 11 Jahren getragen hatte.

Der Nervenarzt stellte mir viele Fragen, auf die ich jedoch vor lauter Angst, etwas Falsches zu sagen, nicht oder nur stotternd antworten konnte. Der Arzt ahnte nicht, daß ich inzwischen mehr Angst vor ihm und Seinesgleichen hatte als vor meinem Kind. So stimmte er einer Abtreibund zu und sagte zu meinem Vater, daß ich sonst das Schlimmste begehen würde. Auf die Idee, mich umzubringen, kam ich erst, als der Spießrutenlauf zu Ende war.

Es hat lange gedauert, bis ich die Erniedrigung bewältigt hatte.

Zum Glück ging dann alles sehr schnell, sonst wäre es doch noch zu spät gewesen. Ich war nämlich bereits hart an der Dreimonatsgrenze.

Der Eingriff wurde in einem Privatkrankenhaus durchgeführt und kostete DM 2.000; 50 % zahlte die Krankenkasse. ●

Was „notwendig" und was „zweckmäßig" für die Frau ist, bestimmt das Arbeitsamt

Lange Zeit versuchte die SPD/FDP-Regierung, die steigende Zahl der Arbeitslosen dadurch zu verschleiern, daß sie vielen eine Umschulung anbot. Dadurch waren die Kollegen für 1 - 2 Jahre „erst einmal von der Straße weg" und erschienen auch nicht in der Arbeitslosenstatistik. Umschulung schien lange Zeit das Allheilmittel auf dem Arbeitsmarkt zu sein.

Inzwischen allerdings hat sich herausgestellt, daß zum einen viele Umschüler hinterher genauso arbeitslos sind wie vorher und daß überdies dem bürgerlichen Staat die Ausgaben auf diesem Sektor zu hoch sind. So hat die SPD/FDP-Regierung zum 1.1.76 ein neues Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet, daß erhebliche Verschlechterungen für Arbeitssuchende bringt und ganz besonders hart die Frauen trifft.



Gab es bisher einheitliche Leistungen für alle Gruppen, für Arbeitslose wie für Berufsaufsteiger und für Hausfrauen, so werden jetzt drastische Unterschiede gemacht. Eine Bezahlung wie vorher erhalten nur noch „Beitragszahler", d.h. Kollegen, die gerade aus dem Arbeitsprozeß kommen. Die große Zahl der Frauen dagegen, die erstmals eine Arbeit annehmen wollen und keinerlei Voraussetzungen mitbringen, haben es schwer. Sie sollen erst einmal n a c h w e i s e n, daß sie Geld verdienen müssen! Und einer Frau, die mitarbeiten will, ganz einfach um bei steigenden Mieten und Lebensmittelpreisen den Lebensstandard zu halten, wird es dann rundweg abgeschlagen werden.

Als zweites muß sie darlegen, daß sie ohne Fortbildung und Umschulung keinen Arbeitsplatz finden kann. Und wer die Masse der Stellenanzeigen für Putzfrauen und Serviererinnen in den Zeitungen kennt, kann sich den Rat denken, den die Frau erhält.

Ganz besonders schwer haben es jetzt junge Frauen, die nach der Schule oder zu Beginn ihrer Ehe erst einmal arbeiten gegangen sind und die jetzt an eine etwas sicherere berufliche Zukunft denken als gerade „ungelernte Arbeiterin". Ihnen nämlich macht der Kapitalistenstaat zur Auflage, sechs Jahre gearbeitet zu haben, ehe sie überhaupt an Weiterbildung denken dürfen. Wenn sie vorher schon eine Berufsausbildung hatten, bevor sie in die Fabrik gingen, dann verlangt er noch vier Berufsjahre. Das trifft auch alle die Frauen, die wegen einer beruflichen Ausbildung ihres Mannes, wegen finanzieller Schwierigkeiten usw. kurzfristig ihre eigenen Wünsche und ihre eigene Ausbildung zurückgestellt haben und nun daran denken, daß auch sie selbst bestimmte Erwartungen vom eigenen Beruf haben.

Eine Umschulung wird völlig unmöglich gemacht für Frauen, die im Hotel- und Gaststättengewerbe tätig sind. Fachkräfte sind nämlich dort Mangelware, Stellenangebote gibt es genug. Aber gerade das Hotel- und Gaststättengewerbe hat für Frauen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung. Der allgemein übliche Arbeitsschutz für Frauen – Verbot der Nachtarbeit – ist in dieser Branche aufgehoben.

Daß die rigorosen Maßnahmen auch tatsächlich Erfolg haben, beweisen die letzten Zahlen: Waren es 1970 noch 23,9 % aller Frauen, die eine Fortbildung begannen, so waren es 1972 nur noch 20,7 %, und bis heute ist der Anteil weiter im Sinken.

Was bei der alten Gesetzesregelung in einigen Bundesländern noch in Form von Richtlinien vorlag, nämlich „Hausfrauen ohne Berufsaussichten" keine Unterstützung zu gewähren, ist nun für alle Bundesländer verbindlich und gesetzlich fixiert.

Will eine Frau vom Staat bei der Ausbildung und der Suche nach Arbeit gefördert werden, so muß sie also nachweisen, daß es „notwendig" ist. Erst wenn sie vielleicht verwitwet ist oder die Scheidung ansteht, kann sie auf einen rechtlichen Anspruch pochen. Das Unterhaltsgeld beträgt in solchen Fällen 80 % des letzten Nettoverdienstes (gegenüber 90 % nach der bisherigen Regelung).

Eine sog. „Aufstiegsförderung" der Frauen allerdings, die mit ihrer bisherigen Position in Betrieb und Büro nicht mehr zufrieden sind, die mit dem gezahlten Geld dort nicht mehr auskommen, ist für das Arbeitsamt lediglich „zweckmäßig". Und deshalb fördert der bürgerliche Staat diese Ausbildung mit nur 58 % des letzten Nettogehaltes. Das heißt mit anderen Worten: Wenn eine Frau die stupide, schlechtbezahlte Arbeit in einem Schreibsaal nicht mehr erträgt, so kann sie sich die Voraussetzungen für einen qualifizierteren Beruf nur unter großen finanziellen Einbußen erlauben. Welche Frau, die arbeiten m u ß , kann das schon?

Was dieser Unterschied zwischen „n o t w e n d i g" und „z w e c k m ä ß i g" in der Praxis bedeutet, zeigt das einfache Rechenexempel: Eine Frau mit Steuerklasse V und 2.000 DM brutto Verdienst bekommt 962,93 DM ausbezahlt, wenn sie arbeitet. Bislang erhielt sie 1.307,80 DM Unterstützung bei einer Fortbildungsmaßnahme. Nach der neuen Regelung erhält sie nur noch 764,40 DM, wenn die Umschulung „notwendig" und 553,50 DM , wenn sie „zweckmäßig" ist. Abschreckender kann wohl kaum eine Regelung sein, denn von wieviel Geld sollen die Frauen leben, die 800 DM brutto verdient haben?

So zeigt sich das neue Arbeitsförderungsgesetz ganz eindeutig als Maßnahme, die sich gegen die Frauen richtet. Es zwingt sie, die üblichen, schlechterbezahlten sog. „Frauenberufe" anzunehmen und in ihnen zu verbleiben; es hält sie davon ab, überhaupt wieder ins Berufsleben zurückzukehren. Eine Frau hat nun mal nach dem Willen der Kapitalisten in Krisenzeiten zu Hause zu bleiben oder zumindest sich zu den niedrigsten Bedingungen in den Arbeitsprozeß einzufügen. ●

Knast für „straffällig" gewordene Hausfrauen?

Das Oberlandesgericht Hamm hat ein Grundsatzurteil gefällt: Geldstrafen gegen Hausfrauen ohne eigenes Einkommen werden in Zukunft nach dem Einkommen des Ehemannes berechnet. Da die Bourgeoisie sich bekanntlich nicht einig ist, was eine Hausfrau „wert" ist, haben die Gerichte bisher verschiedene Verrechnungsschlüssel gehabt: Einige Gerichte gingen von dem Taschengeldanspruch (fünf bis sieben Prozent des Einkommens des Ehemannes) aus, andere von dem Betrag, den der Ehemann im Fall einer Trennung als Unterhalt an seine Frau zu zahlen hätte. Das neue Urteil wird damit begründet: *„Was Eheleute verdienen, gehört nach dem Gleichberechtigungsgesetz beiden zu gleichen Teilen".* Allerdings wird nicht verraten, wie die Frauen an ihren Teil herankommen sollen! Die Frauen werden jetzt zu hohen Geldstrafen verknackt, haben aber nach der zivilen Rechtsprechung keinen Anspruch auf Zahlung von Geldstrafen gegen ihren Mann!

„Sie darf den Betrag auch nicht aus ihrem Haushaltsgeld abzweigen. Nach einer Entscheidung des Landesgerichts Essen ist sie nicht einmal verpflichtet, ihren Taschengeldanspruch gegen ihren Mann einzuklagen, um davon ihre Strafe bezahlen zu können. Denn durch eine solche Klage werde der eheliche Friede gefährdet.

Fazit: Wenn der Mann nicht freiwillig zahlt, muß die Frau die Strafe absitzen!" („Hamburger Abendblatt" 17. 4. 76).

Bei dem Geschwafel um „Gleichberechtigung" geht es der Bourgeoisie also um nichts anderes, als die Gerichtskassen zu füllen und die Hausfrauen noch mehr zu diskriminieren! ●

Zwangssterilisation in Indien

Die indische Regierung hat im April die Zwangssterilisation gestattet („FAZ", 20.4.76). Auch wenn Indien 600 Millionen Menschen hat, die Hunger leiden, so ist diese „familienplanende" Zwangsmaßnahme ein Schritt, um die indischen Menschen weiter unmündig und abhängig zu halten, denn auf der anderen Seite will der Gesundheitsminister Karan Singh von Sexualkunde in der Schule nichts wissen.

Dann wird natürlich auch die Maßnahme, das Heiratsalter heraufzusetzen, ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben.

Da aufgrund der schlechten Infrastruktur die Zwangssterilisierungen noch nicht auf gesamtindischer Ebene durchgeführt werden können, kann man vorerst noch so einige hübsche Sachen gewinnen, wenn man sich sterilisieren läßt.

„Eine Lotterie für Aktivisten der Familienplanung will die Verwaltung der indischen Hauptstadt Delhi in Kürze starten. Dabei können Einfamilienhäuser, Motorroller, Kühlschränke und Fernsehgeräte gewonnen werden. Teilnahmeberechtigt ist jeder Inder, der nachweisen kann, daß er 50 Männer oder Frauen dazu bewogen hat, sich sterilisieren zu lassen" („SZ", 6.4.76).

Finanzielle Unterstützung sollen jene Paare erhalten, von denen sich ein Elternteil sterilisieren läßt. Wird die Sterilisation schon nach dem zweiten Kind durchgeführt, bekommen sie 150 Rupien; je mehr Kinder sie schon haben, desto weniger Geld gibt es. Außerdem werden sie mit Karten für Show-Abende, Sonderrationen und Transistorradios belohnt. ●

Geldgierige Methoden der Abtreibungspfuscher

Eine besonders unmenschliche und makabere Methode, um schnell zu Geld zu kommen, hat sich ein Abtreibungspfuscher, Dr. Robert Sherman in Washington (USA), ausgedacht:

„Jahrelang führte er Schwangerschaftsunterbrechungen in einer Spezialklink durch – aber nur unvollständig. Auf diese Weise zwang er die Patientinnen, nach kurzer Zeit ein zweites Mal bei im abtreiben zu lassen. Jedesmal kassierte er Honorar: 400,- DM" („Bild", 24.4.76).

Ein sechzehnjähriges Mädchen ist jetzt nach dem ersten Eingriff an einer Blutvergiftung und einem Schock gestorben!!!

Die Eltern des Mädchens und mehrere Patientinnen verklagten den „Arzt" jetzt auf 6,8 Millionen Mark Schadensersatz. Dutzende von Ärzten und Krankenschwestern belasten ihn mit eidesstattlichen Erklärungen. Entsetzlich ist, daß diesem Schlächter erst nach dem Mord an dem jungen Mädchen das Handwerk gelegt wurde!!! ●

Das ist die Liebe der Sozialdemokraten!

„Liebe Genossinnen und Genossen!

Polizei holzt gegen § 218 - Gegner

Am 25.4. fand in Darmstadt ein

Fabrik gingen, dann verlangt er noch vier Berufsjahre. Das trifft auch alle die Frauen, die wegen einer beruflichen Ausbildung ihres Mannes, wegen finanzieller Schwierigkeiten usw. kurzfristig ihre eige-
Nettoverdienstes (gegenüber 90 % nach der bisherigen Regelung).
Eine sog. „Aufstiegsförderung" der Frauen allerdings, die mit ihrer bisherigen Position in Betrieb und Büro nicht mehr zufrieden sind, die
zukehren. Eine Frau hat nun mal nach dem Willen der Kapitalisten in Krisenzeiten zu Hause zu bleiben oder zumindest sich zu den niedrigsten Bedingungen in den Arbeitsprozeß einzufügen. ●

Spiegel - Leser auf Hexenjagd

In der „Spiegel"-Ausgabe Nr. 15 vom April '76 wird unter der Überschrift „Das Ewig Weibliche ist eine Lüge" ein Interview abgedruckt, das Alice Schwarzer mit der französischen Feministin Simone de Beauvoir gemacht hat. Anläßlich des „Jahrs der Frau" nehmen die beiden Stellung zu Fragen der Abtreibung, Empfängnisverhütung, Sexualität, Mutterschaft, Ehe und der Frauenbewegung allgemein. (Wir werden uns in einem gesonderten Artikel mit den Standpunkten der französichen Frauenkämpferin noch auseinandersetzen).

Der „Spiegel", immer auf der Suche nach einem „heißen Eisen", das sich gut verkaufen läßt, kündigt die Äußerungen der französichen *„Chef-Ideologin der weltweiten Emanzipationsbewegung"* („Spiegel", 15/76) als äußerst „provokant" an. Und prompt fühlte sich ein großer Teil der „Spiegel"-Leser heftig provoziert. Was da von den gern als links-liberal und intellektuell auftretenden Zeitungskäufern an Unrat über die beiden Frauen ausgeschüttet wird, ist nur noch vergleichbar mit der Hetze a la „Bayernkurier".

Unter Schmerzen sollst Du gebären . . .

Ein Teil der Leser meint, die zwei Frauen an ihre „geschlechtliche Bestimmung" erinnern zu müssen. Und damit das auch nachhaltig genug ist, bitte mit schmerzhafter Erfahrung. Eine „ewig Weibliche" wünscht Alice und Simone die Plage der *„schmerzhaften Menstruation"*. Ein Dr. med. machte den perversen Vorschlag, daß man den beiden Frauen ihre Eierstöcke herausoperieren müßte, um sie in „Ovarienbänken" konservieren zu lassen.

Jedenfalls lassen – nach Auffassung einiger Schreiber – Alice und Simone die Demut vor der „Ewigen Weiblichkeit" vermissen. *„Es ist die Frau, die seit Urzeiten die Ehe will"* – wer das leugnet, der kann nur eine „arme einsame Feministin" sein.

Normal ist anders

Durch fast alle abgedruckten Leserbriefe zieht sich die Behauptung, daß die Ansichten und Verhaltensweisen der beiden Feministinnen „nicht normal" seien, im Sinne von „gegen die Natur", „gegen die Vernunft" und „gegen den gesunden Menschenverstand". Es wird gesagt, Alice und Simone litten *„an dem Wahn, nicht so sein zu wollen wie andere Frauen"*, sie *„können nicht normal sein"*, sie seien *„pervers"*. Und einige wissen noch genauer, was mit den beiden los ist – sie sind gar keine „richtigen" Frauen!

Sie seien *„frustrierte, militante Weiber"*, *„schwule Frauen"* und *„steril"*.

Dabei haben die beiden Frauen weder zum Kampf gegen die Männer schlechthin noch zum Kampf gegen die Gesellschaftsordnung aufgerufen. Sie haben lediglich Resumé gezogen, unter welchen Bedingungen eine Frau im Kapitalismus heute lebt, und das noch nicht einmal besonders umfassend. Aber allein, daß sie zum Beispiel die Forderung an die Frauen: „Immer schön Frau bleiben" in Frage stellen und sie richtig einordnen, ist für viele Grund genug, sie aufs übelste zu beschimpfen. *„Pißnelken mit ihrem saublöden Geschwafel"*, schreibt einer.

Was wird denn gewünscht?

Den beiden Frauen wird empfohlen, *„sich einmal mit Männern zu unterhalten und nicht nur ihr Hausgemachtes zu präsentieren"* – und „Gott sei Dank gibt es noch Frauen, die ein gutes Verhältnis zu ihrem Partner haben".

Andere wiederum wissen, welcher Typ von Frau der richtige wäre: *„Zum Teufel mit Alice Schwarzer und Simone de Beauvoir: man reiche mir Esther Vilar"*, denn *„Esther Vilar hat in ihrem Protestschreiben an die UNO gegen das Internationale Jahr der Frau mit wenigen Worten mehr über die Misere der Männer ausgesagt"*.

Ein Angriff auf alle Frauen

Wir wollen hier nicht die Standpunkte der beiden Feministinnen beurteilen, ob wir sie für richtig halten oder ob wir Kritik an ihnen haben. Uns geht es nur darum, deutlich zu machen, daß Frauen, die sich in irgendeiner Weise mit ihrer Rolle im Kapitalismus und mit der vielfältigen Unterdrückung, die sie erfahren, auseinandersetzen, unsere Unterstützung verdienen.

Der reaktionäre und frauenfeindliche Dreck, der hier über Simone de Beauvoir und Alice ausgekippt wird, ist ein Angriff auf alle Frauen. Alle, die hier scheinbar den persönlichen Ansichten von zwei bekannten Frauen entgegentreten, werden morgen ihre eigene Frau, Freundin, Mutter und Tochter diskriminieren. Deshalb: Kampf dagegen! ●

Das ist die Liebe der Sozialdemokraten!

„Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte aus dem Appell des Parteivorsitzenden, Frauen zu wählen, die Konsequenzen ziehen. Eine Kandidatin aus dem Bezirk Südbayern, die Genossin Anke Riedel-Martiny, steht noch zur Wahl. Ich ziehe zu ihren Gunsten meine Kandidatur zurück" („FR", 16.4.76).

Das sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Peter Glotz, bei der Wahl des SPD-Vorstandes am 14.11.1975 in Mannheim..: etwa fünf Monate vor seiner Eheschließung mit Anke-Riedel-Martiny!!!

Das ist wohl das moderne „Braut-Geld" à la SPD?

Das Pöstchen bleibt in der Familie und der „Gleichberechtigung" ist genüge getan... ●

Polizei holzt gegen § 218 - Gegner

Am 25.4. fand in Darmstadt ein Kongreß der in der „Mittelrheinischen Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie" zusammengeschlossenen Ärzte statt. Auf dem Kongreß wurde über die „Indikation zum Schwangerschaftsabbruch" „beraten".

Das „Komitee gegen den § 218" und der KBW haben gegen diesen Kongreß demonstriert, worauf die Polizei eine „unbekannte Zahl von Demonstranten" verletzt hat! („Frankfurter Rundschau", 29.4.76) ●

Keine Mädchen an Bayrischem Gymnasium!

Aus „räumlichen Gründen" verwehrte das bayrische Kultusministerium dem Gisela-Gymnasium, im kommenden Schuljahr Mädchen aufzunehmen. Die Schule hatte die Koedukation beantragt, aber es ist ja bekannt, daß derart „revolutionäre" Forderungen in Bayern keine Chance haben... (nach „SZ", 6.4.76). ●

Kein Wahlrecht für Frauen!

Im Schweizer Kanton Appenzell (62.000 Einwohner) werden weiterhin die Frauen gehindert, das Wahlrecht auszuüben! Die mittelalterliche Männerregierung lehnte am 25.4.76 die Einführung des Frauen-Stimmrechts im Verhältnis vier zu eins ab. ●

Ein erfreuliches Urteil

Eine Kölner Vermieterin hatte ihrer Mieterin fristlos gekündigt, da diese ihren Freund in ihre Wohnung aufgenommen hat, ohne die Vermieterin vorher zu fragen.

Das Gericht wies die Räumungsklage zurück, mit der Begründung, „jeder Bürger habe nach der Verfassung das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (Aktenzeichen 152 C 791/74). ●

Frauen im DGB

Fast 30.000 Frauen wurden im Jahr 1975 Mitglied in einer Gewerkschaft des DGB. *„Damit sind 1.313.021 Arbeiterinnen und weibliche Angestellte gewerkschaftlich organisiert; sie machen 17,8 % der DGB-Gewerkschaftsmitglieder aus"* („UZ", 12.3.76). ●

USA: Massive Angriffe auf die Rechte der Frauen

Anläßlich des „Internationalen Frauentages" brachte die linke amerikanische Zeitung „Guardian" eine Zusammenfassung der laufenden Angriffe auf die Rechte der Frauen in den USA. Wir drucken nachstehend einen Teil des Artikels ab:

„Der ‚Internationale Tag der Frauen' fällt dieses Jahr in ein Wahljahr, in dem die Rechte und Lebensbedingungen der Frauen unter massiven Angriffen stehen, ignoriert und kräftig beschnitten werden. Er kommt zu einer Zeit, wo Millionen Frauen zu den größten Verlierern der Krise zählen. Der Hammer ist, daß gerade in einer Zeit, wo die Frauen am stärksten betroffen sind, die herrschende Klasse Überlegungen anstellt, ob nicht Frauen und Minoritäten ‚zuviel' Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Unter dem Deckmantel des bürgerlichen 200. Geburtstag-Rummels und einem nostalgischen Rückblick auf das ‚Internationale Jahr der Frau 1975' kommt eine ganze Reihe von Angriffen auf die arbeitenden Frauen im Jahr 1976. Wenn es so läuft, wie es die Herrschenden möchten, werden am Ende des Jahres die Frauen nicht länger in der Lage sein, darüber zu bestimmen, ob sie abtreiben wollen oder nicht; Frauen, deren Familien jetzt schon kaum von der mickrigen Sozialhilfe leben können, werden noch weniger erhalten; Teilnahme an einem Arbeitsbeschaffungsprogramm bei Bezahlung unter dem Existenzminimum könnte Bedingung für dergleichen ‚Hilfe' werden; etliche Frauen werden ihre Arbeit aufgeben müssen, weil Kindertagesheime schließen. Darüberhinaus wird – wenn sich die konservativsten Teile der Bourgeoisie durchsetzen – den Frauen das Recht auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit (welches mit dem Equal Rights Amendment ‚ERA' durchgesetzt werden soll) verweigert werden.

Während die verschiedenen konservativen, gemäßigten und liberalen Kandidaten jetzt noch die Stimmung prüfen, laufen aber schon breite Angriffe auf die Lebensbedingungen der Frauen, im wesentlichen der Arbeiterfrauen:

– Arbeitslosigkeit: Frauen – insbesondere der Minoritäten – werden in zunehmendem Maße entlassen, weit über dem nationalen Durchschnitt. (Hierzu AK 63: „Frauen besonders hart von Rezession betroffen", Anm. d. Red.)

– Diskriminierung in der Bezahlung, bei Aufstiegschancen und Arbeitszeit. Frauen werden z.B. oft gezwungen, in Schichten zu arbeiten, die es ihnen unmöglich machen, abends zu Hause zu sein. Sie sind gezwungen, Streichungen der Löhne und Gesundheitsfürsorge und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Rührt sich ein Protest, wird mit Arbeitslosigkeit gedroht. Frauen verdienen in allen Bereichen weniger als 60% von dem, was die Männer erhalten. Eine Begründung dazu lautet, daß sie ja nur zur Aufbesserung des Haushaltsgeldes arbeiten. Ein Argument, das den Erfahrungen von Millionen Frauen ins Gesicht schlägt. Sah man in den letzten Jahren einzelne Verbesserungen auf diesen Gebieten, so soll jetzt das Ganze wieder aufgerollt werden.

– Beseitigung (bzw. Verweigerung) des Rechtes auf Mutterschutz auf Zeit zur Versorgung erkrankter Kinder. Dort wo diese Rechte erkämpft wurden, versuchen die Unternehmer sie zu umgehen.

– Streichung der Unterstützung und Versorgung von Kindern durch den Staat (‚childcare'). Z.B. müssen Frauen ihre Arbeitsplätze verlassen, wenn die staatlichen Kindertagesheime geschlossen werden.

– Streichung medizinischer Versorgung.

– Zwangssterilisation für arme Frauen, Fürsorgeempfänger und Frauen der Minoritäten. So hat z.B. ein Arzt in South Carolina Frauen, die von der Fürsorge leben müssen, ärztliche Hilfe verweigert, um sie zur Sterilisation zu zwingen. Er war der einzige Arzt in der Umgebung.

– Angriffe auf das ‚ERA' wurden in den letzten Monaten von den Rechten inszeniert in einer ‚Kampagne zur Rettung der Familie', die darauf orientiert, das neue Gesetz – ein Gesetz, das aus dem Kampf der Frauenbewegung resultiert – zu verhindern.

– Ebenso die Anti-Abtreibungskampagne. Eine konzertierte, gut finanzierte Aktion versucht die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1973 zur Freigabe der Abtreibung zu bekämpfen. Unterstützt von reichen und politisch einflußreichen Teilen der katholischen Kirche ist dieser Angriff gegen die Abtreibung eines der Themen in den Vorwahlen zur US-Präsidentschaftswahl geworden."

USA-Kommission

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Frauen werden auch in Westberliner Kneipen diskriminiert!

Dagegen haben Frauen jetzt erste Schritte unternommen. Mit einem Flugblatt haben sie die besonders herausragenden Schweinereien einiger Kneipiers aufgedeckt:

So wurden im „Roxy-Palast" zwei Frauen von zwei Rausschmeißertypen brutal zusammengeschlagen, weil sie nachts um zwei noch ein bißchen tanzen, aber nicht mehr den vollen Eintritt zahlen wollten. Besonders ekelhaft ist die Anzeige des „Steaky" am Ku-damm: Sie erscheint fast täglich in der „BZ" und zeigt neben dem Foto eines nackten Frauenpos die Überschrift: *„Nur bestes Fleisch kann sich in solcher Größe zeigen!"* Und darunter: *„Ausgesuchte Delikatessen, außen knusprig und innen saftig – das sind sie – die Steaky Steaks".* Das „Sound, Deutschlands (?) größte Diskothek" wirbt mit einem riesigen, leicht geöffneten Frauenmund dafür, für fünf Mark Eintritt eine „Frau aufzureißen", und das „Treibhaus", ebenfalls am Ku-damm, hat sich folgende Anzeige einfallen lassen: *„Mittwochs und Donnerstags: Schwalice Arzer Tag! Feminin hat freien Eintritt! Für ihre Probleme halten wir einen Nick-Neger bereit, der sich gerne alle Wehwehchen anhört und sich ohne Widerrede vollquatschen läßt".* Diese Anzeige nahmen Frauen aus einer Friedenauer Frauengruppe zum Anlaß, ein Flugblatt vor dem „Treibhaus" zu verteilen, in dem sie ihre Empörung über diese ebenso frauenfeindliche wie rassistische Anzeige ausdrückten, darüber mit den Kneipenbesuchern diskutierten und sie aufforderten, nicht hineinzugehen. Wenn auch an diesem Tag nicht gerade „die Massen" ins „Treibhaus" strömten, weil die Band ausgefallen war, so war die Aktion doch ein kleiner Erfolg, denn alle, die das Flugblatt lasen, waren sehr empört; einige nahmen welche mit hinein, um drinnen darüber zu diskutieren, andere gingen gar nicht erst rein oder kamen wieder raus, um mit den Frauen zu diskutieren.

Natürlich tauchten bald die Bullen auf, denn der „Treibhaus"-Besitzer fühlte sich in seinem schmutzigen Geschäft mit der Unterdrückung der Frauen geschädigt. Sie haben aber keine Frau mehr erwischt!

Steglitzer Genossinnen



Anzeige aus „Berliner Zeitung"

CDU auf Dummenfang – aber nicht mit uns Frauen!



Mit diesem Plakat versucht sich die CDU in Hamburg für die Bundestagswahlen zu profilieren. Während diese Partei die Frauen in vielerlei Hinsicht mit offener Verachtung behandelt, – erinnert sei nur an ihre reaktionären Bemühungen im Verbund mit der Kirche gegen die Legalisierung der Abtreibung während der ersten drei Monate der Schwangerschaft, an die arbeitslosen Frauen, denen die CDU Heim, Herd und Mutterschaft als „Alternative" empfiehlt, – sind ihr die Frauen gerade noch gut genug, um sie für ihre eigene Werbung zu mißbrauchen. So hätten die Herren der CDU die Frauen gerne: als hübsches Werkzeug ihrer eigenen Politik. Die Fäuste nur zu Dekorationszwecken geballt! Die Fäuste der Frauen werden aber noch in mancher rechten Ecke landen ...

Genossin aus Eimsbüttel

Bitte Einsackflöhe für den Gesundheitsminister!

Dr. Georges Klaus vom belgischen Gesundheitsministerium ist ganz offensichtlich gebissen worden, und zwar von einem Floh. Die Emanzipation der Frau sei dafür verantwortlich, daß sich das Ungeziefer weiter verbreite, behauptet er. Er hatte die *„Vermutung geäußert, daß es mehr Läuse, Flöhe, Küchenschaben usw. gebe, weil berufstätige Frauen nicht soviel Zeit für die Reinigung der häuslichen vier Wände hätten"* („Hamburger Abendblatt", 4.5.76).

Kein Wunder, daß sich in der Nähe von so viel geistigem Müll im Gesundheitsministerium ganz besonders viele Läuse und Flöhe aufhalten ...



Babys als Versuchsobjekte!

„Babys gesucht", hieß es in einer großen Anzeige in den „Ruhr-Nachrichten", die ein Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung aufgegeben hatte. Das Institut will *„die vielen marktgängigen Präparate der Säuglingsnahrung und deren Einfluß auf das Baby wissenschaftlich erforschen".*

Der Leiter des Instituts, Droese, will dieses Projekt am lebenden Menschen über sechs Jahre fortsetzen und jeweils *„Babys im sogenannten kritischen ersten Halbjahr unter ständiger Kontrolle der Ärzte und Kinderschwestern seines Instituts behalten".* Die Säuglinge sollen bis zu einem halben Jahr kostenlos aufgenommen werden und *„bestens gepflegt werden, wie ich mein eigenes Kind pflegen würde"*, sagte Droese. Auf die Frage an eine Mitarbeiterin, ob sie selbst ihr Kind in das Institut geben würde, wehrte sie allerdings entrüstet ab: „Selbstverständlich nicht!". Dafür haben sie auch schon andere Kinder ausgeguckt und zwar denkt Droese an Kinder von Ausländern! Es würden auch Kinder in Frage kommen, deren Mütter im Krankenhaus sind oder Säuglinge ohne Mutter.

Das Institut hofft, über die Stadtverwaltung an derartige „Notfälle" zu gelangen. Es ist auch bekannt geworden, daß dem Institut ein kleines Kinderkrankenhaus angeschlossen ist, in dem vielleicht schon unbeobachte Versuche am „leben Objekt" durchgeführt werden. Für die Versuche wurden ausnahmslos männliche Säuglinge ausgesucht und zwar deshalb, weil es bei Jungen einfacher ist, einen Katheder (Plastikschlauch in die Harnröhre!) zu legen. So wollen sie den Stoffwechsel kontrollieren.

Das sind die reinsten Foltermethoden an Menschen, die sich noch nicht wehren können – die Kinder müßten nämlich festgeschnallt werden und das für ein halbes Jahr!

Gegen dieses „Projekt" ist es zu Protesten gekommen: die GESO, eine Gesellschaft, die sich um Heimkinder kümmert, hat beim Vormundschaftsgericht Dortmund den Antrag gestellt, dem Forschungsinstitut unter Strafandrohung folgende Auflagen zu machen:

„Dieses Institut darf keine öffentliche Werbung für die stationäre Unterbringung von Säuglingen für Forschungszwecke betreiben ... und schon gar nicht für einen Zeitraum von sechs Monaten. Derartige Forschungen am Säugling – wenn sie unumgänglich (???) sind und ausschließlich gemeinnützigen Charakter haben – dürfen nur in Familien durchgeführt werden. Eltern ist nach § 1666 BGB das Sorgerecht zu beschneiden, wenn sie für Forschungszwecke ihren Säugling stationär versorgen lassen".

Daß die Kinder in der Familie bleiben sollen, wird mit frühkindlicher Mutterentbehrung begründet. Weiter heißt es: *„Derartige Forschungsmaßnahmen – Säuglinge für wissenschaftliche Zwecke von der Mutter zu trennen – sind aus jugendfürsorgerischen, kinderärztlichen und vor allem aus ethischen Gründen unzulässig. Sie machen das Kind zur Forschungsware"* (alle Zitate aus „Frankfurter Rundschau", 24.4.76).

Sehr richtig! Aber halbherzig, denn wieso sind Kinder dann nicht Forschungsware, wenn die Tests zu Hause stattfinden???

Wir sind nicht gegen wissenschaftlichen Fortschritt, wir sind aber generell dagegen, daß im Kapitalismus ausschließlich zu Profitzwecken Menschen als Versuchskaninchen mißbraucht werden.

Es stehen nicht, wie uns weisgemacht werden soll, die Kinder und ihre Ernährungsprobleme im Mittelpunkt der Versuche. Neue Präparate und Produkte dienen einzig zur Steigerung der kapitalistischen Umsatzrate.

Und die Menschheit ist bis jetzt auch ohne dieses neumodische undefinierbare Chemie-Musgroßgeworden. Die Säuglinge sind auf alle Fälle dafür, die Stillzeit zu verlängern!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Vorsicht, Emanzipation! ...

Die „Hamburger Morgenpost" berichtete am 6.5. unter der Überschrift „Vorsicht bei der Emanzipation!" von einem angeblich „hochgeachteten britischen Wissenschaftler", einem Prof. Ivor Mills, dem der Schreck über die voranschreitende Frauenemanzipation wohl furchtbar in die Knochen gefahren ist.

Die um ihre Befreiung kämpfenden Frauen kriegen nun von ihm eins mit der „wissenschaftlichen" Keule übergebraten, denn: *„Der aggressive Kampf um die Emanzipation setzt mehr männliche Hormone frei. Das kann die Eierstöcke schädigen und die Frauen steril machen".*

Frauen, macht euch nichts draus, man trägt sowieso wieder Bart!

Prinz Charles Frauenfeind

Als „idiotisch" hat Großbritanniens Thronfolger Prinz Charles die Frauen bezeichnet, die für ihre Emanzipation kämpfen.

Sie alle würden umherlaufen und versuchen, alle anderen Frauen von ihren Ansichten zu überzeugen. In Wirklichkeit wollten sie bloß selber Männer sein.

Außerdem hätten sie nicht erkannt, daß gerade die Kindererziehung eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe ist. „Die Frau gehört an den Herd" ist die Parole, die von der Zeitschrift „Good Housekeeping" (Gute Hauswirtschaft), die das Interview machte, begierig aufgegriffen wurde.

Aber ehrlich, wer hätte was anderes vom kommenden König „von Gottes Gnaden" erwartet??

Baby-Handel in den USA oder Ein Baby in Auftrag gegeben

Was fast an das Unternehmen „Lebensborn" im Hitler-Faschismus erinnert, ist in den USA heute alltägliche Praxis: *„Bei Anwälten können sich interessierte Ehepaare Fotoalben mit Bildern von hübschen Mädchen und jungen Männern ansehen, die bereit sind, ein Baby zuzeugen und es sofort nach der Geburt an Adoptiveltern zu verschachern"* („Bild", 27.4.76). Für ein Baby, das „in Auftrag gegeben" worden ist, müssen die „Empfänger" bis zu 125.000 Mark bezahlen. Mit Kopfgeld-Prämien werden schwangere Frauen von den „Maklern" angelockt, um ihre Babies zu verkaufen. Ein Staatsanwalt schätzt, daß jährlich etwa 20.000 Babies auf diese Weise neue Eltern bekommen.

Solange die Adoptionsgesetze mit den langen Wartezeiten weiter so bestehen bleiben, werden die verbrecherischen Baby-Händler weiterhin aus der Not der schwangeren alleinstehenden Frauen, der Mütter, die schon viele Kinder haben und der Eltern, die sich Kinder wünschen, ihr Kapital schlagen. Offensichtlich gibt es in den USA keine Proteste gegen diese menschenverachtenden Machenschaften.

Angeblich ist die Polizei machtlos gegen die Menschenhändler, da derzeitig geltende Gesetze nichts dagegen einwenden könnten.

Wie sollte auch die amerikanische Regierung gerade darauf kommen, Gesetze gegen Menschenhandel zu erlassen, da sie ja selbst allzu gern mit Menschen aus den vom US-Imperialismus besetzten Ländern handelt ...

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Gewalt gegen Kinder

„Kleiner Junge totgeprügelt – er hatte Limonade verschüttet.“ „Vater schloß seine Familie in brennender Wohnung ein, weil er ein ‚neues Leben‘ beginnen wollte.“ „Vater erhängte seine achtjährige Tochter, als seine Frau von Scheidung sprach.“ „Nach dem Ehestreit Baby erschossen.“ „Elfjähriger hatte ein paar Mark gestohlen: Vater kettete seinen Sohn mitten im Dorf an einen Betonmast.“

Kinder werden mißhandelt und erschlagen, weil sie unachtsam waren, weil sie ihren Eltern „auf den Nerv gingen“; Kinder werden Opfer von Eheauseinandersetzungen. Solche Meldungen finden sich regelmäßig – als billige Sensation aufgemacht – in den Spalten der bürgerlichen Presse. Sie zeigen die Spitze eines Eisberges von Kindesmißhandlung, von Gewalt gegen Kinder überhaupt in der BRD.

Tatsächlich werden in der BRD nach verläßlichen Berechnungen eine Million bis 1.6 Million Kinder mißhandelt („päd-extra“ 4/75). Dabei fallen unter Mißhandlungen nur Fälle von besonderer Brutalität, bei der das Kind dauernde Schäden davonträgt. Ohrfeigen u.ä. „Erziehungsmittel“, die hin und wieder oder gar regelmäßig von Erwachsenen gegenüber Kindern angewandt werden bei diesen Zahlenangaben gar nicht erfaßt.

An den erlittenen Mißhandlungen sterben pro Jahr mindestens 1.000 Kinder („Spiegel“ 7/72), umgebracht aus den nichtigsten Anlässen.

Schaut man sich die Formen von Kindesmißhandlungen an, fühlt man sich an die Zustände in faschistischen KZ s erinnert.

Eine Untersuchung von 381 Fällen von Kindesmißhandlung in Hamburg aus dem Jahre 1972 führt u. a. folgende „Erziehungs“methoden auf: 82 Kinder wurden durch Faustschläge gegen Kopf und Bauch traktiert; 72 Kinder wurden mit Stöcken, Axtstielen, Wäschestangen brutal zusammengeschlagen; 41 Kinder wurden in Bauch und Gesäß getreten; 21 Kindern wurden Glieder gebrochen und verrenkt; 10 wurden gewürgt; 5 wurden gezwungen, ihren eigenen Kot zu essen (Bleuel, „Kinder in Deutschland“). In Frankfurt wurde ein vierjähriger Junge *„von seinen Eltern an einem Haken mit dem Kopf nach unten aufgehängt. Andere Kinder mußten stundenlang auf Mais oder Erbsen knien“* („Neues Deutschland“, 16.1.76).

Über eine Million Kinder sind also jährlich in der BRD den barbarischesten Foltermethoden ausgesetzt.

Ursachen der Kindesmißhandlung

Ursachen der Kindesmißhandlung

Die bürgerliche Presse versucht, die Alltagserscheinung „Kindesmißhandlung“ zu einer Randerscheinung zu machen.

Das fängt damit an, daß die Zahlen, die die bürgerliche Presse und Polizeibehörden über das Ausmaß von Kindesmißhandlungen angeben, weit untertrieben sind. „Bild“ spricht von 12.000 Fällen (23.5.75), die „Welt“ ringt sich zu 30.000 bis 40.000 durch („Welt“, 22.11.75). Nachdem so das Ausmaß der Kindesmißhandlungen heruntergespielt worden ist, wird kräftig der „Tätertyp“ beschrieben, der Täterkreis eingeengt:

In ellenlangen „Untersuchungen“ wird ein Tätertyp beschrieben, der „ungelernt, arm“, „arbeitsunwillig, haltlos“, „primitiv“ u. v. m. ist.

Wie immer, wenn es darum geht, das Ansteigen von Gewalt und Kriminalität in den kapitalistischen Ländern zu erklären, versucht die Bourgeoisie auch bei der Gewalt gegen Kinder, diese zum Werk von „haltlosen“ und „bösartigen“ Existenzen zu erklären, die als „einzige Entschuldigung“ eine „schwere Jugend“ oder einen „niedrigen Intelligenzquotienten“ vorweisen können.

Erwähnt sei hier nur der Fall der Helga N. In ihrer Ehe völlig fertig gemacht von ihrem Mann, versuchte sie sich von ihm scheiden zu lassen. Als das Vormundschaftsgericht dem Mann erlaubte, wenn nötig mittels eines Gerichtsvollziehers, Besuche bei den Kindern zu erzwingen, brachte sie die drei Kinder um. Der gerichtlich bestellte Gutachter unterhielt sich zweieinhalb Stunden mit Helga N. Dann erklärte er sie für „vermindert zurechnungsfähig“.

Demgegenüber muß ganz eindeutig herausgestellt werden, daß es sich bei Kindesmißhandlungen nicht um „individuelles Versagen schwacher Geister“ handelt, sondern daß Gewalt gegen Kinder durch die in dieser Gesellschaft herrschenden Verhältnisse erzeugt wird.

Wenn man mit zwei Kindern in einer 5-Zimmer-Wohnung lebt, fällt es natürlich erheblich leichter, auf Prügel zu verzichten oder zumindest nicht so oft zuzuschlagen, als wenn man mit drei, vier Kindern in einer 2-Zimmer-Wohnung lebt, wo das Kind kein eigenes Bett hat – das ist in der BRD bei 800.000 Kindern so (Bleuel, „Kinder in Deutschland“) – und durch seine bloße Anwesenheit manchmal schon auf den Nerv geht.

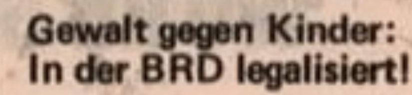
Die Kinder als „schwächste“ Teile der Gesellschaft bekommen gerade die Aggressionen ab, die ganz woanders entstanden sind – nämlich an den untragbaren Bedingungen, unter denen viele Eltern, insbesondere Arbeitereltern leben.

Die durch die Wirtschaftskrise verschärfte wirtschaftliche Not in vielen Familien, Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse, daneben Darstellung und Verherrlichung von Gewalt in Film, Fernsehen, Presse – das sind die Ursachen für den Anstieg von Alkoholismus, von Kriminalität und vor allem von Gewaltakten gegen Frauen und Kindern.

– das sind die Ursachen für den Anstieg von Alkoholismus, von Kriminalität und vor allem von Gewaltakten gegen Frauen und Kindern.

Die erwachsenen Werktätigen „rächen“ sich an ihren Kindern für Unrecht, das ihnen selbst ganz woanders (vor allem am Arbeitsplatz) zugefügt wird.

Die bürgerlichen Gesetze tragen diesem Zustand Rechnung und lassen Gewalt gegen Kindern den Erwachsenen als Ventil offen, um ihre Aggressionen abzureagieren.





Gewalt gegen Kinder: In der BRD legalisiert!

Die Gesetze der BRD haben nämlich gegen Gewalt gegen Kinder überhaupt nichts einzuwenden, sie wenden sich erst gegen ganz brutale Formen dieses Verbrechens.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch, das die meisten zivilrechtlichen Schikanen der Klassenjustiz zusammenfaßt, wird im § 1626 das Kind der „elterlichen Gewalt“ unterstellt. Und diese beinhaltet u. a. auch das Recht der Eltern, ihre Kinder zu züchtigen, oder wie es im einschlägigen Kommentar zum BGB heißt: *„Jedes Elternteil (kann) ... unmittelbare Gewalt oder körperliche Züchtigung“* anwenden (Palandt, BGB, 1973).

„Kritisch“ wird es erst, wenn Eltern dabei ein bißchen zu weit gehen. Dann könnten sie mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen, daß sich dem „Schutz des Kindes“ annimmt und verbietet, daß ein Kind gequält oder „roh mißhandelt“ wird. Kinderfeindlicher geht's kaum noch! Die bürgerlichen Gesetze erlauben es den Erwachsenen, ihre Kinder zu mißhandeln, die Mißhandlung darf nur nicht „roh“ sein!

Und wenn es vor einem bürgerlichen Gericht darum geht, abzuwägen, wieweit Eltern von ihrem „Züchtigungsrecht“ Gebrauch gemacht haben oder ob sie schon „mißhandelt“ haben, wird das „Züchtigungsrecht“ sehr großzügig ausgelegt. So verkündete Eduard Dreher, einstmals Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium in seinem einschlägigen Kommentar zum Strafgesetzbuch: *„Eltern, die ihre 16-jährige sittlich verdorbene Tochter durch Kurzschneiden der Haare und Festbinden an Bett und Stuhl züchtigen, überschreiten nicht das elterliche Züchtigungsrecht“* (Dreher, StGB). Von Kindesmißhandlung kann man in so einem Fall wohl erst reden, wenn die Eltern unter dem Stuhl Feuer anzünden?

Das Züchtigungsrecht ist jedoch nicht auf die Eltern beschränkt. Im gleichen Schweinskommentar zum Strafgesetzbuch bekommt man nämlich als Erwachsener bestätigt: *„Danach kann man auch fremde Kinder wegen grober Unart (!) züchtigen, falls Ahndung auf der Stelle erforderlich ist und nach Lage der Sache der Erziehungsberechtigte pflichtgemäß zustimmen müßte.“* D. h. es ist „legal“, jedes Kind, das einem über den Weg läuft, zu schlagen, wenn es „unartig“ erscheint. Und die Eltern des Kindes werden dagegen überhaupt nichts unternehmen können, weil ja „pflichtgemäß“ die „Züchtigung“ notwendig war! Auch Eltern, die sich entschlossen haben, ihr Kind nicht zu schlagen, können nicht si-

notwendig war! Auch Eltern, die sich entschlossen haben, ihr Kind nicht zu schlagen, können nicht si-

cher sein, daß ihnen nicht andere diese „Erziehungsaufgabe“ abnehmen.

Gewalt gegen Kinder: normal ...

Dieses Züchtigungsrecht der Eltern, daß die Kinder seit Jahrhunderten unterdrückt, erscheint dann auch dem „Bundesbürger“ als die natürlichste Sache von der Welt. Befragt, ob sie *„Körperstrafen für ein geeignetes Mittel zur Erziehung von Kindern halten“*, antworteten 70 % in einer „Repräsentativumfrage“ mit ja („Welt“ vom 22.11.75). Ähnliches zeigt eine Umfrage von Infas, in der festgestellt werden sollte, was die „Bevölkerung“ der BRD für strafwürdig hält. 77 % entschieden sich für Tierquälerei. Prügeln von Ehefrau und Kindern folgte in dieser Rangliste erst auf Platz 4 und 5, nach „Fahren ohne Führerschein“ und „Rauschgift“ (Bleuel, „Kinder in Deutschland“).

Wenn aber 70 % der Erwachsenen das Schlagen von Kindern richtig finden und man den nicht allzu kühnen Schluß zieht, daß diese das dann auch praktizieren, kann man feststellen, daß mindestens 10 Millionen Kinder in der BRD geschlagen werden. Dementsprechend verkündet auch so mancher bürgerliche Politiker, daß er von Zeit zu Zeit seinem Kind man einen „Ermahnungsschlag“ gibt, oder aber in den gleichen Blättern, die den mißhandelten Kindern Mitleid heucheln, lassen sich „Kinderpsychologen“ darüber aus, wieviel Schläge einem Kind noch guttun.

Die alltägliche Gewalt gegen Kinder ist fester Bestandteil westdeutscher Erziehungspraxis.

Polizei und Justiz – machtlos?

Die „feine“ Unterscheidung zwischen der erlaubten „Züchtigung“ und der Mißhandlung, den die bürgerlichen Gesetze machen, führt dazu, daß die Aufklärungsrate dieser Verbrechen verdammt niedrig ist.

Von den 1.000 Kindesmorden werden nur 110 bis 150 Fälle jemals erfaßt, die übrigen Morde können vertuscht werden (lt. „Welt“ vom 22.11.75).

Von den Kindesmißhandlungen, die nicht tödlich enden, wird nicht mal ein Prozent (!) aufgeklärt. 1973 wurde in 1934 Fällen der Täter ermittelt („päd-extra“, 4/75), inzwischen ist die Zahl auf über 2.000 („Spiegel“, 30/75) angestiegen.

Erwachsene, die Kinder mißhandeln, können sich also zu über 99 % sicher sein, daß sie unbehelligt davonkommen, während den betroffenen Kindern jeden Tag vor Augen geführt wird, daß sie völlig rechtlos und schutzlos sind.

Wenn dann trotzdem ein Erwachsener wegen Kindesmißhandlung vor Gericht steht, stehen seine Chancen relativ gut. 1969 wurden 40 % der Angeklagten freigesprochen, die übrigen kamen mit Strafen zwischen einem und zwölf Monaten davon („Spiegel“, 7/ 72). Die Freigesprochenen hatten eben nur „gezüchtigt“.

(„Spiegel“, 7/ 72). Die Freigesprochenen hatten eben nur „gezüchtigt“.

Gewalt gegen Kinder – nein!

Im Gegensatz zu geprügelten Frauen, die immer noch – eng begrenzte – Möglichkeiten haben, sich gegen Gewalt zu wehren, hat das Kind überhaupt keine Chance, Prügeln und Mißhandlungen zu entgehen.

Der Kampf, den wir in dieser Gesellschaft gegen die Barbarei, der die Kinder durch einfache Gewalt oder gar Folter ausgesetzt sind, aufnehmen müssen, findet an drei Fronten statt.

Den Kampf gegen die Ursachen der Gewalt gegen Kinder zu führen, heißt gegen diese Zustände kämpfen, in denen Erwachsene ihrem Ärger, ihrem „Genervtsein“ dadurch Ausdruck verleihen, daß sie sich aus nichtigstem oder gar keinem Anlaß an Kindern vergreifen. Dafür müssen wir den Eltern klarmachen, daß sie ihr Kind nicht prügeln, weil es irgendetwas falsch gemacht hat, sondern daß sie es prügeln, weil die gesellschaftlichen Zustände sie zur Gewalttätigkeit treiben. Dabei sind dann die Kinder die Opfer, die sich am wenigsten wehren können.

Der Kampf ist zu führen, gegen die Legalisierung der Gewalt gegen Kinder, mit denen sehr bewußt den Erwachsenen ein Ventil offen gelassen werden soll.

Die Dritte Front des Kampfes ist der Kampf gegen die Ideologie, daß das Schlagen von Kindern etwas ganz „Selbstverständliches“ sei. In der Tat werden seit Jahrtausenden in den „Kulturvölkern“ Frauen und vor allem Kinder geschlagen. Viele Erwachsene, die als Kind dieses „Erlebnis genossen“ haben, stellen sich auf den Standpunkt: „Mir hat's nichts geschadet, also schadet es meinem Kinde auch nichts“.

Standpunkt: „Mir hat's nichts geschadet, also schadet es meinem Kinde auch nichts“.

Von dieser „Kultur“ können viele „Naturvölker“ noch einiges lernen. Die Eskimos z. B. schlagen ihre Kinder grundsätzlich nicht.

KAMPF EINEM SYSTEM, DASS ERWACHSENE DAZU TREIBT, KINDER ZU SCHLAGEN!

FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES „RECHTES“ DER ERWACHSENEN, KINDER ZU SCHLAGEN!

GEWALT GEGEN KINDER – NEIN!

Kinderkommission

Contergan-Kinder Perspektive: Arbeitslos

200 Contergan-Kinder verlassen diesen Sommer erstmals die Schulen. Nächstes Jahr werden es 500 sein.

Nun steht diesen Kindern eine Zukunft als Rentner bevor. Denn das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit verweigerten die Kostenübernahme für eine Untersuchung im Behindertenzentrum Neckar-Gemünd, die speziell die Arbeitsmöglichkeiten für Contergan-Kinder feststellen sollte. Und das, nachdem es schon Jahre dauerte, bis Spezialgeräte entworfen und Therapeuten bereitgestellt wurden. Nur zu oft mußten die Eltern der 2.500 Contergan-geschädigten Kinder selbst zahlen, um ihren Kindern wenigstens etwas Hilfe zukommen zu lassen.

Nach Meinung der Bundesanstalt für Arbeit ist nun die Arbeitsverwaltung erst dann zuständig, wenn die Kinder bereits auf Arbeitssuche sind. Doch wie es dann aussieht, zeigen bereits die ersten Fälle: Sie werden als berufsunfähig eingestuft und erhalten eine Rente von höchstens 450 DM (!). Diese war ursprünglich als „Beihilfe“ für besondere Anschaffungen gedacht, wird nun aber natürlich allein zum Lebensunterhalt benötigt.

Über 1.000 Kinder und deren Eltern wollten deshalb am 14.4. in Bonn demonstrieren; doch „spendete“ die Bundesregierung noch mal schnell 50 Mio. DM für die Contergan-Stiftung und erhöhte die Renten um 25 % (zum ersten Mal!).

Brachte die Contergan-Affäre bereits zum Ausdruck, wie menschenfeindlich die Gesundheitspolitik des Kapitalismus aussieht, wie Menschen immer wieder als Versuchskaninchen für die pharmazeutische Industrie herhalten müssen, so liegt die Perspektive, die der Staat den Contergan-Kindern nun bietet, voll auf dieser Linie.

KB Gruppe Eutin/ Kiel

Forts. von S. 1

DRUCKER-STREIK

In einer Weise, wie sie bisher nur bei Arbeitskämpfen ausländischer Kollegen praktiziert wurde, kam beim Druckerstreik Polizei zum Einsatz. Wo Ketten streikender Arbeiter durch passiven Widerstand die Auslieferung von „Notausgaben" verhindern wollten (die mit Hilfe von Meistern und Leitenden Angestellten gedruckt worden waren), kam es oft zu brutalen Knüppeleinsätzen der Polizei. Auch auf diesem Gebiet unternehmen die Kapitalisten und ihr Staat alle Anstrengungen, um nach einer Phase relativer sozialer Ruhe die Polizei als gewaltsamen „Ordnungsfaktor" wieder zu einer alltäglichen und gewohnheitsmäßig hingenommenen Erscheinung zu machen.

Kampagne gegen das Streikrecht

Die Kapitalisten führten gegen den Drucker-Kampf eine massive Hetzkampagne, deren Ziel wieder einmal das Streikrecht insgesamt war.

Nach „bewährtem" Muster ließen die Kapitalisten mit Vorliebe andere für sich reden. So tauchte eine offensichtlich fingierte „Unabhängige Initiative kritischer Zeitungsleser" auf, die auf Flugblättern, die schon rein äußerlich total denen des Kapitalistenverbandes Druck glichen, astreine Unternehmerstandpunkte schmackhaft machen wollte. Die „Zeitungsleser" der BRD wurden darin aufgefordert, *„den Widerstand der Druckerei-Industrie* (gegen die Drucker!) *„begreiflich zu finden"*. Sie sollten gegen die streikenden Drucker *„protestieren – jeder auf seine Weise!"*

In einer BILD-„Notausgabe" wurde ein angeblicher LKW-Fahrer aufgetischt *(„Name ist der Redaktion bekannt")*, dem geradezu unglaubliche Dummdreistigkeiten in den Mund gelegt wurden: Er vom Transportgewerbe könnte ja auch nicht streiken, denn sonst *„müssen Eure Familien hungern, weil kein Brot und Fleisch, keine Lebensmittel transportiert werden"*. Die Reihe ließe sich beliebig ergänzen, mit der Konsequenz: Die Arbeiter dürfen alle nicht streiken – weil sie sonst anderen Arbeitern schaden – also müssen sie wohl am besten widerstandslos vor den Unternehmern kuschen! ...

Aus dem Klassenkampf zwischen Druckern und Druck-Kapitalisten sollte auf diese Weise ein Konflikt zwischen den Druckern und dem Rest der Werktätigen gemacht werden.

Aber auch an die Ausrichtung der e i g e n e n Reihen hatten die Druck-Kapitalisten gedacht: So mit einem Flugblatt nach Verhängung der Aussperrung durch den Kapitalistenverband Druck *„Jetzt heißt es, Solidarität zu üben!"*. Unter der verlogenen Devise *„Die Aussperrung verteilt die Lasten des Arbeitskampfes auf die Schultern aller Druckbetrie-*

logenen Devise *„Die Aussperrung verteilt die Lasten des Arbeitskampfes auf die Schultern aller Druckbetrie-*
be" wurde in Wirklichkeit die Masse der kleinen und mittleren Druckkapitalisten auf die harte Linie einiger weniger Druckmonopole gezwungen. Es „solidarisierte" sich mit den Druckkapitalisten auch sogleich die gesamte ‚Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände' (BDA), deren Chef der Altnazi Schleyer ist.

Versuche, die Werktätigen gegeneinander auszuspielen und zu spalten, gehen Hand in Hand mit Bemühungen des Großkapitals, die e i g e n e Klasse enger zusammenzuschließen.

In unzählbaren bestellten Kommentaren wurde unverholen das Streikrecht der Drucker attackiert – mit der Begründung, es verstoße gegen das „Grundrecht der Informationsfreiheit". Druckerstreik „verfassungswidrig", diese Platte werden wir in nächster Zeit wohl noch öfter zu hören kriegen!

Was unter „Pressefreiheit" i h r e r Meinung nach zu verstehen ist, definierten die Druckkapitalisten und ihre Lohnschmierer so (nachdem Drucker einige besonders üble Anmachen aus den Vorlagen entfernt und die entsprechenden Stellen weiß gelassen hatten): Die Drucker müssen drucken, was man ihnen vorlegt, egal ob diese Sachen *„populär, gesellschaftlich nützlich oder wahr"* sind! („Süddeutsche Zeitung"). Konkret wurde von den Druckern verlangt, einen Schmierartikel zu bearbeiten, in dem faustdicke Lügen über die Höhe ihres Lohnes standen!! „Pressefreiheit" bedeutet also für die Kapitalisten das Recht, Lügen zu verbreiten. „Informationsfreiheit" ist das Recht, diese Lügen zu lesen!

Kennzeichnend überhaupt die Sprachregelung der Kapitalisten: Der Streik der Drucker war für sei *„eine Rücksichtslosigkeit ohnegleichen"*, während die Aussperrung eine „Notwehrmaßnahme" sei (Flugblatt des Druck-Kapitalistenverbandes).

Immer wieder wurde auch behauptet, die Gewerkschaftsführer hätten *„offensichtlich mehr als die Tariferhöhung im Sinn"*. *„Einige Funktionäre"* wollten *„Macht demonstrieren. Auf dem Rücken der Arbeitnehmer, der Betriebe und vieler Millionen Leser"*. Von *„vorprogrammierter Erpressung"* war die Rede und vom *„Größenwahn der IG Druck-Funktionäre"*, die *„zweifellos von RGO-Leuten terrorisiert"* worden seien (alles Zitate aus Flugblättern der Druckkapitalisten).

Womit die Kapitalisten und ihre Lohnschmierer wohl beim Lieblingsthema gelandet wären: „Die bösen Kommunisten sind an allem schuld!" So entblödeten sie sich nicht einmal, in einem ihrer Blätter zu erwähnen, daß IG Druck-Chef Mahlein *„bis 1956 aktives Mitglied der später verbotenen KPD"* gewesen sei.

Für einen ‚Nachschlag' spätestens im Herbst!

Die Führer der IG DruPa waren in die diesjährige Tarifrunde allerdings mit einer – im Vergleich zu den anderen Industrie-Gewerkschaften – „hohen" Forderung und mit auffallend „radikalen" Tönen eingestiegen.

Daß die DruPa-Führung damit keineswegs die von Kapitalistenverbänden und Bundesregierung vorgegebene Lohnleitlinie zu verlassen beabsichtigte, sondern lediglich auf die sichtbar gewordenen konjunkturellen Tendenzen („Aufschwung") reagierte, wurde in ihrem Zentralorgan deutlich ausgesprochen:

„Im Unterschied zu den Tarifabschlüssen anderer Gewerkschaften endet unser Tarifvertrag nicht schon Ende 1976, sondern läuft bis ins nächste Jahr hinein: bis zum 31. März 1977. Schon heute ist zu erwarten, daß andere Gewerkschaften im Sommer über einen ‚Nachschlag' verhandeln" (2.4.76).

DruPa-Vorstandsmitglied Hensche erklärte in einem Interview gegenüber dem „Spiegel" unumwunden, daß er befürchte, *„daß es zu einem heißen Herbst kommen wird, mit Unzufriedenheit unter den Arbeitnehmern, vielleicht sogar mit einer Vielzahl spontaner Streiks"* (3.5.76). Vor dem Hintergrund von 32.000 wegrationalisierten Arbeitsplätzen seit 1970 (im Druckbereich) und z.Zt. 10.000 arbeitslosen Druckern, bei gleichzeitiger Profitsteigerung bis zu 20 Prozent in diesem Jahr, lasse sich der „Glaubenssatz" der Kapitalisten, „mehr Gewinn, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze", nicht mehr so ohne weiteres verkaufen.

Den Führern der IG DruPa ist mithin in der diesjährigen Tarifrunde die Rolle zugefallen, die zu erwartende „Unruhe" in der Arbeiterschaft gewissermaßen vorwegzunehmen und auszuloten, ob mit geringfügig höheren Abschlüssen die Kollegenschaft „bei der Stange" zu halten ist.

Die Sorge, daß ihnen im Herbst die Kontrolle über die Arbeiterschaft entgleiten könnte, plagt offenbar auch die Führer der anderen Gewerkschaften: So tönte bereits unmittel-

entgleiten könnte, plagt offenbar auch die Führer der anderen Gewerkschaften: So tönte bereits unmittel-
bar nach Abschluß der diesjährigen Metall-Tarifrunde der IGM-Vorsitzende Loderer, im Falle eines „außerordentlichen" Konjunkturaufschwungs im Herbst einen ‚Nachschlag' an Lohn- und Gehaltsaufbesserungen durchsetzen zu wollen.

Bei diesen verbalen Kraftakten wirkt offenbar noch der Schrecken nach, den die Arbeiterschaft den Gewerkschaftsführern im „Heißen Herbst" 1969 einjagte, als sie sich in spontanen Kampfaktionen nachträglich das holte, was ihnen die „offizielle Tarifpolitik" ihrer Gewerkschaft nicht zu geben vermochte (die Sicherung des Reallohns).

Die Lohnraubabschlüsse dieses Jahres in ausnahmslos allen Tarifbereichen wurden von den Gewerkschaftsführern damit begründet, daß es gegolten hätte, einen „Stabilitätsbeitrag" der Arbeitnehmer" zu leisten. Die Höhe der Lohn- und Gehaltserhöhungen hätte sich bemessen müssen an der „schwierigen wirtschaftlichen Lage" (der Kapitalisten, nicht etwa der Arbeiterhaushalte).

Diese freche Lüge wurde noch einmal (vermutlich unfreiwillig) von Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich entlarvt, der unlängst vorm Bundestag erklärte, daß bereits *„im vorigen Herbst"* festgestellt worden sei, *„daß alle (*Konjunktur) *Kurven sich zum Teil seit August vorigen Sommers n a c h o b e n bewegen"*

Also aller Grund, um kräftig zuzulangen! Erinnern wir uns auch an folgendes: Als im September 1969 die Arbeiter ihren „Nachholbedarf" mit spontanen Streiks einforderten, standen gerade Bundestagswahlen vor der Tür. Das erleichterte es den Arbeitern, sich mit ihren Forderungen durchzusetzen, da Großkapital, Staat und bürgerliche Parteien in dieser Situation an „Unruhe" in den Betrieben nicht interessiert waren. – Nun, auch in diesem Jahr stehen Bundestagswahlen an. Eine gute Gelegenheit, die nicht ungenutzt verstreichen sollte!

Bullenknüppel gegen Drucker

In ihren Repressalien gegen die streikenden und ausgesperrten Drucker werden die Kapitalisten zunehmend brutaler. Waren es in der ersten Phase des Streiks die Aussperrungen auch der nicht streikenden Kollegen und Repressalien gegen einzelne, wie Kündigung, Beurlaubung usw., mehren sich jetzt die Fälle, wo auf Befehl der Kapitalisten massive, bürgerkriegsmäßig ausgerüstete Polizeikräfte gegen die Kollegen eingesetzt werden. Inzwischen ist es in der vergangenen Woche bereits zu etlichen Knüppeleinsätzen der Bullen gegen Kollegen gekommen, bei denen zum Teil sogar Drucker vorübergehend festgenommen wurden und mit einem Strafverfahren rechnen müssen.

Es ist ganz offensichtlich: Die Druckkapitalisten wollen mit a l l e n Mitteln, auch denen des Polizeiknüppels, die Druckarbeiter in die Knie zwingen. Immer deutlicher erweist sich auch, daß die Polizei ihr wirkliches Hauptquartiert beim „Bundesverband Druck" in Wiesbaden hat. In diesem Land steht der staatliche Gewaltapparat zur freien Verfügung der Kapitalisten, wenn es darum geht, die berechtigten Kämpfe der Arbeiter und Angestellten niederzuringen. Hier eine wahrscheinlich unvollständige Aufzählung der Polizeiprovokationen:

München, 6. Mai: Streikposten und streikende Kollegen, deren Zahl auf rund 200 anwuchs, blockierten die Torausfahrt des Pressehauses Bayerstraße, um die Auslieferung des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes" und des „Werbespiegel" durch zwei Lastwagen zu verhindern. Die Kapitalisten forderten Polizeikräfte an. Auch nachdem die Bullen zunächst eine Stunde lang mit den Kollegen „verhandelt" hatten, weigerten sich die Drucker, den von Streikbrechern und höheren Angestellten hergestellten Zeitungen den Weg freizumachen. Die Polizei ließ daraufhin demonstrativ zahlreiche Polizeiwagen auffahren und rund 100 Bullen aufmarschieren, die die Straße vor dem Pressehaus generalstabsmäßig abriegelten. Auf diese bewußte Provokation antworteten die Kollegen mit einem sit-in und Parolen wie *„Polizeistaat"*. Schließlich knüppelten die Bullen mit ihrem massiven Aufgebot die Drucker auseinandern.

Reutlingen, 7. Mai: Einen größeren Polizeieinsatz gegen Drucker gab es auch in Reutlingen gegen Kollegen, die durch ein sit-in die Auslieferung einer von Streikbrechern gedruckten Notausgabe des „Reutlinger Generalanzeigers" verhindern wollten. Die Kapitalisten forderten auch hier Bullen an. Die Polizei räumte die Straße von den etwa 120 versammelten Kollegen und nahm – ein besonderer Hammer – 31 Kollegen fest. Wie ein Polizeisprecher später bekanntgab, wird gegen diese Kollegen ein Strafverfahren wegen „Verdachts der Nötigung" bzw. „unerlaubter Ansammlung" angestrengt.

Neumünster, 7. Mai: In einer gemeinsamen Aktion von Druckerkollegen aus Itzehoe, verstärkt durch Drucker aus Rendsburg und Hamburg (so soll es sein), versucht ein Truppe die Auslieferung von Streikbrecher- Zeitungen aus der Druckerei Wachholz in Neumünster zu verhindern. Ein Bündel „Holsteiner Courier" wurde mit großem Hallo in Fetzen gerissen. Die Streikbrecher mitsamt ihren Zeitungen wurden mit Taxis aus der Druckerei geholt, die z.T. brutal in die Streikpostenkette fuhren. Der letzte Streikbrecher wurde unter Polizeischutz in einem Bullen-VW herausgeholt.

Hamburg, 5. Mai: Eine Provokation leistete sich die Versandleiterin des Heinrich-Bauer-Verlages, als sie sich weigerte, der Aufforderung der Streikposten, ihren Kofferraum zu öffnen, nachzukommen: Sie drückte auf's Gaspedal und fuhr rücksichtlos drei Kollegen um, denen glücklicherweise nichts schlimmeres passierte. Wenig später rückte sie wieder an – diesmal mit Bullen. Sie hatte gegen die Kollegen Strafanzeige erstattet. ...

Hamburg, 7.Mai: Hier versuchten die Kapitalisten besonders beim Bauer-Verlag immer wieder mit LKW's die Streikpostenkette zu durchbrechen. Als sich immer mehr Kollegen ansammelten, um dies zu verhindern, forderte die Geschäftsleitung Polizeikräfte an. Ein Knüppeleinsatz der Bullen wurde nur durch das solidarische Verhalten eines LKW-Fahrers verhindert, der sich trotz Aufforderung durch die Polizei weigerte, loszufahren – er hätte sonst der Polizei den gewünschten Vorwand zur gewaltsamen Räumung der Ausfahrt gegeben.

Westberlin, 8. Mai: Hier gab es vor der Mercator-Druckerei, in der der „Tagesspiegel" und „Der Abend" hergestellt werden, den bisher brutalsten Bulleneinsatz. Etwa 300 Kollegen hatten die Ausfahrt blockiert, um die Auslieferung einer Notausgabe des „Tagesspiegel" zu verhindern. Die von der Geschäftsleitung angeforderten Polizeikräfte schossen sofort mit Tränengasgranaten in die Menge, wobei einige Kollegen durch die Geschosse verletzt wurden. Danach wurde der Knüppel eingesetzt. Zwar gelang es den Bullen durch dieses brutale Vorgehen, den Ausgang für sieben LKW's freizuknüppeln, allerdings gingen auch vier Polizisten durch den kämpferischen Einsatz der Kollegen lädiert aus der Auseinandersetzung hervor: Sie wurden durch Steinwürfe verletzt, mehrere Kraftfahrzeuge der Polizei wurden beschädigt. Eine böse Überraschung erlebte einer der Auslieferungswagen nur wenige Straßen von der Druckerei entfernt: Er wurde von mehreren Kraftfahrzeugen gestoppt und von den streikenden Kollegen ausgeräumt.

Auf einer Versammlung haben die Drucker inzwischen beschlossen, sich von den Bulleneinsätzen nicht einschüchtern zu lassen und die Belagerung der Mercator-Druckerei fortzusetzen!

Neben den Polizeikräften heuern die Druckkapitalisten offensichtlich auch zunehmend bezahlten Provokateure aus kriminellen und faschistischen Kreisen an, um die Drucker einzuschüchtern und Anschläge auf einzelne Kollegen durchzuführen. Bisher konnte allerdings keiner dieser Elemente dingfest gemacht und seine Hintermänner und Auftraggeber entlarvt werden, was wohl nicht zuletzt an der ganz im Gegensatz zu den Knüppeleinsätzen gegen die Drucker stehenden – mangelnden „Einsatzbereitschaft" der Polizei scheiterte. An Provokationen und Anschlägen zumindest hat es nicht gefehlt:

– Zweimal wurde in der Nacht zum 30.4. in München versucht, Streikposten vor dem Buchgewerbehaus, in dem u.a. die „Bild"-Zeitung hergestellt wird, mit einem Auto zu überfahren. Ein Kollege der IG Druck dazu: *„Der Wagen versuchte, unseren Kollegen auf dem Bürgersteig zu erfassen. Er konnte sich nur durch einen raschen Sprung in den Hauseingang retten. Die Polizei hat bisher nicht (! ! !) ermittelt."*

– Am selben Tag ging im DGB-Haus in München (Sitz der Streikleitung) eine anonyme Bombendrohung ein. Die Polizei wollte zuerst das gesamte Haus räumen lassen, wodurch natürlich die Streikleitung lahmgelegt worden wäre. Erst nach Protest konnte jeder „auf eigene Verantwortung" in dem Gebäude bleiben (nach „Extra-Dienst", 4.5.).

– Wie der IG Druck-Vorsitzende Max Melzer am 7. Mai erklärte, hat es in Hessen mehrmals Gewaltanwendung gegenüber Streikposten gegeben. In den letzten Tagen sind vor fünf Betrieben insgesamt zehn Streikposten *„mit Vorsatz angefahren und zum Teil schwer verletzt worden"* („dpa").



Hamburg: Über 2000 Drucker-Kollegen demonstrierten noch am Vormittag des 13. Mai für 9 % (mind. 140 Mark) – Zur selben Zeit schlossen die DruPa-Führer bei 6 % ab!

aus Betrieb und Gewerkschaft

Heidenreich & Harbeck, Hamburg:

Betriebsstillegung soll besiegelt werden



Wie in den letzten AK's berichtet, geht es bei H&H darum, unter den Kollegen eine einheitliche Front gegen die Stillegungspläne der Kapitalisten aufzubauen. Nach einem andertalbstündigen Proteststreik der Kollegen und einer von den Linken durchgesetzten Betriebsversammlung, fand am letzten Donnerstag, den 6. 5. , erneut eine Protestversammlung vor dem Werk während der Arbeitszeit mit ca. 400 Kollegen statt. Aufgerufen hatte die VK-Leitung, um die „Verhandlungen um den Sozialplan zu unterstützen". In einer Resolution stellten die Kollegen fest: „*Wir, die Belegschaft von H&H sind nach wie vor der Meinung, daß ein Sozialplan kein Ersatz für verlorengegangene Arbeitsplätze ist.*"

Der rechte BR-Vorsitzende Herzberg konnte in dieser Situation nichts anderes tun, als dies zu bekräftigen.

Dennoch ist bemerkenswert, daß gegenüber früheren Versammlungen diesmal lediglich die Hälfte der sonst beteiligten Kollegen anwesend waren. Das liegt nicht zuletzt an der von den Gewerkschaftsführern und den rechten BR's verfolgten Politik des Zurückweichens vor den Kapitalisten.

Hatten die IGM-Führer zwar nach „außen" oftmals kraftmeierische Sprüche („*Wir müssen wieder kämpfen lernen!*") auf den Lippen, haben sie doch in ihrer konkreten Politik die H&H-Arbeiter allein auf den Abschluß eines „Sozialplans" orientiert. Aber damit nicht genug! Tatsächlich wurden von ihnen sogar die Stillegungspläne der Gildemeister-Kapitalisten voll akzeptiert!

Denn von BR- und IGM-Führung wird mit den Kapitalisten nicht nur über einen „Sozialplan" verhandelt, sondern gleichzeitig auch über einen sog. „Interessenausgleich". Während der „Sozialplan" für die Kollegen die Folgen der Entlassungen „mildern" soll, legt der „Interessenausgleich" fest, ob, wann, und in welcher Weise die Stillegung durchgeführt wird. Wenn BR und IGM-Führung einem solchen „Ausgleich" zustimmen – was ihre erklärte Absicht ist – stimmen sie damit gleichzeitig der Stillegung von H&H zu! Bemerkenswert ist, daß die Kollegen über diese Zusammenhänge bewußt im Unklaren gelassen werden, und der BR durch das BVG in keiner Weise dazu verpflichtet ist, einen „Interessenausgleich" (im Gegensatz zum „Sozialplan") abzuschließen.

Damit haben sich die rechten BR's und IGM-Führer einmal mehr – trotz zeitweise radikaler Sprüche – als die Erfüllungsgehilfen der kapitalistischen Rationalisierungspolitik entlarvt.

Auch beim „Sozialplan": Ein Rückzieher nach dem anderen!

Inzwischen hat der Verhandlungsführer der IGM, Engelmann auf einer VK-Sitzung und im Rundfunk erklärt, daß die Verhandlungen mit den Kapitalisten kurz vor dem Abschluß stehen und man sich auf die wesentlichen Details bereits geeinigt habe. Auch hier wird deutlich, daß die Gewerkschaftsführer Schritt um Schritt von ihren ursprünglich erhobenen Forderungen abgewichen sind: Die Gesamtsumme der vom Konzern zu zahlenden Entschädigungen (ehemals 20 Mio. DM) hat sich inzwischen auf ca. 10 Mio. DM reduziert, in denen ca. 4 Mio. DM ohnehin von den Kapitalisten zu zahlende Rechtsabfindungen für Schwerbehinderte usw. enthalten sind. Zugleich sind die IGM-Führer von ihren Nebenforderungen ebenfalls abgerückt (Wiedereinstellung, Vermittlung Entlassener an andere Betriebe usw.)

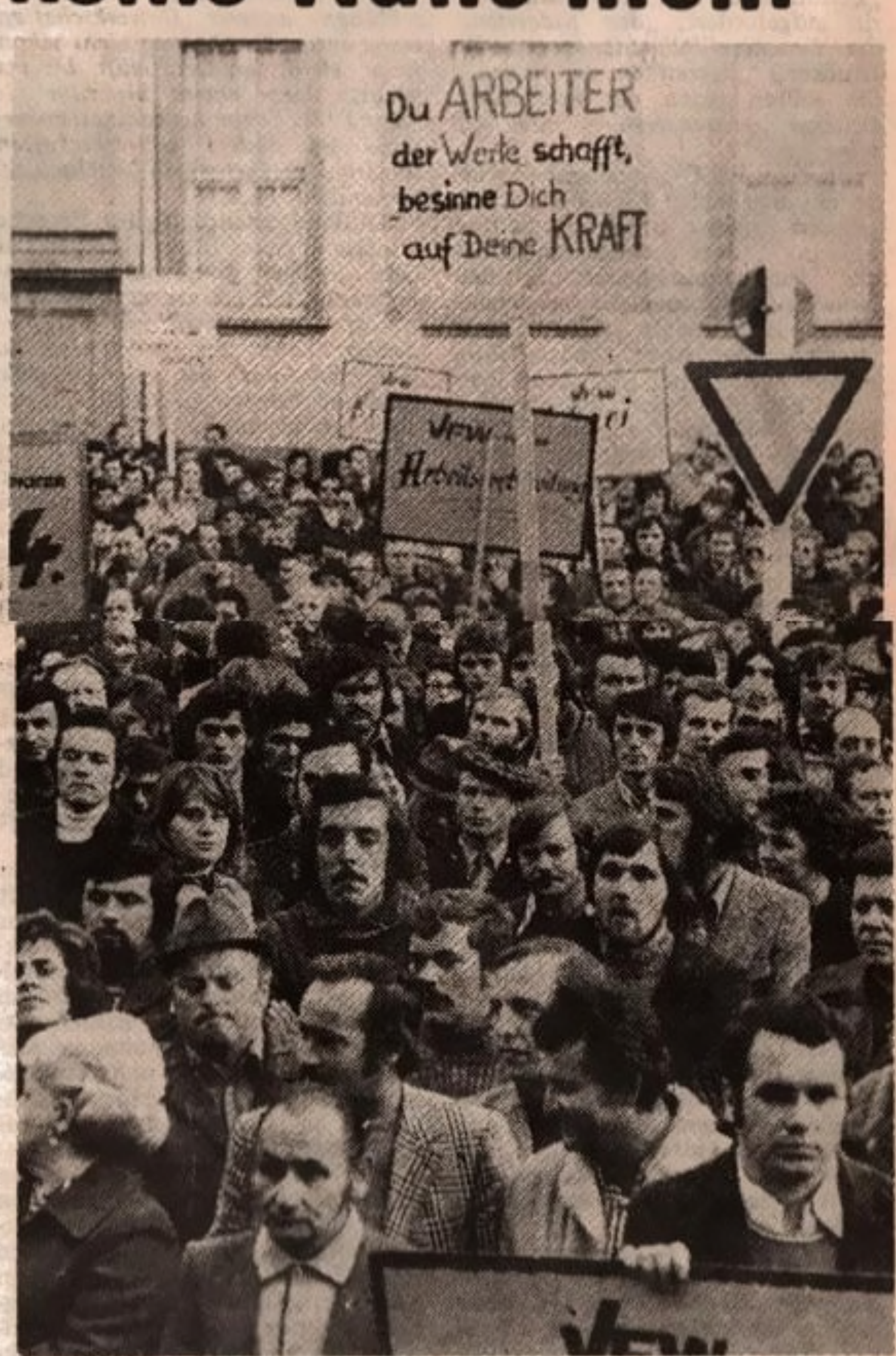
Erklärte Absicht der Gewerkschaftsführer und Betriebsräte ist es jetzt offensichtlich, diesen Plan so schnell wie möglich abzuschließen. Für diesen schnellen Abschluß müssen auch die schwachsinnigsten „Argumente" herhalten: So z. B. daß der stadtbekannte Seelentröster (Tel. 44 17 77 – „Fragen Sie Dr. Marcus") und „neutrale" Schlichter Anfang dieser Woche in Urlaub fährt. Dann würde man – so Engelmann – nur noch einen „schlechteren" Schlichter bekommen. Außerdem dürfe man den guten Mann nicht durch Aktionen der Kollegen „verärgern" (!), da er sich dann „*auf die Seite der Arbeitgeber schlagen*" würde. Engelmann warnte auf der VK-Sitzung auch die Kollegen, den „Sozialplan" anzufechten, da dies „*zwei Jahre Prozeß und damit zwei Jahre Verzögerung*" bedeuten würde.

Derart mit „Argumenten" eingedeckt, konnten sich dann die IGM-Führer im VK ihren „Sozialplan" mit 35:5 Stimmen absegnen lassen. Es ist zu erwarten, daß der Plan nunmehr abgeschlossen wird. Damit ist es den Kapitalisten gelungen, einen entscheidenden Schritt ihrer Stillegungspläne vorerst gegen die H&H-Belegschaft durchzusetzen. ●



METALL

Speyers Arbeiter geben keine Ruhe mehr



Protestdemonstration gegen Stillegung: Kollegen bei VFW, Speyer

„Hände weg von den Arbeitsplätzen bei VFW!" Unter dieser zentralen Losung, die weithin sichtbar auf einem Transparent über die Hauptstraße von Speyer gespannt ist, beteiligt sich ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung der Stadt am Kampf um 1350 Arbeitsplätze des dortigen VFW-Zweigwerkes. Mit zahlreichen Aktionen – mehreren Streiks, außerordentlichen Betriebsversammlungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen – hat die VFW-Belegschaft und darüber hinaus eine breite Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß eine Schließung des Werkes nicht hingenommen wird. Den bisherigen Höhepunkt bildete eine Demonstration mit 7000 Teilnehmern – die größte Demonstration, die Speyer bisher gesehen hat.

Skrupellose Rationalisierungspläne!

Die 1350 Arbeitsplätze sollen den Großmachtplänen der westdeutschen Rüstungskonzerne geopfert werden. Um bei laufenden und zukünftigen Gemeinschaftsprojekten der europäischen Rüstungskonzerne tonangebend zu werden, ließen die westdeutschen Konzerne Anfang des Jahres vom Bundestag den sog. „Grüner-Plan" (benannt nach dem Staatssekretär Grüner) verabschieden.

Dieser sieht vor, daß die vier bedeutendsten Rüstungskonzerne zu einem Block zusammengefaßt werden. Die Produktion soll dann schwerpunktmäßig in Süddeutschland und im Raum Bremen/Hamburg konzentriert werden. „Pech" für die Speyerer Kollegen: sie liegen dazwischen...

Als eine Augenwischerei kann man es bezeichnen, wenn die Konzernleitung behauptet, daß die Kapazitäten jetzt und künftig im Umfang eines ganzen Werkes nicht ausgelastet seien. Deshalb die Umstrukturierung nach Bremen und Hamburg.

Der Betriebsrat hält dem entgegen, daß die Produktion des Airbus-Projektes in den norddeutschen Werken um 50% hochgefahren wird, was zusätzlich 850.000 Arbeitsstunden umfaßt, was allein schon 600 Arbeitsplätze bedeutet.

Weiter läuft die Serienfertigung des MRCA an. Ursprünglich sollten Teile dieses Kampfflugzeuges in Speyer gebaut werden. Nach Verabschiedung des Grüner-Planes begann die Konzernleitung aber bereits mit der Demontage der Produktionsanlagen und Vorrichtungen, um sie

nach Bremen in das dortige Werk zu verlagern.

Demontage vorerst gestopt!

Diese Auslagerung gerade der entscheidenden Produktionsanlagen konnte aber von den Arbeitern vorerst gestopt werden. Mit spontanen Arbeitsniederlegungen machten sie klar, daß sie diesen Abbau nicht hinzunehmen gedenken.

Am 12.2.76 fand eine spontane Betriebsversammlung statt, auf der der Betriebsratsvorsitzende der Geschäftsleitung vorwarf, die Belegschaft über die anstehenden Veränderungen nicht informiert zu haben. Als die Geschäftsleitung daraufhin mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen" drohte, organisierten die empörten Kollegen einen spontanen Protestmarsch durch den Betrieb zum Werkstor und bekräftigten damit ihre Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze.

In den letzten zwei Jahren wurden schon 300 Kollegen entlassen, als die Serienmontage des Hubschraubers CH 53-G auslief.

Dies bedeutet eine weitere Verschlechterung für die Bevölkerung von Speyer. VFW wäre inzwischen der elfte Betrieb, der innerhalb der letzten Jahre in Speyer geschlossen wird. Vorher wurden eine Baumwollspinnerei, eine Zelluloidfabrik, eine Brauerei, eine Schuhfabrik und eine Wurstfabrik geschlossen.

Somit sind von 7.000 Arbeitsplätzen in der Region Speyer in den rund 50 Industriebetrieben inzwischen 2.000 vernichtet worden. Dadurch entstand eine Arbeitslosenquote von 6,4%. Durch die Stillegung von VFW würde die Arbeitslosigkeit auf 10% ansteigen, ohne die geringste Aussicht auf Besserung.

Angesichts dieser Situation beteiligten sich bereits am 12. Dezember 1975 rund 5.000 Menschen an einer Demonstration zur Erhaltung der Arbeitsplätze. DGB, Betriebsrat und sogar die Kirchen riefen die Bevölkerung zur Bildung von Bürgerinitiativen und Solidaritätsausschüssen auf. Der DGB hatte in den vorangegangenen fünf Wochen über 60.000 Flugblätter in Speyer und im Umland verteilt.

Von einer inzwischen ins Leben gerufenen Bürgerinitiative wird eine Bürgerzeitung herausgegeben (Auflage 30.000 Exemplare!). Darüber hinaus gibt das IG Metall-Komitee eine täglich erscheinende Betriebszeitung heraus. Welche Breite die Bewegung in der Bevölkerung angenommen hat, wird auch an folgendem Ereignis besonders deutlich: mit fünf Informationsständen sollte an einem Samstag Mitte März die Bevölkerung in der Hauptstraße von Speyer über die jüngste Entwicklung unterrichtet werden. Als gegen zehn Uhr eine Gruppe von Werksangehörigen mit Transparenten aufzog, entwickelte sich daraus eine spontane Demonstration, an der sich schließlich 500 Menschen beteiligten. Für zwei Stunden ruhte der Straßenverkehr.

Frauen kämpfen an der Seite ihrer Männer !

„Wir werden uns nicht damit begnügen, unsere Solidarität zu erklären, wir werden sie in wirkungsvollen Aktionen zum Ausdruck bringen. Wir werden an der Seite unserer Männer, wenn notwendig mit unseren Kindern, an ihrem Arbeitsplatz die unsozialen Pläne der VFW-Manager durchkreuzen helfen!"

Dieses war ein Beschluß auf einer Protestkundgebung der Frauen, zu der 1.000 erschienen waren. Dazu meinte eine Kollegin: WIR WERDEN VOR DIE WERKSTORE ZIEHEN! WIR WERDEN SOGAR INS WERK ZIEHEN! WIR WERDEN JEDEN DARAN HINDERN, DEN ABBAU DER FERTIGUNGSSTRASSE ZU VOLLENDEN!

Die Frauenbewegung baute innerhalb weniger Tage ein Informations- und Materialverteilungsnetz auf, das die ganze Stadt umfaßt. Frauen verteilen Flugblätter und Zeitungen, Frauen laufen von Geschäft zu Geschäft, um Plakate aushängen zu lassen – Frauen spielen in Speyer eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung zu Aktionen.

VFW – Tummelplatz für Politiker?

Aufgrund der starken Protestbewegung in Speyer sehen sich die führenden Politiker von SPD und CDU gezwungen, ihren Senf abzulassen.

Die SPD zieht eine Jubiläumsfeier mit SPD-Fraktionsvorsitzendem Wehner durch. Wehner hält es allerdings nicht für nötig, über den Erhalt der Arbeitsplätze zu sprechen: *„Hier helfen keine politisch extremen Lösungsversuche. Ich habe von Anfang an meine Pflicht getan..."* („KVZ", 18.3.76). Die Kollegen zeigten sehr richtig in ihren Transparenten auf, was sie davon halten: „CDU und SPD/FDP tun dem Kapital nicht weh!" - Bezeichnend ist auch die Antwort des Bundeskanzlers Schmidt: *„Es (muß) der unternehmerischen Gesamtverantwortung überlassen bleiben, die Kapazitätsauslastung in den Einzelbetrieben den vorhandenen Aufgabenvolumen unter angemessener Berücksichtigung sozialer Belange der Belegschaft anzupassen... Eine Garantie für den Arbeitsplatz in jedem Fall und an jedem Ort kann damit nicht verbunden werden."* („Rheinpfalz", 2.3.76).

In dem Zusammenhang muß man sehen, daß der „Grüner-Plan" zur Konzentration der Rüstung, in der Bundesregierung entstanden ist, deren Regierungschef Helmut Schmidt ja ist.

Auch Helmut Kohl als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz stattete VFW einen „Höflichkeitsbesuch" ab. Auch er konnte den Kollegen – erwartungsgemäß – nichts Hilfreiches sagen. Stattdessen schob er die Verantwortung in bekannter Manier nach Bonn ab.

Gegen Rationalisierung hilft nur Arbeitermobilisierung!

Aufgrund der Protestbewegung konnten die Kollegen erste Erfolge verbuchen. Die Demontage von Produktionsmitteln wurde zunächst gestopt, und auch die dem Arbeitsamt angekündigten Massenentlassungen wurden zurückgezogen. Unter dem Druck der Ereignisse erklärte sich die VFW-Konzernspitze zu Verhandlungen bereit und stellte ein neues „Arbeitspaket" in Aussicht. Über den Inhalt dieses „Pakets" hüllte sie sich allerdings bisher in Schweigen. Auch die Tatsache, daß diese Verhandlungen bisher nicht zustande gekommen sind, deutet darauf hin, daß dieses von der Konzernleitung eine Hinhaltetaktik ist.

In starkem Maße hängt der Erfolg der VFW-Kollegen davon ab, ob es ihnen gelingt, die Demontage von Produktionseinrichtungen von vorneherein zu verhindern und dieses Faustpfand nicht aus der Hand zu geben. Die dazu notwendigen militanteren Kampfmaßnahmen würden allerdings mit einiger Sicherheit dazu führen, daß einige der momentanen „Bündnispartner" wie Kirchen, örtliche CDU und Einzelhandelsverband abspringen würden, die sich bisher mit Unterschriftensammlungen und Teilnahme an Demonstrationen an den Aktionen beteiligt haben. Andererseits geht von diesen „Freunden" ohnehin kein guter Einfluß aus: sie fordern eine Verstärkung der Rüstungsaufträge und üben dabei demagogisch Kritik an der Bonner Regierung, um Stimmen für die CDU zu sammeln. Die VFW-Kollegen konnten sich bei schärferen Aktionen aber der Solidarität derjenigen Kollegen gewiß sein, die im vergangenen Jahr durch die Schließung des Salamander-Werkes und der Wurstfabrik Ashland ihre Arbeitsplätze verloren hatten; die Arbeitslosenzahl stieg damals in sieben Monaten von 1,9% auf 5,4%. Diese Kollegen standen auch in den jüngsten Aktionen mit an der Spitze. •

Zur Nachahmung empfohlen: Ein Verbesserungs-vorschlag ganz besonderer Art

Die Kollegen des Werkzeugbaus von Daimler-Benz-Marienfelde haben folgenden Verbesserungsvorschlag eingereicht:

Nachdem ihnen von den Kapitalisten und BR-Vorsitzenden immer wieder die beabsichtigte Einführung des Prämienlohns (verschleierter Akkord für Facharbeiter) mit der Begründung schmackhaft gemacht werden soll, daß die Lohnkosten im Werkzeugbau zu hoch seien, empfehlen sie, diesem Übel abzuhelfen, indem die Kalkulations- und Arbeitsvorbereitungsstellen, die sich mit der Einführung des Prämienlohns befassen, aufgelöst werden und die betroffenen Kollegen andere Arbeitsplätze erhalten.

Bis jetzt haben sie unverständlicherweise noch keine Prämie für diesen hervorragenden Verbesserungsvorschlag erhalten. •

Betriebskomitee KB/Westberlin

Warnstreik gegen Anrechnung

Anrechnung

Am 3.Mai streikte die Frühschicht (80 Kollegen) der Schraubenfabrik „Bauer und Schaurte" in Hagen eine dreiviertel Stunde lang. Die Geschäftsleitung will die 5,4% Lohn-„erhöhung" aus der Metalltarifrunde auf übertarifliche Zulagen anrechnen und erst im Juli etwa 2% mehr zahlen. Schon vor einem Jahr hatte die Geschäftsleitung die Kollegen auf ähnliche Weise um ihre Lohnerhöhung betrogen. Diesen verschärften Lohnraub wollen sich die Kollegen jetzt nicht mehr gefallen lassen. •

VW-Werk in den USA

Gewerkschaftsführer übernehmen „unternehmerische Verantwortung"

Mit Zustimmung der sogenannten „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat ist nun endgültig beschlossen: VW wird ein Montagewerk in den USA aufbauen.

Danach soll vermutlich in Cleveland/Ohio mit einer Investition von zunächst einer halben Milliarde DM ein Werk aufgebaut werden, das die gesamte USA-Produktion des VW-Golf übernimmt. Von der zweiten Hälfte ab 1977 sollen etwa 5.000 Beschäftigte täglich 800 Fahrzeuge produzieren.

Betroffen hiervon ist vor allem das VW-Werk Emden, in dem bisher der Golf für den USA-Export montiert wurde und eine Reihe von Betrieben der Zuliefererindustrie.

Die Kapitalisten haben damit ihre seit langem bekannten Bestrebungen im Rahmen der umfassenden Rationalisierungen und Massenentlassungen auch in diesem Punkt verwirklicht.

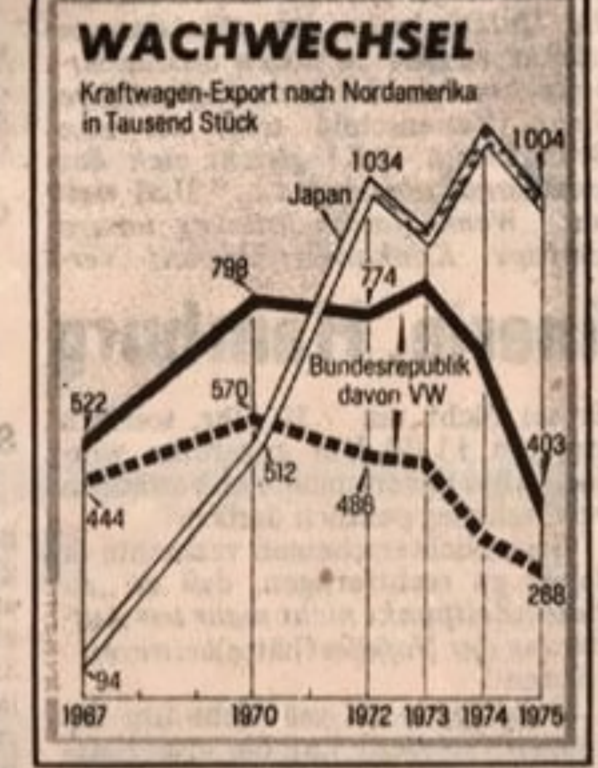
Verschärfter Konkurrenzkampf auf dem US-Markt

Hintergrund der Entscheidung ist das stetige Sinken des VW-Exports in die USA und der genauso stetige Aufstieg der japanischen Konkurrenten, die zu wesentlich niedrigeren Preisen ihre Fahrzeuge anbieten (vergl. nebenstehende Grafiken). Erstmals verdrängte der japanische Hersteller Toyota 1975 VW vom ersten Rang des größten Automobilimporteurs in den USA („FR",21.4.). Für VW geht es darum, keine weiteren Marktanteile zu verlieren und den „Anfangsschwierigkeiten" neue Anteile hinzuzugewinnen. Daß der Konkurrenzkampf aber noch schärfer wird, zeigt der Entschluß der japanischen Hersteller Toyota und Nissan (Datsun), ebenfalls in den USA Montagewerke aufzubauen, nachdem die VW-Entscheidung gefallen war („Handelsblatt", 28.4.).

Gewerkschaftsführer geben Garantie für die ungehinderte Auslagerung der Produktion

Als Erfolg der „Arbeitnehmervertretung" bezeichnet Emdens VW-Vorsitzender Schmiedl den Beschluß („Welt der Arbeit", 23.4.).

Was für ein Erfolg? Voll Schadenfreude stellt die „FAZ" in einem Kommentar fest, daß sich die IG Metall *„letztlich der Einsicht nicht hat verschließen können, daß die Inlandsbeschäftigung ohne den Sprung nach drüben noch stärker gefährdet wäre"* (26.4.) und IGM-Chef Loderer selbst kennzeichnet die Zustimmung zu den VW-Plänen als Beweis, daß die *„Arbeitnehmervertreter bereit sind, auch unternehmerische Verantwortung in der Mitbestimmung zu übernehmen."* („Bremer Nachrichten", 26.4.).



aus „Spiegel", 26.4.76

Verkäufe deutscher Pkw in USA

Marke	Jan.—März 76	Jan.—März 75	Änderung i. %
Volkswagen (insg.)	50 283	85 839	—41,4
Golf	(29 154)	(28 270)	(+ 3,1)
Käfer	(6 409)	(34 241)	(—81,3)
Passat	(6 880)	(10 665)	(—35,5)
Scirocco	(3 544)	(4 154)	(—14,7)
Audi	8 019	13 560	—40,9
Porsche	3 400	3 526	— 3,6
Capri (Ford)	8 369	28 099	—70,2
Mercedes-Benz	9 606	8 530	+12,6
BMW	6 312	3 773	+67,3
Opel (GM)	2 012	13 555	—85,2
Insgesamt	88 093	156 882	—43,9

aus „Handelsblatt", 22.4.76



Aufsichtsratsvorsitzender Birnbaum, Vorstandschef Schmücker, Stellvertretender Aufsichtsrat und IGM-Chef Loderer. Gemeinsam gegen die VW-Arbeiter

In der Tat zeigt dieser Akt der Anpassung gewerkschaftlicher Politik an das kapitalistische System, daß man auch alle Konsequenzen mitzutragen hat: vor den geplanten Massenentlassungen gab sich Loderer „radikal" – als es soweit war, trat er für eine „gerechte Verteilung" der Entlassungen ein und lobte die Verhinderung von 30.000 Entlassungen zugunsten von 25.000 als „Erfolg". Noch bis vor kurzem tönte derselbe Loderer, es werde kein USA-Werk geben. Jetzt stimmt er wie ein Unternehmer zu und lobt als Erfolg:

- eine verbindliche Werksbelegungs- und Personalplanung bis in die achtziger Jahre;
- Beschäftigungsgarantie für die derzeit beschäftigten VW-Arbeiter;
- Motoren, Getriebe und bestimmte Teile sowie 60% der Zulieferungen für das USA-Werk müssen aus der BRD kommen;
- Kein Rückexport des US-Golf nach Europa („FAZ", 26.4.).

Was davon zu halten ist, verdeutlichen Aussagen von VW-Boß Schmücker zu diesen unverbindlichen Garantien: *„Eine absolute Arbeitsplatzgarantie könne man zwar nicht geben, doch werde man die Zusage einhalten, 'wenn der Himmel nicht einstürzt' "* („Handelsblatt", 26.4.). Der Aufsichtsrat sei zu hören, wenn *„wesentliche Änderungen"* bevorstehen. Als „wesentlich" gelten Änderungen dann, *„sofern sich daraus größere Beschäftigung der inländischen Betriebsstätten ergeben könnten"* („Handelsblatt", 26.4.).

Dies verdeutlicht noch einmal, was es mit den „Garantien" auf sich hat. Es handelt sich um unverbindliche Absichtserklärungen, die dazu gedacht sind, die betroffenen VW-Arbeiter zu besänftigen und zu täuschen.

Die IGM-Führer haben in der Tat bewiesen, daß sie auch weiterhin „unternehmerische Verantwortung" tragen wollen und das heißt, eine Politik zu unterstützen, die ihre negativen Auswirkungen immer auf die Arbeiter abwälzt. Die VW-Arbeiter sollten sich nicht auf solche Versprechungen verlassen, sondern sich auf die vergangenen Erfahrungen mit diesen „Arbeitnehmervertretern" besinnen. •

KB / Gruppe Bremen

„Notleidende" Automobil-industrie

OPEL
In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat Opel mit 183.000 Inlandsbestellungen den höchsten Auftragsbestand in seiner Geschichte! („Handelsblatt", 20.4.).

PREISERHÖHUNGEN
Nach VW, Opel und Ford haben jetzt auch BMW um 3,9% und Fiat um 3% die Automobilpreise erhöht („Handelsblatt", 4.5.).

VW-ZULASSUNGSREKORD
Im März erzielte VW einen neuen Rekord an Neuzulassungen von PKW: 86.625 Neuzulassungen (Vorjahr: 62.260). Insgesamt steigerten die Automobilproduzenten im März die Neuzulassungen um 30,9% gegenüber dem Vorjahr („Handelsblatt", 26.4.).

VW: 12 WEITERE SONDERSCHICHTEN BESCHLOSSEN
Mit Zustimmung des Betriebsrates und der IG Metall wird VW in der Zeit vom 24. April bis zum 26. Juli 6 Sonderschichten fahren können. Weitere 6 sind bereits für August bis zum März 1977 vorgeplant. Noch im letzten Jahr wurden tausende VW-Arbeiter entlassen! •

KB / Gruppe Bremen

IGM-Ortsverwaltung Köln

Es stinkt weiter aus dem Sumpf

Zu einem neuen Skandal ist es bei der Wahl der Ortsverwaltung Köln der IG Metall gekommen. Nachdem die Ortsverwaltung in den vergangenen zwei Jahren von einem Beauftragten des IGM-Vorstandes kommissarisch geleitet worden war, sollten am 6.April von der Vertreterversammlung der 1. und 2. Bevollmächtigte und der Hauptkassierer neu gewählt werden. Eigens zur Beaufsichtigung dieser Wahl war aus Frankfurt das IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz angereist.

Dabei fiel der vom Vorstands-Kommissar favorisierte bisherige 2.Bevollmächtigte Heinz Lübben durch: mit 149 zu 141 Stimmen wurde der von der „linken" Basis unterstützte Walter Malzkorn zum 1. Bevollmächtigten gewählt. Daraufhin ließen die rechten Spezialdemokraten, die sich um einen wichtigen (und einträglichen?) Posten gebracht sahen, die Bombe platzen: die übrigen vorgesehenen Kandidaten für die Wahl der restlichen Ämter lehnten eine Kandidatur ab – eine Zusammenarbeit mit Malzkorn sei nicht möglich. Gleichzeitig legten die restlichen Ortsverwaltungsmitglieder, die erst im Herbst '75 gewählt worden waren, ihr Mandat nieder, um so dem Vorstand den Weg für eine neuerliche kommissarische Leitung der OV freizumachen. So hat jetzt die Verwaltungsstelle zwar einen 1. Bevollmächtigten (der allerdings noch vom Hauptvorstand bestätigt werden muß), aber keine Ortsverwaltung.



Die Hoffnung des Vorstandes, endlich Ruhe in diese von peinlichen Enthüllungen über die Vorgänge in sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen geschüttelte Verwaltungsstelle zu kriegen, hat sich vorerst also nicht erfüllt. Auch wenn von den gesamten Geschehnissen wohl auch nur ein Bruchteil an die Öffentlichkeit (und an die Mitglieder!) gelangte, so war das Bild der Kölner OV in den letzten zwei Jahren doch geprägt von den widerwärtigsten Mauscheleien, Postenjägereien und persönlichen Bereicherungen. Dabei ging es um Bundes- und Landtagsmandate, um einflußreiche Gewerkschaftsposten und natürlich um Geld. Wir berichteten hierüber in einer ganzen Reihe von AK-Artikeln (in der zweiten Hälfte von 1973).

Die jüngsten Ereignisse um die Wahl der OV-Spitze beweisen nachhaltig, daß von einer Wende in Köln keine Rede sein kann. Hatte „Kommissar" Schwarting vom IGM-Hauptvorstand noch vor der Niederlage seines Kandidaten Lübben gegenüber dem DGB-Organ „Welt der Arbeit" siegessicher erklärt: „ *Die Beschlüsse werden jetzt in Köln meist in großer Einstimmigkeit gefaßt – im Gegensatz zu früher, wo sich zwei harte Fronten gegenüberstanden. Ich kann jetzt beruhigt meine Koffer packen!"* – , so werden die Gewerkschaftsführer aus der offensichtlich nicht eingeplanten Panne mit Sicherheit die Lehre ziehen, daß bisher eben noch nicht kräftig genug gemauschelt und durchgeklotzt worden ist.

Bei all dem stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter – unzureichend informiert und bewußt abgeschirmt – als Manövriermasse außen vor. Die Kölner Vorgänge verdeutlichen, wie wenig Einfluß und Kontrolle die Arbeiter auf die Gewerkschaftsführer haben, denen ihre Posten als Sprungbrett ihrer eigenen Karriere gilt. Insofern sind die Kölner Vorgänge – erscheinen sie auch extrem – typisch, und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben alles Interesse daran, daß sie nicht zuviel Staub aufwirbeln. Die Grundlage dieser „Auswüchse" besteht in einer Gewerkschaftspolitik, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse zur obersten Leitlinie macht, sondern die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und die Versöhnung mit dem kapitalistischen System. Und für dieses Sytem sind hemmungsloser Ehrgeiz, Karrieretum und das Streben nach persönlicher Bereicherung stinknormal. Niemand anderes als die Arbeiter selbst können diesen Sumpf trockenlegen.

CHEMIE

Vertrauensleuteleitungs-Wahlen bei Schering Westberlin: Fortschrittlichen Kollegen Niederlage beigebracht

Am 22.4 wurde bei Schering-Westberlin die Vertrauensleuteleitung neugewählt. Die bis zu diesem Zeitpunkt fungierende Vertrauensleuteleitung war der IG-Chemie Führung schon lange ein Dorn im Auge, da sie

- eine Informationsveranstaltung zu dem Versuch der Schering-Kapitalisten gemacht hatte, einen fortschrittlichen Betriebsrat in seiner BR-Arbeit einzuschränken,
- zur Weihmachtsregelung eine Befragung der Belegschaft durchgeführt hatte,
- eine Empfehlung an den Schering-Betriebsrat der Vertrauensleute unterstützt hatte, die Fehlzeitengespräche abzuschaffen. Hier ging es darum, daß Kollegen, die häufiger fehlen, vom Abteilungsleiter zu einem Gespräch über die Ursachen des häufigen Fehlens geholt werden, das Gesprächsprotokoll kommt in die Personalakte.
- In der diesjährigen Tarifrunde eine lineare Forderung der Vertrauensleute von 150 Mark Festbetrag unterstützt hatte.

Ausgerechnet für die Vertrauensleutesitzung zur Wahl des Vorstandes gelang es dem rechten Betriebsrat, beim Schering-Vorstand durchzusetzen, daß die Sitzung während der Arbeitszeit stattfindet. Dies ist eine langjährige Forderung fortschrittlicher Kollegen bei Schering und war bisher laut Betriebsratsvorsitzendem Pattusch nie zu verwirklichen.

Anscheindend hat aber den Schering-Kapitalisten die Argumentation der rechten BR-Vorsitzenden eingeleuchtet, daß es notwendig sei, zu dieser Wahl alle Vertrauensleute (auch die der Spätschicht, die noch nie zu Sitzungen erschienen sind) zusammenzutrommeln. Statt sonst 40 nahmen diesmal 70 Kollegen teil.

Mit diesem Manöver gelang es der Gewerkschaftsführung, eine für sie genehme Vertrauensleuteleitung einzusetzen. Gewählt wurden zwei fortschrittliche Kollegen und fünf rechte Betriebsräte, davon vier freigestellte. Diese hatten sich vor einigen Monaten besonders dadurch ausgezeichnet, daß sie durch antikommunistische Hetze die Angriffe der Schering-Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung auf zwei fortschrittliche Betriebsräte unterstützt hatten. Sie hatten sogar aktiv versucht, die Unterschriftensammlung für einen fortschrittlichen BR-Kollegen zu verhindern.

Dieses Ergebnis zeigt aber nicht nur das Vorgehen der Gewerkschaftsführung und der rechten Betriebsräte bei Schering, sondern auch die Uneinigkeit der Linken.

Nachdem bekannt geworden war, mit welchem Manöver die Rechten versuchen würden, die Wahl zu ihren Gunsten zu entscheiden, hatten sich die Linken zusammengesetzt. Die richtige Forderung, auf der Sitzung die Aufgaben des Vertrauensleutekörpers in nächster Zeit und damit die Aufgaben der Leitung zu diskutieren, wie z.B. Abwehrmaßnahmen gegen anstehende Versetzungen und Entlassungen von 60 Kolleginnen in der Zentralen Versorgung und Verpackung, konnte sich nicht durchsetzen. Vielmehr wurde versucht, durch die ‚kalte Küche ' einen fortschrittlichen VL-Vorstand zu bekommen. Es wurde beschlossen, zu beantragen, daß nur zwei Betriebsräte Mitglied der VL-Leitung werden sollten, weil die Betriebsräte sowieso schon überlastet seien.

Die Linken traten auf der VL-Sitzung nicht einheitlich auf, der Antrag, die Betriebsräte in der VL-Leitung auf zwei zu beschränken, wurde von IG-Chemie-Führer Kolitisch abgeschmettert mit der Bemerkung, eine solche Regelung entspräche nicht der Satzung.

Die inhaltiche Diskussion über die Aufgaben der VL-Leitung und die gute Arbeit der alten VL-Leitung wurde zwar kurz geführt, aber auch hier hatte Kolitisch mit seinem Diffamierungsversuch Erfolg: Er behauptete schlicht, manche Leute wollten den Vertauensleutekörper zum Konkurrenzorgan des Betriebsrates machen. Von Seiten der fortschrittlichen Kollegen wurde dem nicht entschieden genug entgegengetreten. Diese Uneinigkeit und z.T. Rivalität unter den Linken bei Schering in nächster Zeit zu überwinden, ist eine der vordringlichsten Aufgaben, damit nicht die Gewerkschaftsführung mit ihrer Burgfriedenspolitik und damit die Schering-Kapitalisten an Boden gewinnen. ●

Betriebskomitee
KB/Westberlin

Chemie-Tarifrunde:

Hauenschild verarscht Chemiearbeiter!

Bei geringen regionalen Unterschieden, um die zentrale Steuerung der Lohnraubabschlüsse durch die Gewerkschaftsspitze etwas zu vertuschen, liegt die Forderung der IG Chemie für die laufende Tarifrunde bei 5% + 45,- DM.

Z.B. fordert die Hamburger Tarifkommission 6% + 35,- DM, für Lehrlinge 70,- DM; allerdings soll die Laufzeit der Tarifverträge „deutlich" (?) unter 12 Monaten liegen.

In der zweiten Verhandlungsrunde der wichtigsten Tarifbezirke Rheinland-Pfalz, Nordrhein und Hessen, in denen die IG-Farben Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst ihre Hauptsitze haben, haben die Kapitalisten erstmals ein „Angebot" unterbreitet – ganze 5%, an der untersten Grenze der Lohnleitlinien.

Die IG Chemie hat dieses „Angebot" zunächst einmal abgelehnt und hofft auf Einigung in der dritten Verhandlungsrunde vom 7. bis 11. Mai. Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie Rheinland-Pfalz, wies darauf hin, daß die 5% lediglich 62,- – 78,- DM bedeuteten, also noch unter dem Mindestsatz der ÖTV mit 85,- DM liegen.

Allerdings sollten diese Aussagen niemand zu der Annahme verleiten, daß die Gewerkschaftsführer auch nur annähernd auf einer Erfüllung der sowieso schon zu niedrigen Forderung bestehen.

Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, nahm zu den Tarifkämpfen in der Druckindustrie so Stellung: *„Ein Tarifabschluß in der Druckindustrie von über 6%"* würde *„in anderen Industriezweigen keinen tarifpolitischen Nachschlag provozieren."* Ausserdem *„ließ Hauenschild durchblicken, daß der Tarifabschluß in der chemischen Industrie über 5,3% (!) liegen müsse."* (Frankfurter Rundschau" - „FR", 6.5.76).

Zynisch meinte Hauenschild weiter – direkt gegen den Streik der Druckarbeiter gerichtet, was ihm auch gleich große Publizität in Rundfunk und Fernsehen und mehreren Zeitungen einbrachte – der Tarifabschluß in der Druckindustrie provoziere „Nachschlagsforderungen", denen nicht gefolgt werden dürfte: *„Dies würde eine Nivellierung (?!) der Lohnpolitik bedeuten und außerdem die bereits ausgehandelten Tarifverträge entwerten (!)".* Allerdings – „entwerten" für die Kapitalisten ...

Daß die IG Chemie von einem der offensten Vertreter der Unternehmerinteressen geführt wird, verdeutlicht ebenso ein Interview des „Spiegel" mit Hauenschild, der Mitglied des Gewerkschaftsrates der SPD-Führung ist:

„In den letzten Jahren haben die Arbeitnehmer einen Einkommensvorsprung vor den Unternehmergewinnen herausgeholt, und nun versuchen die Unternehmer, ihre Einkommen stärker steigen zu lassen als die Arbeitnehmereinkommen. Auf mittlere Sicht (Hauenschild trägt oft eine Brille, Anm. AK) *gleicht sich das annähernd wieder aus ..."* Und weiter: *„Wenn Rationalisierung unsere künftige Konkurrenzfähigkeit verbessert, kann man vernünftigerweise nichts dagegen einwenden."* (Nr. 18 vom 26.4.76, Hervorhebungen AK).

Hans-Martin Schleyer hätte auf die „Spiegel-Fragen" nichts anderes erzählt ...

1974 hatte die chemische Industrie Rekordprofite, 1975 ging der Umsatz um ca. 10% zurück, erholte sich aber schon sprunghaft gegen Ende letzten Jahres: Bereits im letzten Quartal 1975 lag z.B. der Hoechst-Umsatz um 227% (!) höher als im vorhergehenden Quartal. Im 1. Quartal '76 lag er 18% höher als im Vorjahr, der Export stieg um 23%, der Inlandsumsatz um 15% (Zahlen aus „Frankf. Allgemeine Zeitung", 4.5.76).

In der gesamten chemischen Industrie stieg der Umsatz bereits Anfang '76 um 12%. Das Jahr soll mit Gewinnsteigerungen von 35% wieder Rekordprofite bringen („Handelsblatt". 28.4.76).

Gleichzeitig wurde kräftig rationalisiert, so daß in den letzten Jahren die stark gestiegene Produktion von weniger Arbeiterinnen und Arbeitern erarbeitet wurde: Allein von '74 auf '75 fiel die Anzahl der Beschäftigten um knapp 30.000 von 602.000 auf 573.000 („FR", 26.1.76).

Diese Zahlen machen deutlich, in welchem Lager einer steht, der vom *„annähernden Einkommensausgleich"* der Chemiekapitalisten und Chemiearbeiter spricht. ●

Chemie-Komitee

Norddeutsche Affinerie, Hamburg

Vor dem 1. Mai verteilten die Linken ihre Zeitung „Argumente", die besonders auf die beiden tödlichen Unfälle vor drei Wochen einging. Sie kennzeichneten die Unfälle als Ergebnis des Drucks, möglichst perfekte Arbeit abzuliefern, und verurteilten das Verhalten des BR-Vorsitzenden am Unfalltag, einem Sonnabend (10.4.). Er hielt es nämlich nicht für nötig, trotz Anruf am Unfallort zu erscheinen. (Um 7.30 verunglückten die Kollegen tödlich)

Daraufhin verteilte der BR-Vorsitzende höchstpersönlich mit ein paar seiner Getreuen Flugblätter. Überschrift: *„Schmutzige Lügen der Ehefrau H."* (Der Name war ausgeschrieben. Für „Argumente" zeichnet die Frau eines Kollegen verantwortlich, da die Affi sonst einen Kündigungsgrund hat).

In dem Schweinspapier wurden zunächst drei Kollegen der Mitgliedschaft im KB bezichtigt. Nach den üblichen wüsten Beschimpfungen kam der BR-Vorsitzende in seiner „Richtigstellung" dann zur Sache: Er sei nicht um 7.30 Uhr, sondern erst um 11.00 Uhr angerufen worden. Alles andere müßte er bestätigen bzw. schwieg peinlich darüber!

Sein Nichterscheinen versuchte er damit zu rechtfertigen, daß er *„zu diesemZeitpunkt nicht mehr zur Aufklärung des Unfalles* (hätte) *beitragen können".*

Dabei ging es gar nicht um die Uhrzeit, sondern um die grundsätzliche Haltung eines freigestellten BR-Vorsitzenden, wenn Kollegen in einer Knochenmühle, wie der Affi, ihr Leben lassen.

Den Linken warf er vor, *„mit tödlich verunglückten Kollegen ihr politisches Spiel zu treiben".*

Die Linken haben dagegen den Protest gegen den Unfalltod am 1. Mai auf die Straße getragen. In der 1. Mai-Demonstration trugen sie einen Sarg mit der Aufschrift: *„Fünf Tote klagen an".* Dahinter fünf Tafeln mit den Namen der toten Kollegen und ein rotes Transparent: *„KAMPF DEM UNFALLTOD"!*

Sechs Flaschen Wein ...

In einer Produktionsanlage wurde die Forderung nach einer Prämie fürs „Durcharbeiten" aufgestellt. „Durcharbeiten" heißt, 30 Tage im Monat zur Affi gehen und malochen. Diese Situation tritt regelmäßig in der Urlaubszeit in den Schichtbetriebsteilen auf, weil die Anlagen dann so knapp besetzt sind, daß keiner krank werden darf. Ein Vertrauensmann griff die Forderung auf und trug sie auf einer Betriebsversammlung vor. Er schlug die Einstellung von genügend Springern und kurzfristig die Zahlung einer 200,- DM-Prämie vor. Das gleiche wurde auch als Antrag im Vertrauensleutekörper gestellt.

In beiden Fällen stieß er auf eisige Ablehnung. Das kann man nur mit sturem Antikommunismus erklären: der Vertrauensmann ist als Linker bekannt ...

Fortsetzung auf Seite 29

Forts. von S. 28

Die Kollegen, die durchgearbeitet hatten, bekamen eine Einladung ins Betriebsratszimmer. Dort bekam jeder sechs Flaschen Wein (!) und einen warmen Händedruck!?? Damit war für die Geschäftsleitung und den BR das Thema erstmal erledigt.

Jugendvertreterwahl...

Für die amtierende Vorsitzende der JV ist diese Wahl aus parteipolitischen (DKP) Gründen sehr wichtig. Nach zwei geruhsamen Jahren sah sie sich genötigt, eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen, um wieder ins Gespräch zu kommen. Man einigte sich in der Gruppe auf 11 Kandidaten für eine gemeinsame IG Chemie - Liste. Selbstherrlich strich die Vorsitzende dann zwei ihr unbequeme Kollegen, die der „Argumente"- Gruppe zugeordnet werden, und erklärte, daß eine Jugendgruppe nun nicht mehr nötig sei.

Die beiden gestrichenen Kollegen hatten ähnliches geahnt und reichten in der letzten Minute eine eigene Liste ein. Sie brachten ihr Programm in Umlauf und riefen zu weiteren Jugendgruppentreffen auf. Dafür bekam der eine Kollege und gewerkschaftliche Vertrauensmann dann auch prompt von der Geschäftsleitung eine schriftliche Verwarnung! ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/ Gruppe Hamburg

Conti, Hannover:

Noch immer keine Rücknahme der Kündigungen der drei „Streikführer"

Wie wir bereits berichteten, hatte sich bei Conti, Hannover, die Arbeitshetze in vielen Abteilungen sehr gesteigert. Als dann auch noch Lohnkürzungen vorgenommen werden sollten, kam es zu einem viertägigen Streik in den Werken Vahrenwald und Stöcken, in dessen Verlauf drei Kollegen als „Rädelsführer" gekündigt wurden.

Trotz heftiger Proteste des Vertrauenskörpers und der Belegschaft ist bisher keiner der drei wieder eingestellt worden.

Auf den Betriebsversammlungen, die in den verschiedenen Werksteilen Ende März stattgefunden haben, wurde mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die die Rücknahme der Entlassungen fordert. Von den Kollegen zu einer Stellungnahme gedrängt, meinte der Vorstandvorsitzende der Conti, Hahn, daß mit einer Rücknahme der Kündigungen nicht zu rechnen sei, ein deutsches Gericht würde hier schon Recht sprechen!!!

Die Conti-Kapitalisten sahnten im letzten Jahr gut ab: Personalabbau von 4000 Kollegen auf 18.900, Gewinne von 7,9 Mio. DM und Verdoppelung der Investitionen (70 Mio. DM). Die Kapitalisten gaben auch offen zu, daß sie ihre Profite nur auf der Grundlage „höherer Produktivitätssteigerungen" erzielt hätten - voll zu Lasten der Kollegen! ●

Chemie-Komitee

BASF, Ludwigshafen:

Lehrlinge gegen das 5%-Angebot

BASF, Ludwigshafen:

Lehrlinge gegen das 5%-Angebot

Auf einer Sitzung der Jugendversammlung der BASF am 24.4.76 wurde das 5%-Angebot der Chemiekapitalisten bekanntgegeben. Unter heftigem Protest wurde dieses Angebot abgelehnt und in einer Resolution noch einmal die Jugendforderung der Tarifkommission bekräftigt. Dann zog die Jugendversammlung geschlossen durch das Werk zur Werksleitung und forderte:

„5% das ist ein Hohn, wir fordern 50,- DM mehr Lohn".

Am Montag, den 27.4., war die zweite Jugendversammlung im Werksteil Nord: Hier wurden Forderungen der Lehrlinge diskutiert: *„Übernahme aller Lehrlinge", „Fahrtkostenrückerstattung"* und *„Abschaffung der Beurteilungsbögen".* Im Anschluß daran wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Tarifkommission aufgefordert wurde, das 5%-Angebot abzulehnen. Nach Beendigung der Versammlung zogen die Lehrlinge mit der Forderung: *„5% sind ein Hohn, wir fordern 50,- DM mehr Lohn!"* durch das Werk Nord zum Betriebsrat, wo ihnen zugesichert wurde, daß diese Forderung in der Tarifkommission vertreten werde. Der Zug zog anschließend zurück zur Kantine, wo die Resolution noch einmal verabschiedet wurde.

Am 24.4.76 fand in Frankfurt die Jugendmitgliederversammlung der IG Chemie Hessen statt. Hier wurde der Proteststreik der Lehrlinge bei der BASF, Ludwigshafen, stürmisch begrüßt. Am Schluß der Veranstaltung wurde eine Sammlung für die streikenden Arbeiter der Michelin-Werke in Spanien durchgeführt. ●

Chemie-Komitee

Darmstadt:

IG-Chemie-Delegiertenversammlung: Weg mit dem §218!

Die Hauptdelegiertenversammlung der IG Chemie in Darmstadt hat beschlossen, die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 aufzustellen und an den Gewerkschaftstag der IG Chemie weiterzuleiten. Der Vorsitzende der IG Chemie, Hauenschild, versuchte, diesen Antrag mit „Argumenten" zu Fall zu bringen:

„Die Sache ist mit der Verabschiedung des Gesetzes jetzt gottseidank ausgestanden". Denn: *„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Urteil des höchsten Gerichts, kann man nicht in Frage stellen. Die Gewerkschaften machen sich unglaubwürdig, wenn sie gegen dieses Urteil vorgehen"* und *„Die Darmstädter Vertrauensleute machen sich schlichtweg lächerlich durch ihren Antrag, der ja den Gewerkschaftstag verleiten soll (!), sich unglaubwürdig zu machen (?!)".*

„Schlichtweg lächerlich "und „unglaubwürdig" wirkte nach diesen markigen frauenfeindlichen Sprüchen allerdings Hauenschild, denn weder ihm noch einem Bezirksleiter gelang es, die Kollegen von ihrem Vorhaben abzubringen – im Gegenteil:

Nach dieser Versammlung beschlossen die Vertrauenskörperleitungen der Betriebe Röhm und Merk, daß am 1. Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 erhoben werden soll. ●

Chemie-Komitee

HBV

Tarifrunde: Groß- und Außenhandel tarifloser Zustand

Der Arbeitgeberverband des Groß- und Außenhandels bot am 2. Verhandlungstag ganze 5,357 % Gehaltserhöhung an. Das bedeutet für die Kollegen der Gehaltsgruppen II bis IV Erhöhungen von 56,50 bis 66,20 Mark brutto. In diesen Gehaltsgruppen sind die meisten Kollegen eingruppiert.

Damit werden die Kollegen in diesem Bereich besonders hart vom Lohnraub betroffen, da ohnehin die Löhne schon weit unter dem Durchschnitt liegen. So verdient heute ein Kollege in Gehaltsgruppe II mit 26 Jahren ganze 1.065 DM und in Gehaltsgruppe IV 1.400 DM brutto. So ist das Verhalten der ständischen DAG nur als Schweinerei zu bezeichnen, da sie sofort bereit war, diesem Lohnraub zuzustimmen.

Die HBV ist letztlich auch nicht bereit, für höhere Forderungen zu kämpfen. Die Forderungen der Kollegen von *„DM 150,– bis DM 200,– für alle"* auf der Mitgliederversammlung wurde ohne Diskussion von der Führung abgelehnt. Stattdessen ging man mit der lumpigen 8 %-Forderung in die Verhandlungen.

Wenn jetzt die HBV das Angebot der Kapitalisten ablehnt und im Flugblatt tönt: *„HBV wahrt die Interessen der Arbeitnehmer im Groß- und Außenhandel und verweigert daher einen Gehaltstarifabschluß unter 5,4 %"* so kann das nur als dummer Trick verstanden werden, sich gegenüber der DAG als die wahre Interessenvertreterin der Kollegen aufzuspielen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV Hamburg Neue Ausschlußwelle?

Die letzten Erfolge der Linken, wie die Fachgruppen-Vorstandswahlen und Frauenveranstaltung, hat die Gewerkschaftsführer wohl wiederum in Alarmzustand gesetzt. Zudem wird der Druck des Hauptvorstands aus Düsseldorf gegenüber den ortsansässigen Sekretären immer stärker „doch endlich in Hamburg mit der Opposition aufzuräumen".

Hierbei steht natürlich ein Vogel wieder in vorderster Front, der geschäftsführende Sekretär der Ortsverwaltung Hamburg, Arnold Krause! Über seine antikommunistischen Ausfälle, bei denen er des öfteren schon auf den Bauch gefallen ist, haben wir schon berichtet.



Krause in progressiver Aufmachung

So opferte er einen Sonntagnachmittag, um sich in „progressiver" Aufmachung vor ein Schaufenster gegenüber dem Bierhaus Schulterblatt (Treffpunkt des KKG – Kreis konsequenter Gewerkschafter) zu stellen. Als die Kollegen dies bemerkten und mit einem Fotoapparat anrückten, hatte er schon das Weite gesucht. Sonst sind diese Herren immer so eitel und freuen sich, wenn sie ihr Konterfei in der Presse sehen.

Aber noch nicht genug: Auch auf der Demonstration der Aktionseinheit am 1. Mai tauchte Arnold wieder auf. Interessiert beobachtend stand er da, als er – was'n Pech auch – wieder von den Kollegen entdeckt und „freundlich" aufgefordert wurde, nach Hause zu gehen, denn am 1. Mai wird marschiert und nicht geschlichen!

Zudem kamen sofort spontane Sprechchöre „Krause geh nach Hause" und „Krause wird nicht Landesbezirksleiter, (diesen Posten visiert er an) sondern zieht als Spitzel weiter"!

Schwierig wurde dann aber seine Aufgabe, als er versuchte, die Kollegen auf der Abschlußkundgebung der ‚AE' zu fotographieren. Er mußte feststellen, daß ein ansehnlicher Zug von HBV-Kollegen mitmarschierte!



Die richtige Antwort der Kollegen!

Auch hier rückten ihm einige Kollegen bedrohlich auf den Pelz.

Auch wenn dies Vorgehen Krauses zeigt, wie runtergekommen dieser „Führer" ist, sollten sich die Kollegen jetzt noch enger zusammenschließen, um weiteren Ausschlüssen schärfer entgegenzutreten.

Ein gebrannter Krause scheut das Feuer nicht! ●

HBV-Kommitee
KB/Gruppe Hamburg

Sonst sind diese Herren immer so eitel und freuen sich, wenn sie ihr Konterfei in der Presse sehen.
Aber noch nicht genug: Auch auf der Demonstration der Aktionsein-
Feuer nicht! ●
HBV-Kommitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde im Buchhandel

Tarifrunde im Buchhandel

Auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel in der HBV in Hamburg wurde die Forderung nach 135,- DM nahezu einstimmig aufgestellt. Diese Forderung gilt auch für die Lehrlinge. Weiter wurde gefordert, in der untersten Gehaltsstufe die zwei ersten Berufsjahre dem Lohn des 3. Berufsjahres anzugleichen.

In Schleswig-Holstein wurde für die diesjährige Tarifrunde 160,- DM gefordert.

In Bayern und Baden-Württemberg ist der neue Tarif für die Buchhändler bereits abgeschlossen.

Die Tarife werden zunächst um 25,- DM angehoben, dann um 5% erhöht, wobei die Mindesterhöhung jedoch 80,- DM betragen muß. Die ersten drei Monate dieses Jahres werden pauschal um 10,- DM angehoben. Die überwiegende Mehrzahl der Kollegen bekommt danach 80,- DM, höchstens 90,- DM mehr. Die Kollegen konnten ihre Forderung von 120,- DM also nicht durchsetzen. ●

Zelle Buchhandel

Börsennotiz

‚Erfolgreich rationalisiert'

Die Deutsche Bundesbank konnte über die Deckung eines Verlustrückträges von 8,93 Mrd. DM hinaus noch 608,1 Mio. DM Gewinn erzielen. („SZ", 5.5.76). Hierbei kann die Deutsche Bundesbank stolz darauf verweisen, daß in den letzten drei Jahren 624 Kollegen weniger den Laden schmeißen. Aufgrund der Automatisierung sind allein in den Zweigstellen rund 1.320 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden, und weitere 500 brauchten nicht mehr eingerichtet zu werden.

Anerkennend schreibt die „Süddeutsche Zeitung" dann dazu auch: *„Bundesbank hat erfolgreich rationalisiert".* Anerkennung dafür, daß immer mehr Kollegen auf die Straße geschmissen werden. ●

HBV-Komitee

EDEKA Versicherungsdienst Hamburg: Kündigung nach Denunziation des Betriebsrates

Wie wir im AK 77 schon berichteten, stieß in der EDEKA-Zentrale in der City-Nord in Hamburg die Einführung einer Mitarbeiter-„Beurteilung" auf Widerspruch bei Kollegen und einigen Betriebsräten. 24 Kollegen beim Edeka-Versicherungsdienst hatten unter anderem eine Anfrage an ihren Betriebsrat (BR) gestartet, ob er der Einführung des Beurteilungswesens in ihrem Bereich zustimmen wolle. Die Kollegen forderten die Ablehnung der Beurteilung.

Als dürre „Antwort" teilte der BR mit, er prüfe die Beurteilungen „sachlich" und erst dann könne er sich ein Urteil bilden. Damit der Betriebsrat „sachlich" entscheiden kann, muß er sich offensichtlich erst einmal die „Unruhestörer" im Betrieb vom Hals schaffen.

Zwecks „Klärung" wurde eine Kopie der Anfrage an die Geschäftsleitung weitergegeben, unterzeichnet vom BR-Vorsitzenden Vogel, der darüber hinaus mitteilte, daß ein Kollege der „Rädelsführer" bei der Anfrage sein soll. Prompt wurde dem Kollegen zum 30.6. (natürlich mit Zustimmung des BR) gekündigt. Als „Begründung" wurden Rationalisierungen angegeben, obwohl der Kollege erst vor einem halben Jahr eingestellt worden war (mit zwei anderen), weil die Abteilung in Arbeit unterzugehen drohte.

Die offensichtliche politische Kündigung stieß auf breiten Protest bei den Kollegen. Die Mehrheit forderte eine sofortige außerordentliche Betriebsversammlung, nachdem sie schon vielfach die Erfahrung machen mußten, daß Kollegen wegen kleinster Aufmüpfer aus dem Betrieb gefeuert wurden (wenigstens zwei Dutzend in zwei Jahren). So wurde beispielsweise eine Kollegin gekündigt, weil sie kritisiert hatte, daß der BR nicht gewerkschaftlich organisiert ist.

Die Zeit ist vorbei, wo das von den Kollegen geschluckt wird. ●

coop Hamburg:

Rechte Betriebsräte machen sich „Sorgen"

Am 29.4. waren viele Kollegen erstaunt, als sie am Schwarzen Brett des Hapro-Betriebsrates (Hapro ist eine der zahlreichen Mini-Gesellschaften der coop) statt billiger „Sonderangebote" auch noch etwas anderes fanden. Die Betriebsräte waren in „Sorge" wegen *„der allgemeinen Unsicherheit der Arbeitsplätze in der Zentrale",* da das coop-Haus in Hamburg verkauft wird. Auch diesen rechten Betriebsräten hat nun der Vorstand Informationen über die Zukunft der Hapro verweigert. Die „Sorge" dieser Betriebsräte ist voll verständlich, hatten sie es doch bisher verstanden, jede Entlassung als „Sicherung" der Arbeitsplätze darzustellen, eigens die HBV-Betriebsgruppe aufgelöst und eine Beteiligung der Fachgruppe Genossenschaften am 1. Mai abgeblockt. So geht jetzt ihre „Sorge" auch eher dahin, daß ihre Position ins Wanken kommt, denn sie erklärten in ihrer Information am Schwarzen Brett immer noch unbeirrt, daß sie wie bisher um jeden Arbeitsplatz kämpfen werden. Diese Verarschung werden sich die Kollegen bald nicht mehr bieten lassen. ●

Westdeutsche Versicherungsgesellschaften drängen ins Ausland

Das Vermögen der Versicherungsgesellschaften in der BRD (Mitte 1975 knapp 150 Mrd. DM; zum Vergleich der Bundeshaushalt 1974: 136 Mrd. DM) soll zunehmend im Ausland angelegt und natürlich auch vergrößert werden.

Nach dem 2. Weltkrieg beschränkte man sich auf das inländische „Klein-klein-Geschäft" und überließ es 49 ausländischen Versicherern, in der BRD jährlich bis zu 1,2 Mrd. DM an Prämie zu kassieren („Welt", vom 9.1.76). Vor dem 2. Weltkrieg war die Arbeit deutscher Versicherungen im Ausland nichts ungewöhnliches. Bereits 1925 gründete z.B. die Allianz in Spanien die Versicherungsgesellschaft „Plus Ultra". An diese Vergangenheit will man heute wieder anknüpfen. Die „Welt" stellte in dem oben zitierten Artikel dar, daß sich bis jetzt bereits wieder ein gutes Dutzend Versicherer am oder über den Londoner Versicherungsmarkt etabliert haben, *„um Erfahrungen im internationalen Geschäft zu sammeln."* Unternehmen wie Allianz, Colonia oder Gerling folgen der immer stärker im Ausland investierenden BRD-Industrie und rechnen sich auch einen guten Profit im privaten Versicherungsbedarf in den Staaten wie Spanien und Griechenland aus, die über eine „geringe Versicherungsdichte" verfügen. So hat der Deutsche Ring seine Beteiligung an der griechischen Versicherungsgesellschaft „Atlantic Union Insurance" auf 28,9 % des Grundkapitals erhöht. („Frankfurter Allgemeine" (FAZ), 28.4.76)

Erleichtert wird die Expansionspolitik durch ein am 1.1.1975 in kraft getretenes Gesetz, das den BRD-Gesellschaften gegenüber den bisher geltenden relativ engen Bestimmungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen wesentlich mehr Anlage-Spielraum gibt. Das „Handelsblatt" vom 14.2.75 kommentiert das so: *„Durch die Möglichkeit, verstärkt auch Auslandseinlagen zu tätigen, tragen die neuen Bestimmungen gleichzeitig auch der zunehmenden internationalen Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen Rechnung. Wirtschaftspolitisch interpretiert ist das Gesetz damit sicherlich ein Schritt hin zu weniger Investitionslenkung."*

Schrittmacher der Entwicklung ist vor allem die Allianz-Gruppe, die inzwischen zu den zehn größten Versicherungsgruppen der Welt gehört und Platz Eins unter den europäischen Versicherern einnimmt. Am größten Versicherungsplatz der Welt, in London, tritt sie mit der hundertprozentigen Tocher „Allianz International Insurance Company Ltd." auf. In Brasilien ist sie mit der „Allianz Ultramar Companhia Brasileira de Seguros" in Rio de Janeiro präsent. Der Allianz-Anteil betrug 1974 30,8 %.

Im Iran war die Allianz an der Gründung der „Bimeh Theran Insurance Company" beteiligt und arbeitet mit einheimischen Bank- und Industriegruppen und den „Assurances Generales de France" seit Januar 1975 zusammmen. Die „Arab International Insurance Company" in Kairo, eine Gemeinschaftsgründung der staatlichen Versicherungsanstalt MISR und führender internationaler Versicherer, darunter die Allianz, wird sich insbesondere auf die Dekkung größerer Investitionsvorhaben in der geplanten Industriezone am Suez-Kanal und in den arabischen Ölländern konzentrieren. Die Allianz unterhält des weiteren eigene Direktionen in Mailand, Madrid, Paris, Wien und Amsterdam. (Alle Angaben nach „Handelsblatt" vom 27.12.74, „Frankfurter Rundschau" vom 22.1.75 und dem Geschäftsbericht 1974.)

Die Aachener und Münchener Versicherung hat eine Beteiligung an der „Vera Cruz Seguradora S.A. Sao Paulo", Brasilien, erworben („Süddeutsche Zeitung", 9.12.75). Die zweitgrößte westdeutsche Sachversicherungsgesellschaft, die Colonia, hat vor, sich im Iran zu engagieren, ferner rechnet die Geschäftsführung in den nächsten Monaten mit der Direktzulassung für die USA. („Frankfurter Rundschau", 6.2.76)

Ein weiterer großer Versicherungskonzern, die gewerkschaftseigene Volksfürsorge, ließ noch 1970 lauthals verkünden, man werde sich an der imperialistischen Expansion nicht beteiligen („Handelsblatt", 18.9.70). Statt dessen ging man sogenannte Kooperationsverträge mit 15 (!) ausländischen Gesellschaften ein. Darunter die „Nationwide, USA", die „Unipol, Italien", die „C.I.S., Groß-Britannien" und andere mehr. Vorstandsboß Rittner erklärte damals weiter, alle Gesellschaften seien natürlich gemeinwirtschaftlich orientiert. Daß diese Art der Politik nichts als Geschwätz war, zeigt bereits der Geschäftsbericht 1974. Die „nur" kooptierte italienische Gesellschaft „Unipol" erscheint unter dem Abschnitt „Beteiligungen". Zusammen mit einer weiteren, nicht genannten italienischen Versicherung, hat die Volksfürsorge an Aktien einen Bilanzwert von 2,66 Millionen DM auswerfen müssen. ●

HBV-Komitee

Eines Morgens wurden die Kolleginnen und Kollegen der Iduna mit Werbe-Posters beglückt, die die Herren Abteilungsleiter persönlich verteilten, „um den Kollegen eine Freude zu machen."

In sexy Pose sitzt da eine nackte Frau an der Schreibmaschine. Das Thema ist Haltungsschäden durch falsche Büromöbel. Viele Kolleginnen waren sauer, daß selbst dieses Thema mit einer Sex-Pose verkauft wird, anstatt einmal mit einem Foto anzuprangern, daß es tatsächlich viele Kolleginnen gibt, die total krumm an ihren Schreibmaschinen sitzen müssen und so ihre Gesundheit ruinieren.

Als das Plakat trotz mehrerer Diskussionen mit Kollegen an vielen Bürowänden hing, griffen einige Kolleginnen durch bewährte Aufkleber die Möglichkeit auf, sehr augenscheinlich klarzumachen, was dieses Poster ist – nämlich frauenfeindlich!

Dieses Beispiel sollte Schule machen!!

Betriebszelle Iduna,
KB-Gruppe Hamburg



HBV-Landesbezirkskonferenz Westberlin:
Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen weg!

Auf der 9. Landesbezirkskonferenz der HBV Westberlin am 25. 4. 76 wurde eine Reihe fortschrittlicher Anträge gestellt und durchgesetzt:

Die Delegierten des Bereichs Buchhandel und Verlage stellten den Antrag: *„Die Gewerkschaft HBV wird aufgefordert, sich für die Aufhebung des sog. Unvereinbarkeitsbeschlusses vom 3. 10. 73 durch den Gewerkschaftstag einzusetzen."*

Sie begründeten den Antrag folgendermaßen: *„Im DGB, also auch in unserer Gewerkschaft HBV, organisieren sich Arbeiter und Angestellte ungeachtet ihrer politischen Anschauungen zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen.*

Das verlangt von allen Mitgliedern – nach inhaltlicher Auseinandersetzung – die Zurückstellung politischer Differenzen zugunsten des notwendigen gemeinsamen Handelns gegenüber den Unternehmern.

Wer diesen Grundsatz gewerkschaftlicher Arbeit nicht anerkennt und aktiv dagegen handelt, schadet den gewerkschaftlich organisierten Kollegen und hat keinen Platz in der Gewerkschaft. Die Satzung sieht hierbei ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens vor."

Die HBV-Delegierten nahmen den Antrag mit 64 zu 38 Stimmen an.

Die Delegierten der FG Wirtschaftsdienste stellten den Antrag, die DGB-Entscheidung für eine Veranstaltung am 1. Mai 1976 im Sommergarten zu verurteilen und begründeten ihren Antrag so: *„Diese Entscheidung nimmt den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften die Möglichkeit, auf einer öffentlichen Kundgebung, zu der jedes DGB-Mitglied die Möglichkeit der Teilnahme hätte, gemeinsam gegen soziale Mißstände und für berechtigte Forderungen der Westberliner Arbeitnehmer einzutreten. Die Landesbezirkskonferenz verurteilt gleichermaßen. daß der*
Westberliner Arbeitnehmer einzutreten. Die Landesbezirkskonferenz verurteilt gleichermaßen, daß der
DGB-Berlin nicht zu einer gemeinsamen Demonstration der Mitglieder aller Gewerkschaften aufgerufen hat. Er hat damit seine Beschlüsse an dem ursprünglichen Sinn des 1. Mai und an den Interessen der Gewerkschaftskollegen vorbei gefaßt."

Der Antrag wurde ebenfalls angenommen, obwohl der Vorsitzende des Landesbezirksvorstandes, Alles, die Antragsstellerin zu diffamieren versuchte, indem er von ihrer ‚Haßliebe' zu Sickert sprach. Der Stein fiel allerdings auf seine eigenen Füße, da von den Kollegen aufgedeckt wurde, daß Alles gegen das Votum der Delegierten der Sommergartenverantstaltung des DGB als HBV-Delegierter zugestimmt hat.

Die Delegierten des Bereichs Buchhandel und Verlage forderten die Wiederkonstituierung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage, die am 30. Okt. 75 aufgelöst worden war, da ihre fortschrittliche Politik der HBV-Führung ein Dorn im Auge war. Einzelne Kollegen wurden auch aus der HBV mit Hilfe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse rausgeworfen.

Antragsbegründungen u. a.: *„Die unbequeme Auseinandersetzung mit einer Fachgruppe und deren gewählten Gremien oder der Ausschluß von Mitgliedern aufgrund von Unvereinbarkeitsbeschlüssen darf nicht zur Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeit in einem ganzen Wirtschaftszweig führen ..."*

Auch dieser Antrag wurde von den Delegierten angenommen.

Des weiteren wurden eine Reihe fortschrittlicher Anträge zur Betriebsgruppenarbeit, zum Kündigungsschutz von Vertrauensleuten, zum Bildungsurlaub und gegen das neue Jugendarbeitsschutzgesetz und Mitbestimmungsgesetz verabschiedet.

Gewerkschaftsbonze Sickert: HBV, Chaoten, Kommunisten gehören nicht in den DGB

Der Westberliner DGB-Führer Sickert hatte durch massive Hetze in seiner ‚Begrüßungsansprache' zur Delegiertenkonferenz versucht, insbesondere eine Verabschiedung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu verhindern.

Er geiferte, daß die Kollegen, die gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse stimmen würden, mit ihrem Gewerkschaftsausschluß zu rechnen hätten, denn laut Sickert ist der Kollege, der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnt, ein Gewerkschaftsgegner. Er ging sogar soweit, daß er von Ausschlüssen ganzer Gewerkschaften aus dem DGB sprach, wenn sie den Unvereinbarkeitsbeschluß aus ihrer Satzung streichen.

Die HBV-Delegierten gaben Sickert die richtige Antwort. Sie buhten ihn aus und verglichen seine Hetze mit den Kommunistenverfolgungen der 50-er Jahre.

Außerdem beschlossen sie für diesen Antrag geheime Wahl.

Die bürgerliche Presse gab Sickert dann allerdings ausführlichst Gelegenheit, gegen die Beschlüsse der Kollegen nach bewährter antikommunistischer Manier zu hetzen.

So veröffentlichte der „Tages-
Kollegen nach bewährter antikommunistischer Manier zu hetzen.

So veröffentlichte der „Tages-
spiegel" am 27. 4. die ‚Begrüßungsrede' Sickerts und in der „Berliner Abendschau" (regionale Fernsehsendung zwischen 19.00 und 20.00 Uhr täglich) sagte er:

„Die HBV ist nicht allein mit ihrer Kritik am 1. Mai, sondern befindet sich im Zusammenhang mit allen kommunistischen Gruppen in dieser Stadt, sogar mit der SEW."

Und weiter sei die HBV ja auch die Gewerkschaft, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufheben wolle. *„Wenn ich das im Zusammenhang sage, dann weiß ich ja, woher die Kritik kommt und wie die Kritik für uns aufzufassen ist."*

Die Kollegen der HBV ließen sich allerdings bisher nicht einschüchtern. Sie beendeten ihre Demonstration vor dem Sommergarten.

Gewerkschaftsführer Sickert mußte die knapp 2.000 ‚Getreuen' im Sommergarten auffordern, doch mehr zusammenzurücken, damit eine ‚einheitliche Kundgebung' erreicht würde, während 20.000 Teilnehmer der diesjährigen Maidemonstration es vorzogen, vorm Sommergarten zu bleiben und auf Sickerts und Ortolis ‚Ausführungen' zu verzichten. ●

Betriebskomitee
KB/Gruppe Westberlin

Geheimcode bei Zeugniserteilungen
Punkt, Häkchen, Strich – fertig ist der Linksextremist

Die Verpflichtung des Kapitalisten, dem Kollegen, der den Betrieb verläßt bzw. verlassen muß, ein positives Zeugnis auszuhändigen, hat sie veranlaßt, durch Geheimcode dem nächsten Kapitalisten Hinweise zu geben.

So werden in Zeugnissen mit positiv klingenden Aussagen ganz andere Dinge benannt. So z.B.:

– *„Er war sehr tüchtig und wußte sich gut zu verkaufen"* bedeutet: *„Er ist ein unangenehmer Mitarbeiter".*
– *„Wegen seiner Pünktlichkeit war er stets ein gutes Vorbild"* meint: *„Er war in jeder Hinsicht eine Niete".*
– *„Im Kollegenkreis galt er als toleranter Mitarbeiter"* bedeutet: *„Für Vorgesetzte ist er ein schwerer Brocken".*
– *„Für die Belange der Belegschaft bewies er ein umfassendes Einfühlungsvermögen"* soll meinen: *„homo bzw. lesbisch".*

Zudem werden durch variierte Aussagen Zeugnisse verteilt:
– *Mit seinen Leistungen waren wir zufrieden = zufriedenstellend;*
– *Jederzeit/stets zu unserer Zufriedenheit = zufriedenstellend/gut;*
– *Stets zu unserer vollen Zufriedenheit = gut/sehr gut;*
– *Seine Leistungen haben unsere volle Anerkennung gefunden = sehr gut.*

Im Zusammenhang mit den politischen Entlassungen sind in der letzten Zeit auch noch besondere Code aufgefallen. So bedeutet *„ein senkrechter Strich mit Kugelschreiber etc. links stehend von der Unterschrift, der aussieht wir ein Ausrutscher*
– Mitglied einer Gewerkschaft"
oder *„ein sogenannter ‚Ausrutscher' (nur Häkchen) nach links*
– Mitglied einer linksstehenden Partei".
oder *„ein sogenannter ‚Doppelausrutscher' (Doppelhäkchen nach links)*
– Mitglied einer linksgerichteten verfassungsfeindlichen Organisation"!

Dabei kommt es auch oft vor, daß die entspechenden Häkchen im Stempel versteckt sind.

Bei diesem Code handelt es sich sicher nicht um den einzigen, den die Kapitalisten verwenden.

Deshalb ist es wichtig die Zeugnisse intensiver zu studieren und wenn es notwendig ist, rechtlich gegen den Kapitalisten vorzugehen.

Dieses ist heute besonders wichtig, da die Kapitalisten daran gehen, ihre Betriebe zu säubern und durch den Code verhindern wollen, daß die Kollegen bei anderen Kapitalisten wieder Arbeit bekommen. Dieser Zeugniscode ist ein direkter Angriff auf die Existenzbedingungen der Kollegen!

(Informationen aus gewerkschaftlichen Materialien) ●

HBV-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Hamburg 1. Mai Frauenveranstaltung im HBV Bereich

Als Vorbereitung auf den diesjährigen 1. Mai organisierte der „Kreis Konsequenter Gewerkschafter" gemeinsam mit einer von Kolleginnen in der HBV gebildeten Frauengruppe am 28.4. eine Frauenveranstaltung in Hamburg, die von gut 70 Kolleginnen und Kollegen besucht wurde.

Es wurde eine Solidaritätsadresse gegen die Verhaftung und drohende Auslieferung des chilenischen Revolutionärs Edgardo Enriques bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme verabschiedet. Eine Sammlung zugunsten der revolutionären Organisation MIR ergab DM 325,60.

Die Veranstaltung war von den Frauen zusammen mit fortschrittlichen Kollegen selbst organisiert worden, die Gewerkschaftsführung hatte sich mit allen möglichen Begründungen davor gedrückt, eine Frauenveranstaltung vor dem 1. Mai durchzuführen.

Frauen gemeinsam sind stark

Der Film „Für Frauen" zeigte auf der Veranstaltung am Beispiel von Verkäuferinnen in einem Supermarkt, wie diese lernen, gemeinsam gegen die Unterbezahlung im Verhältnis zu den männlichen Kollegen den Widerstand zu organisieren, ihre Angst überwinden, die Spaltung untereinander durchbrechen um dann im Streik ihre gemeinsame Stärke zu erkennen. Die anschließende lebhafte Diskussion machte die Situation von Kolleginnen im Kaufhaus und im Bürogroßraum deutlich, wie diese unter Arbeitshetze, schweren nervlichen und körperlichen Belastungen zusätzlich noch unter dem Streß von Hausarbeit und Kindererziehung stehen.

Besonders an der Frage der Kindererziehung, der sich die meisten Frauen völlig vereinzelt und auch hilflos gegenüber sehen, zeigte sich der große Nachholbedarf für Diskussionen, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Hilfe und gemeinsames Anpacken dieser Probleme.

Dafür war diese Veranstaltung ein Schritt. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Die Situation der Angestellten: Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit

Die Situation der Angestellten gerade in den Großstädten wird immer bedenklicher.

Von den im März arbeitslos gemeldeten Kollegen kommen in München 53,8 %, in Frankfurt 48,5 % und in Hamburg 46,2 % aus Angestellten-Berufen. („Süddeutsche Zeitung", (SZ), 27.4.76). Dabei wird seitens der Kapitalisten immer mit dem „populären" Argument, „den Wasserkopf abbauen", gearbeitet. Für die entlassenen Kollegen gibt es kaum eine Möglichkeit, wieder eine Stelle zu finden. Denn zur Zeit werden im wesentlichen „einfache" Arbeiten abgebaut. In der Versicherungsbranche werden laut Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg nur Außendienstler gesucht („SZ", 23.4.76). Das bedeutet für die Kollegen letzlich die Türdrückertätigkeit, die für die meisten keine Existenzsicherheit bedeutet. Auch bei den Banken werden nur noch besonders „qualifizierte" Stellen neu besetzt.

Wir wir im AK 79 berichteten, wird sich diese Situation noch weiter verschlechtern. Für die Kollegen im Betrieb aber verschärft der Kapitalist die Arbeitshetze. Zudem wird die Situation genutzt, die Gehälter der Kollegen zu drücken. So kommt es immer häufiger vor, daß Kollegen mit übertariflichen Zulagen entlassen und dafür Kollegen nach Tarif eingestellt werden („SZ", 27.4.76).

Da „aber die Arbeit ja trotzden geschafft werden muß", werden immer mehr Überstunden geschoben. So kommt es immer öfter zu Samstags- und Sonntagsarbeit bzw. die Kollegen schleppen massenhaft Akten mit nach Hause. Auf Gund dieser Streßsituation brechen mehr und mehr Kollegen am Arbeitplatz zusammen. So bei der Iduna in der Korrespondenzabteilung, so bei der Hamburg Mannheimer, wo schon vier Kollegen tödlich in der Firma bzw. auf dem Weg nach Hause zusammenbrachen. Damit wird deutlich, daß mehr und mehr die „Privilegien" im Angestelltenbereich nur noch auf Illusionen beruhen. Gerade die Mechanisierung und Rationalisierung vornehmlich in Großraumbüros machen das deutlich. Dagegen muß verschärft der Kampf geführt werden. •

HBV-Komitee

BAU

Der Aufschwung kommt! -- 30.000 Entlassungen 1976

Nachdem 1975 wieder ein Jahr des Bau-Pleitenrekords war – 1244 Pleiten („Welt", 17.3.76), 6,9 % mehr als im Vorjahr – erhofften sich die Baukapitalisten für dieses Jahr wieder einen Aufschwung.

Die Bausparkassen und Hypothekenbanken konnten selbst für 1975 große Profite vorweisen. Die Bayrische Landesbank ermittelte 1975 noch höhere Gewinne als 1974, wo es schon 90 Mio. DM waren („Süddeutsche Zeitung", 10.2.). Die Landesbausparkasse Münster konnte auch 1975 ihren Umsatz ausbauen und zeigte sich am Ende des Jahres *„sehr gut erholt"* („Handelsblatt", 9.2.76).

Die Bauunternehmen erhoffen sich für 1976 wieder ein besseres Geschäft. Sie haben das letzte Jahr zu umfassenden Rationalisierungen genutzt. 141 000 Bauarbeiter sind entlassen worden, d.h. fast jeder zehnte Bauarbeiter, und für 1976 wird mit weiteren 30 000 Entlassungen gerechnet („Welt", 17.3.), was die Baukapitalisten unmittelbar nach dem 5,3 % Lohnraubabschluß ankündigen! Die Bauaufträge nahmen wieder kräftig zu. Ende 75 gab es bereits 38 % mehr Aufträge als Ende 1974.

Die großen Baukonzerne konnten im Auslandsgeschäft stark expandieren. Der Konzern „Hochtief" z.B. erhöhte seine Bauleistung im Ausland um 70 %, („SZ", 30.3.76). Auch im Gewerbebau werden wieder höhere Umsätze erzielt, während es im Wohnungsbau weiter abwärts geht. Wurden 1975 noch 420 000 Wohnungen fertiggestellt, rechnet man 1976 mit 280 bis 300 000 („HB", 29.3.76), was der Wohnungsproduktion von 1949 entspricht.

Insgesamt kommen nach den „mageren" jetzt wieder fettere Jahre auf die Bauindustrie zu. In den nächsten zwei Jahren werden Preissteigerungen von 20 bis 30 % erwartet! („Hamburger Abendblatt", 5.5.76). Oder wie es der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Hackert ausdrückte: *„Eine Branche kann über einen längeren Zeitraum nicht ohne Gewinne auskommen ... "* („Welt", 17.3.). •

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Protestkundgebung der Postgewerkschaft in Bochum

Am 23. April hatte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in der Bochumer Ruhrlandhalle eine Protestkundgebung unter dem Motto: *„Ja zu Reformen, aber Schluß mit der Hetzkampage gegen den Öffentlichen Dienst"* veranstaltet. Etwa 2000 Kollegen der Bundespost aus dem Bezirk Dortmund folgten diesem Aufruf. Mit der Kundgebung sollte ein *„objektives Bild des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit"* erzeugt werden.

So hatte die DPG in einer Presse-

tig Personaleinsparungen und Rationalisierung vorangetrieben werden.

Demgegenüber hat die DPG bisher wenig gegen die tatsächlichen Angriffe auf die Beschäftigten der Post getan. Auch die Bochumer Kundgebung war nur von vielem wortradikalen Getöne geprägt. Der Redner, DPG-Bundesvorstandsmitglied Konrath, begrüßte ausdrücklich die anwesenden Vertreter der Oberpostdirektion Dortmund und betonte, daß in der Frage der Hetzkampagne gegen den öffentlichen Dienst *„wir mit der Oberpostdirektion in dieser*

Hamburger Hafen: Gilt für einen aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen der Rahmentarifvertrag?

Seit Anfang Januar dieses Jahres steht ein Speicherarbeiter im Rechtsstreit mit der Firma N.H.L. Hinsch & Cons.. Der Kollege hatte sich kurz nach der Flutkatastrophe geweigert, eine Anordnung seines Kapitalisten zu befolgen: er sollte eine ganze Woche lang jeden Tag drei Überstunden leisten, wozu er nach Tarifvertrag nicht verpflichtet ist.

Daraufhin wurde ihm umgehend mündlich gekündigt, obwohl nach dem Rahmentarifvertrag (RTV) eine schriftliche Kündigung vorgeschrieben ist. Weil der Kollege nach Ablauf der Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt wurde, ging er gerichtlich dagegen vor und konnte beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung bis zum Prozeßende erreichen, denn erwiesenermaßen war die Kündigung schon formal unwirksam.

Im folgenden antwortete die Fa. Hinsch mit einem Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung:

Eine mündliche Kündigung sei im Falle des Kollegen rechtkräftig, weil dieser nicht mehr Mitglied der Gewerkschaft sei. Infolgedessen würden die im RTV garantierten Rechte seine Person nicht betreffen, (der Kollege war Mitte 75 aus der ÖTV ausgeschlossen worden, weil er in einem „Arbeitskreis Hafen" gewagt hatte, die Politik der ÖTV-Führung zu kritisieren).

Urheber dieser Provokation sind die Herren Rösler und Kathke, die als Anwälte den Unternehmensverband Hafen vertreten, bzw. der Unternehmensverband selbst.

Noch ist die Sache vor Gericht nicht entschieden. Der Vorstoß der Hafenkapitalisten zeigt, wie sehr die Gewerkschaftsführer mit ihren Ausschlußpraktiken den Kapitalisten bei der Verfolgung politisch mißliebiger Kollegen in die Hände arbeiten und ihnen dies schmutzige Geschäft erleichtern. •

Hafenzelle
KB/ Gruppe Hamburg

Ausgeschlossenen der Rahmentarifvertrag?

Seit Anfang Januar dieses Jahres steht ein Speicherarbeiter im Rechtsstreit mit der Firma N.H.L. Hinsch & Cons.. Der Kollege hatte sich kurz nach der Flutkatastrophe geweigert, eine Anordnung seines Kapitalisten zu befolgen: er sollte eine ganze Woche lang jeden Tag drei Überstunden leisten, wozu er nach Tarifvertrag nicht verpflichtet ist.

Daraufhin wurde ihm umgehend mündlich gekündigt, obwohl nach dem Rahmentarifvertrag (RTV) eine schriftliche Kündigung vorgeschrieben ist. Weil der Kollege nach Ablauf der Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt wurde, ging er gerichtlich dagegen vor und konnte beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung bis zum Prozeßende erreichen, denn erwiesenermaßen war die Kündigung schon formal unwirksam.

Im folgenden antwortete die Fa. Hinsch mit einem Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung:

Eine mündliche Kündigung sei im Falle des Kollegen rechtkräftig, weil dieser nicht mehr Mitglied der Gewerkschaft sei. Infolgedessen würden die im RTV garantierten Rechte seine Person nicht betreffen, (der Kollege war Mitte 75 aus der ÖTV ausgeschlossen worden, weil er in einem „Arbeitskreis Hafen" gewagt hatte, die Politik der ÖTV-Führung zu kritisieren).

Urheber dieser Provokation sind die Herren Rösler und Kathke, die als Anwälte den Unternehmensverband Hafen vertreten, bzw. der Unternehmensverband selbst.

Noch ist die Sache vor Gericht nicht entschieden. Der Vorstoß der Hafenkapitalisten zeigt, wie sehr die Gewerkschaftsführer mit ihren Ausschlußpraktiken den Kapitalisten bei der Verfolgung politisch mißliebiger Kollegen in die Hände arbeiten und ihnen dies schmutzige Geschäft erleichtern. •

Hafenzelle
KB/ Gruppe Hamburg

Protestkundgebung der Postgewerkschaft in Bochum

Am 23. April hatte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in der Bochumer Ruhrlandhalle eine Protestkundgebung unter dem Motto: *„Ja zu Reformen, aber Schluß mit der Hetzkampage gegen den Öffentlichen Dienst"* veranstaltet. Etwa 2000 Kollegen der Bundespost aus dem Bezirk Dortmund folgten diesem Aufruf. Mit der Kundgebung sollte ein *„objektives Bild des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit"* erzeugt werden.

So hatte die DPG in einer Pressemitteilung kürzlich enthüllt, daß allein im Bezirk Dortmund 143.857 unbezahlte Überstunden abgeleistet wurden. In der Bundesrepublik beträgt die Zahl über 3 Millionen!

Vom zustehenden Urlaub für das Jahr 1975 waren über 20% noch nicht abgeleistet worden.

All dies zeigt, wie stark der Personalmangel ist, während gleichzeitig Personaleinsparungen und Rationalisierung vorangetrieben werden.

Demgegenüber hat die DPG bisher wenig gegen die tatsächlichen Angriffe auf die Beschäftigten der Post getan. Auch die Bochumer Kundgebung war nur von vielem wortradikalen Getöne geprägt. Der Redner, DPG-Bundesvorstandsmitglied Konrath, begrüßte ausdrücklich die anwesenden Vertreter der Oberpostdirektion Dortmund und betonte, daß in der Frage der Hetzkampagne gegen den öffentlichen Dienst *„wir mit der Oberpostdirektion in dieser Frage doch in einem Boot sitzen"*.

Für einen wirksamen Kampf der Postler wird es darauf ankommen, den Kampf gegen politische Entrechtung, Rationalisierungspolitik und Lohnabbau zu entwickeln, und das nicht Arm in Arm mit den Vertretern der Oberpostdirektion. •

Postgenossen aus Bochum



Kreiskrankenhaus Pinneberg: Kollegen gegen Rationalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen

Unmittelbar nach den erfolgreichen Protesten der Belegschaft gegen die Rationalisierungspläne des Kreises (siehe AK70) ist im Kreiskrankenhaus eine ÖTV-Betriebsgruppe entstanden, die sich vor allem um eine bessere Information der Kollegen über die laufende Rationalisierungskampagne bemüht. Nachdem das „Amt für Krankenhauswesen" mit seinen ursprünglichen Plänen bei den Kollegen abgeblitzt war, führt es jetzt Rationalisierung „durch die kalte Küche " durch. So sind im letzten Jahr in den fünf Krankenhäusern der Kreises 89 (!) Planstellen aus dem Pflegebereich gestrichen worden!!

Als nächste größere Maßnahme plant das berüchtigte „Amt für Krankenhauswesen" die Auflösung und Privatisierung der Wäscherei: sie soll von der Firma Ahrens (Ahrens ist natürlich CDU - Mitglied) übernommen werden! Der Personalrat (DAG- Mehrheit) hat sich bisher mit einer mündlichen „Zusicherung" zufriedengegeben, daß es dadurch zu keinerlei Entlassungen kommen werde. Aufgabe der Betriebsgruppe muß es sein, verbindliche Aussagen über alle weiteren Rationalisierungspläne zu fordern und die Kollegen dagegen zu mobilisiern.

Die Rationalisierung steht erst am Anfang: *„Diese erfreuliche(!) Entwicklung* (der Sparmaßnahmen) *will der Kreis noch forcieren(!). Für 1976 hat der Kreistag für weitere Rationalisierungsmaßnahmen in den Kreiskrankenhäusern 650.000 Mark bereitgestellt,"* (Pinneberger Tageblatt, 13.4.76). •

KB/ Gruppe
Kreis Pinneberg/Steinburg

„Ärztlicher Kunstfehler?"

Anfang Februar wurde im Kreiskrankenhaus Elmshorn einer 13-jährigen Schülerin nach einem schweren Unfall operativ eine Niere entfernt, da diese angeblich zerquetscht gewesen sein soll. Erst nach der Operation, und noch nicht einmal im Elmshorner Krankenhaus, sondern in der Uniklinik Hamburg-Eppendorf, wurde festgestellt, daß das Mädchen nur diese eine Niere besaß. Um die Kosten einer notwendig gewordenen Transplantation ersetzt zu bekommen, stellte der Vater Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung. Kranken - haussprecher und insbesondere der operierende Arzt, Oberarzt Dieter Hornburg, weisen natürlich den Verdacht, daß die Nierenentnahme ein ärztlicher „Kunstfehler" war, weit von sich.

Man kann es schon kaum mehr einen „ärztlichen Kunstfehler" nennen, daß jemandem eine Niere herausgenommen wird, ohne überhaupt festzustellen, daß es sich hierbei um die einzige Niere handelt. Besonders makaber nimmt es sich aus, daß von den Ärzten behauptet wird, das Mädchen hätte sich in akuter Lebensgefahr befunden und eine Operation wäre dringend notwendig gewesen, obwohl sie das Mädchen vorher mit Sicherheit nicht besonders gründlich untersucht hatten.

Sei es nun die Leichtfertigkeit der Ärzte bei der Untersuchung oder die Arbeitshetze in den Kliniken, die diesem Kind schweren Schaden zugefügt haben, es zeigt deutlich die Mängel im bundesdeutschen Gesundheitswesen.

letztenendes erklärt sich die Mutter der Schülerin bereit, eine ihrer eigenen Niern zu spenden, um dem Kind ein Leben an der künstlichen Nieren zu ersparen. Die Operation wurde in der Sahlgrenska - Klinik in Göteborg (Schweden) durchgeführt! •

KB/ Gruppe Eutin/ Plön

GEW

Hamburg: Neuer Angriff auf die Selbstverwaltung der Referendare

Kürzlich erhielten mehrere Gruppensprecher des Studienseminars (jedes Seminar ist in zwei bis vier Gruppenseminare aufgeteilt, die jeweils ihre Sprecher wählen) einen Brief von ihrem Vorgesetzten Ohst mit der Aufforderung, bei einem in der nächsten Woche stattfindenden d i e n s t l i c h e n Gespräch zu erscheinen. Thema der „Unterredung" soll die „Mitbestimmung" der Referendare am Studienseminar und die Einstellungssituation am 1.8.76 sein.

Verdächtig dabei ist, woher Ohst die Namen der Gruppensprecher hat. Dazu müssen alle Seminarleiter Order bekommen haben, in ihrem Seminar nach den entsprechenden Namen zu fragen. Auf diesem Weg sind die Gruppensprecher bei der Behörde erfaßt. Ein erster Schritt, um die Sp..cher unter Kontrolle der Behörde zu bekommen.

Zur Einstellungssituation am 1.8. ist im gesamten Studienseminar längst bekannt, daß nach den Sommerferien mindestens 350 fertige Referendare arbeitslos sein werden.

Nur die Kollegen, die bei der Bundeswehr waren, können von Glück reden, wenn sie noch einen Job als Lehrer kriegen. Der Rest wird sich nach dem 1.8. auf dem Arbeitsamt treffen.

Außerdem geht das Gerücht, daß von den Kollegen, die am 1.2.76 Examen gemacht haben und jetzt mit einem Fristvertrag an VR-Schulen (etwa 135) unterrichten, ca. 2/3 nicht weiter beschäftigt werden. Dem restlichen Drittel soll der Fristvertrag lediglich verlängert werden.

Fortsetzung auf Seite 32

Forts. von S. 31

Ein „freundlicher Plausch" mit den Gruppensprechern über die wachsende Lehrerarbeitslosigkeit wird daher nicht das Ziel der Behörde sein.

Vielmehr geht es hier um die Illegalisierung des Referendarvorstands (von der VV direkt gewählt), gegen den die Behörde offenbar die Gruppensprecher (als „anerkanntes" Vertretungsorgan) ausspielen will. Außerdem ist auch die Arbeit des Referendarausschusses, wo die Gruppensprecher unkontrolliert zusammengefaßt sind, den Herren von Apels Gnaden ein Dorn im Auge. Dieses Gremium wurde insbesondere seit der Wahl der ALTERNATIVE in den Referendarvorstand zu einem lebendigen und gut besuchten Diskussionsforum. Dort wurde intensiv über Lehrerarbeitslosigkeit, steigenden Leistungsdruck in den Seminaren und über politische Disziplinierungen debattiert und Aktionen beschlossen.

Vor allem protestierten die Kollegen mit aller Schärfe gegen das Raumverbot, das von Oberschulrat Lüdemann für die Vollversammlungen der Referendare ausgesprochen wurde (vgl. AK 78). Ebenso stellten sich die Gruppensprecher geschlossen hinter die presserechtlich Verantwortliche der Referendarzeitung, der von der Behörde Verletzung der „Beamtenpflichten" vorgeworfen worden war. •

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg will keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse in ihrer Satzung

Die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg am 29. April begann, wie nun schon gewohnt, mit einem Hammer aus dem Hauptvorstand (Bundes-GEW). Bedrückt und meist ratlos lauschten die Delegierten dem Vortrag eines Briefes vom Bundesvorsitzenden Frister, in dem er sich gewaltig über einen Bericht der Hamburger „Fünferkommission" erzürnt, welcher *„das Ansehen des Hauptvorstandes in schwerwiegender Weise zu verletzen geeignet ist und eine Parallele nur in dem Vorgehen von Angehörigen gewerkschaftsfeindlicher Organisationen gegen die Repräsentanten der Gewerkschaft findet."* Wie kam es zu diesem Angriff gegen eine Kommission, die selber mit der Bearbeitung von Gewerkschaftsausschlüssen beauftragt ist?

Angesichts des Widerstands des Hamburger Landesverbands gegen die reaktionäre GEW-Bundessatzung hatte Frister im vergangenen Herbst massiv mit Spaltung gedroht. Daraufhin hatte der Hamburger Vorsitzende Lemke die Übernahme der Bundessatzung – und damit der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – vermittels des sog. „Hamburger Kompromisses" glücklich durchgedrückt. Danach dürften Ausschlußanträge nur bei Zustimmung durch eine Hamburger „Fünferkommission" laufen: *„Die Kommission prüft jeden Einzelfall. Anträge auf Ausschluß dürfen sich nur auf belegbare Tatsachen stützen, die sich auf die Zeit vor dem 22.5.75 beziehen."* Nach Lemkes Auskunft sah auch der Hauptvorstand mit diesem „Kompromiß", den *„grundsätzlichen Konflikt zwischen dem Landesverband Hamburg und der Bundesorganisation beigelegt"* (Bericht vom 10.11. über ein Gespräch mit Frister).

Drei Tage nach der Anerkennung der Bundessatzung durch den Landesverband unter diesen Bedingungen kam der Ausschluß von 16 Hamburger Mitgliedern durch den Hauptvorstand, ohne jede Rücksicht auf den gerade ausgehandelten „Kompromiß". Entsprechende Befürchtungen hatte Lemke noch kurz zuvor als „politisch weniger erheblich" abtun wollen: *„Ein solches Verhalten kann sich niemand erlauben, der längerfristig gedenkt, gewerkschaftspolitisch zu arbeiten"*. Frister machte deutlich, daß er konnte.

Auf der darauffolgenden LVV (9.12.) stieß diese Provokation des Hauptvorstands auf ziemlich einhellige Empörung der Delegierten. Fachgruppen und Kreisvertrauensleutekonferenzen brachten Anträge ein, den Ausgeschlossenen weiterhin ihre Mitgliederrechte zuzugestehen. Lemke gelang es jedoch, diese „satzungswidrigen" Anträge durch eine Resolution zu ersetzen, die die Ausschlüsse „auf das Schärfste mißbilligt" und den Ausgeschlossenen den Rechtsschutz des Landesverbandes fest zusichert. Nach ein paar Wochen nahm der Vorstand auch dieses forsche Schrittchen klammheimlich wieder zurück: *„Der Landesverband ist für den Rechtsschutz leider nicht kompetent."*

Frister dagegen setzte sofort nach und stellte klar, daß er sich auch in Zukunft nicht an die Hamburger Regelung halten werde: Der Hauptausschuß bestätigte die Ausschlüsse. Am 23.2. wendet sich die Hamburger LVV dann noch einmal „mit schärfster Mißbilligung" gegen diesen Beschluß und kündigt die Verankerung der Fünferkommission in die Hamburger Satzung an, *„die dann ein anderes Ausschlußverfahren nicht mehr zuläßt"*. Die Fünferkommission selbst gab schließlich den oben erwähnten Bericht, in dem es u.a. heißt, sie *„hätte es für richtig gehalten, wenn sie von Anfang an eingeschaltet worden wäre"*, was neben anderen Feststellungen den großen Zorn des Vorsitzenden hervorrief. Denn die Fünferkommission hatte es gewagt, zwischen Gewerkschaftsausschluß und Berufsverbot einen Zusammenhang herzustellen. Dazu brachte Frister in bisher nicht gehörter Deutlichkeit die folgenden Kernsprüche: *„Der Versuch der Kommissionsmitglieder, in diesem Zusammenhang Ursache und Wirkung umzukehren, diffamiert den DGB und alle seine Gewerkschaften. Im übrigen gibt es auch keine Position der Gewerkschaft im Kampf gegen Berufsverbote. Die GEW bejaht die Notwendigkeit, Gegner der fdGO aus dem Staatsdienst fernzuhalten. Sie kämpft nicht gegen Berufsverbote, sondern für (!) die Wahrung der Verfassung... Auch der Versuch, Berufsverbote und Lehrerarbeitslosigkeit zu einem Komplex zu verbinden, entspricht nicht der Auffassung der GEW."*

LVV läßt sich nicht austricksen

Trotz dieser teilweise gegen sie selbst gerichteten Angriffe legten die Hamburger GEW-Führer der LVV am 29.4. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zur Aufnahme auch in die Hamburger Satzung vor. Obwohl von Lemke immer wieder beteuert wird, er wolle die Unvereinbarkeitsbeschlüsse „überwinden", sollte erst einmal die Anpassung wörtlich und perfekt gemacht werden, nach dem erprobten Motto: „Erst zurück und später dann voran!"

Dieser Hammer war i n eine Reihe weiterer Regelungen eingebettet, *„die wir mit der Bundessatzung sowieso schon übernommen haben"* und die deshalb ohne viel Federlesens auf einen Schlag abgestimmt werden sollten. *„Wenn wir anders verfahren, werden wir weiterhin keine Satzung haben."*

Mit diesem Trick hatte Lemke nun doch überreizt. Angesichts anhaltender und lautstarker Empörung mußte er den Ausschlußparagraphen aus dem kunstvoll verschnürten Paket herausnehmen, wodurch er sich nun den ganzen Zorn der Rechten („Koppe-Mafia", die auf einer eigenen Liste gegen die GEW zu den Personalratswahlen kandidiert) zuzog. Wie immer findig, ließ er (nach kurzer Beratung des Präsidiums) nur eine Abstimmung auf Nichtbefassung zu. Das hieß: Die Linke mußte nun statt eines Sperrdrittels eine Mehrheit hinter sich bringen. Gleichwohl, die Mehrheit (ohne die DKP!) wollte den üblen Paragraphen nicht mehr „befassen". Die Fünferkommission wurde aber in die HHer Satzung aufgenommen.

Daraufhin stimmte die Koppe-Mafia (die als Fristers 5. Kolonne agiert) geschlossen gegen die Satzungsregelungen, womit noch einmal dokumentiert ist, daß es diesen Leuten ausschließlich um den Ausschlußterror gegen links geht.

Mit dieser Abstimmung hat die LVV demonstriert, daß die Hamburger GEW nach wie vor die ihr aufgezwungenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Bundes-GEW ablehnt. Das ist das politisch Bedeutsame an diesem Beschluß. Dies entspricht auch der Stimmung unter den Mitgliedern und Vertrauensleuten. Die Rechnung des Hauptvorstands, daß sich die Mitgliedschaft allmählich mit dem Ausschlußterror abfinden würde, ist bisher keineswegs aufgegangen. Eher das Gegenteil ist der Fall, wie die Entwicklung in Hamburg und Westberlin (siehe Art. in dieser Ausgabe) zeigt. •

Lehrerkomitee, KB Gruppe Hamburg

Uni Hamburg:

Vertrauensleutekörper beschließt Antrag auf Gewerkschaftsausschluß!

Der VK an der Uni Hamburg hat einen mehrheitlichen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß von fünf ÖTV-Kollegen beschlossen.

Die Kolleginnen und Kollegen kandidieren zusammen mit Nicht-Gewerkschaftern auf einer sog. „Freien Liste" für die Personalratswahlen, Gruppe Angestellte, nachdem einigen von ihnen ein Platz auf der offiziellen ÖTV-Liste verweigert wurde, obwohl sie kandidieren wollten (wir berichteten in AK 77 darüber).

Den Ausschluß hatte Gewerkschaftssekretär Gericke bereits auf der letzten Mitgliederversammlung (MV) für den Fall angedroht, daß ÖTV-Kollegen auf einer eigenen Liste kandidieren würden.

Diese Haltung ist mal wieder typisch für die Gewerkschaftsführer: ohne inhaltliche Diskussion gehen sie mit undemokratischen und rein bürokratischen Methoden gegen Kollegen vor, die sich nicht auf die Linie der Zustimmung zu den „Spar"beschlüssen, zu den Lohnraubabschlüssen etc. festlegen lassen.

Die Vertrauensleute-Mehrheit hat es sich nicht zweimal sagen lassen, die ihnen schon seit langem unbequeme, z. T. linke „Konkurrenz" (die meisten VLs stehen auf der offiziellen ÖTV-Liste) auf diese Weise auszuschalten.

Gericke wird den Schwarzen Peter natürlich allein den Vertrauensleuten zuschieben, denn wie er auf der MV verlauten ließ, gelte in der Gewerkschaft das Delegiertenprinzip und somit lägen Entscheidungen angeblich bei den Vertrauensleuten (solange die Gewerkschaftsführer sie gutheißen!). Eine inhaltliche Begründung für den Ausschlußantrag ist bisher nicht bekannt und wohl auch nicht mehr zu erwarten.

Die Kandidatur auf der „Freien Liste" – ein Fehler

Zwei Kandidaten der „Freien Liste" haben in einer Erklärung die Bedeutung eines Gewerkschaftsausschlusses für alle Gewerkschafter und die Notwendigkeit eines entschlossenen gemeinsamen Vorgehens hiergegen aufgezeigt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß bei den anderen Kandidaten der „Freien Liste" gerade hierüber keine Klarheit besteht. Ihnen war die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft weniger wichtig, als ein Platz im Personalrat. (PR) Deshalb waren sie nicht bereit, den Kampf gegen die androhenden Gewerkschaftsausschlüsse aufzunehmen und vor allen Dingen über diese Angriffe auf die innergewerkschaftliche Demokratie so breit wie möglich zu informieren und zu diskutieren.

In der Erklärung wird auf das gemeinsame Programm der Liste, *„Alternativen zur Personalratsarbeit an der Universität Hamburg"*, hingewiesen, in dem die Kandidaten sich gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen verpflichtet hatten, sie ständig über die auftretenden Probleme zu unterrichten.

Über die Möglichkeiten von PR-Arbeit war darin folgende Aussage gemacht worden: *„Die Erfahrung zeigt, daß die Durchsetzung von Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber nur auf dem Verhandlungswege nicht möglich ist. Unter den gegebenen gesetzlichen Einschränkungen müssen die Aktivitäten (Personalversammlung, Infos, Resolutionen, Diskussionen usw.) des PRs unterstützende Maßnahmen für gewerkschaftliche Kämpfe (Protestdemonstrationen, Streiks usw.) der Kollegenschaft sein. Nur so können wir eine lebendige gewerkschaftliche Organisation unter Beteiligung aller Kollegen aufbauen."*

Da die Kandidatur sich ohnehin auf eine nur verbale Vereinheitlichung auf dieses Programm stützte, mußte die „Freie Liste" zwangsläufig an diesen Punkten der Auseinandersetzung zerbrechen. •

ÖTV-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Teilnahme von Ausgeschlossenen an GEW-Versammlung

Mit 210 Ja-Stimmen, 147 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen beschloß die Vertreterversammlung der GEW Westberlin, denjenigen Mitgliedern, die aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der GEW ausgeschlossen worden sind, offiziell die weitere Teilnahme an ihren Versammlungen zuzubilligen. Dieser Beschluß wurde gegen den Hauptvorstand der Bundes-GEW gefaßt, der schon vor einiger Zeit „verfügt" hatte, daß alle GEW-Mitglieder, die das Rede- oder Gastrecht von Ausgeschlossenen auf GEW-Versammlungen zulassen oder unterstützen, selbst ausgeschlossen werden sollen. Wegen dieser „Satzungswidrigkeit" des Beschlusses der Westberliner Delegierten trat der Landesvorstand zurück, wurde aber – da kein neuer Vorstand gewählt werden konnte – mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur nächsten Vertreterversammlung kommissarisch beauftragt. Aufgrund des Verlaufs der VV forderte der DGB-Bundesvorstand den Westberliner DGB auf, die Vertretung der GEW im DGB-Landesbezirksvorstand „bis zur Klärung" zu suspendieren. Der als „Beobachter" der SPD-Fraktion zur Kontrolle der sozialdemokratischen Lehrer anwesende Kollat erklärte nach der VV, die GEW sei jetzt „auf dem Weg zur Sekte".

Der Beschluß mußte gegen den heftigen Widerstand des Westberliner Vorstands gefaßt werden. Dieser erklärte, er unterstütze zwar auch die *„Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf satzungsmäßigem Weg"*. Aber *„direkte Beschlüsse gegen die Satzung (würden) das Ende der Westberliner GEW als DGB-Gewerkschaftsorganisation bedeuten"* (zitiert nach „Extradienst", 4.5.).

Massive Schützenhilfe bekam der Landesvorstand, der mit seinem Rücktritt die Delegierten zu einer Revision des Beschlusses erpressen will, vom SEW-nahen „Westberliner Extradienst". Der „ED" macht Kollegen des Sozialistischen Büros für den Beschluß verantwortlich, denen es *„offensichtlich um eine neue quasi-gewerkschaftliche Lehrerorganisation, die notfalls auf das DGB-Dach verzichtet"* gehe. Die Frage der Teilnahme von Ausgeschlossenen an GEW-Versammlungen sei *„nur ein Vehikel für solche sektiererischen Absichten"*. Dieser Vorwurf ist nicht nur absurd für jeden, der die Politik des Sozialistischen Büros kennt, er ist vor allem auch eine tolle Provokation angesichts der r e a l e n Spaltungsabsichten des GEW-Bundesvorstands und der DGB-Führung.

Die linken Westberliner Delegierten werden vom „ED" als *„taktisch unerfahren"* und vom SB *„eingewickelt"* angepöbelt. Das Verhalten des Vorstands um die Vorsitzende Kujawa („wackere SPD-Linke" – ED) dagegen wird als *„konsequent und logisch"* eingeschätzt. Deren Vorschlag war es gewesen, man könne ja Öffentlichkeit der Versammlungen beschließen und auf diese Weise die Teilnahme der Ausgeschlossenen ermöglichen. Bewundernd verneigt sich der „Extradienst" (*„ein taktisch salomonischer Beschluß"*) vor so viel Raffinesse. Bedeutet es doch ein ‚großartiges Entgegenkommen' des Vorstands und seiner revisionistischen Anhänger, die ausgeschlossenen Mitglieder n i c h t von öffentlichen Versammlungen (an denen j e d e r teilnehmen kann!!) auszuschließen.

In Wirklichkeit hatten die Delegierten nur die Konsequenz aus einem Urteil des Landgerichts Westberlin gezogen, wo entschieden worden war, daß die Übernahme der Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen durch den Westberliner Landesverband rechtswidrig war. Damit war auch die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse rechtswidrig, was eigentlich auch für bürgerliche Demokraten und Leute, die mit Händen und Füßen auf dem Grundgesetz stehen, Anlaß sein sollte, die vollzogenen Ausschlüsse schleunigst rückgängig zu machen.

Wenig später erschien die schriftliche Urteilsbegründung des Landgerichts – eine schallende Ohrfeige für alle diejenigen, die der Delegierten-Mehrheit „Satzungswidrigkeit", „Spaltertum" etc. vorwerfen. Die GEW-Führer müssen sich von der bürgerlichen Klassenjustiz bescheinigen lassen, daß sie selbst es waren, die die Übernahme der Bundessatzung durch die GEW Westberlin mit undemokratischen Methoden und unter klarem Bruch der Satzung durchsetzten. Die Anerkennung der Bundessatzung mit ihren weitgehenden Machtbefugnissen für die Bundes-GEW käme einer Auflösung des Westberliner Landesverbandes gleich, die aber satzungsgemäß nur mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgen kann. Stattdessen war in der entscheidenden Abstimmung erst im zweiten Anlauf eine Zweidrittel-Mehrheit erreicht worden – ohne daß die erste Abstimmung, in der die Gewerkschaftsführer noch gescheitert waren, überhaupt angefochten worden war. Daß unter diesen Umständen überhaupt noch einmal abgestimmt wurde, wird vom Gericht als *„unmögliches Verhalten"* der Versammlungsleitung unter Frau Kujawa gekennzeichnet! (nach „Tagesspiegel", 6.5.).

Dieses Urteil hat weit über die aktuellen Auseinandersetzungen in Westberlin hinausgehende Bedeutung. Es bestätigt höchstrichterlich, daß der ganze Feldzug von Frister und Co. gegen die innergewerkschaftliche Demokratie (Durchsetzung der Bundessatzung) von Anfang an undemokratisch und satzungswidrig durchgeführt wurde. Gleichzeitig wird deutlich, daß der Widerstand in der GEW-Mitgliedschaft gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wächst. Damit bestehen gute Bedingungen für die GEW-Linke, eine neue Offensive zur Zurücknahme der Bundessatzung, der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und der erfolgten Ausschlüsse einzuleiten. Dazu ist die Zusammenarbeit und Solidarität aller fortschrittlichen GEW-Mitglieder notwendig, die eine immense Stärkung gegen die Spaltungsdrohungen der Frister-Mafia bedeuten würde. In diesem Zusammenhang klagen wir die „linken" Sozialdemokraten sowie die DKP bzw. SEW an, mit ihrer Unterwerfung unter den Hauptvorstand bis zur Selbstaufgabe zu gehen, wenn sie den ausgeschlossenen Linken nicht einmal die Rechte gewähren, die ihnen selbst von bürgerlichen Gerichten zugestanden werden. Soll das vielleicht der „demokratische Kampf" sein, auf den diese Gruppen einen Alleinvertretungsanspruch erheben??

Im Sinne der ganzen weiteren Entwicklung ist es notwendig, daß die Westberliner Delegierten bei ihrem Beschluß bleiben und sich durch die zweifellos erfolgenden zahlreichen Erpressungen diesmal nicht (wie bei der Übernahme der Bundessatzung) klein kriegen lassen. Gleichzeitig müssen diese Vorgänge in den anderen Landesverbänden diskutiert werden, wobei ähnliche Beschlüsse anzustreben sind. Nicht zuletzt ist es auch Aufgabe der GEW-Linken, aktive Solidarität mit der Westberliner Delegierten-Mehrheit zu schaffen, um ihr den Rücken zu stärken. •

Bündniskommission des KB/
Gruppe Hamburg



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Niedersachsen
Kampf gegen Staatsprüfer und Lehrerarbeitslosigkeit

Gegen die Verschärfung der Prüfungspraktiken, insbesondere gegen die Unterstellung der Prüfungen unter direkte Staatsaufsicht und gegen die zunehmende Lehrerarbeitslosigkeit wehren sich die Studenten der Pädagogischen Hochschulen Lüneburg und Göttingen. An beiden Hochschulen fanden (oder finden noch) Streiks statt, in Göttingen blockieren die Studenten das Lehrerprüfungsamt. An der PH in Braunschweig wurde auf einer Vollversammlung ein Aktionstag beschlossen.



Streik und Besetzung an der PH Göttingen

Unter dem Schlagwort *„die Prüfungen wieder auf das Niveau von '68 zu heben"*, erließ das Kultusministerium neue Regelungen für die Durchführung von Prüfungen:

- die freie Wahl der Prüfer wird eingeschränkt. Nur noch ein Prüfer kann vom Kandidaten gewählt werden, zwei weitere werden vom Lehrerprüfungsamt bestimmt. Die bisherige Regelung war, daß die Prüfungskommission in Absprache zwischen dem Hauptprüfer und dem Kandidaten zusammengestellt wurde. Diese Maßnahme richtet sich gleichfalls gegen die Hochschullehrer, die somit unter direktere Kontrolle der Behörde gestellt werden.
- Die freie Wahl des Prüfungsthemas wird erheblich eingeschränkt, Absprachen zwischen dem Prüfer und dem Kandidaten über den Inhalt der Prüfungen sollen nicht mehr zugelassen werden. Klausurthemen werden zur absoluten Geheimsache erklärt, die Prüfer selbst dürfen bei den Klausuren nicht mehr anwesend sein.

Begründet werden diese Maßnahmen vom Kultusministerium damit, daß das Niveau der Prüfungen in den letzten Jahren gesunken sei, zu gute Notendurchschnitte erreicht würden usw. Diese Vorgehen stieß von Anbeginn auf massiven Widerstand innerhalb der Studentenschaft. Aber auch Teile des Lehrkörpers stellten sich dagegen. Diese Verschärfung des Prüfungsterrors fiel in Göttingen mit einer anderen Maßnahme des Kultusministeriums zusammen: Die Bewerbungen für die Einstellung in den Verwaltungsdienst (Referendariat) wurden auf den 10.5. festgelegt. In Göttingen können aber a l l e Examenskandidaten erst n a c h diesem Termin ihre Prüfungen ablegen. Da eine Nachreichung der Zeugnisse nicht möglich ist, heißt das, daß ein ganzes Examenssemester zum 1.8. arbeitslos wird. Eine Maßnahme, die das Versprechen der CDU-Regierung, alle ausgebildeten Lehrer einzustellen, als pure Demagogie entlarvt.

Gegen diese Verschärfung ihrer materiellen und politischen Situation protestierten die PH-Studenten und stellten dem Kultusministerium bis zum 22.4. ein Ultimatum, die Prüfungsregelungen zurückzunehmen. Gleichzeitig wurde gefordert, die Anmeldefristen für den Vorbereitungsdienst zu verlängern. Vom Kultusministerium kam keine Antwort.

Auf einer Vollversammlung am 24. 4. wurde dann von den ca. 500 Anwesenden (von insgesamt 2.800 Studenten) beschlossen, härtere Schritte einzuleiten: Blockierung des Prüfungsamtes und Durchführung einer Urabstimmung zum Streik. Am 25.4. versammelten sich ca. 150 bis 200 Studenten und besetzten die Flure des Prüfungsamtes.

An der dreitägigen Urabstimmung beteiligten sich 1.517 Studenten, wovon sich 1.247 für Streik aussprachen. (Streik und Blockierung hielten bis Redaktionsschluß an).

Der Streik hat folgende unmittelbare Forderungen:

- Durchführung der Prüfungen unter den alten Bedingungen,
- Zusammenstellung der Prüfungskommissionen von den Fachkonferenzen (also innerhalb der Hochschule)
- Bewerbungsmöglichkeiten für alle Examenskandidaten.

Als langfristige Ziele wurden die Einstellung aller Lehrer und die Zurücknahme der Kultusministererlasse über die Prüfungen formuliert. ●

Brutaler Bulleneinsatz an der PH Lüneburg

Mit einem Aufgebot von ca. 200 mit Schutzschildern, Helmen und Knüppeln ausgerüsteten Bullen und Verfassungsschützern fanden die Auseinandersetzungen um den Einsatz von Staatsprüfern (=Schnüffelern) an der PH am 3.5. ihren vorläufigen Höhepunkt.
Wie war es dazu gekommen?

Staatsprüfer an Stelle von liberalen Hochschuldozenten

Schon länger wird die als liberal geltende Lüneburger Hochschule von der niedersächsischen Regierung angegriffen. Das drückt sich vor allem in verschärftem Druck auf die Prüfungen aus.

Kurzfristig und ohne große Ankündigung wurden in den Prüfungskommissionen je ein Hochschulprüfer gegen einen von der Regierung eingesetzten Staatsprüfer ausgetauscht. Diese Prüfer nehmen zugegebenermaßen an Anhörungsverfahren (vor der Einstellung) teil. Sie sollen in den Prüfungen nicht nur Gesinnungsschnüffelei betreiben, sondern auch die Lehrinhalte reaktionär ausrichten.

Mit Kettenbildung versuchten etwa 150 - 200 Studenten diese Bespitzelung zu verhindern. Lediglich der Prüfling und der Hochschulprüfer werden durchgelassen.

Bullenterror a la Spanien

Daraufhin forderte der Staatsschnüffler den Dekan auf, ihm mit Hilfe der Polizei den Zutritt zum Prüfungsraum zu „ermöglichen".

Die Bullen ließen nicht lange auf sich warten. Etwa 15 - 20 „Ordnungshüter" stürzten sich auf Befehl des Einsatzleiters sofort auf die Studenten. Den Bullen ging es nicht darum, dem Staatsprüfer Zugang zu den Prüfungen zu verschaffen, sondern darum, Namen von Linken herauszubekommen (wie es der Einsatzleiter selbst sagte!) Obwohl die Studenten – als die Bullen kamen – sofort die Reihen öffneten, und riefen: *„Laßt sie* (die Bullen) *durch!"*, rissen die Bullen sofort Kommilitonen zum Ausgang. Die Studenten folgten den Abgeführten, um sie nicht allein der Willkür der Bullen auszusetzen. Vor dem Eingang der PH schlugen die Bullen wie wild auf die umstehenden Studenten ein. und schleuderten, wen sie zu fassen kriegten, mit brutaler Gewalt auf das Straßenpflaster. Schließlich mußte eine Studentin erheblich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Student wurde sogar mit gezogener Pistole abgeführt. Ein anderer wurde mit einer Knebelkette gefesselt von Zivilbullen in den Wagen gezerrt. Nachdem alle „interessanten" Leute verfrachtet wurden, setzten sich die Polizeifahrzeuge in Richtung Polizeistation in Bewegung.

Dozenten raffen sich auf

Dozenten raffen sich auf

Gegen dieses Vorgehen der Bullen verfaßten einige Assistenten eine Resolution, in der sie sich gegen den Polizeieinsatz wenden und feststellen, daß er von vornherein provokatorisch und brutal geplant war. Erfreulicherweise unterschrieben ziemlich viele Professoren und Assistenten diese Resolution. Dies und das konsequente Verhalten der Studenten veranlaßte den Dekan und den Prodekan dazu, einen Brief herauszugeben, in dem es am Schluß heißt: *„Dekan und Prodekan können* (aufgrund des Bulleneinsatzes) *nicht mehr verantworten... zukünftig zur Sicherstellung von Lehramtsprüfungen die Unterstützung der Polizei anzufordern".* Und: *„Dekan und Prodekan sehen damit keine Möglichkeit mehr, die Durchführung von Lehramtsprüfungen dieser Prüfungsperiode unter Beteiligung hausexterner Prüfung sicherzustellen."*

Dies ist immerhin ein Teilerfolg der Studenten.

Die Studenten antworteten auf den Bulleneinsatz mit einer spontanen Demonstration durch die Stadt. Anschließend sammelten sie sich wieder vor dem Prüfungsraum, um eine zweite Prüfung mit Staatsprüfern zu verhindern: diesmal mit Erfolg! Der Staatsprüfer kam nicht durch! Allerdings kündigte die Prüfungsamtsvorsitzende Maschmann (SPD) sofort die Annulierung der Prüfung sowie Diszipliniermaßnahmen gegen die fortschrittlichen Hochschulprüfer an.

Um gegen Prüfungsverschärfung und Bulleneinsatz zu protestieren, und um die Anerkennung der Prüfung ohne Regierungsvertreter zu erkämpfen, streiken die Studenten seit dem 30.4.

Ihre Forderungen sind:
Regierungsprüfer raus aus der PH
Polizei raus aus der PH!
Keine Anzeigen gegen Studenten durch den Dekan!
Anerkennung der Prüfungen durch den Regierungsvertreter!
Einspruchsrecht des Asta bei allen Prüfungen!

Dem Dekan das Hausrecht entzogen

Am 3.5. sollte erneut eine Prüfung mit Staatsprüfern durchgezogen werden. Gleichzeitig wurde die vorhergehende annulliert. Auf diese Provokation hin sammelten sich an die 400 Studenten vor und in dem Dekanat, in dem sich schon alle Prüfer und Prüflinge befanden. Dem Dekan, der einen zweiten Bulleneinsatz vermeiden wollte, wurde vom Kultusminister kurzerhand das Hausrecht entzogen! So war der Weg frei für ein Bürgerkriegsmanöver. Gegen die 400 Studenten rückten 200 (!) vollausgerüstete Bullen, extra aus Oldenburg herangekarrt, an. Einsatzbefehl: Dekanat räumen!!! (lt. Polizeifunk). Man kann sich die Folgen eines Einsatzes der scharfgemachten Polizeischüler (z.T. 17 – 20 Jahre alt) gut ausmalen. Zum Glück kam es dank des geordneten Rückzuges der Studenten nicht dazu – die Bullen zogen wieder ab.

Obwohl die Prüfung dann doch stattfand, war die Aktion ein Erfolg. Am 6.5. demonstrierten erneut 400 Studenten durch die Innenstadt. Vor den Prüfungsräumen war Bereitschaftspolizei aufgezogen.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Streik zu einem echten Vollstreik zu machen, bei dem wir in eigenen Arbeitsgruppen über das bisherige und das weitere Vorgehen diskutieren – ohne die reaktionären Professoren, die in ihren Seminaren gegen den Streik hetzten oder ihn einfach totschwiegen. ●

Sympathisanten des
KB/Gruppe Lüneburg

Bremen
Mittelsperre für den AStA



1.000 Studenten demonstrierten am 29. 4. gegen Mittelsperrung für den AStA durch den Senat

Am 29.4. demonstrierten in Bremen etwa 1.000 Studenten ihren Protest gegen den Versuch des Hochschulsenators Franke und des Bremer Senates, die Studentenschaft und den AStA durch die Sperrung von 35.000 DM materiell und politisch zu erpressen.

Der Anlaß hierfür war der Beschluß der Studentenschaft auf einer Vollversammlung, eine Gebührenerhöhung des Sozialwerks für die Bremer Hochschulen um 140 % durch einheitlichen Boykott zurückzuweisen.

Erst mit einer Änderung des Sozialwerksgesetzes durch den Bremer Senat war es überhaupt möglich geworden, die Gebührenerhöhung zu beschließen. Vorher durften die Studenten im Sozialwerk „mitbestimmen" und hatten die Gebührenerhöhung auf diesem Wege blockiert. Der Senat beeilte sich, den nunmehr lästigen „Mitbestimmungsplunder" über Bord zu werfen. Nach der Gesetzesänderung mußte das Sozialwerk die Gebühren dann auf Anweisung des Senators heraufsetzen, obwohl der (sozialdemokratische) Vorstand selbst die Erhöhung ablehnte. Der AStA verschickte daraufhin an jeden Uni-Studenten einen Einzahlungsschein, auf dem der bisherige Betrag vorgedruckt war. Von den ca. 4.000 Uni-Studenten zahlten, nachdem auf der Vollversammlung ein entsprechender Beschluß gefaßt worden war, bis zum 30.4. 1.200 Studenten mit dem AStA-Zahlschein, nur ca. 350 Kommilitonen bezahlten den erhöhten Betrag – eine solide Basis des Boykotts in der Studentenschaft.

Hochschulsenator Franke blieb nicht untätig. Er verschickte an alle Studenten einen Brief, in dem er sie „väterlich" ermahnte, sich der leidergottes notwendigen Gebührenerhöhung nicht zu widersetzen, wies aber auch mit der „gebotenen Strenge" auf die Konsequenzen einer weiterhin „uneinsichtigen" Haltung hin: Exmatrikulation, also Rausschmiß aus der Uni! Als nächster Schritt erfolgte dann die Mittelsperre gegen den AStA. Frankes offizielle Begründung lautete, der AStA handele rechtswidrig, wenn er den Boykott der Studenten organisiert (z.B. durch Versendung eigener Zahlscheine). Der Angriff zielt also auf eine Einschränkung der Handlungsfreiheit des AStA als Vertretungsorgan der Studenten und damit auf eine Beschränkung der Rechte der Studentenschaft. Die Demonstration am 29.4. war die richtige Antwort auf diesen Angriff und von der Beteiligung her ein guter Anfang für weitere Kampfmaßnahmen. ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

Nachtrag zum Artikel über Mittelsperre gegen Bremer Uni-AStA
Urabstimmung für Streik beschlossen!

Die Vollversammlung der Studenten der Universität Bremen am 6.5. hat beschlossen, in der Woche vom 10. bis 15. Mai eine Urabstimmung durchzuführen. Dabei soll über einen befristeten Streik in der darauffolgenden Woche beschlossen werden. Die Studenten sehen die Notwendigkeit, dem Erpressungsversuch des Bremer Bildungssenators – totale Mittelsperre gegen den AStA – mit dem schärfsten ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel zu begegnen, dem Streik für alle Lehrveranstaltungen. Der Bildungssenator hat seinerseits angekündigt, auf die Einstellung der BafőG-Zahlungen bei allen Kommilitonen hinzuwirken, die die Zahlung der erhöhten Sozialwerksgebühren verweigert haben (1.200). Franke versucht damit, die kampfbereiten Studenten gezielt materiell zu erpressen und auf diese Weise die Kampffront aufzubrechen.

Diese Pläne werden durch unseren geschlossenen Streik beantwortet werden. ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

PH Westberlin

AStA-Gelder gesperrt

Dem AStA der PH-Westberlin sind von der Verwaltung die studentischen Mitgliedsbeiträge gesperrt worden. Der AStA hatte sich geweigert, der Verwaltung Einsicht in die AStA-Ausgaben-Bücher zu gewähren. Begründet hatte die Verwaltung ihre (rechtlich nicht abgesicherte und bisher nicht übliche) Forderung damit, daß sie überprüfen wolle, ob die AStA-Gelder „zweckmäßig" verwendet würden. Anders als etwa in Marburg wurde in Westberlin zwar nicht offen mit Wahrnehmung des politischen Mandats argumentiert, doch liegt auf der Hand, um welche „Zwecke" es der PH-Verwaltung geht, nämlich solche, die nach herrschender Rechtssprechung vor westdeutschen Verwaltungsgerichten nicht die „Belange der Studentenschaften" berühren, also antifaschistische Flugblätter etc.

Auf einer VV stellten die (noch) tonangebenden Hochschulgruppen ADS (SEW-nahe) einerseits und KHG (KBW)/KSV (die übrigens in trauter vaterländischer Eintracht miteinander zusammenarbeiten!) andererseits ihre Unfähigkeit unter Beweis, den Kampf der Studenten gegen diesen Angriff auf den AStA (von der ADS gestellt) zu organisieren. Die einen (ADS) wollten nicht zu doll „auf den Putz hauen" und zogen Verhandlungen zwischen AStA, GEW und Rektor vor, weil bei Streikaktionen der Staat „nur noch schärfer reagieren" würde. So jedenfalls ein ADS'ler zur Begründung, warum Hamburg und Marburg keine Vorbilder seien. Die anderen hatten entweder überhaupt keine Vorstellungen (KSV) oder versteiften sich auf den Vorschlag, der AStA solle ein eigenes Konto einrichten, um derlei Repressalien künftig zu umgehen. Daß dadurch die Beitragspflicht **aller** Studenten abgeschafft würde, wie es gerade die Reaktionäre und Faschisten mit Gerichtsverfahren versuchen, störte die KHG wenig.

Die VV endete leider in einem Abstimmungschaos. Klare Beschlüsse über Aktionen konnten aufgrund des Verhaltens von ADS wie auch KBW/KSV nicht gefaßt werden.

Der Vorschlag der KB-Studenten, einen Warnstreik durch zweiwöchige intensive Seminardiskussion vorzubereiten, konnte sich diesmal noch nicht durchsetzen. ●

Hamburg

Uni-Präsident droht mit Raumverbot für Vollversammlungen

Am 27.4. konnten es die Studenten aus Springers „Hamburger Abendblatt" erfahren: der Präsident der Uni Hamburg, Fischer-Appelt, beabsichtigte, das Präsidium des Studentenparlaments abzusetzen!

Anlaß war die auf mehreren Uni-VVs gelaufene Auseinandersetzung um ein Rederecht für den RCDS.

Nachdem dem RCDS auf mehreren Vollversammlungen das Rederecht in demokratischen Mehrheitsentscheidungen entzogen worden war, drohte Fischer-Appelt bei einer weiteren Wiederholung an, keine Räume mehr für Uni-VVs zur Verfügung zu stellen.

In dieser Situation bewiesen die Jusos, welche Rolle sie mit der Gründung ihrer Hochschulgruppe übernommen haben: auf der nächsten Studentenparlamentssitzung (SP) brachten sie einen Antrag ein, dem RCDS prinzipiell das Rederecht auf Uni-VVs zuzubilligen. Damit setzten sie sich in undemokratischer Weise über die Autonomie der Vollversammlungen als höchstem Organ der Studentenschaft hinweg.

Dieser Antrag bekam im SP eine Mehrheit, da die Fraktionen von LHV, RCDS und auch des SHB für diesen Antrag stimmten. Lediglich die Fraktionen des MSB und die „Liste Demokratischer Kampf" (Sympathisanten des KB) stimmten dagegen. Als dem RCDS am 26. 4. wiederum durch VV-Beschluß das Rederecht entzogen wurde, reagierte Fischer-Appelt prompt: wegen *„erwiesener Geschäftsunfähigkeit"* drohte er dem SP-Präsidium (das die Verhandlungsleitung während der VV wahrnimmt) die Absetzung an, da es nicht in der Lage sei, sich an SP-Beschlüsse zu halten.

MSB fällt um

Jetzt kam die große Stunde des MSB. War er bis dahin einer der „entschiedensten" Verfechter des Redeverbots für den RCDS, verteilte er nun ein Flugblatt mit der bezeichnenden Aussage: *„Redeverbot für den RCDS – ein sektiererischer Fehler".* Wortradikal wandte er sich zwar gegen Fischer-Appelts Drohung, in der Sache allerdings wich er zurück. Die Lösung für diesen plötzlichen Umschwung findet man in der Anbiederung des MSB an die Sozialdemokratie. So heißt es, daß *„das Redeverbot für den RCDS die Aktionseinheit aller derjenigen Kräfte verhindert, die das Politische Mandat verteidigen."*

Damit wird auch die Rolle der Juso-Hochschulgruppe noch deutlicher: durch die Verfechtung eines harten SPD-Kurses MSB und SHB immer weiter in die opportunistische Ecke zu drängen.

Man kann darüber diskutieren, ob die Durchsetzung eines Redeverbots für RCDS und Co. in jeder Situation **taktisch** das günstigste Mittel ist, diese Leute zu bekämpfen. In jedem Fall treten wir dafür ein, den Handlungsspielraum der Reaktionäre so weit als möglich einzuschränken. Die demokratischen Studenten haben kein Interesse daran und auch kein Bedürfnis, den Leuten von Strauß und Springer auf VVs eine Plattform zu verschaffen. Demgegenüber kommt die Wendung des MSB, der sogar davon spricht, daß das Redeverbot für den RCDS *„ein Fehler war und ist"*, einem Zukreuzekriechen vor Springer und seinen Handlangern an der Uni gleich. Ausgesprochen doppelzüngig ist die Haltung von KBW/SSG zu dieser Frage, die jetzt für Redeverbot gegen den RCDS eintreten, während sie noch vor kurzem auf KBW-Veranstaltungen sogar NPD-Faschisten reden ließen. Eine vom SSB geforderte öffentliche Selbstkritik zu den entsprechenden „KVZ"-Artikeln hat die SSG verweigert.

Der MSB kann das „Verdienst" einstreichem, wieder einmal die „Chaoten" („Liste Demokratischer Kampf") „isoliert" zu haben, denn die waren die einzigen im SP, die sich diesem Diktat nicht beugten.

Mit Genugtuung vermerkte Fischer-Appelt, daß „alle SP-Fraktionen bis auf eine" Rederecht für den RCDS befürworteten und zog daraufhin seinen Antrag zurück, nicht ohne erneut mit Raumverbot zu frohen, wenn die Versprechen von MSB, SHB, Jusos und LHV nicht eingehalten würden.

Damit aber noch nicht genug. Jetzt ist die Uni-Verwaltung dazu übergegangen, jedem Studenten mit der Semesterbescheinigung einen Brief zuzuschicken, in dem sie auf die „Rechtswidrigkeit" des Politischen Mandats hingewiesen werden. Der am Anfang des Semesters durchgeführte Streik sei „illegal" gewesen, da die Studentenvollversammlung gar nicht das Recht habe, einen Streik zu beschließen.

Mit diesem Vorgehen versucht die Univerwaltung, die momentane relative „Flaute" innerhalb der Studentenschaft auszunutzen. Nach dem vom MSB/SHB-AStA zu verantwortenden Mißerfolg des letzten Streiks (siehe AK 79) ist ein Rückgang der Mobilisierung zu verzeichnen. In diese Kerbe versuchen Fischer-Appelt und Co. zu schlagen, um Stück für Stück die demokratische Studentenbewegung zum Rückzug zu zwingen. Bei MSB, SHB und Jusos ist ihnen dies gelungen. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, Aktionen zu organisieren, Basis der Kämpfe zu verbreitern. Hierzu stehen immer noch die Vorschläge von SSB und einigen linken Fachschaftsräten: Gemeinsame Veranstaltung mit anderen angegriffenen ASten und eine gemeinsame Veranstaltung mit Jugendlichen anderer Ausbildungsbereiche, auf denen gemeinsame Protest- und Kampfaktionen beschlossen werden sollen. ●

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Nordrhein-Westfalen

Neue Ausbildungsordnung für Sozialpädagogen

Anfang April kam vom Kultusministerium überraschend ein Entwurf einer neuen Ausbildungsordnung für die Fachschulen im Bereich „Sozialpädagogik", der folgende Hämmer enthält;

- es wird für jeden Schüler eine Ausbildungsakte angelegt, in der Noten, Verhalten usw. gesammelt werden;
- der Leistungsdruck wird verstärkt. So sind z. B. drei schriftliche Arbeiten pro Fach und Semester festgelegt. Die bisherige Auflage von zwei Arbeiten konnte bisher nur selten erfüllt werden, da die Schüler immer das halbe Semester im Praktikum sind;
- Die Disziplinarmaßnahmen werden verschärft.

Parallel zu diesem Disziplinierungsversuch sollen die Schüler auch materiell schlechter gestellt werden. Im 3. praktischen Jahr der Ausbildung, in dem die Schüler schon als Erzieher arbeiten, sollen sie in Zukunft nicht mehr dem BAT (BAT=Bundesangestellten-Tarif) angeglichen werden, sondern nach BAFöG vergütet werden, was Einbußen von mehreren hundert DM bedeutet.

Neben der materiellen Schlechterstellung der Schüler hat diese Sache noch einen weiteren Effekt: Vor dem Hintergrund der Stellenverknappung im sozialen Bereich heißt das, daß in Zukunft verstärkt Schüler eingestellt werden, weil sie keine Kosten für ihren Arbeitsplatz bereiten. Für eine Reihe ausgebildeter Kollegen bleibt dann nur noch das Arbeitsamt, sie fliegen raus.

Es wurde uns schon gedroht, daß in Zukunft nur noch ein Teil der Schüler in das praktische Jahr übernommen wird, und die anderen dann eben ihre Ausbildung nicht beenden können, wenn wir nicht in die Bezahlung nach BAFöG einwilligen. Dadurch lassen wir uns nicht einschüchtern. ●

Fachhochschüler aus Bielefeld

materiell schlechter gestellt werden. Im 3. praktischen Jahr der Ausbildung, in dem die Schüler schon als Erzieher arbeiten, sollen sie in Zukunft nicht mehr dem BAT

zahlung nach BAFöG einwilligen. Dadurch lassen wir uns nicht einschüchtern. ●

Fachhochschüler aus Bielefeld

Marburg Seminare unter Polizei„schutz"

Seit Donnerstag, 15. April, finden an der Universität Marburg fast alle Semi- in einem entlegenen Viertel unter Polizeiaufsicht. Als dann am Donners- der Chemiestudenten gegen die Einführung von Chemikaliengebühren

Marburg Seminare unter Polizei„schutz"

Seit Donnerstag, 15. April, finden an der Universität Marburg fast alle Seminare des Grundstudiums des Fachbereichs 08 (Linguistik) unter Polizeischutz statt. Vorausgegangen war eine Beschränkung der Teilnehmerzahl der Seminare auf 35 Studenten, es wurden Listen ausgelegt, in die sich jeder eintragen mußte. Die Fachschaft Germanistik hatte zum Boykott der Listen aufgerufen, um die freie Wahl der Seminare zu garantieren und die Teilnahmebeschränkung zu durchbrechen. An die 500 Studenten (laut Fachschaft) folgten dem Aufruf. Trotz der Drohung, diese Kommilitonen für das Sommersemester vom Studium faktisch auszuschließen, konnte Dregger- Anhänger und Dekan Seidensticker die Kampffront nicht brechen. Urplötzlich waren die Listen verschwunden (wer die wohl genommen hat?), und er mußte neue auslegen - außerhalb der Uni, in einem entlegenen Viertel unter Polizeiaufsicht. Als dann am Donnerstag morgen zum ersten Seminar auch die nicht- „eingeschriebenen" Studenten erschienen, forderte der Professor alle „berechtigten" Kommilitonen auf, mit ihm den langen Marsch (2km) zu einer alten Tapetenfabrik anzutreten. Dort sollte das Seminar unter Polizeischutz und Ausweiskontrolle stattfinden.

Nur drei Studenten waren bereit, angesichts dieser unverschämten Provokation an der Lehr (Leer) veranstaltung teilzunehmen. Bei den folgenden Seminaren wurden es auch nicht mehr.

Nach der mißlungenen Amtsenthebung des Marburger AStA ist dies nicht der einzige Angriff auf die fortschrittliche Studentenbewegung: 20 Kommilitonen bekamen inzwischen Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, der Kampf der Chemiestudenten gegen die Einführung von Chemikaliengebühren wurde mit Aussperrung von den Praktika beantwortet. Der AStA wurde erneut zu 6000 DM Geldstrafe wegen Wahrnehmung des politischen Mandats verurteilt. Ein Kommilitone soll wegen „wilden" Plakatierens 900 Mark bezahlen, ersatzweise 60 Tage Haft.

Die Germanisten beschlossen, am 27. und 28.4. zu streiken. Trotz dieser verschärften Angriffe ist die Mobilisierung der Studenten vergleichsweise gering: 1000 demonstrierten bei den Aktionstagen gegen die Strafanzeigen am 13.4., 700 Studenten kamen zur Vollversammlung am 22.4. . Es wird mehr Druck nötig sein, diese Maßnahmen erfolgreich zu bekämpfen. ●

Sympathisantengruppe des
KB/ Marburg

„Rhode heißt er, uns bescheißt er..."

... aber keine Bange, das macht er nicht mehr lange", „Weg mit den Berufsverboten", „Für die Einstellung aller Lehrer", „Kampf den Prüfungsverschärfungen" waren einige der Parolen, mit denen 1.200 Göttinger Studenten am 6. 5. demonstrierten. Sie forderten den Bundeswissenschaftsminister Rhode, einer der Verantwortlichen für das Hochschulrahmengesetz, auf, Rede und Antwort zu stehen (Rhode war zur Eröffnung der Deutsch-Polnischen-Kulturtage in Göttingen). Die Demonstration war auf einer Vollversammlung der PH beschlossen worden, der AStA der Uni schloß sich an, weiterhin riefen alle linken Hochschulorganisationen auf.

Als Rhode es vorzog, sich hinter verschlossenen Türen zu halten, warteten die Demonstranten bis zu seinem Abgang. Das hat sich gelohnt, konnten sie doch noch miterleben, wie Rhode mit einem Farbbeutel am Kopf aussieht. ●



Die Besetzungsaktion von Teilen des Psychologischen Instituts der Uni Göttingen, über die wir in AK 79 berichteten, hält weiterhin an. Es wurde eine Verhandlungskommission, die paritätisch von Studenten, Assistenten und Professoren besetzt wird, eingesetzt. Bis Montag, den 9. 5. soll sie ein Ergebnis vorlegen. Danach werden die Studenten auf einer Vollversammlung über die Weiterführung des Kampfes entscheiden.

Hamburg

Prüfungen unter Staatsaufsicht

In einem Schreiben vom 20. 4. an alle Prüfer machte die Behörde für Wissenschaft und Kunst bekannt, daß aufgrund von „Schwierigkeiten", die *„in einigen Fachbereichen bei der Durchführung der Klausuren im Rahmen von Lehrerprüfungen"* auftreten, sie *„die Verantwortung für die Durchführung der Klausuren übernimmt".*

Es ist offensichtlich, daß es sich hierbei nicht um eine einfache „organisatorische" Maßnahme handelt, darauf deutet der Hinweis auf bisherige „Schwierigkeiten" hin. Es ist geplant, eine der entscheidenden Abschnitte der Lehrerausbildung, die Prüfung, unter die direkte und alleinige Kontrolle des Staates zu stellen.

Diese Maßnahme bedeutet, daß die bisher geübte Praxis, daß Klausurthemen mit dem Prüfer abgesprochen werden können, zerschlagen werden soll.

Nicht zuletzt schafft sich die Behörde damit die Möglichkeit, die Durchfallquoten noch besser nach ihrem Einstellungsplan zu regeln. ●

Beleidigungsklage gegen Studenten:

Materieller Ruin durch Gerichtskosten!

Der Prozeß eines reaktionären Bremer Professors gegen vier Studenten ist in erster Instanz zuende. Der Professor namens Duwe hatte sich in seiner Ehre verletzt gefühlt, weil die Studenten als gewählte studentische Interessenvertreter ihn mit „notorischer Querulant" tituliert und ihm die Fälschung eines Sitzungsprotokolls vorgeworfen hatten. Die vier Studenten wurden nun zu je 250,- DM Geldstrafe verurteilt und müssen die Prozeßkosten übernehmen: 15.000 DM! Indem der Streitwert in diesem Prozeß, dessen Anlaß auch in der Tagespresse mehrfach als lächerlich bezeichnet wurde, immer wieder heraufgesetzt wurde, wurden auch die Gerichtskosten in die Höhe geschraubt.

Dieses Urteil, zustande gekommen mit fadenscheinigen Begründungen, ist der erste Fall von Zensur und Disziplinierung gegen ein Interessenvertretungsorgan der Bremer Studenten. Die Mitglieder in Organen der Studentenschaft sollen mit der Drohung untragbarer finanzieller Folgen politisch eingeschüchtert werden und zur Aufgabe jeden Widerstandes gegen reaktionäre Professoren veranlaßt werden. Damit ist faktisch der Maulkorberlaß und das Ordnungsrecht, wie es vom Hochschulrahmengesetz vorgesehen ist, vorweggenommen. ●



afrika aktuell

Namibia
Deutsches Land ist überall

Der Afrika-Kommission fielen zwei Postkarten in die Hände, die am 15. April 1976 (!) von deutschen Faschisten aus Namibia an ihre Freunde in der BRD verschickt wurden.

Beide Karten geben einen Einblick in das faschistische Gedankengut der Deutschen in „Südwest" (Namibia hieß früher Südwest-Afrika).

Gleichzeitig machen sie die Kumpanei der SPD/FDP-Regierung mit diesen Faschisten deutlich, die vorgibt, deren Interessen wahren zu müssen, und deshalb als einziges Land der Welt in Namibia noch ein Konsulat unterhält!

Es ist beinahe überflüssig, darauf hinzuweisen, daß F.J. Strauss zu den Stammgästen der „deutschen Kolonie in Südwest" gehört. (Er besucht regelmäßig während der Parlamentsferien die RSA und Namibia für mehrere Wochen.) •

Afrika-Kommission




MANFRED ROEDER TAG 16. Februar 1976

Einst kommt der Tag der Rache, einmal, da werden wir frei! Schaffendes Deutschland erwache! Brich deine Ketten entzwei.

Ein Platz für Rassisten

In Namibia wird's den weißen Rassisten zunehmend brenzliger. Es ist abzusehen, daß viele von ihnen, sobald sie von der Befreiungsbewegung vertrieben werden, „heim ins Reich", in die BRD, wollen. Damit stellt sich die Frage: Was tun mit ihnen? In der liberalen englischen Zeitung „The Guardian" (26.3.76) wurde in einem Leserbrief ein ansprechender Vorschlag gemacht (dort bezogen auf die zu erwartenden Flüchtlinge aus der britischen Ex-Kolonie Rhodesien/Zimbabwe):

„Mit Freude lasen wir einen Artikel (...), in dem herausgestrichen wurde, wie wahrscheinlich es ist, daß ein rhodesisches Flüchtlingsproblem auf uns zukommt. Jeder weißen rhodesischen Flüchtlingsfamilie sind wir gern bereit, unsere Gastfreundschaft anzubieten, vorausgesetzt, sie wohnen in dem Schuppen hinten in unserem Garten, erledigen alle anfallenden Arbeiten im Haus und im Garten für 25 Mark in der Woche, bringen ihre Kinder irgendwo anders unter, haben jederzeit einen Ausweis bei sich und betreten nie ein Wohngebiet von Schwarzen. Mit freundlichen Gruß ..." •

Ein AK-Leser

Die farbigen Frauen sind am meisten unterdrückt

Allgemein ist bekannt, daß die Schwarzen und Farbigen („Mischlinge", Asiaten etc.) durch die Apartheid-Politik der weißen Rassisten brutal unterdrückt werden (strikte Rassentrennung, Homelands, Prügelstrafen etc.).

Kaum bekannt ist dagegen die besondere Unterdrückung der schwarzen und farbigen Frauen durch die Apartheid.

Am Beispiel Namibias hat die holländische Zeitung „Radikaal" von der PSP die besondere Unterdrückung der Frauen geschildert.

So gibt es eine besondere Gesetzgebung, die die Frauen trifft. Während die Schwarzen und Farbigen in Homelands zusammengefaßt sind (unfruchtbare Landesteile, die dann zu „Heimatländern" erklärt werden) und die Männer dann in die Städte und Industriezentren arbeiten gehen müssen, dürfen die Frauen nicht mit. Sie dürfen das Homeland nur verlassen, wenn sie vorher eine Arbeitserlaubnis haben. (Die Männer haben das „Recht", in die Stadt zu fahren, um sich eine Arbeit zu suchen.) Für Männer und Frauen bedeutet diese Gesetzgebung eine oft jahrelange Trennung.

Für die Frauen bedeutet es darüberhinaus ein Beschäftigungsverbot in den Städten und der Industrie.

Sie können das Homeland nur verlassen, wenn der Kapitalist sie „vor Ort einkauft"!!

So sind die meisten Frauen ihr Leben lang an das Homeland gekettet.

– *„Diese Frauen erleiden ein einsames Leben. Ihre Gemeinschaft besteht großenteils aus alten Menschen und Invaliden, den ‚Ausgestoßenen' der Wirtschaft."*

Zu den „glücklichsten" Frauen zählen in den Homelands noch immer diejenigen, die „Hausfrauen" sind und deren Männer in der Stadt arbeiten. Denn sie „genießen den Vorteil" ein kleines Stückchen Land zu bebauen, was ihrem Mann zugewiesen wurde. Hiervon müssen sie sich und ihre Kinder ernähren, denn der Lohn des Mannes wird bis zum Ende des Vertrages vom Kapitalisten vorenthalten!

Am schlimmsten sind diejenigen dran, die nicht verheiratet sind.

Denn *„eine unverheiratete Frau hat nicht das Recht Land zu erwerben und für sich zu bebauen. Das gilt auch, wenn sie Kinder zu versorgen hat. Eine Witwe bekommt nur die Hälfte des Landes, was ihr Mann früher hatte."*


Von den weißen Bullen zusammengeschlagene Demonstrantin

Aber auch wenn die Frauen verheiratet sind, sind sie brutaler Unterdrückung ausgesetzt:

– *„Die Frau muß, ungeachtet ihres Alters, die Zustimmung ihrer Eltern zur Heirat erhalten. Ihr zukünftiger Mann muß einen ‚Brautpreis' an die Eltern zahlen."*

– *„Eine verheiratete Frau ist dann vollständig ihrem Mann unterworfen. Alles was sie verdient oder erbt gehört ihm. Er hat als einziger die Verfügungsgewalt über die Kinder.*

Eine Frau darf sich nicht selbständig vor Gericht verteidigen. Ist sie verheiratet, so gilt sie für diese Zeit als minderjährig."

– Während der Mann die Frau leicht wieder *„verstoßen kann, er braucht nämlich nur auf die Rückzahlung des ‚Brautpreises' verzichten, kann die Frau die Ehe nur auflösen, wenn der Vater den ‚Brautpreis' freiwillig an den Mann zurückzahlt."*

Neben dieser „Hürde" für eine Ehescheidung, gibt es ein anderes Gesetz, das eine Scheidung seitens der Frau zu einem großen Risiko macht:

– *„Eine Frau kann niemals ein Haus auf ihren Namen mieten, sie kann nur als Zimmerbewohnerin eingeschrieben werden (ungeachtet der Kinder) ... Nur ein Mann kann ein Haus mieten. Endet eine Ehe – durch Tod oder Scheidung – dann wird die Frau aus dem Haus gesetzt..."*

Diese wenigen Beispiele zeigen sehr anschaulich, daß die farbigen Frauen in besonderer Weise unterdrückt werden. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, daß die Frauen seit Bestehen der SWAPO 1960 in der „Womens League" für die Befreiung kämpfen. So haben die Frauen im Dezember 1959 in Namibias Hauptstadt Windhuk einen Boykott gegen Bierhallen, Kinos und Busse organisiert.

Der Höhepunkt dieser „illegalen" Boykottmaßnahme war eine Demonstration von mehreren tausend Frauen durch Windhuk!!

Allein vom August 73 bis Februar 74 wurden 3.000 Afrikaner in die Reservate verbannt. Der „Vorwurf": Unterstützung der SWAPO. *„Zwei Drittel von ihnen waren Frauen und Kinder."* (!!)

Ebenso werden die Frauen in den Trainingscamps der SWAPO ausgebildet. *„Neben der Schulung unterziehen sie sich auch dem militärischem Training. Viele von ihnen kämpfen neben den Männern an der Kampffront. Die Frauen scheinen auch gute Träger zu sein: In den Homelands werden von Ihnen schwere Waffen und Munition oft viele tausend Kilometer weit transportiert."*

Dies zeigt, daß die Frauen, die von den Rassisten in besonderer Weise geknebelt werden, nicht bereit sind, den Faschismus länger zu ertragen.

NUR MIT DEN FARBIGEN FRAUEN WIRD DER RASSISMUS GESCHLAGEN WERDEN!

(alle Zitate aus „Radikaal" 7/76) •

Afrika-Kommission und KB/Gruppe Bremerhaven

Namibia:
UNITA- und FNLA-Mörder im Kampf gegen die SWAPO!

Während die sog. „Verfassungsgespräche" (s. AK 69) in Namibia von der südafrikanischen Regierung (bis Juni) abgebrochen wurden, haben die RSA-Faschisten ihren Terror, in dem von ihnen seit 30 Jahren illegal besetzten Land weiter verstärkt.

Ein Führer der SWAPO (Befreiungsbewegung Namibias), M. Lucas Pohamba, hat vor kurzem vor dem Entkolonialisierungsausschuß in Daressalaam (Tansania) erklärt, daß sich die Situation in Namibia stark verschlechtert hat, besonders durch die sich häufenden Verhaftungen von Nationalisten, die gegen das Rassistenregime kämpfen.

In Namibia befinden sich derzeit 40.000 Soldaten des RSA-Regimes. Der SWAPO-Genosse hob bei seiner Erklärung hervor, daß jetzt noch zusätzlich die Reste der FNLA- und UNITA-Truppen von der RSA-Armee zum Kampf gegen die SWAPO gedrillt werden!

Trotz alledem häufen sich die Meldungen in der bürgerlichen Presse, daß – offensichtlich abgestimmt auf die Kissinger-Reise durch Afrika – die SWAPO ihre militärischen Aktionen in der letzten Zeit noch mehr verstärkt hat! •

Afrika-Kommission

Nordmende stützt faschistisches Regime in Südafrika

Bereits Ende letzten Jahres geisterte eine kurze Meldung durch die Bremer Presse, daß die Mende-Kapitalisten planen, ein Montagewerk für Fernsehgeräte in Lesotho (Südafrika) zu errichten. (Zu diesem Zeitpunkt) arbeitete ein Großteil der Kollegen in Bremen kurz und zum Jahresanfang wurden hunderte von Kollegen gefeuert. Begründung: Arbeitsmangel!!).

Nach den Vorstellungen der Mende-Kapitalisten soll dieses Werk in Lesotho auf eine Jahresproduktion von über 50.000 Geräten gebracht werden! Das entspricht etwa dem zehnten Teil der Jahresproduktion des Bremer Hauptwerkes. Mittlerweile sind die Pläne der Mende-Kapitalisten realisiert worden. Allerdings erfährt man davon kaum etwas aus den Zeitungen. Die erste Serie von 10.000 Geräten ist Richtung Süden abgegangen. Dabei werden diese Geräte in Bremen praktisch vollkommen zusammengesetzt, das Prüfen, Einstellen und Endmontage (sehr „arbeitsintensive" Tätigkeiten) wird dann in Lesotho durchgeführt. Durch diesen kleinen Trick wird die Einfuhrsperre der RSA für Fernsehgeräte umgangen und die Geräte dürften dann wieder in alle Welt gehen.

Auf diese Art und Weise können sich die Mende-Kapitalisten trotz hoher Transportkosten einen gehörigen Extra-Profit einstecken, die Löhne sind in Südafrika für die schwarzen Arbeiter extrem niedrig. •

KB/Gruppe Bremen

F.POLISARIO bereitet Sommeroffensive vor

Ende April verkündete die marokkanische Invasionsarmee den „Sieg über POLISARIO". Hassans Mördertruppen verkündeten, daß sie mit einer großangelegten „Säuberungsaktion", an der sich bis zu 15.000 marokkanische Soldaten beteiligten, die „letzte Stellung" des saharischen Widerstandes in und um die Stadt Guelta Zemmur vernichtet hätten.

Tatsache ist, daß die POLISARIO-Kämpfer trotz der ungeheuren Übermacht die Invasionstruppen zum Stehen brachten und ihnen große Verluste zufügen konnten, u.a. wurde der leitende marokkanische Offizier Minum gefangen genommen. Derzeit dauern die Kämpfe um Guelta Zemmur noch an. Marokko spricht heute schon von der dritten erfolgreichen Säuberungsaktion und bringt immer häufiger angebliche Beteiligung algerischer Truppenverbände ins Spiel, um der eigenen Bevölkerung die Verluste erklären zu können.

Unabhängig davon, wie die Schlacht um Guelta Zemmur ausgehen wird, hält die F.POLISARIO die genaue und sorgfältige militärische Vorbereitung auf die „Sommerkampagne" für den bedeutendsten Schritt der saharischen Revolution. Diese Kampagne hat als Kernpunkt die militärische Offensive, wobei die bald einsetzende Hitzeperiode im Gebiet der DAR Sahara die saharischen Kämpfer begünstigt, da sie es gewohnt sind unter den extremen klimatischen Bedingungen zu leben und zu kämpfen.


Kämpfer der Frente Polisario

Ein am 27.4.76 in der algerischen Zeitung „El Moudjahid" veröffentlichtes militärisches Kommunique der F.POLISARIO, das für die ersten 14 Tage des April 200 getötete marokkanische Soldaten aufführt, macht deutlich, wie enorm die Schlagkraft der F.POLISARIO gewachsen ist und in welchen Größenordnungen sich die Verluste der marokkanischen Invasoren in der „Sommeroffensive" bewegen werden. Im Mai wird der 3. Kongreß der F.POLISARIO stattfinden, der von großer Bedeutung für den saharischen Widerstand sein wird.

Auf der internationalen Ebene soll die UN-Vollversammlung im Herbst zu einer Verurteilung der marokkanisch - mauretanischen Aggression führen. Zu diesem Zeitpunkt ist auch damit zu rechnen, daß die fortschrittlichen Staaten Afrikas und die Länder der „dritten Welt" die Anerkennung der DAR Sahara aussprechen werden. •

Afrika-Kommission

Die Nach-Angola-Politik des US-Imperialismus

Mit groß aufgezogenem Propagandarummel besuchte der US-Außenminister Kissinger in den letzten Tagen auf einer Rundreise mehrere afrikanische Staaten. Mit Ausnahme Tansanias waren seine Reiseziele allesamt ausgemachte und bekannte Stützpunkte des afrikanischen Pro-Imperialismus und der Reaktion (Zaire, Kenia, Liberia, Senegal und Sambia).
Ausgeladen bzw. nicht „erwünscht" war der Imperialisten-Besuch in Mosambik, Nigeria und Ghana.
Auf eine Einladung nach Pretoria (RSA) hatte Kissinger schon vor der Reise verzichtet (da dies seinem taktischen Anliegen, als „Freund Schwarzafrikas" zu erscheinen, allzudeutlich widersprochen hätte), dafür ist im nächsten Monat ein Treffen mit dem RSA-Premierminister Vorster in Europa abgemacht.
Insgesamt deutet diese Reise des US-Putsch-Ministers eine Intensivierung der aggressiven amerikanischen Afrika-Politik an. Der US-Imperialismus ist dabei, ein Gegenkonzept zu den bereits stattgefundenen und sich anbahnenden revolutionären Veränderungen, insbesondere im südlichen Afrika, zu entwickeln und zu verankern. Die weitergehende Unterstützung des südlichen Rassismus und der noch intensivere militärische und wirtschaftliche Ausbau von reaktionären Stützpfeilern in Afrika soll nach außen hin begleitet werden von mehr „freundlichen" Tönen und mehr „Verständnis" für die afrikanischen Probleme.
Mit seiner für Afrika neuen Pseudo-Freundlichkeit erweitert der US-Imperialismus sein eigenes taktisches Instrumentarium und eröffnet seinen afrikanischen Kompradoren gleichzeitig bessere Möglichkeiten für eine offenere Zusammenarbeit als bisher.
Ein weiteres Ziel der Reise war offensichtlich ein Prüfen der Möglichkeiten des US-Imperialismus, in opportunistischen Teilen des südafrikanischen Widerstands, speziell des zimbabwischen, Fuß zu fassen.
Am Rande bemerkt finden sämtliche von Kissinger geäußerte Positionen, die wir im fogenden darstellen wollen, die volle Unterstützung des BRD-Imperialismus, der während Kissingers Reise mehrfach in wahre Beifallstürme ausgebrochen ist.

CIA-Terror allein reicht nicht mehr

„Wir unterstützen die Selbstbestimmung, die Regierungsmacht der Mehrheit, gleiche Rechte und Menschenwürde für alle Völker des südlichen Afrika – im Namen der Grundsätze der Moral, des internationalen Rechts und des Weltfriedens",
– derartige Sprüche, wie sie Kissinger laufende Meter auf der Reise abließ,
nalen Rechts und des Weltfriedens",
– derartige Sprüche, wie sie Kissinger laufende Meter auf der Reise abließ,
sind durchaus etwas Neues für die afrikanischen Staaten. Afrika ist in der Vergangenheit der Kontinent gewesen, auf den der US-Imperialismus am wenigsten „diplomatische Rücksichtnahme" genommen hat. Die amerikanische Afrika-Politik bestand vielmehr im wesentlichen aus Arroganz und militärischer Unterdrükkung (ständige Militärputsche, relativ unverblümte Unterstützung der südlichen Rassisten-Regimes, sowie der portugiesischen Kolonialpolitik, Konfrontationspolitik in der UNO usw.). Selbst bürgerliche Kommentatoren charakterisieren die bisherige amerikanische Afrikapolitik treffend als eine Politik, die ausschließlich dem CIA überlassen wurde.

Diese Politik des US-Imperialismus beruhte auf der noch vor kurzem bestehenden Fehl-Einschätzung des Kräfteverhältnisses in Afrika. Noch unter Nixon (1970) wurde den Befreiungsbewegungen Afrikas über Jahre hinaus keinerlei Relevanz zugemessen. Die relativ starke Diskreditierung der US-Politik in ganz Afrika (die selbst die Statthalter des Imperialismus zu „anti-amerikanischen Stellungnahmen" veranlaßte) bedrohte die reale Machtfülle des Imperialismus kaum. Die USA fühlten sich sogar stark genug, eine äußerst zynische Konfrontationspolitik zu betreiben. Kennzeichnend hierfür ist u.a. Kissingers Ernennung von Nathaniel Davis, eines am Putsch in Chile wesentlich beteiligten CIA-Kaders, zum Leiter des Afrika-Referats des US-Außenministeriums im März 1975. Als afrikanische Staatschefs in einer gemeinsamen Erklärung gegen diese Ernennung protestierten, reagierte Kissinger damals noch mit den Worten, die Afrikaner sollten sich *„um ihren eigenen Dreck kümmern"*.

„Neue Töne"?

Diese noch im letzten Jahr getroffene Stellungnahme Kissingers sowie sämtliche vor der Reise abgelassenen Drohungen mit der „Politik der Stärke" (*„die USA sind politisch entschlossen und militärisch in der Lage, unverantwortlichen Aktionen entgegenzutreten"*), stehen im krassen Widerspruch zu den allgemeinen Äußerungen während seiner Reise, wo Kissinger mit Schlagworten tönte, wie etwa *„Afrika den Afrikanern"* (die weißen Rassisten sind für ihn übrigens keine Kolonialisten, *„historisch gesehen Afrikaner"*), *„Mehrheitsregierungen im südlichen Afrika"*, *„Hilfsbereitschaft der USA"* bei einem *„afrikanischen Programm"* etc.

Mit diesen Sprüchen versucht der US-Imperialismus seine schwarzen Marionetten in den Sattel „schwarzer Mehrheitsregierungen" zu heben:

Bezüglich Zimbabwe unterstützte Kissinger in seinem 10-Punkte-Programm, das er in Lusaka (Sambia) vorlegte *„aufs entschiedenste die vom britischen Premierminister Callanghan gemachten Vorschläge: daß der Unabhängigkeit eine Mehrheitsregierung vorausgehen muß, die wiederum nicht später als zwei Jahre nach dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen eingesetzt sein muß."*

Der Vorschlag Callaghans zielt vor allem auf die Schwächung und Spal-
Der Vorschlag Callaghans zielt vor allem auf die Schwächung und Spal-
tung des zimbabwischen Widerstands, indem er die opportunistischen Teile des Widerstands (um Nkomo) auf weitere Verhandlungen mit dem Rassistenregime und Abbruch des bewaffneten Kampfes zu orientieren versucht. Kosmetische Veränderungen der Faschistenherrschaft sind das Ziel dieses Vorschlags, der den Rassisten Zeit geben soll zur weiteren Aufrüstung ihrer Armee und zur Vernichtung des revolutionären Widerstands. Der Vorschlag Callaghans ist vom revolutionären Afrika, selbst (gezwungenermaßen) von einigen schwarzen Kompradoren, einhellig und korrekt als imperialistische Hinhaltetaktik verurteilt worden.

Ein weiterer äußerst demagogischer Punkt in Kissingers Programm ist seine Forderung nach strikter Einhaltung des Wirtschaftsboykotts gegen Rhodesien. Es ist kein Geheimnis, daß sämtliche Im- und Exporte des rhodesischen Regimes weitgehend über die RSA abgewickelt werden, also ein „Wirtschaftsboykott" gegen Rhodesien, wenn er nicht gleichzeitig gegen die RSA durchgeführt wird, nichts als ein Wind-Ei ist. (RSA-Stempel auf der Verpakkung genügt!). Ganz abgesehen davon, daß in den USA die Einfuhr von Chrom aus Rhodesien trotz der UNO-Boykott-Beschlüsse gesetzlich, also völlig offen, abgesichert ist.

Bezüglich Namibia, das von der RSA seit über 30 Jahren illegal besetzt ist, äußerte Kissinger, daß die *„deutlich gewordene Entscheidung der südafrikanischen Regierung, Namibia der Unabhängigkeit näherzubringen, uns ermutigt hat"*. Das einzige, was ihn „besorgt", ist, daß die RSA noch keinen Zeitplan festgelegt hat. Gemeint sind hier die sogenannten „Verfassungsgespräche", die die RSA im letzten Jahr inszenierte hat, um ihre Herrschaft in Namibia noch weiter zu festigen. Die „Verfassungsgespräche" beinhalten die Vertreibung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Namibias in mehrere, insgesamt ca. 40 % (!) des Landes umfassende, Riesen-Konzentrationslager ohne jede politische oder wirtschaftliche Lebensfähigkeit. Dieser Plan der RSA wird von der SWAPO (die Befreiungsorganisation Namibias) sowie von allen anderen revolutionären und fortschrittlichen Kräften Afrikas scharf bekämpft. Kissinger fordert dagegen, die Beteiligung der SWAPO an den „Verfassungsgesprächen"! Die „Begleitmusik" zu dieser politischen Provokation Kissingers machten die RSA-Faschisten mit einer erneuten Eskalation des Terrors gegen den Befreiungskampf (siehe Artikel in diesem AK).

Was die RSA (das rassistische Hauptbollwerk im südlichen Afrika) selbst angeht, fordert Kissinger hier ausdrücklich nicht die Errichtung einer Mehrheitsregierung (woran sich allein schon das ganze Geschwätz von Menschenrechten usw. entlarvt!), sondern tritt nur für eine Beendigung der *„institutionalisierten* (d.h. also offiziellen, gesetzlich abgesicherten) *Rassentrennung"* ein – gegen die tatsächliche, reale Apartheid hat er nichts einzuwenden.

Die zynische Spitzenleistung erbrachte Kissinger allerdings mit seinem Geschwätz vom „Abbau des Nord-Süd-Gefälles", von der Bekämpfung des Hungers in der 3. Welt etc. Diese Sprüche vor dem Hintergrund, daß gerade der US-Imperialismus in schamlosester Weise einen Riesenprofit aus dem Export seiner überschüssigen Nahrungsmittel zieht; daß es gerade der US-Imperialismus ist, der seine Nahrungsmittelexporte in hungernde Länder von politischen Bedingungen abhängig macht, Nahrungsmittel zugegebenermaßen als politische Waffe einsetzt!

Während der riesigen Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone, bei der 25 Millionen Menschen vom Verhungern bedroht waren, ließen sich die US-Imperialisten nach langem Hin und Her dazu herab, Viehfutter (!) mit einem hohen Prozentsatz an Verunreinigungen – z.B. Spreu, Tierkot (!!!), für den menschlichen Konsum zu schicken! Der US-Imperialismus ist hauptverantwortlich für die immer größer werdende Kluft zwischen armen und reichen Ländern, er ist hauptverantwortlich dafür, daß jährlich Millionen Menschen den Hungertod sterben müssen.

Ausrüstung der Reaktion!

Ausrüstung der Reaktion!

Deutlich gemacht hat die Reise Kissingers vor allem auch das Ausmaß der finanziellen Unterstützung für alle seine reaktionären Stützpunkte im schwarzen Afrika.

So hat Kissinger Kenia, das bereits mehrere brutale Grenzzwischenfälle zum fortschrittlichen Tansania provoziert hat, einen Kredit zum Kauf von militärischer Ausrüstung in Höhe von 65 Millionen Dollar (!) zugesagt. Kenia, als zweites Bollwerk des US-Imperialismus neben Äthiopien in Ostafrika, will für das Geld vor allem seine Luftwaffe um mehrere Kampfflugzeuge erweitern.

Zaire-Staatschef Mobutu Sese Seko wurde ein 5-Mio. Dollar-Kredit zum Kauf von Baumwolle angeboten. In dem Zusammenhang wurde bekannt, daß Mobutu in den letzten 10 Jahren rund eine halbe Milliarde Dollar an Waffenhilfe von den USA erhalten hat.

Weiterhin gab Kissinger in Dakar (Senegal) sein Konzept zur Unterstützung der Sahel-Zone in Mittel-Afrika bekannt, nach dem 3.750 Millionen Dollar an die Staaten Senegal, Mauretanien, Mali, Obervolta, Niger und Tschad aufgeteilt werden sollten.

Es sind alles Staaten, die sich durch eine reaktionäre bis faschistische Innen- wie Außenpolitik „auszeichnen".

Diese finanziellen Zusagen sind bekannt geworden. Man kann allerdings davon ausgehen, daß diese Gelder nur einen Bruchteil der tatsächlichen US-„Hilfe" an seine Kompradoren ausmachen, und die tatsächliche Höhe der Waffenhilfe mit Expertengruppen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wird.

US-Imperialismus findet Anklang

Mit groß aufgezogenen Begrüßungsszenen in der Öffentlichkeit, Darbietungen und Tanzgruppen, volksfestartigen Kundgebungen sowie öffentlich vorgetragenen Lobeshymnen auf die „Reform-Strategie" Kissingers verstanden es die schwarzen Kompradoren, dessen Goodwill-Tour propagandistisch wirkungsvoll zu unterstützen. Als ein besonders widerlicher Speichellecker tat sich wieder einmal der sambische Staatschef Kaunda hervor: *„Wir danken Ihnen und Ihrem Präsidenten, daß Sie Sambia ausgewählt haben, um diese wichtige Erklärung abzugeben, die – im Gegensatz zur Vergangenheit – einen entscheidenen politischen Wendepunkt darstellt."* Und: *„Bitte versichern Sie Präsident Ford unsere Anerkennung. Das Programm, das Sie vorgetragen haben, findet unsere volle Unterstützung"* (!) („Herald Tribune", 28.4.76).

Ähnlich herzlich wurde Völkermordexperte Kissinger auch in Kenia empfangen. Bei der Ankunft erwartete ihn ein „ehrliches Karibu" (suahelischer Willkommensgruß) und Präsident Kenyatta ließ zur Unterhaltung des Gastes eine „Tanzgruppe aufmarschieren" („NZZ", 27.4.76). Beide Seiten betonten die gegenseitigen „problemlosen Beziehungen", eine Tatsache, die man angesichts der oben erwähnten Militärhilfe nur bestätigen kann.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme der Elfenbeinküste, einer der reaktionärsten Eckpfeiler des Imperialismus, der sich trotz aller OAU-Beschlüsse durch besonders gute Beziehungen zur RSA auszeichnet. Präsident Boignys warnte vor *„einer weiteren sowjetischen Expansion in Afrika und vor dem ‚Abdanken' der USA und Europa auf dem schwarzen Kontinent"* (NZZ, 28.4.76), und forderte den US-Imperialismus zu einem schärferen Engagement in Afrika auf!

Im Unterschied zu diesem eindeutig pro-imperialistischen Kurs nahm das fortschrittliche Tansania eine zweideutige Haltung gegenüber der Kissinger-Reise ein. Das wird an der Einladung Kissingers deutlich und durch offizielle Stellungnahmen des Außenministers während des Besuchs noch unterstrichen: *„Manchmal glauben wir, daß sie unseren Kampf verstehen und warum wir kämpfen, aber sie lassen es am Willen fehlen, zu helfen."* („FR", 27.4.76)

Andererseits gibt es aber auch Zeichen für eine anti-imperialistische und progressive Komponente innerhalb der tansanischen Politik. So bei-
und progressive Komponente innerhalb der tansanischen Politik. So bei-
spielsweise Außenminister Kaduma's Stellungnahme für den bewaffneten Kampf: *„Der Frieden kann nur in Freiheit erlangt werden. Wenn die Freiheit nicht anders als durch Gewalt errungen werden kann, so müssen wir diese Sache unterstützen. Anders zu handeln hieße die Sache des Friedens verraten."* („Le Monde", 27.4.76).

Auch durch die Tatsache, daß-genau abgestimmt mit der Ankunft Kissingers – zwei Mitglieder der US-Botschaft in Tansania öffentlich als CIA-Agenten entlarvt wurden, hebt sich Tansania wohltuend von den Beweihräucherungen der Kompradoren-Staaten ab.

Für die einzig konsequente Haltung gegenüber dem imperialistischen Werberummel halten wir allerdings die Reaktion Mosambiks, Ghanas und Nigerias, die teils sehr entschieden (wie Mosambik), teils weniger deutlich, Kissinger von vorneherein abwiesen bzw. kurzfristig wieder ausluden.

So reiste Präsident Samora Machel (Mosambik) demonstrativ einen Tag vor Kissingers Eintreffen in Tansania dort ab. Schon vorher hatte die Frelimo-Regierung deutlich gemacht, daß der US-Imperialismus für sie kein Gesprächspartner in Sachen afrikanischer Befreiungskampf ist und daher einen Kissinger-Besuch in Mosambik kategorisch abgelehnt.

Nicht vergessen wollen wir darüber hinaus, daß der US-Imperialismus bei einigen Staaten Afrikas gar nicht erst versucht hat einzusteigen, da von dieser Seite nur mit ähnlichen Pleiten zu rechnen gewesen wäre (z.B. Guinea-Conakry, VR-Kongo, Guiney-Bissau, Angola).

Gespräch mit Nkomo

Wir haben schon oben erwähnt, daß ein weiterer Aspekt der Reise auch die Kontaktaufnahme mit den opportunistischen Teilen des zimbabwischen Widerstands war. In Sambia traf Kissinger mit Nkomo, Führer der ZAPU, zu einem Gespräch zusammen.

„Mr. Nkomo und ich hatten eine sehr ernsthafte Unterhaltung. Ich habe ihm vom amerikanischen Wunsch nach einer schnellen Übergabe der Macht an die Mehrheit erzählt und er hat mir seine Sorgen und seine Hoffnungen erklärt." Außer, daß weiterhin Kontakt gehalten werden soll, wurde über dieses Gespräch nichts bekannt.

Das Zusammentreffen mit Nkomo sollte offensichtlich auf der einen Seite die „Ernsthaftigkeit" von Kissingers wortreichen „Drohungen" gegenüber dem Smith-Regime unterstreichen, andererseits will sich der US-Imperialismus im zimbabwischen Widerstand Verbündete schaffen.

Nkomo hatte noch vor kurzem erklärt, daß die Erlangung der Freiheit der Schwarzen in Zimbabwe nur noch durch den bewaffneten Kampf erfolgen kann. Diese neuerdings erreichte „Einheit" (im verbalen Bereich) des afrikanischen Widerstands versucht der US-Imperialismus mit seiner neuen Taktik wieder zu spalten.

Vom militanten Flügel des zimbabwischen Widerstands war selbstredend niemand bereit, sich mit diesem Repräsentanten des Hauptfeindes der afrikanischen Völker an einen Tisch zu setzen. (Kissinger hatte sowieso nur den in der Vergangenheit häufig schwankenden Muzorewa, heute Mitglied des militanten Flügels, zu einem Gespräch eingeladen, der aber ablehnte).

Kissinger hatte seine Afrika-Reise zu einem Zeitpunkt angetreten, wo selbst die schlimmsten afrikanischen Marionetten sich für den bewaffneten Kampf als einzig noch möglicher Form zur Erlangung der Freiheit ausgesprochen haben, um ihrer vollständigen Isolierung in Afrika zu entgehen. Mit Sprüchen wie „schwarzer Mehrheitsregierung", die aber nur „auf friedlichem Weg" erreicht werden darf, versucht Kissinger, die unter den Afrikanern erreichte Position des bewaffneten Kampfes wieder rückgängig zu machen. Kissingers schöne Worte sollen den Rassisten in Zimbabwe und Namibia einen Zeitaufschub gewährleisten, währenddessen sie massive materielle Unterstützung vom US-Imperialismus erhalten.

Nach dem amerikanischen Angola-
halten.
Nach dem amerikanischen Angola-
Fiasko weiß der US-Imperialismus, daß die Regimes in Zimbabwe und Namibia beim derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses im südlichen Afrika in ihrer jetzigen Form nicht zu halten sind und bei einem Ansturm der Befreiungskräfte zusammenbrechen würden. Deshalb orientierte Kissinger auf seiner Reise auch auf „schwarze Mehrheitsregierungen" seiner Marionetten. Das faschistische Südafrika wird von derartigen Experimenten noch ausgenommen, da seine Stabilität – für den Imperialismus – noch groß genug ist.

Mit der Afrika-Reise Kissingers zeigte der US-Imperialismus die Merkmale seiner Nach-Angola-Politik in Afrika: Verstärkte militärische und wirtschaftliche Aufrüstung der proimperialistischen afrikanischen Staaten, verstärkte Korrumpierung der schwankenden Staaten und der Versuch der Isolierung der afrikanischen Revolution. ●

Afrika-Kommission

Der Imperialismus wühlt weiter gegen die VR Angola

Laut „Afrique-Asie" Nr. 108 vom 3.5.76 hat Washington seinen Botschafter in Lissabon angewiesen, eine größere Anzahl von Agenten der PIDE, die von der portugiesischen Regierung vorübergehend fallengelassen wurden, zu rekrutieren. Diese sollen mit amerikanischen Immigrationsausweisen ausgestattet werden, womit sie schnell die amerikanische Staatsbürgerschaft bekommen können. Danach sollen sie in den amerikanischen Botschaften der portugiesischen Ex-Kolonien eingesetzt werden.

* * *

Nach seinen feierlichen Beteuerungen der MPLA-Regierung in Luanda gegenüber, er werde weitere Aktivitäten von FNLA und UNITA in seinem Land verbieten, hat Mobuto erst kürzlich wieder gezeigt, wie ernst man derartige Versprechungen eines Reaktionärs nehmen darf: Im April fand in Kinshasa, Hauptstadt von Zaire, in aller Öffentlichkeit ein Treffen der Führer von FNLA und UNITA, Holden und Savimbi, statt. Nach ihrer Niederlage in Angola versuchen diese beiden, weiterhin Söldner für eine Aggression gegen die VR Angola anzuwerben (nach „Afrique-Asie", Nr. 107 vom 19.4.76). ●

Afrika-Kommission

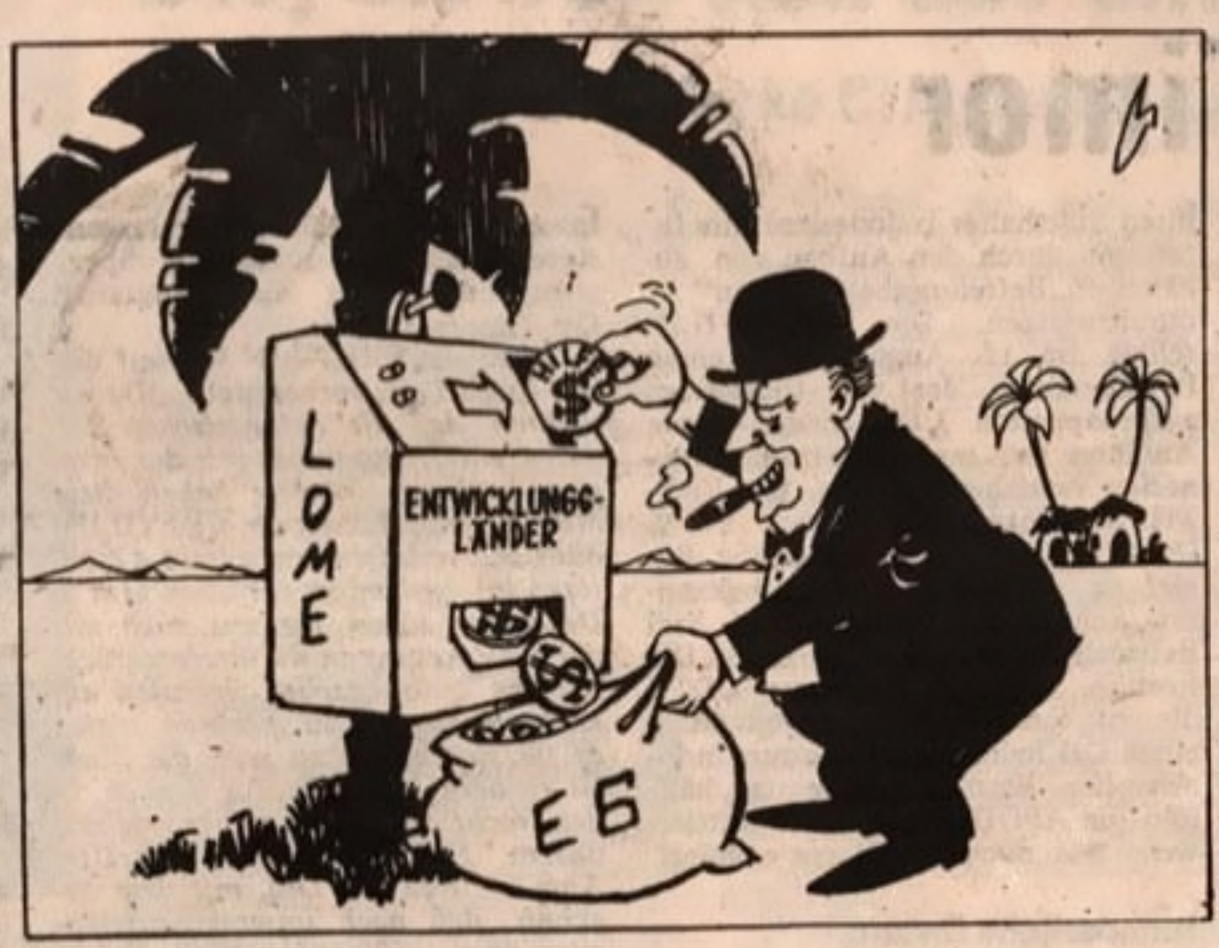
Tansania will Konvention von Lome verlassen

Die Nationalversammlung Tansanias hat die in der „Konvention von Lome" vertraglich vereinbarten Handelsvergünstigungen („Meistbegünstigung") gegenüber den EG-Staaten aufgekündigt („Horizont" 15/76, sowie „Extra-Dienst" vom 15.4.76). Ob die Regierung bereits dieser Aufforderung gefolgt ist, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Während der laufenden Gespräche des tansanischen Präsidenten Nyerere in Bonn wurde in der bürgerlichen Presse über diesen Punkt nichts berichtet.

Wenn die Aufkündigung der „Meistbegünstigungsklausel" gegenüber den neun EG-Staaten – die ein zentrales Element im gesamten Vertragswerk darstellt – zum Ausscheiden Tansanias aus der „Konvention von Lome" führen sollte, wäre dies der erste Fall eines Austritts eines Landes der „Dritten Welt" aus dieser Form der EG-Assoziierung. Die Konvention wurde nach 18-monatigen Verhandlungen im Februar 1975 in Lome (Togo) abgeschlossen und ist bis heute noch nicht von allen EG-Staaten ratifiziert, d.h. völkerrechtlich verbindlich anerkannt worden.

Die Lome-Verträge hatten erstmals einheitliche ökonomische Beziehungen aller EG-Staaten zu 46 Staaten der „Dritten Welt" festgelegt. Damit wurden vertraglich festgelegte, traditionelle Einflußzonen europäischer Kolonialmächte (England, Frankreich) zugunsten der geballten Macht des EG-Imperialismus aufgehoben. Im Zuge dieser Neuregelung konnten einzelne Staaten der „Dritten Welt" Verbesserungen ihrer Agrarexportbedingungen verbuchen. Andererseits gelang es dem EG-Imperialismus, bis dahin „nicht-eingebundene" Staaten in sein Ausbeutungssystem zu integrieren, ohne die Grundpfeiler der ungleichen Beziehungen zwischen imperialistischen Zentren und den unterentwickelt gehaltenen Staaten auch nur anzukratzen.

Die nachfolgend nur grob skizzierte „Lome-Konvention" wirft ein Schlaglicht auf die gewaltige Macht des EG-Imperialismus speziell in Afrika. Inwieweit Tansanias Schritt nur Vorbote einer Lawine gegen diese ungleichen Verträge ist, kann heute noch nicht klar abgesehen werden.



Die „Konvention von Lome" regelt die Außenhandels-Beziehungen von 46 Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten) mit der Europäischen Gemeinschaft. Zu den AKP-Staaten gehören alle unabhängigen Länder Schwarzafrikas (von den portugiesischen Ex-Kolonien ist bislang allerdings nur Guinea-Bissao Mitglied) mit zusammen 268 Millionen Einwohnern, sowie im karibischen Raum Barbados, Guyana, Jamaica, Bahamas, Grenada, Trinidad und Tobago, und im pazifischen Raum die Fidschi-Inseln, West-Samoa und Tonga. Die AKP-Staaten liefern den größten Teil ihrer Ausfuhr in die EG (54%) und importieren aus der EG 44% ihrer Gesamtimporte.

Mit dem Abkommen von Lome sichert sich der EG-Imperialismus einen bedeutenden politischen Einfluß im afrikanischen Raum, der weit über die wirtschaftlichen Vorteile hinausgeht: *„46 Entwicklungsländer, überwiegend arme Staaten, darunter aber auch mächtige und potentiell wohlhabende Länder wie Nigeria als Kooperationspartner zu besitzen und nicht als Gegner, das will sich die Europäische Gemeinschaft auch etwas kosten lassen"* („FAZ", 30.1.75). Was kostet die EG das Abkommen wirklich?

Die EG-Staaten gewähren den AKP-Staaten für 94% ihrer Agrarexporte den freien Zugang zum EG-Markt, a u s g e n o m m e n die Produkte, die mit Erzeugnissen der EG-Länder konkurrieren könnten. (Die Prozentzahl – 94% – bezieht sich offenbar nicht auf den Warenwert, also die Masse des Exportgutes, sondern auf die registrierten Exportartikel). Gerade die verbleibenden 6% aber bedeuten für einige Länder Afrikas, daß sie für ihre wesentlichsten Exportgüter hohe Zollbarrieren überwinden müssen (z.B. Rindfleisch aus Botswana, Swaziland und Tansania).

Das „Stabex-System"

Groß herausgestellt wird seitens der EG-Imperialisten das sogenannte „System der Stabilisierung der Exporterlöse" (Stabex), das sie in das Lome-Abkommen eingebaut haben. Dieses System soll die Erlösschwankungen für die Rohstoffe ausgleichen, unter denen die Länder der „Dritten Welt" zu leiden haben (abgesehen von den ohnehin zu niedrigen Preisen). Sobald ein Land von einem Rohstoff im Sinne des Abkommens „abhängig" ist (7,5% der Ausfuhrerlöse) und die Erlöse um mindestens 7,5% hinter den durchschnittlichen Erlösen der letzten vier Jahre zurückgeblieben sind, wird den betreffenden Ländern „großzügig" ein Darlehen „gewährt". Mit anderen Worten: Nachdem die Imperialisten wieder einen Rohstoffpreis gedrückt haben, „dürfen" sich die Lieferantenländer verschulden: *„Die Verpflichtung zur Rückzahlung der gewährten Darlehen bei Wiederanstieg der Exporterlöse verhindert, daß die beteiligten Entwicklungsländer gegen die Preisschwankungen unempfindlich* (!) *werden ..."* („Wirtschaftsdienst", 9/75).

Damit wird des Pudels Kern beim Namen genannt: Die rohstoffexportierenden Länder sollen weiterhin „auf marktwirtschaftlicher Grundlage" ihrer Bodenschätze beraubt werden, dafür sind die EG-Staaten gern bereit, Kredite, Zollvergünstigungen etc. auszuspucken.

Eine direkte Bindung der Rohstoffpreise an die rasch steigenden Preise für Fertigerzeugnisse, wie es viele Staaten der „Dritten Welt" fordern, soll damit auf jeden Fall vermieden werden.

Massiven politischen Einfluß auf die Innenpolitik der AKP-Staaten verschaffen sich die imperialistischen EG-Länder mit der Regelung, daß ein Antrag auf Ausgleichszahlung unzulässig sei, wenn der Rückgang der Erlöse *„auf eine besonders die Ausfuhren nach der Gemeinschaft ungünstig beeinflussende Handelspolitik* (!) *des betreffenden AKP-Staates zurückzuführen ist."* (Art.4). Man denke an den Rückgang der Kupferexporterlöse wegen des Kupfer-Boykotts gegen die Allende-Regierung, weil diese u.a. den Kupferbergbau nationalisierte...!

Darüber hinaus müssen die AKP-Staaten sich von den EG-Ländern „beraten" lassen, wenn der jeweilige AKP-Staat erheblich weniger als vordem ausführt.

Die Regelung, daß die Rückzahlung der Kredite gestundet bzw. erlassen werden k a n n (wohl nur bei entsprechendem „Wohlverhalten") eröffnet zusätzlich Möglichkeiten der Einmischung durch die EG-Staaten.

Abgesehen von Eisenerz fallen die für die kapitalistischen Industrieländer wichtigen mineralischen Erzeugnisse *„aus grundsätzlichen Erwägungen"* aus der Stabex-Regelung ganz heraus. Somit fallen nur zwölf Agrarprodukte unter diese Regelung, sogenannte *„Grundstoffe beziehungsweise Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe"* („Europa-Archiv" 1/76). Dies entspricht der bekannten Strategie der Imperialisten, in den Ländern der „Dritten Welt" eine Industrie nur in engen Grenzen entwickeln zu lassen, um jede Konkurrenz mit ihren Fertigerzeugnissen von vornherein zu unterbinden.

Der größte Hammer ist aber zweifellos die Regelung, daß die AKP-Staaten keinem Land der Welt günstigere Handelsbedingungen als den EG-Staaten einräumen dürfen. Gerade angesichts der zunehmenden Rivalität der imperialistischen Blöcke um die Rohstoffe hat sich der EG-Imperialismus damit eine ausgezeichnete Ausgangsposition gegenüber seinen Konkurrenten geschaffen. Es war daher auch diese „Meistbegünstigungsklausel", gegen die sich die AKP-Staaten am längsten gewehrt hatten und die jetzt von Tansania voraussichtlich aufgekündigt werden wird.

Um die AKP-Staaten auch finanziell an sich zu binden, hat die EG im Rahmen des Lome-Abkommens insgesamt ca. 10 Milliarden DM in Form von Krediten, Haftungskapital u.ä. bereitgestellt, wobei die BRD den Hauptteil zahlt.

Das Abkommen von Lome beseitigt einige der Schranken, die die EG-Märkte bislang umgeben haben. Weil sich die Regelungen aber weitestgehend nur auf die Rohprodukte beziehen, erwarten selbst bürgerliche Wissenschaftler, *„daß die Wirtschaftsstruktur der AKP-Staaten zementiert und eine rechtzeitige Diversifizierung (Streuung) der Exportgüterstruktur unterbleibt."* („WiSt", Februar 76). Mit anderen Worten, an den grundlegenden Strukturen des Welthandels, der Rolle der Länder der „Dritten Welt" als billige Rohstofflieferanten ändert sich nichts.

Ihre gesamte Wirtschaftsentwicklung soll darauf ausgerichtet werden, die Rohstoffausfuhren zu erhöhen, ohne daß die Relationen zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen für die Fertigerzeugnisse entscheidend verändert werden. ●

Afrika-Kommission

Zimbabwe/USA

CIA wirbt Söldner für Rassisten

Während der Außenminister der US-Imperialisten durch Afrika reiste und nicht müde wurde, Lippenbekenntnisse über eine *„schnelle afrikanische Mehrheitsregierung"* in Zimbabwe (Rhodesien) abzugeben, wirbt sein Geheimdienst, der CIA, ganz offiziell Söldner gegen die schwarze Mehrheit.

Mit Annoncen wie *„Veteranen aus dem Militärdienst gesucht! Bedrohte afrikanische Nation zahlt monatlich 1.600 Dollar steuerfrei. Reise wird bezahlt ..."* werden in amerikanischen GI-Zeitungen (z.B. Overseas Weakly), die auch in der BRD öffentlich zu beziehen sind, Mörder für die Rassisten geworben.

Obwohl die US-Regierung natürlich abstreitet, mit Söldnern in Afrika vertreten zu sein, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache:

- Nach UPI vom 4. März 76 wurden in Angola vier amerikanische Söldner getötet;
- Nach „Washington Star" gehört eines *„der größten Ausbildungscamps für Söldner in Langley/Virginia dirket dem CIA"*. Offiziell führt eine „Veteranen Organisation" das Camp.
- Einer der Ausbilder des Camps gab sehr offen die Auskunft; *„Die Rekrutierung begann vor einigen Monaten* (der „Star"-Bericht stammt vom März 76), *andere Gruppen begannen mit der Ausbildung vor einem Monat. Die Geheimhaltung ist absolut wichtig für diese Rekrutierungen..."*

Nur mit Geheimhaltung klappt das nun doch nicht so ganz. Verschiedene amerikanische Zeitungen konnten einen ganzen Ring von Anwerbern aufdecken:

- In Dever/Colorado gibt es eine Gruppe mit dem Namen „Phoenix Associates". Ihr Boss ist ein ehemaliges Mitglied der Killertruppe „Green Berets" aus dem Vietnam Krieg. Heute gibt er Tips, wie man dem rhodesischen Militär- und Polizeidienst beitreten kann.

An „Umsiedler" gerichtet, schreibt er: *„Nimm deinen eigenen Whisky, dein eigenes Auto oder Motorrad mit .... Alle eingeführten Güter sind teuer."* Die „Phoenix Associates" wirbt hauptsächlich unter den Lesern von Schießclub-Zeitungen!!

- In Anaheim/Kalifornien arbeitet die „El Lamas Enterprises". Sie wirbt „Sicherheitsspezialisten" für „internationale Konzerne und für Regierungen". Als „Operationsgebiete" werden Angola, Israel, Rhodesien und Lateinamerika genannt.

Der Chef dieser Mörderfirma ist *„ein CIA-Mitarbeiter, der nur eine der verschiedenen Söldner-Organisationen der CIA repräsentiert, die Veteranen für den Söldnerdienst anwerben."*

- Eine Mörderfirma mit dem Namen „MACILI" schrieb auf eine Scheinbewerbung, *„wir sind eine Gruppe von Experten auf allen Gebieten, die in Beziehung zum Handwerk des Söldners stehen: Piloten, Ärzte, Fahrer, Nachschub, Geheimdienst etc. ... Wir arbeiten nach der Devise ‚Keiner soll mehr wissen als für ihn notwendig ist!' Stellen sie niemals Fragen über andere oder erzählen sie zuviel über sich selbst. Sie werden erfahren, was für sie wichtig ist zu wissen."*

> **VETERAN MILITARY PERSONNEL**
> **WANTED!** Threatened African Nation Paying $1.600.00 Monthly. Tax Free. Travel Paid. Complete Information $5.00 (Includes Mideast Military Employment Information) Mr. Renzi, 2111 Francisco, Long Beach, California 90806

Nach Angaben der „San Diego Tribune" sollen bisher mindestens schon 100.000 US-Veteranen von diesen Mörderbanden angeworben worden sein!!

Diese Killer sind ausgebildet, jederzeit an jedem beliebigen Ort in Afrika (oder anderswo) „bedrohten" Regierungen zu Hilfe zu kommen.

Diese Tatsachen allein kennzeichnen den Zynismus der US-Imperialisten gegenüber den Schwarzen im südlichen Afrika, wenn Außenminister Kissinger erklärt *„die Minderheitenregimes können auf keinen Fall mit amerikanischer Unterstützung rechnen."* (!) (nach Extra Dienst, 35/X 29.4.76) ●

Afrika-Kommission

Djibouti: Der Widerstand wächst

Die „Neue Züricher Zeitung" vom 5.5.76 meldete, daß es am 2.Mai, beim Eintreffen einer OAU-Informationsdelegation in Djibouti, zu starken Auseinandersetzungen gekommen ist. Die Kolonialfaschisten versuchten – mit Waffengewalt –, Spruchbänder zu beschlagnahmen, auf denen die Absetzung des Kompradoren Ali Aref (!) gefordert wurde. Angeblich sollen bei diesem Versuch ein Mitglied der Befreiungsbewegung FLCS getötet, sowie fünf weitere schwer verletzt worden sein. Wir bewundern den Mut der Genossen, trotz des mörderischen Kolonialterrors solche Aktionen durchzuführen, die eindrucksvoll den starken Protest der Bevölkerung Djiboutis gegen das französische Kolonialregime und seine Kompradoren beweisen. ●

Afrika-Kommission

Richtigstellung

In AK 78 hatten wir geschrieben, daß die Delegation der VR-China bei der UNO eine einseitige Verurteilung der Sowjetunion und Kubas wegen ihrer „nackten bewaffneten Intervention" in Angola gefordert hatte, daß ein entsprechender Antrag – gemeinsam mit der rassistischen RSA gestellt – jedoch nicht zur Abstimmung gekommen war.

Mit dieser Darstellung waren wir der Berichterstattung der „Welt" und der „Neuen Zürcher Zeitung" gefolgt.

Die Darstellung ist unrichtig und eine Übertreibung der reaktionären Haltung der VR-China zur „Angola-Frage".

Richtig ist vielmehr, daß sich die VR-China der e i n s e i t i g e n Verurteilung der Aggression Südafrikas gegen die VR-Angola (die verbunden war mit der Forderung nach Entschädigungszahlung) widersetzte und stattdessen dazu aufrief, g l e i c h e r m a ß e n „den sowjetischen Sozialimperialismus und seine ‚Söldner'" (gemeint sind die kubanischen Freiwilligen) zu verurteilen und deren „vollständigen und sofortigen Rückzug" zu fordern.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte schließlich mit neun Stimmen (VR-Benin, Guayana, Libyen, Pakistan, Panama, Rumänien, Schweden, Tansania, Sowjetunion) die RSA-Aggression. Die imperialistischen Mächte (Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, USA) enthielten sich der Stimme, China nahm an der Abstimmung nicht teil. ●

Repression im Sudan

Die ständig zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Sudan haben das faschistische Regime Numeiris veranlaßt, die Repression gegen oppositionelle Regungen weiter zu verschärfen. Sie trifft inzwischen nicht mehr nur die verbotenen politischen Organisationen, wie die revisionistische Kommunistische Partei, sondern auch bisher legale Gewerkschaftsverbände. So wurde Mitte April das Zentralkomitee der Lehrergewerkschaft samt seiner Unterkommission aufgelöst. Trotz der schärfsten Repression ist es Numeiri nicht gelungen, jegliche Opposition vollständig zu zerschlagen. So brachten die sudanesischen Kommunisten zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit des Sudan ein Flugblatt heraus, das zum „Volksaufstand" gegen die „reaktionäre Gewalt des Regimes" aufforderte, „für die Ablösung durch eine demokratische Volksregierung". Weiter heißt es in dem Flugblatt: *„Trotz der Verhaftungen der Mitglieder der demokratischen Bewegung bleibt die Position der Volksopposition unverändert und hat sich sogar verstärkt."* Es erinnert dabei an die jüngsten Demonstrationen der Arbeiter und Studenten gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen großer Teile des Volkes.

(nach „Afrique-Asie" Nr. 108, 3.5.76) ●

Afrika-Kommission

Der Befreiungskampf des Volkes von Ost-Timor

Ost-Timor ist eine Insel im indonesischen Inselreich. Es hat etwa die Größe Hessens, bei einer Einwohnerzahl von ca. 650.000. Ost-Timor ist 400 Jahr lang als portugiesische Kolonie im wahrsten Sinne des Wortes ausgepreßt worden. Die Hinterlassenschaft der Portugiesen sah so aus:

Über 90 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Für die 650.000 Menschen standen ganze 20 Ärzte „zur Verfügung", davon allein 12 in der Hauptstadt Dili. Die Kindersterblichkeit betrug 50 %, die TBC-Rate ist die höchste in der Welt; Malaria und Typhus sind epidemisch.

Der Sturz der Faschisten in Portugal am 25. April 1974 hat die Bedingungen auch für die Kräfte des Volks in Ost-Timor erheblich verbessert. Die vorher in Timor und in Portugal im Untergrund arbeitenden Genossen gründeten die „ASDT – Sozialdemokratische Vereinigung Ost Timors", die das Ziel der Unabhängigkeit zu propagieren begann.

Die Genossen studierten die Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique, die vietnamesische und die chinesische Revolution.

Am 11. September 1974 wurde die FRETILIN gegründet. Die FRETILIN stellte sich sehr schnell als die wirkliche Führung des Volkes heraus. Drei Monate nach ihrer Gründung zählte die FRETILIN 80.000 Mitglieder (über 10 % der Bevölkerung). Ähnlich wie auch in Angola versuchten die Imperialisten (besonders über ihren Statthalter Indonesien) ihre Interessen durch den Aufbau von abhängigen „Befreiungsbewegungen" durchzusetzen. Die FRETILIN schlug am 11. August 1975 einen Putschversuch der von Indonesien aufgepäppelten UDT nieder, deren Anführer sich ins faschistische Indonesien verziehen mußten. Die FRETILIN kontrollierte danach 96 % Ost-Timors. Die portugiesische Regierung verhielt sich nach bekanntem Schema und erkannte die „drei Befreiungsbewegungen" an: Die Fretilin, die MAC (frühere UDT), die mit indonesischer Unterstützung einen Ort nahe der Grenze zum indonesischen West-Timor besetzt hält, und die APODETI, von der mittlerweile nur noch der Name existiert.

Indonesische Invasion

Am 15./16. Oktober begannen indonesische Landstreitkräfte mehrere Orte Ost-Timors zu beschießen und zu bombardieren. Mehrere hundert indonesische Soldaten (nach bürgerlicher Lesart „Freiwillige" und Angehörige der beiden, nur noch in Indonesien bestehenden „Befreiungsbewegungen") überschritten gutausgerüstet die Grenze, hatten aber nach einem dreimonatigen Kampf nichts weiter als die Eroberung einiger kleiner Grenzdörfer unter großen Verlusten zu vermelden.

Am 7. Dezember 1975 befahlen die indonesischen Generäle die totale Invasion. Ca. 6.000 schwerausgerüstete Soldaten verschiedener Spezialtruppen griffen die Hauptstadt Ost-Timors, Dili, an.

Doch die FRETILIN war auf diesen Angriff gut vorbereitet...„*Da wir wußten, daß die indonesischen Soldaten am 7. Dezember mit der Invasion beginnen würden, haben diese Minister* (drei Führer der FRETILIN) *das Land verlassen, um unsere Aktivitäten im Ausland zu entfalten. Am 6. Dezember zogen wir uns auch mit der Bevölkerung in die Berge zurück. Als die indonesischen Soldaten am nächsten Tag in Dili ankamen, schien es für sie einfach zu sein, die Stadt zu erobern. Aber ein Tag danach, in der Nacht des 8. Dezember erschien unsere Falantil* (Volksstreitkräfte, Anm. d. Red.) *in Dili, mit dem Ergebnis, daß nach unserer Einschätzung über 1.500 indonesische Soldaten getötet wurden. So kontrollierten wir wieder 2/3 der Stadt"* (Abilio Araujo, Wirtschaftsminister von Ost-Timor).

Nach diesen verheerenden Niederlagen starteten die indonesischen Faschisten eine erneute Invasionswelle mit 20.000 Soldaten!

Aber auch diese und folgende Angriffe brachten nicht die militärischen Erfolge, die sich die indonesischen Generäle erhofft hatten.

Die FRETILIN hält weiterhin 80 % des Landes unter Kontrolle. Lediglich einige Küstenstädte, u.a. den Stadtkern von Dili, halten die Invasionstruppen besetzt. Das Land, größtenteils unwegsames Bergland, befindet sich weiterhin unter der Kontrolle der FRETILIN.

Die Faschistenarmee Indonesiens steht auf tönernen Füßen

Der Kampf der FRETILIN wird durch die erheblichen inneren Schwierigkeiten der indonesischen Faschisten begünstigt.

So gibt es in Indonesien auf West-Kalimantan eine relativ starke Guerilla, die viele Truppen des faschistischen Regimes bindet. Auf West-Timor war die kommunistische Partei vor dem Putsch 1965 stark verankert, und das Mißtrauen der Faschisten gegenüber der Bevölkerung ist so groß, daß die lokale Armee entwaffnet wurde. Indonesien verfügt nicht über eine Militärmaschine wie die USA. So mußte während der Invasion der gesamte zivile Flugverkehr innerhalb Indonesiens eingestellt werden.

Einige Truppenteile sperrten sich gegen den Einsatz auf Ost-Timor. Als Zeichen des antifaschistischen Widerstandes können drei Explosionen in einem Monat in einer Munitionsfabrik gewertet werden.

Auch die Rivalitäten der faschistischen Generäle untereinander schwächen die Invasionsarmee. So ist es vorgekommen, daß Einheiten der indonesischen Landstreitkräfte von den FALANTIL (Streitkräfte der FRETILIN) aufgerieben wurden, während die Marine-Generäle schadenfroh zusahen, um den Infanterie-Generälen hinterher ihre Fehler vorzurechnen. (Informationen nach Berichten indonesischer Genossen).

Ein kämpfendes Volk wird nicht besiegt

Die FRETILIN hat gleich nach ihrer Gründung mit der Durchsetzung ihres Programms begonnen. Die FRETILIN begann mit einer Kampagne gegen das Analphabetentum. Es wurden Volksgesundheitszentren eingerichtet.„*Auf wirtschaftlicher Ebene begann die FRETILIN das Volk in Produktions- und Verbrauchergenossenschaften zu organisieren, um die ausbeuterischen Mittelsmänner auszuschließen. Im Juni 1975 gingen praktisch alle timoresischen Studenten und das ganze Zentralkomitee der FRETILIN in die Berge, um unter dem Volk zu arbeiten"* (nach Info über Ost-Timor).

Das ganze Volk befreien...

Die Befreiung der Frauen von jahrhundertelanger Unterdrückung beschreibt der Genosse Abilio Araujo so:„ *Wir wissen in unserem Kampf, daß die Frauen Ost-Timors nicht nur von der kolonialen Gesellschaft unterdrückt wurden, sondern auch und hauptsächlich von unserer traditionellen Gesellschaft, genau wie in Indonesien. Wir sind der Meinung, daß die Befreiung unseres Volkes nur erreicht werden kann, wenn das ganze Volk befreit wird"*. Und weiter:„*Seit drei Jahren betreiben wir diese Politik, und inzwischen gibt es sehr viele weibliche Kader, die in vielen Aufgabenbereichen arbeiten. Im Zentralkomitee haben wir viele Frauen, ebenso im Erziehungswesen, im kulturellen Bereich, im Bereich des nationalen Aufbaus und in den*
Frauen, ebenso im Erziehungswesen, im kulturellen Bereich, im Bereich des nationalen Aufbaus und in den
Ortskomitees... Aber wir haben auch andere Probleme, z.B. mit Frauen, die Kinder zu versorgen haben. Sie konnten nicht an unseren Aktivitäten teilnehmen, weil sie an das Haus gefesselt waren. Wir organisieren eine Art Kinderkrippe, die von der Organisation osttimoresischer Frauen unterhalten wird, und so haben die Frauen die Möglichkeit, an den gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. Die Auswirkung der Revolution auf dieses Problem zeigt sich daran, daß in unseren Streitkräften viele Frauen kämpfen. So verteidigen drei bewaffnete Frauenbataillone die ersten Grenzgebiete Ost-Timors, die von den indonesischen Soldaten angegriffen wurden. Als die indonesischen Soldaten in Dili einmarschierten, schickten diese Frauenbataillone einen Appell an das Zentralkomitee, welcher an alle Frauen innerhalb und außerhalb Dilis gerichtet war, die Gewehre zu ergreifen und sich am Kampf gegen die Aggression zu beteiligen. So gibt es Beispiele, bei denen tagsüber der Mann an der Front kämpft und die Frau zu Hause ist, aber abends, wenn der Mann sich ausruht, die Frau an die Front geht".

Die Falantil – der bewaffnete Arm des Volkes

Gen. Abilio Araujo:„*In unserer Armee sind wir alle einfache Soldaten, und es gibt lediglich Führer.*

Unsere Armee bekommt Befehle vom Zentralkomitee. Wir sind keine Militaristen, denn die Politik kommandiert unsere Gewehre. Wir sind nicht wie die Soldaten von Suharto, denn wir wissen, wofür wir kämpfen, und unser Kampf ist ein politischer Kampf."

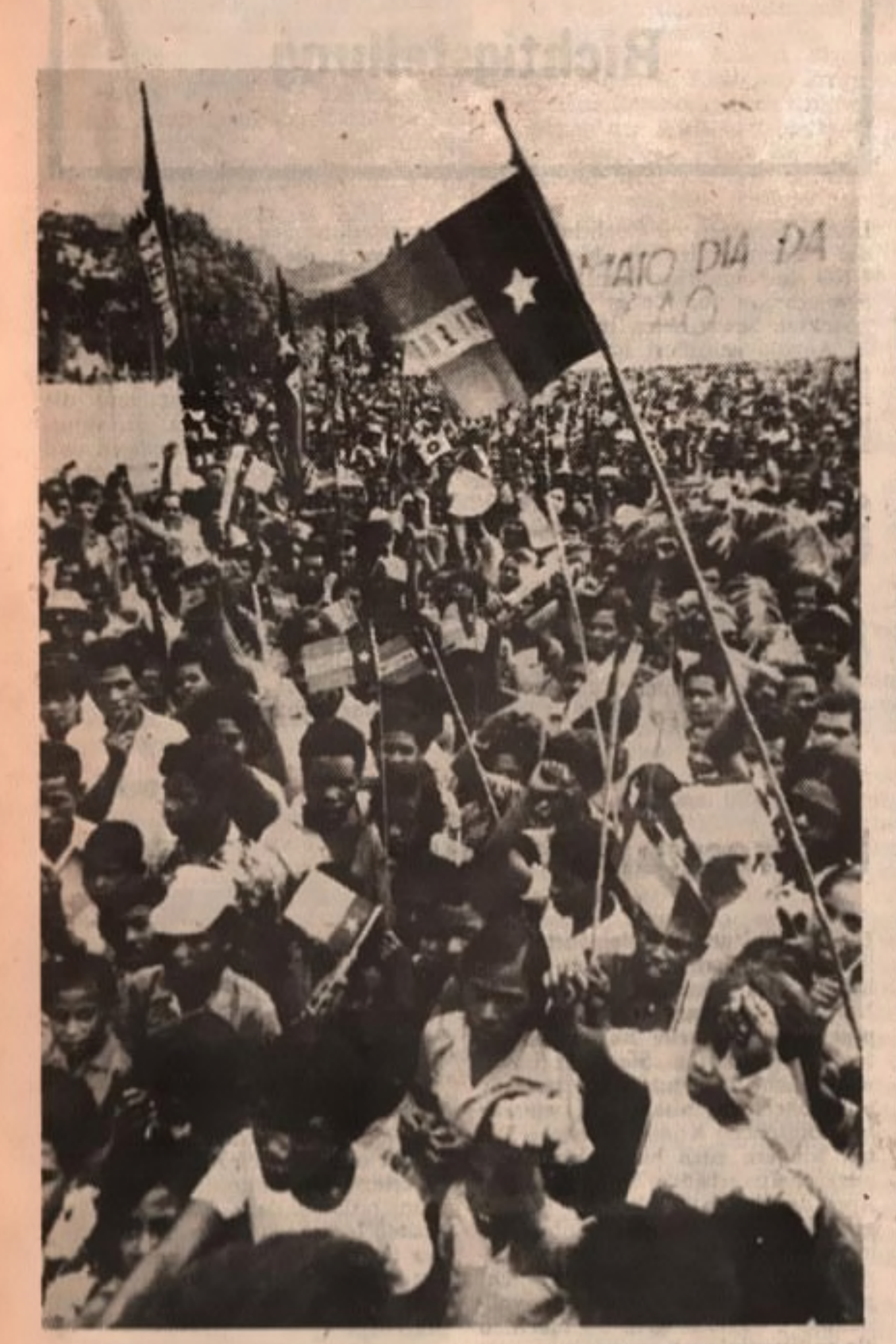
Zur Entstehung der FALANTIL kam es folgendermaßen:„*Wir wußten, daß unsere Feinde bewaffnet waren, daß wir unsere Freiheit nur durch den bewaffneten Kampf erringen werden. Deshalb fingen wir an, unser Volk darauf vorzubereiten. Wir trainierten abends mit ihnen in den Bergen. Am Anfang hatten wir ein Gewehr und zeigten den Leuten, wie man damit umzugehen hat."*

Die FRETILIN hat alle Waffen erobert, die die portugiesischen Besatzer zurückgelassen haben. Selbst bürgerliche Zeitungen schätzen die Feuerkraft so ein, daß die FRETILIN damit gute zwei Jahre einer Invasion standhalten kann. Mittlerweile sind aber die indonesischen Truppen zu einem großen Reservoir moderner Waffen für die FRETILIN geworden.

Die FRETILIN zählt ca. 80.000 Militante (15.000 reguläre Streitkräfte und 65.000 Volksmilizen). Die FRETILIN-Kämpfer führen den Krieg aber auch mit ihren traditionellen Waffen (z.B. mit lautlosen Giftpfeilen) und haben damit schon gute Erfolge gegen Fallschirmspringer erzielt.



Das Volk von Ost-Timor bekämpft die Invasoren sowohl mit traditionellen Waffen als auch mit modernen Gewehren.







Begeisterte FRETILIN Anhänger bei der Feier zum ersten Gründungstag der FRETILIN.

Fortsetzung auf Seite 39

Die Entwicklung eines Bildes...



Nebenstehendes Bild hat in der Indochina-Berichterstattung der bürgerlichen Presse Tradition.
Es tauchte kurz nach der Befreiung Kambodschas als „Beweis" für den „Terror der Roter Khmer" auf. Bereits damals wurde enthüllt, daß es sich hier um einen Kämpfer der Roten Khmer handelt, der die Bevölkerung der kambodschanischen Hauptstadt schützt, indem er einen Plünderer verhaftet. Heute taucht dieses Bild z.B. im „Stern" und in der „FAZ" wieder auf – als Beweis für „Neuen Terror"!
In der Tat – eine bemerkenswerte Berichterstattung!

Die, die von sich auf andere schließen

Greuelpropaganda, Marke CIA, gegen Kambodscha

Seit mehreren Wochen läuft die Hetzkampagne der imperialistischen Massenmedien (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) gegen die indochinesischen Völker wieder auf vollen Touren – wie zu Zeiten des Krieges. Vor allem gegen das befreite Kambodscha richten sich die Haßtiraden der bürgerlichen Meinungsmacher: „*Ein Steinzeit-Sozialismus der Khmer Rouge*" („SZ", 20.4.), „*Kambodscha unter dem Joch der Roten Khmer*" („FAZ", 28.4.) und „*Köpfe rollen für die Revolution*" („Stern", 29.4.) waren nur einige der Schlagzeilen.

Da wird gelogen, daß sich die Balken biegen: Die kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte hätten „*ganze Berufsgruppen liquidiert. Zuerst kamen Offiziere und Beamte an die Reihe, dann Lehrer und Intellektuelle, vor wenigen Wochen sogar Ärzte und Pflegepersonal*".

Ausgerottet werden sollen nach diesen Greuel-Stories alle Angehörigen der „Oberschicht" – und „*übrig bleiben sollen die Bauern, gesunde, kräftige Landarbeiter (!), Menschen, die jedem Befehl gehorchen (!), die keine Fragen stellen (!!)*" („Stern", ebenda).

Hier wird die rassistisch-faschistische Gesinnung und die nationale Überheblichkeit des „Stern"-Redakteurs (der sicherlich nicht zufällig Strasser heißt) enthüllt, aber nichts über die t a t s ä c h l i c h e n Verhältnisse im heutigen Kambodscha ausgesagt.

Arbeiter und Bauern sind im Weltbild dieser Schreiberlinge nur „kräftig" und dazu geboren, „jedem Befehl (zu) gehorchen." Daß diese Arbeiter und Bauern ihr Land von der barbarischsten Terrorherrschaft und zügellosten Ausbeutung durch den US-Imperialismus befreit haben – daß diese Arbeiter und Bauern heute die Herrschaft ihrer Klassen in Kambodscha aufzubauen begonnen haben und dabei die Staatsgeschäfte, die nationale und regionale Verwaltung des befreiten Landes in i h r e Hände genommen haben, wird wohlweislich verschwiegen.

Als in Indochina im allgemeinen und in Kambodscha im besonderen die US-Luftwaffe ihre tödliche Last in solchen Mengen abwarf, daß selbst die mörderischen Luftangriffe während des gesamten zweiten Weltkrieges noch übertroffen wurden, und dabei mehrere M i l l i o n e n Menschen (vor allem unter der Zivilbevölkerung) umkamen und weitere M i l l i o n e n grausam verstümmelt wurden, rechtfertigten dieselben Leute (die sich heute über gar nicht stattgefundene „Massaker" künstlich aufregen) dies als „Verteidigung der Freiheit".

Der Herr Strasser vom „Stern" „empört sich in seinen wohltemperierten Redaktionsräumen darüber, daß die kambodschanischen Werktätigen „*unter unvorstellbaren harten Bedingungen (schuften)*" müssen - und spricht von „*Zwangsarbeit*". Dieser Lumpenjournalist hat sogar die Stirn, die Tatsache, daß „*Ärzte und Medikamente ... in Kambodscha Mangelware (sind)*", den Roten Khmer anzulasten.

Wer hat denn eigentlich Kambodscha „*in die Steinzeit zurückgebombt*" (so ein amerikanischer General zu den Kriegszielen der USA in Indochina), so daß die hochentwickelten landwirtschaftlichen Kulturen, die gesamte Infrastruktur, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser dieses Landes weitgehend zerstört wurden? Niemand anders als die amerikanischen Imperialisten!
Und die in ihren Diensten stehenden – z.T. direkt vom CIA eingesetzten und bezahlten Politiker, Journalisten etc. – sind maßgeblich dafür mitverantwortlich zu machen.

Welcher „Quellen" sich Leute wie Strasser bei ihrer zügellosen Hetze gegen das kambodschanische Volk bedienen, mag an Folgendem verdeutlicht werden: Abgesehen von einigen nicht nachprüfbaren „Augenzeugenberichten" (von Kambodschanern, die ins faschistische Thailand geflohen sind!), bringt der „Stern" Bilder, die den „neuen Terror" belegen sollen.

1. Auf dem ersten Bild sieht man einen in der Hocke sitzenden Mann, der von zwei bewaffneten Soldaten und zwei Männern, die Hacken in ihren Händen halten (der eine hat seine Hacke geschultert), umringt wird. Der „Stern" behauptet zu diesem Bild frech, der Mann „*wird ...einfach mit der Hacke erschlagen*", weil er „*sich den Machthabern nicht beugt.*" Erstens ist auf dem Bild nichts davon zu sehen, daß der Mann tatsächlich „erschlagen" wird, und zweitens ist natürlich überhaupt nicht zu erkennen, um was für einen Mann es sich handelt (ob es sich z.B. um einen gefangenen Kriminellen, ein Mitglied der noch in Kambodscha herumziehenden konterrevolutionären Banden etc. handelt).

2. Das zweite Bild zeigt offenbar die Leiche eines Mannes. Der „Stern" erklärt zu diesem Bild: „*Zwangsarbeiter sterben an Krankheit, Hunger oder einfach an Erschöpfung..*" Wo und wann dieses Bild tatsächlich aufgenommen wurde, ist natürlich nicht ersichtlich. Das Bild kann genausogut noch aus dem Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus stammen...

3. Ein drittes Bild zeigt eine Gruppe arbeitender Bauern, im Hintergrund einen Soldaten, der sein Gewehr geschultert hat. Der Leser soll den Eindruck bekommen: hier „*schuften*" („Stern") „„*Zwangsarbeiter*", *bewacht von bewaffneten* „*Aufsehern*" („Stern"). Daß Khmer-Soldaten auf den Feldern anwesend sind, sowohl um mitzuhelfen, als auch um die Bauern zu b e s c h ü t z e n vor den Überfällen konterrevolutionärer Banden, von denen ja auch der „Stern" berichtet, wird nicht gesagt.

4., 5. und 6. Diese Bilder zeigen offenbar einen kranken Mann, der von seiner Familie umsorgt wird; eine Gruppe von Menschen bei der Essensausgabe und einer Gruppe von Kindern in einem von der örtlichen Verwaltung eingerichteten Kindergarten. Hierzu fallen dem „Stern" nur gehässige bemerkungen ein (wie, daß beim Essen gespart werde, „*weil die neuen Herren...Reisexport-Devisen erwarten*"!)'

Der „Stern" und andere Blätter haben keinen einzigen glaubhaften Beleg für ihre Behauptung, daß „in Kambodscha..im letzten Jahr Hunderttausende sterben (mußten)", daß „*die einstige Oberschicht des Landes..ausgerottet (ist)*" und die werktätige Bevölkerung „*zur Zwangsarbeit... getrieben*" wird.

Das sind entweder die Haßtiraden von ausgemachten Faschisten gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Welt – oder aber (und das ist wahrscheinlicher) Auftragsarbeit von skrupellosen Elementen für den CIA bei dessen Desinformationsstrategie!

Indochina-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Bei der Ausplünderung Indonesiens darf der BRD-Imperialismus nicht fehlen

„So besteht z.B. der Export (Indonesiens) in die BRD zu 98 % aus Rohstoffen, der Import zu 94 % aus Fertigwaren. Das Engagement des BRD-Imperialismus in Indonesien nahm seit dem Putsch sprunghaft zu, allein von 1973 auf 1974 stieg der Import aus Indonesien um 50 % und der Export um 75 %. Mit 22 Mio. US Dollar ist die BRD am Bau einer der größten Kupferminen der Welt beteiligt; dieses Projekt wurde vorzeitig im März 1973 fertiggestellt, um die Kupferblockade gegen Chile zu verstärken. In langfristigen Verträgen sicherte sich die BRD 33 % von dieser Kupferproduktion.

In der Stahlindustrie ist die BRD mit 128 Mio. US Dollar engagiert, es ist beabsichtigt, dies noch auf über eine Milliarde auszuweiten.

Die chemische Industrie der BRD beteiligt sich am Düngemittelgeschäft. Vor allem (die) Hoechst AG war als Lieferant dabei, als das Regime die Bauern, ob sie wollten oder nicht, zum Kauf von Düngemitteln zwang, deren Anwendung den armen Bauern in den meisten Fällen noch völlig unbekannt war; dementsprechend katastrophal waren die Erträge, so daß Indonesiens Abhängigkeit von ausländischen Nahrungsmittel-Einfuhren sogar noch zunahm.

Der BRD-Imperialismus, der die stabilen Ausbeutungverhältnisse seit der Errichtung der Diktatur in Indonesien begrüßt, unterstützt das Suharto-Regime auch militärisch; so wurde erst jüngst wieder bekannt, daß neben chilenischen Pinochet-Offizieren auch Suharto-Offiziere in der Bundeswehr ausgebildet werden. Eine Waffenfabrik in Indonesien, die das faschistische Militär mit Gewehren und Maschinenpistolen beliefert, baute die bundeseigene Firma F. Werner." (aus dem „Indonesien-Info" der Indonesien-Arbeitsgruppe Gießen, Oktober 1975).

Forts. von S. 38

Indonesien schreckt vor Völkermord nicht zurück

Nachdem die indonesischen Söldner militärisch in Ost-Timor nicht viel zu melden hatten, begannen sie damit, grausame Massaker unter der Zivilbevölkerung anzurichten. Nach Schätzungen indonesischer Genossen sollen Zehntausende in den letzten Monaten ermordet worden sein.

Der Ministerpräsident Ost-Timors, Nicolau Lobato, übermittelte hierzu folgende Botschaft nach Australien:

„Wo immer javanische Soldaten (indonesische Truppen) auf die Zivilbevölkerung treffen, schlachten sie sie ab, sogar Frauen, Kinder und alte Leute. In Dili und in verschiedenen Dörfern hungert die Bevölkerung, weil die javanischen Soldaten alles geplündert haben, einschließlich der Nahrungsmittel, die sie auf Schiffen wegbrachten. Die indonesischen Soldaten organisieren Parties, wo Frauen und kleine Mädchen gezwungen werden, völlig nackt zu tanzen und dann vergewaltigt werden."

Internationale Solidarität dringend notwendig

Das timoresische Volk kämpft heldenhaft gegen die faschistischen Eindringlinge aus Indonesien und hat große Erfolge erzielt.
Gen. Aranjo: „*Das ost-timoresische Volk steht zur Zeit einer großen Aggression gegenüber. Aber trotz fünfmonatiger Aggression kontrollieren unser Volk und unsere Streitkräfte den größten Teil des Landes.*

Unser Kampf ist nicht nur unserer. Es ist der Kampf der Völker der ganzen Welt – einschließlich des indonesischen Volkes. Wir sind fest davon überzeugt, daß unsere Befreiung für den Befreiungskampf des indonesischen Volkes eine große Unterstützung sein wird."

Das ist es, was die ganze faschistische Bande, die in dieser Region an der Macht ist, fürchtet (Indonesien, Malaysia, Philippinen). Nach den Siegen der Völker Indochinas im letzten Jahr wäre ein Staat inmitten der süd-ost-asiatischen Inseln, der sich seine Unterdrücker vom Halse geschafft hat, ein Pfahl im Fleische der Faschisten. Deshalb versucht Indonesien auch durch die gezielte Vernichtung der Ernten, das Volk auszuhungern, und verübt grausame Massaker unter der Bevölkerung.

Für das kleine Volk von Ost-Timor ist die internationale Solidarität äußerst wichtig, um den Kampf gegen die indonesischen Banden zu gewinnen. Die australischen Arbeiter haben die Telefone zwischen Australien und Indonesien lahmgelegt, indonesische Schiffe werden von den Hafenarbeitern boykottiert, Fleisch- und Viehexporte nach Indonesien wurden von den Arbeitern verhindert.

Die anti-imperialistischen Menschen in der BRD müssen auch den Kampf des ost-timorensischen Volkes um seine Selbstbestimmung stärker propagandistisch unterstützen. Neben der propagandistischen ist heute auch die direkte materielle Unterstützung der FRETILIN wichtig.
FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!
ALLE INDONESISCHEN TRUPPEN SOFORT RAUS AUS OST-TIMOR!

Anm.: Wesentliche Informationen und Zitate aus dem Ost-Timor-Info des „Ost-Timor-Solidaritätskomitees" und aus einem Interview des Wirtschaftsministers der Demokratischen Republik Ost-Timor, Abilio Araujo. Beide Publikationen sowie weitere Schriften (wie das Programm der FRETILIN) über den Befreiungskampf in Ost-Timor sind übers ARBEITERBUCH, Hamburg, zu beziehen.

Indochina-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg
Spendenkonto:
„Ost-Timor Solidarität"
Bezirkssparkasse Gießen
Konto Nr. 50 80 80
BLZ: 513 500 25

Vietnam:

Gemeinsame Wahlen in Nord und Süd

Am 25. April – ein Jahr nach der vollständigen Befreiung des Südens – fanden in beiden Teilen Vietnams gemeinsame Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Die Bevölkerung Südvietnams konnte damit zum ersten Mal in freien Wahlen über die Zukunft des Landes entscheiden.

Wie nicht anders zu erwarten, war die Wahlbeteiligung sehr hoch, ca. 99 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für die Kandidaten der „Vaterländischen Front" (im Norden) und der FNL sowie der Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte (im Süden) ab.

Für je 100.000 Einwohner wurde ein Delegierter gewählt, so daß die Nationalversammlung aus 492 Abgeordneten besteht (249 für den Norden und 243 für den Süden).

Die Wahlen wurden nach dem Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts durchgeführt.

„Alle Bürger ohne Unterschied ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihres religiösen Bekenntnisses, ihres Ausbildungsstandes, ihres Berufs, ihrer Wohndauer am Ort, sind ab dem 18. Lebensjahr Wähler und ab dem 21. Lebensjahr wählbar. Davon sind ausgenommen Geisteskranke und solche Personen, die ihre bürgerlichen Rechte durch das Gesetz oder eine gerichtliche Entscheidung verwirkt haben. Die Frauen erfreuen sich der selben Rechte wie die Männer. Die Mitglieder der Volksarmee haben dasselbe Recht zu wählen und gewählt zu werden wie jeder andere Staatsbürger." (1)

Daß sicher nicht nur Kandidaten der Lao Dong (Partei der Werktätigen Vietnams) zur Kandidatur standen, wie die „Süddeutsche Zeitung" behauptet, widerlegt das Blatt im selben Artikel:

„Eine Reihe führender Persönlichkeiten des besiegten Thieu-Regimes sind unter den 515 Kandidaten, nachdem sie erfolgreich ‚umerzogen' wurden. Rund 95 Prozent aller Soldaten und Beamten des alten Regimes sollen nach der Teilnahme an Umerziehungskursen jetzt wählen dürfen" („SZ", 24.4.76).

„Auf der anderen Seite hat die oberste Bonzin (Bonze = buddhistischer Würdenträger) *Huynh Lien (die im Süden für die Versammlung kandidiert) einen Appell für einen Zusammenschluß der Religionen am Busen eines vereinigten und sozialistischen Vietnam erlassen"* („Le Monde", 22.4.76).

Die Wiedervereinigung auf allen Gebieten vorantreiben!

Wichtigste Aufgabe der neuen Nationalversammlung wird es sein, die staatliche Wiedervereinigung des Nordens und des Südens voranzutreiben.

Auf dieser Basis kann dann die Vereinigung auf wirtschaftlichem, kulturellem und ideologischem Gebiet schrittweise vollzogen werden. Denn man darf eines nicht übersehen: Auch nach der vollständigen Befreiung des Südens gibt es neben wichtigen Gemeinsamkeiten, wie der Führung durch eine einzige marxistisch-leninistische Partei, noch sehr viele Unterschiede.

„In der Wirtschaft: Die Wirtschaft des Nordens setzt sich gegenwärtig hauptsächlich aus zwei Sektoren zusammen (staatlicher Sektor und kollektiver Sektor; die private Einzelwirtschaft ist verschwindend gering); die Wirtschaft des Südens kennt fünf Sektoren (staatlicher Sektor und kollektiver Sektor, staatlich-privater Mischsektor, kapitalistischer Privatsektor und Sektor individueller Tätigkeit.) Die Wirtschaft des Nordens ist geplant, die des Südens kennt dies erst in einem minimalen Umfang. Die nordvietnamesische Gesellschaft besteht jetzt aus der Arbeiterklasse, derjenigen der Genossenschaftsbauern und der der sozialistischen Intellektuellen. Im Süden gibt es gegenwärtig eine Arbeiterklasse, eine Bauernschaft, eine Kleinbourgeoisie, eine nationale Bourgeoisie, eine Kompradorenbourgeoisie und schließlich Reste der feudalen Großgrundbesitzer. Die Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie bilden einen sehr großen Teil der südvietnamesischen Gesellschaft.

Auf ideologischem und kulturellem Gebiet: Im Norden spielt der Marxismus-Leninismus, Gipfelpunkt des menschlichen Denkens, eine führende Rolle in der Gesellschaft. ...

Im Süden tragen die Gedanken der Partei und Ho Chi Minhs den Sieg davon; sie sind der Ursprung der großartigen Kampfeskraft der Kader und der Bevölkerung. Auf der anderen Seite spielen die bösartigen Handlungen des amerikanischen Neokolonialismus und der negative Einfluß der feudalen Ideologie noch eine starke Rolle auf ideologischem und kulturellem Gebiet." (1)

Fortsetzung auf Seite 40

Forts. von S. 39

Von diesen konkreten Bedingungen muß natürlich ausgegangen werden, wenn man heute an die Wiedervereinigung Vietnams geht. Dabei ist das Prinzip: *„Die Übereinstimmungen sind grundlegend und bestimmend, während die Unterschiede hur bedingt und kurzfristig sind."* (1)

Dabei ist derzeit die staatliche Vereinigung das Hauptkettenglied, da sie die Voraussetzungen für eine einheitliche Planung und Durchführung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der nationalen Verteidigung und der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande schafft.

Von daher sind die gemeinsamen Wahlen und die in der nächsten Zeit zu vollziehende staatliche Wiedervereinigung ein wichtiger Schritt voran zum Aufbau eines freien, unabhängigen, sozialistischen Vietnam.

Anmerkung (1): Die Zitate sind der Rede von Truong Chinh, Vorsitzendem des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der DRV, entnommen. (zitiert nach „Viet Nam Kultur und Befreiungskampf" 31/32, April/Mai 76). ●

Generäle fordern Rückkehr der US-Truppen!

Bereits sehr schnell nach der Bildung der neuen, äußerst reaktionären Koalitionsregierung in Thailand (siehe AK 78) wird ihre Politik deutlich.

Zum einen kündigte Ministerpräsident Seni Pramjoi an, daß die Aufforderung zum Abzug der Amerikaner überprüft werden soll. Daß diese Regierung nicht viel zu überprüfen braucht, ist klar – ihr Standpunkt zur Frage der US-Truppen ist klar. So sprach sich auch Verteidigungsminister General Tavich Seniwongse gegen den Abzug der USA aus. *„Der Minister machte geltend, die Sowjetunion wolle entsprechende Einrichtungen im benachbarten Laos aufbauen"* („Süddeutsche Zeitung", 28.4.76). Diese Zwecklüge soll offensichtlich die Begründung für die Rückkehr der USA abgeben.

Was diese Regierung allerdings wohl sehr genau überprüfen muß, ist die Frage, ob sie den kommenden Auseinandersetzungen über die Rückkehr der US-Truppen gewachsen sein dürfte – und dies ist allerdings sehr fraglich!

4. Fünfjahresplan – weitere Auspressung der Bevölkerung!

Inzwischen int auch der vierte Fünfjahresplan Thailands bekannt – er steht voll und ganz in einer Linie mit der reaktionären Politik der neuen Regierung. So liegen wesentliche Schwerpunkte in der Intensivierung der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen und in der Entwicklung der Infrastruktur hierfür. Die finanziellen Mittel sollen einerseits durch Kredite vom Ausland (wesentlich Japan und USA) bereitgestellt werden. Zum anderen soll die Bevölkerung weiter geschröpft werden. So sollen in Zukunft eine ganze Reihe von Provinzen ihre Entwicklungsprojekte weitgehend selber finanzieren. *„Provinzen, deren Steuereintreibung bisher unzureichend war, müßten deshalb ihr Steueraufkommen beträchtlich erhöhen"* („Neue Züricher Zeitung", 2.4.76). Wie in kapitalistischen Staaten das Steueraufkommen erhöht wird, ist bekannt – durch höhere Abgaben der arbeitenden Menschen.

Bereits hieran wird deutlich, daß die neue thailändische Regierung nicht nur einen reaktionären Kurs in der Außenpolitik zu steuern gedenkt, sondern das gleiche in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzieht! ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Massendemonstrationen zum 1. Mai in Japan!



An den Maidemonstrationen in Japan nahmen trotz schlechten Wetters etwa eine Million Menschen teil („International Herald Tribune", 3.5.76). Allein in Tokyo demonstrierten nach Organisationsberichten 180.000 Menschen – Fernsehberichte schätzten gar 280.000 Demonstranten („Asahi Shinbum", Abendausgabe vom 1.5.76).

Im Vordergrund standen politische Forderungen: Vollständige Aufklärung des Lockhead Bestechungs-Skandals (der bis in die höchsten Regierungsspitzen hineinreicht und schon wiederholt zu Massendemonstrationen und -aktionen in Japan geführt hat) und Rücktritt des reaktionären Premiers Takeo Miki!

Auf der Maikundgebung in Tokyo sagte ein Vertreter der Sohyo-Gewerkschaft:

„Die japanische Arbeiterklasse muß die Miki-LPD-Regierung stürzen und im Wahlkampf siegen. Der gemeinsame Kampf, der das Leben des Arbeitervolkes in Japan zu einer Vorrangstellung erheben (revolutionieren) wird, soll die Grußadresse der japanischen Arbeiterklasse aus dem monopolistischen Japan an die Arbeiter der ganzen Welt sein". („Asahi Shinbum", ebenda). ●

Japan-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Die Proteste gegen die Korruptionspraktiken der herrschenden Klasse und Parteien Japans spielten auf allen 1. Mai-Demonstrationen eine große Rolle (hier eine Darstellung zum Lockhead-Skandal)



Arbeiterfrauen demonstrieren am 1. Mai gegen die kriminelle Umweltverschmutzung durch Nippon Chemical Industrial Co. Ltd. Die auf den Plakaten abgebildeten Männer (die Ehemänner der Frauen) wurden Opfer von Vergiftungen.

Iranische Studenten in Indien verhaftet!

Wir drucken im folgenden ein Pressekommuniqué des Vorstandes der Conföderation der Iranischen Studenten (CISNU) zu der Verhaftung von 200 iranischen Studenten in Indien ab. Wegen dieser Massenverhaftung ist es in mehreren „westlichen" Hauptstädten zu Protestaktionen gekommen.

Wie bereits in verschiedenen Medien berichtet wurde, sind in Indien 200 iranische Studenten, bei einer Demonstration gegen das faschistische Schah-Regime und zugleich gegen die Festnahme einer ihrer Kommilitonen durch die indischen Behörden, inhaftiert worden. Diese Proteste fanden in den Städten Puna, Ludiana und Neu Dehli statt.

Diese Proteste fanden in den Städten Puna, Ludiana und Neu Dehli statt.

Nach neuesten Informationen der CISNU, sind am Montag dem 26.4.76 mehrere Hundertschaften Polizei in das Zentralgefängnis von Neu Delhi eingedrungen und griffen mit Tränengas und Schlagstöcken die Studenten an. Dabei wurden mehrere Studenten verletzt, einem sei sogar der Kiefer gebrochen worden, so daß er zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Daraufhin seien außer sechs Studenten, die im Zentralgefängnis von Neu Delhi blieben, alle anderen nach unbekannten Orten verschleppt worden.

Nach neuesten Informationen sind 88 dieser Studenten freigelassen worden. Es wird jedoch befürchtet, daß die indische Regierung die sechs als „Rädelsführer" bezeichnete Studenten ausweisen wird.

Die indischen Behörden teilten unseren Kommilitonen mit, daß der Einsatz auf Wunsch der iranischen Botschaft geschah.

Wir protestieren schärfstens gegen diese Willkürmaßnahmen der indischen Behörden und zugleich gegen ihre Handlagerdienste, die sie im Auftrag des faschistischen Schah-Regime gegen iranische Oppositionelle anwendet.

WIR FORDERN SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN STUDENTEN ●

Laos: Sabotageaktionen durch in- und ausländische Reaktionäre

In den letzten Wochen mehren sich Berichte über Sabotageaktionen in der Volksrepublik Laos.

Die Banditen, die vornehmlich mit Sprengstoffanschlägen auf Brücken und andere Verkehrswege versuchen, den Aufbau der jungen Volksrepublik zu sabotieren, firmieren unter Namen wie *„Antikommunistische Laotische Volksfront"*, *„Komitee für die Rückeroberung der Nation, der Religion und des Throns"* oder *„Revolutionäre Volksfront für die nationale Befreiung"* („Neue Zürcher Zeitung", 12.3.76).

Sie bestehen zum großen Teil aus Angehörigen des Meo-Stammes, die vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt werden.

Im Süden des Landes, der an Thailand grenzt, sind ebenfalls starke reaktionäre Aktivitäten festzustellen.

Dabei kommt ihnen die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes zugute.

- So hatte Thailand von Anfang November bis Anfang Januar die Grenze zu Laos blockiert und damit eine schwere Finanzkrise ausgelöst.
- Viele Kapitalisten haben ihre Fabriken stillgelegt.

Weiter wirkt sich die geographische Situation positiv für die reaktionären Rebellen aus. So hat Laos bei einer Fläche, die 2/3 so groß wie die Vietnams ist, nur ca. 1/14 der Bevölkerung des Nachbarstaates. Die Hauptstadt Vientiane liegt am Mekong, der die Grenze zu Thailand bildet. Das erleichtert den Reaktionären, die vielfach in Thailand Unterschlupf gefunden haben, ebenfalls das Einsickern nach Laos.

Die laotischen Reaktionäre und Faschisten werden von der thailändischen Regierung relativ offen unterstützt. Von Zeit zu Zeit greifen thailändische Truppen selbst aktiv in die Kämpfe ein.

So schreibt die „Neue Zürcher Zeitung", es seien *„bei einem laotisch-thailändischen Grenzzwischenfall ein Thai-Soldat getötet und mehrere verletzt worden. Der Zwischenfall sei von den Thailändern provoziert worden, die drei Kriegsschiffe in die laotischen Mekong-Gewässer entsandt hätten"* („NZZ", 31.3.76).

Am 12. März warfen antikommunistische Banditen Handgranaten gegen die sowjetische Botschaft und verletzten vier Botschaftsangehörige.

Doch die Regierung der VR Laos sieht diesem Terror nicht tatenlos zu.

So meldete Radio Vientiane, daß ein amerikanischer Spionagering zerschlagen wurde und sechs CIA-Agenten festgenommen wurden, die Sabotageaktionen geplant hätten (nach „Süddeutsche Zeitung", 27.4.76).

Sechs der Verantwortlichen für den Anschlag auf die sowjetische Botschaft wurden zum Tode verurteilt, sechs weitere zu hohen Freiheitsstrafen. Drei von ihnen – ein General und zwei weitere Offiziere des früheren Regimes – hatten sich rechtzeitig nach Thailand abgesetzt.

Ein großer Teil der bekannten Saboteure sitzt natürlich schon seit einiger Zeit hinter Schloß und Riegel.

Als 500 von ihnen Anfang vorletzter Woche aus einem Gefängnis in der Nähe Vientianes ausbrachen und mindestens zehn der Wachen töteten, wurden etwa 100 von ihnen erschossen. Der Rest flüchtete nach Thailand. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Philippinische Guerilleros führten militärische Aktion erfolgreich durch!

In ihrem schon mehrere Jahre andauernden Kampf gegen das Militär erlangten philippinische Guerilleros einen großen militärischen Sieg. Die philippinischen Streikräfte mußten eine ihrer schwersten Niederlagen einstecken. Auf der Insel Jolo (Südphilippinen) wurde eine Armeeeinheit von Guerilleros angegriffen. 24 Söldner, darunter zwei Offiziere wurden getötet! Noch am selben Tag wurde an anderer Stelle dieser Insel eine weitere Armeeinheit angegriffen, wobei *„die regulären Soldaten angeblich keine Verluste (erlitten)"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.4.76). ●



lateinamerika aktuell

Lateinamerika - fast eine einzige Kaserne

Mit der faschistischen Machtübernahme in Argentinien wurde eine der letzten bürgerlichen Demokratien Lateinamerikas beseitigt. Außer wenigen Ausnahmen wird fast ganz Lateinamerika von faschistischen, dem US-Imperialismus hörigen Diktaturen beherrscht, darunter die größten Länder. Diese Situation erschwert den Kampf der Revolutionäre und der Arbeiter und Bauern in den einzelnen Ländern und die gegenseitige Unterstützung der lateinamerikanischen Befreiungsorganisationen. Über Argentinien wurde z.B. ein wesentlicher Teil der internationalen Chile-Solidarität abgewickelt, was seit dem Militärputsch erheblich schwieriger geworden ist.

Hier ein kurzer Überblick über die Situation in Lateinamerika:

Faschistische Diktaturen und reaktionäre Regimes

Argentinien

Am 24.3.76 lösten die argentinischen Militärs – lange vorbereitet und erwartet – die peronistische Regierung unter Isabel Peron ab. Der immer wieder beschworene „unblutige und besonnene" Charakter der Militärjunta entlarvt sich – sogar in der bürgerlichen Presse – zunehmend: Militäreinsätze gegen Betriebe, öffentliche Verbrennung marxistischer Literatur, 8.000 politische Gefangene, Folter und Terror der von den Militärs unterstützten faschistischen Banden, eine breitangelegte Hetzjagd gegen alle lateinamerikanischen politischen Flüchtlinge, das ist der Alltag in Argentinien, den die faschistische Junta geschaffen hat (vgl. AK 77 und 78).

der Alltag in Argentinien, den die faschistische Junta geschaffen hat (vgl. AK 77 und 78).

Bolivien

Bolivien

1971 stürzten putschende Militärs die Regierung des Präsidenten Torres. Dieser hatte – wenn auch sehr zaghaft und halbherzig – begonnen, die Privilegien der US-Konzerne abzubauen und den Arbeitern und Bauern mehr Rechte zuzugestehen. Der bewaffnete Widerstand der bolivianischen Werktätigen mit den Bergleuten an der Spitze gegen den Putsch wurde brutal unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Oberst Banzer errichtet. Banzer hält sich bis heute durch blutige Repression gegen die Kämpfe der Arbeiter und Bauern an der Macht. Die ELN (Nationale Befreiungsarmee), eine der wesentlichen Guerillaorganisationen Boliviens, hat mit der Gründung der politischen Partei PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei Boliviens) einen wichtigen Schritt zur Schaffung der politischen Vorhut der Arbeiterbewegung und des Volkswiderstandes gemacht. PRT/ELN Bolivien gehören der Revolutionären Koordinationsjunta Lateinamerikas (JCR) an (vergl. AK 71 und 73 Lateinamerika aktuell).

Brasilien

1964 wurde der brasilianische Präsident Goulart durch reaktionäre Militärs gestürzt. Er hatte die Interessen des US-Kapiatls angetastet und eine Bodenreform vorbereitet. Brasilien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika eine Schlüsselstellung ein und ist heute das stärkste Bollwerk der Konterrevolution auf dem Kontinent. Diese Rolle Brasiliens hat Kissinger bei seiner Lateinamerikareise Anfang des Jahres bestätigt und gestärkt. Die vom jetzigen Präsidenten Geisel versprochene Demokratisierung fand nicht statt, vielmehr nimmt der Terror – auch gegen bürgerliche Oppositionelle – weiter zu. Die BRD ist nach den USA der wichtigste ökonomische und politische „Partner" dieses faschistischen Regimes.

Chile

Seit dem 11. September 1973 herrscht in Chile der faschistische Henker Pinochet. Trotz der brutalsten und blutigsten Unterdrückung nimmt der Volkswiderstand und die Stärke der Revolutionäre des MIR zu. Im Rahmen der internationalen Solidarität mit dem chilenischen Widerstand läuft zur Zeit eine Spendensammlung für den MIR und eine Solidaritätskampagne für Edgardo Enriquez (Bruder des Generalsekretärs des MIR, Miguel Enriquez, der im Kampf von den Faschisten ermordet wurde), der im April in Argentinien verhaftet wurde und über dessen Schicksal die argentinischen Militärs nichts bekannt gegeben haben.

Dominikanische Republik

1963 stürzten reaktionäre Militärs den Präsidenten Juan Bosch. Als es ihnen nicht gelang ihre Regierung zu stabilisieren, fielen 1964 die US-Imperialisten mit 42.000 Soldaten über das Land her und zerschlugen den bewaffneten Volkswiderstand gegen die Diktatur.

El Salvador

Im März 1972 übernahm der jetzige Präsident Molina in einem blutigen Militärputsch die Macht. Massenverhaftungen von Linken, Verbot politischer Betätigung (außer für Faschisten) und Morde durch faschistische Banden, die von Regierung und Presse unterstützt werden, sind seitdem an der Tagesordnung (vergl. AK 73).

El Salvador

Im März 1972 übernahm der jetzige Präsident Molina in einem blu-

Ekuador

Im Januar dieses Jahres wurde der Präsident Rodriguez Lara, der 1972 selber durch einen Putsch an die Macht gekommen war, von putschenden Militärs gestürzt. Ekuador ist für die Imperialisten eines der bedeutendsten Erdölländer. Der reaktionäre Putsch vom Januar wurde durchgeführt, weil die Regierung Lara vorsichtige Nationalisierungsbestrebungen unter anderem gegen das nordamerikanische Konsortium Texaco/Gulf begonnen hatte und nicht entschieden genug gegen die wachsende Bewegung der Arbeiter, Studenten und Bauern vorgegangen war (vergl. AK 67 und 72).

Guatemala

1954 wurde die Regierung des Oberst Arbenz, der dem sogenannten sozialreformerischen Flügel der Armee angehörte, durch faschistische Militärs mit Hilfe der USA gestürzt. Seitdem haben die Militärs oder von ihnen vorgeschobene zivile Marionetten die Macht im Land und üben eine grausame Unterdrückung aus. Mitglieder linker Organisationen, wie der revisionistischen „Partei der Arbeit Guatemalas", werden gefoltert und ermordet, gegen Demonstrationen gehen die Sicherheitskräfte bewaffnet und mit Massenverhaftungen vor (vergl. AK 72).

grausame Unterdrückung aus. Mitglieder linker Organisationen, wie der revisionistischen „Partei der Arbeit





Haiti

1947 ergriff Duvalier mit US-Unterstützung die Macht. Seitdem herrscht dort ein blutiges Feudalregime,das in nichts Chile nachsteht.

Paraguay

Seit 1954 hält der (deutschstämmige) General Alfredo Strössner seine faschistische Diktatur aufrecht. Das Land befindet sich in völliger Abhängigkeit von den USA und Brasilien, seit über 20 Jahren wird jegliche Opposition blutig unterdrückt.

Uruguay

Seit 1973 haben in der ehemals sogenannten „Schweiz Lateinamerikas" die faschistischen Militärs die Macht schrittweise und ohne spektakuläre Putschmaßnahmen übernommen. Der immer noch amtierende zivile Präsident Bordaberry ist nichts als eine vorgeschobene Gallions-Figur. Uruguay ist im Verhältnis zu seiner Größe das Land mit den meisten politischen Gefangenen und KZ's der Welt. Hunderttausende wandern jährlich wegen der sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen und der politischen Unterdrükkung aus dem Land aus. Uruguay steht in Bezug auf grausamste Foltermethoden, Massenverhaftungen und Ermordung politischer Gefangener dem Chile Pinochets in nichts nach (vergl. AK 77).

Nikaragua

Seit 1936 wird das Land von dem Familienchlan Somoza beherrscht, dessen einziges Ziel die eigene Bereicherung und die blutige Unterdrückung des Volkes ist. Selbst das Erdbeben von 1972, bei dem die Hauptstadt Managua fast völlig zerstört wurde, nutzte diese Mafia zu ihrem persönlichen Vorteil: Internationale Hilfssendungen wurden unterschlagen, während Polizei und Militär den Befehl erhielten, auf Plünderer, d.h. auf die hungernde und obdachlose Bevölkerung, ohne Vorwarnung zu schießen. Der wachsende Widerstand gegen diesen Clan drückt sich unter anderem in den zunehmenden Aktionen der Sandinistischen Befreiungsfront (FSNL) aus, die 1974 durch die Geiselnahme zahlreicher „hochgestellter Persönlichkeiten" unter dem Jubel der Bevölkerung eine ganze Reihe Genossen aus dem Gefängnis befreien konnten (vergl. DIE INTERNATIONALE, Nr. 18).

Noch nicht faschistische Länder

Noch nicht faschistische Länder

Costa Rica

listen als undurchführbar (vergl. AK 79 INTERNATIONALE 17)

Costa Rica

Costa Rica ist eines der wenigen Länder, das heute noch politisch Verfolgten in Lateinamerika Schutz bietet. Die Botschaft Costa Ricas in Chile hat z.B. trotz Drohungen und Angriffen von Seiten der Faschisten flüchtende MIR-Genossen aufgenommen und ihre Ausreise ins Ausland ermöglicht. Costa Ricas Regierungssystem entspricht etwa dem Muster der westlichen bürgerlichen Demokratien. Allerdings kündigte die Regierung kürzlich an, sie beabsichtige die Ausweisung der 3.500 Chilenen (!). (Vgl. AK 77) Das beweist, daß der Druck des Imperialismus auf Costa Rica zunimmt.

Kolumbien

In Kolumbien wechseln sich seit über 20 Jahren die beiden führenden Parteien, die beide die Oberschicht vertreten, in der Regierung ab. Wahlergebnisse dienen nur dazu, den Proporz der Abgeordneten im Parlament und in der Verwaltung festzulegen. Der augenblickliche Präsident, Lopez Michelsen, Vertreter der „liberalen" Partei, hat Mitte vorigen Jahres den Ausnahmezustand über das Land verhängt und die Militärs mit besonderen Vollmachten ausgestattet, die zur blutigen Unterdrükkung der zunehmenden Streiks, Demonstrationen und der Guerilla dienen. Nach einem Gesetz ist die Teilnahme an Demonstrationen, Propagandatätigkeit oder andere poltische Aktivität verboten. Faschistische Terrororganisationen, wie die AAA in Argentinien, ermorden Linke und brüsten sich äffentlich damit. Alles deutet darauf hin, daß in Kolumbien eine ähnliche Entwicklung wie in Uruguay – die schrittweise Einführung der faschistischen Diktatur durch die Militärs – vollzogen wird (vergl. u. a. AK 71 und 73 und in diesem AK).

Mexiko

In Mexiko regiert seit über 50 Jahren die PRI (Institutionalisierte Revolutionspartei), die es nach und nach geschafft hat, die Errungenschaften der (bürgerlichen) Bauernrevolution von 1910 vollständig zu liquidieren. Die Landreform findet faktisch nicht mehr statt, Bauern, die sich ihr Land selbständig nehmen, werden von Polizei und Militär verfolgt und bekämpft. Das angebliche Streben des Präsidenten Echeverria nach mehr Unabhängigkeit von den USA erweist sich immer mehr als Demagogie oder wegen des Drucks von Seiten der US-Imperialisten als undurchführbar (vergl. AK 79, INTERNATIONALE 17).

Panama

Der amtierende Präsident General Omar Torrijos hat sich in den 60iger Jahren einen Namen gemacht durch seine führende Beteiligung an der Zerschlagung der Guerilla, die bewaffnet für die Befreiung der Panama-Kanalzone von den USA kämpften. Torrijos tritt zwar in Worten radikal für die Souveränität der Kanalzone und für Unabhängigkeit von den USA ein, weicht aber tatsächlich immer mehr vor dem Druck der Imperialisten zurück. Erst im April wurde die Regierung umgebildet und mehrere extrem konservative Minister ins Kabinett aufgenommen (vergl. AK 79).

Peru

1968 begannen die Militärs die „peruanische Revolution". Mit verschiedenen Reformgesetzen enteigneten sie US-Kupfer- und Bergbau-Konzerne, führten Landwirtschaftsgenossenschaften und soziale Verbesserungen für die Bevölkerung ein. Die „peruanische Revolution" ist aber allein auf die Modernisierung des Kapitalismus, und nicht auf seine Beseitigung ausgerichtet, entsprechend stößt das peruanische Modell allmählich an seine Grenzen. Der neue Präsident, der sich im Herbst '75 durch einen Putsch an die Spitze der Regierung setzte, betreibt erneut eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und schränkt die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes ein. Polizei- und Militäreinsätze gegen streikende Arbeiter oder Bauern, die Land besetzen, und auch Angriffe gegen fortschrittliche Zeitungen (wie die „Marka") nehmen zu (vergl. DIE INTERNATIONALE, Nr. 18).

Venezuela

Nachdem die starke venezolanische Guerilla in den 60iger Jahren brutal niedergeschlagen wurde, präsentiert sich Venezuela gern als „Musterdemokratie". Tatsächlich hat der Großteil der Bevölkerung bislang in keiner Weise von den wachsenden Öleinnahmen profitiert, jeder zweite Venezolaner ist arbeitslos, die Elendsviertel in den Städten werden immer größer. Anläßlich des Kissingerbesuchs in Caracas Anfang des Jahres zeigte der Staatsapparat seinen „demokratischen" Charakter. Mehrere Demonstranten, die gegen den Kissingerbesuch protestierten, wurden von Polizisten erschossen. ●

Lateinamerikakommission

Chile: Junta ermordet die Familie von Dagoberto Perez!

Der Genosse Dagoberto Perez Varga, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, kam bekanntlich bei einem Gefecht mit der faschistischen Geheimpolizei DINA im Oktober letzten Jahres ums Leben. Die Junta verfolgte aber nicht nur ihn, sondern seine gesamten Familienangehörigen: schon vor Dagoberto s Tod wurden im September 1974 die beiden Brüder Carlos und Aldo Gonzalo Perez verhaftet und gelten seitdem als „verschwunden". Vor kurzem erfolgte die Festnahme von Marie Leichle Vargas und ihrer zwei minderjährigen Söhne durch die DINA.

Weiterhin wurden die Geschwister von Dagoberto, Fernando und Mireya Perez, bei einer Polizeiaktion im Bezirk „La Florida" bei Santiago hinterhältig ermordet.

Die Mutter von Dagoberto Perez, Maria Olivia Perez, 55 Jahre alt, Lehrerin, Mutter von fünf Kindern, wurde vor kurzem ebenfalls von der Junta verhaftet. Die Mutter hatte in einem längeren Anklagebrief an die UNO gegen die Mißhandlungen und die Verhaftung bzw. Ermordung ihrer Söhne protestiert. Das „Verbrechen" aller bestand darin, daß ein Mitglied der Familie zur Leitung des MIR gehörte!

(Informationen nach: „Chile-Dokumentation", Mai 1976, MIR). ●

Lateinamerika-Kommission

Wie immer: CDU an der Seite der Faschisten!

Der CDU'ler Gewand wurde von der spanischen Zeitung „Cambia 16" am Rande der nationalen Versammlung der Christdemokraten in Madrid (UDE) gesehen und interviewt. „Cambia" berichtet, daß der Abgeordnete Gewand bereits 1964 große Summen nach Chile brachte, die Frei an die Macht verhelfen sollten. Auch für Pinochet hat er einiges übrig gehabt. So habe er Pinochet das Eintreffen von Investitionen zugesichert, da in Chile die notwendigen Garantien für das Auslandskapital wieder geschaffen seien. „Cambia" fragt dann: *„Wenn Sie jetzt auswählen müßten zwischen dem Regime der Volkseinheit und dem heutigen Chile, für welches würden Sie sich entscheiden?"* Gewand: *„Nie für die Unidad Popular"* ... aber wen wundert das noch???

(aus „CAMBIA 16", Nr. 222) ●

Lateinamerika-Kommission

Immer noch keine Einstellung von Maro Duran Vidal

Der chilenische Sozialwissenschaftler Mario Duran Vidal wartet seit April '74 darauf, die ihm an der Koblenzer Universität angebotene Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent anzunehmen. Das Kultusministerium in Baden-Württemberg lehnte ihn mit dem Hinweis, daß Vidal ein Sicherheitsrisiko darstelle, *„das der deutschen Bevölkerung nicht zugemutet werden könne"*, ab. Nachdem bereits Proteste vpn verschiedenster Seite erfolgten, sah sich jetzt auch der DGB-Kreisvorstand Koblenz verpflichtet, dagegen zu protestieren. ●

Lateinamerika-Kommission

Angriffe der Junta gegen die „KP"

Am 29.März ist der stellvertretende Generalsekretär der „Kommunistischen Jugend" Chiles – der Jugendorganisation der revisionistischen „KP" – Jose Weibel, von der Junta verhaftet und verschleppt worden („Neues Deutschland", 14.4.76).

Gleichzeitig steht der Generalsekretär der chilenischen „KP", Luis Corvalan, wegen „Subversion", „Verrat am Vaterland" und wegen „illegalen Waffenbesitzes" vor Gericht. Corvalan befand sich seit dem Putsch in Haft.

(„Neue Zürcher Zeitung", 28.4.76). ●

Lateinamerika-Kommission

8000 politische Häftlinge, Folter und Repression in Argentinien

Am 15. April wurde der Schweizer Journalist Luc Banderet auf dem Flughafen von Buenos Aires verhaftet. Man beschuldigte ihn, daß er 30.000 Dollar, die er bei seiner Verhaftung bei sich trug, nach Chile (!) „schmuggeln" wollte („Neue Züricher Zeitung", „NZZ", 21.4.76). Inzwischen wurde Banderet wegen „Aktivitäten gegen die Staatssicherheit" aus Argentinien ausgewiesen („NZZ", 29.4.). Bei seiner Rückkehr in die Schweiz gab Banderet an, daß er nach seiner Verhaftung 50 Stunden mit verbundenen Augen in einer überfüllten Zelle gefangen gehalten wurde. Er sei geschlagen, aber nicht gefoltert worden. Er habe insgesamt eine bevorzugte (!) Behandlung genossen, daß argentinische und andere lateinamerikanische Häftlinge „in den meisten Fällen sehr hart gefoltert würden".

Insgesamt seien seit dem Putsch bereits unzählige Chilenen und andere politische Flüchtlinge festgenommen worden; allein der Status des politischen Flüchtlings genüge, um verhaftet zu werden („NZZ", 4.5.76).

Nach den Angaben eines britischen Ehepaares, das wegen Unterstützung chilenischer Flüchtlinge fünf Monate in Argentinien in Haft war und jetzt abgeschoben wurde, beläuft sich die Zahl der politischen Gefangenen in Argentinien auf mindestens 8.000 („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 5.5.76).

Nachdem der neue militärische Provinzgouverneur von Cordoba bereits Anfang April zur Verbrennung marxistischer Literatur aufgerufen hatte, fanden jetzt die ersten Bücherverbrennungen statt. Auf einem Militärstützpunkt in Cordoba wurden Tausende von Büchern über Karl Marx, Che Guevara und andere Bücher marxistischen Inhalts, die bei Razzien beschlagnahmt worden waren, verbrannt. Die faschistische Junta erklärte dazu in einem Kommunique: Durch die Bücherverbrennungen solle verhindert werden, *„daß die argentinische Jugend künftig über das echte Kulturgut Argentiniens, das sich auf die nationalen Symbole, die Familie und die Kirche stützt, irregeführt wird"* („NZZ", 2./3.5.76).

Der gesamten argentinischen Presse wurden inzwischen strenge Zensurrichtlinien auferlegt: Es ist streng verboten, über sogenannte „terroristische" oder „subversive Umtriebe" zu berichten. Unter die Zensur fallen ebenfalls Berichte über „das Auffinden von Mordopfern", über „den Tod subversiver Elemente oder von Mitglieder der Streit- bzw. der Sicherheitskräfte" („NZZ", 27.4. und „Frankfurter Rundschau", „FR", 26.4.).

Die Junta will damit den Terror der faschistischen Banden, dem schon Hunderte von Linken seit dem Putsch zum Opfer gefallen sind, verschleiern und zugleich den ungebrochenen Kampf der Guerilla totschweigen. ●

Lateinamerika-Kommission

Auszüge aus einer Erklärung der PRT/ERP nach dem Militärputsch

„... Kriegsgerichte, Todesstrafen, Auflösung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, Militarisierung der Arbeiter in der neuen Diktatur. Diese Militärs, nach Kasernenregeln im Jordan des Blutes gereinigt und die Veteranen des interamerikanischen Sicherheitssystems, das vom Pentagon befehligt wird, kündigen weder soziale noch ökonomische Maßnahmen an. Sie bedeuten nur mehr Repression angesichts der kolossalen Probleme eines unterdrückten Volkes, angesichts einer Million Arbeitsloser und einer Million Unterbeschäftigter (bei insgesamt 10 Mio. Erwerbstätigen), angesichts eines Mindestlohnes, der heute 15 Dollar wert ist und einer Inflation von mehr als 1 % täglich ... Alle kapitalistischen Pläne, die die Militärs anwenden können, beruhen auf der Überausbeutung der Massen und der Übergabe unserer Wirtschaft an das Großkapital und den gefräßige Imperialismus. Aber diese Pläne lassen sich Großkapital und den gefräßigen Imperialismus nicht verwirklichen, weil das argentinische Volk nein zur Ausbeutung, Unterdrückung und zum Ausverkauf an den Imperialismus sagt und seinen bewaffneten und nicht bewaffneten, legalen und illegalen, friedlichen und gewaltsamen Widerstand vervielfachen wird ... Vor mehr als einem Jahr hat das Unterdrückerheer in Tucuman eine Antiguerillaoperation eingeleitet, um die Landguerilla der ERP zu liquidieren. Jetzt wurde in Tucuman mit dem Beginn der Operation einer anderen Landkompanie der ERP eine zweite Front eröffnet. Weit davon entfernt, liquidiert zu sein, wie der Feind vorgibt, haben die revolutionären Streitkräfte als Ergebnis der Opfer und der Kampfbereitschaft des argentinischen Volkes einen weiteren Schritt in ihrer Entfaltung getan.

Heute stellt sich uns in verschärfter Form das Problem der Einheit der revolutionären Kräfte und der Einheit des ganzen Volkes. Dies ist die Stunde, mit dem massiven Widerstand gegen den Staatsstreich zu beginnen, ein Widerstand, der graduell und langanhaltend sein wird, sich vom Kleinen zum Großen ausdehnen wird; in einem Prozeß, der Jahre dauern und in dem der revolutionäre Krieg den Charakter eines Volkskrieges der Massen annehmen wird.'

Solidarität mit dem Arbeiter- und Volkswiderstand in Argentinien!
Ablehnung und Isolierung der Militärdiktatur!
Keine Todesstrafen gegen das Volk!
Für die lateinamerikanische sozialistische Arbeiterrevolution! ●

25.3.76

Europavertretung der PRT

Faschisten exkommuniziert

Der Bischof von Aysen, einer Provinz im Süden Chiles, hat Faschisten aus seiner Diözese exkommuniziert, die ein 500 Seiten umfassendes Buch gegen jede demokratische Regung in der Kirche verfaßt haben. In dieser Schmierschrift werden die Bischöfe insgesamt (!) als Marxisten bezeichnet, die heute Angriffsspitze der Linken in Chile geworden seien. Die Autoren gehören der faschistischen „TEP" („Tradition, Familie, Privateigentum") an. Sie fordern am Schluß dieses Pamphlets die chilenischen Christen auf, aktiven Widerstand gegen die Bischöfe und Priester zu leisten.

(„Frankfurter Rundschau", 27.4. 1976). ●

Lateinamerika-Kommission

Protest gegen OAS-Tagung in Chile

In einigen lateinamerikanischen Staaten (Mexiko, Peru) häufen sich Proteste gegen die Durchführung einer Konferenz der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in Santiago de Chile. Provokatorischerweise soll diese Konferenz im Stabsquartier der faschistischen Junta stattfinden. Der Ort wurde bewußt ausgewählt, um die chilenische Junta außenpolitisch aufzuwerten.

(„Neues Deutschland", 21.4.) ●

Lateinamerika-Kommission

Cuba: Treffen von cubanischen und afrikanischen Frauenverbänden



Cubanerin: Ihre Vorfahren kamen als Sklaven von Afrika nach Cuba

Leitungsgenossinnen der angolanischen Frauenbewegung OMA trafen in Cuba mit der Vorsitzenden der cubanischen Frauenorganisation (FMC) Vilma Espin und mit F. Castro zusammen. In einigen Gesprächen wurde ein konkretes Programm für die weitere Zusammenarbeit der beiden Schwesterorganisationen ausgearbeitet. Ein Punkt daraus: Die Entsendung von kubanischen Krankenschwestern nach Angola, die beim Aufbau der Volksmacht mithelfen sollen.

Gleichzeitig fanden Gespräche der FMC mit der Frauenbewegung der Volksrepublik Congo statt, wobei in erster Linie Erfahrungen in der konkreten Frauenarbeit ausgetauscht wurden.

(„Granma", 17/76) ●

Lateinamerika-Kommission

Uruguay: Die Krise nimmt zu ...

Die „Granma" 17/76 veröffentlichte Zahlen über die verschärfte Krise. Die Zahlen sind zum Teil bürgerlichen Zeitungen Lateinamerikas und offiziellen Angaben des Bordaberry-Regimes entnommen. Das heißt, daß man getrost Prozente hinzurechnen kann:

Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres stiegen die Preise um weitere 5 % (Prensa Latina). Über 1975 schwanken die Angaben verschiedener bürgerlicher Quellen zwischen 12 % und 30 %!

Die nationale Währungseinheit Uruguays wurde ständig entwertet, seit dem Antritt der Faschistenregierung 1972 ganze zwölf Mal!

In der mexikanischen und anderen Botschaften haben in den letzten Wochen zahlreiche Menschen um Asyl gebeten. Das mußte sogar das uruguayische Außenministerium zugeben.

Lateinamerika-Kommission

Trainingslager der USA

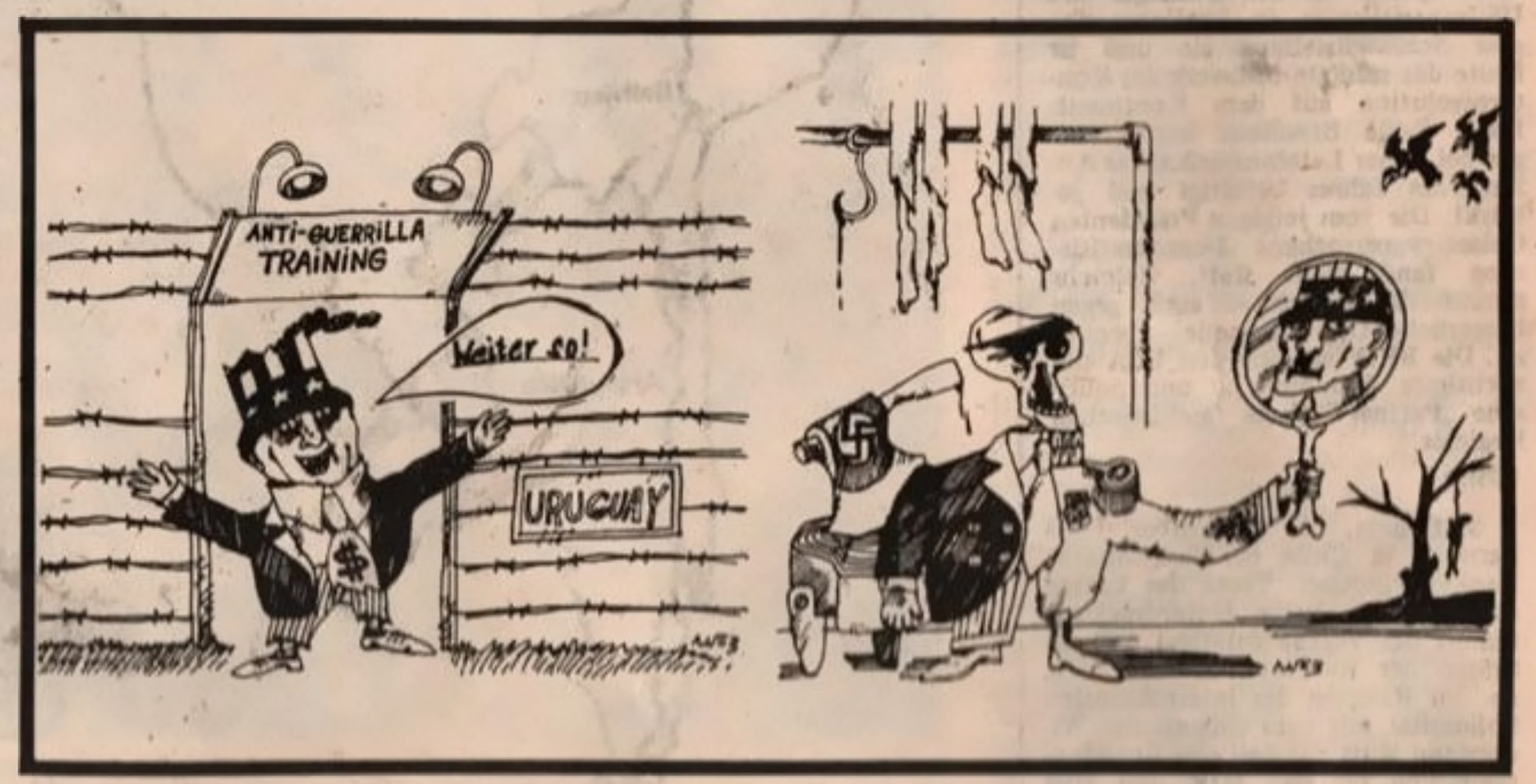
Die kubanische Zeitung „Granma" 17/76 berichtet:

In der Gegend von Durazno ist ein Trainingslager im Aufbau, bei dem uruguayische Polizisten, Soldaten und rechtsradikale Elemente im Anti-Guerillakampf ausgebildet werden. Nach Enthüllungen des kubanischen Chilekomitees soll diese Ausbildung speziell für die Guerillabekämpfung in Chile und Argentinien zur Geltung kommen. Aus diesem Grund sollen in der nächsten Zeit aus Chile und Argentinien 500 Männer in diesem Lager in Uruguay trainiert werden.

Außerdem soll vor kurzer Zeit eine größere Anzahl von US-Marineoffizieren, die früher in Vietnam „gedient" hatten, nach Uruguay gebracht worden sein, um dort als „Berater" zu fungieren.

Für beide Maßnahmen sind das Pentagon und die faschistische Regierung Uruguays verantwortlich. ●

Lateinamerika-Kommission



Karikatur aus ‚Granma' 17/76

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" –
Eine unverbesserliche zentristische Strömung?

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" ist eine vorwiegend regionale, in Bayern angesiedelte, linke Gruppierung, die den Anspruch erhebt, einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau der KPD leisten zu wollen. Hervorgegangen ist diese Gruppierung aus einer Entwicklung und Umbenennung der etwa 1969 entstandenen Münchner „Arbeiterbasisgruppen" (ABG).

Der „Arbeiterbund"/ABG hat Zeit seines Bestehens meistens nicht z u d e n linken Gruppierungen gehört, die durch eine intensiv geführte öffentliche Auseinandersetzung die Entwicklung auf den Wiederaufbau der KPD v o r a n g e t r i e b e n haben. Die Zeitung des „Arbeiterbund"/ABG, die „KAZ" („Kommunistische Arbeiterzeitung") ist in erster Linie auf eine „reine" Agitation und eine recht platte Propaganda eingestellt, die wesentliche Fragen und Meinungsverschiedenheiten, die heute innerhalb der Linken bestehen, einfach ausspart. In ihrer politischen Linie, sofern dieser Ausdruck überhaupt angemessen ist, versuchen sie u.a., die „Sozialimperialismus"-These und die unkritische Haltung der „ML"er zur chinesischen Außenpolitik unter einen Hut zu bringen mit opportunistischen Positionen zum gewerkschaftlichen Kampf und offener Anbiederei an die DKP, was von ihnen als Politik der „Aktionseinheit" bezeichnet wird.

Aufgrund dieses politisch-ideologischen Mischmasch fühlen sich die Genossen vom „Arbeiterbund..." von Zeit zu Zeit berufen, kluge Ratschläge nach a l l e n Seiten zu erteilen und sich als große einigende Kraft aufzuspielen, die das gesamte Spektrum von KBW bis DKP unter einen Hut zu bringen trachtet.

In diesem Artikel soll auf einige Aspekte dieser zentristischen Taktik näher eingegangen werden.



Wer mit wem gegen die Vaterlandsverteidiger?

Wer mit wem gegen die Vaterlandsverteidiger?

Im Dezember vergangenen Jahres wendete sich der „Arbeiterbund..." an KB, KBW und KAB"D" mit dem Vorschlag, eine – vom „Arbeiterbund..." vorbereitete – gemeinsame Erklärung gegen die Politik der Vaterlandsverteidigung abzugeben.

Wir nahmen zu diesem Vorschlag in AK 71 (21.12.75) Stellung: 1. Eine gemeinsame Erklärung mit dem KBW zu dieser Frage kommt für uns keinesfalls in Betracht, da der KBW teilweise selbst die Positionen der Vaterlandsverteidigung vertritt. – 2. Wir sehen die Politik der Vaterlandsverteidigung in Zusammenhang mit der chinesischen Außenpolitik; diese wird auch vom KAB"D" und vom „Arbeiterbund..." vorbehaltlos unterstützt; eine Auseinandersetzung über dieses Thema sehen wir daher als eine notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen einer gemeinsamen Erklärung an.

Wir halten also eine gemeinsame Stellungnahme gegen die Politik der Vaterlandsverteidigung für einen Schritt nach vorn, sofern sie die Widerspiegelung gewonnener politischer Klarheit und Vereinheitlichung durch eine öffentliche Auseinandersetzung ist. Für uns geht es also nicht so sehr um den formalen Akt der Zustimmung zu irgendeiner Erklärung, sondern um Klärung der Positionen. Hingegen würden wir eine gemeinsame Stellungnahme, die die Fronten eher verwischt als klärt, nicht nur für keinen Fortschritt, sondern sogar für schädlich halten.

Anders die Genossen vom „Arbeiterbund": Sie gestehen zwar zu, daß der KBW ***„selbst mit einem Bein auf sozialchauvinistischen Positionen steht und die ‚Einheit' mit den Vaterlandsverteidigern sucht"*** („KAZ", 18.4.76). Andererseits stimmen sie der Behauptung des KBW zu, ***„daß der KB trotzkistische und opportunistische Positionen vertritt"*** („KAZ", 22.2.76). – Hieraus ziehen die Genossen jedoch die „Schlußfolgerung", daß all dies einer gemeinsamen Erklärung gegen die Vaterlandsverteidiger nicht im Wege zu stehen brauche, sofern nur die Erklärung „korrekt" sei(wofür wohl die Urheberschaft des „Arbeiterbund..." die Garantie bieten soll). – Also die einen sind ein bißchen sozialchauvinistisch, die anderen ein bißchen trotzkistisch, und auf der ‚Plattform' des „Arbeiterbund..." trifft man sich wieder!...

Welchen Wert könnte eine gemeinsame Erklärung auf einer s o l c h e n Basis haben!? Wir meinen: gar keinen Wert! Sie würde nichts klären, sondern die Widersprüche nur verschleiern. Zu allem Überfluß haben die Genossen es jetzt sogar als ihr Ziel definiert, ***„in der Abgrenzung gegen den Sozialchauvinismus bestimmte tatsächliche g e m e i n s a m e Positionen der revolutionären Bewegung zu formulieren, d.h. (!) solche Positionen, die auch ein revolutionär gesinnter DKP-Genosse noch voll unterstützen kann"*** („KAZ", 18.4.76). Wir fragen uns allen Ernstes, warum die Genossen nicht auch der „KPD/ML" noch vorgeschlagen haben, die gemeinsame Erklärung gegen die Vaterlandsverteidigung mit zu unterzeichnen...? Dann wäre doch mal wirklich a l l e s unter einem Hut?!

Wir meinen allerdings, daß eine nach vorn weisende Stellungnahme zur Politik der Vaterlandsverteidigung sich in dreierlei Hinsicht klar abgrenzen müßte: 1. Gegenüber Positionen, die selbst zur Vaterlandsverteidigung tendieren; 2. Gegenüber trotzkistischen Positionen; 3. Gegenüber Positionen, die die Vaterlandsverteidigung vom Boden des modernen Revisionismus aus kritisieren.

Außerdem darf eine solche gemeinsame Stellungnahme nicht die ‚Meinungsverschiedenheiten verwischen, die in der Einschätzung der chinesischen Außenpolitik bestehen. Was diese Frage angeht, so sind von den Genossen des „Arbeiterbund..." bisher nur Ausreden und Ausflüchte gekommen: Es k ö n n t e Differenzen zur Politik der KP Chinas geben; diese müßten *„durch freimütige Diskussion und gegenseitige Konsultation"* (mit der KP Chinas!!) geklärt werden; ansonsten sei der „Arbeiterbund..." *„selbstverständlich (!) ...bereit, über die Prinzipien der Außenpolitik der sozialistischen Länder öffentlich zu diskutieren, gerade mit dem KB"* („KAZ", 22.2.76). Alles das sind nichts als leere und letztlich verlogene Schnacks: Weder betreibt der „Arbeiterbund..." eine *„freimütige Diskussion und gegenseitige Konsultation"* (oho!!!) mit der KP Chinas, noch war er b i s h e u t e bereit, sich einer öffentlichen Auseinandersetzung über die chinesische Außenpolitik zu stellen. Er schleicht lieber wie die Katze um den heißen Brei herum und beteuert, er sei „selbstverständlich" auch gerne bereit, den Brei zu fressen... Aber wann!?...

In der „KAZ" vom 18.4.76 wird zusätzlich der Versuch unternommen, Verwirrung in die bisherige Auseinandersetzung zu tragen, indem auf der einen Seite mit k e i n e m Wort auf unsere realen Positionen eingegangen wird, und indem uns auf der anderen Seite verleumderisch Standpunkte untergejubelt werden sollen, die wir niemals so vertreten haben. Die Genossen vom „Arbeiterbund..." behaupten da: *„Der Sozialchauvinismus hat für den KB offenbar wenig mit dem Klassenkampf hier zu tun, mit den klassenmäßigen Positionen seiner Vertreter, sondern ist ganz einfach (!) eine chinesische Importware... Die VR China ist – auch vom KB anerkanntermaßen – ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats. Es wäre also interessant, vom KB zu erfahren, worin er eine ideologische (?) Übereinstimmung zwischen unseren Sozialchauvinisten und den ‚Führern der KP Chinas' sieht, und worin diese seiner Meinung nach ihre materiellen Wurzeln hat".*

Wer bereit ist, sich mit unseren t a t s ä c h l i c h e n Standpunkten zu befassen, wird finden, daß wir schon vor einem Jahr eindeutig zu den **klassenmäßigen Wurzeln** der Politik der Vaterlandsverteidigung Stellung genommen haben: ***„Klassenmäßig gesehen, handelt es sich dabei um eine Anpassung der kleinbürgerlichen Schichten, die die Basis dieser Gruppierungen bilden, an den Kriegskurs und die Faschisierungspolitik des BRD-Imperialismus"*** (AK60, Mai 1975, S. 28).

Zu diesem Zeitpunkt hielten es freilich die Genossen vom „Arbeiterbund..." noch gar nicht für notwendig, sich überhaupt in eine öffentliche Auseinandersetzung mit der neu aufgekommenen Strömung der Vaterlandsverteidigung zu begeben!

Die Frage steht also nicht so, daß wir die klassenmäßigen Grundlagen der Politik der Vaterlandsverteidigung leugnen würden. Die Frage steht vielmehr so, daß die Genossen vom „Arbeiterbund..." j e d e n Zusammenhang dieser Strömung mit der chinesischen Außenpolitik kategorisch leugnen. Geradezu unverschämt wird es da, wo die Genossen fordern, der KB möge doch endlich mal aufzeigen, worin er Übereinstimmungen zwischen der chinesischen Außenpolitik und den Vaterlandsverteidigern sieht. Hierzu haben wir weiß Gott Material genug geliefert, und wenn die Genossen vom „Arbeiterbund" den AK nicht lesen (bzw. so t u n, als ob sie ihn nicht lesen würden!), dann ist das nicht unsere Schuld. Die Sache ist wohl so, daß die Genossen die Auseinandersetzung um diese Übereinstimmungen scheuen, und dafür haben sie allerdings unserer Meinung nach auch allen Grund!

Wir sehen klar, daß die Politik der Vaterlandsverteidigung eine klassenmäßige Grundlage hat. Ebenso klar sehen wir aber auch, daß diese Linie durch ihre Übereinstimmungen mit der chinesischen Außenpolitik und durch die faktische Unterstützung, die sie von der VR China (und teilweise auch von Albanien) erhält, gestärkt wird. Wir meinen, daß es kaum bezweifelt werden kann, daß diese Strömung o h n e die Autorität der VR China nicht entfernt die Verbreitung hätte annehmen können, die sie faktisch hat. Viele Menschen, die ehrlich den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion führen wollen, lassen sich durch die Haltung der VR China verwirren. Daher kann man nicht wirksam die Politik der Vaterlandsverteidigung bekämpfen, wenn man sich nicht auch prinzipiell mit der chinesischen Außenpolitik auseinandersetzt.

Die Genossen des „Arbeiterbund" empören sich bereits, weil wir einen Z u s a m m e n h a n g zwischen der Entwicklung der chinesischen Außenpolitik und dem Aufkommen der Strömung der Vaterlandsverteidigung sehen, und sie wollen nur ‚klassenmäßige Ursachen' anerkennen. Aber wie erklären sie sich folgende kaum zu bestreitende Tatsachen: 1. Die Strömung der Vaterlandsverteidigung entstand nicht a l l g e m e i n in der linken Bewegung oder i r g e n d e i n e m Teil davon, sondern sie entstand i n t e r n a t i o n a l ausgerechnet aus der „ML"-Strömung heraus, und zwar insgesamt in den von der VR China protegierten Gruppen („KPD/ML" in der BRD, PCd'I(ml) in Italien, PCP/ML in Portugal, PCMLF in Frankreich usw.). 2. Diese i n t e r n a t i o n a l e Strömung entstand keineswegs s p o n t a n, von der kleinbürgerlichen B a s i s dieser Gruppen her, sondern sie wurde handstreichartig von oben nach unten durchgesetzt.

3. Diese Strömung wird von der VR China unterstützt(durch Einladung von ‚Delegationen', durch Abdruck von Texten etc.), und zwar wird in der Regel n u r diese Strömung gefördert, während die westeuropäische Linke insgesamt von der VR China ignoriert wird.

Wie soll man sich all das erklären, wenn man den Zusammenhang zwischen Vaterlandsverteidigung und chinesischer Außenpolitik leugnet, bzw. behauptet, *„einen solchen Zusammenhang"* gebe es nur *„in den Köpfen der Vaterlandsverteidiger"* („KAZ", 18.4.76).

Wir haben uns bereits im Februar 1975, v o r dem Auftreten der Strömung der Vaterlandsverteidigung, mit einem Offenen Brief an die Genossen der Organisationen gewendet, *„die sich mit der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik identifizieren"*. In diesem Offenen Brief warnten wir eindringlich vor dem Aufkommen einer solchen Strömung. Wir haben die anderen Organisationen aufgefordert, unseren Offenen Brief in ihrer Presse abzudrucken und dazu Stellung zu beziehen; wir hätten unsererseits diese Stellungnahmen veröffentlichen wollen (AK-Sondernummer, 25.2.75). Dazu kam es jedoch nicht, weil k e i n e Organisation sich veranlaßt fühlte, überhaupt auf unseren Offenen Brief einzugehen. Auch der „Arbeiterbund..." hüllte sich damals in Schweigen!...

In unserer Plattform zum 1. Mai 1975gingen wir in einer längeren Passage auf die kurz zuvor aufgetretene Strömung der Vaterlandsverteidigung ein. Es hieß dort u.a.: ***„Diese Anpassung an die Kriegs- und Faschisierungspolitik der Monopolbourgeoisie bedeutet einen Rückschlag bei der Herausbildung einer***

teidigung ein. Es hieß dort u.a.: „Diese Anpassung an die Kriegs- und Faschisierungspolitik der Monopolbourgeoisie bedeutet einen Rückschlag bei der Herausbildung einer

Arbeiterlinken in der BRD und erfordert von den Gegnern dieses rechtsgerichte.en Kurses unter pseudo-‚linker' Fahne verstärkte Anstrengungen für ihre Arbeit unter den Massen, für den Prozeß der politisch-ideologischen Auseinandersetzung, für die Schaffung einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, die in kommenden Kämpfen als organisierende und führende Kraft wirken kann" (AK 60/Mai 1975).

In derselben Nummer des AK veröffentlichten wir eine *„Erklärung des LG des Kommunistischen Bundes zur Herausbildung des neuen ‚Sozial'-chauvinismus"*. – Vom „Arbeiterbund..." war indessen immer noch nichts zu hören!...

Im Dezember '75 aber präsentierten die Genossen die Linie der Vaterlandsverteidigung plötzlich wie ein soeben von ihnen entdecktes neues Amerika und erhoben den Anspruch, die gesamte „revolutionäre Bewegung" von KBW bis zu den „revolutionär gesinnten" Mitgliedern der DKP auf einer – von ihnen vorgeschlagenen – „gemeinsamen Erklärung" zu einen. Die ganze zentristische Taktik der führenden Genossen des „Arbeiterbund" wird daran sehr deutlich.

Den BDJ mit dem Blick zurück aufbauen?

In mehreren Ausgaben des AK haben wir über die Auseinandersetzungen im RBJ/BDJ berichtet. Während die Mehrheit der Mitglieder des RBJ/BDJ (eine antifaschistisch-demokratische Jugendorganisation) in ihrer bisherigen Arbeit keine Perspektive mehr sehen, wollten einige andere Mitglieder den RBJ/BDJ in Richtung Reformismus öffnen „um aus dem Abseits herauszukommen".

Der Meinungskampf im BDJ endete schließlich mit der Amtsenthebung der wichtigsten Sprecher der reformistischen Strömung und mit der Einleitung einer breiten Diskussion um die Perspektiven der weiteren Arbeit und die „Existenzberechtigung" des RBJ/BDJ in der gegenwärtigen Situation.

Der „Arbeiterbund..." hatte in einem relativ späten Stadium der Auseinandersetzung begonnen, über einen Kontakt zu einer süddeutschen Ortsgruppe des RBJ/BDJ etwas am Rande mitzumischen. Auf der offe-

Fortsetzung auf Seite 44

Forts. von S. 43

nen nationalen Delegiertenversammlung des RBJ/BDJ zu Ostern tauchten denn auch Vertreter des „Arbeiterbund..." bzw. einer ihnen nahestehenden Schülerorganisation auf, die aber wenig Neues und Konstruktives zu sagen wußten.

Auf den Punkt gebracht wurde das Anliegen der Genossen vom „Arbeiterbund" mit einem Sonderdruck ***„Den BDJ aufbauen!"***, der teilweise als Beilage zur ‚KAZ' vom 18.4.76 verbreitet wurde.

In dieser Stellungnahme des „Arbeiterbund..." wird den Vertretern reformistischer und antikommunistischer Positionen im RBJ/BDJ kräftig Zucker in den Arsch geblasen. Zu diesem Zweck bedient sich der „Arbeiterbund..." einer krassen Entstellung der Tatsachen. So heißt es beispielsweise, die g e s a m t e bisherige Politik des BDJ sei von den Kritikern als „reformistisch" angegriffen worden. ***„Die gesamte Propaganda und alle die Losungen des BDJ, in denen nicht vollständig (!) die sozialistische Perspektive angegeben"*** wurde, seien als „reformistisch" kritisiert worden.

Offenbar sind die Genossen vom „Arbeiterbund..." bestrebt, die Mitglieder des RBJ/BDJ als sektiererische Idioten hinzustellen. Selbst von der gesamten (!!) Propaganda und allen (!!) Losungen einer k o m m u n i s t i s c h e n Organisation wird kein vernünftiger Mensch fordern, daß darin jederzeit vollständig (!!) „die sozialistische Perspektive angegeben" werden muß. Für eine demokratisch-antifaschistische Organisation wie den RBJ/BDJ wäre eine derartige Forderung erst recht hirnrissig und sie ist unseres Wissens auch von n i e m a n d e m aufgestellt worden.

Es ist auch nicht so, daß die Mitglieder des RBJ/BDJ ihre gesamte bisherige Arbeit plötzlich als „reformistisch" kritisiert hätten, sondern diese Kritik bezog sich konkret auf eine ganz besimmte S t r ö m u n g innerhalb des RBJ/BDJ, die den Versuch unternahm, die bisherige Politik zu ä n d e r n, durch eine „Einbeziehung'" reformistischer Positionen.

Die Stellungnahme des „Arbeiterbund..." geht offensichtlich ganz bewußt auf die Kritik an den reformistischen Positionen inhaltlich mit k e i n e m Wort ein, sondern stellt die Kritiker als wildgewordene Bilderstürmer dar, die plötzlich ihre ge-
k e i n e m Wort ein, sondern stellt die Kritiker als wildgewordene Bilderstürmer dar, die plötzlich ihre ge-
samte bisherige Praxis als „reformistisch" verdammen, was in der Tat unsinnig wäre.

Diese Entstellung der tatsächlich gelaufenen Auseinandersetzungen im RBJ/BDJ verbindet der „Arbeiterbund..." mit der Behauptung, daß es sich bei der Kritik an den reformistischen Positionen um eine Strömung handle, die *„maßgeblich beeinflußt vom KB"* sei, und die auf Biegen und Brechen den *„gesamten RBJ auf kommunistische Standpunkte und Zielsetzungen festlegen"* wolle.

Indem der „Arbeiterbund..." mit diesen Unterstellungen offen auf antikommunistische Tendenzen bei einzelnen Mitgliedern des RBJ/BDJ spekuliert, ist es kaum verwunderlich, daß er überhaupt nur von *„a n g e b l i c h e n ‚antikommunistischen' Strömungen"* reden mag, die anscheinend vom KB erfunden worden sind.

Auch hier geht es wieder darum, die Mitglieder des RBJ/BDJ namentlich die Kommunisten und mit dem Kommunismus sympathisierenden Mitglieder im RBJ/BDJ als Sektierer und komplette Idioten hinzustellen. So wird in der Erklärung des „Arbeiterbund..." ein Passus aus den – unter Mitwirkung kommunistischer Genossen im RBJ/BDJ formulierten! – ***„Thesen zum Demokratieverhältnis"*** zitiert. Darin heißt es, daß kommunistische Standpunkte *„ihren legitimen Platz"* im RBJ/BDJ haben. Daran anknüpfend heißt es in der Erklärung des „Arbeiterbund...": *„Gerade als Kommunisten ist uns unverständlich, wie manche BDJ-Mitglieder und KB-Sympathisanten diese Position als antikommunistisch bezeichnen können".*

Nun, das wäre in der Tat nicht bloß „unverständlich", sondern ziemlich albern! Aber Tatsache ist, daß wohl niemand im RBJ/BDJ die in den „Thesen zum Demokratieverständnis" dargelegten Positionen als „antikommunistisch" kritisiert hat. Vielmehr geht es bei der Kritik an antikommunistischen Positionen um konkrete Vorkommnisse, die in W i d e r s p r u c h zu den in den „Thesen..." formulierten Prinzipien standen.

Die Genossen vom „Arbeiterbund..." sind wahrscheinlich über diese Auseinandersetzungen nicht einmal informiert, zumindest äußern sie sich konkret nicht dazu. Stattdessen unterstellen sie den Kommunisten und mit dem Kommunismus sympathisierenden Mitgliedern des RBJ/BDJ die hirnrissigsten Standpunkte und biedern sich zugleich kräftig bei reformistischen und antikommunistischen Tendenzen an.

Es ist eindeutig, auf welche Kräfte innerhalb des RBJ/BDJ der „Arbeiterbund. . ." setzt, wenn er jetzt dazu aufruft, ***„einen demokratisch-revolutionären Jugendverband"*** aufzubauen, ***„nach d e n Grundsätzen, wie sie der Schaffung des BDJ zurunde lagen"***. Der „Arbeiterbund. . ." fordert sogar ***„seine Massenorganisationen auf, alle Bestrebungen zu unterstützen, die diesem Ziel dienen"***.

Der „Arbeiterbund. . ." hat sich in der Vergangenheit herzlich wenig um die Geschicke des RBJ/BDJ gekümmert. Umso bemerkenswerter ist es, daß er ausgerechnet in einem Moment auf der Bildfläche erscheint, wo der RBJ/BDJ ersichtlich in einer tiefgehenden Krise steckt, und daß der „Arbeiterbund. . ." plötzlich mit Versprechen sehr großzügig ist, seine gesamten „Massenorganisationen" und Sympathisanten für eine Rekonstruktion des RBJ/BDJ zur Verfügung zu stellen.

Selbst jetzt, wo er sich anscheinend so unmittelbar und massiv engagieren möchte, nimmt der „Arbeiterbund. . ." jedoch mit keinem Wort inhaltlich zu den aufgetretenen Widersprüchen und dem Meinungskampf im RBJ/BDJ Stellung, abgesehen von demagogischen Seitenhieben gegen die Kommunisten und mit dem Kommunismus sympathisierenden Ge-


1.MAI
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
R 22053 E
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH
”FÜR EINE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IM SINNE

nossen im RBJ/BDJ. Der „Arbeiterbund. . ." analysiert auch nicht die
nossen im RBJ/BDJ. Der „Arbeiterbund. . ." analysiert auch nicht die
bisherige Politik des RBJ/BDJ; er erklärt nicht, wie es dazu gekommen ist, daß ganze Praxis-Bereiche einfach zusammengebrochen sind; er erklärt nicht, w a r u m der RBJ/BDJ in eine Krise geraten ist und warum viele Mitglieder heute keine Perspektive für ihre Arbeit im bisherigen Rahmen sehen.

Vielmehr schlägt der „Arbeiterbund. . ." im Grunde nur den Umtausch eines Wortes vor – statt „demokratisch-antifaschistisch" soll es zukünftig „demokratisch-revolutionär" heißen. Als Rezept für einen Neuaufbau des RBJ/BDJ scheint uns diese Wortspielerei recht dürftig!

Auch hier verhalten sich führende Genossen des „Arbeiterbund. . ." nicht anders als mit ihrem Vorschlag zur gemeinsamen Erklärung gegen die Vaterlandsverteidiger: Sich zuerst aus den konkreten Auseinandersetzungen herauszuhalten, und dann plötzlich mit einem „einigenden" Vorschlag aufzutreten, der die bestehenden Widersprüche nicht klärt, sondern verwischt.

Hiermit wenden wir uns wohlgemerkt – um neuerlichen Mißverständnissen und Verdrehungen vorzubeugen – n i c h t prinzipiell gegen den Vorschlag der Genossen, mit ihnen (und anderen Kräften) über die Perspektiven einer demokratischen Jugendarbeit zu diskutieren und möglicherweise dort zusammenzuarbeiten, wo sich tatsächliche Übereinstimmungen ergeben.

Und dann noch die „revolutionär gesinnten Genossen" der DKP

In AK 79 (S.45) haben wir bereits vom Kommentar der „KAZ" des „Arbeiterbund ..." (4.4.76) zum DKP-Parteitag vom März dieses Jahres berichtet.

In diesem Kommentar wurden die DKP-Revisionisten außerordentlich freundlich behandelt. Sogar DKP-Chef Herbert Mies wurde ausdrücklich als *„Genosse"* tituliert, und es fanden sich mehrfach Formulierungen wie: *„... betonte Herbert Mies ganz richtig"*, *„ ... aus vollem Herzen stimmen wir Genossen Mies zu, wenn er sagt ..."*, *„ ... zog der Parteivorstand eine bemerkenswert richtige Konsequenz"* u.ä.

Wir kritisierten in AK 79 diese Taktik, ohne sie jedoch schon richtig einordnen zu können.

Inzwischen haben die Genossen vom „Arbeiterbund..." verdeutlicht, welche Vorstellungen offenbar hinter ihrem Vorgehen stecken.

So heißt es in der „KAZ" vom 18.4.76 über eine vom „Arbeiterbund..." mitgetragene Veranstaltung oppositioneller Gewerkschafter am 10.4. in München (siehe auch Bericht in AK 79, S.47): *„Die Veranstaltung am 10.4. gab ein realistisches Bild des Standes eines Teils der Gewerkschaftsoppostion und zeigte deutlich ihre große Schwäche. Wir sagen hier ausdrücklich eines T e i l s der Gewerkschaftsopposition. Denn der größte Teil revolutionärer (!) Gewerkschafter ist heute nicht in den Zirkeln und oppositionellen Gruppen organisiert, wie sie sich auf der Veranstaltung darstellten, sondern in der neuen Sozialdemokratie, der DKP, und zum Teil auch in der alten Sozialdemokratie. ... Und die große Schwäche der Bewegung, die sich am 10.4. bei der Veranstaltung darstellte, besteht darin, daß sie das noch nicht erkannt hat, sondern auf diese Tatsache eine spontane Antwort gibt, indem sie aus verständlicher Wut über die Politik der DKP- F ü h r e r die revolutionären Kräfte in der DKP überhaupt nicht wahrnimmt".*

Offenbar ist es doch so, daß die Genossen vom „Arbeiterbund..." mit dem Begriff „revolutionäre Gewerkschafter" und überhaupt „revolutionäre Kräfte" ziemlich freizügig umgehen. Sie ziehen einfach das Schema auf, daß die „B a s i s" revolutionär sei und bloß die „F ü h r e r" wieder
auf, daß die „B a s i s" revolutionär sei und bloß die „F ü h r e r" wieder
mal nichts taugten. W i e machen sich die „revolutionären Kräfte" in der DKP bemerkbar, und w o findet man sie? Sicher kann es in einer revisionistischen Partei Situationen geben, wo unter Teilen der Mitglieder und Sympathisanten radikale oder auch revolutionäre Strömungen auftreten und in Widerspruch zur Parteiführung geraten. **Aber in der DKP ist gegenwärtig nichts dergleichen der Fall.** Der „Sozialismus", den die DKP anstrebt, ist der der DDR und der Sowjetunion. Und dem revolutionären Weg hat die DKP schon lange offiziell abgeschworen. **Diese Politik der „Führer" wird von der „Basis" insgesamt bisher nicht im geringsten in Frage gestellt.**

Der „Arbeiterbund..." zeigte sich erfreut, weil die offene Preisgabe der Formel „Diktatur des Proletariats" durch die französischen Revisionisten bei der DKP wenig Beifall gefunden hat, sondern vielmehr auf leise Kritik gestoßen ist („KAZ" vom 4.4.76, Bericht über den DKP-Parteitag). *„Die Erfahrungen des Klassenkampfes bestätigen die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Positionen. Daß der DKP-Parteitag einzelne von ihnen in den Vordergrund gerückt hat, finden wir gut und nicht schlecht. Stärken sie doch den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse ...",* schreibt dazu die „KAZ" u.a.

Wir sind hingegen der Meinung, daß die Freude der Genossen an einem entscheidenden Punkt vorbeigeht: Die DKP s e l b s t spricht längst nicht mehr von der Diktatur des Proletariats. Und bekannt ist auch, daß es die DKP nicht gejuckt hat, als die portugiesischen Revisionisten schon vor längerer Zeit ganz offiziell die Diktatur des Proletariats aus dem Programm strichen! Warum also jetzt die Schelte gegen die PCF? Nicht um des lieben Prinzips willen, sondern weil die französischen Revisionisten zugleich mit der offenen Preisgabe von Prinzipien auch die Unterwerfung unter die sowjetische „Bruderpartei" in Frage stellten, weil sie begonnen haben, den „Sozialismus" der Sowjetunion (von rechts) in Frage zu stellen. Nicht um die Prinzipien geht also in Wirklichkeit der Streit, sondern um die Vorrechte der KPdSU in der „kommunistischen Weltbewegung".

Sicher gibt es auch in der DKP einzelne Genossen, die die Revolution und den Sozialismus (den von Marx und Lenin, nicht den von Honecker und Breschnew!) wollen. Aber eine wesentliche Kraft stellen diese Genossen heute nicht dar. Sich über die Stärke dieser Kräfte zu täuschen oder gar die These aufzustellen, daß die Mehrheit der revolutionären Arbeiter heute in der DKP organisiert sei, ist der gerade Weg zur Entwicklung opportunistischer Taktiken gegenüber der DKP.

Bei den Genossen vom „Arbeiterbund..." geht das jetzt soweit, daß sie sich Gedanken machen, ob es *„ein möglicher Weg der Kommunisten heute"* sei, *„insgesamt als Fraktion innerhalb der DKP zu arbeiten"*, d.h. sich als Fraktion in der DKP organisatorisch aufzulösen. Diese Möglichkeit wird für die Gegenwart noch verneint (*„Das ist unseres Wissens heute nicht möglich"*), wobei zugleich eingeschränkt wird: *„Diese Erkenntnis ist keine ewig gültige, sondern sie selbst und die Einschätzung der Situation, die ihr zugrunde liegt, müssen ständig ... in der Praxis überprüft werden"*. Außerdem wird noch darüber spekuliert, daß es zwischen der eigenständigen Organisierung der Kommunisten und der Arbeit als „Fraktion" innerhalb der DKP auch *„Zwischenformen geben kann"*, sodaß man prüfen müsse, *„welches heute die Hauptseite für unsere Arbeit ist"*. Als Hauptseite wird für die Gegenwart erst einmal die selbständige Organisierung genannt. Was aber ist dann die „N e b e n s e i t e"? Und welche „Zwischenformen" stellen sich die Genossen heute konkret vor? ...

Allein die Tatsache, daß die Genossen heute die Frage einer organisatorischen Auflösung und einer Arbeit in der DKP als „Fraktion" aufwerfen, zeigt anschaulich, wohin die Illusionen über die angeblichen „revolutionären Kräfte" in der DKP führen. Denn in der Realität gibt es in der DKP keinerlei Bewegung, die auch nur den G e d a n k e n an einen derartigen Schritt vielleicht rechtfertigen könnte. Es regt sich in der DKP keine Spur von einer innerparteilichen linken Strömung oder Kritik am Kurs der Partei. Genau gesagt gibt es in der DKP überhaupt k e i n e politisch-theoretische Auseinandersetzung um die Grundfragen ihres Kurses, um die Strategie und Taktik der Partei. Der letzte DKP-Parteitag und seine erbärmliche „Vorbereitung " durch sogenannte „Diskussionsbeiträge" in der „UZ" etc. haben das noch einmal nachdrücklich vor Augen geführt.

Für besonders bedenklich halten
etc. haben das noch einmal nachdrücklich vor Augen geführt.

Für besonders bedenklich halten
wir, daß der „Arbeiterbund..." sein opportunistisches Herangehen an die DKP mit einer massiven Einschüchterungstaktik zu verbinden versucht. Wer etwa nicht der Meinung ist, daß heute die Mehrheit (!) der revolutionären Arbeiter in der DKP zu finden sei, dem wird einfach vorgeworfen, er sei wohl vor *„Wut auf die DKP-Führer"* so blind, daß er *„die revolutionären Kräfte in der DKP überhaupt nicht wahrnimmt"*. Es wird wüst polemisiert (ohne Roß und Reiter zu nennen!!) gegen Leute, die angeblich nicht bereit sind, *„ihren Kampf für die Partei der Arbeiterklasse nach den materiellen Bedingungen auszurichten, die wir heute vorfinden"*; gegen Leute, die *„ihrem Herzen, ihren brennenden Wünschen, ihrer Empörung über den Verrat der modernen Revisionisten nachgeben"*; die *„Politik mit vollem Herzen und leerem Kopf"* machen; die sich von der *„Empörung über tägliche Schweinereien der DKP-Führer"* hinreißen lassen; die eine *„hysterische Angst"* haben, *„ja nicht zu nahe an die Organisationen der DKP heranzukommen"* (dies und die vorigen Zitate aus der „KAZ" vom 18.4.76).

Damit soll jede Kritik an den Vorstellungen und der Taktik der führenden Genossen des „Arbeiterbund..." zur DKP demagogisch niedergewalzt werden, indem die Kritiker pauschal als Leute diffamiert werden, die sich nicht vom Verstand, sondern von Gefühlen wie Wut, Empörung oder gar Angst und Hysterie leiten lassen.

Mit derartigen Unterstellungen soll eine Taktik verteidigt werden, die nun gerade n i c h t das Ergebnis einer nüchternen, realistischen A n a l y s e der Situation in der DKP und ihrem Umfeld ist, sondern die wirklich nur auf Wunschvorstellungen beruht.

Diejenigen Genossen im „Arbeiterbund...", die noch Zweifel haben, sollten sich einmal den Rechenschaftsbericht ihres ZK vom Juni 1972 (!) ansehen. Da steht nämlich schon zu lesen: *„Die DKP-Führung entfernt sich immer mehr von den ehrlichen DKP-Mitgliedern. Mit dem Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin verlassen deshalb immer mehr ehrliche Kommunisten die DKP"* (S. 27). Und: *„Wo unsere Organisation praktisch arbeitet, ist sie in den Arbeiter- und Volksmassen heute weit stärker als die DKP verankert"* (S. 8). Heute, vier Jahre später, wird im „Arbeiterbund..." allen Ernstes diskutiert, man müßte vielleicht in die DKP eintreten, weil dort die meisten revolutionären Arbeiter anzutreffen seien! – Entweder hat das ZK 1972 ungeheuerlich aufgeschnitten, oder der „Arbeiterbund..." hat in den letzten vier Jahren ziemlich abgewirtschaftet? Wahrscheinlich ist von beidem etwas der Fall! ...

Was sagt der „Arbeiterbund" zum Parteiaufbau?

Der „Arbeiterbund..." erhebt schon in seinem Namen den Anspruch, einen wesentlichen Beitrag zum „Wiederaufbau der KPD" zu leisten. Dieser Anspruch wurde vom „Arbeiterbund..." auf seiner kürzlich stattgefundenen „II. Ordentlichen Delegiertenkonferenz" wieder mehr in den Vordergrund gerückt.

Dabei wurde eine „Einschätzung" der revolutionären Bewegung gegeben, die wieder einmal nicht „Roß und Reiter" nannte, und die ebenso pauschalisierend wie unzutreffend war.

Beispielsweise wurde behauptet: *„Es ist eine Tatsache, daß große Teile der revolutionären Bewegung immer mehr (!) die ‚Linie des geringsten Widerstands' beschreiten, ihre Tätigkeit auf den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf beschränken, den Entstellungen und Verflachungen des wissenschaftlichen Sozialismus in der revolutionären Bewegung keine Beachtung schenken und den Kampf gegen alle rechts- und linksopportunistischen Strömungen in der Arbeiterklasse nicht entschieden genug führen"* (Texte der Konferenz, S. 24). *„Die Aufstellung einer x-beliebigen Tagesforderung für den einen oder anderen Betrieb gilt den Revolutionären heute immer noch mehr, als die zentrale Aufgabenstellung, den Wiederaufbau der KPD und seine Verwirklichung in den Mittelpunkt ihres Denkens zu rücken"* (S. 31). *„Den lokalen Organisationen der Mehrheit der Revolutionäre gilt immer noch der Kampf in einzelnen Betrieben in der Praxis mehr als die allseitige Zusammenfassung all der Erfahrungen, die durch diese örtliche Arbeit möglich würde. Wie anders wäre es sonst denkbar, daß die Herausgabe einer Betriebs- oder Stadtteilzeitung höher geschätzt wird als die Herstellung einer zentralen Zeitung für ganz Westdeutschland und Westberlin..."* (S. 28).

einer zentralen Zeitung für ganz Westdeutschland und Westberlin..." (S. 28).

Zum einen wird hier von den Genossen des „Arbeiterbund" als pauschaler Vorwurf an die revolutionäre Bewegung i n s g e s a m t gerichtet, was sie sich vor allem einmal selbstkritisch hinter die Ohren schreiben müßten – wie etwa die Tatsache, daß ihre „KAZ" sich immer noch nur am Rande an der politisch-theoretischen Auseinandersetzung um Strategie und Taktik der Kommunisten beteiligt. Zum anderen wird hier fälschlich von einem Zustand ausgegangen, in dem sich die „revolutionäre Bewegung" vielleicht 1969 oder auch noch 1971 befunden haben mag, aber heute nicht mehr.

Es wird nämlich so getan, als sei das gegenwärtige Fehlen e i n e r zentralen kommunistischen Zeitung für die BRD und Westberlin dem Umstand geschuldet, daß „die revolutionäre Bewegung" insgesamt angeblich nur auf ihren Betrieb und Ort starrt und die Notwendigkeit einer zentralen Zeitung noch gar nicht b e g r i f f e n habe. Diese Darstellung trifft jedoch für die „revolutionäre Bewegung" insgesamt nicht mehr zu. Vielmehr ist es so, daß sich in den letzten Jahren mehrere Strömungen herausgebildet und organisatorisch verfestigt haben, von denen j e d e der Meinung ist, i h r e schon vorhandene Zeitung durch Ausweitung des Vertriebs und i h r e r Organisation zur z e n t r a l e n Zeitung der BRD und Westberlins hin entwickeln zu müssen.

Selbst die meisten örtlich begrenzten Gruppen haben in den letzten Jahren in der einen oder anderen Form unmittelbare „Bekanntschaft" mit einer oder mehreren der bestehenden „nationalen" und regionalen Organisationen gemacht. Das Problem liegt also nicht darin, daß angeblich die „revolutionäre Bewegung" insgesamt in der betrieblichen und örtlichen Praxis verharrt und darüber nicht hinauszublicken vermag, sondern das Problem liegt in der politisch-theoretischen und organisatorischen Zersplitterung der Linken, die m e h r e r e „zentrale" Zeitungen und m e h r e r e „nationale" bzw. überregionale Gruppierungen hervorgebracht hat.

Diese Tatsache ist indessen auch den Genossen vom „Arbeiterbund..." nicht so gänzlich unbekannt. Dazu meinen sie: *„Es kann für die Sache der Arbeiterklasse nur von Schaden sein, wenn die Kommunisten ihre noch sehr geringen Kräfte auch noch zersplittern, indem zur gleichen*

Zeit und an verschiedenen Orten Zeitungen erscheinen ..." (S. 29).

„*Es besteht in keiner Weise eine unabdingbare Notwendigkeit, daß jeder Zirkel, weil er eben eine ‚selbständige' Organisation ist und noch nicht Teil der wiederaufzubauenden KPD sein kann, sein ‚eigenes Zentralorgan' für seinen begrenzten Leserkreis herausbringt. Es besteht in keiner Weise eine unabdingbare Notwendigkeit, daß jede kommunistische Massenorganisation (?) ausgerechnet auch dadurch in die Breite wirken will, daß sie den Blätterwald ‚zentraler' kommunistischer Zeitungen um ein eigenes kommunistisches Zentralorgan vermehrt*" (S. 46).

Im selben Sinn polemisieren die Genossen vom „Arbeiterbund..." denn auch dagegen, „*daß die Revolutionäre keine andere Lösung der Überwindung der Zersplittertheit, als durch die Verbreiterung ihrer eigenen Organisationen sehen können*" (S. 31), und daß sie „*sich nicht einmal davon abhalten*" lassen, „*an solchen Orten ihre örtliche Ausdehnung zu vollziehen, so als hätten wir unübersehbare Reserven von Revolutionären, wo dies durch andere Organisationen schon längst geschehen ist*" (S. 34/35).

So „*fordern*" sie denn auch „*alle Revolutionäre und ihre Organisationen auf ..., ihr Hauptaugenmerk und ihre revolutionäre Energie auf die Herstellung e i n e r zentralen Zeitung für ganz Westdeutschland zu legen*" (S. 35). „*Die formale (?!) Seite, ob diese Zeitung von einer Organisation getragen wird oder, eine Zeitung der verschiedenen, auf der Grundlage des Kommunismus stehenden Organisationen, die Träger sind, ist eine absolut untergeordnete Angelegenheit (!). Die Hauptseite ist, daß die revolutionäre Bewegung diesen Typus von Zeitung erhält*" (S. 29).

Das hört sich erst einmal ausgezeichnet an! Wenn diese Frage ihrer Meinung nach nur „formal" ist, so erwägen die Genossen womöglich sogar, ihr weitgehend nur regionales „Zentralorgan" recht bald zugunsten der Mitarbeit an einer der bestehenden national verbreiteten Zeitungen einzustellen? Oder sie streben jedenfalls Überlegungen und Gespräche in diese Richtung an? --- Weit gefehlt!

Die Schelte der Genossen vom „Arbeiterbund..." gilt ganz offensichtlich den a n d e r e n Linken und d e r e n „Zentralorganen"! Was sie übelnehmen, ist das Bemühen



a n d e r e r Organisationen, sich national auszudehnen. Für sich s e l b s t hingegen ziehen sie genau die „Schlußfolgerung", i h r e Zeitung auszuweiten, i h r e Organisation auszudehnen: „ ... *Damit die Stunde der Entscheidung darüber, w i e dieses Zentrum zu bilden ist, aber möglichst rasch näher rückt, bedarf es einer Zeitung, die – obwohl sie heute nur von e i n e m Zirkel herausgegeben werden kann – zugleich mehr als das ‚Zentralorgan' dieses Zirkels ist*" (S. 48). Folglich müsse die „KAZ" entwickelt werden zu einer „*Zeitung, die darauf ausgerichtet (!) ist, weit (!) über den direkten Tätigkeitsbereich des Arbeiterbunds hinaus die für den Wiederaufbau der KPD in Frage kommenden Kräfte zu erreichen*" (S. 48).

„*Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Arbeiterzeitung ist es, die für den Wiederaufbau der KPD in Frage kommenden Kräfte z u s a m m e n z u f ü h r e n, also mit diesem Ziel als O r g a n i s a t o r zu wirken*" (S. 53).

Die Genossen kommen dann ganz von selbst auch auf den nächstliegenden Gedanken, daß natürlich auch „*o r g a n i s a t o r i s c h alles getan*" werden muß, um die „KAZ" „*unter die Massen zu bringen*" (S. 49), d.h. die „*Möglichkeiten des Vertriebs*" auszubauen (S. 54).

Die Genossen stellen sich also die Aufgabe, ihre „KAZ" als eine „zentrale" Zeitung auszudehnen und damit auf nationaler Ebene in andere Organisationen hineinzuwirken. Dies geht indessen nur, wenn man das Vertriebsnetz ausbaut, was wiederum einhergeht mit der Ausdehnung der eigenen Organisation ...

Hinter den Anklagen des „Arbeiterbunds ..." gegen a n d e r e Organisationen und a n d e r e „Zentralorgane" steht also in Wirklichkeit das Bestreben, die e i g e n e Organisation und die e i g e n e Zeitung auszudehnen – was damit gerechtfertigt wird, daß der „Arbeiterbund..." als einzige Organisation schon die Rolle des organisatorisch-politischen Zentrums und der e i n e n zentralen Zeitung begriffen habe, während der Rest der „revolutionären Bewegung" noch in „*Zirkelborniertheit*" und „*Ängstlichkeit*" um den „*Führungsanspruch*" verharre (S. 31).

Mit der Aussage, daß die e i n e zentrale Zeitung notwendig ist, ist noch so gut wie nichts erreicht. Die Genossen vom „Arbeiterbund..." haben das schon 1970 gesagt (damals noch als ABG) und damals hatte das eine gewisse politische Bedeutung. Die einfache Wiederholung dieser Aussage h e u t e weist dagegen um keinen Schritt nach vorn. Sie kann höchstens dazu dienen, sich durch den Ruf nach „Einheit" wieder einmal in Erinnerung zu bringen und zugleich den Versuch der Ausdehnung der e i g e n e n Zeitung und Organisation irgendwie zu bemänteln.

Beim heutigen Stand der kommunistischen bzw. sich kommunistisch nennenden Bewegung ist erst einmal gar nichts anderes denkbar, als daß j e d e Organisation versucht, i h r e politische Linie durchzusetzen, indem sie i h r „Zentralorgan" und i h r e Organisation auszudehnen versucht – natürlich auch an Orten, wo schon andere Organisationen und Gruppen arbeiten.

Den Genossen vom „Arbeiterbund..." stimmen wir vollauf zu, was die Notwendigkeit der e i n e n zentralen Zeitung und der e i n e n zentralen Organisation angeht. Aber der Weg dahin führt unvermeidlich über eine breite öffentliche Debatte um die Grundfragen kommunistischer Strategie und Taktik für die BRD und Westberlin; diese Debatte muß an der Wahrheit und an der Praxis entlang geführt werden, nicht mit Verdrehungen, Unterstellungen oder abstrakten „Weisheiten". Die verschiedenen Organisationen sind nicht an der L a u t s t ä r k e und Beharrlichkeit zu messen, mit der manche fortwährend die Notwendigkeit der e i n e n zentralen Zeitung betonen, sondern an dem, was sie k o n k r e t für dieses Ziel tun!

Den Genossen ist im Prinzip zuzustimmen, wenn sie in Worten dafür eintreten, daß eine „*Zentralisierung der revolutionären Kräfte*" erreicht werden müsse (S. 30), daß „*eine tatsächliche Verbindung ... durch regelmäßige und gemeinsame Arbeit*" (S. 30) hergestellt werden müsse, daß man „*die Voraussetzungen ... schaffen*" müsse, damit „*stabile Verbindungen zwischen den Organisationen entstehen*" (S. 35).

Wenn wir sagen: „Im Prinzip zustimmen", so vergessen wir doch nicht ganz, daß es in diese Richtung schon 1971 mit der Aktionseinheit zahlreicher örtlicher und überörtlicher Gruppen zur Metalltarifrunde einen konkreten Anlauf gegeben hat. Dieser Versuch scheiterte nicht zuletzt daran, daß die heutigen führenden Genossen des „Arbeiterbund..." (damals ABG) sich damals vom Teufel reiten ließen, eine wilde Polemik gegen den damaligen KAB Hamburg (eine der Gründungsgruppen des KB) als angebliche „*Trotzkisten-Clique*" abzuschießen, die sich in die Bewegung „eingeschlichen" habe. Noch in seinem ‚Rechenschaftsbericht' 1972 ließ es sich das ZK des „Arbeiterbund..." (damals ABG) nicht nehmen, den KB anzupöbeln, er habe „*sich eine trotzkistische Führung aufdrängen*" lassen, aus „*trotzkistischen Intellektuellen*" (S. 31). „*Mit der Gründung des ‚Kommunistischen Bundes' hat eine Entwicklung eingesetzt, die schärfstens bekämpft werden muß*" (S. 32).

Der „Arbeiterbund..." hat zu dieser Trotzkisten-Psychose irgendwann einmal e i n e n selbstkritischen Satz veröffentlicht, der aber mehr die F o r m der damaligen Polemik als den I n h a l t zurücknahm.

Dennoch könnte man diese Geschichte vielleicht mit dem ‚Mantel der Nächstenliebe' zudecken, wenn nicht vom „Arbeiterbund..." selbst heute wieder, jüngst erst in der „KAZ" vom 18.4.76, uns „*trotzkistische Positionen*" angedichtet werden – ohne daß dieser Vorwurf, der für uns ein äußerst schwerwiegender ist, im mindesten inhaltlich nachgewiesen wird. Mit solchen Mätzchen kann man die Atmosphäre zwischen den wenigen linken Organisationen, die heute überhaupt noch zu einem Dialog bereit sind, ziemlich vergiften!

Wir haben die Initiative ergriffen, das 1971 gegen unseren Willen abgerissene Gespräch mit den Genossen vom „Arbeiterbund..." (ABG) wieder aufzunehmen. Wir halten diesen Weg nach wir vor für richtig und auch für gangbar. Wir sagen aber auch ganz klar: Wenn die Genossen darauf beharren, mit ihrer politischen Linie weiter zwischen KBW und DKP herumzujonglieren, wenn sie versuchen, alles mit jedem zu versöhnen und zu vereinen, und wenn sie sich als großes ‚Zentrum' aufspielen, wird über kurz oder lang die Entwicklung der kommunistischen Bewegung an ihnen vorbei und über sie hinweg gehen. Das muß nicht sein!... ●

Leserbrief

Wie die „Alten" sungen...

Im AK 79 kritisiert ihr den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB) wegen seines Artikels über den DKP-Parteitag, der „*bis an die Grenzen der Penetranz geprägt von der Absicht (ist), durch taktische Finessen die ‚Genossen' von der DKP zu umwerben*".

Tatsächlich scheinen sich Illusionen über die DKP dahinter zu verbergen, wie die Politik des KHB, der Studentenorganisation des AB, im VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) deutlich macht: Über die „Demokratische Front" (DF), eine antifaschistische Bündnisorganisation des KHB, ist der KHB in einigen ASten Bayerns und damit im VDS vertreten. Die DF-Genossen arbeiten führend in der „Basisgruppen-Fraktion" mit (vgl. AK 78). Sie stellten bisher das VDS-Vorstandsmitglied der BG-Fraktion.

Für die diesjährige Mitgliederversammlung des VDS legte dieser Genosse einen Entwurf für eine Erklärung vor, in der es u.a. heißt: „ ...*Heute können wir sagen, daß die Politik der Spaltung der demokratischen Studentenbewegung gescheitert ist*".

Weiter unten wird als ein wesentliches Indiz dafür die angebliche „*Veränderung der Einstellung des MSB zur Aktionseinheit auf seinem letzten Bundeskongreß*" angegeben. Auf diesem Kongreß hatte der MSB einen Aufruf „*zur Einheit der Linkskräfte*" erlassen, der aber sofort als demagogisch erkennbar wird, wenn man dort liest: „*Zu den Linkskräften, an die wir unsere Aufforderung nach Diskussion richten, gehören keine maoistischen und trotzkistischen Organisationen*" (zitiert nach „Solidarität" 27).

Die These 41 der DKP (keine Zusammenarbeit mit Organisationen links von der DKP) wird also ausdrücklich nicht angetastet. W i r sehen im Gegenteil diese Erklärung des MSB als Bekräftigung ihrer Spalterpolitik auch gegenüber dem KHB und der DF, die der MSB erklärtermaßen als „Maoisten" einstuft.

Über die angebliche „Änderung" des MSB heißt es dann weiter: „*Wir freuen uns darüber, nicht aus Schadenfreude, sondern, weil, falls (!) sie ernst gemeint ist und auf Worte Taten folgen, damit ein Fortschritt der demokratischen Studentenbewegung erreicht wäre*".

Es blieb jedoch nicht bei diesen verbalen Zugeständnissen an den MSB. Mit dieser Erklärung wurde im VDS durch die BG-Fraktion eine „Aktionseinheits"politik gegenüber dem MSB eingeschlagen, die darauf hinauslief, um den Preis einer gemeinsam formulierten Hauptresolution, die hinterher doch kein Student liest, vom MSB beim Aktionsprogramm dadurch angeschissen zu werden, daß dieser in einer zentralen Kontroverse die BG-Fraktion einfach gemeinsam mit den Jusos überstimmte (vgl. AK 77). Überdies gehen MSBler seit der VDS-MV damit hausieren, sie hätten eine Aktionseinheit mit Teilen der BG-Fraktion gegen die „Maoisten" geschlossen, letztere seien nun völlig isoliert.

Die mit dem KB sympathisierenden Studenten hatten schon auf der VDS-MV vor dieser Entwicklung gewarnt, den MSB nicht falsch einzuschätzen, sondern auf eine Änderung seiner P r a x i s zu dringen und n u r d a r a n angebliche „Änderungen" zu messen. Aber es waren gerade immer wieder Vertreter von KHB und DF, die obwohl sie in Worten unsere Einschätzung bestätigten – auf eine veränderte Haltung zum MSB drängten, und die jedes Wort eines MSB-Führers von „Einheit" als Fortschritt priesen.

Die „bestmögliche" Erklärung laut AK 79, daß der AB nur aus „taktischen Gründen" mit seiner wirklichen Einschätzung über die Politik von DKP/MSB zurückhaltend ist, ist u.E. leider nicht zutreffend. Die AB/KHB/DF-Genossen scheinen sich tatsächlich einiges von der DKP/MSB-Führung in Sachen Aktionseinheit zu versprechen und vernachlässigen offenbar gerade darum die scharfe ideologische Auseinandersetzung mit den Revisionisten, um es sich mit ihnen nicht zu verderben. In jedem Fall erkennen sie aber nicht, daß nur die schonungslose Entlarvung der revisionistischen Macht- und Spalterpolitik an jedem Punkt die revisionistischen Führungen langfristig zu einer Änderung ihres Kurses mit Rücksicht auf ihre Basis wird veranlassen können. ●

Ein Studentengenosse
KB/Gruppe Hamburg

KBW zur Gewalt gegen Frauen
„Die Massen regeln das schon"

Unter der Überschrift **„Der ‚Arbeiterkampf' ruft nach dem Staat"** zieht der KBW in der Hamburger Ortsbeilage der „KVZ" (6.5.76) wieder einmal dagegen vom Leder, daß wir den Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau (das für den KBW offensichtlich überhaupt bloß in Anführungszeichen existiert!) führen.

Konkret erregt hat die KBW-Männer bzw. den Ortssekretär Plümer, der sich als Verfasser dieses Artikels bekennt, daß wir in AK 78 über eine Gesetzesvorlage in Großbritannien ‚zum Schutz der Frauen' berichtet haben.

Dieses Gesetz soll es Frauen erleichtern, ihre sie terrorisierenden Ehemänner ganz oder teilweise aus der Wohnung auszusprerren. Im krassen Wiederholungsfall soll auch die Anordnung von Haft möglich sein. Dieses Gesetz wurde vorerst von der Konservativen Partei zu Fall gebracht.

Dies wurde in AK 78 bedauert. Für Plümer dagegen hat die Konservative Partei wohl damit die Interessen des „Volkes" erfüllt! Denn für Plümer wäre ein derartiges Gesetz **„nicht fortschrittlich, sondern reaktionär"**. Der ARBEITERKAMPF, so phantasiert Plümer sich zusammen, **„ist dagegen, daß die Massen ihre Auseinandersetzungen untereinander austragen und sich gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen."**

Plümer bestätigt damit wieder einmal die schlimmsten Vermutungen über seinen Geisteszustand. Es ist klar, daß im AK nichts von dem stand, was Plümer jetzt behauptet.

Wenn dies „*ihre Auseinandersetzungen untereinander austragen*" allerdings als Legitimierung schwerer Körperverletzung des Mannes gegen die Frau oder beider gegen die Kinder gemeint ist, dann sind wir in der Tat dagegen. Wir sind allerdings der Meinung, daß beispielsweise eine Frau, die immer wieder von ihrem Mann geprügelt und terrorisiert wird, auch die Möglichkeit haben muß, Schutz vom bürgerlichen Staat zu fordern.

Vielleicht denkt Plümer einmal darüber nach, daß es wohl kein Zufall ist, daß der bürgerliche Staat die Körperverletzung in der Familie, bis zur ernsten Mißhandlung, zur Privatsache erklärt, obwohl derselbe Staat sich sonst an allen Ecken und Kanten in das Privatleben der Volksmassen einmischt. Die Bourgeoisie weiß natürlich, daß dies der beste Weg ist, um die Spaltung der Massen aufrecht zu erhalten.

Gerade auf der „privaten", „familiären" Ebene wird die Spaltung des Volkes sehr deutlich. Die große Mehrheit der Werktätigen hält es heute noch für „normal", daß ein Mann seine Frau „züchtigt", daß beide die Kinder prügeln. Als Kommunisten müssen wir den Schwerpunkt darauf legen, unseren Beitrag zur Ü b e r w i n d u n g dieser Spaltung zu leisten, indem wir ein solidarisches Verhalten zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern propagieren und selbst vorleben. Zugleich kämpfen wir für das Recht der Schwächeren, im Notfall Schutz auch vom bürgerlichen Staat zu fordern. Solange die Massen nicht soweit mobilisiert und bewußt sind, um dieses Problem wirklich solidarisch „untereinander auszutragen" und gegebenenfalls s e l b s t den Schutz der Geprügelten und Geschundenen zu übernehmen und zugleich rückständige Ehemänner oder Eltern zu erziehen, müssen wir für dieses Recht eintreten. Im Kampf für dieses Recht müssen wir dazu beitragen, die Massen zusammenzuschließen, indem wir die gesellschaftlichen Ursachen derartiger Gewalttaten im Volk deutlich machen und indem wir klar machen, daß der „Schutz" des bürgerlichen Staates niemals etwas anderes sein kann und darf als ein Notbehelf, und daß die Massen nicht dem bürgerlichen Staat die Lösung der Widersprüche im Volke anvertrauen dürfen, sondern selbst ihre Sache in die Hand nehmen müssen. ●

Schmierers Geschichtsfälschung zu Angola

In seiner „KVZ“ 15/76 hat KBW-Chef J. Schmierer (J.S.) nochmals eine umfassende „Begründung“ der reaktionären KBW-Aussagen zu Angola abgelassen. Eingekleidet ist der Artikel in eine „Polemik“ gegen die DKP, von der frech behauptet wird, sie *„faßt die Argumente des Kommunistischen Bundes (Nord) systematisch zusammen“*. Dieser Taschenspielertrick (den Sack schlagen, und den Esel meinen) ist dermaßen alt, daß ein Eingehen hierauf unnötig erscheint.

Ebenso unerquicklich ist es, auf die sich ständig verschärfende KBW-Hetze gegen die MPLA einzugehen, obwohl J. Schmierer auch auf diesem Sektor neue „Gipfel“ erklommen hat. So formulierte er, man könne „ *die kubanischen Söldnertruppen keineswegs mit den Internationalen Brigaden* (im spanischen Bürgerkrieg - AK) *vergleichen, sondern höchstens mit den italienischen und deutschen faschistischen Interventionstruppen in Spanien(!!). Breschnew aber kann man nicht mit Stalin vergleichen, sondern nur mit Hitler“*. Dieser These folgend, setzt Schmierer die MPLA (die ja bekanntlich die kubanische Unterstützung erbeten hatte) mit den spanischen Franco-Faschisten auf eine Stufe!

Bei allem ist der KBW eifrig bemüht, seinen Positionen durch mühevolle Geschichtsfälschungen einen Anstrich von Glaubwürdigkeit zu verpassen.

Diese Geschichtsfälschungen des KBW wollen wir im folgenden an einigen Punkten exemplarisch belegen. Dies erscheint auch deshalb nochmals notwendig, weil Schmierers Argumentation praktisch eine umfassende Legitimation der Politik des BRD-Imperialismus nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus beinhaltet.

Schmierers Strickmuster besteht darin, ein Geschichtsbild zu malen, nach dem die *„drei Befreiungsbewegungen“* immer nach *„Einheit“*, *„Vereinigung“* etc. gestrebt haben, im ehrlichen Bemühen, den Kolonialismus und Imperialismus zu schlagen.

Materialistisch begründete Widersprüche der „Bewegungen“ gibt es laut J.S. überhaupt nicht, sodaß er sich *„nicht zum willkürlichen Richter aufspielen* (will), *welche Befreiungsbewegung eine Befreiungsbewegung ist und welche nicht“*.

Wenn man sich nur *„an die Befreiungsbewegungen selber und an die OAU“* halte – so J.S. – dann würde man *„historische Tatsachen“* feststellen, zu denen *„mannigfache Vereinigungsbestrebungen* (!) *der angolanischen Befreiungsbewegungen* (gehören)“. Diese (gefälschte) Darstellungsweise ist für den KBW so wichtig, weil hierauf die eigentliche Demagogie fußt, der Sowjetunion und der MPLA die „Schuld“ an den späteren militärischen Auseinandersetzungen (der *„Spaltung der drei Befreiungsbewegungen“)* anhängen zu können.

Hauptsächlich bemüht J.S. zwei „historische Ereignisse“, um seine Theorie der „Einheit der Bewegun-
anhängen zu können.

Hauptsächlich bemüht J.S. zwei „historische Ereignisse“, um seine Theorie der „Einheit der Bewegungen“ zu verkaufen. Ein 1972 geschlossenes Abkommen zwischen FNLA und MPLA (über das sich MPLA-Präsident Neto positiv äußerte, weil er sich hiervon die *„Einheit in der Aktion“* – nicht jedoch wie J.S. die „Vereinigung“ – erhoffte), sowie das 1975 geschlossene Abkommen von Alvor, das die Formalitäten des Abzugs der portugiesischen Kolonialisten regelte.

Beide Verträge werden von J. S. als „Beweise“ der „Einheit und Gleichberechtigung“ zwischen den „Bewegungen“ herangezogen. In den historischen Zusammenhang gestellt, werden sie jedoch als das genaue Gegenteil dessen erkenntlich, was Schmierer in sie hineininterpretiert.

FNLA/UNITA – Kampf gegen MPLA

Die gesamte Geschichte der FNLA (früher UPNA bzw. UPA), wie auch der UNITA (die – dokumentarisch belegt – mit den portugiesischen Kolonialisten kollaborierte, was die „KVZ“ unterschlägt), ist geprägt von der militärischen Aggression gegen die MPLA. Diese Tatsache ist jedem bekannt, der die Geschichte des angolanischen Befreiungskampfes verfolgt hat.

Schmierer selbst kam unter d i e s e n Gesichtspunkten 1969 zu folgendem Urteil:

„Die Kader der MPLA wurden in Kongo-Brazzaville ausgebildet und mußten die Grenze von Kongo-Kinschasa überqueren, um in Angola den Kampf aufnehmen zu können. Die Kader wurden aber ständig von der UPA, geführt von dem berüchtigten CIA-Agenten Roberto Holden, überfallen und von der Yankee-Marionette J. Mobutu entwaffnet. Zum Teil vegetieren die Kader heute in KZ's in Kinkuso (Kongo-K) vor sich hin, wo Holden seinen Stützpunkt hat. Durch die den offenen Verrat Holdens am angolanischen Volk, hat Holden jeden Anspruch auf Führung in Angola verloren“ (Redaktioneller Kommentar in „Forum academicum“, S. 13, Mai 1969, Chefredakteur J. Schmierer).

Man sieht, daß Schmierer ein erbärmlicher Lump ist, der genau weiß, was für Lügen er heute verbreitet!

Schmierers korrekte Einschätzung von 1969 basiert auf folgenden Fakten, die wir hier benennen wollen, da sie der KBW bis heute seinen Anhängern unterschlagen hat:

Die FNLA war von Anfang an eine tribalistische, d.h. auf Stammesdenken orientierende Organisation, die sich wegen ihrer tendenziell reaktionären Ideologie zur Spaltung des angolanischen Befreiungskampfes gewissermaßen „anbot“. Sie wurde von Anfang an vom CIA bezahlt (siehe AK 69), brachte es unter Holdens Leitung binnen kurzem zu einer ausgeprägt antikommunistischen Ideologie und verübte Angriffe auf andere Stämme und auf Mischlinge und „Assimilierte“: *„Als der Kampf begann, haben die Marionetten gegen die Assimilados, besonders gegen die Mischlinge einen regelrechten Krieg entfacht. Nach Aussagen einer dieser Marionetten wurden bis 1962 mehr als 8.000 Assimilados umgebracht“* (A. Neto, „Ein Volk im Aufstand“, 1969).

Die Stammeswidersprüche wurden vom CIA für die Konterrevolution eingespannt: *„Bereits zweimal sind die MPLA-Nachschubkolonnen ausgeraubt und massakriert worden“* („Tagesspiegel“ vom 28.3.62, ähnliche Meldungen auch in „FAZ“, 6.2.62, „New York Times“, 28.3.62 und „Le Monde“, 22.7.64). Während Schmierer heute behauptet, erst n a c h dem Vertrag von Alvor (Januar 1975) sei die „Einheit“ „gespalten“ worden, und zwar von den „Sozialimperialisten“, klagte die MPLA bereits Anfang der 60iger Jahre die FNLA (UPA) des *„systematischen Ausrottungskampfes“* an.

Die MPLA hat sich im Interesse des Befreiungskampfes trotz der gegen sie verübten Aggressionen nicht davon abhalten lassen, Holden wiederholt Angebote zur Kooperation gegen den portugiesischen Kolonialismus zu machen. Diese Angebote wurden in den Jahren 1960-62 sämtlichst von Holden abgelehnt.

Im Oktober 1966 hat Holden ein bereits von seinen Vertretern unterzeichnetes Abkommen über die Zusammenarbeit mit der MPLA boykottiert. Auch das Abkommen von 1972, das Schmierer in der „KVZ“ 15/76 zum Sinnbild einer prinzipiell möglichen „Einheit“ demagogisch hochstilisiert, war von Anfang an „totgeboren“. Holden, dessen Tribalismus und militärische Inaktivität 1971 zum spektakulären Verlust des sieben Jahre lang gewährten Rechtes führte, an OAU-Sitzungen teilzunehmen, weigerte sich, den militärischen Kampf gemeinsam mit der MPLA gegen die portugiesischen Kolonialisten zu führen. Er behauptete demagogisch, der bewaffnete Kampf sei nur „ein“, aber *„nicht das einzige Mittel“* ... *„Gerade das Abkommen von 1972 hat bewiesen, das im Falle einer punktuellen Zusammenarbeit die MPLA rasch die Oberhand gewinnen würde“* („Financial Times“, 6.5.74). Kurz vor dem Abkommen äußerte Holden in realistischer Selbsteinschätzung die Befürchtung, *es könnte ihm so ergehen wie der FLING gegenüber der PAIGC in Guinea-Bissao* („Times“, 27.12.72). (FLING war die von den Portugiesen geförderte reaktionäre Spalterorganisation in Guinea-Bissau, die bis 1967 vom stockreaktionären Senegal unterstützt wurde, bis der Erfolg der politischen Arbeit der PAIGC sie zur Bedeutungslosigkeit verdammte).

Zusammenfassend wird deutlich: Während der Kolonialzeit bestand die Politik der FNLA/UNITA hauptsächlich in der militärischen Bekämpfung der MPLA.

Die MPLA ihrerseits hat wiederholt Abkommen mit der FNLA angestrebt – offensichtlich, um den militärischen Druck von dieser Seite aufzuheben und um dem angolanischen Volk zu zeigen, wo die Spalter sitzen.

Von „Einheit und Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen“ bleibt absolut nichts!

Das „Abkommen von Alvor“ – und wer es gebrochen hat

Der Vertrag von Alvor regelte die Bedingungen des Abzugs der portugiesischen Kolonialisten und die Übergangszeit bis zum 11. November 1975 (dem Tag der offiziellen Unabhängigkeit). Im Vertrag wurden die drei Bewegungen als *„einzig legitime Vertreter des angolanischen Volkes“* bezeichnet. J.S. versucht, diesen Vertrag in „gegenseitige Anerkennung“ der drei Bewegungen umzumünzen. Er tut so, als ob das Abkommen von Alvor „freiwillig“ zustande kam und interpretiert es als *„Erfolg, der durch die Einheit errungen* (wurde)“.

Diese Konstruktion ist für J.S. notwendig, um zu behaupten, daß nach (!) dem Vertrag von Alvor die *„beiden Supermächte, insbesondere der Sozialimperialismus ... die Spaltung der Befreiungsbewegungen herbeigeführt haben.“*

Einem Vergleich mit der historischen Realität – sowohl was das Zustandekommen, als auch den Bruch der Verträge von Alvor betrifft – halten die kühnen Behauptungen des J.S. in keiner Weise stand:

Die portugiesische Politik war seit 1974 auf die Isolierung der MPLA angelegt, was selbst die bürgerliche Presse (vergl. z.B. „Le Monde“, 6.6.74) zugibt. So fanden Treffen zwischen Spinola, Nixon und Mobutu statt und eine portugiesische Delegation reiste zusätzlich am 10. Oktober nach Zaire zu Gesprächen mit Mobutu, dem Förderer der FNLA. Neben diesen Versuchen, die MPLA „vor der Tür“ zu halten, versuchten die portugiesischen Kolonialisten mit anfänglichen Erfolgen, die MPLA durch den PIDE-Agenten Chipenda zu spalten. Angesichts dieser massiven Angriffe muß das Abkommen von Alvor als Erfolg für die MPLA angesehen werden, die damit offiziell anerkannt wurde, obgleich sie zu diesem Zeitpunkt in einer umfassenden Schwächeposition steckte, während die Chipenda-„Fraktion“ auf Netos ausdrückliches Verlangen an der Konferenz nicht teilnehmen durfte. Zudem enthielt das Abkommen von Alvor auch elementare Ziele, für die allein die MPLA seit vielen Jahren gekämpft hatte: Aufbau einer *„gerechten und demokratischen Gesellschaft“*, Eleminierung *„ethnischer, rassischer und religiöser Diskriminierung“*, *„Sicherung der territorialen Integrität Angolas“* (eine direkt gegen Mobutus Gebietsansprüche gerichtete Passage!).

Es ist in der Tat so, wie Schmierer schreibt: *„Die Feinde Angolas mußten versuchen, dieses Abkommen zu zerstören* (...)“ („KVZ“, ebenda). Nur daß er der Sowjetnion und der MPLA den Bruch des Abkommens in die Schuhe schiebt, ist wohl eine der wildesten Geschichtsfälschungen, die sich der KBW überhaupt erlaubt hat:

Der Vertrag von Alvor war keine 48 Stunden alt, als er von der

KBW überhaupt erlaubt hat:
Der Vertrag von Alvor war keine 48 Stunden alt, als er von der

FNLA durch Sprengung einer MPLA-Druckerei gebrochen wurde. Ein von zwölf portugiesischen Militärärzten unterzeichnetes Dokument gibt Einzelheiten eines Massakers an ca. 80 MPLA-Kämpfern wieder („Financial Times“, 29.3.75). Neto klagte damals die FNLA an, mit den faschistischen PIDE-Geheimpolizisten zusammenzuarbeiten (ebenda). Ebenfalls im März wurden 51 Rekruten der MPLA von FNLA-Soldaten zusammengetrieben und erschossen. Bis zum 14.5. hat die FNLA ca. 3.500 Tote auf dem Gewissen. Nicht eine einzige dieser grauenhaften Mordtaten wurde vom KBW in seiner Presse enthüllt!!

Dagegen konnte die bürgerliche Presse nicht verschweigen, daß es die FNLA ist, von der die Provokationen ausgehen: *„Es herrscht der Eindruck vor, daß Holden Roprovozieren will, um militärisch die Macht an sich zu reißen“* („SZ“, 15 5., ähnliche Einschätzungen in „Fk“ vom 30.3. und „Financial Times“ vom 29.3.75). „Le Monde“ vom 3.5. schrieb: *„Die Häufung der Zwischenfälle, die Massaker der Osterwoche und von dieser Woche geben zu denken, daß die inneren und äußeren Feinde der MPLA noch nicht aufgehört haben, diese Bewegung von der angolanischen Szene vor dem 11. November verschwinden zu lassen“*.

Während dieser schweren Angriffe auf die MPLA haben die fortschrittlichen und revolutionären Staaten und Bewegungen in Afrika, FRELIMO, PAIGC u.a. der MPLA in ihrer Auseinandersetzung mit FNLA/UNITA die volle Solidarität versichert. Aber auch darüber bekanntlich kein Wort in der „KVZ“. Selbst angesichts der belegten Massaker der FNLA in Luanda, sucht Schmierer demagogisch das im Juni 75 abgeschlossene Nakuru-Abkommen als Beweis für die „Einheit“ auszuschlachten. Die w i r k l i c h e n Abläufe kann man bei der MPLA nachlesen: *„Mit dem ‚Gipfel' von Nakuru tauchte eine neue Hoffnung auf. Sollten jetzt die Massaker, die Vergewalti-*

Fortsetzung auf Seite 47

Ganz neue „ML“-Thesen zu Angola

Ganz neue „ML“-Thesen zu Angola

Die bisherigen Thesen der „ML“er zu Angola orientierten sich ganz einfach an der „Peking Rundschau“: „Drei Befreiungsbewegungen“, „führen alle drei den Kampf um nationale Unabhängigkeit“, „müssen sich zusammenschließen“ usw. usf.

Vielleicht werden sich auch die „ML“er hierzulande bald umorientieren. Umorientiert hat sich jedenfalls schon die PCP (R), portugiesische „Bruderpartei“ der „KPD/ML“, aber auch vom KBW – in der Rolle des verschmähten Liebhabers – umworben.

Schon Anfang März hatte die PCP (R) in ihrer Zeitung „Bandeira Vermelha“ (Rote Fahne) verkündet: *„Für uns portugiesische Kommunisten ist die einzige echte Avantgarde des angolanischen Volkes eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Avantgarde, die sich schon heute organisiert und den Kampf aufnimmt. Unsere ungeteilte Unterstützung gilt den angolanischen Kommunisten“* (siehe auch Notiz in AK 76, S. 40).

Mittlerweile hat die PCP (R) eine sogenannte OCA, „Kommunistische Organisation Angolas“, präsentiert, die angeblich Anfang 1975 gegründet wurde. Es wird berichtet, daß *„schon seit einiger Zeit wichtige Gespräche“* zwischen PCP (R) und OCA stattgefunden haben, *„in einem Klima proletarischer Brüderlichkeit, kommunistischer Kameradschaft und Freundschaft“*, wobei *„eine Übereinstimmung der Standpunkte“* festgestellt worden sei. Die PCP (R) lobt der OCA an, sie vereinige *„die besten Söhne des angolanischen Volkes“*, sie sei *„die treue Bewahrerin der heroischen antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfe ihres Volkes“* etc. Die OCA revanchiert sich, indem sie die PCP (R) als *„lebende Verkörperung der schönsten Traditionen und der ruhmreichen Geschichte der alten PCP“* preist, als *„einzige Partei Portugals, die dem Marxismus-Leninismus treu ist“*, als *„konsequente revolutionäre Avantgarde des portugiesischen Proletariats“* etc. („Gemeinsames Kommuníque“ von PCP(R) und OCA, lt. „Bandeira Vermelha“, 29.4.76).

Man versichert sich gegenseitig, daß man im jeweiligen Land der Allergrößte ist. Soweit ist das der übliche „ML“-Schmus und nicht weiter bemerkenswert. Interessant wird es aber, wo es im „Gemeinsamen Kommunique“ heißt, daß die FNLA und die UNITA *„ A g e n t e n “ des Imperialismus* seien, und wo darüberhinaus zugegeben wird, daß es eine *„vom nordamerikanischen und europäischen Imperialismus unterstützte“* Aggression Zaires gegen Angola gegeben hat.

In der „Bandeira Vermelha“ vom 22.4. hieß es gar: *„Während der bewaffneten Zusammenstöße in Luanda* (im Frühjahr 1975 – Anm. AK) , *während die Bevölkerung und die Soldaten der FAPLA* (Befreiungsarmee der MPLA – Anm. AK) *auf die Massaker der FNLA antworteten, unterzeichnete die Führung der MPLA in Nakuru ein Abkommen mit FNLA und UNITA, das die Entwaffnung des Volkes und die gleichberechtigte Vertretung der drei Bewegungen in den Organen der Volksmacht vorsah“*. Dies wird ganz frech als *„Politik der Zugeständnisse und Verschwörungen“* kritisiert.

Bisher waren allerdings von seiten der „ML“er ganz andere Thesen zu hören: Daß nämlich das Abkommen von Nakuru ein großer Erfolg gewesen sei und ein Beweis für die „Einheit der drei Befreiungsbewegungen“; daß es Massaker der FNLA gar nicht gegeben habe; daß Zaire die nationale Unabhängigkeit Angolas verteidigt habe; daß alle drei Befreiungsbewegungen antiimperialistisch seien und daß die Kennzeichnung von FNLA und UNITA als Agenten des US-Imperialismus nur eine böswillige Erfindung der „russischen Sozialimperialisten“ sei, um das angolanische Volk zu spalten usw. usf.

Die PCP (R), die diesen schädlichen Unsinn voll mitgemacht hat, übt nun nicht etwa Selbstkritik! Sie übt auch keine Kritik an der Außenpolitik der VR China, die die MPLA im Kampf gegen die Agenten des Imperialismus im Stich gelassen hatte und die nichts besseres zu tun wußte, als diese Agenten des Imperialismus auch noch als „Befreiungsbewegungen“ zu beschönigen und ihre Beteiligung an der Regierung Angolas zu fordern. Stattdessen greift die PCP (R) weiter die MPLA an, weil sie die Hilfe von d e r Seite angenommen hat, von der sie zu erhalten war, der Sowjetunion und Kuba, womit die MPLA angeblich *„Angola dem russischen Sozialimperialismus ausgeliefert“* habe!

Wir meinen allerdings, daß sich kein Kommunist und Antiimperialist Illusionen darüber machen sollte, daß die angolanischen Genossen unter den Bedingungen, wie sie sich entwickelt haben, es nicht leicht haben werden, ihre Unabhängigkeit auch gegenüber der Sowjetunion zu verteidigen. Wir meinen auch, daß Befürchtungen nicht unberechtigt sind, daß gerade das verbrecherische Verhalten der VR China d i e j e n i g e n Kräfte innerhalb der MPLA gestärkt haben könnte, die sich enger an der Innen- und Außenpolitik der revisionistischen Staaten orientieren.

Aber diejenigen, die sich heute als Freunde des angolanischen Volkes bezeichnen, muß man daran messen, welche Haltung sie im Frühjahr 1975 einnahmen, als die FNLA ihre blutigen Massaker in Luanda und anderen Teilen Angolas verübte. Man muß sie daran messen, welche Haltung sie im Herbst 1975 einnahmen, als die FNLA und UNITA, geführt von den Aggressionstruppen Südafrikas und unterstützt von Truppen Zaires, den Ring um Luanda immer enger zogen und die Stadt bereits im Bereich ihrer Waffen lag.

Diejenigen, die damals die MPLA im Stich ließen, die gar noch die Aggressoren und Agenten des Imperialismus beschönigten, haben als „Freunde des angolanischen Volkes“ heute nicht die geringste Glaubwürdigkeit! Das würde auch für die westdeutschen „ML“er gelten, falls jetzt einige von ihnen die Unverfrorenheit besitzen sollten, der PCP (R) nachzueifern.

Forts. von S. 46

gungen von Frauen und Kindern, kurz, der ganze faschistische Terror aufhören, der nur dazu diente, das Volk zu unterwerfen? Das Volk verlor schnell seine Illusionen. Nicht einmal während der Woche des ‚Gipfels' setzten die Folterungen und Massaker aus" („Vitoria Certa", Organ der MPLA, 12.7.75).

Zusammenfassend:
Der Vertrag von Alvor ist von den Agenturen des Imperialismus – FNLA/UNITA – gebrochen worden. Die im Vertrag festgelegten Regelungen – freie politische Betätigung im ganzen Land und freie Wahlen – hätten die Massenverankerung und den politischen Sieg der MPLA so deutlich werden lassen, daß die Konterrevolution den Weg der militärischen Zerschlagung der MPLA gehen m u ß t e.

Weder die MPLA, noch die Sowjetunion haben auch nur eine der Vertragspassagen von sich aus verletzt. Im Gegenteil hat die Führung der MPLA recht lange gezögert, die Massaker der FNLA umfassend militärisch zu beantworten, und es waren zunächst die Volksmachtorgane („Poder Popular"), die die Mordbanden der FNLA aus Luanda vertrieben.

Absoluter Höhepunkt der Demagogie!

Das dickste Ei leistet sich Schmierer, wenn er zur Situation nach Alvor schreibt: *„Warum sind dann die russischen Waffen und „Berater" sowie die vom Sozialimperialismus beigeschafften kubanischen Truppen bereits vor den südafrikanischen Truppen ins Land gekommen, warum haben diese Truppen die beiden anderen Befreiungsorganisationen geschlagen, die südafrikanischen Truppen aber ruhig im Land stehen lassen?"*

Die hier auf den Kopf gestellte Wirklichkeit ist nicht länger als ein halbes Jahr alt. Wir beschränken uns daher auf einen sehr kurzen Abriß des wirklichen Ablaufs des „zweiten Befreiungskampfes" nach dem Bruch der Abkommen von Alvor und Nakuru durch FNLA/UNITA.

Die militärische Aggression von FNLA/UNITA wurde bewiesenermaßen von Beginn an kommandiert von Offizieren der alten portugiesischen Kolonialarmee und zairischen Militärs. Solange sich jedoch die Unterstützung des Imperialismus für FNLA/UNITA auf Waffenlieferungen und „normale" Söldnerentsendung beschränkte, konnte die MPLA mit dem Waffenarsenal des antikolonialistischen Befreiungskampfes diese Banden relativ „leicht" schlagen und bis zum Spätsommer 1975 zwölf der sechzehn angolanischen Provinzen ganz befreien.

Die völlige Niederlage unmittelbar vor Augen, forderten FNLA und UNITA dann vom Imperialismus den Einmarsch von südafrikanischen und zairischen Truppen, die bereits an den Grenzen bereitgestanden hatten. Nun bewahrheitete sich, was A. Neto nach der Unterzeichnung des Abkommens von Alvor prophezeit hatte: *„Ich möchte jedoch ganz deutlich sagen, daß, wenn es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen sollte, dies niemals ein Bürgerkrieg wäre, sondern eine imperialistische Invasion."* („ND", 31.1.75).

Nach dem Einmarsch der mehrere Tausend Mann starken südafrikanischen Armee-Einheiten spielen FNLA/UNITA keine wesentliche militärische Rolle mehr. Die Invasions-Truppen wurden lediglich durch einige „schwarze" Spezialeinheiten („Flechas") ergänzt, die schon von den portugiesischen Kolonialisten aufgebaut wurden. Diese Angaben konnten englische Reporter dokumentarisch belegen (vergl. u.a. „Guardian", 14.11.75 und „FR" 18.11.75). Der Überfall wurde mit Luftunterstützung und modernsten Panhard-Panzern vorgetragen. Die Rolle Südafrikas entsprach der Zaires im Norden Angolas. Hier kämpften inzwischen sechs Bataillone der regulären zairischen Armee gemeinsam mit der FNLA („Le Monde", 13.11.75). Hinzu kommen mehrere tausend international vom CIA zusammengekaufte Söldner, die FNLA und UNITA bekanntlich „verstärkten". Der Konterrevolution gelang es, bis 30 km vor Luanda vorzustoßen.

In dieser Situation hat die MPLA, nachdem sie am 11.11.75 die „Volksrepublik Angola" ausgerufen hatte, eine Verstärkung der sowjetischen Hilfe gegen die imperialistischen Aggressoren erbeten. Die Ausrufung einer allgemeinen Mobilmachung des Volkes, die Rekrutierung zigtausender Männer und Frauen sowie in zweiter Linie der Ausgleich der waffentechnischen Unterlegenheit haben die Invasoren schließlich aus Angola vertrieben.

Schmierer fälscht mit seiner Darstellung nicht nur den konkreten zeitlichen Ablauf des „zweiten Befreiungskrieges", wenn er die Erhöhung der sowjetischen und kubanischen Unterstützung für MPLA einfach v o r die imperialistische Aggression der RSA verlegt. Er fälscht die Geschichte auch nicht nur dadurch, daß der zairische Einmarsch in Nordangola bis heute nicht mit einem Sterbenswörtchen in der „KVZ" Erwähnung fand.

Er geht vielmehr soweit, den „cubanischen Truppen" die Vernichtung der Konterrevolution allein zuzuschreiben, der MPLA und den angolanischen Massen überhaupt die T e i l n a h m e am Befreiungskampf gegen FNLA/UNITA, gegen zairische und südafrikanische Aggression, gegen die Tausende vom Imperialismus geschickten Söldner a b z u s p r e c h e n. Kann man die nach Tausenden zählenden angolanischen toten Kämpfer, die für ein freies, antiimperialistisches Angola gefallen sind, mehr beleidigen?

Noch eine Frage an den KBW

Wir haben im vorliegenden Text weitgehend auf eine intensive Durchleuchtung der politischen Positionen des KBW zu Angola verzichtet (siehe zu diesem Thema die Broschüre: „KBW offen auf der Seite der Konterrevolution"). Bewiesen werden sollte, daß reaktionäre Politik und Geschichtsfälschung unzertrennlich miteinander verbunden sind (ein anderes Beispiel dieser Tatsache sind die immer neuen Erfindungen sowjetischer Geister-„Flottenstützpunkte" durch den KBW und seine Weigerung, trotz nachgewiesener grober „Fehler" diese Erfindungen zu korrigieren). Zur Politik der Fälschung gehört auch, aktuell wichtige Vorgänge zu verschweigen. Ein neuerer eklatanter Ausdruck hiervon ist, daß die namibische Befreiungsorganisation SWAPO (die auch vom KBW bisher als „einzig legitimer Vertreter des Volks" anerkannt wird), die FNLA/UNITA beschuldigt, heute in Namibia bei der Denunzierung von SWAPO-Kadern und darüber hinaus bei der militärischen Bekämpfung der SWAPO den RSA-Faschisten zur Seite gesprungen zu sein. – Hiervon kein Wort in der „KVZ"!

Wir fragen J.S., ob er den Mut aufbringt, diese Tatsache den „KVZ"-Lesern mitzuteilen und ob ihm auch hierfür eine demagogische Legitimation einfällt.

Indes – zu erwarten ist Schweigen! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„KPD/ML" widerspricht der VR China!

Überraschende Erkenntnisse im „Roten Morgen" der „KPD/ML"! In der Ausgabe vom 8.5. 76 kommt ausführlich ein Genosse einer ‚Revolutionären Marxistischen Partei Kongos' (Zaire) zu Wort. Er sagt u.a. sehr zutreffend: **„Unser Land ist eine amerikanische Kolonie... Heute kontrollieren die Amerikaner 80 % der gesamten Investitionen im Kongo... Es ist sicher, daß die USA dieses Land benutzen, wenn sie ihre Aggression gegen den Widerstand der Völker im übrigen Kontinent ausdehnen. Zum Beispiel: ...Die Armee Mobutus – die bestausgerüstete und bestbezahlte Armee Afrikas – wurde eingesetzt gegen den bewaffneten Kampf des Volkes von Tschad gegen den Neokolonialismus. Die Armee Mobutus intervenierte militärisch in Angola... In Angola, man weiß es, arbeitete Mobutu darauf hin, seinen Schwager Roberto Holden, der die ganze Zeit als Agent des US-Imperialismus arbeitete zum Chef des neuen Staates zu machen."**

Nichts läßt erkennen, daß die „KPD/ML" hierzu Widersprüche hat. Anscheinend möchte auch die „KPD/ML" so schnell wie möglich vergessen lassen, wie sie noch vor kurzem Zaire und Holden Robertos FNLA beschönigt hat und wie sie den Kampf der MPLA gegen diese Agenten des Imperialismus diffamiert hat.

Die obige, unserer Meinung nach höchst zutreffende Einschätzung des zairischen Genossen vergleiche man einmal mit folgender Lobrede auf das proimperialistische Mobutu-Regime *„Seit mehr als einem Jahr haben Regierung und Volk von Zaire unter der Führung Ihrer Exzellenz Präsident Mobutu dem Druck der Supermächte standgehalten, entschlossen ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität verteidigt, die afrikanische nationale Befreiungsbewegung unterstützt und den vereinten Kampf der afrikanischen Völker und Länder gegen den Hegemonismus vorangetrieben. In der Angola-Frage hat die Regierung von Zaire die Gerechtigkeit hochgehalten ... Angesichts der sowjetischen Bedrohung, Einschüchterung und militärischer Provokation führte Zaire der rohen Gewalt trotzend einen kompromißlosen Kampf und bewies die Charakterstärke der Dritten Welt, die es wagt, dem Großmachthegemonismus entgegenzutreten. Die Standfestigkeit der zairischen Regierung fand die Sympathie und Bewunderung der Länder der Dritten Welt und aller anderen für die Gerechtigkeit eintretenden Länder der Welt. Dazu möchten wir Sie von ganzem Herzen beglückwünschen."*

Dieses widerliche und verlogene Geschwätz sind Worte des chinesischen Außenministers Tjiao Guanhua auf einem Bankett zur Begrüßung einer zairischen Regierungsdelegation am 15. Februar dieses Jahres, nachzulesen in der "Peking Rundschau" Nr. 9.

Wenn die "ML"er nur einen Funken Ehrlichkeit und Schamgefühl hätten, wäre jetzt zumindest eine Selbstkritik und ein klares Wort zu Vögeln wie diesem Tjiao Guan-hua fällig! ●

Erste zarte Bande zwischen Faschisten und „ML"ern?

Als Ernst Aust, Chef der „KPD/ML", im vergangenen März in seiner berüchtigten „Kieler Rede" den neuen Kurs in Richtung „Vaterlandsverteidigung" wies, sprach er auch viel von einer „breiten Einheitsfront" mit *„a l l e n Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen"*.

Dazu stellte er selbst die rhetorische Frage: ***„Ja, aber alle? Höre ich schon einige Genossen sagen. Da gibt es z.B. einige kleinere nationalistisch beeinflußte Gruppen, die von sich behaupten, auch gegen die zwei Supermächte zu sein. Können wir denn auch mit denen . . .? Natürlich können wir!"*** („Roter Morgen", 5.4.75)

Obwohl Aust ein Bündnis mit derartigen Gruppen, gemeint sind die sogenannten **„Nationalrevolutionäre"**, damals als „natürlich" bezeichnete, ist später nicht bekannt geworden, daß die „KPD/ML" bisher irgendeinen konkreten Versuch in diese Richtung gemacht hätte.

Austs Aufruf in die Tat umgesetzt haben dagegen inzwischen anscheinend die sogenannten **„Marxisten-Leninisten Deutschland"** (ehemals „Marxisten-Leninisten Frankfurt" u.a.). Darüber berichtet die **„Nationale Verantwortung"**, Kampfblättchen einer faschistischen Gruppe, die sich als *„Organ der nationalrevolutionären Bewegung"*/**„Volkssozialistische Deutsche Partei" (VSDP)** bezeichnet, in ihrer Mai-Nummer. Das Blättchen berichtet, daß sich in Frankfurt Vertreter der VSDP, des **„Weltfriedensbundes"** (ein anderes faschistisches Grüppchen) und der *„deutschen Maoisten"* getroffen hätten. Es habe sich *„zunächst nur"* um ein *„einleitendes Gespräch"* gehandelt, das aber *„erfolgversprechend"* verlaufen sei. Zukünftig wolle man in weiteren Gesprächen *„die gegenseitige Vertrauensbasis ausbauen"* und *„eine gemeinsame Aktions-Plattform schaffen"*.



Als „Diskussionsbeitrag" ist dazu in der „Nationalen Verantwortung" gleich ein Artikelchen abgedruckt, das mit „Rolf Schneid / MLD" (= „Marxisten-Leninisten Deutschland"!) unterschrieben ist. In diesem Artikelchen wird in der gewohnten Manier der „MLD" kräftig gegen die ***„linken Stoßtrupps der 5. Kolonne Moskaus"*** vom Leder gezogen, wozu die „MLD" nicht bloß den KB rechnen, sondern auch gleich noch den KAB„D", den KBW und sogar . . . die „KPD/ML"! Lediglich der „KPD" wird zugestanden, daß sie *„eine gewisse Ausnahme"* sei.

In dem Artikelchen wird davor gewarnt, diese Gruppen seien *„gefährlich . . ., weil sie aktiv und fanatisch sind"* und sie würden *„im wesentlichen die gleichen Forderungen und die gleiche landesverräterische Politik verfolgen wie die DKP"*.

Am Schluß des Artikelchen kommen die zentralen Forderungen der „MLD", als da sind: ***„Für die wirtschaftliche, politische und militärische Einheit Westeuropas!", „Für ein gleichberechtigtes Bündnis mit den USA", „Stärkung der Bundeswehr", „Entlarvung und Unterdrükkung der 5. Kolonne Moskaus"*** usw.

Dem Abdruck dieses „Diskussionsbeitrages" haben die Faschisten eine Art Selbstkritik vorangestellt: *„Wir neigten bisher dazu, alle ‚linken' Kräfte pauschal als Volksfeinde und Agenten Moskaus abzutun . . . Wir gingen aufgeschlossenen Gesprächen mit den Linken aus dem Wege . . ."* Das sei *„ein nicht gutzumachender Fehler"* gewesen. Nun aber habe man *„aus unseren Fehlern gelernt"*, wolle *„durch persönliche Gespräche u.a. Brücken schlagen"* zu den „ML"-Vaterlandsverteidigern, *„zur Überwindung der inneren Zerrissenheit unseres Volkes und um eine Konzentration der politischen Kräfte gegen den gemeinsamen* (wirklichen!) *Gegner zu erreichen"*. Ein *„Beitrag zur Förderung der Nationalen-Einheitsfront-Politik"* sei der Abdruck des erwähnten „Diskussionsbeitrages" . . .

zur Erläuterung: Die VSDP ist ein relativ neuer Name in der ständig in Wandlungen begriffenen „nationalrevolutionär"-faschistischen Szene. Im wesentlichen ist sie die Nachfolgerin der vor einiger Zeit in Frankfurt aktiven **„Aktion Deutscher Sozialismus" (ADS)**. Von der ADS ist bekannt, daß sie eng mit der italienischen Faschistengruppe **„Lotta die Popolo" (Volkskampf)** zusammenarbeitete, die seinerzeit versuchte, mit pseudo-„maoistischen" Phrasen in die revolutionäre Linke einzudringen und die für Provokationen aller Art (von Überfällen auf linke Flugblattverteiler bis zu Bombenattentaten) mitverantwortlich ist.

Im „Programm" der VSDP finden sich alle bekannten Schnacks aus dem NSDAP-Programm wieder, von der *„Pflicht des einzelnen gegenüber dem Volk"*, vom *„Grundsatz der sittlichen Bindung und Einordnung des einzelnen in das Volksganze"*, vom Verbot des *„Zinswucher"* (!), von der Verhinderung eines *„arbeits- und leistungslosen Einkommens"*, von angeglich *„gesunden sozialen Gemeinschaftsformen"*, wo Arbeiter und Kapitalisten als *„Volksgenossen"* glänzend miteinander zurechtkommen und wo die *„Lebensfürsorge für das Volk"* oberstes Prinzip sein soll.

Neben dieser verschroben klingenden Vernebelung der Ziele des Faschismus – terroristische Unterwerfung der Werktätigen unter die Kapitalinteressen, Vorbereitung imperialistischer Kriege – finden sich auch ausgesprochen „sozial"demagogische Schnacks wie *„Deutsche aus Betrieb und Schacht – kämpfen für die Arbeitermacht!"* und Sprüche, die ebenso gut von den „ML"ern stammen könnten, wie etwa: *„Die DKP ist hier der Hort – für Aggression und Mauermord"* und *„Der schlimmste Feind der Arbeiterschaft – ist die DKP, die Unruhe schafft!"* (Alle Zitate aus der Mai-Nummer der „Nationalen Verantwortung).

Ein Ableger der VSDP, die sogenannte **„Volkssozialistische Bewegung Deutschland" (VSBD)**, will sich sogar an den kommenden Bundestagswahlen beteiligen, wobei die Schwerpunkte besonders in Bayern und Nordrhein-Westfalen liegen sollen. Die VSDP will *„ihre Bruderpartei bei diesem schweren Ringen tatkräftig unterstützen"*. *„Weitere* (?!) *sozialistische* (?!) *Organisationen haben sich der VSBD zu einem Wahlbündnis angeschlossen"* (lt. „Nationale Verantwortung").

Die „Marxisten - Leninisten Deutschland" sind derweil nach mehreren Monaten Schweigens wieder recht munter geworden: Sie haben jetzt sogar erstmals (Mai-Nummer) eine regelrechte großformatige Zeitschrift mit 14 Seiten herausgebracht. Die Zeitung trägt den Namen **„Die Neue Welt"** und soll bis zum Jahresende sechsmal herauskommen. Über die sattsam bekannten Parolen hinaus (Kriegsvorbereitungen, militärische Vereinigung Westeuropas, Stärkung der Bundeswehr, Bündnis mit dem US-Imperialismus etc.) wird neuerdings auch eine *„Finanz- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Landesverteidigung"* gefordert.

In dieser Form neu ist auch, daß der westdeutschen Bourgeoisie ausdrücklich eine *„Politik des Lavierens und des Kompromißlertums"* gegenüber der DKP (*„der neofaschistische Stoßtrupp des sowjetischen Sozialimperialismus"*, *„Hauptquartier der 5. Kolonne Moskaus in Westdeutschland"* etc.) vorgeworfen wird. ***„Es wird höchste Zeit, daß Presse, Funk und Fernsehen die DKP als 5. Kolonne Moskaus entlarven"***, fordern die „MLD" energisch von der Bourgeoisie.

Dasselbe soll wohl gelten gegenüber den *„radikalen Stoßtrupps der 5. Kolonne"*, als da sind *„KB, KBW, KPD/ML, KABD u.a."*, die *„im Wesen die gleiche Politik wie die DKP machen"*, denn sie *„zersetzen die Landesverteidigung und führen den Klassenkampf mit dem Ziel des Bürgerkrieges"*. Nicht viel besser sei auch die „KPD", die *„zwischen der 5. Kolonne und den Marxisten-Leninisten"* stehe, aber ***„bei faktischer Unterordnung unter die 5. Kolonne"***.

Ansonsten: ***„Die Marxisten-Leninisten Deutschland halten der Bourgeoisie die ausgestreckte Hand hin . . Wir sind für die Einheitsfront mit der Bourgeoisie"***.

Nur ein paar ausgeflippte Spinner? Nicht so ganz! Denn die „MLD„ vertreten haargenau die Linie, die in Portugal von der sogenannten „PCP/ML" praktiziert wurde und wird (Bündnisangebote an die Bourgeoisie, Unterstützung der reaktionären PPD, Forderung nach stärkerer Unterdrükkung der Revisionisten und der gesamten revolutionären Linken, Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen bei Terrorakten gegen PCP und revolutionäre Linke). Die „PCP/ML" wiederum wurde im vergangenen Jahr von der VR China als einzige (!!) portugiesische Organisation gleich zweimal für würdig gehalten, Vertreter nach China zu schicken. Die „KPD" betrachtet die „PCP/ML" als ihre „Bruderpartei" und unterstützt vorbehaltlos deren Politik. Die „KPD" ihrerseits wird nicht nur von der „KPD/ML" mit Vereinigungsangeboten umworben (*„steht uns politisch am nächsten"* – Ernst Aust lt. „Roter Morgen" vom 5.7.75), sondern sogar vom KBW als ein – leicht auf Abwege geratener – Bestandteil der „marxistisch-leninistischen Bewegung" behandelt. ●

SPD-Rechte hoch zu Roß

Die Vorstandswahlen auf dem Bezirksparteitag der südhessischen SPD haben wie erwartet einen Durchmarsch der Rechtsaußen und folglich eine nahezu vollständige Niederlage der „Linken" in der SPD gebracht: Neben Rudi Arndt („*Es gibt nur zwei Möglichkeiten, mit diesen extremen Randgruppen fertig zu werden: entweder gelingt es uns, sie politisch kaltzustellen – was in erster Linie eine Aufgabe unserer Parteilinken sein sollte – oder wir müßten endlich den Mut haben, die theoretischen Wirrköpfe auszuschließen*", „Welt", 2.11.74), der mit großer Mehrheit wieder zum Ersten Vorsitzenden gewählt worden ist, sitzt jetzt der rechte hessische SPD-Finanzminister Heribert Reitz als Zweiter Vorsitzender. Sein Vorgänger im Amt, der „linke" Lütgert, hatte schon bei „Einigungsversuchen" vor dem Parteitag erklärt, er werde freiwillig auf eine erneute Kandidatur verzichten, „*wenn sich der rechte Flügel dazu entschließen könnte, Heidi Wieczorek-Zeul und Klaus Fritzsche* (ehemaliger hessischer Juso-Vorsitzender, Anm. AK) *zu wählen*" („Süddeutsche Zeitung", 26.4.76).

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Fritzsche wurde nicht wiedergewählt. Wiedergewählt wurde die Juso-Führerin Wieczorek-Zeul – allerdings auch erst knapp im dritten (!) Wahlgang (ebenso wie der „linke" Bundestagsabgeordnete Sperling). Die „Linken" haben jetzt drei von vorher zehn Sitzen im 16-köpfigen südhessischen Bezirksvorstand.

Die Rechten, im wesentlichen die Teilnehmer des „Darmstädter Kreises", haben „*nach generalstabsmäßiger Vorarbeit*" („Frankfurter Rundschau", 26.4.76) alle ihre Kandidaten durchgebracht: den Sozialminister Schmidt, Finanzminister Reitz, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Landtag Schneider (Hessen) und natürlich den Chefhetzer Günther Metzger, Sympathisant der reaktionären „Fritz-Erler-Gesellschaft".

Die Juso-Führer ficht diese katastrophale Niederlage, die ihnen die Parteirechten beigebracht haben, offenbar nicht an. „*Selbst wenn bei uns r e c h t s gewählt wird, wird l i n k s beschlossen (!)*" erklärte die Juso-Chefin Wieczorek-Zeul gegenüber dem „Hamburger Abendblatt" (am 26.4.).

Sozialdemokratische „Dialektik" ...?!

Die Parteirechten verkündeten jedenfalls nach den Wahlen prahlerisch: „*In Zukunft werden die Fetzen fliegen, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten (!) kommt*" („Die Zeit", 30.4.). Diese Drohung muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß jetzt bereits gegen ca. 135 Frankfurter SPD-„Linke", die gegen eine einseitige Unterstützung der konterrevolutionären Soares-Partei aufgetreten waren, Parteiordnungsverfahren laufen.

Der nächste Konflikt ist bereits in Sicht. Die Frankfurter Jusos haben trotz eines klaren „Nein" der SPD-Führer beschlossen, an einer „Abrüstungsdemonstration" teilzunehmen, die von den Revisionisten (DKP) mitorganisiert wird. Interessanterweise hat der hessische CDU-Mann Weirich von Rudi Arndt gefordert, „*sich von dieser neuen Volksfrontaktion zu distanzieren und Parteiordnungsverfahren einzuleiten*" („Sozialistische Korrespondenz", 1.Mai-Ausgabe, 1976). Arndt & Co. werden nicht lange auf sich warten lassen.



Wahlsieger Rudi Arndt

Die Funktion der Juso-Führer und anderer sich „links" gebärdender Leute besteht darin, wider aller Erfahrungen der Praxis, vor allem junge Menschen an die SPD zu binden. Dazu reichen heute offenbar noch solche hirnrissigen Schnacks wie der oben zitierte aus.

Die SPD-Oberen sind's zufrieden: So hob Arndt vor versammelter Mannschaft „*das Verdienst dieser linken Sozialdemokraten hervor, die ihren Einfluß in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten geltend gemacht hätten, um die „Solidarität" auf dem Bundesparteitag in Mannheim zu erreichen.*

Arndt verwies insbesondere auf die Rolle, die das südhessische Vorstandsmitglied, Heidemarie Wieczorek-Zeul, als Bundesvorsitzende ... gespielt (hat)" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.4.76).

Ihrer Aufgabe und Rolle ist sich die Juso-Führerin wohl bewußt, was sie in einem Interview mit dem „Spiegel" (3.5.76) zum Ausdruck brachte: „*Machen Sie mal einem an der Hochschule klar, der vom Ordnungsrecht oder vom Radikalenerlaß betroffen ist, daß er einer Bundesregierung, wie sie jetzt aussieht, seine Unterstützung geben soll.*"

Dazu bedarf es in der Tat der „Qualität" von Demagogen und berufsmäßigen Lügnern. Fragt sich nur, wie lange das noch gutgeht!

Wir jedenfalls werden das uns Mögliche tun, daß immer mehr Menschen den bewußten Bruch mit der SPD vollziehen.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Märchen über DDR-Kupferimporte aus Chile

Für den 6. 5. riefen in Hamburg das „Chile-Solidaritäts-Komitee", der AStA der Universität und die Vereinigung der Verfolgten des Nazi Regimes (VAN) zu einer Chile-Solidaritätsveranstaltung auf. Diese Initiative, die maßgeblich von DKP, SdAJ und MSB getragen wurde, stand unter den Parolen „*Chile die Freiheit*", „*Solidarität mit den chilenischen Kollegen*" und – bezeichnenderweise – „*B o y k o t t i e r t d i e J u n t a !*".

KB und SSB verteilten zu diesem Anlaß einen Offenen Brief an die Mitglieder von DKP, SdAJ, MSB und VAN, in dem noch einmal auf die in AK 78 dokumentierten Kupferimporte der DDR von der Militärjunta hingewiesen wird mit der Aufforderung, darüber eine Auseinandersetzung in ihren Organisationen zu führen, um „zu einem ehrlichen proletarischen Internationalismus zu kommen".

Daß sich der MSB zu einer raschen Stellungnahme dazu genötigt sah, ist immerhin ein Indiz dafür, daß der Offene Brief nicht ohne Wirkung blieb. Die Stellungnahme ist allerdings an Lächerlichkeit kaum mehr zu überbieten: Der KB habe nur „die eine Hälfte der Wahrheit" gesagt. Über „die andere Hälfte" mutet der MSB seinen Mitgliedern und Anhängern folgende Story zu: Die DDR habe Chile zur Zeit der UP-Regierung „*mit großzügiger materieller Hilfe*" unterstützt. „*Die damals zustandegekommenen Verträge sahen vor, Gegenleistungen in Form von Kupfer zu erbringen. Diese konnten von der UP selbst aufgrund des Putsches natürlich nicht mehr erbracht werden. Wenn die DDR jetzt die Rückzahlung dieser Schulden verlangt, so ist das nicht mehr als recht und billig. Genau um diesen Vorgang (!) handelte es sich bei den oben erwähnten Kupferlieferungen*" (Flugblatt des MSB).

Die Junta zahlt also der DDR die während der Zeit der UP-Regierung erhaltenen Kredite für Chile zurück. Recht untypisch für ein faschistisches Terror-Regime, möchte man meinen! Und der KB, der der DDR das Recht abspricht, „Schulden einzutreiben", unterstützt damit nur die Junta (so saudumm wurde tatsächlich auf einer Wandzeitung des MSB am Pädagogischen Institut argumentiert!).

Man muß sich das einmal vorstellen: Ein total b a n k r o t t e s Mörder-Regime, das wirtschaftlich völlig am Boden ist und nur von den Imperialisten ausgehalten wird (der MSB spricht im selben Flugblatt von t ä g l i c h drei Mio. Dollar und Krediten von 35 Mio. Dollar), das mit zig Staaten Umschuldungsverhandlungen (zur Stundung der Rückzahlungen) geführt hat, begleicht Schulden der UP ausgerechnet bei der DDR und anderen RGW-Ländern. Diese MSB-„Hälfte der Wahrheit" ist wirklich nicht gut ausgedacht.

Vielleicht reicht aber die Erfindungsgabe von MSB und DKP noch aus, um auch die weiteren offengebliebenen Fragen zu beantworten:

– Warum die Geheimniskrämerei beim Transport des Kupfers über mehrere Stationen, offensichtlich um das Herkunftsland zu vertuschen???

– Warum werden in einem in der „UZ" (27. 4.) abgedruckten Boykottaufruf chilenischer Waren nur „*Lebensmittel wie Äpfel, Kirschen, Pfirsiche, grüne Bohnen, Langusten und Wein*" genannt, K u p f e r als das zweifellos wichtigste chilenische Exportgut aber nicht?! Wird hier schon „vorgebeugt", um den DDR-Handel auszuklammern?

– Können wir aus der MSB-Stellungnahme schließen, daß das Handelsvolumen der Sowjetunion mit den Faschisten noch wesentlich h ö h e r ist (da ja die SU noch „viel mehr Schulden einzutreiben" hat) ...?!

Zweifellos können die Verfasser dieses Flugblattes für sich geltend machen, den Reigen der „schönsten Antworten der Revis" auf den DDR-Handel mit Chiles Faschisten um ein besonders dummfreches Exemplar bereichert zu haben.

Sie sollen sich nicht wunder, daß dieses Verhalten zu ihrer eigenen Isolierung in der Chile-Solidaritätsbewegung beiträgt: Die Veranstaltung war mit 400 Teilnehmern äußerst schlecht besucht.

Kolumbien:

Innenpolitische Hochspannung mit Kriegsgerichten gegen politischen Protest

„*Seit mehreren Wochen befindet sich Kolumbien in einem Zustand sozialer Hochspannung. Praktisch jeden Tag werden neue Streikbewegungen und Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Uniformierten gemeldet. Die Aktivität der Guerilla nimmt sowohl auf dem Land wie auch in den Städten wieder merklich zu. Präsident Lopez Michelsen hat die Schließung und militärische Besetzung der Universität von Bogota befohlen, jegliche öffentliche Kundgebung untersagt und Zensurmaßnahmen für alle Massenmedien ergriffen. Die Truppen sind angewiesen worden, in Zukunft auf demonstrierende Studenten und auf Streikende zu schießen.*"

So beschreibt die bürgerliche Presse („Frankfurter Rundschau" – „FR" v. 9.4.76) die innenpolitische Lage Kolumbiens in den letzten Wochen. Ausgangspunkt der Demonstrationen an den Universitäten waren die Auseinandersetzungen um die Rechte der Studenten und Lehrkräfte. Die Autonomie der Hochschulen soll zugunsten der Staatsgewalt abgebaut werden. Auf den Protest der Hochschüler reagierte die Staatsgewalt massiv: die Demonstration auf dem Universitätsgelände z.B. von Bogota wurden von bewaffneten Polizeieinheiten niedergeschlagen. Seit Oktober vergangenen Jahres wurden so mindestens acht Hochschüler umgebracht.

Die gleichzeitig erlassene Kürzung des Hochschulbudgets beantworteten die Lehrkräfte mit Streik, die Studenten erklärten sich solidarisch.

Die Auseinandersetzungen sind nicht auf die Universitäten beschränkt. In jüngster Zeit streikten die Hafenarbeiter, die Belegschaft der nationalen Erdölfirma Ecopetrol, die Arbeiter zahlreicher großer Industriebetriebe. Seit zehn Wochen weigern sich die Angestellten des Finanzministeriums und zweier halbstaatlicher Banken, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren.

Im Vordergrund stehen überall Lohnforderungen. Die eigentlichen Ursachen sind jedoch in einer politischen Enttäuschung breiter Bevölkerungskreise zu suchen. Der Präsident Alfonso López Michelsen war vor zwei Jahren gewählt worden. Ausschlaggebend für seine Wahl mit absoluter Mehrheit war das Vertrauen in der Bevölkerung in angekündigte Reformen (s.a. AK 74) sowie die Beteuerung, den Ausnahmezustand im Gegensatz zu früheren Regierungen nicht zugebrauchen. Die Reformversprechen wurden gebrochen – seit August 1975 herrscht Ausnahmezustand im Land!

In den Protesten sieht die Regierung „Agitation" und die Absicht, „das herrschende politische System, das in der Verfassung verankert ist, mit allen Mitteln zu bekämpfen und das gemeinsame Gedankengut der traditionellen Parteien zu zerstören" wie der Ministerrat Anfang April offiziell erklärte („FR", a.a.O.) Bereits im März hatte der Präsident ein Dekret erlassen, das sogenannte „automatische Haftstrafen" (ohne gerichtliche Untersuchung!) vorsieht. Mit Haft bis zu sechs Monaten (!) wird bestraft, wer die öffentliche Ordnung stört, wer sich weigert, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, regierungsfeindliche Inschriften an Hauswände malt oder einfach den Verkehr behindert (a.a.O.). Anfang April wurden die ersten 40 Studenten von einem Kriegsgericht zu solchen „automatischen Gefängnisstrafen" verurteilt.

„Hungrige Bürger wählen nicht - sie kämpfen"

Unter dieser Parole haben verschiedene linke Organisationen und Parteien eine Kampagne anläßlich der Gemeindewahlen in der 2. Aprilhälfte geführt. Ohne die politische Bedeutung von Kommunalwahlen mit der von Regierungswahlen gleichzusetzen, würde sich in dem Wahlergebnis zeigen, wieweit die Linke die breite politische Unzufriedenheit im Land unter dieser Parole organisieren könne. Das Ergebnis gab den sozialistischen und kommunistischen Kräften recht:

nur 20 % der Bevölkerung beteiligte sich an den Wahlen! Für die Regierungskoalition aus „Liberalen" und Konservativen dürfte es nur ein schwacher Trost sein, daß sie von diesem Fünftel ca. 85 % der Stimmen bekam.

Bemerkenswert an diesem Erfolg der Linksopposition ist, daß sich nicht alle zum linken Lager zählenden Organisationen an dem Wahlboykott beteiligten: die revisionistische KP erhielt 3 % und dürfte damit einen Meilenstein in ihrer Geschichte gesetzt haben.

Lateinamerika-Kommission



Inhalt



Prügel muß sein bei der DKP

Unter dem irreführenden Motto „Spaß muß sein im Klassenkampf" veranstalteten die DKP-Jugend- und Studentenorganisationen SDAJ und MSB am 24.4.76 in der Dortmunder Westfalenhalle ein „Rock-Festival".

Zu dem „Spaß" gehörte es offenbar, daß Arbeiterkampfverkäufer und Mitglieder des dem KBW nahestehenden „Komitee gegen § 218" vor der Halle von DKP-„Ordnern" tätlich angegriffen wurden. Ihnen wurde u.a. ein Koffer mit Informationsmaterial und Geld abgenommen. Anderen Mitgliedern des „Komitees" wurden die Flugblätter, die sie vor der Halle verteilen wollten, gewaltsam abgenommen. Begründet wurde dies von der DKP damit, daß nur die DKP „den richtigen Standpunkt" habe und man darüber nicht zu diskutieren bräuchte.

Derartiges Verhalten ist bei DKP-Veranstaltungen gang und gebe und muß von allen Kommunisten und Demokraten schärfstens verurteilt werden. Der KBW hat allerdings wenig Grund zur Aufregung, da er es bei seinen eigenen Veranstaltungen beispielsweise mit AK-Verkäufern auch nicht anders hält als die DKP. Es dient auch nicht der gerechten Anklage gegen die Prügelmethoden der DKP, wenn das Dortmunder „Komitee gegen den § 218" in seiner Erklärung zu den Vorfällen bei dem „Rock-Festival" behauptet, die DKP sei „*für die Fristenlösung, damit weiterhin für die Strafbarkeit der Abtreibung. Sie erklärt die Strafandrohung des bürgerlichen Staates gegen die Familien des Volkes für notwendig*". Das entspricht einfach nicht der Wahrheit, da sich die DKP zwar für die Fristenregelung, zugleich aber für die grundsätzliche Straffreiheit der Abtreibung auch über den dritten Monat hinaus einsetzt. Diese Position muß von uns zweifellos kritisiert werden (siehe dazu AK 78, S.8!), aber nicht auf der Basis von Verdrehungen. Umso mehr, da die „Komitees" diese unehrliche Form der Auseinandersetzung nicht nur gegenüber der DKP betreiben: **So sind eine Reihe von KBW-„Komitees" wider besseres Wissen mit der Lüge aufgetreten, der KB („Nord") sei ebenso wie die DKP für eine Fristenregelung!**

Prügel-Überfälle auf Flugblatt-Verteiler, Behinderung von Zeitungsverkäufern anderer Organisationen, Polemik mit Verdrehungen und Unterstellungen – das sind die Mittel derjenigen, die eine breite öffentliche und ehrliche Auseinandersetzung zu fürchten haben.



1. MAI '76

Wie üblich am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, dem 1. Mai, ist es auch in diesem Jahr wieder zu enormen Massen-Aufmärschen der Arbeiterklasse und anderer fortschrittlicher Massen in den Groß- und Hauptstädten der Länder in aller Welt gekommen, insbesondere in den großen Städten Asiens, der VR China, Vietnams, Japans etc.

Auch in den südeuropäischen Ländern – insbesondere Portugal, Frankreich, Italien, Griechenland etc. – haben wieder zig Millionen Arbeiter und Genossen am 1. Mai für ihre dringendsten politischen und ökonomischen Forderungen in der Öffentlichkeit demonstriert. Demgegenüber nahmen sich – wie in den letzten Jahren üblich – die Mai-Demonstrationen in den nordeuropäischen Ländern vergleichsweise „bescheiden" aus.

Dies trifft insbesondere auf unser Land, die BRD, zu. Gegenüber dem letzten Jahr 1975, gab es sogar eher ein Abflauen der Demonstrationsteilnehmer-Zahlen in den meisten Städten und Ortschaften, und nur selten konnten die Vorjahres-Erfolge wieder erreicht oder sogar verbessert werden. 1975 haben am 1. Mai noch etwa 300.000 Menschen an öffentlichen Mai-Veranstaltungen in der BRD teilgenommen, dieses Jahr waren es etwa 50.000 weniger. Damit hält die seit 1972 erkennbare sinkende Tendenz weiter an, auch wenn sie nicht die Ausmaße eines Erdrutsches angenommen hat. – Als eine gegenläufige Tendenz ist die in den letzten Jahren stetig ansteigende Zahl von Jugendlichen, insbesondere aus der Arbeiterklasse, an den Mai-Demonstrationen erkennbar.

Wie schon in früheren Jahren wurden allerorts die DGB-Rednertribünen und Mikrofone von Regierungs-„Prominenz", SPD-Parteiführern und DGB-Chefs beherrscht. Die Liebe des DGB zum westdeutschen Staat ging teilweise so weit, daß lokale CDU-Bürgermeister und ähnliches Gesindel die anwesenden Kollegen verarschen durften. Nur in Ausnahmefällen durften auch betriebliche Sprecher ihre – oft vorzensierten – Reden halten. Verschiedene DRUPA-Führer erhielten für ihre schein„radikalen" Sprüche Sonderapplaus.

Stärker als in den Vorjahren, beherrschten auch ausländische Kollegen-Gruppen das Bild der Demonstrationen und Kundgebungen, oft als deren radikalster und militantester Teil (bes. Stuttgart). Wir hoffen, daß dies einen allgemeinen Aufschwung der Abwehrkämpfe unserer ausländischen Kollegen gegen die Regierungs- und offizielle DGB-Politik signalisiert.

In Städten mit stärkerer Druck-Industrie wurden die Demonstrationen auch vielfach von größeren Druckarbeiter-Blöcken geprägt, die – z.T. militant und klassenbewußt – ihre aktuellen Streikforderungen und weitergehenden politischen Losungen auf die Straße brachten.

Die revolutionäre Linke (Strömungen links von der DKP) konnten – sowohl relativ, als auch absolut – ihren Einfluß und ihre Repräsentanz im Ganzen gesehen halten, teilweise sogar vergrößern. Dies gilt allerdings mit Ausnahme des KBW, der seinen - in manchen Städten starken - Verlust an Einfluß durch falsche Zahlenangaben in seiner Presse („KVZ") zu überspielen versuchte (siehe dazu Extra-Bericht in diesem AK).

Herausragendes Ereignis waren die massiven Bulleneinsätze in vielen Städten, die in der Regel den Gruppen der revolutionären Linken galten. Ohne Vorwarnungen überfielen polizeiliche Schläger-Kommandos Büchertische, kleinere Gruppen usw. Vielfach wurden Genossen krankenhausreif geprügelt, verhaftet usw. Der Entwicklung zu spanischen Zuständen hin sind wir auch auf diesem Sektor einen Schritt näher gekommen. In Westberlin – der Stadt mit den umfassendsten Bullen-Angriffen – wurden ganze Arbeiterzüge angegriffen, mit Tränengas, Gummiknüppel usw. bearbeitet. Oft liefen die Polizei-Angriffe Hand in Hand mit Einsätzen der DGB-Ordner, die hauptsächlich von der DKP gestellt wurden. Teilweise haben DKP-Schläger-Kommandos der Polizei die Arbeit abgenommen und klassenbewußte Kollegengruppen aus den Demonstrationen geprügelt, den SPD-Fürsten nicht genehme Transparente heruntergerissen usw.

Auch die Hetze der offiziellen DGB-Sprecher gegen die revolutionäre Linke und die Gewerkschafts-Opposition („Chaoten", „Spalter" und dergleichen mehr) hat in diesem Jahr – sowohl an Breite, als auch an Schärfe und Aggressivität – erheblich zugenommen. Manch ein DGB-Sprecher hat sich fast ausschließlich diesem Thema gewidmet. Allerdings mußte auch manch ein DGB-Sprecher erleben, wie er seine Rede beendete, ohne daß sich auch nur eine Hand zum Beifall rührte.

In vielen Städten hat der DGB die Mobilisierung zu seinen Kundgebungen ganz den „außergewerkschaftlichen" Gruppen, also der Linken, DKP, Jusos, Falken etc. überlassen. Mancherorts hat der DGB sogar aktiv demobilisiert, indem er z.B. kurzfristig Beginn und Sammelplatz änderte, gleichzeitig unterschiedliche Start-Termine bekanntgab usw. (vergl. Bremen, Westberlin u.a.).

Die bürgerliche Presse hat – bedingt auch durch den gleichzeitig laufenden Druckerstreik – von den Mai-Demonstrationen praktisch keine Notiz genommen. Darum ist es für eine relativ kleine Organisation, wie der unsrigen, recht schwierig, einen allgemeinen Überblick über die Mai-Aktionen zu verschaffen. Wir konnten uns dabei bloß auf Informationen unserer Ortsgruppen und Sympathisanten aus diversen Städten und Ortschaften der BRD stützen. Insgesamt lagen uns dazu Berichte und Informationen aus gut 50 Städten der BRD vor.

Da die Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen immer ein gewisses Spiegelbild für Kraft und Politisierungsgrad der Arbeiterbewegung sind, wollen wir im folgenden zuerst einen – nach Bundesländern gegliederten – Überblick über die Aktivitäten geben. Dabei legen wir auch ein Schwergewicht auf die Aktivitäten der Linken.

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist offenbar das Bundesland mit den geringsten öffentlichen Mai-Aktivitäten, d.h. mit dem geringsten Mobilisierungsstand der Arbeiterbewegung. Nur drei nennenswerte öffentliche DGB-Veranstaltungen sind zu melden, und zwar aus Itzehoe, Kiel und Lübeck. Andernorts gab es kleine Saalfeiern des DGB, manchmal nicht einmal das.

Die über 1.000-köpfige Demonstration in Itzehoe stand ganz im Zeichen des Druckerstreiks. Itzehoe ist eines der größten Druckzentren der BRD. Der Demonstration ging eine 1.500 Druckarbeiter zählende Mitgliederversammlung der DRUPA voraus, die wegen ihrer Größe auf einen Sportplatz verlegt werden mußte. Der 2. DRUPA-Vorsitzende, Ferlemann, erhielt für seine Hetztiraden gegen links von den Kollegen keinen Beifall. Eine solch große Mai-Demo hat es in Itzehoe seit Jahren nicht gegeben.

In Kiel ließen die DGB-Führer dieses Jahr keine Demo zu. Auf einer Kundgebung (Marschmusik etc.) fanden sich etwa 1.000 Besucher ein, die Hälfte vom KBW dazu mobilisierte Studenten. Nach der Kundgebung führte eine KBW-Demo mit ca. 450 und eine zweite vom KB mit 110 Teilnehmern durch Kiel. In einem anderen Stadtteil (Gaarden) demonstrierte die „KPD/ML" mit 350 Anhängern aus ganz Schleswig-Holstein.

Das Ergebnis unserer Kiele Demo, an der zusätzlich noch zehn Sympathisanten des Spartacusbundes teilnahmen, muß als äußerst mager eingeschätzt werden; es war eine Demonstration in den eigenen Reihen. Das Kieler Mai-Fest des KB wurde von 130 Menschen besucht. – Nach wie vor haben es unsere Kieler Genossen nicht geschafft, die „ML"-Dominanz („KPD/ML", KBW) innerhalb der Kieler Linken zu brechen, bzw. eine spürbare Kräfteverschiebung zugunsten der revolutionären Linken herbeizuführen.

In Lübeck fand eine DGB-Jugend-Demo mit 400 Teilnehmern statt, davon etwa 100 bis 130 im Block des KB. Die Revisionisten (DKP und SHB) brachten etwa 100 Leute zusammen, der Rest des Zuges bestand aus Jusos, linken SPD'lern und DGB-Funktionären. An der Spitze marschierten 30 - 40 Drucker. Auf einer Zwischenkundgebung hielten Vertreter von DGB-Jugendgruppen recht fortschrittliche Reden, sogar unzensiert! Die Jugend-Demo führte zur offiziellen DGB-Demo, auf der IG-Chemie-Boß Hauenschild sprach.

In der nördlichsten Großstadt der BRD, in Flensburg, gab es auch in diesem Jahr wieder keine öffentliche DGB-Veranstaltung. So rief der KB in Aktionseinheit mit örtlichen Initiativen zu einer eigenen Demonstration auf, an der sich etwa 330 Personen beteiligten. Dies war die seit einigen Jahren größte Demonstration der Flensburger Linken. Angehängt hatte sich zusätzlich noch ein Häuflein von etwa 20 KBW'lern, die gegen Ende der Demo abzweigten und ihre eigene Abschlußkundgebung durchzogen. – Das Maifest wurde von der Flensburger Frauengruppe, an der der KB beteiligt ist, mit 300 Personen (Frauen wie Männer) veranstaltet. 300 Mark wurden hierbei für die angolanische Frauenorganisation O.M.A. gesammelt.

In der Umgebung Flensburgs fanden zwei weitere kleinere Mai-Veranstaltungen, die von unseren dortigen Kräften mit initiiert wurden, statt. In Niebüll wurde vom dortigen Jugendzentrum eine Veranstaltung mit 50 Jugendlichen organisiert, auf der auch Vertreter anderer Jugendzentren (Husum, Westerland) begrüßt wurden. In Süderbrarup organisierte das Jugendzentrum eine Veranstaltung mit 80 Beteiligten.

In Mölln, wie auch in anderen Städten und Ortschaften in der Nähe Hamburgs forderten z.T. Einzelgewerkschaften öffentlich zur Teilnahme an der Hamburger Demo auf. Dort trafen sich unsere Genossen mit ihren engeren Sympathisanten zu halb-internen Mai-Feiern.

Insgesamt haben nur wenige tausend Menschen in Schleswig-Holstein an Mai-Aktivitäten teilgenommen, noch weniger als in den Jahren zuvor. Auf unseren, bzw. von uns mitgetragenen Mai-Veranstaltungen beteiligten sich in Schleswig-Holstein etwa 750 bis 800 Menschen.



Auf der Zwischenkundgebung der Lübecker DGB-Jugend wurden fortschrittliche und unzensierte Ansprachen der gewerkschaftlichen Jugendgruppen gehalten.



Mit über 1.000 Besuchern war die Mai-Kundgebung in Itzehoe ein außerordentlich guter Erfolg, der im wesentlichen auf das Konto der im Streik stehenden Druckarbeiter ging.

Bremen

In B r e m e r h a v e n veranstaltete der DGB zum 1. Mai wieder nur einen sogenannten „Bunten Abend", auf dem dann der 1. Mai als „Tag der kreativen Faulheit" (so wörtlich) gefeiert wurde. – Demgegenüber organisierte der KB eine kämpferische Mai-Veranstaltung, an der sich 150 Personen beteiligten. Für den chilenischen MIR konnten dabei über 500 Mark gesammelt werden. Der KBW rief zu einer Mai-Demonstration auf und stand am frühen Morgen mit genau 19 Leuten recht verlassen auf dem Reuter-Platz (im letzten Jahr waren es noch immerhin 25).

Einen Rückgang der Arbeiterbewegung signalisieren die Mai-Demonstrationen in B r e m e n. Nachdem in den beiden letzten Jahren keine Demonstrationen mehr in der Bremer Innenstadt vom DGB zugelassen waren, sondern stattdessen bloß noch Kundgebungen (dies war eine Reaktion der DGB-Führer auf die Demonstrationen 1971-73, auf denen die revolutionäre Linke – repräsentiert durch den damaligen KBB – bei einer Beteiligung von 8.000 bis 10.000 Demonstranten – dominierte), durfte in diesem Jahr erstmals wieder demonstriert werden. An die Erfolge der Jahre 71-73 konnte allerdings nicht wieder angeknüpft werden.



DKP-Schläger bei der „Arbeit"

Dem Aufruf der DGB-Jugend folgten dieses Jahr bloß maximal 3.000 Demonstranten – auf einem Marsch von 10 - 15 Minuten Länge – zur Abschlußkundgebung auf dem Domshof, auf dem schon vorher etwa 1000 Menschen eingetroffen waren. Der KBW, der noch im letzten Jahr einen Demonstrationsblock mit 1.500 Anhängern formieren konnte, brachte es diesmal nicht einmal auf 600. Unser eigener Block umfaßte gut 200 Personen, vornweg etwa 60 bis 70 Frauen. Weitere Genossen demonstrierten zusammen mit ihren Kollegen in anderen Teilen des Zuges.

Herausragendes Ereignis der Demonstration waren die wilden Schläger-Einsätze von DKP-Kommandos aus Bremen und Bremerhaven, besonders gegen den KBW-Block. Mindestens ein KBW-Genosse mußte bewußtlos ins Krankenhaus geschafft werden. Die DKP hat diese Schlägereinsätze bereits vorher provokatorisch angekündigt:

„Die maoistischen Spalter von KBW/KSB und KSV müssen in diesem Jahr klar in die Schranken gewiesen werden" sie hätten *„in den letzten Jahren in Bremen Vorwände (!!!) dazu geliefert, den 1. Mai nach und nach in den Saal zu verlegen"*, „Maoisten" arbeiten *„den Gegnern kämpferischer Mai-Demonstrationen* (den DGB-Bossen??) *offen in die Hände"* etc.pp., hieß es in einem Flugblatt der DKP. Dieses Geschmiere, das offenbar erstlinig der demagogischen Aufhetzung der eigenen Reihen diente, kann doch den einfachen Sachverhalt nicht verschleiern, daß die DGB-Bosse in den beiden letzten Jahren nur und gerade deswegen die Demonstrationen verboten haben, weil diese in den Vorjahren groß und kämpferisch waren und daß die DKP für dieses Jahr den DGB-Bossen garantieren mußte, den Einfluß der revolutionären Linken mit allen Mitteln klein zu halten.

Die DKP-Kommandos sorgten denn auch dafür, daß sich ein großer Teil des Zuges sprichwörtlich zum Domshof durchprügeln mußte. Bedauerlicherweise haben verschiedene KBW-Gruppen ihrerseits versucht, sich an unserem Block schadlos zu halten, statt eine gemeinsame Front gegen die Schläger-Methoden der DKP herzustellen. **Die Schläger-Methoden der DKP stehen eindeutig im Dienst der Kapitalistenklasse.**

Der DKP kam für ein weitgehendes Gelingen ihres Unternehmens (der völligen Chaotisierung der Demonstration) der Niedergang der Bremer Linken zugute, an der der KBW die Hauptschuld trägt (vergl. dazu AK 61, S. 19 und besonders den Artikel „KB-Bremen am Scheideweg" in der Broschüre „Zur Politik des KBW/NRF").

Die Mai-Veranstaltung des KBW wurde von etwa 500 Menschen besucht, ebenso wie die vom KB, auf der Carmen Castillo vom MIR sprach und auf der etwa 1.400 Mark für den MIR zusammenkamen. – Die DKP organisierte zum 1. Mai vier Zelttage, deren politisscher Höhepunkt am 30.4. der Auftritt von Hermann Gautier in einem 1.000-Leute Zelt war, das aber bloß von 400 Menschen „gefüllt" war.

Die in B r e m e n - N o r d stattfindende DGB-Demo war mit 1.000 Beteiligten leidlich besucht. Je zur Hälfte wurden gewerkschaftsoffizielle und fortschrittliche Parolen mitgetragen. An dieser Demonstration beteiligten sich hauptsächlich Arbeiter vom Bremer Vulkan (Werft), einem Betrieb mit starker kämpferischer Tradition und in dem bei den letzten Betriebsräte-Wahlen eine fortschrittliche (links-sozialdemokratische) Liste gewann. DGB-Funktionäre versuchten zu Beginn, linke Transparente mit Gewalt zu zerstören. Vergeblich. – Beachtlich war die Zahl der ausländischen Arbeiter, insbesondere der Spanier.

Dieser 1. Mai zeigte die seit Jahren anhaltende Tendenz eines kontinuierlichen Rückgangs der Bremer Arbeiterbewegung (die sich auch in Betrieb und Abteilung widerspiegelt), die einhergeht mit dem Verfall des Einflusses der revolutionären Linken, jahrelang repräsentiert durch den KBB (und späteren KBW). Unsere eigene, noch junge Bremer Organisation ist noch nicht in der Lage, sich dieser Tendenz wirksam entgegenzustemmen, wenngleich sie von zunehmend mehr Linken als (kommende) Alternative betrachtet wird. Wir betrachten die Tatsache, daß in Bremen und Bremerhaven etwa 650 Personen an unseren Mai-Veranstaltungen teilnahmen, als einen ansehnlichen Erfolg.



Mai-Demonstration in Bremen: Gut 200 demonstrierten im Block des KB

Hamburg

Wie schon im letzten Jahr, fand wiederum eine DGB-Jugend-Demonstration auf derselben Strecke statt, an der sich etwa 20.000 Menschen beteiligten. Diese Demonstration war – genau wie 1975 – die größte Einzel-Demo in Westdeutschland. Sie war zugleich auch die kämpferischste. Sprechchöre und Transparente der revolutionären und radikal-demokratischen Linken beherrschten auch dieses Jahr wieder den Demonstrationszug, wenn auch die Revisionisten und Reformisten (DKP/SDAJ und Jusos/SPD) diesmal organisierter als im letzten Jahr auftraten. Etwa 700 Frauen marschierten im Frauenblock der Frauen-Aktionseinheit.

Zusätzlich organisierte die IGM einen weiteren Demonstrationszug von Heidenreich & Harbeck zum selben Kundgebungsplatz (dieser Betrieb ist von Stillegung bedroht – vergl. Artikel in diesem AK). Die IGM forderte alle Metaller und die Bevölkerung von Hamburg-Barmbek zur Beteiligung daran auf. Trotzdem blieb diese Demo mit nur 4.000 Teilnehmern hinter den Erwartungen zurück. Das Bild dieser Demonstration wurde – trotz starker Blöcke der Linken – wesenlich von den Reformisten geprägt.

Wie schon im letzten Jahr verließen die Linken noch während der Abschluß-Kundgebung den Platz und formierten sich zu einer eigenständigen, oppositionellen Demonstration, an der sich in diesem Jahr sogar noch mehr Menschen beteiligten als im letzten Jahr: insgesamt gut 6.000! Wiederum war diese Demonstration die stärkste der revolutionären Linken in Westdeutschland. Sie wurde getragen von der „Hamburger Aktionseinheit", einem Mai-Bündnis, an dem der KB und zahlreiche örtliche Initiativen beteiligt sind. Insbesondere die stärkere Einbeziehung von Frauen- und Mädchen-Gruppen in die Mai-Vorbereitung hat zur Vergrößerung der diesjährigen oppositionellen Mai-Demo beigetragen. Auch verschiedene Gruppen ausländischer Arbeiter und Studenten haben in einem mehrsprachigen Aufruf ihre Landsleute zur Teilnahme an dieser Demo aufgefordert. Ein durchschlagender Erfolg war das in diesem Jahr allerdings noch nicht. Auf der Abschlußkundgebung sprach, neben Vertretern der „Hamburger Aktionseinheit" und der „Frauen-Aktionseinheit", Genossin Carmen Castillo vom chilenischen MIR.

Vom Nachmittag bis in die Nacht hinein veranstaltete dann die „Hamburger Aktionseinheit" und die Frauengruppen ein Volksfest in zwei großen Messehallen, an dem etwa 5.000 Freunde und Genossen teilnahmen. Politische Reden, Filme, Resolutionen ausländischer Organisationen, musikalische und folkloristische Beiträge aus Afrika, Ost-Timor, Indien, Südamerika und Westdeutschland fanden in verschiedenen Parallel-Programmen viel Beifall. An zahlreichen Informationstischen einzelner örtlicher Initiativen und ausländischer Organisationen wurde eifrig diskutiert. Über 16.000 Mark wurden für den chilenischen MIR gesammelt, dazu kommen noch einige Tausend Mark aus Verkäufen und Versteigerungen. Kurz vor Mitternacht spielten Rockgruppen zum Tanz auf.

Insgesamt kann festegestellt werden, daß sich in Hamburg – im Gegensatz zum allgemeinen Abwärtstrend – noch mehr Menschen als im letzten Jahr an Mai-Aktivitäten beteiligt haben und daß dies in besonders starkem Ausmaß für die Arbeiterjugend gilt. **Die revolutionäre Linke konnte in Hamburg noch stärker als im Vorjahr auftreten, was im wesentlichen die Folge einer stärkeren Einbeziehung der Frauen in den Klassenkampf war. Dieser allgemeine Aufwärtstrend konnte in Hamburg kontinuierlich in den letzten Jahren gehalten werden. Diese Tatsache geht zu einem guten Teil auf das Konto unserer Organisation.**

Andere sich kommunistisch nennende Organisationen (außer DKP) haben auch bei diesem 1. Mai in Hamburg wieder nur ein Schatten-„dasein" geführt: Der KBW verteilte sich mit seinen 200 oder 300 Anhängern in kleineren Gruppen auf den DGB-Zug. Die „KPD" demonstrierte mit 100 bis 150 Anhängern im IGM-Zug, bevor sie sich dann zu einer eigenen Demonstration absetzte, die „KPD/ML" demonstrierte irgendwo im Grünen.

Erstmals kam es in Hamburg am 1. Mai zu einem brutalen Polizei-Überfall auf Demonstranten einer offiziellen DGB-Demo. Opfer war der KBW, dessen Büchertisch überfallen wurde, nachdem die oppositionelle Demo bereits abgerückt war und die KBW-Genossen schon beim zusammenpacken waren. Mehrere Genossen wurden brutal zusammengeschlagen. Die Bekanntgabe dieses Vorfalls auf der Abschlußkundgebung der „Hamburger Aktionseinheit" löste starke Empörung und Protest aus.

Niedersachsen

Niedersachsen

In Niedersachsens Hauptstadt H a n n o v e r führte der traditionelle Sternmarsch der Einzelgewerkschaften zum Klagesmarkt, auf dem sich schließlich 3.000 bis 3.500 Demonstranten sammelten, um sich die Reden der „Offiziellen" anzuhören, bzw. anhören zu müssen. Etwa ein Drittel davon bestand aus übler Hetze gegen Links. IGM-Boß Loderer forderte die anwesenden Linken auf, „in den Osten" zu gehen, um dort „unter Kommißstiefeln zu demonstrieren" etc.

Zuvor versuchten die DGB-Funktionäre und sonstige Ordner, rigoros und z.T. mit brutaler Gewalt, fortschrittliche Transparente aus den Zügen zu halten. Dies galt insbesondere für den IGM-Zug, wo nach Schlägereien schließlich die Linken von etwa 70 Ordnern abgedrängt wurden. Ähnlich bei ÖTV: Hier wurden ‚harmlose' Parolen, wie etwa „Gegen die Sparpolitik an Krankenhäusern" ebenso strikt verboten, wie im IGM-Block z.B. eine Parole der Westinghouse-Lehrlinge gegen den betrieblichen Lärm. Demgegenüber wurden im Drucker-Block klassenkämpferische Parolen akzeptiert und die GEW-Führung führte überhaupt keine Kontrolle durch.

Nach der DGB-Kundgebung formierten sich insgesamt fünf oppositionelle Demos: Zur größten Demo (800 Beteiligte) mobilisierten Falken, SB (Sozialistisches Büro), verschiedene Ausländer-Gruppen und wir. Diese Demo hatte allerdings bloß einen bedingt oppositionellen Charakter, da die Falken versuchten, revolutionäre Parolen zu unterdrücken. Weitere oppositionelle Kundgebungen, bzw. Demos wurden vom KBW mit 150 - 200, vom KABD mit etwa 50, von der „KPD" mit 100 (aus ganz Niedersachsen) und diversen „Sponti"-Gruppen mit ebenfalls 100 Beteiligten durchgeführt.

Drei Mai-Veranstaltungen der Linken fanden in Hannover statt, unsere eigene – zu der etwa 100 Genossen kamen – entfiel, weil der gemietete Raum anderweitig vergeben wurde. Am Fest ausländischer Gruppen, das von den Falken organisiert wurde, nahmen 800 Personen teil, an den Veranstaltungen des KBW und KABD jeweils etwa 150 Personen.

In H i l d e s h e i m wurde die DGB-Kundgebung von nur 400 Menschen besucht (1975: 700). Eine linke Demonstration kam in Aktionseinheit von KB, KBW und örtlichen Initiativen mit 110 Menschen zustande, davon 40 im KB-Block (1975: 120 allein beim KBW). Ei- Mai-Veranstaltung des KB wurde von 80 Personen besucht, 400 Mark wurden für den MIR gesammelt.

S a l z g i t t e r erlebte eine DGB-Demo von 800 Leuten. Der KBW organisierte danach eine lächerliche „eigene Kundgebung" mit 15 Figuren. Auf unsere Initiative kam es zu einer linken Mai-Veranstaltung mit 50 Beteiligten, darunter einigen KBW'lern, mit denen intensiv diskutiert wurde.

In E m d e n demonstrierten 1.500 Menschen beim DGB unter den Klängen launischer Blaskapellen („Heute haun wir auf die Pauke" etc.). Ordner versuchten mit Gewalt, linke Transparente aus dem Zug herauszuholen, der kleine KBW-Block wurde abgedrängt. Der KBW führte seine Kundgebung danach vor etwa 50 Zuhörern durch. (1975: 70) Der KB hat sich bedauerlicherweise nur an der Demo beteiligt und dazu aufgerufen, es wurde auf eine eigene Veranstaltung verzichtet, offenbar weil eine Veranstaltung „Gemeinsam gegen den Abbau demokratischer Rechte" erst vier Tage vorher durchgeführt wurde.

Auch in kleineren Ortschaften Niedersachsens kam es zu Mai-Aktivitäten. Ein hübsches Beispiel wurde aus W a l s r o d e bekannt, wo ein „1. Mai Komitee Junger Kollegen" eine Demo mit 50 Jugendlichen zur Saal-Veranstaltung des DGB durchführte. Das Mai-Komitee wurde auf Initiative von KB- und KBW-Sympathisanten von drei örtlichen Jugendzentren gebildet. Es war dies die erste Mai-Demo seit 15 Jahren am Ort.

Insgesamt dürften nicht mehr als 30.000 Menschen in Niedersachsen an Mai-Veranstaltungen in diesem Jahr teilgenommen haben, also erheblich weniger als noch 1975. Der Einfluß der revolutionären Linken ist – in absoluten Zahlen – verglichen mit dem Vorjahr im Ganzen

Nordrhein-Westfalen

Etwa 700 Menschen folgten dem DGB-Aufruf in Münster zu Demo und Kundgebung. An der Spitze marschierte ein Druckarbeiter-Block. Der CDU-Oberbürgermeister von Münster ließ als Starredner der DGB-Kundgebung gegen lautstarken Protest der Kundgebungsteilnehmer seine arbeiterfeindlichen Sprüche los. Im Anschluß führte der KBW vor etwa 100 Zuhörern seine Kundgebung über die „Notwendigkeit des Sozialismus im allgemeinen" auf.

In Bielefeld demonstrierten etwa 6.000 Menschen (1975: 25.000). Die Linke war recht schwach vertreten. Eine Frauengruppe aus dem „Zentrum" initiierte einen Frauenblock, an dem sich auch die „Aktion" (Bündnis von Frauengruppen, an dem auch wir beteiligt sind), der etwa 150 Frauen umfaßte. Im weiteren beschränkte sich unsere Gruppe darauf, mitzumarschieren und die Presse zu verkaufen. Der KBW bildete ebenfalls keinen Block, sondern verstreute sich in kleinen Grüppchen auf den Zug. Die „KPD/ML" führte mit 20 Anhängern am Rande der Demo eine Kundgebung auf.

2.000 Leute, darunter viele Postler, besuchten die Mai-Kundgebung des DGB in Wuppertal. Eine Reihe fortschrittlicher Transparente richtete sich gegen Aussperrung, Berufsverbote, Rationalisierung und unterstützte den chilenischen Widerstand.

Unter Parolen wie „Gegen Ausbeutung und Klassenkampf" und „Deutsche Arbeitsplätze den deutschen Arbeitern" hatten auch die NPD-Faschisten aus ganz NRW einen zentralen Marsch durch Wuppertaler Arbeiterviertel (in denen viele ausländische Arbeiter wohnen) mit 2.000 bis 3.000 Anhängern angekündigt. Gegen die faschistische Provokation gab es auf der vorher stattfindenden DGB-Demo von keinem offiziellen Sprecher Protest! – Im Gegenteil: IG Chemie-Boß Gläsner klopfte rechte Sprüche, wie etwa: „Dieser Staat ist unser Staat" u.ä.

Völlig überraschend mobilisierte die kleine örtliche KBW-Gruppe gegen den faschistischen Aufmarsch, der zurecht als „ungeheuerliche Provokation" qualifiziert wurde. Für Kenner der KBW-Politik völlig verblüffend, hieß es u.a. in einem diesbezüglichen Flugblatt: „*Dennoch treten die verschiedenen faschistischen Grüppchen als der militante Vortrupp der politischen Reaktion auf. Sie dienen direkt dem Interesse der Kapitalisten . . . Die historische Erfahrung zeigt, daß es notwendig ist, die Faschisten zu schlagen* (oho!!), *wo man sie trifft . . .*"

Bisher hieß es vom KBW immer, daß man mit den Faschisten „diskutieren" müsse, in „sachliche Auseinandersetzung" (z.B. über die DDR etc.) treten müsse u.ä. Ob sich hier eine Änderung der KBW-Positionen zeigt?



800 Bullen in voller Kampfmontur schützen den provokatorischen Aufmarsch der 200 NPD-Faschisten am 1. Mai in Wuppertal vor den wütenden Antifaschisten. Tatsächlich ist dies eher ein gemeinsamer Mai-Marsch von Faschisten und Polizei gegen die Arbeiterklasse.

Die angestrebte Aktionseinheit von Antifaschisten fiel dann doch aus, etwa 100 spontan zusammentreffende Antifaschisten protestierten verbal gegen den NPD-Aufmarsch, der allerdings nur 200 - 300 Ratten umfaßte und von sage und schreibe 800 (achthundert) uniformierten Bullen in voller Kriegsbemalung geschützt wurde!! Die recht starke örtliche DKP äußerte sich zum NPD-Aufmarsch überhaupt nicht!

Nur 2.500 Leute kamen in Dortmund zur Kundgebung des DGB (1975: 10.000), davon (nach eigenen Angaben) 90 vom KBW und mehrere hundert Anhänger der „KPD", die zusammen mit starken Gruppen türkischer Arbeiter (mobilisiert von ATÖF, türkische „ML"-Studenten) nach der Kundgebung eine eigene Demonstration mit 900 Leuten durchführten.

Die „KPD/ML" demonstrierte mit starken Gruppen portugiesischer Arbeiter (mobilisert von der UDP!!) und anderen Ausländer-Gruppen in einem anderen Dortmunder Stadtteil. Diese Demo hatte 500 Beteiligte.

Nach einer kurzen Demo in Hagen versammelten sich dort etwa 1.000 Menschen zur DGB-Kundgebung. Eine Aktionseinheit der örtlichen Linken ist nicht zustande gekommen. Der KBW versuchte einen Büchertisch aufzubauen, was zuerst von den DGB-Ordnern verboten wurde und der schließlich – obgleich die KBW'ler ihn freiwillig abbauten – von der Polizei brutal überfallen wurde. Mehrere Genossen wurden verprügelt, einer mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei Genossen wurden von der Polizei festgenommen. Deswegen versammelten sich im Anschluß an die Kundgebung (auf der sich der DGB-Sprecher auch noch ausdrücklich bei „den Kollegen von der Schutzpolizei" bedankte) etwa 100 Genossen verschiedener Organisationen vor der Hagener Polizeidirektion, bis die Polizei nach vier Stunden die Festgenommenen wieder freiließ.

Die FILE (linke italienische Emigranten-Organisation) führte eine eigene kleine Demo und abschließend mit etwa 80 Personen ein Mai-Fest in ihrem Büro durch. Zu der von der FILE angestrebten gemeinsamen regionalen Ausländer-Demo ist es durch die Politik der „ML"-Gruppen (vor allem Türken und Portugiesen) nicht gekommen.

Etwa 3.000 Zuhörer versammelten sich in Essen auf der Kundgebung des DGB, wohin die Drucker mit einer eigenen Demo dazustießen. Hauptredner war das bekannte Sparschwein Apel, der die Hälfte der Zuhörer vorzeitig durch seine Schnacks vom Platz vertrieb. Auf der Kundgebung kam es auch dieses Jahr wieder zu Schläger-Einsätzen von DKP'lern und DGB-Ordnern gegen Linke.

Das ursprünglich geplante Straßenfest der Essener Linken platzte an Widersprüchen zwischen der KAG (Kommunistische Arbeiter-Gruppe, eine örtliche Organisation) und einigen Ausländergruppen über den mehr oder weniger poitischen Charakter des geplanten Festes.

In Castrop-Rauxel feierte der DGB im Saal (600 Leute). Der KJA (Kreis-Jugend-Ausschuß) durfte nach langem Hin und Her und mit scharfen Auflagen und Verweisen (bloß keine linken Parolen etc.) eine Jugend-Demo durchführen, an der 300 Personen, darunter 30 bis 50 KBW-Anhänger teilnahmen.

Mit 800 Kundgebungs-Teilnehmern wurde dieses Jahr in Herne der absolute Tiefpunkt in der Mobilisierung des DGB erreicht (trotz Eingemeindung von Wanne-Eickel). Von den machtvollen Sternmärschen in früheren Jahren, die direkt von den Betrieben losgingen, blieben in diesem Jahr nur kümmerliche Busfahrten übrig, die die wenigen Teilnehmer zum Kundgebungsplatz fuhren. Der DGB hatte in diesem Jahr jegliche betriebliche Mobilisierung eingestellt, lediglich Falken, DKP und KJA waren noch rührig.

In Duisburg nahmen 4.000 Arbeiter am traditionellen Sternmarsch (vier Kolonnen, die von den großen Thyssen-Betrieben starteten) und etwa 6.000 an der DGB-Kundgebung teil, die – verglichen mit anderen – recht kämpferisch ausfiel. Die Linke war ausschließlich durch Zeitungsverkäufer vertreten.

In Düsseldorf beteiligten sich gerade etwa 1.000 Menschen an der DGB-Kundgebung.

1.400 Menschen demonstrierten in Bochum, davon etwa 400 im linken Oppositionsblock einer Aktionseinheit, die von GOG (IGM-Opposition bei Opel), dem KB, der GIM, der KG/Bochum-Essen (eine örtliche Gruppe) sowie verschiedenen örtlichen Initiativen, darunter drei Frauengruppen (u.a. die KB-Frauengruppe) gemeinsam getragen wurde.

Die DGB-Kundgebung fand mit etwa 2.000 Zuhörern statt. Auf der Kundgebung der linken Aktionseinheit waren etwa 250 bis 300 Menschen anwesend, auf der des KBW etwa 30 bis 50. KAB„D" und Jusos machten Büchertische.

In Köln waren 5.000 Leute auf der Kundgebung versammelt. Nach deren Ende hielt der KBW durch andere Lautsprecher eine Rede in Richtung der abrückenden Menschen.

300 bis 400 Menschen nahmen an einer DGB-Demo in Neuss teil, darunter ein oppositioneller Block mit etwa 50 Genossen des KBW und des KB. Neben den KBW-Parolen wurde eine Reihe linker Transparente mitgetragen („Weg mit dem KPD-Verbot", „Weg mit dem § 218" u.a.m.).

Aus Aachen und Bonn meldete die „KVZ" DGB-Kundgebungen mit 7.000 und 1.500 Beteiligten, bei jeweils 150 KBW-Anhängern.

Insgesamt sind die Mai-Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im eigentlichen Ruhrgebiet erheblich schlechter besucht worden als in den Jahren davor. Für das Ruhrgebiet muß sogar von einem sehr starken Rückgang der Arbeiterbewegung gesprochen werden, d.h. einer sehr weitgehenden Unterordnung der (bloß spontanen) Arbeiterbewegung unter den Konjunkturverlauf der kapitalistischen Krise. Wenngleich dies kein dauerhafter Zustand ist, so hängt er doch auch mit der extremen Schwäche der revolutionären Linken im Ruhrgebiet zusammen, die es noch kaum geschafft hat, sich in dieser – für die gesamte westdeutsche Arbeiterbewegung so wichtigen Region – zu verankern. Profit daraus haben die diversen „ML"-Gruppen geschlagen, die dort über Jahre hinaus den Kommunismus (in dessen Namen sie ihr Unwesen trieben) bei den fortschrittlichen Arbeitern diskreditiert haben. Andere Profiteure sind die Revisionisten und Reformisten, die in ihrer antikommunistischen Hetze dauerhaft mit konkretem Material von den „ML"-Gruppen versorgt wurden. Nur in scharfer Auseinandersetzung mit diesen Strömungen kann es der revolutionären Linken gelingen, politischen Einfluß im Ruhrgebiet zu gewinnen.

Als guten Ansatz in dieser Richtung betrachten wir das in Bochum zustandegekommene Bündnis der Linken zu diesem 1. Mai, dem scharfe Auseinandersetzungen mit den vaterländischen Positionen der „KPD" vorausliefen, die dann auch ausstieg. Die aus dem Bündnis geflogene „KPD" keifte nachher auf einem Flugblatt, daß keiner ihrer Parolen-Vorschläge in der Diskussion durchgekommen wäre. Weiter: „*Während 1975 z.B. die Verurteilung beider Supermächte die gemeinsame Position in Plattform und Rede war, konnten wir die Verschlechterungen dieses Jahres nicht akzeptieren, die von der KG Bochum als klare ‚Verbesserungen' gefeiert werden. Damit hat sich das Lager der rechtsopportunistischen (?) Zirkel durchgesetzt. Einer ihrer Hauptdrahtzieher, der KB Nord, behauptete, Hauptfeind sei der USA-Imperialismus, alles andere könne nur Verwirrung stiften.*"

Nun, scheinbar ändern sich die Zeiten, und es freut uns immer, die „ML"-Brüder aus ihren warmen Nestern zu scheuchen. In dieser Richtung muß unbedingt in der nächsten Zeit weiter gearbeitet werden.

stagnierend bis rückläufig (bedingt Druckarbeiter und ÖTV-Jugend an

Die Zähler des KBW

stagnierend bis rückläufig (bedingt v.a. durch den Niedergang des KBW).

Noch vor wenigen Jahren repräsentierte Niedersachsen die stärkste linke DGB-Jugendbewegung, die sich nach ihrer administrativen Zerschlagun durch die DGB-Führer weitgehend im KBW organisierte. Der KBW hat den ihm damit zufallenden politischen Einfluß nicht halten können, sondern sehr schnell wieder verschleudert. Das war vorhersehbar. Andererseits ist es uns selbst bisher nur in wenigen Städten gelungen, hierzu eine starke alternative Politik zu entwickeln. Wir betrachten die Tatsache, daß in ganz Niedersachsen sich nur knapp 700 Menschen – davon über die Hälfte allein in Göttingen – an von uns organisierten Mai-Aktivitäten teilgenommen haben, als einen Mißerfolg, der z.T. in Mängeln der zentralen Anleitung zu suchen ist.

Zur DGB-Kundgebung in Braunschweig kamen dieses Jahr nur maximal 3.000 Leute (1975: 10.000!), um sich die Schnacks von Willy Brandt anzuhören, die allerhand Beifall bekamen, währenddessen der CDU-Bürgermeister Jaenike ausgebuht wurde. Obwohl die Linke (neben Jusos und Falken auch die DKP, KBW, KB und erstmals auch öffentlich SB und KAB D) mit eigenen Transparenten etc. zur Kundgebung erschienen, konnte ihr Charakter als SPD-Wahlkampfveranstaltung nicht durchkreuzt werden. – Nach der Kundgebung führte der KBW eine Demo mit 200 Leuten (1975: 350) durch. Außer einer Mobilisierung zur DGB-Kundgebung hat der KB am Ort keine eigenständigen Aktivitäten zum 1. Mai gezeigt. Dies gilt auch für die anderen linken Gruppen am Ort.

Gut 1.000 Leute erschienen in Oldenburg zur DGB-Kundgebung. Der KBW führte im Anschluß daran eine Kundgebung mit – nach seinen eigenen Angaben – 80 Personen durch. – Der KB führte ein halbinternes Maifest („Mobilisierung" durch 80 Handzettel) durch, zu dem 40 Genossen und Interessierte erschienen. 196 Mark wurden dabei für die MPLA gesammelt.

In Hameln nahmen diesmal nur 250 Leute, überwiegend Postler, Druckarbeiter und ÖTV-Jugend an der DGB-Demo teil.

In Osnabrück veranstaltete der DGB bloß eine Saal-Feier vor wenigen hundert Zuhörern. Im Anschluß daran gab es zwei etwa gleichstarke linke Demos: In Aktionseinheit demonstrierten SB, Falken, GIM (Trotzkisten) und verschiedene Frauengruppen mit 230 Leuten. KBW und „Liga ..." („KPD") führten ihre eigene Demo durch (ebenfalls 230 Leute), nachdem sich das Aktionsbündnis (SB ...) geweigert hatte, zusammen mit den Vaterlandsverteidigern aufzutreten und der KBW daraufhin zur „Liga ..." übergelaufen war.

Göttingen, die linke Hochburg in Niedersachsen, erlebte eine DGB-Demo mit etwa 2.000 Beteiligten, davon der größte Teil (etwa 1.500) unter linken Transparenten. Die Spitze des Zuges bildete ein Block aus SPD, DKP und DGB-Funktionären mit etwa 500 Menschen, es folgte dann ein gleichstarker Block des KBW, dann der Block des KB mit 400 Demonstranten, ein Block aus SB, GIM, „Spontis", unorganisierten Linken mit ebenfalls 400 Beteiligten, den Schluß bildete ein Demonstrationsblock der PH (Pädagogische Hochschule).

Auch in Göttingen kam es zu einer Provokation der Polizei gegen den Demonstrationszug: Beim Einbiegen in die Fußgängerzone wurde der Lautsprecherwagen des KBW überfallen und beschlagnahmt. Nach der Kundgebung formierte sich deshalb spontan ein 1.200-köpfiger Demonstrationszug um den Wagen zurückzufordern, den die Bullen dann 'rausrückten. An dieser Demo beteiligten sich alle Linken, ein schöner Ausdruck der sonst häufig vermißten Solidarität der Linken untereinander.

Auf der Abschlußkundgebung der Linken sprach zuerst der KBW, dann der KB. Die meisten KBW'ler zogen wie gewöhnlich bei unserer Rede ab, es blieben aber noch 800 Zuhörer. – Das Mai-Fest des KB wurde von 200 Genossen und Sympathisanten besucht, es konnten 1.100 Mark für den MIR gesammelt werden. KB-Genossen aus Hannoversch-Münden überbrachten 120 Mark zur Unterstützung der Frente Polisario (DAR, Sahara).

Die Zähler des KBW

Wir hatten verschiedentlich auf den schwindenden Einfluß des KBW in der Linken und auf „die Massen" hingewiesen. Der 1. Mai ist naturgemäß eine günstige Gelegenheit, den realen Einfluß einzelner Organisationen zu überprüfen. So entspricht es einer positiven Gepflogenheit innerhalb der Linken, am 1. Mai jeweils den eigenen Einfluß zu bilanzieren und z.T. auch öffentlich darzustellen. Ein realistischer Blick für die eigenen Kräfte, die Kräfte der Arbeiterbewegung im allgemeinen, der Linken im besonderen, sowie natürlich der Kräfte des Gegners sind recht wichtige Voraussetzungen für eine vernünftige politische Einschätzung der Situation, die wiederum als Bestandteil in die Herausbildung der eigenen politischen Strategie und Taktik einmünden muß. Hierbei spielt natürlich auch der rein quantitative Aspekt eine gewisse Rolle.

Neben einem eher literarischen Artikel zum 1. Mai, veröffentlichte die Zeitung des KBW („KVZ", Nr. 18) eine Statistik, die ihren Lesern glauben machen soll, daß der KBW seinen Einfluß in quantitativer Hinsicht gegenüber dem Vorjahr – insgesamt gesehen – halten konnte. Diese Statistik ist jedoch eine – in diesen Dimensionen – in der Linken bisher einmalige Fälschung, was wir hier zeigen wollen.

Nach den „Berechnungen" des KBW haben sich „*17.800 an den Kundgebungen und Demonstrationen des KBW*" beteiligt. So steht es jedenfalls unter der in der „KVZ" veröffentlichten Statistik. Diese stellt namentlich 33 Städte zusammen, in denen „*Kundgebungen und Demonstrationen des KBW*" stattgefunden haben. Die Statistik ist sogar äußerst penibel. So verkündet sie, daß sich in Tübingen genau 63, in Ravensburg 68 und in Nürnberg sage und schreibe exakt 23 Personen an den „*Kundgebungen und Demonstrationen des KBW*" beteiligt haben. Addiert man die in der „KVZ"-Statistik angegebenen Zahlen, so kommt man auf 14.509 KBW-Anhänger, was immerhin 3.300 weniger sind, als die in der „KVZ" angegebene Gesamtsumme von 17.800 Anhänger. Diese dürften dann – schwer kontrollierbar – in anderen Städten beim KBW demonstriert haben. Kann schon sein ... oder auch nicht.

Die Zahl von 17.800 KBW-Anhängern entspricht ziemlich genau den Angaben aus der „KVZ" vom vorigen 1. Mai (7.5.75), die durch Addition der Demonstrationszahlen aus 60 Städten zusammenkam.

Wir wollen jetzt anhand von elf Beispielen die enormen Reserven des KBW auf dem Sektor der Phantasie aufzeigen:

Die Meisterleistung

Unter den KBW-Zählern haben die Freunde aus Köln zweifellos den ersten Preis verdient. Nicht nur, daß sie die höchste Zahl meldeten (2.000!), sondern insbesondere ihr Herangehen, ihr Fingerspitzengefühl bei dieser delikaten Angelegenheit dürfte auch beim KBW einzigartig sein. – Nach der DGB-Kundgebung vor etwa 5.000 Leuten, begann an einem anderen Ende desselben Platzes überraschend der KBW-Lautsprecher zu tönen. Wer nicht wie ein geölter Blitz vom Platz sauste, wurde eiskalt von den KBW-Zählern registriert. – Daran sollten sich die anderen KBW-Zähler künftig orientieren: Nicht kleckern, sondern klotzen!

Nur geträumt?

Für Hamburg behauptet die „KVZ"-Statistik, daß sich 800 Personen „*an den Kundgebungen und Demonstrationen des KBW*" beteiligt hätten. Das kann sich unmöglich auf Hamburg beziehen, denn dort hat es überhaupt keine Kundgebung oder Demonstration des KBW gegeben. Kann sein, daß der KBW so etwas vorhatte. Stattgefunden hat in dieser Hinsicht nichts. Es bleibt absolut schleierhaft, woher die „KVZ" die Zahl 800 nimmt. – Tatsache ist, daß der KBW in Hamburg überhaupt zu keinem politischen Ereignis soviele Menschen mobilisieren kann, bzw. dies in der Vergangenheit der letzten Jahre konnte. Auf der DGB-Kundgebung marschierten die KBW-Anhänger in verschiedenen kleinen Gruppen auf den Zug verstreut. Es ist naturgemäß recht schwierig, für eine solche Situation halbwegs korrekte Zahlen anzugeben. Es dürften aber nicht wesentlich mehr als 200, in keinem Fall über 300 gewesen sein.

Ähnlich die Situation in Bremen. Die „KVZ"-Statistik gibt an, daß sich hier 1.200 Personen „*an den Kundgebungen und Demonstrationen des KBW*" beteiligt hätten. Aber ach, auch in Bremen hat der KBW überhaupt keine Kundgebung oder Demonstration durchgeführt. Stattdessen bildete der KBW einen zeitweise sehr gut überschaubaren (und gut zählbaren) Block innerhalb der DGB-Demo, der in keinem Fall stärker als 600 Personen war (1975: 1.500). Die Bremer KBW-ler haben allerdings recht großzügig versucht, ihren Block noch während der Demo zu vergrößern, indem sie versuchten, sich z.B. provokativ mit ihrem schwachsinnigen „Volksentscheid"-Transparent an die Spitze unseres Frauenblocks zu setzen. Da keine Demo oder Kundgebung des KBW in Bremen stattgefunden hat und auch die Veranstaltung des KBW auch von nur 500 Personen besucht war, bleibt schleierhaft, auf was sich die Angabe in der „KVZ" überhaupt bezieht.

Wenn schon, dann ordentlich!

Leichte Über- oder Untertreibungen (je nach dem, wo man selbst steht) sind innerhalb der Linken weit verbreitet. Was die „KVZ"-Statistik allerdings auf diesem Sektor zu bieten hat, ist tatsächlich ein „qualitativer Sprung".

Für Bochum gibt die „KVZ"-Statistik 120 Kundgebungsteilnehmer an. Tatsächlich waren es nicht einmal die Hälfte, nämlich bloß 30, allerhöchstens 50. Die KBW-Zähler in Kassel hau'n noch mehr auf die Pauke. Sie meldeten – laut „KVZ"-Statistik – 250 Kundgebungsteilnehmer, wo es tatsächlich gerade 60 waren. Selbst wenn man KBW-Kundgebung und Mai-Veranstaltung des KBW (70 Teilnehmer) zusammenziehen sollte, kommt man gerade auf die Hälfte (dabei handelte es sich natürlich weitgehend um denselben Personenkreis).

West-Berlin

Insgesamt waren in Westberlin am 1. Mai etwa 20 bis 25.000 Menschen auf den Beinen. Hierbei kam es zu den schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den demonstrierenden Massen und den DGB- und SPD-Führern, die über 1.000 Bullen massiv gegen die Arbeiter einsetzen ließen.

Der DGB selbst hatte in diesem Jahr wiederum nicht zu einer Demonstration aufgerufen, sondern wollte den 1. Mai in einer geschlossenen Festveranstaltung im sog. Sommergarten mit Bürgermeister Schütz als Hauptredner und -provokateur feiern.

Dennoch hatten drei Einzelgewerkschaften zu verschiedenen Demos aufgerufen: Die DRUPA marschierte mit 800 – 1000 Druckarbeitern und unter Parolen, die den laufenden Streik unterstützten. Diese Demo setzte sich ebenfalls mit der Parole „Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen" gegen die Ausschlußpraktiken der DGB-Führer ein.

An der Demonstration der ÖTV beteiligten sich etwa 5.000 Menschen, an der GEW-Demo sogar 12 – 15.000 An letzterer nahmen fast alle linken und kommunistischen Gruppen teil. Die SEW (Westberliner „Schwester" der DKP) demonstrierte am Nachmittag mit etwa 10 – 12.000 Anhängern, wovon ein sehr großer Teil aber schon vormittags dabei war. Die Vaterlandsverteidiger („KPD" und „KPD/ML") demonstrierten mit etwa 2.000 Leuten, davon ein recht großer Teil von Ausländern.

Die DGB-Führer hatten es darauf angelegt, ihre Festveranstaltung von Transparenten, Streikforderungen (der Drucker), Fahnen und überhaupt von Linken freizuhalten. Sie ließen deshalb den Eingang des ansonsten durch hohe Betonmauern gesicherten Sommergartens scharf kontrollieren. Eingelassen (ohne Transparente und Fahnen natürlich) werden sollten nur diejenigen, die erstens einen Gewerkschafts-Ausweis vorzeigen konnten und zweitens eine Erkennungsplakette trugen, die die DGB-Führer kurz vorher über ihnen „vertrauensvoll" erscheinende Funktionäre in begrenzter Anzahl verteilen ließen.

Eine Reihe linker Organisationen – u.a. auch der KB – sowie verschiedene Betriebsgruppen und gewerkschaftliche Gremien hatten darum zum Boykott der DGB-Feier aufgerufen, vielfach wurden die aufgeteilten Erkennungs-Plaketten demonstrativ weggeworfen. Die GEW hatte nicht zum Besuch der Veranstaltung im Sommergarten aufgerufen. Dennoch konnte sich – ähnlich wie im letzten Jahr – die Westberliner Linke nicht auf diese Taktik einigen. Andere linke Organisationen (u.a. KBW und Trotzkisten) forderten trotz alledem zum Besuch der DGB-Feier auf. Auch die ÖTV und die DRUPA wollten in den Sommergarten. Damit war die Konfrontation vorprogrammiert.

Als Teile des zuerst eintreffenden ÖTV-Zuges mit ihren Transparenten und Fahnen in den Sommergarten marschieren wollten, wurde der Eingang durch Bullen abgeriegelt, die kurz darauf ihre ersten Knüppel-Angriffe gegen die ÖTV"ler starteten und sie vom Eingang vertrieben.

Nicht besser erging es den bald daraufhin eintreffenden Druckern. Auch sie wurden von den Bullen zurückgedrängt. Mehrere wurden, wie schon beim ÖTV-Block, zusammengeknüppelt.

Zum Höhepunkt des Bullen-Einsatzes kam es dann nach Eintreffen des GEW-Zuges. Über 1000 Bullen, ausgerüstet mit Knüppeln, Helmen, Schildern, Pferden und Wasserwerfern umstellten den ganzen Platz und „räumten" dann ab. Wer nicht schnell genug durch den einzigen offen gelassenen Ausgang entkam, wurde brutal zusammengedroschen.

Während über 15.000 Demonstranten „ausgesperrt" wurden, hielten Schütz und Sickert vor gähnender Leere ihre Ansprachen, wobei Schütz sich den zynischen Kommentar nicht verkneifen konnte, daß die Anwesenheit von so Wenigen (die er zuvor noch bat, etwas zusammenzurücken, damit das Ganze nach einer Kundgebung aussehe) nun wieder mal beweise, daß die Arbeiter am 1. Mai gar nicht mehr demonstrieren wollten. Derweil hämmerten etwa 300 Demonstranten, die von der Polizei in den Sommergarten gedrängt und geprügelt wurden, von innen gegen das eiserne Tor und skandierten „Wir wollen raus!"

Zu unseren eigenen Aktivitäten: Wir orientierten in diesem Jahr hauptsächlich auf die Einbeziehung von Frauen und Frauengruppen. Diese Bemühungen wurden durch die Bildung eines eigenen 700-köpfigen Frauenblocks auf der GEW-Demo belohnt (siehe Extra-Bericht). Einen weiteren Block auf dieser Demo bildeten wir mit etwa 120 Genossen. Kleinere Blöcke wurden von uns auf der Drucker- und der ÖTV-Demo gebildet. Die Mai-Veranstaltung, die – wie auch in einigen anderen Städten (z.B. Flensburg) – den Charakter einer Frauenveranstaltung tragen sollte, konnte erst am 4. Mai (wegen des Reiseplans von Carmen Castillo vom MIR) durchgeführt werden. Sie wurde von über 1.500 Personen, davon die Mehrheit Frauen, besucht. Hier wurden etwa 6.000 DM für den MIR gesammelt. Kleinere Stadtteilfeste in Moabit und Wedding wurden von etwa 300 Leuten besucht.

Die Westberliner Linke ist zahlenmäßig stark, politisch aber schwach. Die zahlenmäßige Stärke kam auch an diesem 1.Mai wieder gut zum Ausdruck und schlug sich in eindeutigen Mehrheiten auf allen Demonstrationen nieder. Die politische Schwäche der Westberliner Linken kommt sowohl in ihrer enormen organisatorischen Zersplitterung zum Ausdruck, als auch in der Tatsache, daß die Mehrheit der Linken politisch nicht, bzw. genauer: nicht mehr organisiert ist, nachdem viele Linke schlechte Erfahrungen mit der einen oder anderen Organisation gemacht haben.

Wie schon im letzten Jahr, so hat sich auch diesmal wieder der Opportunismus innerhalb der Linken durchgesetzt, der darin besteht, unter allen Bedingungen der Gewerkschaftsführung „nachzulaufen". Dies mag als Reflex auf die ehemals in Westberlin starken sektiererischen „ML"-Organisationen verständlich sein, wird aber immer stärker zur Fessel eines eigenständigen Handelns. Solange die Linke mehrheitlich in dieser Haltung beharrt, kann die DGB-Führung mit ihr Katz und Maus spielen. Diese Haltung ist in Westdeutschland an sich bloß bei der DKP typisch. •

Unsere eigenen Aktivitäten, insbesondere im Bereich der Frauen-Arbeit, müssen unbedingt als sehr beachtlicher Erfolg eingeschätzt werden – insbesondere im Vergleich zum Vorjahr, wo unsere Genossen praktisch unter sich blieben. Es wird allerdings nicht leicht für unsere Westberliner Gruppe sein, die – auch in einer Reihe früherer Veranstaltungen – neu gezeigte Mobilisierungsfähigkeit in eine systematische Tages- und Basispolitik umzusetzen.

Baden-Württemberg

Zur Demonstration in Stuttgart riefen der DGB, die Jusos sowie sämtliche fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen auf. Dennoch kamen nur etwa 1.500 bis 2.000 Leute zusammen, die durch die menschenleere Innenstadt marschierten. Etwa ein Drittel des Zuges wurde von ausländischen Kollegen gestellt, vor allem Italiener, Türken und Griechen. Die Ausländer waren zweifellos der radikalste Teil des Zuges. Mit mehreren Hundert Anhängern war auch der KAB„D" vertreten. – Es gab seitens der DGB-Organisatoren keinerlei Versuche, revolutionäre Transparente u.ä. zu unterdrücken.

Nach der DGB-Kundgebung, auf der IGM-Steinkühler die Zuhörer mit seiner einstündigen Rede langweilte, führte der KBW mit 50-60 Anhängern noch seine eigene Demo durch und die „KPD" durchkämmte mit knapp 30 Leuten stundenlang die Arbeiterviertel in Stuttgart-Ost.

Zur DGB-Kundgebung in Pforzheim erschienen etwa 350 Personen, davon 50 Linke (KBW und BDJ). DGB-Ordner gingen gewalttätig gegen linke Transparente vor („Portugal darf nicht das Chile Europas werden").

1.500 Leute kamen zur DGB-Demo nach Karlsruhe. Die Demo war ein „Schweigemarsch" und führte – wie in Stuttgart – durch die menschenleere Innenstadt. Die Linke war zahlreich vertreten: Im Block des KBW liefen etwa 100 Leute, kleinere Blocks gabs noch vom KAB„D", der CISNU und dem SHB. Der KBW führte seine Kundgebung durch, die vom KAB„D" wurde von der Polizei (friedlich) aufgelöst, weil sie angeblich nicht angemeldet war. – Die KAB„D"ler drohten uns mehrmals lächerlicherweise „Prügel" an, weil wir den REBELL (Jugendzeitung des KB) verkauften.

Zur DGB-Kundgebung in Reutlingen marschierten zwei Demos mit insgesamt etwa 500 Leuten. Die Demos hatten einen kämpferischen Charakter, der KAB„D" war stark vertreten, die „KPD" bildete einen 20-30 köpfigen „Oppositionsblock". Ein großer Teil der Demonstranten waren Ausländer. KB, KBW und GIM verkauften ihre Presse auf der etwa zweistündigen Abschlußkundgebung, auf der auch ein ausländischen Kollege sprach und eine Liedergruppe der „Falken" auftrat.

In Heidelberg feierte der DGB mit wenigen Hundert Leuten im Saal. Der KBW organisierte eine Demo mit 1.500 Teilnehmern. Dies war nach Hamburg eine der stärksten linken Mai-Demonstrationen in Westdeutschland. Es war zugleich die mit Abstand größte Mai-Demo des KBW.

Auch in Freiburg gab es bloß eine kleine Saalveranstaltung des DGB mit etwas über 100 Personen. Der KBW organisierte eine Demo, an die sich der Block einer Mai-Aktionseinheit, hauptsächlich aus SB, GIM und Uni-Gruppen bestehend, anhängte. Anfänglich hatte die Demo 600, gegen Ende 800 Teilnehmer, wovon etwa 450 Leute im KBW-Block marschierten.

In Mannheim kamen dieses Jahr nur noch knapp 1.500 Leute zur DGB-Veranstaltung (davon – nach eigenen Angaben – 300 vom KBW). Dies waren nochmals etwa 500 weniger als letztes Jahr, das schon als allgemeiner Tiefpunkt in der Nachkriegsgeschichte eingeschätzt wurde. Mannheim galt bisher als eine der Hochburgen der westdeutschen Arbeiterbewegung, noch 1972 und '73 waren etwa 10.000 Mannheimer Arbeiter zur Demo erschienen und 1974 waren es immerhin noch 5-6.000.

Aus Tübingen und Ravensburg meldete die „KVZ" DGB-Veranstaltungen mit 600 und 225 Teilnehmern. Weitere Meldungen lagen uns bis Redaktionsschluß nicht vor.

Badenwürttemberg, insbesondere der Norden, galt bisher neben dem Ruhrgebiet als eine Hochburg der Westdeutschen Arbeiterbewegung. Auf den Mai-Veranstaltungen in diesem Jahr hat sich davon kaum etwas wiedergespiegelt. Insgesamt muß bezüglich der Teilnehmerzahlen an den Maiveranstaltungen sogar von einem katastrophalen Rückgang gesprochen werden, für den die DGB-Führer voll verantwortlich sind. – Die revolutionäre Linke ist insgesamt nicht schwach, wenn sie auch hauptsächlich in den Universitäts-Städten Heidelberg, Tübingen und Freiburg präsent ist. Außer dem KAB„D" verfügt keine Gruppierung der Linken über einen nennenswerten Einfluß unter den Arbeitern. Unsere Sympathisanten in Badenwürttemberg waren noch zu schwach, um schon in diesem Jahr eigene Veranstaltungen o.ä. durchzuführen.

Bayern

Bayern

Etwa 15.000 Zuhörer langweilten sich in München auf der DGB-Kundgebung, während Kanzler Schmidt zu ihnen sprach (1975 waren es 25.000). Nach der Kundgebung bildete sich ein spontaner Protest-Zug von mehreren Tausend Menschen und zog zum Buchgewerbehaus (Springer), wo am vorigen Tag ein Streikposten offenbar willentlich angefahren wurde. Diese Initiative ging vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" aus. An dieser Demo beteiligten sich auch die anderen linken Gruppen (KAB„D", KBW, GIM).

Demgegenüber demonstrierten „KPD"/„KPD-ML" mit 150 Anhängern aus Bayern für sich allein.

In Regensburg fand seit 1963 zum ersten Mal wieder eine Mai-Demo statt, zu der die DGB-Jugend aufrief. Es beteiligten sich 150 Leute. Eine Saalveranstaltung des DGB fand vor 600 Anwesenden statt. – Der „Arbeiterbund ..." führte eine Mai-Veranstaltung mit 150 Genossen durch.

Etwa 4.000 Demonstranten zogen am 1. Mai durch Nürnberg. Diese Demo war sehr kämpferisch, es gab keinerlei Behinderungen durch DGB-Ordner, über DGB-Lautsprecher wurde sowohl „Die Internationale" als auch das alte (kommunistische) Kampflied „Wir sind die junge Garde des Proletariats" gespielt. Stark vertreten waren die ausländischen Kollegen, insbesondere Griechen (KKE/„Inland". die mit dem „Arbeiterbund ..." zusammenarbeitet), Türken, Spanier und Italiener. – Unter der Hauptparole „Kampf der Faschisierung von Staat und Gesellschaft" hatte sich ein kleiner Block von 60-70 Leuten formiert. Weitere Genossen von uns nahmen an anderen Stellen des Zuges – zusammen mit ihren Kollegen – teil. – Bedauerlicherweise wurde das Angebot des „Arbeiterbund ..." zu einer gemeinsamen Mai-Veranstaltung von unseren Genossen abgelehnt.

1.000 Leute demonstrierten in Kehlheim, 100 in Tegernsee, in Altötting (Chemie-Dreieck) waren es dieses Jahr nur noch 70. Aus weiteren bayerischen Städten lagen uns bis Redaktionsschluß keine Berichte vor. – Der „Arbeiterbund ..." – die stärkste linke Gruppierung in Bayern – hatte eine Reihe eigener Mai-Veranstaltungen angekündigt: Neben Regensburg, in München, Altötting, Augsburg, und Weiden. Die Teilnehmerzahlen konnten wir aber – trotz mehrmaliger telefonischer Rückfragen beim „Arbeiterbund ..." („ZK") nicht in Erfahrung bringen. Sie dürften aber eher bescheiden ausgefallen sein.

Abgesehen von München und Nürnberg dürfte Bayern hinsichtlich der Teilnehmerzahlen bei den diesjährigen Maiveranstaltungen – zusammen mit Rheinland-Pfalz – etwa das Schlußlicht in der BRD spielen. Auch die revolutionäre Linke ist hier erheblich schwächer als in anderen Bundesländern.

Hessen

Hessen

Hessens Hauptstadt Frankfurt sah auch in diesem Jahr wieder eine der größten Mai-Kundgebungen und Demonstration in der BRD. Mit gut 15.000 Beteiligten konnten die Vorjahreszahlen gehalten, vielleicht sogar etwas verbessert werden. Obgleich die Linken (inkl. Jusos, DKP) wieder weit in der Mehrheit waren, gab es wiederum keinen gemeinsamen organisierten Protest gegen die rechten Sprüche der offiziellen Redner (besonders Matthöfer).

Wie schon in den Jahren zuvor hat es auch diesmal zwischen den Organisationen und Gruppen der Frankfurter Linken keinerlei Absprachen gegeben, eine breite oppositionelle Manifestation auf die Beine zu stellen. Statt dessen gab es eine unüberschaubare Zahl kleiner und kleinster Kundgebungen, Demos, Mai-Feiern usw. – Die größte (Festveranstaltung) wurde am Vorabend des 1. Mai wiederum von den linken Ausländer-Organisationen zustande gebracht (2-3.000 Teilnehmer).

Wir selber organisierten eine kleine Kundgebung, die mit 100 Teilnehmern schlecht besucht war und zu der praktisch auch kaum mobilisiert wurde. Der KBW führte am 1. Mai eine Demo mit 4-500 Teilnehmern und tags zuvor seine Mai-Veranstaltung mit etwa 400 Personen in einem eigens dafür aufgestellten Festzelt für 1.000 Personen durch. „KPD"/„KPD-ML" führten 4-500 Anhänger aus ganz Hessen durch Frankfurts Straßen.

In Hanau führte der DGB eine Saalveranstaltung mit 500 Leuten durch. Etwa ein Drittel davon waren Linke, die v.a. gegen die Berufsverbote in der BRD protestierten. SPD-Ordner haben z.T. mit brutaler Gewalt Veranstaltungsteilnehmer 'rausgeschmissen und in einigen Fällen sogar draußen noch weiter verfolgt.

In Marburg kamen 1.200 Leute zur Kundgebung. Aufgerufen hat der DGB gemeinsam mit dem ASTA (MSB/DKP !). Die Uni-Bürokratie verbot dem ASTA das Aufhängen von DGB-Plakaten an der Uni (Politisches Mandat).

Zur zentralen DGB-Demo nach Wetzlar kamen insgesamt 2.500 Leute, davon 700 Linke. Unter letzteren dominierten Transparente vom KBW und Spartacusbund. Die Demo wurde von einem Kollegenblock der Kling GmbH aus Bielhausen angeführt, der von Stillegung bedroht ist. DKP-Trupps versuchten vergebens den Kundgebungsplatz gegen die Linken abzuriegeln.

An der DGB-Demo in Darmstadt nahmen 1.500 Leute, darunter etwa 600 Linke teil. Im Anschluß an die Kundgebung führten KBW und KAB„D" eine Demo mit 150 Personen durch.

3.000 Leute beteiligten sich an der DGB-Demo in Kassel, darunter ein Block des KB. Die anschließende KBW-Kundgebung fand 60 Zuhörer. Etwa 70 Personen besuchten die Mai-Veranstaltung des KBW. Der KB hat bedauerlicherweise keine eigene Veranstaltung zum 1. Mai durchgeführt, sondern mit 40 Genossen ein „internes Fest", auf dem die Zusammenarbeit mit Vertretern einiger ausländischer Organisationen beraten wurde.

In Bad Pyrmont führte die dortige Jugendzentrums-Initiative eine Mai-Veranstaltung mit 350 Jugendlichen durch, die von den Initiatoren als besonderer Erfolg betrachtet wird. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung waren Frauen-Fragen, es wurde der Film „Salz der Erde" gezeigt.

Aus Wiesbaden und Gießen berichtet die „KVZ" (Nr.18) von DGB-Veranstaltungen mit 2.000 und 600 Personen.

Mit einer Ausnahme (Frankfurt) sind auch in Hessen die Teilnehmerzahlen auf den DGB-Veranstaltungen merklich zurückgegangen. Die Repräsentanz der Linken war nicht gerade überwältigend. Wo die Linke in größerer Zahl anwesend war (Wetzlar), Darmstadt und vor allem in Frankfurt), ist es ihr nicht gelungen, gegenüber dem Reformismus ein starkes und einheitliches Auftreten zu organisieren. Sie blieb zersplittert und damit insgesamt dem Reformismus weit unterlegen. – Was uns selbst anbetrifft, haben wir uns – bis auf Frankfurt – auf den Verkauf unserer Presse, bzw. Teilnahme an den DGB-Demos beschränkt. Zumindest in einigen Städten – Kassel und Darmstadt – hätten wir Möglichkeiten gehabt, Veranstaltungen auf die Beine zu stellen, was leider versäumt wurde. Hierzu gilt ähnliches zu sagen, wie schon im Abschnitt über Niedersachsen ausgeführt. Soweit bisher erkennbar, haben es unsere Genossen auch versäumt, Anstrengungen zur Herstellung von Mai-Aktionseinheiten mit anderen linken Kräften zu unternehmen.

KBW Fortsetzung

Für gewöhnlich nehmen die KBW-Führer andere linke Strömungen und Organisationen in der BRD nicht, oder kaum zur Kenntnis. Sie haben es lieber, wenn der „KVZ"-Leser den Eindruck hat, es gäbe halt (außer dem DGB freilich) nur eben noch den KBW. An diesem 1. Mai sind die die Zähler des KBW noch einen Schritt weiter gegangen und haben die Demonstrations-Zahlen anderer Organisationen gleich mit in ihrer Statistik verbucht:

Für Freibug meldete die „KVZ"-Statistik z.B., daß 1.000 Leute *„an den Kundgebungen und Demonstrationen des KBW"* teilnahmen. Tatsächlich hatte es dort eine Demo von anfangs 600 und schließlich 800 Personen gegeben. Der Witz dabei ist, daß diese Demo aus zwei Blöcken bestand, wobei sich der zweite Block durch Parolen etc. vom ersten des KBW (450) ausdrücklich abgrenzte. Das scheint die Zähler des KBW aber nicht sonderlich beeinträchtigt zu haben. Ähnlich in Darmstadt. Hier fand eine Demo von KBW und KAB„D" mit 150 Leuten statt.. Die KBW-Zähler meldeten dagegen 250 Leute allein beim KBW.

Den Vogel schossen die KBW-Zähler in Göttingen ab. Sie meldeten 1.500 Leute beim KBW. Tatsächlich demonstrierten auf der insgesamt 2.000 Leute zählenden Demo, etwa 1.500 Personen unter linken Parolen, beileibe aber nicht beim KBW. Es gab vier (!) linke Blöcke, die sich alle deutlich voneinander abgrenzten: KBW (500), KB (400), SB, GIM etc. (400) und PH (200). Offenbar meinen die KBW-Zähler, daß sie allein bestimmen, was KBW ist und was nicht.

Auch die KBW-Zähler aus Münster ziehen kräftig vom Leder. Wo tatsächlich etwa 100 Leute kamen, meldeten sie – lt. „KVZ"-Statistik – mehr als das dreifache, nämlich 320.

In Stuttgart „beschränkten" sich die KBW-Zähler offenbar darauf, die Beine, statt die Köpfe ihrer Zuhörerschaft zu zählen.

Auch die Frankfurter KBW-Zähler waren mit von der Partie. Sie meldeten 1.000 Demonstranten beim KBW. Tatsächlich waren es nicht einmal halb so viele. Auch bei der Mai-Veranstaltung des KBW kamen wiederum nur 500 Personen zusammen. Hier liegt allerdings nahe, daß die KBW-Zähler die Sitzplätze – sowohl die besetzten, als auch die leeren zusammenzählten: Die KBW-Führer ließen für die Veranstaltung ein Festzelt mit 1.000 Sitzplätzen aufstellen.

Hinweis

Der im Mai-Artikel angekündigte Artikel zur Beteiligung von Frauen und Frauengruppen an den Mai-Demonstrationen muß aus Platzgründen entfallen. Er wird dann voraussichtlich im nächsten AK, innerhalb des Frauen-Komplexes, erscheinen.